LZ 54.4° sep.

Lippische Schulzeitung

Herausgegeben
vom Vorstande des Lippischen Lehrervereins

Schriftleiter: G. Hagemann, Brake i. L.

22, 23,

22. Jahrgang

1928



PP 782

Verlag: F. L. Wagener, Lemgo.

I. Leitartikel.

Im Zeichen des Kampfes (A. Haase) 1,1
Ergebnisse der Reichsschulstatistik (Wesemann) 1,2
Die neue Fibel 1,5
Der Entwurf der Besoldungsordnung 2,13
Zur Lehrerbesoldung 2,13
Der Kardinalfehler der deutschen Bildungspolitik (Leibersberger) 2,15
Die Veränderungen des Keudellschen Entwurfs im Bildungsausschuß 2,17
Nach dem Schulkampf 3,25
Zur Besoldung 3,26
Englisch an englischen Schulen (Walter) 3,26
Der Schülerlesekasten im ersten Leseunterricht (Tippenhauer) 3,28
Der Bildungsgehalt des Geschichtsunterrichts (Trinks) 4,37
Nachwort (Copei) 4,40
Die lippische Wanderbibliothek (Schladebach) 4,41
Besteht eine Verschulung Deutschlands? (Blümchen) 4,42
Die neuzeitliche deutsche Volksschule und die Gefahr der Verschulung (Jasper) 5,49
Zur Finanzlage der Schulgemeinden 5,51
Die Vertreterversammlung des D. L. V. in Braunschweig 6,57
Eine pädagogische und soziale Notwendigkeit 6,61
Jean Jacques Rousseau (Walter) 7,65
Denkschrift des lippischen Landespräsidiums über die Finanzlage der lippischen Schulgemeinden 7,69
Nach der Verfassungsfeier 8,77
Die Denkschrift über die finanzielle Lage der Schulgemeinden 8,78
„Gut bis fast sehr gut" (Lambracht) 9,86
Der richtige Weg? (Pankoke) 10,97
Fibelreform — Schriftfrage (Schlepper) 10,99
Der Fall Langenholzhausen (Süvern) 11,109
Die Geschichte der lippischen Landeskirche Kesting) 11,111
„Küsterei" = gemeinsames Gut (Beckmeier) 11,112
Nach Bayern Preußen? 11,114
Der heilige Strom (Wiemann) 12,121
England und das neunte Schuljahr (Walter) 12,122
Die staatlichen Bemühungen und Leistungen auf dem Gebiete der Jugendpflege und Leibesübungen in Lippe (Röhr) 12,123

II. Umschau.

Die „vorbildliche Neutralität" des Philologenverbandes 1,6
Volksparteiliche Lehrer Westfalens und der Reichsschulgesetzentwurf 1,7
Erklärung des volkskirchlichen Verbandes für evangelische Freiheit 1,7
Zur Lehrerbesoldung in Preußen 1,7
Lehrerbesoldung in Sachsen 1,8
Lehrerbesoldung in Bremen 1,8
Die lippischen Volksparteiler zum Reichsschulgesetz 2,20
Lippisches Zentrum und Reichsschulgesetz 2,20
Schulpolitik auf dem deutschnationalen Parteitag in Lemgo 2,20
Niederlegung des Religionsunterrichts bei kirchlicher Einsichtnahme 2,20
Kulturtagung des Bundes Entschiedener Schulreformer 2,21
Aufruf zu Paul Oestreichs vollendetem 50. Lebensjahr 2,21
Was die freie Wirtschaft zahlt 2,21
Der Berliner Kongreß 1928 3,30
Die Beamten- und Lehrerbesoldung in den Ländern 3,30
Herr von Keudell 3,30
Totenklage 3,30
Konfessionelle Blüten 3,30
Dienstentlassung eines Lehrers wegen Mißachtung der verfassungsmäßigen Reichsfarben 3,31
Wie die „gehobenen" mittleren Beamten und die Fleischergesellen über die Volksschule urteilen 4,43
Die Sondergeprüften in Preußen 4,43
15 : 13 4,44
Kleine Mitteilungen 4,44
Unser Verhältnis zum Deutschen Beamtenbund 5,52
Die kollegiale Schulleitung 5,53
Umgehung des Grundschulgesetzes 5,53
Die „mittlere Reife" marschiert 5,53
Aufsichtsräte und Direktoren 5,53
Die Reichstagswahl und die Schule 6,62
Schulmänner im Reichstage 6,62
Auch der Evangelische Bund kommt zur Einsicht 6,62
Unter dem Konkordat 6,63
Die Schule in der Regierungserklärung 7,74
Der Landbund wirbt um die Landlehrer 7,74
Volksschule — Proletarierschule 7,74
Eine Entschließung des preuß. Landtags zum Geschichtsunterricht 7,74
Religionsunterricht und Berufsschule 7,75
Wie sich die Kirche selbst schadet 7,75
Rom als Vorbild 7,75
Eine deutliche Sprache 7,75
Vor neuen Schulkämpfen 8,80
Der Ruf nach dem Reichs-Berufsschulgesetz 8,80
Christlich — aber nicht konfessionell 8,80
Schaffung eines Reichsschulbeirats 8,80
Das achte Schuljahr in Württemberg 8,81
Kollegiale Schulleitung in Sachsen 8,81
„. . . . . werden hiermit angewiesen 8,81
Ein alter Ladenhüter 8,81
Neuordnung der 2. Lehrerprüfung in Preußen 8,81
Besoldungsgesetz in Braunschweig 8,82
Vor einem neuen Landesschulgesetz? 9,88
Häusliche Schulaufgaben 9,88
Die Kosten eines Schülers 9,88
Schulforderungen des A. D. G. B. 9,88
Reichsminister Severing auf dem Gewerkschaftskongreß in Hamburg 9,89
Philologentag in Danzig 9,89
Direktor Triebold boykottiert 9,90
Um den Religionsunterricht in der Fachschule 9,90
Berufsschule und Berechtigungswesen 9,90
Unter dem Konkordat 9,91
Die Verfassungsfeier der Berliner Gymnasiasten 9,91
Kampf der Reichsflagge auf Pommerns Schulen 9,91
Die gemeinsame Erziehung von Knaben und und Mädchen 9,91
Es geht auch ohne Schulgesetz 9,92
Die Sicherstellung der deutschen Auslandslehrer 9,92
Der Gesamtvorstand des Preuß. L. V. zur schulpolitischen Lage 10,99
Höhere Schule und Republik 10,100
Beaufsichtigung der Kinder beim Gottesdienst 10,100
Beaufsichtigung des Konfirmandenunterrichts 10,100
Trennung von Kirche und Staat 10,1001
Die höhere Schule und das arbeitende Volk 10,101

Unentgeltlicher Gymnasialunterricht in Frankreich 10,101
Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz 10,101
Auswirkungen der Küstereifrage in Lüdenhausen 10,101
Zur Neuordnung im D. B. B. 10,102
Das Ende des Küstereistreites in Reelkirchen 11,115
Der Religionsunterrichtsbeirat in Hannover 11,116
Ueber die kirchliche Einsichtnahme in den Religionsunterricht 11,116
Aus dem Deutschen Beamtenbunde 11,117
Kultusminister Becker über die Erziehung zur Republik 11,117
Das Lippische Konsistorium berichtigt 12,124
Ausbau der Volksschule in Berlin 12,125
Dr. Wüsing zur Schulreform 12,125
Ja — oder nein? 12,125
Was Konkordate für den Steuerzahler zu bedeuten haben 12,126
Die Deutsche Volkspartei und das Konkordat 12,126
Die Notwendigkeit einer Verlängerung der Schulpflicht 12,126
Die weltliche Schule und die Weltanschauungsschule 12,126
Der Gesamtvorstand des Pr. L. V. zur kollegialen Schulleitung 12,127
Geht's auch ohne körperliche Züchtigung in der Schule? 12,127
Wer hat Schuld? 12,127
Pflichtstundenregelung in Thüringen 12,128
Hilfsfonds für leistungsschwache Schulgemeinden 12,128
Zur allgem. deutschen Lehrerversammlung Dresden 12,128

III. Aus dem Vereinsleben.

Vorstandswahl (Bekanntgabe der Termine u. a.) 1,8
K. U. K. 1,8; 6,63
Vertreterversammlungen (Anzeigen und Berichte) 1,8; 4,45; 5,54
Für Mitglieder der Jugendämter 1,8
Schulbücherausschuß 1,8; 8,82; 9,92; 10,103; 10,104
Bezirksverein Lage 2,21
Ergebnis der Vorstandswahl vom 25. 1. 28 2,22
Ferienvorträge 1928 2,22; 3,31
Bezirksvereine (Tagungen) 2,23; 3,31; 6,63; 8,82, 9,92, 10,103
Ferienverlegung 3,31
Ergebnis der Wahl des 1. Vorsitzenden 3,31; 4,44
Erklärung des Wahlleiters 3,31
Bau- und Darlehnsgenossenschaft 3,31; 4,44; 3,31
Arbeitsgemeinschaft für Jugendwohlfahrt 3,32; 11,118
Versammlung der lippischen Handarbeitslehrerinnen 3,32
Konzert des lippischen Lehrergesangvereins 3,32
Wahl des Mitgliedes der Oberschulbehörde 4,44
Arbeitsgemeinschaft für Lehrerfortbildung 4,44
Vorstandssitzungen (Berichte) 4,44; 5,54; 8,82; 8,82; 9,93; 11,117
Aufruf zur Teilnahme an der Vertreterversammlung in Braunschweig 4,45
Der neue Landeslehrerausschuß 5,54
Lehrerinnen-Turnkursus 5,54; 10,103
Schulpolitischer Ausschuß 5,54
Mitteilungen der Schriftleitung 5,54
Auf nach Braunschweig 5,54
Konstituierende Versammlung des Landeslehrerausschusses 6,63; 7,75
Für das Rosegger-Heim 6,63
Mitteilungen der Landesstelle für Schulzählungen 7,76
Rechtsschutzstelle 8,82
Das Jahrbuch 1928 8,82; 9,93
Leitsätze zum Verbandsthema: Ausbau der Volksschule 9,92; 10,103
Zur Beachtung (Anschriften an den L. V. betr.) 10,103
Arbeitsgemeinschaft für Leibesübungen 1,10; 10,103
Stellungnahme des Vorstandes zur Frage der körperl. Züchtigung 10,104
Eingabe des L. L. V. an die O.Sch.B. (Melodienbuch betr.) 10,104
Zur Frage der örtlichen Schulverwaltung 11,118
Beitragszahlung zum L.L.V. 1928 11,118

IV. Buchbesprechung.

Hans Zulliger: Gelöste Fesseln 3,32
Martin Weise: Paul Oesterreich und die Entsch. Schulreform 3,32
Oestreich und Koepner: Großstadt und Erziehung 3,32
Wilhelm Leibersberger: Pestalozzis sozialpolitische Anschauungen 4,45
Artur Buchenau: Pestalozzis sämtliche Werke 4,46
Benser: Der junge Mensch zwischen 13 und 20 10,104
Alfred dedo Müller: Fr. W. Förster und die wirkliche Welt 10,104
Henrik de Man: Der Kampf um die Arbeitsfreude 10,104

V. Verschiedenes.

Neuerwerbungen der Lipp. Landesbibliothek 1,8; 3,35; 4,46; 8,82; 10,105; 12,130
Pädagogischer Kongreß Berlin 1,9
Treviranus über Kindererziehung 1,9
Es ist eine Lust zu leben 1,9
Der güldene Schrein 1,10
Die Geschichte vom Zaun 1,10
Das österreichische Jugendrotkreuz 1,10; 2,24; 4,47; 6,64; 9,96; 10,105; 11,120; 12,32
Bitte 1,10
Neujahrsbetrachtungen 1,10
Beginn der Schulpflicht in Preußen 1,10
Zum Schulkampf 1,10
Der unbekannte Ausweg 1,11
Schreibers Beschäftigungs- und Arbeitsbücher 1,11
Zentrum Trumpf in der Kulturabteilung 1,11
Das Muster an Freiheitlichkeit und Duldsamkeit 1,11
Ferienordnung 1928 2,23
Die Lipp. O. Sch. B. erkundigt sich nach Präparationsbüchern der Lehrer 2,23
Der Bund Entsch. Schulreformer gegen das Berechtigungswesen 2,23
Der Irrweg der „Verkopfung" 2,23
Das litauische Konkordat 2,23
„Wirtschaft" und Schulgesetz 2,23
Oberstudiendirektor Schlemmer zur Schulpolitik der ev. Kirche Preußens 2,23
Anthropologische Untersuchungen 2,23
Einladung 2,24
Einführung des 9. Schuljahres in Braunschweig 2,24
Unsere Schuljugend daheim 2,24
„Singendes Volk" 2,24
Gedichte und Gesänge für Schulfeiern 2,24
Einladung 2,24
Neuregelung der allgemeinen Schulpflicht in Lippe 3,32
Schulhelferdienst der Hamburger Lehrerstudenten in Lippe 3,32
21 000 preußische Junglehrer stellenlos 3,33
Gegen den Lesebuchzwang 3,33
Endlich die tägliche Turnstunde 3,33
Gute Besoldung — gute Aufsatzthemen 3,33
Pflichtstunden an höheren Schulen 3,33
Frauenliga gegen Prügelstrafe 3,33

Forderungen des Landesfachausschusses für Leibesübungen 3,34
Kurse für Musikerzieher 3,34
Städtetag und mittlere Reife 3,34
Fünfjähriges Diätariat für Volksschullehrer in Preußen 3,34
Der „maßgebliche" Pfarrer Traub 3,34
Breßlern-Roth-Karten 3,34
„Das Tonwort" 3,34
Albrecht-Dürer-Spiel 3,34
Albrecht-Dürer-Mappe der Jugendlust 3,35
Lehrerkonzert 3,35
Comenius-Bücherei Leipzig 3,35
Die landwirtschaftlichen Schulen auch für Landarbeiter? 3,35
Herrn Schulrat Kätzler zum Abschied 4,46
Die Schulzersplitterung kostet Geld 4,46
Das deutsche Lehrerheim in Schreiberhau 4,46
Das Löchnerhaus 4,47
Empfehlenswerte Broschüren 4,47
Konfessionalisierung der höheren Schulen 4,47
Nebenamtlicher Berufsschulunterricht 5,55
Der Lippische Künstlerbund 5,55
Der Lutherfilm in Lemgo 5,55
Säuberliche Trennung 5,55
Der zerbrochene Krug 5,55
Die Termiten 5,55
Das reformierte Sonntagsblatt im Dienste der Deutschnationalen Partei 5,55
Ausstellung: Das junge Deutschland Dortmund 1928 5,56
Bad. Freyersbach 5,56
Der Kirchenschulkampf in Westfalen 5,56
Kongreß Berlin 1928 5,56
Reisebuch des D. L. V. 6,63
Kongreß Berlin 1928 6,63
Schule und Kunsterziehung 6,64
Tonwort-Kursus 6,64
Esperanto in der sächsischen Lehrerschaft 6,64
Neugründung katholischer Privatschulen 1927 6,64
Der Bücherei-Ausschuß des D. L. V. 6,64
Für Schulwanderungen (Heimatkarten) 6,64
Tagung der Hilfslehrer 7,76
Stellenwechsel 7,76; 11,118
Neue Werke für die Berufsschule 7,76
Dritte Reichstagung der deutschen Schullandheime 7,76
Schülerabzeichen in Fortbildungsschulen 7,76
Gegen die Trinksitten der Studenten 7,76
Die Bedeutung der Zölle für den Reichshaushalt 7,76
Landeslehrplan für die Volksschulen Sachsens 7,76
Musikerziehung in der Grundschule 8,83
Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten durch die Schule 8,83
„Die neuzeitliche deutsche Volksschule" 8,83
„Der Spielmann" 8,83
„Reichsherbergsverzeichnis 28—29" 8,83
„Fr. Ludwig Jahn" 8,83
„Lebenserinnerungen" 8,83
„Kennst du die Blume?" 8,83
Zum Kursus für Schulmusik 8,93
Zur allgemeinen deutschen Lehrerversammlung in Dresden 8,93
Kinder in Not 8,94
Der akademische Ferienkursus des Sächsischen Lehrervereins 9,94
Tagung der Versuchs- und Lebensgemeinschaftsschulen (Magdeburg) 9,94
In Bayern! 9,94
Der neue Bildungsausschuß 9,95
Ueber 100 000 Studenten an den Hochschulen in Deutschland 9,95
Fachausbildung oder Menschenerziehung? 9,95
Zur Hospitierpflicht 9,95
Zur Einheitsschule 9,95
Hausaufgaben vom Sonnabend z. folgenden Montag 9,95
Lernmittelfreiheit 9,95
„Professor" ein staatlicher Titel? 9,95
Sah ein Knab' ein Eslein stehn 9,95
Segen des Schutzzolles 9,96
„Natur und Kunst 1929" 9,96
„Deutsches Wandern 1929" 9,96
Berichtigung 9,96
Werdet Mitglieder des Lipp. Lehrergesangvereins! 10,105
Schulwandertage 10,105
Verzeichnis (freie Lektüre) 10,105
Deutsche Lehrerpässe in Tirol 10,105
Die letzten Züge 10,106
Zur Organisation des D. B. B. 10,106
Urteile über Schulandachten 10,106
Gegner der Schulverbände 10,106
Schwerindustrie und Presse 10,106
Moderne Schulbauten 10,106
Zukunftspädagogik 10,107
Für 80 Mill. Mark 10,107
Lippischer Landeskalender 1929 10,107
Für die Schubert-Feiern (Festschriften) 10,107
„Lebensborn 1929" 10,107
Limperts Bild-Kalender 10,107
Der pädagogische Plan 10,107
Jugend und Kino 10,107
Schulwandbilder 11,118
Bestellungen auf „Natur und Kunst 1929" 11,118
An der Wiege des Deutschen Lehrervereins 11,119
Reform des Berechtigungswesens 11,119
Zersplitterung der Lehrerbildung in Preußen 11,119
Zwei Pastorenworte 11,119
Hans Sachs ohne mittlere Reife 11,120
„Franz Schubert" 11,120
Schreibers Beschäftigungs- und Arbeitsbücher 11,120
Der „Völkerbund" 11,120
Jubiläumsschrift des Hessischen Lehrervereins 11,120
Bunte Cizek-Friese 11,120
Johannes Kühnel † 12,129
Fernsprechanschlüsse 12,129
Lehrer-Witwen-, -Waisen- und Sterbekasse (Jahresrechnung) 12,129
Deutscher Lehreridealismus in Innsbruck 12,129
Mitteilung (Versammlung der Landeshauptstelle gegen Alkoholismus) 12,130
Das Hochschulstudium der Volksschullehrer in Sachsen 12,130
Der D. B. B. zum Wirtschaftskampf im Ruhrgebiet 12,130
Die Comeniusbücherei Leipzig 12,130
Die Vereinigten deutschen Prüfungsausschüsse für Jugendschriften 12,130
Bücher zum Deutschunterricht 12,131
Zuhl: Kultur- und wirtschaftspolitische Streifzüge 12,131
„Die Grafschaft Sternberg" 12,131
Dienst am Kinde 12,131
Die erste Blütenlese 12,131
Das Ende der Spitzfeder in den Braunschweiger Schulen 12,132
Der Abstieg des Gymnasiums 12,132
Gegen das Berechtigungsunwesen 12,132
131 Aufbauschulen nach dem Typ der deutschen Oberschule 12,132

Lippische Schulzeitung

Herausgegeben
vom Vorstande des Lippischen Lehrervereins.

22. Jahrgang. Lemgo, 15. Januar 1928. Nummer 1.

Inhaltsverzeichnis.

Im Zeichen des Kampfes. — Ergebnisse der Reichsschulstatistik 1926—27. — Die neue Fibel. — Hermann Hesse. — Umschau. — Aus dem Vereinsleben. — Verschiedenes. — Anzeigen.

Im Zeichen des Kampfes.

Von A. Haase.

Seit Jahren erlebten wir in Deutschland um die Weihnachts- und Neujahrszeit auf dem Gebiete der großen Politik eine Krise und damit eine Kampfzeit. Davon sind wir diesmal verschont worden. Und doch vollzieht sich für den Schulpolitiker der Jahreswechsel auch diesmal im Zeichen des Kampfes. — Unter Verzicht auf den üblichen „Rückblick und Ausblick" — das flutende Leben kümmert sich nicht um kalendermäßig festgelegte Daten — soll hiermit versucht werden, die „Lage" bei Beginn des neuen Jahres zu kennzeichnen. Das soll geschehen einzig und allein vom Standpunkte der staatlichen Schule aus, nicht von der Zinne irgendeiner Partei, Konfession oder Weltanschauung.

Von den 20 Paragraphen des Reichsschulgesetz-Entwurfs hatte der Bildungsausschuß des Reichstags nach hartem Kampfe bis zum Beginn der Weihnachtsferien 13 in erster Lesung erledigt. Wenn diese Zeilen in die Hände der Leser kommen, wird der Ausschuß seine Arbeit wieder aufgenommen haben. Schwierige Aufgaben harren noch der Lösung: die Kostenfrage, die Einsichtnahme in den Religionsunterricht und die Erhaltung der Simultanschule in den Simultanschulländern. Welches Ergebnis der bisherigen Arbeit im Ausschuß ist zu buchen? Allgemein gesagt, dies: Der alte Grundriß ist geblieben; einzelnen Verbesserungen stehen mancherlei Verschlechterungen gegenüber. Daraus ergibt sich unsere Stellungnahme: Fortbestehen unseres durchaus ablehnenden Standpunktes auch gegenüber dem Entwurf in der geänderten Fassung.

Mit wenigen Streichen seien einige der gebliebenen oder neueingefügten Steine des Anstoßes gezeichnet: Die von der R. V. unzweifelhaft gewollte Gemeinschaftsschule als Regelschule ist nicht gesichert, es bleibt vielmehr bei der verfassungswidrigen Bestimmung, wonach allen Schulformen freie Entwicklungsmöglichkeit zu geben ist. — Der die Aufgabe der Volksschule kennzeichnende § 1 hat durch seinen Hinweis auf Art. 120 R. V. eine weitere Ueberspannung des Elternrechts und damit eine weitere Zurückdrängung der staatlichen Schulhoheit gebracht. — In § 4 wird an der strengsten, kaum noch als Staatsschule anzusprechenden Form der Konfessionsschule festgehalten. Sie hat ihre Aufgabe nicht mehr „gemäß dem Glauben" (Regierungsentwurf), sondern nach einem Abänderungsantrage Runkel „auf evangelischer, katholischer oder sonst durch die Benennung gekennzeichneter Grundlage" zu erfüllen. Auf die Anfrage eines Abgeordneten wurde, was für uns in Lippe von besonderem Interesse ist, von einem Regierungsvertreter festgestellt, daß es nach dieser Bestimmung auch evangelisch-reformierte usw. Schulen geben würde. Rektor Fischer-Herford, den die kirchlichen Kreise Salzuflens sich vor kurzem als Redner für die Konfessionsschule verschrieben hatten, operierte denn auch ganz folgerichtig mit einer Aufteilung der Herforder und Salzufler Schulen in solche lutherischer und reformierter Fasson! Wir sind darüber nicht erstaunt, müssen aber darauf aufmerksam machen, daß am Schulhorizonte nunmehr eine ganze Fülle von Konfessionsschulen auftaucht: jüdische, katholische, altkatholische, evangelisch-reformierte, evangel.-lutherische, unierte und die der zahlreichen Sekten. In dem kleinen Detmold gibt es neben der Synagoge, der katholischen, der lutherischen und den reformierten Kirchen auch drei Gotteshäuser für evangelische Sekten, davon einige schon seit Jahrzehnten bestehend! Und dazu bedenke man noch eins: Was den Konfessionen gewährt wird, muß auch den verschiedenen Weltanschauungen zugestanden werden!

Unser Grundsatz der strengsten Sachlichkeit verpflichtet uns, nun auch einige Verbesserungen hervorzuheben, die der Entwurf im Ausschuß erfahren hat: Die in den Artikeln 136 und 149, 2 R, V. festgelegten Rechte werden auch den Lehrern an der Konfessionsschule ausdrücklich gewährleistet. — Bedeutender ist, daß die Bestimmungen über den vielumstrittenen Begriff eines geordneten Schulbetriebs eine Aenderung zugunsten der Schule erfahren haben. — Die Bestimmungen über Umwandlung der Schulen haben sich eine Abschwächung, d. h. in diesem Falle eine wenn auch geringe Verbesserung gefallen lassen müssen.

Im ganzen wird durch solche kleinen Verbesserungen unsere bereits eingangs erwähnte ablehnende Stellungnahme nicht berührt. Von den weiteren Verhandlungen im Bildungsausschuß sind nach dem bisherigen Verlauf wesentliche Verbesserungen kaum zu erwarten. Die parteipolitische Lage dem Entwurf gegenüber erscheint geklärt. Das Zentrum und die deutschnationale Volkspartei mit ihren beiderseitigen Anhängseln verteidigen den Entwurf, wie er ist. Die ausschlagebende Deutsche Volkspartei macht entgegen den in letzter Zeit immer wieder beteuerten liberalen Grundsätzen nur zaghaft geringfügige Verbesserungsanträge, läßt zuweilen sogar die einheitliche Auffassung vermissen. Der Konflikt zwischen liberaler Grundeinstellung und Koalitionsverpflichtung macht sich immer mehr geltend. Mit Recht erhebt sich in den Reihen der Parteimitglieder der Widerstand gegen diese „liberale Kulturpolitik". In Westfalen haben sich namentlich die volksparteilichen Lehrer gerührt. Es sei mir der Wunsch gestattet, daß die lippischen volksparteilichen Kollegen sich dem anschließen möchten. Von den Demokraten und Sozialdemokraten werden Abänderungsanträge in großer Zahl gestellt, die eine Gestal-

tung der Dinge im Sinne der Schulbestimmungen der R. V. bezwecken und im großen und ganzen in der Richtung der Forderungen des Deutschen Lehrervereins liegen. Mit den radikalsten Anträgen wartet natürlich die kommunistische Partei auf.

Wie steht es angesichts dieser Situation mit der Aussicht auf das Zustandekommen des Gesetzes? Mir will es scheinen, daß allenfalls noch die finanzielle Seite der Gesetzesvorlage dieser den Todesstoß geben könnte. Zwar kann man nur mit Schätzungen arbeiten; doch dürften die bisher bekanntgewordenen Berechnungen der Länderregierungen vielleicht manchen willigen Abgeordneten kopfscheu machen. Von der ausschlaggebenden Volkspartei muß leider festgestellt werden, daß sie unter weitgehender Außerachtlassung ihrer grundsätzlichen Einstellung bereit zu sein scheint, das Schulgesetz verabschieden zu helfen.

Die geringe Aussicht auf einen endgültigen Sieg darf uns nicht matt werden lassen im Kampfe; noch weniger dürfen wir uns abschrecken lassen von der widerwärtigen Art, in der dieser Kampf vielfach geführt wird. Zu platten Allgemeinheiten, erschreckend oberflächlichen und falschen Behauptungen, ja zu mißbräuchlichem, abstoßendem Appell an die edelsten Regungen der Menschenseele hat man seine Zuflucht genommen. Demgegenüber seien die Lichtseiten des Kampfes nicht vergessen: die kraftvolle Geschlossenheit der gesamten lippischen und der 150 000 im D. L. L. organisierten deutschen Lehrer und die Tatsache, daß der Aufklärungsdienst der deutschen Lehrerschaft vielfach kräftigen Widerhall gefunden hat. Ueberall da, wo nach Beseitigung der „Wortkulissen" die Kernfragen des Entwurfs in streng sachlicher Weise behandelt werden, findet man im Volke Zustimmung, Verständnis für unsere Bedenken und Sorgen, Anerkennung unseres idealen Strebens sogar im Kreise derer, die kirchlich oder weltanschaulich allzu sehr gebunden sind. Das gebe uns Antrieb zu weiterem freudigen Bekenntnis! Jeder einzelne von uns ist hineingestellt in das heiße Ringen um die künftige Gestaltung des Geisteslebens unserer Nation — um nichts Geringeres handelt es sich letzten Endes bei der großen schulpolitischen Auseinandersetzung unserer Tage. Bedenkt man, daß kaum ein anderer Stand so mit allen Kreisen der Bevölkerung in Verbindung steht wie der Volksschullehrerstand, so leuchtet ein, welch' bedeutungsvollen Faktor die 150 000 deutschen Lehrer in diesem Kampfe darstellen, wenn — jeder seine Pflicht erkennt und erfüllt!

Angesichts der schweren schulpolitischen Kämpfe darf der wirtschaftspolitische Kampf nicht vergessen werden, der im Reiche, in Preußen, Sachsen und Hamburg noch vor Jahresschluß durch die parlamentarische Verabschiedung der Besoldungsgesetze zum Abschluß gebracht worden ist, in Lippe aber noch bevorsteht. War es unglücklicher Zufall oder schlau errechnete Absicht, daß die deutsche Lehrerschaft in den letzten Monaten auf zwei Kampffeldern zu fechten hatte? Was hat uns der bisherige wirtschaftliche Kampf gebracht? Was haben wir in Lippe in Beachtung seiner Lehren zu tun? Darüber noch einige wenige Worte.

Die deutsche Lehrerschaft hat bei ihren wirtschaftlichen Forderungen den schon 1912 vom D. L. V. vertretenen grundsätzlichen Standpunkt, daß die Volksschullehrer in ihrer Berufsarbeit mit den Philologen (also anderen Schulmännern, nicht aber mit irgendwelchen Verwaltungs- oder Bürobeamten!) zu vergleichen seien, diesmal mit bestimmten, aus diesem Vergleich abzuleitenden gehaltlichen Forderungen geltend gemacht. Dagegen erhob sich Widerstand bei den Philologen und auch bei einigen mittleren Beamtengruppen. Ihre Einwände waren leider nicht nur solche sachlicher Art; als bemerkenswert sei hier aber verzeichnet, daß die grundsätzlichen Forderungen der Lehrer vom Landesbund Sachsen des D. L. V. gemeinsam mit den Forderungen der anderen Beamten vertreten worden sind.

Was die bereits erfolgte gesetzliche Regelung betrifft, so muß festgestellt werden, daß sie keine Erfüllung der grundsätzlichen Forderungen der Lehrerschaft gebracht hat. Zufrieden ist man in den Reihen der Beamten überhaupt wohl nirgends. Hinzu kommt, daß die Begleiterscheinungen des Besoldungskampfes den Beamten manche bittere Pille brachten. Besonders groß ist die Enttäuschung der preußischen Lehrerschaft, so groß, daß die Leitung des Preuß. L. V. sogar mancherlei Angriffe aus den eigenen Reihen abzuwehren hat. Der Gesamtvorstand des Preuß. L. V. hat in einer Entschließung u. a. folgendes zum Ausdruck gebracht: „Der Gesamtvorstand des Preußischen Lehrervereins ist über die neue Besoldungsordnung bitter enttäuscht. Als ein besonder schweres Unrecht muß die Minderbewertung der Volksschularbeit empfunden werden, wie sie durch die überaus hohe Spanne zwischen den Gehältern der Volksschullehrer und denen der Studienräte zum Ausdruck kommt. In der starken Bewertung der verschiedensten Sondergruppen erblickt der Gesamtvorstand eine sachlich nicht gerechtfertigte Differenzierung des einheitlichen Lehrerstandes. Die hohen Amtszulagen für Schulleiter bedeuten eine nicht zu rechtfertigende Ueberbewertung der verwaltungstechnischen Arbeiten im Schulbetrieb und eine Geringschätzung der Erzieher und Bildnerarbeit des Lehrers in der Schule".

Der wesentliche Unterschied zwischen der sächsischen und der preußischen Regelung ist der, daß Sachsen in Anerkennung des Grundsatzes der Einheitlichkeit des Lehrerstandes und der vollen Verantwortung und Selbständigkeit jedes einzelnen Lehrers eine einheitliche Besoldungsskala aufweist, während Preußen die Beamtenverhältnisse schematisch auf die Lehrerbesoldung überträgt und demzufolge die einheitliche Lehrerschaft in Gruppen und Grüppchen aufteilt und mit einem den Amtsstuben und Büros entnommenen Zulagesystem beglückt. Der L. L. V. hat wiederholt Forderungen im Sinne eines Einheitsgehalts erhoben, also Zulagen abgelehnt. Wenn er in diesem Sinne zur bevorstehenden Besoldungsreform Stellung nimmt, bleibt er also nur seinen früheren grundsätzlichen Forderungen getreu. Ueberdies würde er damit auch einen Ausbau der jetzigen Besoldungsordnung im Sinne einer geschichtlichen Entwicklung fördern helfen; denn unser jetziges Besoldungsgesetz ist, was die Ordnung für die Lehrer betrifft, mehr dem sächsischen als dem preußischen verwandt.

Die nächsten Wochen und Monate werden für Schule und Lehrerschaft wichtige Entscheidungen bringen. Mögen sie so ausfallen, daß der Vereinschronist sie demnächst als Etappen einer fortschrittlichen Entwicklung buchen kann! Möge die kraftvolle, zielbewußte Geschlossenheit der Lehrerschaft sich auch im neuen Jahre bewähren!

Ergebnisse der Reichsschulstatistik 1926-27.

Von Fr. Wesemann

Das Statistische Reichsamt veröffentlichte im 1. Novemberheft der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik die Ergebnisse einer Erhebung über die Volksschulverhältnisse im Deutschen Reiche i. J. 1926-27, die gerade jetzt während der Verhandlungen über das Reichsschulgesetz besondere Beachtung verdienen. Es lohnt sich, diese Ergebnisse mit denen früherer Erhebungen (1901, 06, 11 und 21-22) zu vergleichen und so in Zahlen die Entwicklung der Volksschule im Reich und den einzelnen Ländern während des letzten Vierteljahrhunderts zu verfolgen. Uns interessiert natürlich vor allem in diesen Zahlen die lippische Volksschule, und wir haben hier die Möglichkeit, sie mit den Schulen der anderen deutschen Länder zu vergleichen.

In den folgenden Zahlenzusammenstellungen ist die Zählung von 1906 außer Betracht geblieben, da sie nicht so bedeutungsvoll ist wie die anderen Zählungen. Die Zeit von 1901 bis 1911 zeigt nämlich eine ziemlich gleichmäßig aufsteigende Entwicklung der Schulverhältnisse in Deutschland, während von 1911 bis 1926 ein mehr oder minder starker Rückgang festzustellen ist. Die Erhebung von 1911 weist infolgedessen in den meisten Ländern und im Reich die höchsten Zahlen auf und ist darum besonders wichtig.

1. Zahl der Schulen.

Land	Die Zahlen der Schulen betrug				Die Zu- od. Abnahme betrug	
	1901	1911	1921/22	1926/27	1901—11	1911—26/27
1. Preußen	36 756	38 684	33 281	32 908	+ 1 928	— 5 776
2. Bayern	7 280	7 566	7 370	7 562	+ 286	— 4
3. Sachsen	2 273	2 270	2 197	2 129	— 3	— 141
4. Württemberg	2 353	2 250	2 320	2 213	— 103	— 37
5. Baden	1 677	1 659	1 600	1 592	— 18	— 67
6. Thüringen	1 636	1 662	1 561	1 530	+ 26	— 132
7. Hessen	984	981	969	1 015	— 3	+ 34
8. Mecklenburg-Schwerin	1 185	1 235	1 161	1 076	+ 50	— 159
9. Mecklenburg-Strelitz	233	231	212	195	— 2	— 36
10. Oldenburg	614	709	751	763	+ 95	+ 54
11. Braunschweig	453	439	429	426	— 14	— 13
12. Anhalt	253	238	254	240	— 15	+ 2
13. Lippe	137	153	149	151	+ 16	— 2
14. Saumburg-Lippe	44	47	47	45	+ 3	— 2
15. Waldeck	124	122	110	109	— 2	— 13
16. Hamburg	182	222	231	244	+ 40	+ 22
17. Bremen	57	64	78	79	+ 7	+ 15
18. Lübeck	52	51	43	45	— 1	— 6
Deutsches Reich	59 187*	61 557*	52 763	52 320	+ 2 370	— 9 237

*) ohne Elsaß-Lothringen.

Die erste Uebersicht zeigt die Zahl der Schulen in den einzelnen Ländern und ihre Vermehrung oder Verminderung während der letzten 25 Jahre. Leider sagen uns diese Zahlen nichts über Größe und Gliederung der Schulen und geben uns deshalb auch kein klares Bild von den Schulverhältnissen. Beispielsweise hatte Hamburg im Jahre 1911 für 115 607 Schüler 222 Schulen, jede durchschnittlich mit 521 Kindern, Waldeck dagegen für 10 329 Schüler 122 Schulen, jede durchschnittlich mit 85 Schülern. Infolgedessen läßt eine Vermehrung oder Verminderung der Schulen noch nicht erkennen, ob dadurch die Schulverhältnisse wesentlich besser oder schlechter geworden sind. Eine Zusammenlegung kleinerer Schulen zu größeren kann sehr fördernd, die Aufteilung größerer Schulen dagegen sehr schädlich sein. Aber immerhin sind die Schwankungen in einzelnen Ländern beachtenswert. Besonders groß ist der Rückgang in Preußen, und hier ist er offenbar durch den Krieg verursacht: Verwendung der Schulhäuser für andere Zwecke (in besetzten Lebieten),

2. Zahl der Schüler.

Land	Schülerzahl.				Zu- oder Abnahme	
	1901	1911	1921/22	1926/27	1901—21	1921—26/27
					v. H.	v. H.
1. Preußen	5 670 870	6 572 140	5 461 594	4 136 665	— 3,7	— 24,3
2. Bayern	873 399	1 041 676	1 045 559	761 576	+ 19,7	— 27,2
3. Sachsen	685 771	771 098	720 174	507 234	+ 4,8	— 29,6
4. Württemberg	295 325	350 940	361 754	254 564	+ 22,5	— 29,7
5. Baden	273 149	335 264	360 700	261 600	+ 32,1	— 26,5
6. Thüringen	242 457	263 257	242 102	172 951	— 0,1	— 28,6
7. Hessen	165 707	205 558	194 189	146 024	+ 17,8	— 24,8
8. Mecklenburg-Schwerin	94 755	92 661	82 447	65 103	— 12,9	— 21,0
9. Mecklenburg-Strelitz	16 057	15 697	15 134	11 579	— 5,1	— 23,5
10. Oldenburg	66 721	82 334	89 734	68 270	+ 34,5	— 23,9
11. Braunschweig	81 396	79 083	66 364	48 631	— 18,5	— 26,7
12. Anhalt	52 684	40 871	43 856	31 276	— 16,7	— 28,7
13. Lippe	23 895	24 329	27 613	21 086	+ 11,4	— 23,6
14. Schaumburg-Lippe	7 648	7 864	7 132	5 267	— 6,8	— 26,2
15. Waldeck	10 294	10 329	8 811	6 359	— 13,4	— 28,1
16. Hamburg	98 610	115 607	113 506	89 106	+ 15,0	— 21,5
17. Bremen	27 830	35 784	41 705	31 531	+ 49,9	— 24,4
18. Lübeck	12 109	13 707	12 112	10 957	+ 3 Sch.	— 9,5
Deutsches Reich	8 924 779*	10 309 949*	8 894 486	6 629 779	— 0,3	— 25,5

*) ohne Elsaß-Lothringen

Verminderung der Schülerzahl, Sparmaßnahmen und vor allem die Abtretung ganzer Gebiete werden die Ursachen sein. Aber auch in den meisten anderen Ländern ist die Zahl der Schulen zurückgegangen. In Lippe hatten wir 1926 2 Schulen weniger als 1911; das erklärt sich wohl daraus, daß die beiden Seminarübungsschulen eingegangen sind. Die Zahl 151 erhält man, wenn man die nichtstaatlichen katholischen Schulen und die Taubstummenschule einrechnet; auch ist Augustdorf mit 2 Schulen eingesetzt.

Die Zahl der Schüler zeigt ebenfalls in einzelnen Ländern bedeutende Schwankungen. Gerade hier zeigen sich die Folgen des Krieges ganz besonders. Leider fehlt uns hier die Zählung, die im Jahre 1916 hätte erfolgen müssen. Sie würde sicher für die meisten Länder wie auch für das Reichsgebiet die höchsten Schülerzahlen gebracht haben. Im Jahre 1921 hatte der Rückgang schon begonnen und ist noch nicht überwunden. So sehen wir denn in allen Gebieten des Reiches eine Abnahme der Schülerzahl, die teilweise recht erheblich ist. Durchschnittlich beträgt sie mehr als ¼, nämlich 25,5 v. H.; am größten ist sie in Württemberg mit 29,7 v. H., am geringsten in Lübeck mit 9,5 v. H.; in Lippe ist sie mit 23,6 v. H. etwas geringer als der Durchschnitt. Beachtenswert ist aber auch, daß in einzelne Ländern (Mecklenburg, Braunschweig und Anhalt) der Rückgang in der Schülerzahl schon vor dem Kriege begonnen hat; das zeigt, daß der Krieg nicht die einzige Ursache dafür ist.

Die Zahl der Lehrkräfte ist erfreulicherweise nicht der Schülerzahl entsprechend vermindert. Eine geringe Abnahme hat sie allerdings nach dem Kriege auch erfahren; am stärksten war die Ver-

3. Zahl der Lehrpersonen.

Land	Zahl der Lehrkräfte. 1901	1911	1926/27	Zu- oder Abnahme 1901–11	1911–26/27	Zahl d. Schüler, d. auf eine Lehrkraft entfallen 1926/27
1. Preußen	90 208	116 293	109 187	+ 26 085	— 7106	37,9
2. Bayern	14 899	18 352	20 377	+ 3453	+ 2025	32,5
3. Sachsen	10 404	14 095	15 800	+ 3691	+ 705	32,1
4. Württemberg	5 109	6 063	7 215	+ 954	+ 1152	35,3
5. Baden	4 049	4 839	6 782	+ 790	+ 1943	38,6
6. Thüringen	3 927	4 677	4 673	+ 750	— 4	36,0
7. Hessen	2 747	3 788	3848	+ 1041	+ 60	38,0
8. Mecklenburg-Schwerin	2 055	2 102	2 123	+ 47	+ 21	31,1
9. Meplenburg-Strelitz	382	388	388	+ 6	0	29,8
10. Oldenburg	1 221	1 457	1 944	+ 236	+ 487	35,1
11. Braunschweig	1 293	1 594	1 597	+ 301	+ 3	34,5
12. Anhalt	968	908	883	— 60	— 125	35,4
13. Lippe	261	323	482	+ 62	+ 159	43,7
14. Schaumburg-Lippe	77	107	128	+ 30	+ 21	41,1
15. Waldeck	172	175	175	+ 3	0	36,3
16. Hamburg	2 603	3 521	3 386	+ 918	— 135	26,3
17. Bremen	595	868	928	+ 273	+ 60	34,0
18. Lübeck	346	440	357	+ 94	+ 83	30,7
Deutsches Reich	141 316*	180 776*	180 273	+ 39 460	— 503	36,8

*) ohne Elsaß-Lothringen

4. Die konfessionelle Zugehörigkeit der Schüler 1926|27.

Land	Schüler überhaupt	davon waren in 0/0 evangel.	kath.	israel.	sonstig	es besuchten in 0/0 evangel.	kath.	israel. Schulen	gemeinsame
1. Preußen	4 136 665	62,7	35,7	0,3	1,7	62,2	33,4	0,1	4,3
2. Bayern	761 576	26,7	72,6	0,3	0,6	20,8	69,2	0,1	9,9
3. Sachsen	507 234	79,3	2,7	0,2	16,5	—	1,5	—	98,5
4. Württemberg	254 564	65,2	33,6	0,1	1,1	66,2	33,7	0,02	—
5. Baden	261 600	36,8	61,5	0,4	1,3	—	—	—	100,0
6. Thüringen	172 951	92,1	1,8	0,1	6,0	—	0,1	—	99,9
7. Hessen	146 024	65,9	31,6	0,6	1,9	3,0	3,2	—	93,8
8. Mecklenb.-Schwerin	65 103	95,1	4,6	0,06	0,4	99,8	0,2	—	—
9. Mecklenb.-Strelitz	11 579	95,9	3,9	0,03	0,2	100,0	—	—	—
10. Oldenburg	68 270	74,0	25,5	0,1	0,6	75,0	25,0	—	—
11. Braunschweig	48 631	88,6	4,2	0,2	7,1	93,4	2,2	—	4,5
12. Anhalt	31 276	92,4	1,2	0,1	6,2	—	—	—	100,0
13. Lippe	21 086	94,9	4,4	0,1	0,6	—	3,6	—	96,4
14. Schaumb.-Lippe	5 267	99,0	0,3	0,2	0,5	—	—	—	100,0
15. Waldeck	6 359	95 5	3,3	0,4	0,4	97,0	2,7	—	0,3
16. Hamburg	89 106	?	?	?	?	—	—	—	100,0
17. Bremen	31 521	88,1	6,2	0,3	5,5	—	—	—	100,0
18. Lübeck	10 957	94,0	4,1	0,1	1,3	—	2,4	—	97,6
Deutsches Reich	6 629 779	59,0	39,0	0,3	1,7	46,5	30,6	0,06	22,9

5. Die Gliederung der Schulen und Lehrkräfte nach Konfessionen i. J. 1926|27

Land	Schulen überhaupt	davon waren evangl.	kath.	israel.	gemeinsam	Vollbeschäftigte Lehrpersonen überhaupt	davon waren evangel.	kath.	israel.	sonst.
1. Preußen	32 908	22 854	8 712	93	1238	109 187	72 356	36 243	204	384
2. Bayern	7 562	1 983	5 341	25	213	20 377	6 000	14 320	45	12
3. Sachsen	2 129	—	44	—	2085	15 800	14 109	520	—	670
4. Württemberg	2 213	1 345	865	3	—	7 215	4 960	2 251	3	1
5. Baden	1 592	—	—	—	1592	6 782	2 553	4 129	36	64
6. Thüringen	1530	—	2	—	1528	4 673	4 554	39	4	76
7. Hessen	1015	27	28	—	960	3 848	2 560	1 225	22	41
8. Mecklenb.-Schwerin	1076	1 075	1	—	—	2 123	2 116	6	—	1
9. Mecklenb.-Strelitz	195	195	—	—	—	388	388	—	—	—
10. Oldenburg	763	569	194	—	—	1 944	1 516	428	—	—
11. Braunschweig	426	418	5	—	3	1 597	1 521	37	—	39
12. Anhalt	240	—	—	—	240	883	877	3	—	3
13. Lippe	151	—	10	—	141	482	462	18	—	2
14. Schaumburg-Lippe	45	—	—	—	45	128	182	—	—	—
15. Waldeck	109	104	4	—	1	175	168	7	—	—
16. Hamburg	244	—	—	—	244	3 386	—	—	—	—
17. Bremen	79	—	—	—	79	928	839	39	—	50
18. Lübeck	45	—	1	—	44	357	344	11	—	2
Deutsches Reich	52 320	28 570	15 216	121	8413	180 276	115 451	59 276	314	1345

minderung wiederum in Preußen. In den meisten Ländern sind die Lehrkräfte sogar erheblich vermehrt, so auch in Lippe. Aber trotz dieser Vermehrung stehen wir mit der Zahl der Schüler, die durchschnittlich auf eine Lehrkraft entfällt, noch an letzter Stelle, während Hamburg an der Spitze marschiert. 1901 und 1906 stand uns Schaumburg-Lippe noch nach, während es uns 1911 schon überholt hatte.

Die beiden letzten Zahlenzusammenstellungen zeigen die konfessionellen Verhältnisse der Volksschulen im Deutschen Reiche. Leider hat Hamburg keine Angaben über das religiöse Bekenntnis der Schüler gemacht, und unter Lippe fehlt als einzige evangelische Schule die lutherische Schule in Bergkirchen. Im übrigen zeigen diese Zusammenstellungen ein buntes und interessantes Bild. Die evangelischen Schüler sind in fast allen Staaten (Bayern und Baden ausgenommen) am meisten vertreten. Aber nur in 7 Ländern ist die Mehrzahl der Schulen evangelisch. In Mecklenburg-Strelitz sind alle Schulen evangelisch. In 10 Ländern sind nahezu alle Schulen Gemeinschaftsschulen, in 4 Ländern alle Schulen. Die Zahl der Gemeinschaftsschulen hat sich von 1921 bis 1926 im Reiche um 3,8 v. H. erhöht. Die Zahl der israelitischen Schulen hat sich in derselben Zeit um 41,6 v. H. vermindert, und im Zusammenhang damit ist die Zahl der israelitischen Lehrkräfte um 30,7 v. H. geringer geworden. Es gibt nur noch israelitische Schulen in Preußen, Bayern und Württemberg, im ganzen 121. Israelitische Lehrkräfte gibt es aber auch in Baden, Thüringen und Hessen, also auch an Schulen, die nicht israelitisch sind. Eine genaue Betrachtung der Zahlen läßt erkenen, daß in Gebieten mit vorwiegend katholischer Bevölkerung viele evangelische Kinder katholische Schulen besuchen müssen, umgekehrt in vorwiegend evangelischen Gebieten katholische Schüler evangelische Schulen. Bemerkenswert ist ferner, daß die Zahl der Schüler, die keinem der drei Bekenntnisse (evang., kath. und israel.) angehören, von 1921 bis 1926 um 20,6 v. H. gestiegen ist. Am größten ist sie in Sachsen mit 16,5 v. H.; am kleinsten in Mecklenburg-Strelitz mit 0,2 v. H., in Lippe beträgt sie 0,6 v. H. Sachsen hat auch die meisten Lehrer, die keinem der drei Bekenntnisse angehören; ihre Zahl ist dort in den 5 Jahren von 317 auf 670 gestiegen und beträgt fast die Hälfte der Zahl für das ganze deutsche Reich.

Die Reichsschulstatistik 1926-27 zeigt uns den äußeren Bestand der deutschen Volksschule nach einer Zeit, die ihr große Gefahren, Störungen und Schädigungen brachte. Möge ihre weitere Entwicklung vor Hemmungen und Rückfällen bewahrt bleiben.

Die neue Fibel.

(Stellungnahme des Schulbücherausschusses zur Einführung einer neuen Fibel in den lippischen Volksschulen).

Zur Prüfung der Frage der Einführung einer neuen Fibel ist im L. L. V. ein besonderer Fibelausschuß gebildet worden. Hierbei war der Gedanke leitend, daß die Verbundenheit mit dieser Reform aus der Schulpraxis heraus unbedingte Voraussetzung für eine glückliche Lösung sei. Der Fibelausschuß hat die Fibelfrage in ihrer Verbundenheit mit der Reform des Anfangsunterrichtes in mehreren Sitzungen beraten. Die Ergebnisse sind dem Schb. A. unterbreitet, der in seiner Sitzung am 28. d. Mts. einmütig den Forderungen des F. A. zustimmte. Es wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, der O. Sch. folgenden Antrag zu unterbreiten:

Die Oberschulbehörde wird gebeten, zum 1. April 1928 die Fibel „Fröhlicher Anfang" Ausgabe L von Eckhardt und Lüllwitz in den lippischen Volksschulen einzuführen.

Begründung.

I. Allgemeine Wertung der zur Einführung empfohlenen Fibel.

In der Fibelentwicklung können die phonetische Fibel und die Fibel als reine Jugendschrift als überwunden betrachtet werden. Aus beiden Einseitigkeiten ist allmählich eine Fibelform erwachsen, die einen Ausgleich sucht in der zweifachen Rücksicht auf den Gegenstand und das Kind. Sie will den Forderungen der Phonetik genügen, aber sie sieht auch auf das Kind, das mit ihr frisch und fröhlich in die Kunst des ersten Lesens und Schreibens hineinwachsen soll.

Zu dieser Fibelform, die Otto Zimmermann die psychologische nennt, gehört das Werk von Eckhardt und Lüllwitz. Die Fibel ist kein Revolutionär. Eckhardt verbindet als praktischer Schulmann mit der Achtung vor dem bewährten Alten eine Aufgeschlossenheit gegenüber dem gesicherten Fortschritt. Aus diesem Geiste ist die Fibel geboren. Sie ist kein Leselehrbuch im Sinne der alten Fibel, sondern wie alle neuzeitlichen Fibeln eine erstes Lesebuch mit dem starken Einschlag einer ersten Jugendschrift. Sie drängt mehr nach der Stufe der Anwendung, das mehr Mechanische und Technische im Leselernvorgange der Arbeit mit dem Lesekasten zuweisend. So trägt sie der Idee der Arbeitsschule und dem mit ihr stark verbundenen inneren Wachstum unseres Standes Rechnung, dem Verlangen nach stärkerer innerer Verantwortlichkeit mit dem Korrelat eines steigenden Bedürfnisses nach größerer Selbständigkeit und Freiheit in der Unterrichtsgestaltung. „Sie ist geboren aus dem Glauben an ein Lehrergeschlecht, das mehr tun und sein will, als ein Hantierer des Lernbuches." Sie verlangt ein Mehr an eigener Arbeit, ruft den Willen zur Arbeitsschule wach, der aus dem lebendigen Umgebungsunterricht auf eigenen Wegen hineinführt ins Lesen mit Hilfe der Lesetafel oder des Lesekastens. Doch liegt in dieser Rücksicht auf eine größere unterrichtliche Freiheit keine Ueberspannung. Die Schulsysteme, die keine Zeit zur Verfügung haben zu einer oben angedeuteten arbeitsschulgemäßen Gestaltung des Leseunterrichtes finden in der Fibel genug Stoff.

II. Würdigung im einzelnen.

1. Aufbau der Fachgebiete. — In ihrem Leseinhalte gibt die Fibel ein Stück Kinderwelt voll Sonne und mit dem Klang kindlicher Einfalt. In diesem Streben nach innigem Kontakt mit der Kinderwelt baut die Fibel ihre Sachgebiete auf in steter Rücksicht auf die Jahreszeit, damit kann die Forderung der Richtlinien erfüllt werden, wonach das Lesen aus dem Umgebungsunterricht herauswachsen soll. In dem 2. Teile der Fibel tritt die Absicht einer Jugendschrift stark in Erscheinung. Da wandert das Kind durch den Garten der Kinderdichtung, die Gaben voll Sonne und kindl. Ernst aus der Hand der Kinderdichter und dem literarischen Jugendborn des Volkes zu empfangen. Und in dem Ganzen der Beginn der literarischen Erziehung und die Pflege von Gemütswerten.

2. Textform. — Hier folgt die Fibel der sprachlichen Entwicklung des Kindes. Bei dem beschränkten Lautvorrate treten anfangs nur Stichworte auf. Diese aphoristische Darstellungsform nähert sich der Sprechweise der Kinder und erleichtert die Auffassung des Inhaltes. Mit der wachsenden Lautzahl wird die Situation ausführlicher dargestellt, weiterhin wird die sprachliche Darstellung immer vollständiger bis schließlich jeder Lesestoff als abgerundetes Ganzes erscheint.

3. Heimatbuch. — In dieser Rücksicht auf die kindliche Umwelt wird die Fibel auch das Heimatbuch, zwar nicht im engeren Sinne einer lippischen Fibel, aber ein Heimatbuch des Landkindes mit all den Plätzen sonniger Jugenderlebnisse in Haus — Hof — Dorf — Wiese — Feld und Wald, mit sinniger Beachtung der gerade dem Landkinde eigenen Freundschaft mit der Tierwelt. Unsere Stadtkinder sind aber noch so landverbunden, daß eine besondere Stadtausgabe dem Schb. A. nicht notwendig erscheint. Es sei aber darauf hingewiesen, daß eine solche vom Verlage zu Ostern herausgebracht wird.

4. Bildausstattung. — Die Bildausstattung ist eine Angelegenheit Berufener. Zimmermann sagt darüber: „Wer Fibelkunst üben will, muß sein können wie ein Kind, ganz so herzlich, ganz so heiter und auch wieder so ernst. Er muß sehen können wie ein Kind, mit jener Naivität, die nur auf das Gegenständliche gerichtet ist. Er muß zeichnen können wie ein Kind, ganz so einfach und groß, ganz so farbenfreudig der leuchtenden Farbe zugetan, ganz so ausgelassen und lustig und mit dem gleichen epischen Behagen, mit dem das malende Kind sich der Handlung, dem Geschehen zuwendet. Und mit dieser naiven Heiterkeit und Einfachheit muß er eine Ausdrucksfähigkeit verbinden, die mit eindringlicher Kraft zum Kinde spricht." Else Wenz-Viëtor ist die zu dieser Aufgabe berufene Künstlerin. Die Aufnahme der Bilder durch die Kinder ist der beste Beweis dafür. Helles Aufjauchzen, Erzählen dessen, was das Bild darstellt, Erinnerung an ähnliche Verhältnisse und Erlebnisse und dann freudiges Hindrängen zu den schwarzen Lettern, die ihm zu diesen Bildern den Schlüssel reichen. —

5. Lesetechnischer Aufbau. — Im Streben nach einem frohen Jugendbuch ist die Fibel wie bereits eingangs erwähnt, nicht sorglos geworden im lesetechnischen Aufbau. Wenn hier und da eine Häufung von Schwierigkeiten empfunden werden sollte, so muß berücksichtigt werden, daß der Verfasser die Benutzung des Lesekastens voraussetzt. Immerhin sind die Schwierigkeiten zu überwinden.

6. Drucktypenfolge. Drucksatz. — In der Drucktypenwahl ist die Fibel der natürlichen Entwicklung des Lesers gefolgt. Der natürliche Lesetypus des normalen Anfängers ist der synthetische Leser. Er faßt die Einzelbuchstaben ins Auge, die sein Blick im direkten Sehen erkennt, übersetzt sie in die zugehörigen Laute und schlägt diese zusammen. Er lautiert sprungweises Ueberfliegen der Buchstabenreihe, die simultane Erfassung von Silben und Wörtern ist die Leseweise des geläufigen Lesers. Die Fibel von E. zeigt Achtung vor dieser Entwicklung. Sie setzt an den Anfang die schlichte, einfache Großsteinschrift, deren Formen im direkten Sehen am ehesten erkannt, durch Nachbilden befestigt und leichter wieder erkannt werden können. Sie setzt an das Ende die reichgegliederte Fraktur, deren Formen sich zu eindrucksvollen Wortbildern zusammenschließen, die dem Bedürfnins des geläufigen Lesers gemäß sind. Im Drucksatz liegt ebenfalls Rücksicht auf die Entwicklung des Lesens. Die einzelnen Silben werden zunächst

getrennt (bis S.33), jede Zeile bildet eine Leseeinheit. Erst dann wird mit dem fortlaufenden Drucksatz die Silbentrennung aufgegeben.

III. Stellung des Schulbücherausschusses zu Fragen, die mit der Fibelfrage verbunden gelöst werden müssen.

a) Verbindung von Schreiben und Lesen. — Die Richtlinien sehen von bindenden Vorschriften ab. Sie lassen Freiheit, die ihre Grenze findet in der Notwendigkeit zur Einheitlichkeit, zu der Schulverwaltung und Lehrerschaft gerade im Anfangsunterricht die größte Verpflichtung empfinden sollten mit Rücksicht auf das Kind und den neuen Unterricht, der in gewissenhafter Sicherung seiner Erfolge die Anerkennung der Oeffentlichkeit am besten erringt. Aus dieser Einstellung heraus bittet der Schb. A. die Oberschulbehörde, die Stellung von Lesen und Schreiben einheitlich so zu regeln, daß Lesen und Schreiben (letzteres im bisher üblichen Sinne) grundsätzlich zu trennen sind. Die Fülle von Prozessen, die das Lesen in sich schließt, muß uns bestimmen, dem Schulneulinge mindestens in der ersten Zeit nicht auch noch die Schwierigkeiten der motorischen Schreibarbeit zuzumuten. Weiterhin ist Schreiben zugleich Lesen. Der Schreibunterricht wird für den Leseunterricht um so fruchtbarer sein, wenn das Lesen bis zu einem gewissen Grade vorausgesetzt werden kann.

b) Schreibenlernen und Schriftformen. — Hierzu erbittet der Schb. A. in der obigen Einstellung folgende einheitliche Regelung. Der Schreiblehrgang ist unter Beachtung der physiologischen Bedingtheiten der Hand und der Natur der Schriftformen natürlich zu gestalten mit dem Endziel der Richtlinien: Gewandtheit und Sicherheit im Schreiben von Deutsch und Latein nach dem 4. Schuljahr. Der Schreibunterricht beginnt mit einem Vorkursus im Zeichnen und Malen der Groß- und Kleinantiqua. Dieses erste Schreiben begleitet das Lesen im Gleichklang von Eindruck und Ausdruck mit dem Ziel, die Buchstabenzeichen vielsinnig zu erfassen, die Muskulatur der Hand allmählich an die Feinbewegung im Schreiben zu gewöhnen und die Erlernung der Umgangsschriftformen vorzubereiten. Der Antiqua gebührt als Ausgangsschrift gegenüber der deutschen Schreibschrift der Vorzug, weil sie sich durch Einfachheit, Deutlichkeit, schöne Linienführung auszeichnet. Alle Formen werden aus der Geraden und dem Kreis, den Elementarformen der Schreibbewegung gewonnen. Das Schreiben von Wörtern gestaltet sich bei dem isolierten Auftreten der Antiquabuchstaben viel leichter als bei der deutschen Schreibschrift. Diese Antiqua entspricht auch wie bereits ausgeführt, dem Anfänger-Lesetypus, dem synthetischen Leser. In dieser Rücksicht auf innere Harmonie erfährt der Leseunterricht durch den Schreibunterricht die beste Unterstützung. Die Benutzung der Antiqua ermöglicht es auch, daß sämtliche Wörter, deren Buchstaben behandelt sind, vor allem Haupt- und Dingwörter, sofort gemalt und gelesen werden können. Die Antiqua tritt heute den Kindern als Plakatschrift überall entgegen. Das nachzuschaffen, was in der Umwelt stark sinnlich auf ihn wirkt, ist dem Schüler Freude. Mit der Freude wächst die Kraft. —

Die vorbereitende Wirkung der Antiqua inbezug auf Herausarbeitung der Grundformen der Schreibschrift, wird aber nur dann recht in Erscheinung treten, wenn die Schriftfolge nun der natürlichen Verwandtschaft entspricht. Der Antiqua-Groß- und Kleinschrift hat als nächste verwandte Schriftform die lateinische Schreibschrift zu folgen. Der Schb. A. ist der Auffassung, daß sie zunächst als eigentliche Schreibschrift mit dem Hinblick auf Sicherheit und Gewandtheit bis zur Mitte des 3. Schuljahres zu pflegen ist. Darnach hat die Schulung in der deutschen Schreibschrift bis zum Ende des 4. Schuljahres zu folgen.

In dem Kampfe um die Buchstabenform hat der Schb. A. sich einstimmig für die Sütterlinform entschlossen. Diese Entscheidung ist einmal bestimmt von gegenständlichen Erwägungen. Die Sütterlinformen sind in ihrer Ausgangsschrift frei von allen überflüssigen Zutaten. Es sind reine und klare Buchstabenformen, die sich auf Gerade und Kreis beschränken, die geschichtlich übermittelte Grundformen darstellen und die Möglichkeit einer persönlichen Weiterbildung zulassen. Dieser Wünsch des Schb. A. nach Einführung der Sütterlinform wird getragen von dem einmütigen Willen der Lehrerschaft, der durch die Konferenzvertreter zum Ausdruck gebracht wurde. Der Schb. A. hegt die bestimmte Hoffnung, daß die O. Sch. bei dem einmütigen Willen der lippischen Lehrerschaft zur Schriftreform im dargelegten Sinne im Interesse der Einheitlichkeit die behördliche Zustimmung nicht versagen wird. —

c) Die Versorgung der Schulen mit entsprechenden Lernmitteln. — (Der Schb. A. glaubt diese Frage am besten in einer mündlichen Verhandlung, lösen zu können, die vielleicht auch zur Klärung der umfangreich gewordenen Frage der Einführung der vom Schb. A. beantragten Lernbücher notwendig ist.)

Nachschrift des Vorstandes:

Am 10. d. Mts. fand die erbetene Besprechung der Fibelfrage mit Herrn Oberschulrat Dr. Schmidt statt. Nach dem Ergebnis der Aussprache besteht die Möglichkeit, die obigen Forderungen des L. L. V. in der Schulpraxis vom Beginn des neuen Schuljahres an zu verwirklichen. Der Vorstand darf die Erwartung aussprechen, daß die lippische Lehrerschaft nach der Willensbekundung durch die Konferenzvertreter und dem Appell der Vertreterversammlung die Reform einmütig durchführen wird.

Die Oberschulbehörde wird erneut eine Aufforderung zur Anforderung der zur Reform benötigten Lernmittel an die Schulen ergehen lassen. Neben der Fibel kämen da (nur für das 1. Schuljahr) in Frage:

Sütterlintafel ohne Karo, Milchgriffel; für den eigentlichen Schreibunterricht — falls gewünscht — Sütterlinheft 3w (weit) oder Sütterlinheft 3 m (mittel). Schreibfeder Soenekken S. 11 und S. 4.

Einem Wunsche des Herrn Oberschulrates folgend, wird die begonnene Vorbereitung der Reform tatkräftig in den Konferenzen fortgesetzt werden. Zur näheren Besprechung der Angelegenheit wird am Mittwoch, dem 18. d. Mts., nachm. 4 Uhr, im Hotel Schuster, Lage eine gemeinsame Sitzung von F. A. und Schb. A. stattfinden. Dazu werden auch alle Lehrer eingeladen, die sich aktiv in der Vorbereitung der Reform in der Konferenzarbeit beteiligen wollen.

Hermann Hesse.

„Wenn ich ein Lehrer wäre und Schule halten müßte, wenn ich Schüler hätte, welche Aufsätze machen müßten und dergleichen, so würde ich die, welche dafür zu haben sind, je und je eine Stunde beiseit nehmen und ihnen sagen: Kinder, wie wir euch lehren, ist sehr gut. Aber probiert es zuweilen, unsere Regeln, unsere Wahrheit auch einmal umzudrehen, nur zum Probieren, nur zum Spiel! Sogar wenn man irgendein Wort umdreht, Buchstabe für Buchstabe, entsteht oft eine unglaubliche Quelle von Belehrung, von Spaß und guten Einfällen."

(Variationen über ein Thema).

Umschau

Die „vorbildliche Neutralität" des Philologenverbandes.

Hugenbergs Provinzpresse — uns liegt die in Detmold erscheinende „Lipp. Tageszeitung" vom 28. Dez. vor — erteilt den verschiedenen Lehrergruppen wegen ihres Verhaltens dem Reichsschulgesetz gegenüber ihre Zensuren. Die Philologen schneiden dabei mit besonderer Auszeichnung ab; neben ihnen erscheinen die Hochschullehrer als harmlos-verschroben, die Lehrer im D. L.-V. als wilde Demagogen. Wir lesen da: „Die Gegner des Reichsschulgesetzentwurfs haben bei ihrer Suche nach Bundesgenossen mit dem Schlagwort von der bedrohten Geistesfreiheit und der Gefährdung der Volkseinheit einigen Erfolg gehabt. So haben sich mehr als 1000 Hochschullehrer zu einem der berühmten „flammenden Proteste" zusammengefunden. Warum auch nicht? — In der Geschichte der deutschen Universitäten gibt es mehr als einen Fall solcher Extratouren, die aber samt und sonders keinen Schaden angerichtet haben. Anders schon ist das wilde Aufbegehren des Deutschen Lehrervereins zu beurteilen, der nicht bloß protestiert, dessen Vorstandsmitglieder vielmehr tagtäglich im Reichstag zu finden sind, um auf die Mitglieder des Bildungsausschusses zu wirken, eine Tätigkeit, der man nicht gerade Zwecklosigkeit vorwerfen kann. Gegenüber diesen beiden Lehrergruppen hat die deutsche Philologenschaft bisher eine vorbildliche Neutralität bewahrt." Es sei darum auch zu verstehen, heißt es weiter, daß in der Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung jüngst ein „beweglicher Appell" an die deutsche Philologenschaft gestanden habe. „Mitblühender Phantasie" seien den höheren Schulen die Gefahren der Klerikalisierung usw. angemalt. Und schließlich: „Auch solchen Warnungen — oder Drohungen — gegenüber bleibt der Philologenverband kühl. — Damit bleibt er sich selbst treu. Ob allerdings solche wirkliche Neutralität von dem sozusagen auch neutral sein wollenden Deutschen Lehrerverein begriffen werden wird? — Nach den bisherigen Erfahrungen wohl schwerlich!"

Nein, wir wollen im Kampfe um die Gestaltung der deutschen Volksschule nicht neutral sein, auch nicht „sozusagen"; wir sind durchaus Partei, parteiisch für die gemeinsame deutsche Staats-

schule. Wer nicht mithilft, die Gefahren abzuwehren, macht sich mitschuldig! So ist die oft betonte „wirkliche Neutralität" des Philologenverbandes Wasser für die Mühlen der Gegner der Staatsschule. Wäre dem nicht so, so würde die deutschnationale Presse nicht mit solchem Behagen die angebliche „vorbildliche Neutralität"der Philologen herausstreichen.

(Aus der „Allg. Deutschen Lehrerzeitung").

Volksparteiliche Lehrer Westfalens und der Reichsschulgesetzentwurf.

Eine größere Zahl westfälischer Lehrer, die Mitglieder der D. V.-P. sind, haben auf einer Versammlung in Dortmund folgenden Beschluß gefaßt: „Wir in Dortmund versammelten volksparteilichen Lehrer des Westfälischen Lehrervereins, in Sorge um die zukünftige Gestaltung der Volksschule, sehen uns veranlaßt, unsere Ansicht über brennende Schulfragen in dieser entscheidenden Stunde zum Ausdruck zu bringen, da wir uns mit Recht als die Vertreter der gesamten volksparteilichen Lehrer Westfalens innerhalb des Westfälischen Lehrervereins betrachten dürfen.

Wir sind überzeugt, daß die Stellung unserer Partei in diesem Kampf eine recht schwierige ist; wir wissen aber auch, wie ungeheuer groß gerade ihre Verantwortung gegenüber der kulturellen Entwicklung des deutschen Volkes sein wird. Sie steht in der gegenwärtigen Koalition allein gegenüber einer geschlossenen Front kirchlich konservativen Machtwillens. Um so mehr müssen wir erwarten, daß sie ihre liberalen Grundsätze bei Schaffung eines Reichsschulgesetzes mit aller Klarheit und Eindeutigkeit durchzusetzen versucht, auch wenn dadurch die Vorlage scheitern sollte.

Bei Anerkennung der Bemühungen der Partei um entsprechende Regierungserklärungen bezügl. Elternrecht, Staatshoheit und dogmatische Bindung, lassen Erfahrungen in jüngster Zeit es uns als unumgänglich notwendig erscheinen, daß eindeutige Formulierungen im Sinne der Parteiforderungen in die betreffenden Paragraphen eingefügt werden.

Insonderheit glauben wir auf die Durchsetzung der immer wieder betonten Parteiforderungen drängen zu müssen:

Wahrung der alleinigen Schulhoheit des Staates auch über den Religionsunterricht und klare Verankerung dieser Hoheit, nicht in einer Regierungserklärung, sondern als feste Formulierung in den grundlegenden Paragraphen.

Danach ist zu fordern:

1. Zu Par. 1: Fortfall von „in Unterstützung und Ergänzung" oder Einfügen des Satzes: „ein Elternrecht an der Schule und irgendwelche Einschränkung der Rechte des Lehrers sind damit nicht gegeben."

2. Zu Par. 4: Alleinige Staatshoheit über alle durch die Verfassung zugelassenen Schulen auch bezügl. Lehrinhalt, Lehr- und Lernbücher. Also Einfügung eines Satzes: „eine dogmatische Bindung darf nicht erfolgen."

3. Zu Par 16: Ablehnung jeglicher außerstaatlichen Aufsicht, selbst in der Form der Einsichtnahme in den Religionsunterricht.

Wir kennen als Lehrer sehr genau die unbeeinflußte Ansicht der Elternschaft und haben in den in ganz Westfalen durch die Kirche heraufbeschworenen örtlichen Schulkämpfen zur Genüge erfahren, daß die Eltern auch bezügl. der Bekenntnisschule nichts weiter wollen als die Erhaltung der durch das Volksschulunterhaltungsgesetz vom Jahre 1906 Par. 33 geschaffenen Schule, in welcher auch nach ihrer Ansicht die religiöse Erziehung vollauf gesichert war und ist. Diese Erziehungsberechtigten sind mit uns der festen Ueberzeugung, daß die Bekenntnisschule des Keudellschen Entwurfs unnötige, die Leistungsfähigkeit der gegenwärtigen Schule beeinträchtigende Zersplitterung und dadurch untragbare Mehrkosten zur Folge haben muß. Aus diesen Gründen ist für sie wie für uns das Ideal: Die deutsche Einheitsschule in der Form der heute schon bestehenden Simultanschule, die unbedingt zu erhalten, wo sie besteht, und zu schaffen, wo sie die gebotene Form ist, die Kulturaufgabe der deutschen Volkspartei sein muß.

Wir bedauern, daß bisher im Bildungsausschuß sich die alten Hauptforderungen der Deutschen Volkspartei nicht genügend durchgesetzt haben. Wir hoffen, daß unsere Führer, die unser volles Vertrauen haben, im Geiste Benningsens wenigstens die oben angedeuteten Hauptforderungen erreichen werden, damit die vielen Lehrer, die in treuer Arbeit bisher für die Deutsche Volkspartei in Stadt und Land gearbeitet habe, und deren Zahl sehr groß ist, nicht enttäuscht sich abwenden."

Erklärung des volkskirchlichen Verbandes für evangelische Freiheit.

Der Vorstand des Volkskirchlichen Verbandes für evangelische Freiheit hat folgende Entschließung zur Schulfrage gefaßt:

„Mit wachsender Sorge betrachten die Freunde evangelischer Freiheit in Rheinland und Westfalen die Gestaltung des Reichsschulgesetzentwurfes und die Haltung maßgebender Stellen unserer evangelischen Kirche ihm gegenüber. Immer deutlicher zeigt sich, daß durch dieses Gesetz ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Schule der Riß innerhalb der Volksgemeinschaft nicht nur zwischen den Konfessionen, sondern auch zwischen Proletariat und Bürgertum, gerade innerhalb des evangelischen Volksteils unheilvoll versteift und vertieft wird.

Das an sich treffliche Elternrecht gefährdet in dieser Fassung das Recht des Gesamtstaates und gibt das Schicksal der Schule dauerndem Unfrieden innerhalb der Ortsgemeinde und den schwankenden, zufälligen Stimmungen kleiner Kreise preis.

Durch die Bestimmung über die Einsichtnahme in den Religionsunterricht und die ausschlaggebende Rolle kirchlicher Instanzen bei der Festsetzung der Lehrpläne und Lehrbücher sehen wir die Gefahr einer Klerikalisierung gegeben, welche die evangelische Religionslehrerschaft mit dem Gefühl der Entrechtung und immer neuem Mißtrauen erfüllen und der Freudigkeit im Religionsunterricht rauben wird.

Es ist deutlich, daß diese Form der Konfessionsschule im engsten Bunde mit dem Zentrum geprägt wird. Deshalb wenden sich die Glieder unseres Kreises, der Anhänger der verschiedensten Schularten umfaßt, in steigendem Maße der Gemeinschaftsschule zu, in der den christlichen Werten des deutschen Kulturgutes ihre durch die Geschichte gegebene Stellung eingeräumt wird. Wir sind dabei der festen Ueberzeugung, daß die berechtigten religiösen Wünsche und Forderungen der Elternschaft bei dieser Schulart durchaus zu ihrem Recht kommen und sehen in dem Mißtrauen kirchlicher Kreise gegen sie einen Mangel an Vertrauen in die Wirkungskraft evangelischen Christentums. Aufs entschiedenste müssen wir die vielfache Stellung von kirchlichen Behörden, Synoden und Verbänden ablehnen, wonach der Wert kirchlicher Treue von dem Eintreten für die Konfessionsschule abhängig gemacht wird. Schon durch das Eintreten ganzer evangel. Landeskirchen (z. B. Thüringen, Hessen-Nassau, Hessen-Darmstadt, Baden) und der theologischen Fakultät zu Gießen für diese Gemeinschaftsschule wird solche Beurteilung als völlig abwegig und als eine Gefährdung des inneren Zusammenhalts des evangelischen Deutschlands gekennzeichnet.

Mit Entrüstung aber weisen wir es ab, wenn, wie in dem bekanntgewordenen Geheimerlaß des westfälischen Konsistoriums versucht wird, mit starkem Druck den Pfarrern ohne Rücksicht auf ihre persönliche Ueberzeugung oder ihrer seelsorgerischen Stellung zu den verschiedenen Kreisen ihrer Gemeinden ein agitatorisches Eintreten (Geheimlisten von „unzuverlässigen" und „zuverlässigen" Gemeindegliedern) für den vom parteipolitischen Handel und dem wohlbegründeten Vorwurf der Verfassungswidrigkeit belasteten Reichsschulgesetzentwurf zur Amtspflicht gemacht werden soll. Das bedeutet eine Verletzung der evangelischen Gewissensfreiheit, die weder bei Geistlichen noch sonstigen Gemeindegledern durch Beschlüsse von Synoden oder Verfügung von Konsistorien aufgehoben werden kann. Gegen diesen Weg, der zu einer verhängnisvollen Katholisierung, nicht zum kirchlichen Aufbau führt, legen wir entschieden Verwahrung ein. Wir bitten unsere Freunde, gleichviel welcher Partei sie angehören, zu erwägen, ob nicht die Gefahren dieses Entwurfes den scheinbaren Machtzuwachs der Kirche so sehr überwiegen, daß das Weiterbestehen des bisherigen Schwebezustandes seiner Annahme bei weitem vorzuziehen ist.

Zur Lehrerbesoldung in Preußen.

Der am 28. und 29. Dezember in Magdeburg versammelte Gesamtvorstand des Preußischen Lehrervereins nahm einstimmig folgende Entschließung an:

„Der Gesamtvorstand des Preußischen Lehrervereins ist über schweres Unrecht muß die Minderbewertung der Volksschularbeit die neue Besoldungsordnung bitter enttäuscht. Als ein besonders empfunden werden, wie sie durch die überaus hohe Spanne zwischen den Gehältern der Volksschullehrer und denen der Studienräte zum Ausdruck kommt. In der starken Bewertung der verschiedensten Sondergruppen erblickt der Gesamtvorstand eine sachlich nicht gerechtfertigte Differenzierung des einheitlichen Lehrerstandes. Die hohen Amtszulagen für Schulleiter bedeuten eine nicht zu rechtfertigende Ueberbewertung der verwaltungstechnischen Arbeiten im Schulbetrieb und eine Geringschätzung der Erzieher- und Bildnerarbeit des Lehrers in der Schule. Die im V. D. G. vom 17. Dezember 1920 gegebene Möglichkeit, für einen Teil der Lehrerschaft das Gehalt des Rektors zu erreichen, ist durch die neue Besoldungsregelung zunichte gemacht worden. Der durch die Besoldungsneuregelung erfolgte Abbau der örtlichen Sonderzuschläge ist so übereilt und rücksichtslos vorgenommen worden, daß große Teile der Lehrerschaft in der wirtschaftlich schweren Zeit besonders hart getroffen und um jede Aufbesserung gebracht worden sind. Der trotz eifrigster Bemühung des Geschäftsführenden Ausschusses dennoch eingetretene Mißerfolg im Kampfe um eine

gerechte Besoldung der Lehrer darf uns aber nicht kleinmütig und verzagt machen und zu gegenseitigen Anklagen verleiten.

Die Stunde verlangt ein einmütiges, kampffreudiges Zusammenstehen aller Lehrer; denn nur das sichert uns den Erfolg."

Lehrerbesoldung in Sachsen.

Das Besoldungsgesetz wurde am 20. Dezember vom Landtage verabschiedet. Die Entscheidung fiel im Ausschuß wie in der Vollsitzung des Landtages selbst durch die Koalition: Das Gesetz im ganzen wurde gegen die Stimmen der S.P.D. und der K.P.D. angenommen, nachdem alle Minderheitsanträge, die diese Parteien zur Verbesserung der Regierungsvorlage gestellt hatten, an dem Widerstand der Regierungsparteien gescheitert und damit abgelehnt worden waren.

Die Verabschiedung des Gesetzes brachte für die Sätze, die für Volks- und Berufsschullehrer vorgesehen waren, noch einige Verbesserungen. Es erhalten neben dem Wohnungsgeld: die akademisch gebildeten Berufsschullehrer 4500—8100 RM., die Berufsschullehrer mit Gewerbelehrerprüfung 3400 bis 6500 RM., die Berufsschullehrer ohne Gewerbelehrerprüfung 3200—6200 RM., die Fachlehrerinnen an Berufsschulen 2700 bis 4700 RM., die akademisch gebildeten Volksschullehrer 4000—7500 RM., die Volksschullehrer mit Seminarbildung 2800—5800 RM., die Hilfsschullehrer 3200—6200 RM., die Fachlehrerinnen an Volksschulen 2300 bis 4300 RM.

Die früheren Schuldirektoren (131) erhalten zu ihren Lehrerbezügen eine ruhegehaltsfähige persönliche Zulage von 1200 RM. Die Besoldungsstaffeln werden in 22 Jahren durchlaufen, das Endgehalt wird mit dem 48. Lebensjahre erreicht.

Lehrerbesoldung in Bremen.

Gruppe 11: 3550—7200 RM.

Gewerbelehrer ohne Fachprüfung (die am 30. September 1917 im Amt gewesenen Beamten führen die Amtsbezeichnung „Gewerbeoberlehrer" und erhalten die Bezüge der Gruppe 12),
Gewerbelehrerinnen als Hauptlehrerinnen der Schulküchen,
Handarbeits- und Turnlehrerinnen,
Hauswirtschaftslehrerinnen,
Lehrer und Lehrerinnen seminarischer oder technischer Bildung an den höheren Schulen (erhalten außerdem eine nicht ruhegehaltsfähige Zulage von 500 RM.),
Lehrer und Lehrerinnen seminarischer Bildung an den Landschulen und Volksschulen,
Lehrer und Lehrerinnen seminarischer Bildung, früher an den Seminarübungsschulen (künftig fortfallend),
Lehrer und Lehrerinnen seminarischer Bildung an den gehobenen Zügen der Volksschulen (erhalten außerdem eine nicht ruhegehaltsfähige Zulage von 500 RM. bei hauptamtlicher Beschäftigung an den gehobenen Zügen, solange diese bestehen. Bei den am 1. Oktober 1927 im Amt gewesenen Stelleninhabern ist die Zulage in Höhe des Unterschiedes zwischen ihrem jeweiligen Gehalt und demjenigen der nächsthöheren Dienstalterstufe ruhegehaltsfähig),
Lehrer und Lehrerinnen seminarischer Bildung an den Hilfsschulen (erhalten außerdem eine ruhegehaltsfähige Zulage von 500 Reichsmark),
Lehrer und Lehrerinnen an den Klassen für schwerhörige Schüler und an den Sprachheilkursen (erhalten außerdem eine ruhegehaltsfähige Zulage von 500 RM),
Strafanstaltsoberlehrer (erhalten außerdem eine ruhegehaltsfähige Zulage von 500 RM),
Bei den Handarbeits-, Turn- und Hauswirtschaftslehrerinnen ist zu bemerken, daß sie nur bis Stufe 10 aufsteigen, also bis 6300 RM.

Gruppe 12: 4800—8400 RM.

Gewerbeoberlehrer und -lehrerinnen,
Oberlehrer und Oberlehrerinnen an den höheren Schulen in gehobenen Stellen, an den technischen Staatslehranstalten, an der landwirtschaftlichen Schule,
Taubstummenoberlehrer und -lehrerinnen.

Gruppe 13: 5800—8400 RM.

Vorsteher an Volksschulen, Vorsteher des Heims für Jugendliche.

Gruppe 13a: 4800—9200 RM.

Seminaroberlehrer und -lehrerinnen.

Gruppe 14: 5800—9200 RM.

Handelsoberlehrer, Oberlehrer an der Kunstgewerbeschule, Vorsteher der Hilfsschulen, Vorsteher der Taubstummenanstalt.

Gruppe 15: 6000—10500 RM.

Direktor der Fortbildungsschule für den Kleinhandel, der Landwirtschaftlichen Schule.

Gruppe 16: 6000—11000 RM.

Studienräte und -rätinnen.

Der Wohnungsgeldzuschuß ist in Bremen mit ins Grundgehalt verrechnet.

Aus dem Vereinsleben

Vorstandswahl.

Die Wahl des Vorstandes ist auf Mittwoch, den 25. Jan., die des 1. Vorsitzenden auf Mittwoch, den 22. Febr. d. Js. festgesetzt.

Die Stimmzettel werden den Mitgliedern, durch die Bezirksvereine zeitig zugehen. Jeder Wähler hat darauf 14 Namen zu bezeichnen oder die übrigen zu streichen; er ist an die vorgedruckten Namen nicht gebunden.

Ein Stimmzettel mit mehr als 14 Namen ist ungültig.

Wer brieflich wählt, hat den Stimmzettel mit 2 Briefumschlägen zu versehen; der äußere trägt den Namen des Absenders, der innere darf kein Kennzeichen haben. Durch die Post beförderte Wahlbriefe müssen spätestens am Tage der Wahl abgestempelt sein. Die Wahlbriefe gehen an die Vorsitzenden der Bezirksvereine; diese stellen das Wahlrecht der Absender fest, entfernen die äußeren kenntlichen Umschläge und liefern die Wahlbriefe mit dem übrigen Ergebnis der Wahl an den Unterzeichneten ab.

Mit der Feststellung des Wahlergebnisses hat der Wahlausschuß die Herren Köller in Detmold, Nebelsiek in Remmighausen und den Unterzeichneten beauftragt.

Der Wahlleiter:
Wesemann.

K. U. K.

Die Herren Vertrauensleute werden gebeten, alle Sendungen in K. U. K.-Angelegenheiten, auch die monatlichen Abrechnungen, aus technischen Gründen an den Unterzeichneten zu richten. Auf den monatlichen Abrechnungen sind alle Veränderungen unter Angabe der betr. Kartei-Nr. einzutragen. Bei Geburten und Eheschließungen dürfen die näheren Personalien nicht fehlen.

Weiter bitten wir um genaue Ausfüllung der Antragsformulare, vor allem müssen Art der Krankheit, Kartei-Nr. und Konto angegeben sein. Die Arztrechnungen sollen spezifiziert sein! Den Kassenansprüchen nicht genügende Belege werden in Zukunft zurückgegeben.

Bei Versetzungen muß es Ehrenpflicht aller Kollegen sein, ihre K. U. K.-Sache sofort zu regeln! Wir bitten unsere Vertrauensleute, die Kartei-Nr. des betr. Kollegen dem Vertrauensmann des neuen Bezirkes sofort zu übersenden unter Angabe, wie lange Beiträge gezahlt wurden.

Roßmann.

Bericht über die Vertreterversammlung am 7. 1. 1928.

Der Vorsitzende machte zunächst eine Reihe kleinerer Mitteilungen. — Die Entscheidung des Schulbücherausschusses in der Fibelfrage wurde von der Versammlung einmütig unterstützt. — Punkt 2 gab Veranlassung zu einer Aussprache über den Stand der Reichsschulpolitik, namentlich auch über die schulpolitische Lage in Lippe. Die Weiterführung des Rechtseinspruchs der evangelischen Religionslehrer soll in einer besonderen Versammlung erörtert werden. — Zum Punkt Besoldungsreform referierte einleitend der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses M. Wolf. Die vom Wirtschaftsausschuß vorgelegten Forderungen wurden mit einigen Zusatzanträgen nach eingehender Aussprache angenommen. Einstimmig angenommen wurde ferner eine allgemeine Entschließung, nach welcher es nicht gebilligt wird, wenn bei den kommenden Verhandlungen einzelne Personen oder Gruppen mit den amtlichen Stellen die Verbindung suchen; alle Verhandlungen werden vielmehr den ordentlichen Instanzen des Lehrervereins übertragen. — Koll. Rädeker gab zum Schluß Aufklärung über das Angebot des Landespräsidiums, die Lehrer-Witwenkasse betr.

Sprenger.

Für Mitglieder der Jugendämter.

Alle Lehrer und Lehrerinnen, die Mitglieder der örtlichen bezw. Bezirksjugendämter sind, werden zu einer allgemeinen Aussprache auf Mittwoch, d. 8. Febr. 1928, 16 Uhr, Hotel Stadt Frankfurt, Detmold, eingeladen.

Röhr.

Schulbücherausschuß: S. S. 6!

Verschiedenes

Neuerwerbungen der Lippischen Landesbibliothek.

Vorbemerkung: An dieser Stelle sollen in Zukunft laufend alle Neuerwerbungen an pädagogischen Werken, daneben eine Auswahl der Neuerwerbungen aus anderen Gebieten veröffentlicht werden.

Anschütz, Verfassung des Deutschen Reiches. 7. Aufl., Berlin 1928.
Bernheim, Einleitung in die Geschichtswissenschaft. (Sammlung Göschen).
Hartmann, Grundzüge einer Metaphysik der Erkenntnis. Berlin 1925.
Der deutsche Arbeitsunterricht. Bd. 2. Leipzig 1928.
Messer, Philosophie der Gegenwart. 6. Aufl. Leipzig 1928.
Engelmann, Die Krise der heutigen Mädchenerziehung. Leipzig 1928.
George., Der Stern des Bundes. 5. Aufl. Berlin 1922.
George, Das Jahr der Seele. 11. Aufl. Berlin 1922.
George, Der siebente Ring. 6. Aufl. Berlin 1922.
Nelson, Die Unmöglichkeit der Erkenntnistheorie. Gött. 1911.
Nelson, Kritik der praktischen Vernunft. Leipzig 1917.
Die Religion in Geschichte und Gegenwart. Herausgegeben von Gunkel und Zscharnack. Tübingen 1927.
Meyer, Das niedersächsische Dorf. Bielefeld 1927.
Friedrich Ebert und seine Zeit. Charlottenburg 1927.
Rousseau, Confessions. Paris o. J.
Kretschmar, Körperbau und Charakter. 5. u. 6. Aufl. Berlin 1926.
Rilke, Gesammelte Werke. Bd. 1—6. Leipzig 1927.
Falkmann, Beiträge zur Geschichte des Fürstentums Lippe. Bd. 1—6. Detmold 1882—1902.
Coesfeld, Geschichte der Stadt Bielefeld. — Bielefeld 1881.
Hegi, Illustrierte Flora. Bd. 5 IV.
Landois, Westfalens Tierleben. Bd. 1—3. Paderborn 1883—92.
Schmidt, Geologie von Lippe. Detmold 1922.
Reißmann, Germanische Astronomie im Teutoburger Walde.
v. Scholz, Die Beichte. München 1919.
Marcuse, Gerhard Hauptmann. —
Ostwald, Farbenlehre 1. und 2. Leipzig 1919—21.
Rhodovi, Rittergut Brockschmidt. Detmold 1927.
Das Volksschulwesen im Freistaat Schaumburg-Lippe. Bückeburg 1926.

Pädagogischer Kongreß.

Einladung zur Teilnahme an dem Pädagogischen Kongreß Berlin 1928.

Aus Anlaß der ersten Tagung der „Internationalen Vereinigung der Lehrerverbände", der der Deutsche Lehrerverein angehört, findet in Berlin in der Zeit vom 12. bis 17. April 1928 ein Pädagogischer Kongreß statt. Im Mittelpunkte der Veranstaltung steht das Thema:

„Die neuzeitliche deutsche Volksschule".

Der Kongreß bietet Vorträge, Ausstellungen, Führungen und Besichtigungen. Es werden folgende Vorträge gehalten:
Einleitender Vortrag: Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Preußen, Herr D. Dr. Becker-Berlin.
Die Volksschule im Aufbau des deutschen Bildungswesens: Herr Ministerialdirektor Kaestner-Berlin.
Die innere Gestaltung der deutschen Volksschule: Herr Schulrat Georg Wolff-Berlin.
Der Volksschullehrer als Erzieher: Prof. Dr. Kerschensteiner-München.
Die pädagogische Wissenschaft in Deutschland: Prof. Alois Fischer-München.
Die neue Lehrerbildung: Herr Prof. Dr. Seyfert-Dresden, Herr Akademiedirektor Dr. Weidel-Elbing.
Die Leherfortbildung: Geh.-Rat Dr. Karstädt-Berlin.
Die Verwaltung des Volksschulwesens in deutschen Ländern: Herr Ober-Reg.-Rat Sachse-Hildesheim.
Deutsche Versuchsschulen: Herr Oberstudiendirektor Dr. Karsen-Berlin.
Das moderne Schulhaus: Herr Stadtschulrat Kretschmann-Frankfurt a. Od.
Das Schulwesen der Stadt Berlin: Herr Stadtschulrat Nydahl-Berlin.
Elternhaus und Schule:
Der Kindergarten: Frau Lilli Dröscher, Leiterin des Pestalozzi-Fröbelhauses-Berlin.
Die Grundschule: Herr Studienrat Weise-Dresden.
Die Eigenart der Mädchenerziehung in der Volksschule: Frau Rektorin Feuerstack-Berlin.
Das Sonderschulwesen: Herr Magistratsschulrat Fuchs-Berlin.
Wohlfahrtspflege in der Schule.
Künstlerische Erziehung auf dem Gebiete der deutschen Sprache und Dichtung: Herr Regierungsdirektor Pretzel-Berlin.
Musikalische Erziehung: Herr Prof. Jöde-Berlin.
Die bildnerische Erziehung: Herr Geh.-Reg.-Rat Dr. Pallat-Berlin.
Die körperliche Erziehung in der Schule: Herr Direktor Neuendorff-Berlin.
Film und Lichtbild im Dienste der Volksschule: Herr Dir. W. Günther-Berlin.
Der Lehrerstand (rechtliche und wirtschaftliche Stellung der Lehrer, Lehrervereinswesen):
Freie Volksbildungsarbeit der deutschen Volksschullehrer: Herr Tews-Berlin.
Vorführungen von Leibesübungen werden einen Einblick geben in die körperliche Erziehung der Jugend und in die Aus- und Fortbildung der Lehrer.

Die Lehrer verschiedener Städte berichten über die bei ihnen durchgeführten Schulreformversuche.

An Führungen sind vorgesehen: Besuche in Schulklassen bei der Arbeit, Besichtigungen moderner Schulhäuser, verschiedener Sonderschulen und Fürsorgeeinrichtungen, einiger Turn- und Sportplätze, des Stadions und des Sportforums, des Filmseminars, des Zentralflughafens, einiger industrieller Werke. Führungen durch die Kunstsammlungen Berlins usw. In einer umfangreichen Ausstellung soll die neuzeitliche Einrichtung und Ausstattung, vor allem aber die Arbeitsweise der Volksschule gezeigt werden. Es wird Gelegenheit geboten, die besten Berliner Opern und Theater zu besuchen. Der Berliner Lehrer-Gesangverein hat ein Konzert freundlichst zugesagt.

Die genaue Tagesordnung wird später an dieser Stelle bekanntgegeben. Alle Lehrer und Lehrerinnen, alle Freunde der Schule aus allen Ständen laden wir zur Teilnahme an dem Pädagogischen Kongreß Berlin 1928 ergebenst ein. Zur Deckung der Unkosten besonders für die umfangreichen Drucksachen wird eine Teilnehmergebühr von Mk. 5 erhoben. Zwecks Bereitstellung von geeigneten Versammlungsräumen und Unterbringung der auswärtigen Teilnehmer ist eine recht baldige Anmeldung dringend erwünscht. Anmeldungen, Mitteilungen und Anfragen sind zu richten an die Geschäftsstelle des Pädagogischen Kongresses Berlin 1928, Berlin W. 35, Potsdamerstr. 113, Villa 2/II.

Berlin, den 1. Januar 1928.

Die Leitung des Pädagogischen Kongresses Berlin 1928
gz. Alfred Tschentscher, Vorsitzender.

Treviranus über Kindererzeugung.

Uns geht nachstehender Brief zu, den wir nicht nur des Humors wegen unsern Lesern zur Kenntnis geben wollen:

„Auf Einladung eines befreundeten Herrn nahm ich am 30. 10. 1927 an einem offiziellen Parteitage des Landesverbandes Westfalen-Ost der Deutschnationalen Partei im Vereinshause zu Herford teil. Als ich nachmittags gegen 3 Uhr den Saal betrat, sprach gerade der Abg. Treviranus vor einer Landwirteversammlung. Der Zutritt wurde mir nicht verwehrt, so daß ich Gelegenheit hatte, den letzten Teil der Ausführungen des Vortragenden anzuhören. Treviranus bemängelte u. a., daß von gewisser Seite in landwirtschaftlichen Dingen zu wenig auf das sachverständige Urteil des Fachmannes geachtet würde. Schließlich kam Treviranus auch auf das umstrittene Reichsschulgesetz zu sprechen. Im Gegensatz zu seinen vorherigen Ausführungen über den Urteilswert der Fachleute sagte er in der Schulfrage u. a. fast wörtlich folgendes:

> Ich verstehe nicht, wie der Allgemeine Deutsche Lehrerverein überhaupt Stellung zum Reichsschulgesetz nehmen kann. Die Herren vom Allgemeinen Deutschen Lehrerverein müssen sich doch darüber klar sein, daß die Kinder, die in den Schulen unterrichtet werden, von uns erzeugt sind und nicht etwa vom Allgemeinen Deutschen Lehrerverein!.

Ich verbürge mich für die sachlich richtige Wiedergabe dieser Aeußerung und stelle Ihnen anheim, von diesem Briefe beliebig Gebrauch zu machen."

Es ist eine Lust zu leben!

Nach kürzlich veröffentlichten statistischen Notizen kommen in den Proletariervierteln der Reichshauptstadt täglich viele Tausende von Schulkindern ohne Frühstück zur Schule; ein erschreckend großer Prozentsatz der Kinder besitzt nur ein Hemd. Wir halten daneben folgende Ankündigungen über die letzte Silvesterfeier:

„Wie üblich veranstalteten die großen Berliner Hotels ihre besonderen Silvesterfeiern. Die Preise für die Silvesterdiners sind zum großen Teil dieselben wie im vorigen Jahre: Hotel Adlon nimmt 40 Mark, ebenso Eden, das im vorigen Jahre um 5 Mark billiger war. Bristol nimmt 35 Mark, Esplanade und Kaiserhof je 30 Mark, Exzelsior 18 Mark. Diese Preise beziehen sich natürlich nur auf das trockene Gedeck. Teurer als im vorigen Jahre ist ein Teil der Luxus- und Tanzrestaurants. So verlangt das Tanzrestaurant „Casanova", das augenblicklich stark in Mode ist, 40 Mark für das trockene Diner. Kempinski, das im vorigen Jahr im Westen 20 Mark nahm, verlangt jetzt 25 Mark, ebenso Borchardt. Im Tanzrestaurant Queen am Kurfürstendamm sowie im Palais am Zoo kosten die Silvestergedecks 30 Mark. Die Barberina, Florida und das Palais Mascotte begnügen sich mit 25 Mark."

„Der güldne Schrein."

„Der güldne Schrein: Ein Jahrbuch für gute Leser auf das Jahr 1928" wird uns vom Verlag der Deutschen Dichter-Gedächtnisstiftung, Hamburg-Großborstel, vorgelegt. (Kartoniert, holzfreies Papier. Umfang 220 Seiten. Umschlag von Prof. Treetorius, München. 1.50 ℳ.) Wir nehmen besondere Veranlassung, auf diesen Almanach hinzuweisen; denn er gibt eine Uebersicht über die freie Volksbildungsarbeit, einen Gegenstand, dessen Bearbeitung vom Lipp. Lehrerverein in Aussicht genommen worden ist. Ein längerer Aufsatz mit angefügter Titelübersicht unterrichtet über den deutschen Roman der Gegenwart. Ein „Streifzug durch das Heimatschrifttum" berührt in diesem Jahre Hannover und Westfalen. Daneben eine Reihe kleinerer Beiträge und gediegener Buchschmuck. Außerdem enthält der „Güldne Schrein" zwei literarische Preisausschreiben, eins für Erwachsene und eins für die deutsche Jugend. Als Preise gelangen Bücher im Gesamtwerte von 100 Mark zur Verteilung.

Die Geschichte vom Zaun.

Die Geschichte ist nicht wahr; aber daß in Schötmar an Sonntagsschüler ein Flugblättchen mit dieser Ueberschrift verteilt worden ist, ist wirklich wahr. Man hätte es besser gelassen, denn der Inhalt ist dummes Zeug. Wir zitieren nur den Schluß des Zwiegesprächs, welches das Blättchen füllt.

Nachbar: Hör mal zu: wenn heute unsere evangelische Schule in eine Gemeinschaftsschule umgewandelt würde, dann würde man zunächst gar keinen Unterschied merken. Es sind dieselben evangelischen Kinder drin und unser lieber evangelische Lehrer ist auch da. Und dieselben christlichen Bücher haben sie, und am Reformationsfest halten sie ihre Feier. Da kommen auf einmal Kinder herein, die sind sehr empfindlich, wenn etwas von Religion geredet wird, das können sie nicht vertragen; da muß der Lehrer zurückstecken. Schon ist ein Blümlein weg. Und da kommt der rabiate Max Bullerke, weißt du, der vom Elternbeirat, und verbittet sich in seiner groben, schnoddrigen Art „das religiöse Gewinsel" in der Gesangstunde. Da muß der Lehrer schon das Choralsingen lassen. Wieder eine Blume weg. Und dann beschweren sich Eltern über das „christliche" Lesebuch. Da kannst du nichts dagegen machen, raus mit dem Beet. Und wenn unsere Lehrer mal wegkommt und der Staat schickt uns einen Dissidenten . . .

Lehmann: Das wäre noch schöner, das lassen wir uns nicht gefallen.

Nachbar: Halt, mein Lieber, das mußt du dir schon gefallen lassen, wenn du deine evangelische Schule in eine Gemeinschaftsschule verwandeln läßt. Die evangelische Schule hat einen Zaun, ich habe ihn dir gezeigt, durch all die Bestimmungen, die ich vorhin nannte, ist die Pflege des evangelischen Lebens rechtlich gesichert. Wird sie zur Gemeinschaftsschule, dann hast du den Zaun weggenommen. Für die Gemeinschaftsschule ist die wichtigste Vorschrift, daß sich alle drin wohl fühlen, auch die Dissidenten, da muß es schon nach ihrem Willen auch mit gehen. Der schützende Zaun ist fort.

Lehmann: Nachbar, das ist das erlösende Wort: Der Zaun ist fort. Nein, Nachbar, das tu ich nicht, den Zaun nehme ich nicht weg. Ich halte fest an der evangelischen Schule!

Die österreichische Jugendrotkreuz-Zeitschrift.

Das Jännerheft (Schubert-Nummer) enthält Beiträge von Hermine Cloeter, Otto Erich Deutsch, Grillparzer, Polko, Schneller, Schubert-Lieder und Bilder von Böhler, Klimt, Kupelwieser, Michl, Rieder, Schwind, Teltscher, Zoller.

Der Jahresbezugspreis (10 Hefte, von Oktober bis einschließlich Juli) ist ℳ 1.40 (beim Bezug von mindestens 10 Jahrgängen auf einmal ℳ 1.20).

Reichsdeutsche Bezieher können zu denselben Bedingungen die Hefte von April bis einschließlich März oder von Mai bis einschließlich April beziehen.

Einzelne Nummern kosten 15 ₰. Probenummern vom österreichischen Jugendrotkreuz, Wien, 1. Stubenring 1. Postscheckkonto München 59 537. Stadtgiro-Konto Dresden 62 278.

Bitte.

Das Handexemplar meines Buches „Das Fürstentum Lippe" habe ich verliehen; die Notiz, an wen es verliehen ist, habe ich verlegt. Falls einer der Leser der Schulzeitung das Buch in Händen hat, bitte ich um baldige Rückgabe, da ich die handschriftlichen Nachträge jetzt benutzen möchte. Schwanold.

Neujahrsbetrachtungen.

F. Geise in der Lippischen Landeszeitung vom 10. 1. 1928: Während wir uns außenpolitisch mit Erfolg bemüht haben, die Schranken des wirtschaftlichen Güteraustausches und die Vorurteile politischer und kultureller Beengtheit und Gegensätzlichkeit in der Welt zu überwinden, wird zur Zeit innenpolitisch alles aufgeboten, um ein Reichsschulgesetz durchzubringen, das planmäßig schon bei unserer Jugend alle geistigen Brücken zum gegenseitigen Verständnis und innerem Verbundensein abreißt und dafür die kulturellen Zollschranken in unserm Volke aufzurichten sucht. Ein erbitterter Kampf wird um die in der Reichsverfassung vorgesehene Gemeinschaftsschule geführt, die im Sinne wahrer Demokratie als deutsche Nationalschule mit gemeinsamem deutschen Kulturgut für alle Kinder unseres Volkes gedacht war. Wie der Kampf ausgehen wird, steht dahin. Die Entscheidung liegt bei der Deutschen Volkspartei. Wird sie ihre Tradition als liberale Kulturpartei verleugnen und die Volksschule zum Handelsobjekt machen, dann ist die deutsche Volksschule als Staatsschule aufgegeben, dann wird sie in konfessionelle und weltanschauliche Trümmer zerschlagen. Ob es dann gelingen wird, unsere lippische Volksschule vor dem Auflösungsprozeß zu bewahren, hängt davon ab, ob uns der Schutz des Artikels 174 RV. zugebilligt werden wird. Unser Neujahrswunsch an den Reichstag kann mit Beziehung auf das Reichsschulgesetz nur lauten: „Bewahre uns vor dem Uebel!"

Cl. Lüken in der Lipp. Landeszeitung vom 1. 1. 1928. Worauf kommt es an? Mehr Vertrauen zu unsern lippischen Lehrern, die im Kampf oft harte Gesellen sind, die aber vor den gläubigen Kinderaugen so weiche väterliche und auch so gewissenhafte Herzen haben, daß man ihnen ruhig die religiöse Erziehung der Kinder anvertrauen kann, soweit sie sie übernehmen.

Warum denn keine Bekenntnisschule? Weil sie in Lippe den Kampf bedeuten würde, dessen Folgen gar nicht auszudenken sind. Die Schule und gar die Religion als Wahlparole im nächsten Landtagswahlkampf, das Heiligste auf Erden, als Schlagwort mißbraucht, wer könnte das ertragen! Das durch den Kampf veranlaßte Hervortreten extremer Richtungen, die ihre eigene Schulform fordern, anstatt daß wir uns auf gemeinsamem Boden einigen, werm öchte das verantworten! Möchte jede lippische Mutter und jeder lippische Vater diese Folgen durchdenken, das ist mein Wunsch zum Neuen Jahr!

H. Drake auf der politischen Landesversammlung am Neujahrstage in Lage (Volksblatt): Die weitere Hebung der Volksschule ist ein selbstverständliches Gebot der Stunde, aber wir sind dabei nicht Gegner der höheren Schulen. Den Ausbau des Lyzeums in Detmold hat das Landespräsidium einstimmig genehmigt, weil er nach neueren Feststellungen in einer natürlichen und nicht ungesunden Entwicklung liegt. Im übrigen muß versucht werden, das gesamte höhere Schulwesen zu verstaatlichen. Es ist nämlich oft nicht sehr erbaulich, wie unter den Unzulänglichkeiten des Gemeindelebens diese Schulen in der einen oder anderen Form zu leiden haben. Aber wir fordern dabei eine viel stärkere Ausnützung der höheren Schulen zugunsten der befähigten minderbemittelten Volksschichten. Der Gefahren einer weiteren Uebersetzung der sog. rein geistigen Berufe sind wir uns dabei wohl bewußt, sie müssen durch planmäßige Maßnahmen auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiete ausgeglichen und bekämpft werden.

Arbeitsgemeinschaft für Leibesübungen:

Tagung am 17. 1. 28, 3,30 Uhr nachmittags, Bürgerschule Lage. Alle interessierten Kollegen und Kolleginnen werden gebeten, sich der Arbeitsgemeinschaft anzuschließen. R. Bünte.

Beginn der Schulpflicht in Preußen.

Der preußische Landtag hat am 15. 12. 27 ein Gesetz beschlossen, dessen Paragraph 2 wie folgt lautet:

„Die Schulpflicht beginnt mit dem 1. April für alle Kinder, die bis zum 30. Juni desselben Jahres das sechste Lebensjahr vollenden. Kinder, die in der Zeit vom 1. Juli bis zum 30. September das sechste Lebensjahr vollenden, können auf Antrag des Erziehungsberechtigten zu Beginn des Schuljahres in die Schule aufgenommen werden, wenn sie die für den Schulbesuch erforderliche körperliche und geistige Reife besitzen."

Wir haben schon in der Septembernummer des vorigen Jahrgangs auf das Kuriosum hingewiesen, daß Lippe nun wieder zu seinen früheren gesetzlichen Bestimmungen über den Beginn der Schulpflicht zurückkehren dürfte, nachdem es vor 3 Jahren gerade in Anlehnung an Preußen die zur Zeit geltenden Bestimmungen geschaffen hat. Sachlich bleibt jedoch zu wünschen, daß Lippe die neuerliche Angleichung alsbald vollzieht.

Zum Schulkampf.

„Der Osteroder Schulkampf", herausgegeben vom Ostpr. Provinzial-Lehrerverein bei R. Leupold, Königsberg, Baderstr. 8—11. Die Broschüre zeigt den Kampf klerikaler Kreise um die Zerstörung der Simultanschule in Osterode.

„Welche Schulart ist vom evangelischen Standpunkt aus zu wünschen? Diese etwa 80 Seiten starke Schrift ist von dem Pfarrer Wilhelm Berger in Darmstadt herausgegeben. Verfasser tritt ein für die Simultanschule und wünscht dieser Schulart die ihr verfassungsgemäß und auch sachlich zukommende Vorrangstellung. Die Broschüre ist zum Preise von 1,30 ℳ vom Verlage Eduard Roether in Darmstadt zu beziehen. Wenn wir auch manchen Gedankengängen des Verfassers nicht zu folgen vermögen, so wünschen wir neben dem erstgenannten doch auch diesem Büchlein weiteste Verbreitung.

Der unbekannte Ausweg.

Eine Fabel von Pestalozzi: „Wir sind unglücklich, daß aus unserem Tale kein Ausweg stattfindet, — also jammerten Schafe und Kühe in einer eingeschlossenen Bergweide. Ein Reh, das ihre Klagen hörte, sagte zu ihnen: Es hat freilich Auswege aus eurer Weide, aber der Hirt und Metzger werden sie euch nicht zeigen, und um sie selber zu finden, muß man weder Kuh noch Schaf sein. Der Eigentümer des Berges, der die Aeußerung des Rehes an seine Kühe und Schafe hörte, sagte darüber: dieses Reh scheint eine bestimmte Neigung zu haben, eine böse Aufklärung unter mein Vieh zu bringen; meine Kühe und Schafe haben gar kein Recht, einen anderen Ausweg aus ihrer Weide zu suchen als denjenigen, durch den sie meine Knechte in meinen Stall oder in meine Metzge zu führen gewohnt sind und Befehl haben.

Schreibers Beschäftigungs- und Arbeitsbücher für Elternhaus und Schule. Herausgegeben von M. Brethfeld. Verlag J. F. Schreiber, Eßlingen.

Die Sammlung ist so recht geeignet, den Spiel- und Beschäftigungstrieb der Kinder anzuregen. Die Entstehung geht auf das Jahr 1919 zurück, als die Frage der Grund- und Arbeitsschule die gesamte Lehrerschaft beschäftigte. Die einzelnen Autoren — Stiefler, Göhl, Kühml usw. — sind durchweg praktische Schulmänner. Auf die künstlerische Ausführung und auf den erzieherischen Wert ist besondere Sorgfalt gelegt. Die ganze Sammlung beruht auf dem Grundsatze: dem Kinde nur das Beste, damit es frühzeitig auf Formenschönheit und Stilechtheit hingewiesen wird. Berücksichtigt sind sämtliche Techniken. Wir können aus Raummangel heute nicht auf einzelne Heftchen eingehen. Der Verlag sendet Interessenten gern ein ausführliches Verzeichnis. Schleef.

Zentrum Trumpf in der Kulturabteilung.

Herr von Keudell hat den Oberregierungsrat Baldus aus Koblenz in die Kulturabteilung des Reichsinnenministeriums berufen, einen Zentrumsmann, der unter dem Ministerialdirektor Pelengahr (Zentrumsmann) arbeiten soll. Prälat D. Dr. Schreiber müht sich bei seinem Koalitionsfreunde nicht umsonst. Volksparteiler sind für Berufungen schon verdächtig; sie müssen zusehen, wie Deutschnationale und Zentrum rücksichtslos sich wechselseitig zu Hütern und Mehrern der deutschen Kultur bestellen.

Das Muster an Freiheitlichkeit und Duldsamkeit.

Auf dem deutschnationalen Landestag in Herford am 30. Okt. hat nach dem Bericht der Lipp. Tageszeitung Frau Anagrete Lehmann folgendes gesagt: „Als im Juli dieses Jahres der Entwurf veröffentlicht wurde, war er von gegnerischer Seite bereits in Grund und Boden verurteilt nach dem schönen Grundsatz: ich kenne ihn gar nicht, aber ich mißbillige ihn. Es war nicht ganz leicht, nach seinem Bekanntwerden diese völlige Verurteilung aufrechtzuerhalten, denn er übertraf seine Vorgänger an Freiheitlichkeit und Duldsamkeit um ein Beträchtliches!" — Die Referentin hat die „gegnerische Seite" doch wohl falsch beurteilt. Wir gehören ja dazu und müssen es wissen. Es war doch wohl so: Die gegnerische Seite kannte den Entwurf nicht, aber sie war auf allerlei gefaßt; nach dem Bekanntwerden aber waren alle Befürchtungen übertroffen.

Harms

Kleines Arbeits- u. Wiederholungsbüchlein zur Erdkunde

		R.-M.
Heft 1:	Deutschland. 19. und 20. Auflage.	Geheftet —,60
Heft 2:	Europa. 15. und 16. Auflage.	Geheftet —,30
Heft 3:	Fremde Erdteile. 13. und 14. Auflage.	Geheftet —,30
Heft 4:	Kleine math. Erdkunde und Sternenkunde. 7. Auflage.	Geheftet —,35

Quellenlesehefte mit Bildern

I. Hauptteil Deutschland, 5. Auflage.

Teilheft 1:	In Süddeutschland. —,40
Teilheft 2:	Am Rhein und an der Ruhr. —,40
Teilheft 3:	In den Gebirgen Mitteldeutschlands. —,40
Teilheft 4:	Im westlichen Norddeutschland. —,40
Teilheft 5:	Im östlichen Norddeutschland (einschließlich Schleswig-Holstein). —,40
Teilheft 1—5	in einem Bande. 1.70

II. Hauptteil Europa, 1. und 2. Auflage.

Teilheft 1:	Südeuropa.
Teilheft 2:	Mitteleuropa.
Teilheft 3:	Westeuropa.
Teilheft 4:	Nord- und Osteuropa.
Teilheft 1—4	in einem Bande.

Erscheinen Anfang Februar 1928.

III. Hauptteil Fremde Erdteile, 1. und 2. Auflage.

Teilheft 1:	Asien.
Teilheft 2:	Afrika.
Teilheft 3:	Amerika.
Teilheft 4:	Australien.
Teilheft 1—4	in einem Bande.

Liegen bestimmt Ostern 1928 fertig vor.

Erdkundliche Einheits-Schülerhefte für alle Deutschen Schulen

Heft I.	Deutschland. 14 Auflage.	Geheftet 1,—
Heft II.	Europa. 14. Auflage.	Geheftet —,70
Heft III.	Außereuropäische Erdteile. 14. Auflage.	Geheftet —,80
*Dem 1. Heft wird auf Wunsch ein methodisches Begleitwort für die Hand des Lehrers beigegeben.		Geheftet —,20

Prüfungsexemplare stehen bei beabsichtigter Einführung zur Verfügung.

Bei Neueinführung sind wir gern bereit, für bedürftige Schüler entsprechende Freiexemplare mitzuliefern.

Verlag List & von Bressensdorf, Leipzig.

HANNS WINTER LEMGO

Mittelstraße 74 (gegenüber Hotel Wülker)

Buch- und Lehrmittelhandlung
Geschäftsstelle der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung.
Reisebüro der Hamburg-Amerika-Linie



Alleinvertretung der

Phyawe Göttingen

(Physikalische Werkstätten für Lippe)

Kataloge und Prospekte über Apparate und sonstige Lehrmittel stehen gern zur Verfügung.

Ein grosser Teil von Apparaten kann bei mir angesehen werden.

Ernst Weege - Lemgo

Papierwaren

Schöne Briefpapiere
als Geschenke — — — —

Alle Büroartikel
von der Feder bis zur Karte und zum Geschäftsbuch

Sämtliche Schulartikel:
Lehrmittel, Zeichensachen.

Buchhandlung

Gute Bücher
sind Geschenke von bleibendem Wert. Reiche Auswahl für alle Ansprüche und gute Beratung finden Sie stets bei mir.

Bücher für Schulbüchereien.

Photo-Artikel

Apparate, Platten, Filme und Papiere
erster Firmen.

Zubehörteile, Chemikalien, Stative, Taschen usw.

Projektionsgeräte f. Schule und Heim.

SW
L

W. Schröter, Lemgo

Inhaber Hermann Dreyer

Erstes Modewarenhaus am Platze

Gegr. 1768 Fernruf 181

Musikhaus Ernst Volland, Lemgo i. L.

Fernspr. No. 2 **Mittelstr. 33**

Flügel Harmoniums Pianos

nur erster Firmen

Stimmungen Reparaturen

Kollegen, denkt an eure gewerkschaftlichen Pflichten und kauft bei den Inserenten der „Lippischen Schulzeitung".

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hagemann, Brake i. L., für Anzeigen: R. Schleef, Lemgo.
Druck und Verlag: F. L. Wagener, Lemgo.

Lippische Schulzeitung

Herausgegeben
vom Vorstande des Lippischen Lehrervereins.

22. Jahrgang. Lemgo, 15. Februar 1928. Nummer 2.

Inhaltsverzeichnis.

Der Entwurf der Besoldungsordnung. — Zur Lehrerbesoldung. — Der Kardinalfehler der deutschen Bildungspolitik. — Die Veränderungen des Keudellschen Entwurfs im Bildungsausschuß. — Thomas Mann. — Umschau. — Aus dem Vereinsleben. — Verschiedenes. —

Der Entwurf der Besoldungsordnung.

(Auszug, die Lehrpersonen betr.)

Besoldungsgruppe 2: 7 000—7 500 —8 000 —8 500 — 8 900—9 300—9 700 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß III.

Beamte:

Oberschulrat.

Oberstudiendirektor.

Oberstudienrat.

Besoldungsgruppe 3 a: 4 800— 5 200—5 600— 6 000— 6 400— 6 800— 7 200— 7 500— 7 800—8 100—8 400 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß IV in der ersten bis dritten Dienstaltersstufe, III von der vierten Dienstaltersstufe an.

Beamte:

Studiendirektor.

Studienrat.

Berufsschuldirektor. (Die Besetzung der Stelle hat die Erfüllung der preußischen Bestimmungen über das Berufsschulwesen zur Voraussetzung.)

Schulrat.

Besoldungsgruppe 4: 3 600— 4 000 —4 400— 4 800— 5 200— 5 600— 6 000— 6 300— 6 600— 6 900— 7 200 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß IV in der ersten bis fünften Dienstaltersstufe, III von der sechsten Dienstaltersstufe an.

Ueberleitung:

Beamte mit den Bezügen der alten Besoldungsgruppe IX erhalten ihr bisheriges Besoldungsdienstalter, im günstigsten Falle jedoch ein solches von 10 Jahren.

Beamte mit den Bezügen der alten Besoldungsgruppe X erhalten ihr um 4 Jahre verbessertes Besoldungsdienstalter.

Beamte:

Oberschullehrer mit besonderem Fachunterricht (Oberzeichenlehrer, Obermusiklehrer und dergl.). (Bemerkung wie im Folgenden bei „frühere Seminaroberlehrer".

Früherer Seminaroberlehrer. (Die mit der Dienstbezeichnung Studienrat z. Zt. beliehenen Oberzeichen- usw. -lehrer behalten diese Dienstbezeichnung für ihre Person bei.)

Berufsschulleiter, Berufsschuloberlehrer (Direktorstellvertreter und Fachvorsteher und dergl.). Die Besetzung der Stelle hat die Erfüllung der preußischen Bestimmungen über das Berufsschulwesen zur Voraussetzung.)

Schulleiter, Oberlehrer. (Nach besonderen Festsetzungen durch den Staatshaushaltsplan.)

Taubstummenoberlehrer (künftig wegfallend).

Besoldungsgruppe 5 (Reich 4 b, IX alt).

4 100— 4 400— 4 700— 4 950— 5 200— 5 500— 5 800 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß IV.

Ueberleitung:

Beamte mit den Bezügen der alten Besoldungsgruppe IX erhalten ihr bisheriges Besoldungsdienstalter.

Beamte:

Schulleiter, Oberlehrer (Lehrer nach beendetem 22. Besoldungsdienstjahr).

Oberschullehrer (nach beendetem 14. Besoldungsdienstjahr).

Hilfsschullehrer (nach beendetem 14. Besoldungsdienstjahr).

Berufsschuloberlehrer (Berufsschullehrer nach beendetem 14. Besoldungsdienstjahr).

Besoldungsgruppe 6 (Reich 4 c, VII—VIII alt).

2 800— 3 050— 3 300—3 550—3 800— 4 000— 4 200— 4 400—4 600—4 800—5 000 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß V in der ersten bis dritten Dienstaltersstufe, IV von der vierten Dienstaltersstufe an. Die am 30. September 1927 im Amt gewesenen Beamten der alten Besoldungsgruppe VIII erhalten jedoch den Wohnungsgeldzuschuß VI.

Ueberleitung:

Beamte mit den Bezügen der alten Besoldungsgruppe VII erhalten ihr bisheriges Besoldungsdienstalter, im günstigsten Falle ein solches von 14 Jahren.

Beamte mit den Bezügen der alten Besoldungsgruppe VIII erhalten ihr um 4 Jahre verbessertes Besoldungsdienstalter.

Beamte:

Lehrer.

Oberschullehrer (beginnend in der 5. Dienstaltersstufe .

Hilfsschullehrer (beginnend in der 5. Dienstaltersstufe). (Die Besoldung als Hilfsschullehrer hat zur Voraussetzung, daß die Anforderungen zur endgültigen Uebertragung einer solchen Stelle erfüllt sind.)

Berufsschullehrer (beginnend in der 5. Dienstaltersstufe).

Zur Lehrerbesoldung.

Die Besoldungsordnung, die alle Wünsche der Beteiligten erfüllt, ist noch keinem Parlament vorgelegt worden, und die jetzt dem Lippischen Landtage vorgelegte verwirklicht ganz sicher nicht unsere Forderungen. Die deutsche Lehrerschaft ist einstimmig in der Auffassung gewesen, daß die Arbeit des Lehrers nicht verglichen und gemessen werden dürfe an der wesensfremden Arbeit anderer Beamtengruppen. Wir haben betont, die Besoldung der Volksschullehrer müsse sich orientieren an der Besoldung der Lehrer an höheren Schulen. Unterrichts- und Erziehungstätigkeit als freie geistige Arbeit, wo sie auch geleistet werde, ist schlechthin

grundsätzlich gleichwertig; sie vollzieht sich in der Volksschule zweifellos unter schwierigen Umständen. Wenn wir Volksschullehrer darum geglaubt haben, auf mindestens 80 Prozent der Besoldungssätze der Lehrer an höheren Schulen Anspruch zu haben, so war das sicher eine sachlich berechtigte Forderung, so berechtigt, daß wir sie auch heute um der Zukunft willen nicht unterdrücken wollen.

Die Zahlen in der Vorlage bleiben hinter dieser Forderung erheblich zurück. Die Schuld daran können wir sicher nicht den lippischen Stellen aufbürden. Die Beschränktheit unserer kleinstaatlichen Verhältnisse zwingt immer dazu, die Regelungen in anderen Ländern zum Vergleich heranzuziehen und dann praktische Kritik zu üben. Mit der preußischen Ordnung verglichen, springen bei der lippischen Vorlage erhebliche Vorzüge ins Auge; das kann nicht bestritten werden. Wobei man jedoch wohl richtiger umgekehrt formuliert: das preußische System ist so unzulänglich und für den Volksschullehrer geradezu empörend, daß es noch nicht allzu viel Positives bedeutet, wenn wir sagen, die lippische Vorlage sei besser. Preußen ist ja recht freigebig in der Vergebung von Zulagen: an die Einzellehrer, die ersten Lehrer an kleineren Schulen, die Rektoren, die sogenannten Zwischenlehrer usw. Dafür wird der „gewöhnliche" Klassenlehrer kurz gehalten. Er wird geradezu bestraft, weil er es noch nicht verstanden hat, dem gemeinen Fußvolk der Volksschullehrer zu entklettern. Die lippische Ordnung weist demgegenüber ja gewisse Einheitlichkeit im Aufstieg aller Lehrer bis zum Endgehalt der Gruppe V auf.

Eine gewisse Einheitlichkeit: leider wird der Grundsatz des Einheitsgehaltes nicht wie in Sachsen, in Hamburg, Bremen, ganz durchgeführt, und darin besteht ihr wesentlichster Mangel. Die Vorlage hat eben nicht alle Konstruktionsfehler der Besoldungsordnung von 1920 abgestreift. 1920 brachte uns die Einordnung der Lehrerbesoldung in die allgemeine Beamtenbesoldung — und wir haben das grundsätzlich begrüßt. Nur das hat zu Unzuträglichkeiten geführt, daß man das Schema übernahm, als wenn ein Kammerunteroffizier die Uniform verpaßte: sie hat eben zu passen!

Bis 1920 kannte die Lehrerbesoldung nur einen Volksschullehrerstand. Jeder Lehrer durchlief die eine Besoldungsskala nach dem Dienstalter. Seit 1920 haben wir die Sechstelung mit ihrem „Oberlehrer", mit „Art und Umfang der Dienstgeschäfte", mit „Bewährung im Dienst", und mit allen Unzuträglichkeiten, die sich daraus ergaben. Das oberste Sechstel bestand aus den Schulleitern, einigen geradezu Bevorzugten und einer Altersquote. Einige Auserwählte wurden bevorzugt, mußten bevorzugt werden, wenn dem Buchstaben der Besoldungsordnung Genüge geschehen sollte. Und gestehen wir es offen: jene inneren Reibungen, die kleinen Verärgerungen, die unangenehmen Auseinandersetzungen über die zwangsläufigen Ungerechtigkeiten sind bei uns allen in schlechter Erinnerung. Der Lehrerverein hat vergeblich gegen die Auswirkung des Systems Stellung genommen und seit Jahren in jedem einzelnen Falle gegen eine bevorzugte Beförderung protestiert, im übrigen aber gehofft, eine neue Besoldungsordnung werde diesen Mißständen ein Ende machen.

Die Vorlage tut es nicht. Sie gibt zwar die Quotisierung der Bevorzugten auf, nicht aber die Bevorzugung Einzelner an sich. Alljährlich soll durch besondere Bestimmungen im Haushaltsplan eine kleine „Auslese" getroffen und diese in die Gruppe IV gebracht werden. Uns graut vor den Aussichten, die sich da wieder eröffnen.

Wir verkennen nicht: Die Absicht war eine für die Volksschullehrer durchaus wohlmeinende. Wenn einige Auserwählte nach Gruppe IV aufrücken sollen, so geschieht das, um die Lehrer in Analogie zu den anderen entsprechenden Beamtengruppen zu setzen. Auf diese Gleichstellung erheben wir sicher mit aller Energie unsern Anspruch. Aber muß sie unbedingt in dieser schematischen Form geschehen? Wir glauben es nicht. Unser positiver Vorschlag lautet: Man lasse die Lehrer statt nach dem 22., mit dem vollendeten 16. Besoldungsdienstjahre in die Gruppe V einrücken. Dann ist die Gleichstellung faktisch hergestellt; der Eigenart unserer Berufsarbeit ist aber Rechnung getragen, und alle die Unzuträglichkeiten, die wir bei der in der Vorlage vorgesehenen Regelung befürchten müssen, bleiben aus. Nebenbei: nach den ersten Verheißungen des Reichsfinanzministers sollte die neue Besoldungsordnung ja eine soziale sein. Wir wollen mit solchem Vorschlage nicht die Staatsfinanzen höher belasten. Die geringe Verbesserung unserer Laufbahn würde sich finanziell nicht höher auswirken, als wenn etwa ein gutes Dutzend besonders Erkorener — so viele müßten es doch schon sein, soll Gruppe IV nicht Dekoration bleiben — besonders herausgehoben würde.

Aus der alten Besoldungsordnung ist dann ein weiterer in der finanziellen Auswirkung für den Einzelnen belangloser, im Grundsätzlichen aber sehr wesentlicher Mißstand übernommen worden, die formelle Heraushebung des Schulleiters. Es handelt sich ja tatsächlich nicht um viel mehr als eine Formalität, wenn der Schulleiter in Gruppe V beginnt; in Wirklichkeit werden die Schulleiter ja auch in Zukunft auf Grund ihres Alters in dieser Gruppe sein. Es wird wohl kaum jemand geschädigt, wenn wir alle Anstrengungen machen, jede besondere Nennung des Schulleiters zu verhindern. Welche starken grundsätzlichen Bedenken wir haben, ist in dem Artikel „Kollegiale Schulleitung und Besoldungsreform" in der November-Nummer des vorigen Jahrgangs dargelegt werden.

Im Verlauf der Besoldungsdebatten ist auch die Meinung geäußert worden, die Streichung des „Schulleiters" sei auf Grund des § 45 BSG. nicht angängig. Diese Auffassung ist falsch. Zum Beweis dies: Als 1914 das neue BSG. in Kraft trat, hat kein Mensch daran gedacht, den Schulleiter in seinen pensionsfähigen Bezügen herauszuheben. Die Heraushebung ist erst 1920 erfolgt, eben dem Schema zuliebe, das „Art und Umfang der Dienstgeschäfte" maßgebend sein ließ. Die Bevorzugung des Schuleiters ist kein angestammtes Recht, nur eine mehr zufällige Folge der Ordnung von 1920. Eine Besoldungs-„Reform" aber sollte alles beseitigen, was sachlich sich als nicht notwendig und nicht berechtigt, vielmehr für den Ausbau der Selbstverwaltung hinderlich erwiesen hat. Also man streiche den „Schulleiter"! Aber darüber hinaus: warum soll der „Oberlehrer" ins neue Besoldungsgesetz geschleppt werden? 1920 wurde er uns aufgenötigt durch das Schema: ohne das Präfix „Ober" keine Aufrückung! Man muß schon die Verwirrung in Kauf nehmen, die ja entstehen wird, wenn eine Generation von Lehrern weiter unter dem „Oberlehrer" lebt und stirbt, die nächste dagegen sich ohne diesen Beinah-Titel behelfen muß: wir beseitigen eine Geschmacklosigkeit. **Die kommende Besoldungsordnung möge für alle Gruppen nur die Bezeichnung Lehrer stehen lassen!** Keiner von uns kann mehr sein.

Das Schicksal der Besoldungsvorlage liegt nunmehr in den Händen des Landtages. Unsere Vorschläge wollen im Rahmen der von uns gezogenen finanziellen Grenzen eine Umordnung im eigenen Hause, Sachlichkeit, Schlichtheit, wirtschaftliche Gleichheit, Gerechtigkeit. Will der Landtag reformieren, statt alte Unzulänglichkeiten zu konservieren, so wird er im Sinne unserer sachlichen Wünsche entscheiden.

Der Kardinalfehler der deutschen Bildungspolitik.

Von Wilhelm Leibersberger, Ludwigsburg.

Veranlaßt durch die unheilvollen Wirkungen der gegenwärtigen Schullastenverteilung, hat der „Württembergische Städtetag" auf seiner diesjährigen Tagung in sehr beachtenswerten Entschließungen zu gegenwärtigen Schulfragen Stellung genommen. Unter diesen ist die Forderung: „ . . . mit den heutigen Uebertreibungen des öffentlichen und privaten Berechtigungswesens aufzuräumen", zweifellos die wichtigste.

Ein Blick auf den Wandel der Formen der Lebensfürsorge zeigt in eindringlicher Weise, daß der Kampf gegen das Berechtigungswesen von größter historischer Bedeutung ist. So wie einst die Aufhebung der Standes- und Zunftvorrechte und die rechtliche Sicherung der Gewerbe- und Handelsfreiheit die Erzeugung von äußeren Gütern hervorragend beeinflußt hat, so wird die volle Beseitigung des in unserem heutigen Berechtigungswesen steckenden Unrechts eine Steigerung in der „Erzeugung" innerer Güter (=Bildung) zur Folge haben; und es wird sich dann nicht nur der Charakter unseres ganzen Bildungswesens, sondern auch die soziale Struktur unseres Volkes von Grund auf verändern. Alle Anzeichen deuten nämlich darauf hin, daß mit der Beseitigung des Berechtigungsunwesens ein ungeheurer, sich von Jahr zu Jahr verstärkender Andrang zu den höheren Berufen einsetzen wird. Im Zusammenhang mit der Bildung der Massen für höhere Funktionen werden aber mit innerer Notwendigkeit die bestehenden Bildungsunterschiede sich verringern; eine ganz neue Art der Arbeitsverteilung (Vereinigung von höheren und niederen Funktionen, von Führung und Ausführung im einzelnen Menschen) und dementsprechend auch eine gleichmäßigere Einkommensverteilung werden die Folge sein. Es wird sich dann zeigen, daß die Begabungsunterschiede nicht so groß sind, wie man auf Grund der gegenwärtigen Arbeitsverteilung und im Hinblick auf manche Ergebnisse der Begabungsforschung annehmen könnte. Das in jedem Menschen ruhende Geltungsstreben wird einen stärkeren Bildungsdrang entfesseln, als er heute vorhanden ist, und unter dessen Wirkung werden die im einzelnen Menschen angelegten Begabungen erst voll und ganz zur Entfaltung kommen.

Der erste Satz der Entschließung zeigt nun allerdings, daß die Tagungsteilnehmer an die oben geschilderten Folgen der Beseitigung des Berechtigungswesens nicht gedacht haben. Dieser Satz kann sogar den Eindruck erwecken, als hätten die württembergischen Stadtvorstände über Maßnahmen zur Erhaltung der bestehenden gesellschaftlichen Schichtung unseres Volkes beraten. Er lautet: „Der Andrang zu den höheren Schulen steht außer Verhältnis zu der Aufnahmefähigkeit der Berufe." Damit wird stillschweigend als selbstverständlich vorausgesetzt, daß der Andrang zu den mittleren und höheren Berufen, für welche die höheren Schulen vorbilden sollen, die Aufnahmefähigkeit dieser Berufe nicht übersteigen dürfe, und daß also die soziale Struktur unseres Volkes, so wie sie heute sich uns darstellt, erhalten bleiben müsse.

Wie erklärt sich dieser eigentümliche Widerspruch zwischen der geforderten Maßnahme und ihrer Begründung?

Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die Vertreter das Problem des Andrangs zu den höheren Schulen viel weniger in seiner Beziehung zu der sogenannten Ueberfüllung der höheren Berufe, dafür um so mehr in seiner Beziehung zur städtischen Finanzpolitik beraten haben. Um diese eigentliche Sorge aber verschweigen zu können, rückten sie jene andere Sorge, die im Denken der Gegenwart den Anschein der größeren Sachlichkeit genießt, in den Vordergrund. Seine Absicht scheint die zu sein, die Städte von den hohen Ausgaben für die höheren Schulen zu entlasten. Und er glaubt dies dadurch erreichen zu können, indem er verlangt, daß auch den Volksschülern der Zugang zu denjenigen Berufen wieder ermöglicht werde, für welche die billigere Volksschulbildung sachlich genügt. Es wäre von großem Wert gewesen, wenn man dies ganz offen ausgesprochen hätte. Dies hätte dazu genötigt, neben dem Problem des Berechtigungswesens die folgende, ebenso wichtige Frage zu erörtern: Wie weit ist der allgemeine staatliche Zwang auf dem Gebiete der Volksbildung und dementsprechend auch der öffentliche Aufwand für Bildungszwecke notwendig, möglich und zulässig, und wie weit ist Bildung Privatsache und dementsprechend eine Sache des privaten Aufwands sowohl der Erziehungsberechtigten als auch der Bildungsbeflissenen?

Mit dieser Aufhellung der Sachlage könnten wir uns nun begnügen, wenn der in die Entschließung aufgenommene, mit dem Schein der Sachlichkeit umgebene Gedanke: der Andrang zu den mittleren und höheren Berufen müsse eingeschränkt werden, nicht so außerordentlich gefährlich wäre. Er besagt nichts anderes, als daß die Masse unseres Volkes ewig zur Unbildung verdammt sein solle, und ist also der volksbildungsfeindlichste Gedanke, den man sich überhaupt denken kann. In ihm steckt die zwar veraltete (auf die Staatsphilosophen der griechischen Ständestaaten Platon und Aristoteles zurückgehende), aber immer noch praktisch wirksame bildungspolitische Auffassung Treitschkes, die Wohlfahrt des Staates verlange ein solches Schulwesen, das den einen Teil der Bevölkerung absichtlich auf einer niederen Stufe läßt, damit es die mechanische Arbeit leisten kann, so daß die Hochgebildeten mit umso größerer Muße schaffen können. In dieser menschenunwürdigen Unterordnung der Bildungspolitik unter eine egoistische Standes-, Klassen- und Berufspolitik liegt der Kardinalfehler unserer deutschen Bildungspolitik. Genau besehen haftet ihr dieser Fehler eigentlich schon seit tausend Jahren an, d. h. seitdem das deutsche Volk in Stände und Berufsklassen gegliedert ist. Mit Recht bezeichnet darum Kurt Riedel in seiner außerordentlich instruktiven, für jeden Bildungs- und Schulpolitiker unentbehrlichen Darstellung der Geschichte der deutschen Schulpolitik. (Vom Schulrecht zum Recht der Schule. Verl. Klindhardt, Leipzig 1923) die Schule des Ständestaates als „ein Mittel zur Standesabrichtung". Diesen Charakter hat die Schule bis heute, wo an die Stelle der Geburtsstände die nach Berufsständen zusammengefaßten Klassen getreten sind, noch nicht verleugnen können. Und wie weit wir davon entfernt sind, daß hier ein gründlicher Wandel eintrete, zeigt die Tatsache, daß die alte Auffassung von der Funktion der Schule selbst im Denken angesehener moderner Pädagogen noch immer ihr Unwesen treibt. So verlangt z. B. der bekannte Grazer Pädogoge Dr. Otto Tumlirz auf Seite 14 seiner Schrift über „Das Problem der Einheitsschule und des Aufstiegs der Begabten" (Verl. Klinkhardt, Leipzig 1920): „dem Staat müsse auch ein Einfluß auf die Berufswahl in dem Sinne gewahrt bleiben, daß grundsätzlich den dürfen, als der Staat an Nachwuchs braucht, so daß je nach der Berufsstatistik einmal z. B. nur Hochbegabte, ein andermal auch Gutbegabte zu den höheren Studien zugelassen werden können."

Einer solchen geistfeindlichen Bildungs- und Arbeitsverteilungspolitik gegenüber muß einmal ganz unzweideutig zum Ausdruck gebracht werden, daß sie einer tieferen mo-

dernen Auffassung von Menschenwürde nicht mehr entspricht, und daß aus rechtlichen und sittlichen Gründen die Bildungspolitik der bestehenden Form der Arbeitsverteilung autonom gegenüber stehen muß.

Die wichtigste Vorarbeit auf dem Weg zu diesem Ziel bildet die Realisierung einer Forderung, die am klarsten wohl Eduard Spranger in „Kultur und Erziehung" formuliert hat: „Das System unserer Berechtigungen muß daraufhin untersucht werden, ob es wirklich ganz nach dem inneren Wesen der einzelnen Bildungsgänge und der Berufsanforderungen gestaltet ist. Alles, was nur Rest einer älteren gesellschaftlichen Abgrenzung ist, muß beseitigt werden." Erst dann, wenn diese Forderung erfüllt ist, können wir von einer autonomen Bildungspolitik reden; und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß nur eine solche autonome Bildungspolitik in unserem Volk diejenigen Kräfte wecken kann, die ein wirksames Gegengewicht bilden gegenüber den degenerierenden und klassenbildenden, den Gedanken der Volksgemeinschaft untergrabenden Tendenzen der modernen Arbeitsteilung. Sie erst ermöglicht es jedem einzelnen Volksglied, nach jener Funktionsvereinigung zu streben, die Robert Wilbrandt auf Seite 43 seiner „Oekonomie" (Tübingen 1920) als Ausweg aus dem ökonomischen Labyrinth der „zu weit getriebenen" (vielmehr: „noch nicht weit genug getriebenen") Arbeitsteilung bezeichnete, und auf die schon Karl Marx im „Kapital" hingewiesen hat. Nach Marx ist das Ziel „die absolute Disponibilität des Menschen für wechselnde Arbeitserfordernisse und die Ersetzung des Teil-Individuums, des bloßen Trägers einer gesetzschaftlichen Detailfunktion, durch das total entwickelte Individuum mit sich abwechselnden Betätigungsweisen". Mit Recht hob kürzlich Hermann Nohl in einem Aufsatz „über den humanistischen Sinn der Arbeit in der Arbeitschule" (Juniheft der „Erziehung") die tiefe Verwandtschaft dieses Marxschen Ideals mit demjenigen unserer Klassiker hervor.

Nun muß allerdings eine äußere rein kausale Betrachtung der geschichtlichen Zusammenhänge zugeben, daß offenbar die vorhandenen psychischen und physischen Energien bisher nicht ausgereicht haben, um aus der Masse der Bevölkerung einen größeren Anteil an den Gütern der Kultur zu ermöglichen. Aber damit ist noch nicht erwiesen, daß dies immer so bleiben müsse, wie Treitschke und andere meinen, die in merkwürdiger Verkennung der Grenzen der Geschichtswissenschaft aus dem „augenblicklichen Sein" ein „ewiges Sollen" ableiten möchten. Die geschichtliche Entwicklung ist noch lange nicht vollendet, und die Menschheit wird auch keinesfalls den gegebenen Zustand als unveränderlich hinnehmen. Das ökonomische Gesetz, das diesen Zustand herbeigeführt hat, vermag in seiner weiteren Auswirkung Verhältnisse zu schaffen, die den gegenwärtigen unmittelbar entgegengesetzt sind. Alle Anzeichen sprechen sogar dafür, und wir ergänzen daher unsere sittlich-rechtliche Betrachtungsweise durch eine ökonomische. Dabei fassen wir zunächst die Ziele unserer modernen Kultur ins Auge, um dann nachher zu untersuchen, ob und unter welchen Umständen die Energien für die Erreichung dieser Ziele freigemacht werden können.

Eine solche ökonomische Betrachtungsweise zeigt, daß unsere Zeit die Aufgaben, vor die sie sich gestellt sieht, nicht mehr mit Hilfe einseitig ausgebildeter Menschen lösen kann, daß sie vielmehr zur Erreichung dieser Ziele jenen vielseitigen Menschen braucht, wie er von unseren Klassikern und auch von Marx als Ideal aufgestellt worden ist. Nicht nur, daß der einfache, gelernte, angelernte und ungelernte Arbeiter immer gewärtig sein muß, vor eine neue Aufgabe gestellt zu werden, und daß der Volksstaat von ihm politisches Denken verlangt: auch die Träger höherer Funktionen beginnen ihre Einseitigkeit als Mangel zu empfinden.

So verlangt unsere moderne Rechtspflege mit ihren neuen Aufgaben des Arbeitsrechts, der Jugendgerichtshilfe und des kaum noch in Angriff genommenen Bildungsrechts solcher Menschen, die in sich nicht nur juristisches, sondern auch ökonomisches, pädagogisches und seelsorgerisches Denken, Fühlen und Wollen entwickelt haben, und die das praktische Leben aus eigener Anschauung und Erfahrung kennen. Es ist darum notwendig, daß die Juristen sich in der Welt der Wirtschaft umsehen, und daß Menschen, die im praktischen Leben gestanden haben, zum juristischen Studium und zur juristischen Praxis zugelassen werden, ohne daß sie eine höhere Schule besucht haben. Die Wege hierzu müssen noch mehr geebnet werden.

Ein anderer Punkt: Das Ziel, das sich der moderne Strafvollzug gesteckt hat, wird solange nicht realisiert werden können, als nicht ein Heer von Strafanstaltsbeamten zur Verfügung steht, das nicht nur die Bewachung und Beschäftigung der Gefangenen übernehmen kann, sondern das auch befähigt ist, dieselben erzieherisch und veredelnd im weitesten Sinn zu beeinflussen; kurz: die Strafanstalten müssen von Menschen verwaltet werden, in denen die Idee der Humanität zur Entfaltung gekommen ist; „Unterbeamte" wird man diese nicht mehr nennen dürfen.

Ebenso wird die Vereinfachung unserer Staatsverwaltung u. a. auch dadurch erschwert, daß einerseits die in ihr tätigen höheren Beamten die praktische Kleinarbeit der Ausführung zu wenig kennen, weil sie nicht „von der Pike auf" gedient haben, und daß andererseits die mittleren und unteren Beamten nicht genügend geschult sind in der Anwendung höherer Gesichtspunkte.

Aehnlich liegen die Verhältnisse auf den Gebieten der Seelsorge und der Medizin, der Pädagogik und der Wirtschaft. Der Theologe sieht sich gezwungen, als einfacher Arbeiter in die Fabrik zu gehen, um nur überhaupt wieder seelisch und geistig Fühlung mit den Gliedern seiner Gemeinde zu bekommen. Die Medizin sucht im ärztlichen Wirkungskreise der Heilung des kranken Leibes das Spezialistentum zu überwinden; immer mehr erkennt sie die Zusammenhänge zwischen physischen und psychischen Prozessen, und der Arzt sieht sich darum vor die Notwendigkeit gestellt, sowohl seelsorgerische als auch pädagogische Probleme zu lösen, wie andererseits der Seelsorger und der Pädagoge auf medizinisches Gebiet hinübergedrängt werden, z. B. in der Heilpädagogik und auf dem Gebiet der Erziehung der sogenannten Schwererziehbaren.

Eigenartige Neubildungen sind auch die Betriebsschulen, wie sie bei uns z. B. von Robert Bosch und von Borsig, in Amerika von Ford eingerichtet worden sind. Sie zeigen, wie sehr diese Unternehmer durch die ökonomischen Verhältnisse gezwungen wurden, auch Bildungsaufgaben größeren Stils in Angriff zu nehmen. Andererseits sehen wir, wie die moderne Pädagogik von sich aus zu der Welt der produktiven Arbeit als bildenden Faktor hindrängt (Arbeitsschule, Produktionsschule der „Entschiedenen Schulreformer"), wie die Pädagogen über die wissenschaftliche Ausbildung hinausstreben zur Aneignung kaufmännischen, technischen und künstlerischen Könnens, und wie Kaufleute, Techniker und Künstler als Pädogogen in unser öffentliches Bildungswesen hereingezogen werden.

Nicht vergessen dürfen wir in diesem Zusammenhang den Zug zur Synthese in der modernen Wissenschaft, der mit der Tendenz zur Funktionsvereinigung in der Welt der praktischen Arbeit in inniger Wechselwirkung steht.

Auf allen Lebensgebieten können wir also einen Prozeß

beobachten, der demjenigen der Arbeitsteilung vollständig entgegengesetzt ist: den Prozeß der Vereinigung von Funktionen im einzelnen Individuum. Mit innerer Notwendigkeit wird sich damit der Zwang zur restlosen Oekonomisierung, der sowohl den ersten als auch den rückläufigen zweiten Prozeß beherrscht, auch in der Pädagogik viel stärker bemerkbar machen, als dies bisher der Fall war. Denn nur durch eine energische Steigerung der Leistungsfähigkeit unserer pädagogischen Maßnahmen und eine damit zusammenhängende „Verbilligung" vor allem der Bildung zu höheren Funktionen, wird der künftige Mensch in die Lage versetzt werden können, jene Vereinigung von Funktionen in sich zu vollziehen, nach der er heute strebt. Einen Beitrag zum Problem der Oekonomisierung der Bildung habe ich in der Schrift „Zurück zu Pestalozzi" gegeben. Pestalozzi ist es gewesen, der in seinen Bemühungen um den „Mutterunterricht" mit Hilfe der „Vereinfachung der Unterrichtsmittel" als erster energisch dieses Problem lösen wollte.

Nicht nur aus sittlichen und rechtlichen, sondern auch aus ökonomischen Gründen ist der Ruf nach einer tiefgehenden Reform unseres Bildungsrechts und damit unseres Berechtigungswesens vollauf berechtigt. Als Grundlage hierfür muß in Anlehnung an die Paragraphen 111 und 151 der V.d.D.R. ein Reichsgesetz gefordert werden, das in folgendem Wortlaut angedeutet sein möge:

„Bei der Zulassung zu einer Berufsfunktion, beziehungsweise zu der Ausbildung für dieselbe, dürfen nur solche Anforderungen gestellt werden, die sich aus dieser Berufsfunktion sachlich rechtfertigen lassen."

Nur auf dem Boden der Sachlichkeit wird es möglich sein, in unserem Bildungswesen gesunde Verhältnisse zu schaffen:

1. Durch die Eröffnung der mannigfaltigsten, auch über das praktische Berufsleben führenden und alle Möglichkeiten der Selbstbildung ausnützenden Bildungswege würde es möglich, einerseits dem aus der Sehnsucht nach sozialem Aufstieg geborenen starken Bildungsstreben der breiten Massen unseres Volkes gerecht zu werden und andererseits dem ungesunden (d. h. nicht aus unmittelbarem oder utilitarischem Bildungsstreben, sondern aus bloßen Berechtigungsgründen hervorgegangenen) Andrang zu den höheren Schulen einzudämmen.
2. Befreit von dem Druck sachlich unnötiger Forderungen könnten unsere allgemeinbildenden Schulen das werden, was sie sein sollten, und als was sie am besten für das Leben vorbereiten: Lebensstätten der Jugend zur freien (d. h. vom Zwang zur Erhaltung ihres Lebens ungehemmten) Entfaltung ihrer Kräfte in Spiel und Arbeit, Kunst und Wissenschaft. Die Schulen würden ernst machen können mit der Anwendung des besonders auch vom bildungsökonomischen Standpunkt aus hochbedeutsamen „Grundariom" des Bildungsprozesses, wie es von Georg Kerschensteiner aufgestellt worden ist.
3. Für ein dem allgemeinen Zug der Zeit zur Oekonomisierung folgendes Bildungswesen würden stets auch die notwendigen öffentlichen und privaten finanziellen Mittel vorhanden sein.

Einer vierten Wirkung der hier geforderten sachlichen Bildungspolitik müssen wir zum Schluß noch ganz besonders gedenken; sie betrifft ihre Beziehungen zu dem Reichsschulgesetzentwurf. Die im letzteren zum Ausdruck kommende Tendenz zur Sondertümelei und Eigenbrötelei würde in dem durch die erstere hervorgerufenen starken Zwang zur Oekonomisierung des Bildungswesens ihr notwendiges Gegengewicht erhalten. Heute schon wird ja eine allzuweit gehende Zersplitterung des Schulwesens durch das Erfordernis eines „geordneten Schulbetriebs" verhindert. Wir sehen aber den Tag kommen, wo unserem Volk und insbesondere auch unseren Gemeinde- und Staatsverwaltung die ein-, zwei- und dreiklassigen Schulsysteme nicht mehr genügen, und wo sie sowohl im Interesse einer Oekonomie der äußeren als einer solchen der inneren Güter den Zusammenschluß der konfessionellen und weltanschaulichen Zwergschulen zu leistungsfähigen ausgebauten Schulkomplexen verlangen werden. Die sachliche Bildungspolitik, zu der unsere Zeit hindrängt, wird in ihren Konsequenzen unser Volk zwingen, über dem Trennenden das Gemeinsame nicht zu vergessen, und nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame zum Prinzip der Organisation des Bildungswesens zu erheben.

Die Veränderungen des Keudellschen Entwurfs im Bildungsausschuß.

I. Abschnitt. Aufgaben, Formen und Kennzeichen der deutschen Volksschulen.

§ 1. Aufgabe und Ziel der deutschen Volksschule.

1. Alle deutschen Volksschulen haben die gemeinsame Aufgabe, die schulpflichtige Jugend durch Unterricht auf der Grundlage des deutschen Kulturguts im Geiste des deutschen Volkstums, der Volks- und Völkerversöhnung*) zu körperlicher und geistiger Tüchtigkeit heranzubilden und sie in Unterstützung und Ergänzung der von den Eltern zu leistenden Erziehung (Art. 120 RV.) zu sittlich wertvollen Menschen und Staatsbürgern zu erziehen, die fähig und bereit sind, der deutschen Volksgemeinschaft zu dienen.

2. Außer dieser gemeinsamen Aufgabe (Abs. 1) haben die einzelnen Schulformen (§ 2) ihre besondere Aufgabe nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zu erfüllen.

3. ist unverändert geblieben.

§ 2. Die Formen der deutschen Volksschule.

1. Die Volksschulen sind nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes Gemeinschaftsschulen oder Bekenntnisschulen oder bekenntnisfreie Schulen.

2. ist unverändert geblieben.

§ 3 ist unverändert geblieben.

§ 4. Die Bekenntnisschule.

1. Die Bekenntnisschule dient zur Aufnahme von Kindern eines bestimmten Bekenntnisses, für dessen gemeinschaftliche Pflege eine Religionsgesellschaft besteht, die in dem betreffenden Lande die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts hat (Art. 137, Abs. 5 der RV.).

2. Die Schule steht auch Kindern eines verwandten Bekenntnisses offen. Aus besonderen Gründen können auch andere Kinder eingeschult werden. Ein besonderer Grund liegt stets dann vor, wenn ohne Aufnahme in die Bekenntnisschule die Kinder nicht oder nur unter besonderen Schwierigkeiten eingeschult werden können. Durch die Aufnahme solcher Kinder verliert die Schule nicht den Charakter als Bekenntnisschule.

3. Die Bekenntnisschule wird nach dem Bekenntnis, für das sie bestimmt ist (Abs. 1), bezeichnet. Sie erfüllt die Unterrichts- und Erziehungsaufgaben der deutschen Volksschule auf evangelischer, katholischer oder sonst durch die Benennung gekennzeichneter Grundlage. Die für alle Schularten geltenden allgemeinen Lehrpläne der Volksschule sind der Eigenart der Bekenntnisschule anzupassen. In den Schulbüchern sind die Bedürfnisse der Bekenntnisschule zu berücksichtigen. Im Leben der Schule sind, unbeschadet der Bestimmungen der Art. 136 Abs. 4 und 149 Abs. 2 der RV., die dem Bekenntnis eigenen religiösen Uebungen und Gebräuche zu pflegen und die dem Bekenntnis eigenen Feier- und Gedenktage zu berücksichtigen, ohne daß der Unterricht im ganzen dadurch beeinträchtigt werden darf.

Die Aenderungen sind durch Sperrung gekennzeichnet.

4. Der Religionsunterricht ist für alle Klassen ordentliches Lehrfach.

5. ist unverändert geblieben.

6. ist gestrichen worden.

6. (früher 7.). Die Vorschrift des Abs. 5 Satz 1 bezieht sich nicht auf die im wesentlichen für den technischen Unterricht angestellten oder anzustellenden Lehrkräfte.

7. (früher 8.) ist unverändert geblieben.

8. Auch den Lehrern an den Bekenntnisschulen sind die verfassungsmäßigen Rechte der Art. 136 und 149, 2 RV. gewährleistet.

§ 5. Die bekenntnisfreie Schule (weltliche oder Weltanschauungsschule).

1. Die bekenntnisfreie Schule ist für solche Kinder bestimmt, die keinem Bekenntnis angehören oder, soweit sie einem Bekenntnis angehören, nach dem Willen der Erziehungsberechtigten vom Religionsunterricht abgemeldet sind und nicht an einer Gemeinschafts- oder Bekenntnisschule erzogen werden sollen. Sie steht jedoch aus besonderen Gründen auch anderen Kindern offen. Durch die Aufnahme solcher Kinder verliert die Schule ihren Charakter als bekenntnisfreie Schule nicht.

2. Sie erfüllt die Unterrichts- und Erziehungsaufgaben der deutschen Volksschule auf allgemein sittlicher Grundlage ohne bekenntnismäßige oder weltanschauliche Bindung. Religionsunterricht wird nicht erteilt.

3. An der bekenntnisfreien Schule ist Unterricht in einer bestimmten Weltanschauung zuzulassen und im übrigen Unterricht auf diese Weltanschauung Rücksicht zu nehmen, wenn für die Pflege dieser Weltanschauung eine Vereinigung besteht, der in dem betreffenden Lande die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts gemäß Artikel 137 Abs. 7 RV. gewährt sind, und wenn die Erziehungsberechtigten von wenigstens zwei Dritteln der die Schule besuchenden Kinder dies beantragen.

4. Zur Teilnahme an dem besonderen Weltanschauungsunterricht kann kein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten gezwungen werden. Die Erteilung eines solchen Weltanschauungsunterrichts bleibt der Willenserklärung des einzelnen Lehrers überlassen.

5. An der bekenntnisfreien Schule können Angehörige jedes Bekenntnisses sowie Bekenntnislose als Lehrer angestellt werden. Lehrer, welche die Voraussetzung für die Anstellung an einer Bekenntnisschule erfüllen, dürfen nicht gegen ihren Willen an einer bekenntnisfreien Schule verwendet werden. Bei nur vorübergehender Verwendung sind Ausnahmen aus besonderen Gründen zulässig. Im Falle des Absatzes 3 ist bei der Anstellung der Lehrer die weltanschauliche Gliederung der Schüler tunlichst zu berücksichtigen.

II. Abschnitt. Einrichtung und Umwandlung der Schulformen.

§ 6. Begriff der Gemeinde.

Unter Gemeinden im Sinne des Artikels 146 Abs. 2 RV. und im Sinne dieses Gesetzes sind die öffentlichen Verbände zu verstehen, die zur Errichtung oder Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen für die ihnen zugewiesenen Einwohner bestimmt sind.

§ 7. Das Antragsrecht.

1. Innerhalb einer Gemeinde ist zur Stellung eines Antrages auf Einrichtung der in § 2 genannten Schulformen oder auf Umwadlung einer Schulform in eine andere jeder deutsche Reichsangehörige berechtigt, dem die Sorge für die Person eines volksschulpflichtigen und die Volksschule besuchenden Kindes zusteht. Das Antragsrecht ruht, solange der Antragsberechtigte geschäftsunfähig oder nur beschränkt geschäftsfähig ist.

2. Steht Eltern die Sorge für die Person des Kindes zu, so genügt es, wenn der Antrag von einem Elternteil gestellt wird, es sei denn, daß der andere Elternteil ausdrücklich widerspricht. In diesem Falle kann die Vermittlung oder Entscheidung des Vormundschaftsgerichts beantragt werden. Auf dessen Verfahren findet § Abs. 3 des Gesetzes über die religiöse Kindererziehung vom 15. Juli 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 959) Anwendung.

3. Steht die Sorge für die Person des Kindes neben anderen Personen einem Vormund oder einem Pfleger zu, so gilt im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen Vater und Mutter einerseits und Vormund oder Pfleger andererseits der Grundsatz des § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die religiöse Kindererziehung.

4. ist gestrichen.

5. Das Antragsrecht kann nur in der Gemeinde ausgeübt werden, in der das Kind die Volksschule besucht. Das Antragsrecht ist unabhängig von dem Wohnort des Antragstellers.

6. Jeder Antrag ist schriftlich zu stellen und von dem Antragsberechtigten eigenhändig zu unterschreiben.

§ 8. Voraussetzungen des Antrages.

Ein Antrag muß von den Erziehungsberechtigten von mindestens 40 schulpflichtigen Kindern in einer Gemeinde gestellt werden.

Sind in einer Gemeinde weniger als 200 schulpflichtige Kinder vorhanden, so kann von diesem Erfordernis abgesehen werden.

§ 9. Vollzug des Antrags auf Einrichtung von Volksschulen.

1. Einem vorschriftsmäßig gestellten Antrag auf Einrichtung einer der in § 2 genannten Schulformen ist stattzugeben, wenn die beantragte Schulform nicht oder nicht in einer ausreichenden Anzahl von Schulen in der Gemeinde vertreten ist, und wenn in der Gemeinde ein geordneter Schulbetrieb auch im Sinne von Artikel 146 Absatz 1 der Reichsverfassung nicht beeinträchtigt wird.

2. Ein geordneter Schulbetrieb wird beeinträchtigt, wenn in der Gemeinde

a) nicht in allen ihren Schulen die in § 1 Abs. 1 und 2 aufgestellten Bildungsziele erreicht werden können und

b) die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes in einer Gemeinde bestehende Entwicklungshöhe der Schulen nach Aufbau und Zahl der Klassen und Unterrichtseinrichtungen nicht verbleibt oder wesentlich herabgemindert wird.

3. In Ausnahmefällen sind zum Schutze von Minderheiten von Erziehungsberechtigten nach näherer Bestimmung der Länder Abweichungen von der Bestimmung b zuzulassen.

§ 9a. Sind benachbarte Schulen nach dem 1. Januar 1919 zu einer größeren Schule zusammengelegt worden, so gilt bei der Entscheidung über einen vorschriftsmäßigen Antrag als geordneter Schulbetrieb auch diejenige Höhe der Organisation, die am 1. Oktober 1918 in den früher getrennten Schulen vorhanden war.

§ 10. Vollzug des Antrags auf Umwandlung von Schulformen.

Einem rechtsgültig gestellten Antrag auf Umwandlung einer Schulform in eine andere ist stattzugeben, wenn die Erziehungsberechtigten von wenigstens zwei Dritteln der die Schule besuchenden Kinder sich dafür aussprechen.

§ 10a. Die beteiligte Gemeinde (§ 6) ist zur Mitwirkung bei der Entscheidung über Anträge auf Einrichtung oder Umwandlung von Schulformen heranzuziehen.

§ 11. Anfechtung der Entscheidung.

1. Die Entscheidung über einen Antrag ist nach näherer Bestimmung des Landesrechts in einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren anfechtbar.

2. Im letzten Rechtszug entscheidet das Reichsverwaltungsgericht nach Maßgabe eines besonderen Reichsgesetzes. Bis zum Erlaß dieses Gesetzes steht die Entscheidung im letzten Rechtszug den obersten Verwaltungsgerichten der Länder zu.

§ 12. Zeitpunkt für die Stellung von Anträgen.

1. Anträge gemäß § 5 Abs. 4 und § 7 können jederzeit gestellt werden.

2. Ein rechtswirksam abgelehnter Antrag kann frühestens nach vier Jahren wiederholt werden, es sei denn, daß wesentliche Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung der Gemeinde eingetreten sind.

3. Vor der Entscheidung über den Antrag ist ein befristetes Anmeldeverfahren einzurichten.

§ 12a. Das Recht der Schulbehörden auf Aufhebung lebensunfähiger Schulen wird durch dieses Gesetz nicht berührt.

§ 12b. Schulgründung von Amts wegen.

Von Amts wegen einzurichtende neue Schulen sind als Gemeinschaftsschulen einzurichten, soweit nicht die Erziehungsberechtigten der Mehrheit derjenigen Kinder, die der neuen Schule zugeführt werden sollen, eine andere Schulform beantragen. Der Beschluß der Behörde, eine neue Schule zu errichten, ist unter Hinweis auf das Antragsrecht so rechtzeitig öffentlich bekanntzugeben, daß Anträge auf Einrichtung

einer andern Schulform schon vor der Einrichtung gestellt werden können. Das Nähere bestimmt das Landesrecht.

III. Abschnitt. Schulaufsicht und Schulverwaltung.

§ 13.

1. Die Aufsicht über alle Volksschulen führt der Staat.

2. Bei der Besetzung der Stellen der unmittelbaren fachmännisch vorgebildeten Schulaufsichtsbeamten ist auf die Art der ihnen unterstellten Schulen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.

3. In die örtlichen Schulverwaltungskörper für Schulen, an welchen Religionsunterricht ordentliches Lehrfach ist, ist je ein Geistlicher der entsprechenden Religionsgesellschaft (evangelischer, katholischer Geistlicher, Rabbiner) aufzunehmen. Die Zahl der Geistlichen darf die Zahl der den örtlichen Schulverwaltungskörpern angehörenden Vertreter der Lehrerschaft nicht übersteigen. Den Geistlichen beruft die Schulaufsichtsbehörde auf Vorschlag der betreffenden Religionsgesellschaft. Das Nähere bleibt dem Landesrecht überlassen.

4. In den Ländern, in denen den örtlichen Schulverwaltungskörpern auch Aufgaben der Landesschulverwaltungsinstanzen übertragen sind, ist die Teilnahme dieser Vertreter der Religionsgesellschaften an der örtlichen Schulverwaltung durch Landesrecht zu regeln.

IV. Abschnitt. Der Religionsunterricht in den Volksschulen

§ 14. Allgemeines.

1. Der Religionsunterricht wird von einem Angehörigen (Lehrer oder Geistlichen) der betreffenden Religionsgesellschaft in Uebereinstimmung mit ihren Grundsätzen unbeschadet des Aufsichtsrechts des Staates erteilt. Bekenntnisverwandte können zur Erteilung des Religionsunterrichts zugelassen werden.

2. In den Gemeinschafts- und Bekenntnisschulen ist auf Antrag derjenigen, die über die religiöse Erziehung der Kinder zu bestimmen haben, für Bekenntnisminderheiten Religionsunterricht als ordentliches Fach einzurichten, wenn durchschnittlich mindestens zwölf Kinder in der Schule vorhanden sind, die an diesem Religionsunterricht teilnehmen.

3. Die Bestimmungen über Lehrplan und Schulbücher für den Religionsunterricht werden nach Benehmen mit der Religionsgesellschaft erlassen. Auch bei der Festsetzung der Zahl der diesem Unterricht zur Verfügung stehenden Wochenstunden wirkt die Religionsgesellschaft mit.

§. 15. Privater Religionsunterricht.

1. Falls in einer Gemeinschafts- oder Bekenntnisschule für die Bekenntnisminderheit wegen zu geringer Schülerzahl Religionsunterricht nicht erteilt wird, sind auf Antrag der Erziehungsberechtigten zur Ermöglichung eines privaten Religionsunterrichts Schulräume nebst Heizung und Beleuchtung unentgeltlich bereitzustellen. Die weiteren Voraussetzungen und den Umfang der Bereitstellung bestimmt das Landesrecht.

— 2. Für Kinder, die einem Bekenntnis angehören und eine bekenntnisfreie Schule besuchen, ist auf Antrag der Erziehungsberechtigten in gleicher Weise ein privater Religionsunterricht zu ermöglichen, es sei denn, daß innerhalb der Gemeinde die Möglichkeit zum Besuche des Religionsunterrichts in ihrem Bekenntnis an einer Gemeinschafts- oder Bekenntnisschule besteht.

§ 16. Einsichtnahme in den Religionsunterricht.

Den Religionsgesellschaften ist — unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechts (Artikel 144 und 149 Abs. 1 der Reichsverfassung) — Gelegenheit zu geben, sich davon zu überzeugen, ob der Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit ihren Grundsätzen erteilt wird. Die zuständigen oberen Stellen der Religionsgesellschaften haben zu dem Zwecke das Recht der Einsichtnahme in den Religionsunterricht. Dieses Recht kann nicht an den Ortsgeistlichen als solchen übertragen werden. Die Religionsgesellschaften und ihre Vertreter haben gegenüber den Lehrern, die Religionsunterricht erteilen, keine Befugnisse der Dienstaufsicht.

V. Rechtsmittel.

§ 17.

Die Ablehnung von Anträgen, die Erziehungsberechtigte auf Grund von § 14 Abs. 2 oder § 15 gestellt haben, ist nach näherer Bestimmung des Landesrechts in einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren anfechtbar. § 11 Abs. 2 findet Anwendung.

VI. Uebergangs- und Schlußbestimmungen.

§ 18. Charakter der bestehenden Schulformen.

1. Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden, nach Bekenntnissen nicht getrennten Volksschulen mit Religionsunterricht werden Gemeinschaftsschulen im Sinne des § 3.

2. Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden evangelischen und katholischen Volksschulen sowie die jüdischen Volksschulen werden Bekenntnisschulen im Sinne des § 4, wenn nicht vorschriftsmäßige Anträge (§ 8) auf Umwandlung in eine andere Schulform gestellt werden. In diesem Falle gelten die Bestimmungen des § 10 mit der Maßgabe, daß die Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule schon dann zu erfolgen hat, wenn die Erziehungsberechtigten der Mehrheit der die Schule besuchenden Kinder sich dafür aussprechen.

3. Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden evangelischen und katholischen Volksschulen, in denen die Zahl der dem evangelischen beziehungsweise dem katholischen Bekenntnis angehörenden Kinder im Durchschnitt der letzten 5 Jahre weniger als 51 v. H. der Gesamtschülerzahl betrug, werden Gemeinschaftsschulen im Sinne des § 3.

4. Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden Volksschulen ohne Religionsunterricht (Sammelschulen) werden bekenntnisfreie Schulen im Sinne des § 5 Abs. 1 und 2, wenn nicht vorschriftsmäßige Anträge (§ 8) auf Umwandlung in eine andere Schulform gestellt werden. In diesem Falle gelten die Bestimmungen des § 10 mit der Maßgabe, daß die Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule schon dann zu erfolgen hat, wenn die Erziehungsberechtigten der Mehrheit der die Schule besuchenden Kinder sich dafür aussprechen.

§ 18a.

In Gebieten des Reichs, in denen seit dem 1. Okt. 1918 die Schulform geändert worden ist, ist innerhalb eines Jahres nach Beginn der Durchführung dieses Gesetzes (§ 19) einem Antrag auf Umwandlung einer Volksschule in die frühere Schulform stattzugeben, wenn die Erziehungsberechtigten von mehr als der Hälfte der die Schule besuchenden Kinder sich dafür aussprechen.

§ 18b. Sondereinrichtungen.

1. Ob Hilfsschulen oder Hilfsklassen, Förder- und Begabtenklassen, Versuchsschulen und über das Ziel der allgemeinen Volksschulen hinausführende Oberklassen als Gemeinschaftsschulen oder als Bekenntnisschulen oder als bekenntnisfreie Schulen einzurichten oder beizubehalten sind, bestimmt das Landesrecht unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse.

2. Das gleiche gilt für Schulen und Anstalten, die dem Unterricht und der Erziehung von Kindern mit körperlichen oder geistigen Gebrechen dienen.

§ 19. Vollzug des Gesetzes.

Die Länder haben die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Vorschriften so rechtzeitig zu erlassen, daß spätestens 2 Jahre nach seiner Verkündung mit der Durchführung begonnen werden kann.

§ 20. Gebiete des Reiches, die nach Art 174 der Reichsverfassung besonders zu berücksichtigen sind.

In den Gebieten des Reichs, in denen eine nach Bekenntnissen nicht getrennte Volksschule gesetzlich oder nach Herkommen besteht, verbleibt es bei dieser Rechtslage.

§ 21. Kosten.

1. Zur Bestreitung von Mehrkosten, die infolge der Durchführung dieses Gesetzes den Ländern und Gemeinden erwachsen, stellt das Reich den Ländern eine einmalige Beihilfe zur Verfügung.

2. Ueber die Verwendung der Mittel und den Zeitpunkt ihrer Verteilung entscheidet die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsrat.

Thomas Mann:

Der „Oberlehrer“: „Ja, es gibt Hilfslehrer und es gibt Oberlehrer, mußt du wissen, aber Lehrer gibt es nicht. Dies ist nun etwas, was man nicht so leicht verstehen kann, weil es nur für ganz Erwachsene ist und solche, die vom Leben gereift sind. Man könnte sagen: Jemand ist ein Lehrer und ist keiner; wie jemand ein Oberlehrer sein kann, das verstehe ich nicht.“ (Buddenbrooks II).

Umschau

Die lippischen Volksparteiler zum Reichsschulgesetz.

„Der Schulausschuß des Landesverbandes Lippe der Deutschen Volkspartei dankt den Vertretern der Partei im Bildungsausschuß des Reichstags für ihre Bemühungen, den Reichsschulgesetzentwurf im liberalen Sinne um zugestalten. Er sieht aber die jetzige Fassung des § 16 (Einsichtnahme in den Religionsunterricht) als untragbar an, da eine Unterscheidung zwischen Aufsicht und Einsichtnahme kaum möglich ist, und eine solche Regelung gefährlichen Folgen für den Religionsunterricht selbst haben würde. Er fordert deshalb, daß in einer eventuellen 2. Lesung der § 16 eine Fassung erhält, die unzweideutig eine Wiederkehr der geistlichen Schulaufsicht auch übr den Religionsunterricht ausschließt. Darüber hinaus spricht er die Erwartung aus, daß von den liberalen Errungenschaften in den Paragraphen 9, 14, 18 und 20 nichts preisgegeben wird. Auf keinen Fall darf ein Zustandekommen des Gesetzes auf Kosten der liberalen Grundsätze der Partei ermöglicht werden.

Für Lippe fordert der Schulausschuß die Erhaltung der geschichtlich gewordenen, nach Bekenntnissen nicht getrennten, für alle Kinder des Volkes gemeinsamen lippischen Volksschule mit ordnungsmäßigem Religionsunterricht.“

(Entschließung in der Schulausschußsitzung des Landesverbandes Lippe der Deutschen Volkspartei am 7 Februar 1928 in Lage.)

Lippisches Zentrum und Reichsschulgesetz.

Während die Zentrumspartei im Reiche alle Register zieht, um das Reichsschulgesetz in Keudell'scher Fassung mit Hilfe der Deutschnationalen unter Dach zu bringen, nimmt die lippische Zentrumsvereinigung eine andere Stellung ein. Laut Bericht im „Westfälischen Volksblatt“ in Paderborn hat in Altenbeken eine Zusammenkunft getagt und dort ist folgende Entschließung des lippischen Zentrums gefaßt und dem Vorstand der Partei übermittelt worden:

„Die am 1. Februar in Altenbeken versammelten Vertreter der einzelnen Ortsgruppen der Zentrumspartei des Freistaates Lippe bitten die Zentrumsfraktion des Reichstages dringend, dem Schulgesetzentwurf in der vom Reichsbildungsausschuß in erster Lesung beschlossenen Form die Zustimmung zu versagen. Nach Ansicht der lippischen Regierung sind die lippischen Staatsschulen Gemeinschaftsschulen. Die katholischen Schulen sind Privatschulen, die vom Staate einen Zuschuß erhalten. Wird dieser Entwurf Gesetz, wird die lippische Regierung verlangen, daß die katholischen Privatschulen in den staatlichen Gemeinschaftsschulen aufgehen und ihnen den Zuschuß entziehen. Damit wären die katholischen Schulen in Lippe erledigt. Eine 75jährige Arbeit der Katholiken um eigene Schulen wäre umsonst vertan. Noch größer wäre natürlich noch der ideelle Schaden. Wir bitten daher den Entwurf in dieser Form abzulehnen. Lieber kein Schulgesetz als dieses. Wir verlangen auch in Lippe freie Entwicklung für unsere Schulen.“

Schulpolitik auf dem deutschnationalen Parteitage in Lemgo.

Auf dem deutschnationalen Parteitage in Lemgo am 23. 1. hat Frau Reichstagsabg. Mehlis nach dem Bericht der Lippischen Tageszeitung folgendes zur Schulfrage ausgeführt:

„Wie es in manchen Gemeinschaftsschulen zugeht, erzählte uns z. B. ein sächsischer Lehrer. Dort hatte ein Schüler in einem Aufsatz die Worte: „so wie Gott sie uns gab“ umgeändert in die Worte: „so wie Mutter Natur sie uns gab“. Als der Lehrer ihn fragte, warum er so geschrieben habe, antwortete der Junge: „Meine Eltern haben es mir verboten, einen solchen Unsinn auswendig zu lernen, es gibt keinen Gott und folglich will ich auch nichts von Gott auswendig lernen.“

In Thüringen hat man das Lied: „Ueb immer Treu und Redlichkeit“ gestrichen, aber nicht des Potsdamer Geistes wegen, sondern weil es in dem weiteren Liede heißt: „und weiche keinen Finger breit von Gottes Lehre ab.“

Die Gemeinschaftsschule wird nichts anderes sein als ein Vorläufer zur weltlichen Schule. Wir wissen alle, daß die Sozialdemokratie für die weltliche Schule auf dem jüngsten Parteitag in Kiel eingetreten ist. Wir wissen, daß Marx gesagt hat: „Religion ist Opium für das Volk“, und Bebel: „Christentum und Sozialismus verhalten sich zueinander wie Wasser und Feuer“. Ich glaube, das erklärt deutlich die Stellung der Sozialdemokratie jetzt zu der Gemeinschaftsschule.“

Es ist eine Leistung, in so wenig Worten so viel Unsinn zu sagen.

Niederlegung des Religionsunterrichts bei kirchlicher Einsichtnahme.

Gemäß Beschluß der erweiterten Vorstandssitzung vom 28. Januar d. J. wurde vorstehendes Abstimmungsergebnis dem Landespräsidiums, der Oberschulbehörde, dem Bildungsausschuß des Reichstags, dem Deutschen Lehrerverein, seinen Landes- und Provinzialverbänden und der pädagogischen Presse zur Kenntnis gebracht.

Lippe. Die lippische Lehrerschaft hat bisher **fast ohne Ausnahme** Religionsunterricht erteilt, einen Religionsunterricht, der seit Jahren **nicht** mehr unter kirchlicher Aufsicht oder Leitung steht. Wiederholt haben die lippischen Lehrer erklärt, daß sie bereit seien, auch weiterhin diesen Unterricht mit aller Wärme gemäß Art. 149 RV. zu erteilen. Kirchliche Aufsicht oder Einsicht in irgendeiner Form ist für die lippischen Lehrer indes völlig untragbar. Die Zugehörigkeit zu der betreffenden Religionsgesellschaft und die freiwillige Uebernahme sind nach ihrer Auffassung die notwendigen, aber auch völlig ausreichenden „inneren Garantien“ für eine Erteilung dieses Unterrichts im Sinne der Verfassungsbestimmungen.

Gegenüber der durch den Reichsschulgesetzentwurf immer noch drohenden Gefahr der Wiederkehr einer kirchlichen Beaufsichtigung oder Einsichtnahme werden die lipp. Lehrer vor der Anwendung des letzten Abwehrsmittel nicht zurückschrecken. Der lippische Lehrerverein hat an seine Mitglieder, die für Erteilung des Religionsunterrichtes in Frage kommen, eine diesbezügliche Anfrage gerichtet. **Von 486 Befragten haben 483 durch Unterschrift die Erklärung abgegeben, daß sie von dem in der RV. gewährleisteten Recht, den Religionsunterricht niederzulegen, Gebrauch machen würden, wenn die kirchliche Aufsicht (Einsicht) in irgendeiner Form wiederkehren sollte.**

Westfalen.

Die Frage war folgende:

Frage 1: Sind Sie bereit, gemäß Artikel 149 Abs. der Reichsverfassung Religionsunterricht zu erteilen, wenn die Kirche auf die Ueberwachung (Einsichtnahme) verzichtet?

Frage 2: Sind Sie bereit, auf Grund des Art. 149 Abs. 2 der Reichsverfassung den Religionsunterricht niederzulegen, wenn die im § 16 des Reichsschulgesetzentwurfs unter „Einsichtnahme in den Religionsunterricht“ vorgesehene Ueberwachung seitens der kirchlichen Behörden Gesetzeskraft erlangt?

Von 5360 Mitgliedern beteiligten sich an der Abstimmung 4499 = 84 v. H.

Die Beantwortung.

Frage 1:	ja	nein	nicht beantwortet
Von Mitgliedern	4425	64	10
= % d. Abstimmend.	93,4	1,4	0,2
Frage 2:			
Von Mitgliedern	3310	926	263
= % d. Abstimmend.	73,6	20,6	5,8

Schleswig-Holstein.

Die Fragestellung war folgende:

Frage 1. Sind Sie bereit, Religionsunterricht, der den erziehungswissenschaftlichen Grundsätzen entspricht, als ordentliches Lehrfach zu erteilen?

Frage 2: Werden Sie von dem Ihnen in der Reichsverfassung gewährleisteten Recht, den Religionsunterricht niederzulegen, Gebrauch machen, wenn unsere Landeskirche ein ihr von dem Reichsschulgesetz gegebenes Einsichtsrecht in den Religionsunterricht ausübt?

Von den 3129 zur Abstimmung Berechtigten haben 2871 = 91,75 v. H. an der Abstimmung teilgenommen. Ergebnis:

Frage 1: ja: 2861; nein: 10
v. H. = 99,65; = 0,35;

Frage 2: ja: 2654; nein: 151; nicht beantwortet: 66
v. H. = 92,44; = 5,26; = 2,30

Pommern.

Fragestellung:

1. Lehnen Sie den jetzt vorgelegten Keudellschen Reichsschulgesetzentwurf ab?

2. Sind Sie im äußersten Notfalle bereit, von dem Ihnen zustehenden verfassungsmäßigen Recht der Niederlegung des Religionsunterrichtes Gebrauch zu machen, wenn der Keudellsche Entwurf in der jetzt vorliegenden Form Gesetz wird?

Frage 1 wurde wie folgt beantwortet: Von 5391 Mitgliedern stimmten 4623 ab. Davon waren 4551 gegen den Gesetzentwurf, 72 lehnten ihn nicht ab.

In Prozenten: An der Abstimmung beteiligten sich 85,75 Prozent. Davon lehnten 98,5 Prozent den Entwurf ab, 1,5 Prozent nicht.

Frage 2 wurde wie folgt beantwortet: Von den 5391 Mitgliedern stimmten über die Frage 2 4467 Mitglieder ab. Davon waren 607 nicht Religionslehrer, so daß 3860 stimmberechtigt waren. Von diesen waren zur Niederlegung des Religionsunterrichtes bereit 3413, nicht bereit 447.

In Prozenten: Zur Niederlegung des Religionsunterrichtes sind bereit **88,4 Prozent**, nicht bereit 11,6 Prozent.

Frankfurt a. M.

An der Abstimmung beteiligten sich 92,7 Prozent der Mitglieder. Von den Mitgliedern, die abstimmten, sind 84.7 Prozent bereit, Religionsunterricht zu erteilen, wenn die Kirche auf eine Ueberwachung (Einsichtnahme) verzichtet. Nur 2,1 Prozent lehnen es ab, diesen Unterricht überhaupt zu geben. Ungültig (zum größeren Teil unbezeichnete Stimmzettel) waren 13,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Von den Mitgliedern, die sich bereit erklärten, Religionsunterricht zu erteilen, werden aber **84 Prozent** diesen Unterricht nicht geben, wenn der Reichsschulgesetzentwurf Gesetzeskraft erlangt.

Kulturtagung des Bundes Entschiedener Schulreformer.

Der Landesverband Westfalen-Lippe veranstaltete am 14. und 15. Januar in Hagen i. Westf., eine Kulturtagung und machte damit den Versuch, in seinem Gebiete wieder aktiver zu werden und mehr in die Oeffentlichkeit hineinzuwirken. Die Tagung war sorgfältig vorbereitet und ein unerwartet großer Erfolg. Vielleicht sind die Geister durch den Kampf um das Schulgesetz doch ein wenig aufgerüttelt und den Ideen des Bundes eher zugänglich. Andererseits sind von dieser Tagung die Hörer mit neuem Kampfesmut und gestärktem pädagogischem Wollen heimgekehrt.

Als erster Redner sprach der Kölner Soziologe Prof. Honigsheim über Kultur — Erziehung — Gesellschaft u. deckte in glänzender Rede ihre Beziehungen und Zusammenhänge auf: Erziehen ist eine Funktion der jeweiligen Gesellschaft und ihre Verwirklichung gesellschaftlich bedingt. Also ändert die Verhältnisse, und ihr ändert die Erziehung! Aber damit allein ist es — besonders in unserer gegenwärtigen Kulturkrise, die er in großzügiger Weise aufzeigte — nicht getan, sondern es gilt auch: Erziehet **neue** Menschen, damit sie neuen Verhältnissen gewachsen sind und neue Verhältnisse heraufführen. Also kam er zu seiner Forderung politisch-ökonomisches und erzieherisches Tun nebeneinander.

Dr. Helling, Schwelm, der sehr rührige Vors. des Landesverbandes, führte näher an die Wirklichkeit heran, indem er zeigte, wie die Wirtschaftsplutokratie und der Klerikalismus dem Staat die Herrschaft über die Schule entreißen wollen. Er kam zu der Forderung, daß nur der Staat als Schirmherr in Frage kommen könne.

„Doch darf auch der Staat kein Zwingherr sein, der von außen der Erziehung Ziele und Zwecke setzt" tönt es aus den Ausführungen Paul Oestreichs, des Vors. des Bundes. In der Aufgewühltheit unserer Zeit, einer Zeit der großen Entheiligung, kann es das nicht geben, sondern die Forderung muß lauten: Jeden **seine** Schule, jedem seine Erziehung zu **seiner Totalität**, die Entfaltung seiner Wesenheit in der Sphäre der Verantwortung. Also die elastische Einheitsschule, die aber Lebens- und Produktionsschule sein muß. Wer Oestreich einmal gehört hat — er hat vor Jahren in Detmold gesprochen — der wird verstehen, daß das von ihm dargestellte Programm alle Hörer in seinen Bann zog.

Dr. Tacke, Stettin, der am Weltkongreß in Toronto teilgenommen hat, führte aus, daß die ganze pädagogische Welt in Bewegung sei, und Lehrer Nitsche aus Hellerau bei Dresden zeigte an Hand von zahlreichen Lichtbildern, wie an der von ihm gegründeten und geleiteten Versuchsschule die Gedanken der entschiedenen Schulreformer zum Teil in die Praxis umgesetzt sind.

Aufruf! Paul Oestreich wird am 28. März 1928 fünfzig Jahre alt.

Wer im Deutschland der Gegenwart von den Kämpfen um Schule, Erziehung, Volkserneuerung weiß, der kennt Paul Oestreich; dem ist auch bekannt, daß er nach den schweren Erschütterungen des Weltkrieges einer der ersten war, die im Geiste der neuen Zeit zum Kampfe um eine neue Erziehung, um eine neue Menschheitskultur aufriefen. Frei von parteipolitischer Einengung, von warmer Liebe für Volk und Menschheit erfüllt, wirkt für seine Ideen in dem von ihm gegründeten „Bund Entschiedener Schulreformer", der als Volksbund für neue Erziehung Männer und Frauen aller Stände umfaßt, durch seine Zeitschrift „Die neue Erziehung" und durch die von ihm selbst geschaffene und von ihm angeregte Bundesliteratur.

Sein 50. Geburtstag bietet Gelegenheit, seiner Arbeit in würdiger Weise zu gedenken. Persönlicher Ehrung ist Oestreich jedoch unzugänglich. Darum möchten wir, seine Freunde und Mitarbeiter, ihm zu diesem Tage einen Fonds zu schaffen, der es ihm erleichtert, den notwendigen Kampf weiter zu führen. Er soll Oestreich nicht persönlich zur Verfügung stehen, sondern im Dienst der Bundesarbeit Verwendung finden, um sie wirkungsvoller und umfangreicher zu gestalten. Er soll es ermöglichen, ihm Hilfskräfte zu halten, die ihm die tägliche, mechanische Kleinarbeit abnehmen, damit seine ganze Kraft frei wird zu schöpferischer Kulturarbeit.

Zu dieser Sammlung rufen wir hiermit auf.

Wem der Name Oestreich etwas gilt, wer erfaßt hat, was es bedeutet, daß in unseren Tagen ein freier und unerschrockener, selbstloser und opferbereiter Mann als Kämpfer gegen Reaktion und für freiheitliche Menschheitsentwicklung da ist und wirkt — und mag er selbst in manchem sein Gegner sein — alle mögen an diesem Tage durch ihre Gabe dazu beitragen, sein Werk zu fördern. Gez.: Dr. Gertrud Bäumer, Ministerialrat, M. d. R.; Clara Bohm-Schuch, M. d. R., Berlin; Anton Erkelenz, M. d. R., Berlin; u. a.

Was die freie Wirtschaft zahlt.

Ein bedeutendes Werk hatte in der Vorkriegszeit 11 Direktoren mit einem Gehalt von 1000 bis 2000 Mk. monatlich für jeden Direktor und einer beim Jahresschluß zahlbaren Gratifikation von je 3000 bis 4000 Mk. Heute werden 26 Direktoren mit einem Gehalt von je 4000 bis 5000 Mk. monatlich beschäftigt.

(Aus der Denkschrift des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, erschienen 1926).

Beim Wessel-Konzern in Augsburg waren beschäftigt:

1914

1 Direktor mit 12 000 Mk. Jahresgehalt,
3 Prokuristen mit je 6000 Mk. Jahresgehalt.

1925

2 Direktoren mit je 60 000 Mk. Jahresgehalt,
1 Direktor mit 30 000 Mk. Jahresgehalt,

(Aus der Schriftenreihe des Landesverbandes der bayerischen Staatsbeamten, Heft 2).

Die Hauptdirektoren der Inag (Steiniger, Gebbert u. Schall) haben folgende Bezüge:

Nettogehalt 22 000 Mk., außerdem Zuwendungen 48 000 Mk.
Nettogehalt 24 000 Mk., außerdem Zuwendungen 70 000 Mk.
Nettogehalt 30 000 Mk., außerdem Zuwendungen 70 000 Mk.

(„Münchener Neueste Nachrichten", 16. Juli 1926).

Die Vereinigte Glanzstoff-A.-G. zahlt ihren Aufsichtsratsmitgliedern jährlich 680 000 Mk., die Deutsche Bank 677 000 Mk., die Deutsche Kreditanstalt 200 000 Mk. Der Farbentrust bezahlt seinen Aufsichtsräten je 35 000 bis 40 000 Mk. jährlich, sein Direktor erhält jährlich netto, nach Abzug der Steuern, 348 000 Mk.

Im Westfälischen Bergbau erhält im Durchschnitt

Ein Bergmann	175 Mk. monatlich
Ein Betriebsführer	1000 Mk. monatlich
Ein Grubeninspektor	2000 Mk. monatlich
Ein Zechendirektor	3000 Mk. monatlich
Ein Betriebsdirektor	6000 Mk. monatlich
Ein Generaldirektor	10 000 Mk. monatlich

Aus dem Vereinsleben

Bezirksverein Lage.

Auf der nächsten Bezirkskonferenz spricht der Kollege Schröder aus Kapstadt (Südafrika) über das Thema: „Die deutsche Schule in Kapstadt-Südafrika". In der Aussprache können auch die Verhältnisse in Südafrika allgemein besprochen werden. Zu diesem Vortrage sind die Mitglieder der Konferenz mit ihren Angehörigen, sowie die interessierten Kollegen aus den anderen Konferenzen herzlichst eingeladen. Auch Nichtmitglieder des Lehrervereins können zu dem Vortrage eingeführt werden. **Beginn des Vortrags 4 Uhr.** Die Konferenz findet statt am **22. Februar** in Lage, Gasthof Schröder (2 Minuten vom Bahnhof). Zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten (Wahlen usw.) finden sich die Mitglieder der Konferenz bereits pünktlich 3¼ Uhr an demselben Orte ein.

Ergebnis der Wahl zum Vorstande des L. L. V. am 25. 1. 1928.

	Bezirksvereine											
	Detmold	Lage	Schötmar	Oerlinghausen	Lemgo	Barntrup	Hohenhausen	Extertal	Horn	Nessenber	Rischenau	zusammen
Zahl der Mitglieder	81	73	77	36	59	44	42	25	46	48	12	543
gewählt haben	76	64	63	33	53	42	42	25	41	38	9	486
davon ungültig	2	1	1	1	—	—	—	—	3	—	—	8
Stimmen für:												
Haase	64	62	57	27	53	42	40	13	37	38	9	442
Geise	59	55	61	25	48	42	41	22	38	38	9	438
Röhr	70	60	59	29	50	42	36	15	29	34	7	431
Rädeker	66	52	51	28	38	40	41	23	38	36	9	422
Pankoke	61	55	53	27	49	40	38	14	29	38	9	413
Kuhlemeier	63	55	47	28	49	39	42	8	35	38	9	413
Hagemann	56	50	48	23	50	40	39	14	34	36	9	399
Schlepper	55	47	50	24	44	40	39	18	30	37	9	393
Diekmann	50	54	58	29	45	29	38	18	25	31	8	385
Jasper	66	54	54	29	42	36	39	6	17	29	7	379
Sprenger	44	42	41	17	42	36	38	9	31	35	7	342
Mellies	44	46	41	19	43	34	33	8	21	34	8	331
Kesting	51	62	36	26	38	15	27	25	28	15	5	328
Wolf	48	22	37	12	40	35	31	6	26	37	8	302
Blümchen	53	52	43	23	30	26	13	17	30	6	6	299
Nieländer	49	42	33	24	33	33	18	11	29	20	3	295
Lütchemeier	37	33	33	12	30	15	18	21	28	5	3	235
Beckmeier	25	8	13	6	1	2	7	24	13	3	1	103

Die ersten 14 Kollegen sind demnach gewählt. Davon gehören 13 dem bisherigen Vorstande an; für Frl. Lüken, die eine Wiederwahl entschieden abgelehnt hatte, tritt Kollege Kesting als neues Mitglied in den Vorstand ein. Die Wahl des 1. Vorsitzenden findet am Mittwoch, dem 22. Februar, statt. Der Wahlausschuß schlägt dafür wieder Herrn Haase in Jerxen vor. Die Bezirksvereine werden gebeten, nach der Wahl sogleich das Ergebnis dem Wahlleiter mitzuteilen.

Der Wahlleiter:
Detmold, 2. 2. 1928. Wesemann.

Ferienvorträge 1928.

Die diesjährigen Ferienvorträge sollen am **30. und 31. März** stattfinden. Als Gesamtthema ist vorgesehen:

Probleme der Geschichte und des Geschichtsunterrichts.

Die Formulierung des Themas soll die vielfältige Problematik andeuten, von der der Geschichtsunterricht unserer Tage erfaßt ist. Die moderne pädagogische Bewegung, mit Arbeitsschule, Unterricht vom Kinde aus, Erlebnisunterricht nur schlagwortartig angedeutet, hat dem Geschichtunterricht neue Wege gezeigt. Die politische Umlagerung vor fast einem Jahrzehnt hat den Geschichtsunterricht von der Bindung an die alten politischen Zwecksetzungen befreit und ihn in den Dienst der Erziehung zum Bürger des Volksstaates gestellt. Schließlich aber, weil es Geschichtsunterricht mit dem Bildungsstoff der Geschichte zu tun hat, stoßen wir in der pädagogischen Auseinandersetzung immer wieder auf die geschichtsphilosophischen Fragen, von denen die Geschichte als Wissenschaft heute stark ergriffen ist, auf die Fragen nach den bewegenden Kräften im geschichtlichen Ablauf, nach dem Sinne der Geschichte, nach der Möglichkeit einer objektiven Geschichtsbetrachtung und der Geschichte als Wissenschaft überhaupt.

Die neuzeitlichen geschichtsphilosophischen Probleme werden in unserer Vortragsreihe von Herrn Professor Dr. W. Goetz, Leipzig, behandelt. Der Vortragende ist uns kein Unbekannter. Er sprach bei uns im Jahre 1922 über die deutsche Politik von Bismarcks Entlassung bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Seine Vorträge haben damals sehr angesprochen, und schon seit einigen Jahren liegt der Beschluß vor, Herrn Prof. Goetz erneut für Vorträge im LV. zu gewinnen. Mancher Teilnehmer an den Ferienvortägen von 1922 hätte gewiß gern eine Fortsetzung der damaligen Vorträge gehört. Das nunmehr gewählte Thema fügt sich aber nicht nur besser in den Rahmen unseres Gesamtthemas ein, es wurde auch von Herrn Prof. Goetz selbst vorgezogen. Er hat jedoch in Aussicht gestellt, er werde seine geschichtsphilosophischen Darlegungen mit besonders zahlreichen geschichtlichen Tatsachen belegen.

Als nächster Vortragender ist Herr Karl Trinks, Dresden und als sein Thema „Die Bildungsaufgabe des Geschichtsunterrichts" vorgesehen. Auch der zweite Vortrag wird von geschichts-philosophischen Fragestellungen ausgehen. Indem hier der Bildungsgehalt der Geschichte in Beziehung gesetzt wird zu den Bildungsmöglichkeiten und den Bildungsaufgaben der Volksschule, wird hier in dem Aufbau des Gesamtthemas die Wendung zur Pädagogik und zur Unterrichtsarbeit des Lehrers herbeigeführt werden. Herr Trinks, bisher Vorsitzender des Dresdner Lehrervereins, ist in hervorragendem Maße beteiligt gewesen an den sehr beachtenswerten und hier schon früher gewürdigten Lehrplanarbeiten des Dresdner Lehrervereins.

Den Abschluß im Aufbau unseres Gesamtthemas sollen Vorträge bilden, die sich ganz mit der Praxis des Geschichtsunterrichts befassen. Sie werden gehalten von Herrn Kollegen W. Blümchen, Berlebeck. Bei den Auseinandersetzungen, die wir in den vergangenen Jahren über das Geschichtsbuch hatten, hat sich erwiesen, daß eine Reihe von methodischen Einzelfragen — Auswahl, Anordnung und Darstellung des Stoffes, vor allem die Stellung des Geschichtsbuches — sehr umstritten sind und einer Klärung bedürfen. Koll. Blümchen, der Verfasser des in den meisten Schulen eingeführten Arbeitsbuches, wird sie im Zusammenhange noch einmal erörtern.

Wir werden also in unseren Ferienvorträgen hören:

Herrn Prof. Dr. W. Goetz, Leipzig: Neuzeitliche geschichtsphilosophische Probleme. 4 Stunden.

Herrn K. Trinks, Dresden: Die Bildungsaufgabe des Geschichtsunterrichts. 3 Stunden.

Herrn W. Blümchen, Berlebeck: Der Geschichtsunterricht in der Volksschule. 2 Stunden.

Unter Vorbehalt geringer Aenderungen ist folgende Stundenverteilung vorgesehen:

Freitag, 30. März:
9½—11 Prof. Goetz,
11 —12½ Trinks,

3—4 Prof. Goetz,
4—5 Blümchen.

Sonnabend, 31. März:
9½—11 Trinks,
11 —12½ Goetz,

3—4 Blümchen,
4—5 Aussprache.

In der März-Nummer der Schulzeitung soll alles Weitere bekannt gegeben werden.

Leider sind die Osterferien nicht so gelegt worden, daß unsere Vorträge in die Ferien fallen. Doch heißt es in der diesjährigen Ferienordnung: „Die Volksschulen können mit Rücksicht auf die in Aussicht genommenen Kurse den ersten und letzten Tag der Pfingstferien vor die Osterferien auf den 30. und 31. März verlegen. In diesem Falle ist der Oberschulbehörde rechtzeitig zu berichten." Damit ist allen Kollegen die Teilnahme ermöglicht.

H. Sprenger.

Bezirksverein Lemgo.

Tagung am 22. Februar, 4 Uhr nachm. Hauptvortrag: Taylor-System. Eine Darstellung und Beurteilung der Hauptgedanken (Forts.).

Verschiedenes

Ferienordnung 1928.

Osterferien	31. 3.—16. 4.	Die Daten beziehen sich jeweils auf den letzten, bzw. auf den ersten Schultag vor und nach den Ferien.
Pfingstferien	23. 5.— 5. 6.	
Sommerferien	30. 6.—30. 7.	
Herbstferien	29. 9.—15. 10.	
Weihnachtsferien	19. 12.—7. 1.	

Die Volksschulen können mit Rücksicht auf die in Aussicht genommenen Kurse den ersten und letzten Tag der Pfingstferien vor die Osterferien auf den 30. und 31. März verlegen. In diesem Falle ist der Oberschulbehörde rechtzeitig zu berichten.

Falls mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse eine Späterlegung der Sommerferien erwünscht ist, dürfen diese nicht später als am 21. Juli beginnen.

Anträge der Schulvorstände auf Aenderung der Sommer- und Herbstferien werden nur berücksichtigt, wenn sie bis zum 30. Juni bzw. 22. Sept. bei der Oberschulbehörde eingereicht sind.

(Staatsanzeiger Nr. 11 vom 8. 2. 28.)

Wir stellen zum Vergleich die Vorschläge der L. V. daneben:

Osterferien:	Schluß des Unterrichts am 29. 3.
Pfingstferien:	Schluß des Unterrichts am 23. 5.
Sommerferien:	Schluß des Unterrichts am 14. 7.
Herbstferien:	Schluß des Unterrichts am 22. 12.

Die Vorschläge gingen ferner dahin, die Herbstferien um 3 Tage zu verlängern und dafür die Weihnachtsferien um 3 Tage zu kürzen.

Die Lippische Oberschulbehörde erkundigt sich nach Präparationsbüchern der Lehrer.

Von der Einführung der neuen Fibel wird seitens der O. Sch. B. viel Aufhebens gemacht. Die lippische Lehrerschaft hat die Notwendigkeit der Reform des ersten Leseunterrichts erkannt u. deshalb ziemlich einmütig die Eckhardtsche Fibel angefordert. Die O. Sch. B. zögert jedoch, die beantragte Fibel allen Schulen zu bewilligen. Dabei kommt es zu Nachfragen eigener Art. Wir geben hiermit eine von mehreren bekannt:

„U. R. innerhalb 5 Tagen zur bestimmten Aeußerung, ob der bzw. die in Betracht kommenden Lehrer des 1. Schuljahres auch mit der Anleitung zum Gebrauch der Fibel vertraut ist, bzw. sind, g. F. mit welcher."

Der Bund entschiedener Schulreformer gegen das Berechtigungswesen.

Der Bund fordert: 1. Eine solche Reform der gänzlich von Schulgeldern zu befreienden Jugendbildung, daß alle wesentlichen Gaben jedes Einzelnen zu leistungsstarker Entfaltung gelangen, also gleichmäßige produktive Schulung der intellektuellen, künstlerischen, technisch-werktätigen, sozialen Anlagen, ohne Trennung in verschieden berechtigte Schulen, mit innerer Differenzierung zur Aufdeckung und Ausbildung der Sonderbegabungen,

2. den Ersatz der Klassenzensuren durch Leistungs- und Veranlagungszeugnisse,

3. die Feststellung der für Aemter und Berufe notwendigen Befähigungen, Kenntnisse und Fertigkeiten und die Auswahl der Anwärter gemäß dem Nachweis dieser Befähigungen. Kenntnisse und Fertigkeiten durch Einstellungsprüfung und Erprobung.

Der Irrweg der „Verkopfung".

Auf den höheren Schulen Deutschlands hat sich in der Zeit von 1897 bis 1927 der Besuch der drei oberen Klassen fast verdreifacht. (1897: 22912; 1927: 65 346) 1932-33 ist mit der ungeheuren Zahl von 30 000 Abiturienten zu rechnen. Auf den Universitäten und technischen Hochschulen ist die Zahl der Studierenden von 72 800 vor dem Kriege auf 94 000 gestiegen. Auf den preußischen Universitäten studieren augenblicklich rund 10 000 künftige Studienräte, während der Bedarf für die nächsten 8 Jahre (1927 bis 1935) zusammen nur 4000 betrgt. Die Zahl der Jurastudierenden in Preußen beträgt rund 12 300 gegenüber einer Zahl von etwa 6000 vor dem Kriege.

Das litauische Konkordat.

Das am 27. September 1927 unterzeichnete und am 14. Dezember veröffentlichte Konkordat enthält folgende Bestimmungen über das Schulwesen in Litauen:

In allen öffentlichen oder vom Staat unterstützten Schulen ist der Religionsunterricht Pflichtsache. Lehrplan und Lehrbücher werden von der kirchlichen Behörde bestimmt. Für die Ernennung der Religionslehrer und die Ueberwachung des Religionsunterrichtes sind die Bestimmungen des kanonischen Rechts maßgebend. Die gleichen Bestimmungen sind anzuwenden auf die Lehrkräfte jeglichen Grades der philosophischen und theologischen Fakultät, die auf Staatskosten errichtet werden. In jeder Diözese sind Seminare zu errichten, die vom Staat unterstützt werden, die jedoch unter alleiniger Leitung der Kirche stehen. Der Staat anerkennt das Recht der Kirche, die Tätigkeit der Lehrkraft in allen Schulen zu beanstanden und verpflichtet sich, diesen Beanstandungen zweckmäßig Folge zu leisten. Die auf kirchlichen Schulen erlangten Diplome sind denen der staatlichen Schulen gleichgestellt.

„Wirtschaft" und Schulgesetz.

Die „Lippische Tagezseitung" schreibt:

„Im Hinblick auf die kommenden Auseinandersetzungen und nicht minder angesichts der von den Gegnern der Bekenntnisschule bisher schon geltend gemachten Einwände, ist es sehr lehrreich, die Meinung führender Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft zu hören, die in diesen Tagen zum Schulgesetzentwurf ihre Stimme erhoben haben. Es liegen solche Aeußerungen von dem ehemaligen Reichskanzler Cuno, von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Industrie Frowein-Elberfeld, von dem Direktor der Bayerischen Handelsbank D. Wilh. Frhr. von Pechmann-München, dem Präsidenten der Landwirtschaftskammer in Hannover v. Reden, dem Bergwerksdirektor Leopold, dem Mitglied des preußischen Staatsrates Justizrat Dr. Wesenfeld-Barmen und anderen vor.

Uebereinstimmend wird von diesen doch wahrhaft berufenen Fachmännern die Ueberzeugung vertreten, daß, wenn schon die Berechnungen der Gegner nicht einfach als übertrieben oder als in der finanziellen Tragweite überschätzt abzutun sind, die Summen, die für die Erhaltung der Bekenntnisschule und ihre gesunde Weiterentwicklung ausgeworfen werden müssen, jedenfalls aufgebracht werden können und alles andere als ein schlecht angelegtes oder gar verlorenes Kapital darstellen. Gerade vom Standpunkt der Wirtschaft aus, so wird immer und immer wieder betont, muß auf eine Jugenderziehung höchster Wert gelegt werden, die dem Einzelmenschen eine feste Grundlage ideeller Weltanschauung gibt, seine sittlichen Kräfte entwickelt, seinen Charakter festigt und ihn zur Arbeitsfreudigkeit, zu Zuverlässigkeit und zu hohem Verantwortungsgefühl erzieht. Diese Erziehung wird, wenn nicht ausschließlich, so doch mit unbedingter Gewißheit nur von der religiösen Bekenntnisschule gewährleistet, und die Erhaltung der Bekenntnisschule muß deshalb auch, gerade vom Standpunkt der sonst so rationalen Wirtschaft aus, unbedingt gefordert werden, weil nur durch sie die Wirtschaft den Nachwuchs erhält, den sie notwendig hat, wenn sie ihre hohe Stellung innerhalb der Weltwirtschaft trotz aller Angriffe von außen und trotz der im Innern bestehenden großen Schwierigkeiten, trotz der Verengung der Rohstoffbasis und trotz der übermächtig gewordenen Konkurrenz beibehalten soll. Für die Jugenderziehung aufgewandtes Kapital, das vielleicht neue Opfer und neue Belastungen fordert, ist auch für die Wirtschaft produktiv angelegtes Kapital, das hundertfältig Zinsen bringt."

Also kurz gesagt: Der Kapitalismus tritt für das reaktionäre Schulgesetz ein, was zwar tief blicken läßt, aber wohl niemanden sonderlich überrascht.

Oberstudiendirektor Schlemmer zur Schulpolitik der evang. Kirche Preußens.

In einigen Wochen erscheint im Verlage von Hoffmann und Reiher (Görlitz) eine Schrift von O.-St.-Dir. Schlemmer über die Schulpolitik der evangelischen Kirche Preußens". Der Verfasser, bekannt vor allem als Vorsitzender des Reichsbundes für Religionsunterricht und religiöse Erziehung und durch seine Werke jugendkundlichen und religionspädagogischen Inhalts, zeigt hier, gestützt auf eine Fülle von Material, welche bedenklichen Wenge die Kirche in ihrer Stellung zur Schulfrage eingeschlagen hat und wie sie in Gefahr ist, damit der Schule und sich selbst gleichermaßen unheilbaren Schaden zuzufügen. Allen, die von den gegenwärtigen Schulkämpfen irgendwie beteiligt sind, wird die Schrift wertvolle Dienste leisten können. — Die Geschäftsstelle des „Reichsbundes" (Lehrer E. Oberhaus, Berlin NO. 55, Braunsberger Str. 14) ist in der Lage, das Buch zu ermäßigtem Preise (unpf. 2 Mk.) abzugeben; Vorbestellungen dorthin erbeten.

Anthropologische Untersuchungen.

Professor Eugen Fischer, der Leiter des Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik in Berlin-Dahlem, beabsichtigt in Minden-Ravensberg und Lippe anthropologische Aufnahmen der alteingesessenen Bevölkerung vorzunehmen. Solche Aufnahmen müssen in diesem Menschenalter gemacht werden, ehe

die Bevölkerungsverschiebungen alles Rassenhafte unklar und unentwirrbar gemacht haben. Deshalb kommt auch weniger die Stadt- und Landbevölkerung dafür in Frage. Professor Fischer will am Sonnabend, 18. d. M., nachm. 16½ Uhr im Vereinshause in Herford einen einleitenden, aufklärenden und werbenden Vortrag über seinen Plan halten, vor Personen, die als Mitarbeiter bei der Aufnahme in Betracht kommen; es werden vor allem Lehrer, Aerzte, Geistliche, Verwaltungsbeamte und sonstige Interessierte sein. Die Ausbildung in der Vornahme der Messungen wird auf Kosten des Instituts geschehen, in einem nur wenige Tage dauernden Ferienlehrgang. Näheres darüber wird in Herford bekanntgegeben.

Zur Teilnahme an der Versammlung in Herford lade ich hierdurch ergebenst ein.

Detmold, 10. Febr. 1928. J. A.: Schulrat Schwanold.

Einladung.

Auflösung des Lehrer-Seminars in Braunschweig. Am 24. März 1928 schließt das Lehrer-Seminar in Braunschweig, jetzige Lehrerbildungsanstalt, nach über 175 jährigem Bestehen seine Pforten. Die ehemalige Schülerschaft will sich an diesem geschichtlich denkwürdigen Tage zu einer eindrucksvollen Feier vereinigen. Da zahlreiche Schüler außerhalb der blaugelben Grenzpfähle tätig sind, ergeht an alle die herzliche Bitte, ihre Anschrift umgehend Herrn Lehrer E. Wehrsen, Braunschweig, Könerstraße 23 mitzuteilen.

Der Arbeitsausschuß.

Einführung des 9. Schuljahres in Braunschweig.

Das braunschweigische Staatsministerium hat dem Landtag ein Gesetz zur Ergänzung des Gemeindeschulgesetzes vom 9. April 1913 zugehen lassen, das folgenden einen Paragraphen enthält:

„Das Staatsministerium kann für eine Gemeinde oder die in einem Schulverbande vereinigten Gemeinden anordnen, daß die Schulpflicht allgemein oder nur für die Mädchen um ein weiteres Schuljahr verlängert wird."

Es wird aber, wie verlautet, zurzeit nicht beabsichtigt, auf die Gemeinden einen Zwang zur Einrichtung des 9. Schuljahres auszuüben.

Unsere Schuljugend daheim.

Die Kollegen, die bei der Pädagogisierung der Elternschaft helfen möchten, seien u. a. auf die Arbeit der „Deutschen Gesellschaft zur Förderung häuslicher Erziehung E. V." hingewiesen. Diese Gesellschaft sammelt seit mehr als 10 Jahren Erfahrungen und Gedanken über die Erziehung unserer Kinder im Elternhause. Aus Literatur und Leben trägt sie alles zusammen, was brauchbar und wertvoll ist. Planmäßig werden unter diesem Gesichtspunkt alle älteren und neueren pädagogischen Schriften durchforscht und unaufhörlich fließt ihr neuer Stoff zu, aus der täglichen Erziehungsarbeit ihrer zahlreichen Mitglieder. Das Beste von dem, was die Gesellschaft bis jetzt gesammelt hat, will sie durch ganz billige zwanglose Hefte unter dem Titel „Unsere Schuljugend daheim" zum Allgemeingut der Deutschen Elternschaft machen. Bei Sammelbezug durch die Schule kostet das Heft einschließlich freier Zusendung nur 25 Pfg. Soeben ist das 1. Heft erschienen. Es ist vorzüglich gedruckt und steif broschiert (32 Seiten) mit Beiträgen von Hugo Gaudig, Herbert Spencer, Johannes Prüfer, Ellen Kay, Richard Kabisch, John Locke, Jean Paul u. a. Alles Nähere durch die Geschäftsstelle, der oben genannten Gesellschaft: Leipzig N. 22, Johann-Georgstr. 7.

„Singendes Volk",

herausgegeben bei Moritz Diesterweg, Frankfurt a. M.

Der 1. Teil, für die Grundschule bestimmt, hat Fibelgröße, um durch weitere Entfernung der Notenlinien u. größere Noten den Kindern das Zurechtfinden im Notensystem zu erleichtern. Er beschränkt sich auf F-, C- und G-Dur. Die Kinder sollen zunächst in diesen für den Schulmusikunterricht wichtigsten Tonarten einigermaßen gefestigt werden.

Der 2. Teil für die 4 oberen Jahrgänge bestimmt, wird Taschenformat erhalten, damit er Begleiter beim Wandern werden kann. Er wird auch einzelne gemischte Chöre bringen, um den Kindern Gelegenheit zu geben, zu Hause mit musikliebenden Eltern und Geschwistern oder in der Schule gemeinsam mit den Lehrern im Chor zu singen. Die Bearbeitung der Instrumentalstimmen ist absichtlich möglichst einfach gehalten, damit sie tatsächlich von Schülern ausgeführt werden können.

Die österreichische Jugendrotkreuz-Zeitschrift.

Das Februarheft (Spielnummer) enthält ein Dresdner und ein Hamburger Kasperlspiel, ein Spiel von Weege, alte deutsche Schwänke und Geschichten, u. a. von Grimm und Lisa Tetzner, und (zum Teil mehrfarbige) Bilder von M. E. Fossel, Hiroshige, Egon Hofmann-Linz, Richard Teschner, Bruno Zwiener und Wiedergaben der preisgekrönten Arbeiten des Weltwettbewerbs für Kinderzeichnungen.

Gedichte und Gesänge für Schulfeiern,

herausgegeben von A. Freudenberg im Verlage von Alwin Huhle, Dresden. Preis —,70 Mk. — Das Büchlein enthält gute Beiträge zur Verfassungsfeier, zur Schulentlassungsfeier, zum Schuljubiläum und zum Jubiläum eines Lehrers. Die Gesänge sind durchgängig für den zwei- und dreistimmigen Chor gesetzt.

Einladung.

Am Freitag, den 9. März, 8 Uhr abends wird in einer von der Lippischen Landeshauptstelle gegen den Alkoholismus veranstalteten Versammlung im Ev. Ver.-Hause, Herr Universitätsprofessor Niebergall aus Marburg über das Thema „Gemeinschaft und Alkohol" sprechen. Wer je Professor N. auf Tagungen hat sprechen hören, dem ist in lebhafter Erinnerung, in welchem Maße dieser es versteht, die Hörer durch die Innerlichkeit seiner Betrachtungsweise wie auch durch die scharfgeprägte Form seiner Gedanken zu fesseln. Selbst der weltanschaulich anders Gerichtete findet in dem tiefen sittlichen Ernst, aus dem seine Gedanken quellen, mit ihm einen gemeinsamen Boden. Alle interessierten Kreise sind zu dem Vortrag frdl. eingeladen.

Geschäftliches.

Deutsche Auswanderer trugen die Kunde von den guten, preiswerten „Kehrwieder-Waren" bis in die entlegensten Gebiete der Welt, und als Weihnachten nahte, da liefen von den Ueberseedeutschen, die ihren Lieben daheim auch einmal wieder eine Freude bereiten wollten, Aufträge auf Tausende von Kehrwieder-Paketen aus allen Teilen der Welt ein. Andere wieder bestellten für sich selbst oder für ausländische Freunde, und umfangreiche Sendungen tropensichere Kehrwieder-Konserven verließen den Hamburger Freihafen nach dem fernen Osten, nach Afrika, nach Südamrika usw. Alles zusammen ein höchst erfreulicher Beweis dafür, welches Ansehen Hamburgs größte und leistungsfähigste Firma dieser Art, deren grüner Prospekt unserer heutigen Gesamtauflage beiliegt, in der ganzen Welt genießt.

Unserer heutigen Auflage liegt eine Beilage der Firma **Kehrwieder Import G. m. b. H. Hamburg** bei.

Keine
billige Sammlung
gibt
für 50 Pfg.
H.W. Riehl „Geschichten aus alter Zeit":
Im Jahr des Herrn
Der Dachs auf Lichtmess
Der stumme Ratsherr
Rheingauer Deutsch
ungekürzt.
Erschienen in Blau 176

Ich mache darauf aufmerksam, dass alle neueren Sammlungen an Textmenge, auch bei grösserer Seitenzahl, **hinter meinen Blauen und Grünen Bändchen zurückstehen,** also durchweg **teurer** sind.

Manche Texte sind gegenüber den Ausgaben in den Blauen Bändchen bei annähernd gleichem

Preis **um mehr als ein Drittel gekürzt.**
Lose Schrift, grosse Zeilenabstände und andere drucktechnische Hilfen ermöglichen eine grosse Seitenzahl auch bei geringer Textmenge.

Köln a. Rh., Badstr. 1
Hermann Schaffstein Verlag.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hagemann, Brake i. L., für Anzeigen: R. Schleef, Lemgo.
Druck und Verlag: F. L. Wagener, Lemgo.

Lippische Schulzeitung

Herausgegeben
vom Vorstande des Lippischen Lehrervereins.

22. Jahrgang. Lemgo, 15. März 1928. Nummer 3.

Inhaltsverzeichnis.

Nach dem Schulkampf. — Zur Besoldung. — Englisch an englischen Schulen. — Der Schülerlesekasten im ersten Leseunterricht — Otto Flake. — Umschau. — Aus dem Vereinsleben. — Buchbesprechung. — Verschiedenes.

Nach dem Schulkampf.

Derweil uns noch, dem Bodenseereiter gleich, vor dem Abgrund grauen muß, in den Keudells Entwurf den deutschen Schulkarren stürzen wollte, erklingt Graf Westarps Reichsschulgesetz-Wahlfanfare: Das Reichsschulgesetz ist nicht tot, es lebt im Volksbewußtsein. Die weitere Entwicklung im Reiche und in den Ländern wird zeigen, wie tief das Verantwortungsbewußtsein der Eltern im deutschen Volke Wurzeln geschlagen hat. Wir rufen die christliche Elternschaft aller Kreise zur Wahrung ihrer Rechte auf den Plan." Und was hier als offener Kampfruf gellt, klingt in unserm Reformierten Sonntagsblatt wie eine väterliche, aber doch höchstens anderthalbdeutige Wahlempfehlung. „Die Volkspartei wünscht nicht," heißt es da, „daß das Schulgesetz zur Wahlparole gemacht wird. Es wäre unnatürlich, wenn es nicht geschähe. Jedenfalls wird schon aus manchen Versammlungen von Entrüstung über das Scheitern des Schulgesetzes berichtet." Die Wahlaussichten der Parteien werden als schlecht befunden; aber: „Die Deutschnationalen haben im Schulgesetz das einigende Panier". Und nachdem Westarp und Mumm zitiert sind, heißt es weiter: „Die Wahl wird wahrscheinlich große Ueberraschungen bringen. Mögen die Versammlungen gegen eine konfessionelle Schule noch so besucht sein und Resolutionen gegen sie ohne Widerspruch angenommen werden — wenn die Eltern zur Wahl gehen und ihre Kinder vorher ansehen, wissen sie, was ihnen nottut und werden sich sagen: Versammlungsreden anhören und Wählen sind zweierlei."

Soll das Reichsschulgesetz wirklich zur Wahlparole werden? Wir werden damit rechnen müssen, daß mit ihm politischer Seelenfang versucht wird. Und in den großen und kleinen Wahlversammlungen werden die im Schulkampf schon hinreichend abgeleierten Redensarten ihren Dienst tun müssen, jene Redensarten von den Juden und Heiden, denen die Jugend ausgeliefert werden soll, von der Religion, die in Gefahr sein soll, von den trauten Weihnachtsliedern, die in der Gemeinschaftsschule — immer angeblich — keinen Platz mehr haben, und so fort. Man wird die Geister verwirren; aber doch zunächst wohl wenig Schaden anrichten. Der sterbende Reichstag hatte für Keudells Entwurf die denkbar günstigste Mehrheit, und das Gesetz ist doch gescheitert. Man kann nicht gut glauben, daß eine kommende wie auch immer geartete Mehrheit sich auf die heikle Schulfrage stürzen wird. Und das wird gut sein; denn jetzt tut Ruhe, Prüfung und Klärung not.

Der Schulkampf aber ist mit dem Scheitern dieses Entwurfes und dem Zerfall dieser Koalition nicht ausgetragen. Die große kulturpolitische Auseinandersetzung wird weitergehen. Die Atempause aber, die eingetreten ist, gibt uns Muße, die Erfahrungen des verflossenen Schulkampfes zu überdenken und die Aufgaben der Zukunft zu erkennen.

Dies aber scheint uns das Fazit zu sein:

Zuerst: Die deutsche Lehrerschaft ist eine kulturpolitische Großmacht, wenn sie gewillt ist, ihr ganzes Schwergewicht in die Wagschale der Entscheidung zu werfen. Herr v. Keudell hat zwar auf das sachverständige Urteil der Lehrerschaft keinen Wert gelegt — er hat sich von anderer Seite beraten lassen — aber es klingt doch etwas wie Resignation vor dem entschlossenen Nein der deutschen Volksschullehrer, wenn er uns gute Besserung wünscht: „Wir brauchen angesichts des Verlangens der Eltern nach einer Erziehung ihrer Kinder im Glauben der Väter auch eine christliche Lehrerschaft. Zwar ist bei unserem Kampf um die Bekenntnisschule ein großer Teil der deutschen Lehrerschaft — vor allem aus dem Allgemeinen Deutschen Lehrerverein — uns in den Rücken gefallen. Aber wir dürfen gewiß hoffen, daß die Bewegung der Eltern für eine christliche Schule in unserem Volke künftig so lebendig wird, daß auch die Lehrer, von diesem Feuer ergriffen, aus der Bindung ihres Gewissens heraus Fesseln der Organisation abstreifen." Prof. Goetz fragt in der „Voss. Ztg." mit Recht: „Ist es denn politisch denkbar und moralisch statthaft, ein Gesetz gegen den Stand zu machen, der es durchführen soll? Da hier der Ausgleich der Meinungen nicht möglich ist, so bleibt nur der beinahe ungeheuerliche Gedanke übrig, einen Stand von mehr als 150 000 ehrlichen Menschen mit Gewalt zu einer anderen Anschauung zu zwingen." Und die deutsche Lehrerschaft wird auch in Zukunft durch die Tat beweisen, daß sie zu diesen Anschauungen steht. Unsere Abstimmung über die eventuelle Niederlegung des Religionsunterrichtes bei Wiederkehr der kirchlichen Aufsicht mit ihrem 99prozentigen Ergebnis war eine gelungene Kraftprobe.

Dann aber: Unsere Position in der Bevölkerung hat sich als eine sichere erwiesen. Die Proteste der mehr als eineinhalbtausend Hochschullehrer, die Stimmen vieler anderer geistiger Führer, die Resolutionen aus Massenversammlungen haben bewiesen, daß wir im Kampfe um die Geistesfreiheit nicht allein stehen. Nach den Beobachtungen, die wir in den Volksversammlungen in Lemgo, in Salzuflen, Blomberg und einigen Dörfern machen konnten, steht fest: die Bevölkerung will die Erhaltung der gemeinsamen staatlichen Volksschule. Und es ist andererseits bezeichnend, daß es der kirchlichen Seite an keiner Stelle gelungen ist, eine Entschließung gegen unsere Schulforderungen durchzubringen.

Wer auf die zurückliegenden Schulkämpfe zurückblickt, darf in unseren heimatlichen Grenzen unseren staatlichen Stellen, dem Landespräsidium und der Oberschulbehörde nicht die Anerkennung für ihre Haltung versagen. Wir

hoffen, daß bei diesen Stellen nun, nachdem die Reichsschulgesetzgebung wieder ins Unbestimmte vertagt ist, Geneigtheit besteht, die Lippische Schule als Gemeinschaftsschule in einem neuen Schulgesetz noch eindeutiger zu verankern als in dem erneuerungsbedürftigen alten Gesetz. Einem neuen fortschrittlichen Schulgesetz wird nach dem Scheitern des Schulgesetzes unsere ganze Aufmerksamkeit zugewandt werden müssen.

Zur Besoldung.

Am 6. März ist das Besoldungsgesetz im Landtag mit allen Stimmen gegen die des kommunistischen Abgeordneten in 3. Lesung angenommen. Unsere in der vorigen Nummer der Lippischen Schulzeitung dargelegten grundsätzlichen Forderungen sind teilweise erfüllt worden. Der Genuß der Gruppe 4 in der von uns gewünschten Form hat jedoch keine Anerkennung gefunden. Daß diese Forderung an finanzpolitischen Schwierigkeiten gescheitert ist, will uns zweifelhaft erscheinen. Es erübrigt sich jedoch, heute nochmals auf die starken Bedenken, die wir gegen die entsprechende Anmerkung in Gruppe 4 haben, einzugehen. Die Zukunft wird hier das Urteil fällen. Und wir können nur wünschen, daß es milder ausfallen möge, als unsere Befürchtungen es vermuten lassen. Eine Abschwächung der Gehaltsspanne zwischen Volks- und Lehrern an höheren Schulen ist durch die Besoldungsreform nicht erreicht worden. Wir werden diese durch den Grundsatz der Einheitsschule und des einheitlichen Lehrerstandes gerechtfertigte Forderung für die Zukunft nicht aus dem Auge verlieren. — Als positiv buchen und werten wir die Beseitigung aller Differenzierungstendenzen hinsichtlich der Amtsbezeichnung. Wir kehren zu der schlichten und gemeinsamen Benennung „Lehrer" zurück. Das bedeutet im Hinblick auf unsere gewerkschaftliche Phalanx einen Fortschritt, und wir dürfen wohl der Meinung Ausdruck geben, daß diese Neuordnung von der Lehrerschaft restlos begrüßt wird. Wer erinnert sich angesichts dieses Erfolges nicht jener Kämpfe, die vor etwa 2 Jahrzehnten um den „Nebenlehrer" geführt wurden. Es handelte sich auch damals nicht um eine Formalität, um den Klang oder Mißklang des Wortes, — um solche Dinge führt man keine Kämpfe! Nein, es ging und geht um mehr: Damals wie in jüngster Zeit handelte es sich um die Verwirklichung des einheitlichen Lehrerstandes, um ein Vorgefecht in dem großen Kampfe: ein Volk, eine Schule, ein Lehrerstand.

Es ist nicht unsere Absicht, des weiteren auf Einzelfragen des neuen Besoldungsgesetzes einzugehen. Im folgenden seien nur die Aenderungen, die der Landtag an der Vorlage — soweit sie die Lehrer betrifft und in der Februarnummer zum Abdruck gebracht ist — vorgenommen hat, kurz registriert:

Besoldungsgruppe 4 (jetzt 4 a). Unter „Beamte":

1. Absatz: Oberlehrer mit wissenschaftlichem, technischem oder künstlerischem Fachunterricht. (Die mit der Dienstbezeichnung Studienrat z. Z. beliehenen Oberschullehrer behalten diese Dienstbezeichnung für ihre Person bei.)

2. Absatz gestrichen.

3. Absatz: Hauptamtlicher Berufsschulleiter, Berufsschuloberlehrer. (Anm. wie Absatz 4.)

4. Absatz: Lehrer. (Nach besonderen Festsetzungen durch den Staatshaushaltsplan).

5. Absatz: Taubstummenlehrer (künftig wegfallend).

Besoldungsgruppe 4 b (neu eingeschoben).
3 600, 3 900, 4 200, 4 500, 4 800, 5 100 5 400 5 700, 6 000, 6 300, 6 600 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß IV in der ersten bis fünften Dienstaltersstufe, III von der sechsten Dienstaltersstufe an.

Ueberleitung: Beamte mit den Bezügen der alten Besoldungsgruppe IX erhalten ihr bisheriges Besoldungsdienstalter, im günstigsten Falle jedoch ein solches von 12 Jahren.

Beamte: Berufsschullehrer.

Besoldungsgruppe 5. Unter „Beamte":

1. Absatz: Lehrer (nach beendetem 22. Besoldungsdienstjahre).

2. Absatz: Oberschullehrer (nach beendetem 22. Besoldungsdienstjahre).

3. und 4. Absatz sind gestrichen.

Besoldungsgruppe 6. Unter „Beamte":

1. Absatz: Lehrer. (Lehrer an Hilfsschulklassen erhalten für die Dauer der Wahrnehmung ihres Amtes eine Zulage von 500 RM.

2. Absatz: Oberschullehrer (erhalten für die Dauer der Wahrnehmung ihres Amtes und der Dauer der Zugehörigkeit zu den Gruppen 6 u. 5 eine Zulage von 500 RM.

3. und 4. Absatz sind gestrichen.

Englisch an englischen Schulen.

Von Dr. Ulrich Walter, Lemgo.

Wer das Buch Mastermans „England after War"[1]) gelesen hat, weiß, daß das persönliche und soziale Leben Englands sich radikal zu wandeln im Begriffe steht, und auf jeder vernünftig angelegten Studienreise wird einem klar, daß dem Engländer nicht Wiederaufbau, sondern Neuschöpfung zur Parole geworden ist, seit „der größten Katastrophe, welche seit dem Untergang Roms über die Menschheit gekommen ist." Es ist garnicht zu verkennen, daß sich der Krieg als eine ganz energische Erziehung erwiesen und neue, oft agressive, Kräfte in Bewegung gesetzt hat. Immer wieder hört und liest man von der „Neuen Welt", die werden will; Kritik ist erwacht durch die Problematik des Krieges; neue Verantwortungen werden gefühlt, und man erkennt, daß die Menschen wie nie zuvor klar erfaßte, produktive Ideale brauchen, nachdem die Fundamente des Bisherigen erschüttert worden sind. England macht eine „trockene Revolution" durch, über deren Ausmaß es schwierig ist, sich eine deutliche Vorstellung zu machen. Die Struktur der alten politischen Parteien hat sich geändert und ändert sich weiter; „viele Gebildete, besonders die Akademiker, haben eine entschiedene Schwenkung nach links gemacht", und das Wort des konservativen Lord Salisbury: „wir sind jetzt alle Sozialisten", ist gewiß mehr als eine gedankenlose Bemerkung.

Bei solcher Sachlage nimmt es nicht wunder, daß in den besten englischen Herzen und Hirnen die Bedeutung der Erziehung klarer erkannt und anerkannt wird, und daß die Bildung zu einem viel erörterten Problem geworden ist. Mit Ernst und Eifer wird in vielen englischen Kreisen immer wieder die Neubegründung der gesamten Bildung des Volkes in all seinen Teilen besprochen, seitdem Herbert Fisher in den Jahren 1917 und 1918 für seine Reformpläne im Parlament und im Lande warb. Die Idee der „educated nation" sucht man zur Angelegenheit des ganzen Volkes zu machen.[2]) Man beginnt einzusehen, daß Kulturausgaben produktive Ausgaben sind und begreift, daß „aus der Hilflosigkeit der Unwissenheit jeden zu erlösen, eine Forderung des ewigen Gewissens, aber auch eine elementare politische Klugheit" ist (H. Fisher).

[1]) England after War. A Study by Charles F. S. Masterman, Hodder and Stoughton, London o. J.

[2]) Zu vergleichen wäre: Working out the Fisher Act by B. A. Yeaxlee, Humphrey Milford, London.

Kann man also ganz allgemein ein gesteigertes Interesse an allen Fragen der Erziehung feststellen, so beobachtet man im besonderen eine stärkere Anteilnahme an dem Leben der Schulen, in denen in erfreulicher Weise ein neuer Geist und eine neue Seele wohnen. Wer, wie der Verfasser dieser Zeilen, Gelegenheit hatte, vor 20 Jahren und wieder nach dem Kriege dieselben englischen Schulen zu besuchen, ist erstaunt, zu sehen, wieviel Hoffen und Glaube, wieviel neues Wollen und Können da aufgebrochen sind: wo früher eine dürftige, geistige Kost verabreicht wurde, da ist der Genius der Freude eingezogen, der Lehrer und Schüler zu froher, gemeinsamer Arbeit aufruft und führt!

Aus der Kenntnis vieler erfolgreicher Versuche und lebenskräftiger Ansätze, denen man an den englischen Volksschulen begegnet, sei hier in ein paar andeutenden Worten, unter Benutzung einer von der englischen Regierung herausgegebenen, Tatsachen und Anregungen verarbeitenden, Denkschrift dargelegt, auf welche Imperative sich die Behandlung des gegenwärtigen Unterrichtes in der Muttersprache stützt. Gewiß nicht in allen, sicher aber doch in einer großen Zahl von Stadt- und Landschulen! Dabei kann ich von einem Vergleich mit früheren Verhältnissen absehen.

Niemand bestritt und bestreitet, daß das Englische der Angelpunkt alles Unterrichts sei, „das Lebensprinzip aller schulischen Tätigkeit, die beste Vorbereitung für das Einzelleben und die einzige für das Leben in der Gemeinschaft und damit auch, was an und für sich aber nebensächlich bleibt, für die Lebensstellung.

Das Englische in seiner entwickelten Form. Es bedeutet das nicht, daß der Dialekt zu unterdrücken wäre, in dem ja die schöpferische Phantasie des Kindes oft den weitesten Spielraum hat. Aber man wird doch schon im Kindergarten, der das Abbild eines heiteren und gehobenen Familienlebens sein soll, mit Hilfe der imitativen Methode die Ausdrucksfähigkeit in der Schriftsprache zu pflegen haben.

Man gebe dem Kinde immer wieder Gelegenheit, zu sprechen: dem Kleinkind, sowie dem Buben und Mädel der späteren Jahre. Mit schriftlichen Uebungen wird man sich also zurückhalten; denn es ist doch so, daß wir mehr sprechen als schreiben, und nur auf diesem Wege werden wir dem leblosen, konventionellen Stil aus dem Wege gehen. Man „bremse" daher nicht, wenn das Kind, erfüllt von seinen kleinen Erlebnissen, berichten und plaudern will; man verbiete ihm nicht den Mund und lasse es nicht nur sprechen, „wenn es gefragt wird", betrachte Sprechen und Spiel nicht als Unsinn, der dem „Ernst des Schullebens" zu weichen habe: Das Menschenideal der Puritaner: der „Mensch im dunklen Gewand und mit dem sauren Aussehen" hat in der Schule keine Stätte! — Reichlichen Gebrauch wird man als Lehrer demnach von einer leichten, natürlichen Unterhaltung machen, die sich zwischen dem Lehrer und den Kindern und zwischen den Kindern allein abspielt. Dozieren und bloßes mechanisches Hersagen haben zu verschwinden.

Daß die Ergebnisse im schriftlichen Gebrauch der Sprache in früherer Zeit, und gelegentlich auch heute noch, so gering sind, erklärt sich, betont man, durch einen kurzsichtigen Utilitarismus. Zudem geschah die Behandlung von Aufsätzen in unzulänglicher Weise meist so, daß die Arbeit geschrieben und verbessert zurückgegeben wurde. Eine Methode, Ziel und Anleitung fehlten. Solange sich aber die Tätigkeit des Lehrers auf die Korrektur beschränkt, kann dem Kinde nie klar werden, was denn nun eigentlich von ihm verlangt werde. Die Verbesserung bloßer formaler Fehler, wie sie oft als wesentliche Tätigkeit betrachtet wird, „kritisiert Backsteine, nicht aber die Architektur", und es kommt ihr daher nur eine ganz untergeordnete Bedeutung zu. Kurz gesagt: was nottut gegenüber einer solchen negativen ist die positive Methode. Vorschläge der Kinder für das zu behandelnde Thema greift man freudig auf, Klassendiskussionen, dramatisches Spiel und gegenseitige Kritik der Schüler sind immer und überall zu pflegen. Ein starker Antrieb der schöpferischen Kräfte der Kinder liegt darin, daß man gute Aufsätze in der von der Schule herausgegebenen Zeitschrift veröffentlicht. Auch wird man die Jungen und Mädels freudig und gern Verse machen lassen, wird ja doch durch das Suchen nach dem Reim u. a. nicht unwesentlich der Wortschatz bereichert.

Ist in einem Kollegium ein für das Englische besonders interessierter und begabter Lehrer, so wird man ihm in weitestem Umfang die englischen Stunden übertragen. Mehr und besser als ein anderer wird er aus innerer Ergriffenheit durch gutes Vorlesen die Schönheit eines Kunstwerkes offenbaren und die so wesentliche Vortragskunst in der Klasse pflegen.

Mit Interesse und Verständnis ist man bemüht, seiner Kinderschar die Lektüre guter Bücher zu vermitteln und den Ausbau der Klassen- und Anstaltsbüchereien sorgsam zu überwachen. Denn „liest das Kind erst einmal Bücher, die es wert sind, gelesen zu werden, so braucht man um seine Erziehung nicht mehr besorgt zu sein". Der Glaube daran, daß das junge Menschenwesen Freude am künstlerisch Wertvollen hat, ist allgemein verbreitet und man hat mit Genugtuung durch eine Umfrage festgestellt, daß Vierzehnjährige auf Anregung und mit freudiger Hilfe ihrer Lehrer in großer Zahl Shakespeare, Byron, Kingsley und andere gelesen haben.

Shakespeare in der Volksschule zu lesen und gar aufzuführen, wird nicht als „zu hoch" angesehen — „zu hoch" ist und bleibt Shakespeare ja doch für jeden Sterblichen! Jedenfalls waren die Schulaufführungen Shakespearescher Dramen an vielen Elementarschulen ein Quell reinen Genießens für Eltern und Schüler; besonders beliebt scheint Richard II. zu sein. Ohne „die laufende Arbeit" zu beeinträchtigen, wurde dies Stück an einer Süd-Londoner Schule in 12 Wochen vorbereitet; daß dabei der ganze Bühnenaufbau das Werk der Jungen war, ist selbstverständlich.

Mit Erfolg wird oft auch die Anregung gegeben, die Kinder selbst Anthologien verfassen zu lassen; „es wird sich da zeigen, wieviel Liebe zur Schönheit des Klanges, zum Malerischen, zum Konkreten, zum Phantasievollen, d. h. zur Dichtung" in der Jugend steckt.

Daß bei einer solchen Einstellung die Frage der Behandlung der Grammatik in ein neues Licht gerückt ist, ist verständlich. Es sei hier nur gesagt, daß die Zahl derer sehr gewachsen ist, die der Meinung sind, daß „grammatische Uebungen kaum einen wohltätigen Einfluß auf die Rede oder die schriftlichen Arbeiten der Schüler" ausüben. Auf alle Fälle aber verbannt man die Grammatiken, die geschrieben sind, als wäre das Englische eine tote Sprache.

Daß auch im Englischunterricht durch Verwendung von Werken der Weltliteratur anerkannt wird ‚daß alle wirkliche, menschliche Erziehung übernationalen Charakter trägt, sei zum Schluß noch erwähnt. „Wenn wir eine gebildete Nation werden wollen, sagt Yearlee, so müssen wir als einen Teil aller Bildung das Weltbürgertum je länger je mehr pflegen."

So erkennt man, daß auch in den englischen Volksschulen ein frischer Wind weht; man weiß, daß man nicht stillstehen darf und nicht rückwärts gehen soll. Auch da sind die Geister erwacht, und es ist mehr als früher eine Lust, Lehrer zu sein.

Der Schülerlesekasten im ersten Leseunterricht.

Von Tippenhauer, Belle.

Entwicklung des Kindes und Natur des Unterrichtsgegenstandes sind die Pole unserer Unterrichtsarbeit. Unsere Gegenwartspädagogik zeigt eine starke Verantwortlichkeit gegenüber dem Recht des Kindes auf eine seinem Wesen entsprechende Emporbildung seiner Kräfte. Der Rhythmus dieser verantwortlichen Arbeit ist gezeichnet durch den Begriff Arbeitsschule. Nach mancher Verirrung und Veräußerlichung streben wir nun zur Seele der Arbeitsschule, zu ihrem wahren Sein. Wir mühen uns, die Kinder durch eine ihren Kräften, ihren körperlichen und geistigen Bedürfnissen gemäße Unterrichtsweise zur freudigen Eigentätigkeit, zur persönlichen Selbständigkeit zu führen. Dazu dient die körperliche und geistige Arbeit. Durch innige Verbindung beider muß Lernen Erarbeiten, Erleben, kräfteweckendes Tun werden. Die Verwirklichung des Arbeitsschulgedankens ist in erster Linie eine Frage der Lehrerpersönlichkeit. Der Eignung für seinen Beruf, der Hingabe an die Arbeit bleibt es vorbehalten, den Unterricht auf jene Höhe künstlerischen Schaffens zu bringen, daß möglichst alles, was die Kinder lernen, von ihnen innerlich erlebt und selbsttätig erworben wird.

In diesem Bewußtsein, daß die Lehrerpersönlichkeit stark das Schicksal von Reformen bestimmt, war die Vorbereitung der Fibelreform von der lipp. Lehrerschaft getrieben, in Uebereinstimmung mit der Oberschulbehörde, die von der Ueberzeugung ausging, daß über den Wert der Fibel letzten Endes der Gebrauch entscheidet, den die Lehrerschaft von ihr zu machen versteht. Wenn nun auch all unsere Hoffnungen, die wir hegten, nach der Arbeit im Schb. A. und in den Bez.-Vereinen nicht erfüllt sind, wenn Erscheinungen zu Tage getreten sind, die nicht von innerer Verbundenheit zeugten, soweit man sie eben im Vorbereitungsstadium voraussetzen muß, so wird durch diese menschliche Unzulänglichkeit einzelner das Vertrauen zur Gesamthaltung der lippischen Lehrerschaft nicht erschüttert, das Vertrauen zu jener Haltung, die ich ausdrücken möchte: „Wir wollen, weil wir müssen!"

Also voran im Bewußtsein unserer Verantwortung gegenüber gesundem pädagogischen Fortschritt. Die neue Fibel ist geboren aus dem Glauben an ein Lehrergeschlecht, das mehr tun will und sein will, als ein Hantierer des Lernbuches. Die psychologische Fibel verlangt ein Mehr an eigener Arbeit, denn sie erschöpft nicht den Stoff, sie ist kein Lese*lern*buch, sondern ein erstes Lesebuch, das mehr auf der Stufe der Anwendung steht.

In dieser Arbeit, die vor und neben dem freudigen Genießen der Fibel geleistet werden muß, kommt dem Lesekasten besondere Bedeutung zu.

Er ist kein Neuling mehr. Er war der Freund der ersten Reformer. Unter Opfern und Mühen entstand er in gemeinsamer Arbeit von Lehrern und Schülern. Er lohnte die Hingabe an sein Werden durch viel Freude und Erfolg in der Arbeit an den Kleinen. Nun ist er, dank einer glücklichen Zusammenarbeit von Schule und Lernmittelverleger, über seine Unvollkommenheiten hinweg. Mancher von uns kennt und benutzt ihn schon länger. In viele Schulstuben tritt er mit dem neuen Schuljahr als Neuling ein. Ihm zur Fahrt ein kurzes Geleit zu geben, ist Zweck dieser Zeilen.

Was kann der Lesekasten im ersten Leseunterrichte neben unserer Fibel sein? Der heutige Leseunterricht soll innige Verbindung mit dem Umgebungsunterricht halten. Die Heimat mit all den Plätzen kindlichen Erlebens, sonniger Jugend, soll Stoffe liefern für den ersten Leseunterricht. Hierbei wird der Lesekasten dem Lehrer ein treuer Helfer sein können. Er ermöglicht es, die Umwelt des Kindes, seine innere Welt, sein Erleben in die schwarzen Lettern zu bannen. Und das reizvollste ist, daß der Schüler selber dabei den Zaubermeister spielen kann, der das Leben in die schwarzen Zeichen bannt. Die wenigsten unter uns werden den lebensnahen Leseunterricht zu solcher Höhe erheben können, daß sie die Fibel nicht nötig haben. Es gehören dazu Kraft, Ausdauer und Hingabe begnadeter Schulmeister, sowie Erfüllung technischer Voraussetzungen, die selten sich zu glücklichem Einssein finden.

Die Mehrheit der Werkleute im ersten Leseunterricht wird zufrieden sein mit kleinen Eroberungen in der kindlichen Welt. Die Ausstattung der gangbaren Lesekästen gestattet auch nicht, weit über einzelne lebensvolle Sätzchen in der Legearbeit hinauszugehen. Welche Hilfe kann nun der Lesekasten auf diesem Wege neben der Fibel uns im einzelnen leisten? Folgen wir den einzelnen Stadien des Leselernprozesses. Die ersten Selbstlaute sind behandelt. Ihre Buchstabentäfelchen ruhen im Setzerkasten, in ihrem Häuschen, in ihrem Kämmerchen. Vor Einführung der Mitlaute üben wir die Kleinen im Erkennen der Zeichen für die bereits bekannten Selbstlaute. Im fröhlichen Wetteifer lernen sie durch Legen die Zeichen der Laute voneinander unterscheiden. Nach Einführung des ersten Mitlautes setzt die Verschmelzung der Laute zu einem einheitlichen Lautgebilde ein. Jeder Elementarlehrer weiß, daß hierin das Wesen, die Hauptschwierigkeit des Lesenlernens liegt. Die Uebung verbürgt den Erfolg. Ihr den Charakter der fröhlichen Lernarbeit des Schulanfängers zu sichern, dazu hilft der Lesekasten. Die kleinen schaffensfrohen Händchen holen zu dem auf der Setzleiste harrenden Mitlaut seine Freunde heran. Der Reihe nach kommen sie heran. Die auf der Setzleiste räumlich vereinten Zeichen werden nun mit Hilfe der Vokalisationsmethode von Lange zu einheitlichen Lautgebilden verschmolzen. In weiterem Fortschritte versuchen wir nun auch mit dem Lesekasten Eroberungen aus der Heimat zu machen. Bei dem beschränkten Lautvorrate treten anfangs nur gefühlsbetonte Stichworte auf. Diese aphoristische Darstellung nähert sich auch der Sprechweise der Kinder. Mit der wachsenden Lautzahl wird die Situation ausführlicher dargestellt, bis wir schließlich bei kleinen abgerundeten Ganzen landen. Den Setzübungen kann dann im Wechsel des Gesamtunterrichts die Illustration der Situation folgen mit Malen der gelegten Zeichen, die uns den Schlüssel zu dem Bilde geben. Zu diesen Uebungen, die mehr gefühlsbetont aus dem Umgebungsunterricht herauswachsen, gesellen sich noch solche, die ich mehr als lesetechnische bezeichnen möchte, deren Wert aber für das Lesenlernen, in dem eben das Moment der *Uebung* eine ganz besondere Rolle spielt, nicht zu unterschätzen ist. Sie treten uns in ihren Anfängen schon in der Aufgabe der Verschmelzung entgegen. Ihre Erweiterung kann nun durch Uebungen erfolgen, wo anstatt des Selbstlautes der Mitlaut sich ändert z. B. ma—na—la—sa. Eine weitere gute Erziehung zur bewußten Lautauffassung und Verschmelzung liegt im Vertauschen oder Weglassen einzelner Laute in Silben und Wörtern z. B. Hase—Hose—Schule—Schale; Maus—aus; meine — mein. Das ist „vielendes" Arbeiten, das doch bleibende Werte schafft. Natürlich sind solche Uebungen stets lustbetont zu gestalten. Man belebt die toten Zeichen, läßt sie als Lebewesen wandern z. B.: Es liegt „seine". Ich sage: Der Summer ist müde, geht in sein Kämmerchen. In diesem Zusammenhange verweise ich auf das Kapitel: „Vom rechten Ueben" aus Zimmermanns Licht und Leben im ersten Leseunterricht. Zu den mehr technischen Uebungen rechne ich auch das Uebungsmaterial, was unserm „Fröhlichen Anfang" in seiner Begleitschrift vom Verfasser mitgegeben ist. Diese Uebungen schließen sich dem Inhalte und phonetischen Aufbau der Fibel an. Der An-

fänger folge hier dem erfahrenen Führer. Er bleibt da vor Irrwegen und Mißerfolgen bewahrt. Der erfahrene Praktiker baue sich selbst sein Uebungsmaterial. Niemals verzichte der Lehrer auf diese bewußte unterrichtliche Kleinarbeit, die wohl vorbereitet sein muß, nach Inhalt und phonetischem Aufbau. —

Welcher Wert liegt nun in dieser kurz skizzierten Arbeit?

Im Gebrauch des Lesekastens eröffnet sich ein Weg, auf dem die allmähliche Entfaltung der kindlichen Kräfte aus dem Spiel- und Bewegungstrieb zum sittlichen Arbeitswillen begonnen wird. Wir bleiben hier noch auf den Bahnen vorschulpflichtigen Wachsens in spielender Beschäftigung. Die Handbetätigung kommt dem lebhaften Bewegungsbedürfnis des Kindes entgegen. Die Möglichkeit der lehrkunstgerechten Auswertung des Bewegungstriebes enthebt den Lehrer der Sorge um die geistige Disziplinierung. Ohne Zwang wächst der Lernanfänger in die Schularbeit hinein. Wie schwer wird es oft, bei dem nur Fibel-Lesen die Kinder an stilles Mitlesen zu gewöhnen! Immer wieder werden sie durch ihr lebhaftes Bewegungsbedürfnis abseits geführt. Kein Wunder! Das stille Nachlesen entspricht nicht dem kindlichen Wesen. Der Lesekasten macht aus müßigen Zuhörern liebe Mitarbeiter. Mit der Freude der Selbsttätigkeit erlebt der Anfänger die Freude am eigenen Werk. Die natürliche Freude am Gelingen eigener Arbeit steigert sich zum stolzen Bewußtsein des Könnens. Mit diesem Tätigkeits- und Erfolgsgefühl verbindet sich dann noch die Selbsttätigkeit des Schülers in der Kontrolle und Korrektur. Damit stehen wir in der Arbeitsschule im besten Sinne.

Beim Lesen mit dem Lesekasten werden die Kinder näher an das Grundproblem des Lesens in immer wiederkehrender Uebung herangeführt. Der Leselernprozeß wird mehr in seiner Totalität gepflegt. Bei dem bisherigen Betriebe ist entschieden der Pflege des visuellen Teiles eine überragende Bedeutung beigemessen. Der motorisch-akustischen Teilfunktion ist nicht immer die natürliche Beachtung geschenkt. Nach Meumann ist das Kind absolut an dieses innere Sprechen gebunden. Es ist darum natürlich, von dem Ursprünglich-Gegebenen auszugehen, von der Sprache, die das Kind mit seinen Sprechwerkzeugen hervorbringt und mit seinen Ohren hört. Der Gebrauch des Lesekastens führt uns zu diesen Teilfunktionen. Das Kind, das legen soll, muß dazu kommen, die Laute bewußt zu hören. Es muß sich auch im Interesse eines vernünftigen Gebrauches der Vokalisationsmethode der Bewegungen der Sprachwerkzeuge bewußt werden, und es muß angehalten werden, die Laute recht zu bilden durch rechte Bewegung und Einstellung seiner Sprachwerkzeuge. Lautbewußtsein und Lautbildung sind die beiden grundsätzlichen Forderungen für einen guten Leseunterricht. Als weitere Stufe der Erkenntnis hat sich daran das Auffassen der Lautfolge in einem Worte zu schließen. Die in der Analyse herausgehörten Laute werden nun in ihre Zeichen hingelegt. Die Hand sucht das Klangbild nachzuschaffen. Das wird zwar oft eine Wiederholung der Analyse notwendig machen. Der Zeitverlust wird weit wettgemacht durch tiefere Erfassung des Lesevorganges und durch den Wert selbständiger Arbeit. Erst wenn das Klangbild vom Ohr erfaßt, vom Gedächtnis gehalten wird, kann die Hand sicher folgen. Die motorischen Bewegungen der Hand verschmelzen in der nachfolgenden Synthese mit den übrigen Teilfunktionen. Das Moment des sorgfältigen Nacheinander beim Hinlegen wirkt nach in dem klaren Erfassen der Laute beim Lesen. Hiermit begegnen wir einer Gefahr, die sich oft beim alleinigen Gebrauch der Fibel einstellt in der gedächtnismäßigen Aneignung des Lesestoffes.

Mit dem Gebrauch des L.-K., erfährt der Leseunterricht eine wesentliche Förderung. Die Uebungsstoffe sind dem täglichen Erleben der Schulrekruten und den Sachgruppen zu entnehmen. Das fordern auch die Richtlinien. „Deshalb hat aller Unterricht die Beziehungen zur heimatlichen Umwelt sorgsam zu pflegen.“ Mit dem Gefühl, so die Umwelt in den schwarzen Zeichen selbst erobern zu können, kommt dem Schüler die rechte Lesefreude. Und Freude ist alles! — Des Kindes Freude ist des Lehrers Freude.

Mit dem Gebrauch des Lesekastens kommen wir weiter in der Durchführung der Trennung des Leseunterrichts von dem Schreibunterricht. Wir brauchen nicht mehr das Schreiben zur Einprägung der Lautzeichen. Die Buchstaben festigen sich im Gedächtnis durch den steten Umgang während der Legearbeit und ihrer sinnvollen Ergänzung im Rhythmus des Gesamtunterrichts: Malen der Grundformen der Schreibschrift. Der Leseunterricht erfährt damit nicht wie früher durch das naturgemäß schwierige Erlernen der Schreibschrift unnötige Verlangsamung.

So ist in kurzen Zügen der Wert des Lesekastens dargelegt worden. Erst die praktische Arbeit wird seinen Wert voll zum Bewußtsein bringen.

Nun noch einiges aus der Erfahrung über die Auswahl des Lesekastens. Der Lehrmittelmarkt ist reich an Angeboten. Der Lesekasten-Verlag Vetter, der mit anzuerkennender Sorgfalt den Anregungen aus der Schulpraxis gefolgt ist, verdient unsere Beachtung Der Vettersche Kasten hat einen Klappdeckel, auf dessen Innenseite die Pappklemmen sitzen. Er kann empfohlen werden. Neben dem Vetterschen Lesekasten gibt es noch eine Fülle anderer. Bekannt sind mir noch die Kästen von Beltz und der Hansakasten, Verlag Crüwell-Dortmund. Der Lesekasten von Beltz ist bei uns im Gebrauch. Er zeichnet sich durch besondere Haltbarkeit aus. Besonderen Wert erhält er durch seinen Schiebedeckel, auf dem Pappklemmen für die Buchstaben angebracht sind. Der Verschluß ist einfach und dauerhaft. Den Hansakasten charakterisiert die Einrichtung der „Treppe“, auf der die Buchstaben liegen. Diese Anordnung soll ein leichteres Herausnehmen der Täfelchen gestatten. Die Buchstaben sind weiß mit schwarzem Untergrund. Das erhöht ohne Zweifel die Deutlichkeit und schützt vor Beschmutzung. Erfahrungen habe ich noch nicht damit gesammelt. Die lose Setzleiste und der Verschluß mit Drückknopf, wollen mir nicht gefallen.

Ich empfehle den Kollegen, sich zunächst von den Verlagen einen Lesekasten zur Ansicht senden zu lassen und zwar mit Buchstabentäfelchen gefüllt. Genaue Bezeichnung der Kästen und der Beschriftung der Täfelchen ist unbedingt notwendig. Es empfiehlt sich, die Täfelchen zweiseitig bedruckt zu nehmen und zwar mit den Drucktypen der Fibel: Steinschrift und Offenbach-Schwabacher. Wir haben dann die Möglichkeit, in stetem Vergleich mit der Steinschrift-Drucktype und in ausgedehnter Uebung in die eigentliche Druckschrift einzuführen und fernerhin alle Legearbeit in dieser auszuführen. Bei Bestellung für eine ganze Klasse bestelle man die Kästen leer und die Buchstabensätze gebeutelt, weil die Kästen entsprechend dem Nacheinander in der Behandlung der Laute von den Kindern aufgefüllt werden. Bei Bezug von größeren Mengen ermäßigt sich der Preis Nachbarsystemen sei darum gemeinsamer Bezug empfohlen. Die Kosten könnten von den örtlichen Schulkassen getragen werden.

Der Lesekasten verbleibt in der Schule. Er wird nicht mit nach Hause gegeben. Dadurch erspart sich der Lehrer viel Arbeit. da bei Aufbewahrung in der Schule Verluste von Täfelchen nicht in dem Umfange auftreten. Zum andern sichert man dem Kasten dadurch längere Lebensdauer.

Literatur und Lesekästen:

Eckhardt: Die Grundschule, 1. Band: Beltz
Rißger: Freier Elementarunterricht: Dürr

Eckhardt-Hoffmann: Kindesgemäßer Lese- und Schreibunterricht: Diesterweg
Vogt: Arbeitsgemäßiger Leseunterricht: Zickfeldt
Zimmermann: Licht und Leben im ersten Leseunterricht: Westermann
Lange: Begleitwort für „Leseluft": Dürr
Begleitwort für „Guck in die Welt": Brandstetter.

Die beiden ersten Werke sind gute Schriften zur Einführung in den Anfangsunterricht.

Die andern Schriften behandeln die Praxis des Lese- und Schreibunterrichts und sollten in der Hand jedes Elementarlehrers sein.

Lesekästen:
Vetters Lesekasten Ausgabe A. Nr. 15
Verlag: Vetter, Leipzig-Kiesitzsch.
Beltz Lesekasten Nr. 7 Verlag: Beltz. Langensalza.
Hansa-Lesekasten. Verlag: Crüwell, Dortmund.

Otto Flake:

„Erziehen heißt, bewußt dem Druck aussetzen, den übergeordnete Normen, von der Gesellschaft gewünschte Weltbilder auszuüben vermögen. Voraussetzung ist also die These, daß der Mensch ein taumelndes Geschöpf wird, wenn er sich nicht einem Gebote unterstellt fühlt, und daß er sehr wohl um dieses Bedürfnis weiß. Erhebend mag das nicht sein — der Mensch ist nicht erhebend. Wer gegen die reaktionären Ordnungsgebote kämpft, verliert diesen Kampf, wenn er die Notwendigkeit von Ordnungsgeboten überhaupt leugnet."

(Unsere Zeit.)

Umschau

Der Kongreß 1928 :Die neuzeitliche deutsche Volksschule in Berlin.

Die Einladung zum Kongreß 1928: Die neuzeitliche deutsche Volksschule in Berlin hat überall einen außerordentlich starken Wiederhall gefunden. Zahlreiche Gemeinden haben Vertreter für den Kongreß bereits angemeldet. Auch eine Reihe ausländischer Städte wird auf dem Kongreß vertreten sein. Besonders zahlreich sind die Anmeldungen aus Lehrerkreisen. Wiederholt wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß die Urlaubserteilung Schwierigkeiten machen würde. Deshalb wandte sich die Leitung des Pädagogischen Kongresses an den Herrn Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung mit der Bitte, durch einen Erlaß die Regierungen anzuweisen, den notwendigen Urlaub zur Teilnahme an dem Kongreß zu erteilen. Der Minister hat diesem Wunsche durch das Rundschreiben vom 9. Febr. 1928 entsprochen.

Der Kongreß verspricht, eine der bedeutsamsten Kundgebungen für die Entwicklung des deutschen Volksschulwesens zu werden. Eine recht baldige Anmeldung ist dringend erwünscht, um eine glatte Durchführung des Kongresses zu ermöglichen. Anmeldungen sind zu richten an die Geschäftsstelle des Pädagogischen Kongresses Berlin 1928, Berlin W. 35, Potsdamerstr. 113, Villa 2/II.

Die Beamten- und Lehrerbesoldung in den Ländern.

Der badische Landtag hat die Besoldungsvorlage der Regierung angenommen.

In Thüringen ist die Besoldungsvorlage erschienen. Sie reiht die Volksschullehrer in die Gruppe 4 b (2800—5000 RM.) ein und läßt sie in drei weiteren zweijährigen Stufen bis 5800 RM. aufsteigen. Da der Beginn des Besoldungsdienstalters auf das vollendete 25. Lebensjahr festgesetzt werden soll, wird das Endgehalt mit dem vollendeten 51. Lebensjahre erreicht.

Auch in Württemberg ist die Besoldungsvorlage dem Landtag zugegangen. Für die Lehrerschaft der Volksschule ist neben einer Eingangsgruppe (2800—5000 RM.) eine Beförderungsgruppe (3200—5400 RM.) vorgeschlagen. Die Lehrervereine Württembergs fordern in einer gemeinsamen Kundgebung als Beförderungsgruppe die Besoldungsgruppe 6 (4100—5800 RM.).

Die hessische Regierung hat erklärt, daß sie die Besoldungsvorlage alsbald im Landtag einbringen werde. Noch im Laufe des Monats März soll der Landtag zu einer mehrtägigen Sitzung einberufen werden, um neben anderen Aufgaben auch das Beamtenbesoldungsgesetz zu erledigen.

Bayern wartet noch immer auf die Regierungsvorlage. Ihr Erscheinen war bereits angekündigt, aber der Bayerische Bauernbund, der schon immer zu erkennen gab, daß er einer Regierungsvorlage nur bis zum Gehalt von 7000 RM. zustimmen könne, hat nun in seiner Landtagsfraktion beschlossen, die Regierungsvorlage abzulehnen. Dadurch ist das Zustandekommen der Besoldungsneuregelung in Bayern in Frage gestellt. Der Bayerische Beamtenbund hat in einer großen Protestversammlung in München die sofortige Einreichung und Verabschiedung der Besoldungsvorlage verlangt.

Die Oldenburger Regierung legte abermals ein Gesetz zur Weiterzahlung von Vorschüssen auf die neue Besoldungsregelung vor, da der Landbund durch seine Hetze es unmöglich gemacht hat, in absehbarer Zeit überhaupt zu einer Neuregelung zu kommen.

Herr von Keudell,

der eine Einladung zum völkischen Studententag in Berlin mit einem „Solidaritätstelegramm" beantwortete, hat am 18. Februar, nachdem er wochenlang keine endgültige klare Antwort gegeben hatte, die Einladung zur großen Berliner Tagung der Internationalen Vereinigung der Lehrerverbände abgelehnt. In dem Schreiben des Ministers der deutschnationalen Partei heißt es u. a.:

„So begrüßenswert es ist, wenn auf pädagogischen Tagungen, die der Initiative der Volksschullehrerschaft entspringen, Fragen des Volksschulwesens behandelt und geklärt werden, so vermag die Reichsregierung doch Reichsmittel für solche Fragen nur dann zur Verfügung zu stellen, wenn dabei eine aktive Beteiligung der gesamten Volksschullehrerschaft, soweit sie in Reichsorganisationen zusammengefaßt ist, zum Ausdruck kommt. Da die letztere Voraussetzung bei dem von Ihnen vorgelegten Plane nicht erfüllt ist, bin ich zu meinem Bedauern nicht in der Lage, Ihrer Bitte um Gewährung einer Beihilfe zu den Kosten des Kongresses zu entsprechen. Bei dieser Sachlage bedauere ich auch, der gefälligen Aufforderung, in den Ehrenausschuß einzutreten und einen Vertreter meines Ministeriums in den Geschäftsführenden Ausschuß zu entsenden, nicht entsprechen zu können. Gez. von Keudell."

Nun wird der Internationale Pädagogische Kongreß ohne Minister Keudell und ohne einen Vertreter des Innenministeriums des Deutschen Reiches tagen müssen. Es wird auch so gehen, und sicher wird es nicht das Ansehen des Deutschen Lehrervereins sein, das Schaden leidet. Herr von Keudell aber schreitet weiter von Erfolg zu Erfolg.

Totenklage.

Im „Reichsboten" widmet ein Pastor dem Keudellschen Schulgesetzentwurf folgenden frommen Nekrolog:

„Das Schulgesetz ist tot. Seit jenem Erzbergerschen Elendstage vom Juli 1917, da Deutschland in der berüchtigten Reichstagssitzung sich selbst den Dolch ins Herz stieß, seit dem fluchwürdigen November 1918 ist kein dies ater, kein Unglückstag erschienen wie der 15. Februar 1928.

Wir beklagen Männer wie v. Keudell und D. Mumm, die in unermüdlicher Groß- und Kleinarbeit dafür gewirkt haben, daß Deutschland ein Christliches Volksschulgesetz erhielte. Sie sind unseres Dankes und unserer Verehrung gewiß. Möge Gott der HErr, der ins Verborgene sieht, es Ihnen lohnen! Und er wird es tun, denn kein redliches Streben und kein wirkliches Opfer bleibt segnungslos. Aber wir beklagen viel mehr das deutsche Vaterland."

„Hoffnungslos liegt die Zukunft vor uns, soweit wir mit menschlichem Einmaleins rechnen. Hätte man heute nicht sein Stück Glauben: Gott sitzt im Regimente, so müßte man durch Deutschland und seine Zukunft einen dicken Strich ziehen und dessen gewiß sein, daß das Land Bismarcks alsbald mit Nikaragua, Honduras, Albanien rangiert, nur daß dort noch gewisse nationale Leidenschaften schlummern und je und je entfacht werden können."

„Hoffnungslos, vollkommen hoffungslos liegen die Dinge vor uns. Nur ein Stern leuchtet vor uns:

Was Er sich vorgenommen und was Er haben will.
Das muß doch endlich kommen zu seinem Zweck und Ziel.

Aber wer hat in des Herrn Rat gesessen? Und wer weiß, ob er will? Wer weiß, ob nicht Deutschland nur eine Episode sein sollte?"

Konfessionelle Blüten.

Ob des Lutherfilms, der gewiß eine historische Angelegenheit ist, und den sich anzusehen kein Mensch gezwungen werden kann, sind die Gemüter im ultramontanen Lager heiß entbrannt.

Zu welchen Blüten die konfessionelle Siedehitze, unter der wir dank des brüderlichen Verhältnisses zwischen den Ultramontanen

und den Evangelisch-Orthodoxen (Reichsschulgesetzentwurf!) stehen, treiben kann, zeigt ein Vorfall in Mülhausen, das bei rund 38 000 Einwohnern etwa 2000 Katholiken zählt. Der Film sollte in den Thuringia-Lichtspielen vorgeführt werden, und die Zeitungen hatten bereits Anzeigen und Vorbesprechungen gebracht, als die katholische Geistlichkeit auf den Plan trat. Sie drohten der Thuringia-Brauerei, in deren Besitz sich von den vier Lichtspielhäusern der Stadt die drei größten befinden, die Gastwirte des Eichsfeldes würden, wenn er Film zur Vorführung käme, in Zukunft keine Thuringia-Bier mehr ausschenken!

Die Drohung wirkte prompt! Der Film wurde zurückgezogen!

Dienstentlassung eines Lehrers wegen Mißachtung der verfassungsmäßigen Reichsfarben.

Nach dem „Amtlichen Preußischen Pressedienst" hat der Disziplinarhof folgende Entscheidung gefällt:

„In einem kleinen Ort war eine Reihe von Teilnehmern der am 11. August abgehaltenen Verfassungsfeier nach deren Abschluß noch zu einer Nachfeier im Ratskeller eingekehrt, der gut besucht war. Dort hatte an einem Tisch mit anderen Bürgern der jetzige Angeschuldigte, welcher Lehrer im Orte war, Platz genommen. Als die Ehefrau eines Bürgers, die sich zu Ehren des Tages mit einer Schleife an der Bluse geschmückt hatte, von ihrem Tisch, an dem sie sich mit mehreren Mitgliedern des Reichsbanners niedergelassen hatte, aufstand und an dem Tisch des Angeschuldigten vorbeiging, griff er nach der an ihrer Bluse befindlichen Schleife und rief dabei in lautem, scharfem Tone: „Nehmen Sie die Mistfarben von der Bluse." Es entstand darauf im Gastzimmer eine große Erregung, die dann auch namentlich mit Rücksicht auf seine Stellung als Lehrer in der Presse ihren Ausdruck fand. Der Angeschuldigte wurde wegen Vergehens gegen § 8 Ziffer 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 strafgerichtlich an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von 20 Tagen zu einer Geldstrafe von 200 Mark verurteilt.

Die auf gleichfalls 200 Mark Geldbuße lautende Entscheidung des Disziplinargerichts erster Instanz wurde vom Disziplinarhof in Dienstentlassung abgeändert. Der Angeschuldigte hat sich einer überaus gröblichen Beschimpfung der verfassungsmäßigen Reichsfarben schuldig gemacht. Erheblich erschwerend fällt dabei noch in das Gewicht, daß er diese Schmähung in der Oeffentlichkeit inmitten von Bürgern des Ortes, gerade am Tage der Verfassungsfeier, der vorzugsweise unter dem Zeichen des Bekenntnisses zu den Farben „Schwarz-Rot-Gold" als dem verfassungsmäßig festgelegten Sinnbilde und Hoheitszeichen der gegenwärtigen Reichsform stand, und noch dazu als Lehrer begangen hat, der die Jugend in der Achtung vor den verfassungsmäßigen Einrichtungen erziehen und befestigen soll. Durch sein Verhalten hat er die aus seinem Beamtenverhältnis entspringende Treuepflicht gegen Staat und Reich auf das schwerste verletzt und zugleich sich außer dem Amte der Achtung, des Ansehens und Vertrauens, die sein Beruf als Beamter, zumal als Jugenderzieher, erfordert, in höchstem Maße unwürdig gezeigt."

Aus dem Vereinsleben

Ferienvorträge 1928

am Freitag, 30. 3. und Sonnabend 31. 3.
im Saale des Arminiushotels in Detmold.

Gesamtthema:

Probleme der Geschichte und des Geschichtsunterrichts.

Vorträge:

I. Herr Prof. Dr. W. Goetz-Leipzig: Neuzeitliche geschichtsphilosophische Probleme. (4 Stunden.)

II. Herr K. Trinks-Dresden: Die Bildungsaufgabe des Geschichtsunterrichts. (3 Stunden.)

III. Herr W. Blümchen-Berlebeck: Der Geschichtsunterricht in der Volksschule. (2 Std.)

Stundenverteilung.

Freitag, 30. März:	9½—11	Prof. Goetz;
	11—12½	Trinks;
	3—4	Prof. Goetz;
	4—5	Blümchen.
Sonnabend, 31. März:	9½—11	Trinks;
	11—12½	Prof. Goetz;
	3—4	Blümchen;
	4—5	Aussprache.

Der Eintrittspreis beträgt für alle Vorträge 2,50 RM.

Den Besuchern unserer Vorträge ist durch freundliches Entgegenkommen des Oratorienvereins Gelegenheit gegeben, am Freitag, 30 März der Aufführung der

Matthäus-Passion
von Joh. Seb. Bach

zuzuhören. Die Aufführung ist mit Rücksicht auf die Vorträge des L. L. V. auf diesen Tag gelegt worden. Sie findet in der reformierten Stadtkirche statt und beginnt abends 7½ Uhr. Vorbestellungen sind bis zum 20. März an Herrn Lehrer Linke, Detmold, Rosenstraße 17, zu richten (vormittags auch durch Fernsprecher Amt Detmold 1107 zu erreichen. Preise der Plätze 2,50 und 2 RM. Oeffentliche Generalprobe am Donnerstag, 29. März.

Ferienverlegung.

Unter Kürzung der Pfingstferien kann der 30. und 31. März unterrichtsfrei gehalten werden. Es bedarf nur einer Benachrichtigung der Oberschulbehörde. Nach dem Staatsanzeiger vom 3. März gilt die Bestimmung für alle Schulen des Landes, nicht wie ursprünglich bekanntgegeben, nur für die Volksschulen.

Ergebnis der Wahl des 1. Vorsitzenden im L. L. V.

Detmold	81	43	41	2	—
Schötmar	77	38	38	—	—
Lage	73	44	43	—	1
Lemgo	59	39	39	—	—
Nessenberg	48	48	48	—	—
Horn	46	37	35	1	1
Farmbeck	44	34	34	—	—
Hohenhausen	42	36	33	3	—
Oerlinghausen	36	29	28	1	—
Extertal	25	20	3	—	17
Rischenau	12	11	8	—	3
Summa	543	379	350	7	22

Herr Haase in Jerxen ist demnach zum 1. Vorsitzenden des Lipp. Lehrervereins wiedergewählt.

Detmold, 7. 3. 28.

Der Wahlleiter.
Wesemann.

Erklärung.

Ein Bezirksverein hat mir seine Mißbilligung ausgesprochen, weil ich in der vor. Nr. der Schulzeitung für die Wahl des 1. Vorsitzenden einen Wahlvorschlag bekanntgegeben habe. Er meint, der Wahlausschuß sei zu einer Beratung über diese Wahl überhaupt nicht zusammengetreten.

Dem gegenüber kann ich folgendes feststellen: In seiner Sitzung am 30. 11. 1927, in der auch der betr. Bezirksverein vertreten war, hat der Wahlausschuß, wie der Verhandlungsbericht ausweist, pflichtgemäß über diese Wahl beraten und folgenden Beschluß gefaßt: „Falls Herr Haase, Jerxen, in den Vorstand gewählt wird, soll er vom Ausschuß zum 1. Vorsitzenden vorgeschlagen werden." Nach dem Ergebnis der Vorstandswahl war demnach eine neue Sitzung des Wahlausschusses nicht notwendig, und ich hatte die Pflicht, den Wahlvorschlag bekanntzugeben.

Detmold, 7. 3. 1928.

Der Wahlleiter.
Wesemann.

Bezirksverein Lemgo.

Tagung am 21. 3. 28, nachm. 4 Uhr bei Röding. Tagesordnung: Staat und Kirche (geschichtlich betrachtet), Referent: Dr. Capelle.

Generalversammlung der Bau- und Darlehnsgenossenschaft des L. L. V.

am Freitag, dem 30. März 1928, nachmittags 2 Uhr, im Saale des Evangelischen Vereinshauses in Detmold.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Rechnungsabnahme und Festsetzung der Dividende.
3. Ersatzwahl für die statutengemäß ausscheidenden Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder.
4. Verschiedenes.

Alle Genossen und Interessenten sind ergebenst eingeladen.

Der Vorstand.

Arbeitsgemeinschaft für Jugendwohlfahrt.

In den Osterferien soll eine Sitzung stattfinden, in der das Thema „Amtsvormundschaft und Pflegekinderwesen" behandelt wird. Es ist wünschenswert, daß die Teilnehmer sich vorher folgende gesetzliche Bestimmungen durchsehen: Bürgerliches Gesetzbuch Par. 1773—1921; Reichsjugendwohlfahrtsgesetz Abschnitt IV Par. 32—48 und Abschnitt III Par. 19—31; Lippisches Ausführungsgesetz vom 15. März 1926 (Ges. Slg. Nr. 8) § 8 und Verordnung über den Schutz der Pflegekinder vom 1. Nov. 1927 (Ges. Slg. Nr. 42). Melkies.

Versammlung der lippischen Handarbeitslehrerinnen.

am Sonnabend, 24. März, 4 Uhr nachmittags in Waddenhausen bei Sylbach.

Lehrprobe und Ausstellung (Frau Schlepper), danach gemeinsames Kaffeetrinken im Gasthause.

Alle Handarbeitslehrerinnen werden dazu freundlichst eingeladen. Der Vorstand.

Konzert des lippischen Lehrergesangvereins.

Am 17. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, findet im Rödingschen Saale ein Konzert des Lipp. Lehrer-Gesangvereins statt. Dem Programm liegt der Gedanke zu Grunde: „Liebesleid und Liebesfreud"; es weist mehrere Partien deutscher Liedkunst auf, insbesondere Sätze vom Koll. E. Pilland, Nürnberg. Die Kollegen und ihre Angehörigen sind zum Konzert, dem sich ein gemütliches Beisammensein anschließen soll, herzlichst eingeladen.

Buchbesprechung.

(Hier gelangen nur Bücher zur Besprechung, die der Schriftleitung zugesandt sind.)

Hans Zulliger: „Gelöste Fesseln." Unter dem Titel „Psychoanalyse und Erziehung" habe ich in der Schulzeitung vom 15. Mai 1927 eine Reihe von Büchern kurz besprochen, die für den Erzieher zur Einführung in die verwickelten Theorien der Psychoanalyse geeignet sind. Ich kann heute diese Reihe ergänzen durch Hinweis auf eine wichtige Neuerscheinung: Hans Zulliger, „Gelöste Fesseln" (Arwin Huhle-Verlag, Dresden). Das Werk hat gegenüber den anderen Autoren, die sich um die Beziehungen zwischen Psychoanalyse und Erziehung bemühen, für den in der praktischen Arbeit stehenden Lehrer zunächst den unbestreitbaren Vorzug, daß es nicht in langwierigen theoretischen Erörterungen sich verstrickt, sondern vielmehr unmittelbar in die tägliche Arbeit vor der Klasse führt. Der Verfasser ist selbst Lehrer und unterrichtet an einer Dorfschule in Ittigen bei Bern 14- bis 16jährige Schüler beiderlei Geschlechts, Kinder also, die in der in erziehlicher Hinsicht kritischen Zeit der Pubertät stehen. Das Buch enthält viele Beispiele von Analysen, die der Verfasser an seinen Zöglingen vollzogen hat. Die Analysen sind ausführlich dargestellt und zwar in einer Weise, daß auch der in der psychoanalytischen Terminologie nicht bewanderte Leser sie ohne weiteres versteht. Wenn man die Reihe der Beispiele unbefangen auf sich wirken läßt und nicht sofort an deren theoretischem Hintergrund Anstoß nimmt — Z. ist Schüler Freuds — so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier ein Seelenkenner ersten Ranges pädagogisches Bekenntnis ablegt. Kein Erzieher wird darum dies Büchlein ohne großen Gewinn aus der Hand legen. Ich persönlich bekenne, daß von allen pädagogischen Schriften, die ich bisher las, mir dies die reichste Anregung gegeben hat. — Die Lektüre dieses Buches hat bei mir den Eindruck verstärkt, daß möglicherweise nicht die Medizin, sondern die Pädagogik den größten Nutzen aus der Psychoanalyse ziehen wird. W. S.

Martin Weise: „Paul Oestreich und die Entschiedene Schulreform". Dürr'sche Buchhandlung in Leipzig. 119 S. (Ganzleinen 4,50 RM.)

Weise sowohl als auch Oestreich sind vielen von uns bekannt, sie haben beide vor Jahren in Detmold zu uns gesprochen: Weise in einer Tagung des L. L. V. und Ostreich in einer Versammlung des Bundes entsch. Schulref. Wer beide damals gehört hat, für den wird dies Buch besonders reizvoll sein und einer Empfehlung kaum bedürfen. Es sei aber auch allen anderen Kollegen, besonders den jungen, warm empfohlen. Die „Entsch. Schulref. ist in der Hauptsache ein Werk Oestreichs. Er selbst ist bis heute nicht zu einer Gesamtdarstellung seiner Gedanken und Ideen geschritten; sie finden sich in zahlreichen Schriften und Vorträgen. Einer der Berufensten nach ihm hat hier den Kern herausgeschält und zugleich den inneren Zusammenhang zwischen dem Menschen Oestreich und seinem Werk aufgedeckt. Oestreich gehört zu den umstrittensten Pädagogen der Gegenwart; wer aber in seiner Werktagsfreude nicht ohne Ausblick auf den Weltlauf leben kann, wem es nicht möglich ist, sein Tageswerk ohne Schwung und Glaubenskraft zu tun, wer bange ist, diesen Schwung und diese Glaubenskraft mit wachsender Berufsroutine, fortschreitender Verfachlichung und Ernüchterung zu verlieren: der greife zu diesem Buch von Weise und lasse sich dadurch anregen, sich mit Oestreich selbst und dem Bunde überhaupt auseinanderzusetzen.

Oestreich und Koepner: „Großstadt und Erziehung". Gottfried Martin-Verlag, Berlin-Itzehoe. 166 S. RM. 4.—.

Dieses Buch enthält in der Hauptsache die Vorträge der letzten großen Herbsttagung des Bundes. Schon der Titel zeigt, daß die Entschiedenen Schulreformer den Mut haben, die schwierigsten und dringendsten Probleme unserer Zeit in Angriff zu nehmen. Daß eine restlose Lösung nicht sofort geboten werden kann, braucht kaum gesagt zu werden, und so ist denn auch dieses Buch kein einheitliches geschlossenes Werk, kein Buch der „Fertigen", sondern ein Buch der Sucher und Dränger, und damit eben für den Bund typisch. Die Tagung sollte die Gegebenheit „Großstadt" auf ihre Wesenheit untersuchen, Wege zu ihrer Fortentwicklung weisen und vor allem erörtern, welche Rolle die Erziehung in diesem Neugestaltungsprozeß zu spielen imstande sein würde. Von bekannten Mitarbeitern seien genannt: Dr. Paul Honigsheim, Bruno Schönlank, Dr. Siegfried Bernfeld, Martin Weise, Hermann Harleß, Dr. Ludwig E. Tesar, Schulrat Erich Wenweg, Paul Oestreich. Man könnte meinen, das hier gestellte Problem ginge uns in unseren ländlichen und kleinstädtischen Verhältnissen nichts an, wer aber an Auto, Flugzeug, Fernsprecher, Radio usw. denkt, der erkennt, daß heute die ganze Welt eine einzige Großstadt ist, daß auch in unserer Brust eine Großstadtseele wohnt, und daß deswegen die hier aufgeworfenen Fragen auch für uns wesentlich sind.

Verschiedenes

Neuregelung der allgemeinen Schulpflicht in Lippe.

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1.

Die Schulpflicht beginnt mit dem 1. April eines Jahres für alle Kinder, die bis zum 30. Juni desselben das sechste Lebensjahr vollenden. Kinder, die in der Zeit vom 1. Juli bis zum 30. September sechs Jahre alt werden, können auf Antrag der Erziehungsberechtigten zu Beginn des Schuljahres in die Schule aufgenommen werden, wenn sie die für den Schulbesuch erforderliche körperliche und geistige Reife besitzen.

§ 2.

Die Schulpflicht endet nach Ablauf von 8 Jahren seit der ersten Aufnahme in die Schule.

§ 3.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1928 in Kraft. Entgegengesetzte Bestimmungen werden aufgehoben

Detmold, den . . . . .

Lippisches Landespräsidium

Begründung.

In Preußen ist ein Gesetz über die Schulpflicht (Schulpflichtgesetz vom 15. Dezember 1927) erlassen, das eine andere Regelung als das lippische Gesetz vom 30. März 1925, betreffend Angleichung des Beginns der Schulpflichtigkeit der Kinder an die preußischen Verhältnisse, vorsieht.

Eine Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen für Lippe wird durch das preußische Vorgehen notwendig.

Schulhelferdienst der Hamburger Lehrerstudenten in Lippe.

Die Lippische Oberschulbehörde hat dem Landeslehrerausschuß unter dem 13. Februar 1928 folgendes mitgeteilt:

„Die Hamburger Oberschulbehörde hat uns mitgeteilt, daß auch lipp. Lehrerstudenten zur Prüfung in Hamburg zugelassen werden, wenn die Bedingungen in § 2 der Prüfungsordnung erfüllt sind. Der in Lippe geleistete Schulhelferdienst kann angerechnet werden, wenn er dem in Hamburg geforderten entspricht. Der 1. Schulhelferdienst ist bisher in der Regel zwischen dem 3. und 4. Semester im August und September (5 bis 6 Wochen) abgeleistet worden; er ist durch ein Zeugnis des beteiligten Lehrers und des Leiters der Schule zu bestätigen. Der 2. Schulhelferdienst ist in der Regel im März in der Schule oder beim Jugendamt oder in Schulheimen (4 Wochen) abgeleistet worden. Die Bestätigung ist durch ein Zeugnis der betreffenden Schule nachzuweisen.

Genauere Bestimmungen werden getroffen, wenn noch mehr Erfahrungen gemacht sind. Die erste Prüfung findet im März 1928 statt."

21 000 preußische Junglehrer stellenlos.

Der Preußische Kultusminister Dr. Becker hat dem Landtag eine Uebersicht über die Zahl der stellenlosen Schulamtsbewerber in Preußen, nach dem Stande vom 15. September 1927, zugehen lassen. Darnach zählt man in Preußen insgesamt 110 000 Lehrerstellen. Die Zahl der Bewerber betrug am Stichtage beinahe 36 000. Von diesen sind im öffentlichen Schuldienst auftragsweise oder vertretungsweise 12 000 und als Hilfslehrer beinahe 3 000 tätig. Ohne Beschäftigung im Schuldienst verbleiben fast 21 000 Junglehrer, von denen in einem Berufe 10 500 untergebracht waren.

Gegen den Lesebuchzwang.

In den meisten Schulen bürgert sich wieder das Klassen- oder Stufenlesebuch ein, das mit seiner mehr oder minder geschmacklos oder tendenziös zusammengestellten Häppchenkost an die vitaminfreie Konserven-Ernährung erinnert, das den Lehrer geradezu zur Bequemlichkeit — Erstarrung verführt und dem Entwicklungstempo der Jugend in keiner Weise gerecht wird. Der Bund Entschiedener Schulreformer erhebt lauten Protest gegen diese Wiederkehr eines methodisch längst überwundenen geistigen Erziehungs-Militarismus.

Bei der literarischen Erziehung darf keine vorgesetzte Instanz und keine Konferenzmehrheit die Bewegungsfreiheit des Lehrers oder einer Klasse durch Einführung eines Lesebuches einengen; vielmehr muß jeder Lehrer berechtigt sein, seine Unterrichtsmittel nach seinem pädagogischen Gewissen und entsprechend der produktiven Fähigkeit seiner Schülerschaft auszuwählen. Die bereits vorhandenen literarischen Auswahlsammlungen bieten schon weitgehende Möglichkeit zur Differenzierung der Klassen- und Hauslektüre. Dazu sollen staatliche und städtische Einrichtungen geschaffen werden, um die billige Massenherstellung kindertümlicher Schriften auf Antrag zu sichern. Endlich sind Zeitungen und Zeitschriften heranzuziehen. Keinesfalls darf die kaum begonnene Verlebendigung des Unterrichts durch die obrigkeitliche Anerkennung des Lesebuchzwanges brutal abgetötet werden.
(Aus den Mitteilungen des Bundes entschiedener Schulreformer.)

Endlich die tägliche Turnstunde!

Die Hamburger Oberschulbehörde setzt sich in ihrem Jahresbericht 1926-27 für die Einführung der täglichen Turnstunde ein. „Die tägliche Turnstunde wird das Hauptproblem auf dem Gebiete des Schulturnens für die kommende Zeit sein, und dieses Problem wird der Lösung entgegengebracht werden müssen. ...die tägliche Turnstunde wird kommen, und sie muß kommen, allen Schwierigkeiten zum Trotz."

„Die Lehrerschaft, besonders auch die Fachlehrerschaft der höheren Schule, muß sich nur erst einmal mit dem Gedanken vertraut machen, daß dieses oder jenes Fach eine Stunde abgibt, vielleicht im semesterweisen Wechsel mit einem anderen, dann wird die Frage der stundenplanmäßigen Unterbringung der täglichen Turnstunde nicht mehr Schwierigkeiten machen.

„Es ist eine dringende Forderung für das Bauprogramm der Oberschulbehörde und der Gartenverwaltung, solchen Schulen durch Herstellung der nötigen Räume und Plätze Hilfe zu bringen."

Gute Besoldung — gute Aufsatzthemen.

Im preußischen Volksbildungsministerium sind die Aufsatzthemen an höheren Schulen einer eingehenden Untersuchung unterzogen worden. Nach den Proben, die letztens die Presse veröffentlichte, ist das Ergebnis für die höhere Schule reichlich blamabel. In der Vossischen Zeitung vom 29. 1. gibt das selbst Studienrat Dr. Otto Gmelin, zu.

Dort heißt es: „Was haben die Themen offenbart? Etwas sehr Trostloses, sehr Deprimierendes, etwas sehr Beschämendes: daß in der Philologenschaft noch ein solcher Geist von Stumpfheit, Enge, Kleinbürgerlichkeit, Lebensferne, Niveaulosigkeit, wir wollen nicht sagen „herrscht", aber doch sich breit macht und lebt, wenn man das „Leben" nennen kann. Das also sind die Erzieher, die „Führer" unserer Jugend! In solche Hände geben wir unsere Jungen und Mädchen, eindrucksfähige, lebensuchende junge Seelen! Wir fragen: Was sollen alle Konferenzen und tadelnden Beispiele, alle Beschlüsse und aller gute Wille, wenn der Philologe selber der alte bleibt? Macht man einen Herrn Studienrat dadurch passabel, daß man ihm sagt, solche Themen darfst du nicht bringen? Er wird es sich vielleicht zu Herzen nehmen und nächstens ein anderes Thema wählen ... vom selben Genre! Denn wenn er selber literarisch ist — und wie! Literatur, die meist genau dreißig Jahre zurück ist — wie soll er unliterarische Themen geben? Wenn er selber lebensfern ist, wie soll er lebensnahe Themen finden? Wenn er selber kein Niveau hat, wie sollen es seine Themen haben? —

Ganz anderswo liegt der Quell der Verschrobenheit, der Lächerlichkeit, der Kleinlichkeit: man muß, will man wirklich helfen, den Menschen ändern, den ganzen Kerl, also den ganzen Stand. Denn aus dem Niveau des Standes heraus entsteht das Thema, aus der stickigen, immer noch ein wenig Wedekindschen Atmosphäre der Konferenzzimmer, der Aufsatzthemenbücher, des ganzen Lebens dieses Standes. Aber freilich, davon zu reden scheint „Interessenkampf". Doch wie anders kann man Leben, Tun und Denken eines Standes heben, wie anders, als in erster Linie durch eine Verbesserung seiner Lebensbedingungen einerseits und die Förderungen seiner Leistungen andererseits! Was tut man bei uns, um das Niveau des Lehrers der höheren Schulen zu heben, des Bildners der Jugend, die später einmal führen soll? Antwort: Man vernachlässigt ihn in der Besoldung — es sei, um nur dies zu erwähnen, an die würdelose Behandlung der Studienassessoren in der neuen Besoldungsordnung erinnert! —, man erhöht zudem seine Pflichtstundenzahl: also man drückt sein äußeres Niveau und man senkt seine Leistungsfähigkeit qualitativ, indem man sie quantitativ erhöht! Warum sorgt man nicht, daß er wissenschaftlich arbeiten kann? Warum gibt man ihm nicht jedes Jahr 500 Mk., von denen er nachweisen muß, daß er sie zu wissenschaftlicher Arbeit, für Laboratorien, für Bücher, für Reisen, für Theaterbesuch, für Bildungszwecke im allerweitesten Sinn verwendet hat? Im Gegenteil, man schreibt ihm Wandertage vor, aber von Tagegeldern will man nichts wissen. Man ist sich nicht bewußt, daß er einen großen Teil seines Lebens mit Kindern verbringt, die ihm keine Anregung, keinen Begriff vom Leben geben, sondern Anregung und Leben bei ihm suchen. Aber woher soll er denn geben, wenn er nichts empfängt als Schulbuch-filtrierte, Präparationsbuch-zerkaute, Komentarbuchverwässerte Halb- und Ungelehrsamkeit, Halb- und Unkunst!"

Zweifellos bestehen diese Zusammenhänge zwischen guter Besoldung und guten Aufsatzthemen. Bestehen diese Zusammenhänge aber nur für die Lehrer an den höheren Schulen, für deren bessere Besoldung hier ebenso geschickt wie einseitig plädiert wird? Der Volksschullehrer muß in gleichem Maße Niveau, Bildung besitzen, soll er seine volkserzieherischen Aufgaben erfüllen. Die neue Besoldungsordnung trägt dieser Anforderung sicherlich keine Rechnung.

Pflichtstunden an höheren Schulen.

Der Beamtenausschuß des Preußischen Landtages nahm einen Antrag an, der die Herabsetzung der Pflichtstundenzahl der Lehrer an den höheren Lehranstalten bezweckt und weiter vorsieht, die wahlfreien Lehrfächer in die Gesamtzahl der Pflichtstunden einzubeziehen, Nebenbeschäftigung bei Bibliotheksverwaltung, Beaufsichtigungen bei Spielen anzurechnen, die Klassenfrequenz zu beschränken und die Stundenzahl der Oberschullehrer nach Altersstufen zu ermäßigen.

Frauenliga gegen Prügelstrafe.

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Deutscher Zweig, verbreitet an „Mütter, Väter, Lehrer, Erzieher und Kinderfreunde" folgenden Aufruf:

„Untersuchungen haben ergeben, daß in keinem anderen Lande Kinder soviel geprügelt werden wie in Deutschland, ein Zeichen der Unkultur auf dem Gebiete der Erziehung.

Prügeln, schlagen, jede körperliche Züchtigung ist Vergewaltigung. Sie überliefert den Schwächeren und Wehrlosen der Hand des Stärkeren. Sie erniedrigt anstatt zu erziehen, sie zerbricht anstatt aufzubauen. Prügeln erweckt Angst, Feigheit, Willensschwäche, Verlogenheit, Haß und Rachsucht. Mit Prügeln zieht man Tyrannen und Unterdrücker groß.

Erzieht die Euch anvertrauten Kinder nicht mit dem Stock, sondern mit Vernunft und Liebe. Laßt Eure Ueberarbeitung und Sorgen nicht im ungeduldigen Zorn an den Kindern aus.

Duldet auch nicht, daß Eure Kinder in den Schulen geprügelt werden, denn Lehrer prügeln nur, weil sie nicht erziehen können, solche Lehrer sollten deshalb vom Lehrerberuf ausgeschlossen werden.

Fordert Verbot des Prügelns für alle Schulen des Deutschen Reiches! Entfernung aller Brutalität aus dem öffentlichen Erziehungswesen, dem Eure Kinder unterworfen sind!

Macht nicht geltend, Ihr selber seid als Kinder geprügelt worden. Unsere Eltern wußten es nicht besser. Der Fortschritt der Zeit hat uns bessere Erziehung gelehrt.

Jede körperliche Züchtigung zerschägt das Vertrauen des Kindes, entfremdet es dem Erzieher. Sie schädigt die Gesundheit, indem frühzeitige Erweckung des Geschlechtstriebes, sexuelle Störungen, innere Verletzungen, körperliche nervöse Reizbarkeit als Folgen auftreten können.

Prügeln und Schlagen führen nur zu Scheinerfolgen, der innere Widerstand des Kindes wird durch sie nicht besiegt. Eigensinn und Ungezogenheiten haben ihre körperlichen und seelischen Gründe, die nur der gütige, beobachtende und verstehende Erzieher entdecken und überwinden kann.

Erzieht Eure Kinder mit Kopf und Herz, mit Güte und Geduld durch Gewaltlosigkeit zu gütigen, aufrechten Menschen. Nur sie sind berufen, nach diesem Weltkriege das Zusammenleben der Völker und Volksgenossen untereinander auf politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gebieten neu zu gestalten und eine bessere Zeit heraufzuführen."

Forderungen des Landesfachausschusses für Leibesübungen.

Am 28. Februar hat der Landesfachausschuß für Leibesübungen seine Vollversammlung gehalten. Nach dem Pressebericht hat dabei Koll. Bünte, Lage, über die Umwandlung des Fachausschusses für Leibesübungen in ein „Landesamt für Leibesübungen und Jugendpflege" referiert und dabei ausgeführt, daß der Fachausschuß für Leibesübungen in seiner jetzigen Zusammensetzung keine erfolgreiche Arbeit zu leisten vermöge, da er lediglich in seiner jetzigen Form aus Vertretern der einzelnen Verbände bestehe. Zum Zwecke geeigneter Zusammenarbeit mit den Vertretern der Oeffentlichkeit sei es notwendig, in das zu bildende Amt für Leibesübungen einige Mitglieder des Landtags, je einen Vertreter der Regierung — Fürsorgeabteilung — und der Oberschulbehörde, einen Arzt und einige wenige Vertreter der Verbände zu berufen. Das ganze Gebiet der Leibesübungen und Jugendpflege sei für die Gesundheit unseres Volkes und für die Erziehung des heranwachsenden schulentlassenen Geschlechts so wichtig, daß auf die Dauer die Bearbeitung dieses weiten Gebietes nicht nebenamtlich erfolgen könne. Die etwa hierdurch entstehenden Kosten würden in der Zukunft reichlich Zinsen tragen. Der Fachausschuß wird beauftragt, zum Zwecke seiner Umbildung mit dem Landespräsidium in Verbindung zu treten und dieses seinerseits zu veranlassen, eine entsprechende Sitzung unter Hinzuziehung des Vorstandes des Ausschusses einzuberufen.

In der gleichen Versammlung hat Koll. Pankoke, Bromberg über „Leibesübungen und Schule" referiert und dabei folgende Forderungen aufgestellt:

1. Einrichtung von Kursen zwecks Ausbildung von Lehrern und Lehrerinnen für eine den neuen Anforderungen entsprechende Erteilung des Unterrichts in den Leibesübungen.
2. Einführung eines bestimmten Verteilungsplanes für die einzelnen Jahrgänge der Schulen.
3. Erteilung des Turnunterrichts von Fachlehrern an allen höheren Schulen und in den größeren Schulsystemen der Städte und größeren Dörfer.
4. Beschleunigte Einführung des obligatorischen Turnunterrichts an Berufsschulen, insonderheit in solchen Klassen, in denen Jugendliche unterrichtet werden, der Berufsausübung eine einseitige Beschäftigung des Körpers mit sich bringt (Schneider, Kaufleute, Putzmacherinnen, Schuhmacher usw.)
5. Versuchsweise Einführung der täglichen Turnstunde an einigen lippischen Schulen.
6. Einführung des orthopädischen Turnunterrichts an den größeren Schulsystemen.

Kurse für Musikerzieher.

Die Pflege der Musik gehört seit den ältesten Zeiten zu den geheiligten Traditionen des deutschen Lehrerhauses, eine große Reihe namhafter Musiker ist aus dem Lehrerstande hervorgegangen und ca. 95 Prozent aller deutschen Gesangvereine werden von Lehrern geleitet, auch als ausübende Künstler stehen oft Lehrer an führender Stelle; so steht z. B. ein Doppelquartett des Berliner Lehrergesangvereins, das am 2. April abends in der akustisch so hervorragenden Turnhalle in Lage ein a capella-Konzert geben wird, mit seinen Leistungen an der Spitze aller deutschen Männergesangvereine. Nicht zuletzt haben alle diese Tatsachen dem Lehrerstande seine achtunggebietende Stellung eingetragen. Es dürfte somit, von dem eigenen inneren Gewinn ganz abgesehen, für jeden einigermaßen musikalisch veranlagten Lehrer eine Selbstverständlichkeit sein, sich der Pflege der Musik in Schule und Gemeinde nach Kräften anzunehmen.

Die pädagogischen Forderungen der Gegenwart aber setzen ein gründliches Vertrautsein mit der Musik und ihrer praktischen Behandlung voraus, die nur dem möglich ist, der sich durch ein gründliches Studium der Musik und der praktischen Gestaltung, ihrer Pflege in Schule und Chorvereinigungen Erwachsener über eine mechanische, handwerksmäßige Betätigung hinaushebt. Darum sind die musikalisch interessierten Lehrer, vornehmlich die Chorleiter der Vereine des Deutschen und des Arbeiter-Sängerbundes, der Kirchenchöre und die Organisten zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengetreten. Als erste Aus- und Fortbildungsmöglichkeit sind Kurse eingerichtet, in denen außer den Mitgliedern des Verbandes auch Nichtmitglieder ausgebildet werden. Weil der Unterricht auf breitester Grundlage aufbaut, geben sie auch dem Musikerzieher das notwendige Rüstzeug für seine durch die neuen Richtlinien wesentlich erhöhten Unterrichts- und Erziehungsaufgaben. Außer der Harmonielehre, ihrer praktischen Verwendung im Chor- und Orgelsatz — diesen Teil des Arbeitsprogramms erledigt Herr Studienrat Gröppler, Herford — wird Herr Prof. Weweler anschließend Musikgeschichte und Musikästhetik behandeln; dazu werden endlich praktische Lehrgänge der Schulmusikerziehung geboten werden. Jedem Vorwärtsstrebenden sind damit die besten Möglichkeiten gründlicher Fortbildung gegeben. Für einen zweiten Kursus hat sich schon eine Anzahl Lehrpersonen gemeldet, weitere Anmeldungen nimmt der Kursusleiter, Kollege W. Stolte, Lage, entgegen, möglichst bis zum 24. d. M. Weitere Auskunft über alle einschlägigen Fragen wird ebenfalls von ihm gern gegeben.

Städtetag und mittlere Reife.

Aus den Verhandlungen im Schulausschuß des Deutschen Städtetages verdienen folgende Ausführungen besondere Beachtung:

Von größter Wichtigkeit ist, daß die neugeschaffene „mittlere Reife" diejenige sachgemäße und gerechte Würdigung erfährt, die ihr sehr bedauerlicherweise bisher versagt geblieben ist. In steigendem Maße sind die Wirtschaftskreise und die Behörden dazu übergegangen, die Obersekunda-Reife, ja Primareife zu fordern, ja man sieht vielfach eine mäßige Obersekunda-Reife der bestbezeugten mittleren Reife vor! Es kann nicht genug darauf hingewiesen werden, in welchem Maße die mittlere Reife für das praktische Leben viel besser ist als eine Torsobindung auf der höheren Schule. Es wird anzustreben sein, daß besonders auch der sich anbahnende Volksschuloberbau (die Aufbauklassen) so kräftig entwickelt wird, daß die in ihm erworbene mittlere Reife für das praktische Leben und und für die Laufbahn der mittleren Beamten als voll gleichwertig anerkannt wird.

Schließlich wird die Gleichstellung der mittleren Reife mit der Obersekundareife als Berechtigungsreife für die praktischen Lebensberufe für unerläßlich erklärt.

Fünfjähriges Diätariat für Volksschullehrer in Preußen.

Der erste Entwurf des neuen Volksschullehrerbesoldungsgesetzes sieht auf Veranlassung des preußischen Unterrichtsministers für die preußischen Volksschullehrer künftig ein fünfjähriges Diätariat vor, gegenüber einem siebenjährigen, das heute besteht. Das Finanzministerium erhob gegen diese Verbesserung, mit der die Volksschullehrer nun allen übrigen Beamtengruppen gleichgestellt werden, Einspruch und erreichte, daß in dem dem Staatsrat zugeleiteten Entwurf ein Kompromißvorschlag enthalten war, das sechsjährige Diätariat. Wie wir zuverlässig erfahren, hat das Staatsministerium nunmehr auf Antrag des Unterrichtsministers beschlossen, am fünfjährigen Diätariat für die Lehrer festzuhalten. Doch gilt diese Verbesserung nur für die künftig ins Amt tretenden Lehrer, nicht aber für die bereits im Amt befindlichen, für die die Lehrerorganisationen sie erstreben.

Der „maßgebliche" Pfarrer Traub.

Die Schule soll auch in den kommenden Wahlkampf hineingezerrt werden. Wenigstens will es der Abgeordnete Pfarrer Traub so. In einer von der Deutschnationalen Volkspartei einberufenen Versammlung in Schötmar stellte er für die Reichstagswahl die Parole auf: „Das Schulgesetz ist gefallen — es lebe das Schulgesetz!" Und da die bisherigen Kampfmittel nicht ausgereicht haben, so fuhr er noch schwereres Geschütz auf. Wurde bisher von seiner Seiten den Gegnern des Schulgesetzes vorgeworfen, sie wollten die Schule religionslos machen, so stellte Traub sogar die Behauptung auf, daß in unseren Schulen nichts gelernt würde, die Schüler könnten wohl über alles Mögliche, z. B. die Reichsverfassung, „schwätzen, schwätzen, schwätzen," aber an ein wirkliches „Lernen" würde nicht gedacht. Solange allerdings, so führte er weiter aus, an unseren Schulen sozialistische und kommunistische Lehrer wirkten, wäre eine Besserung nicht zu erwarten.

Von dem Pfarrer Traub hätte man eine solch verleumderische und verlogene Kampfesweise nicht erwartet. Nach dieser Kostprobe können wir uns ja auf allerlei gefaßt machen.

Breßlern-Roth-Karten.

Der große Erfolg der bisherigen drei Jugendrotkreuz-Kartenreihen (zwei aus der Jugendkunstklasse Prof. Cizeks und eine von Albin Egger-Lienz) hat das Jugendrotkreuz veranlaßt, eine vierte Reihe Karten herauszugeben: 10 vierfarbige Tierbilder von Norbertine Breßlern-Roth Preis einer Reihe samt Zustellung 50 ₰. Auf je zehn bezahlte Reihen entfällt eine freie. Bestellungen an das österreichische Jugendrotkreuz, Wien 1, Stubenring 1.

„Das Tonwort"

betitelt sich eine Zeitschrift im Verlage der Meyerschen Hofbuchhandlung, die zwei Verfechter dieses durch Prof. Dr. h. c. Eitz begründeten Unterrichtsverfahrens herausgeben: Prof. Dr. Franz Bennedik und W. Stolte-Lage. Es hat eine Reihe namhafter Gelehrter und Schulmänner ihre Mitarbeit zugesichert, und z. T. schon beachtenswerte Veröffentlichungen haben den Beweis erbracht, daß die Zeitschrift sehr wohl geeignet ist, die schwebenden Fragen der Musikerziehung einer erfreulichen Klärung entgegenzuführen. Das „Tonwort" erscheint viermal im Jahre und kostet 2.— M.

Albrecht-Dürer-Spiel.

„Albrecht Dürers Lehrjahre", ein Festspiel für die reifere Jugend, ist von der Jugendluftverwaltung, Nürnberg 30, Aeußere Bayreuther Straße 103, herausgegeben. Handelnd treten 10 Personen auf, dazu der Sprecher des Vor- und Nachspruchs. Ein Stück des Spieles kostet 0,50 Mk. einschl. der Postgebühren. Bestellung

(Bestellzeichen S. 14) unter Voreinzahlung des Betrages mit Zahlkarte (Postscheckkonto Nürnberg 2051), Bestellung auf Zahlkartenabschnitt.

Albrecht Dürer-Mappe der Jugendlust.

Die Albrecht-Dürer-Mappe der Jugendlust ist nunmehr wieder zu haben. Dieses prächtige Werkchen sollte sich jeder Schüler und jede Schülerin anschaffen; denn es ist wirklich ein Kleinod der Kunst, das 12 der besten und bekanntesten Werke Albrecht Dürers teils im Vierfarbdruck, teils im Einfarbtiefdruck enthält: Karl den Großen, den Hasen, Ritter, Tod und Teufel, das Selbstbildnis Dürers, Hieronymus in der Zelle, Holzschuher, den alten Mann von Antwerpen, die betenden Hände und endlich das Prachtstück: die 4 Apostel.

Fast alle Kreisregierungen haben auf diese Mappe hingewiesen und empfohlen, sie den austretenden Volks- und Fortbildungsschülern zur Erinnerung an die Schulzeit und an den 400. Todestag Albrecht Dürers zu geben.

Ich bitte daher alle Kollegen und Kolleginnen, die Mappe ihren Schülern und Schülerinnen zum Ankauf wärmstens zu empfehlen. Sie kostet nur 1.— RM., ist also wesentlich billiger als 12 Dürerpostkarten. Von 5 Stück ab postgebührenfrei. Außerdem werden auf je volle 10 Stück 1 Freistück gewährt, damit es möglich ist, auch den Aermsten eine Mappe zukommen zu lassen. Damit die Mappe von den Kindern ratenweise gezahlt werden kann, bin ich damit einverstanden, wenn erst nach einem Vierteljahr bezahlt wird. — Jugendlustverwaltung Nürnberg, äußere Bayreuther Straße 103, Postscheckkonto Nürnberg 2051. gez. Meyer II.

Lehrerkonzert.

Das in deutschen Sänger- und Lehrerkreisen rühmlichst bekannte Doppelquartett des Berliner Lehrergesangvereins (9 Herren, 3 erste Tenöre) veranstaltet am 2. April in der Turnhalle in Lage ein a capella-Konzert. Es bedarf für Lehrer ja wohl nur des Hinweises, um alle, die nur eben für den Abend sich freimachen können, zum Besuch des Konzertes anzuregen. Der Eintrittspreis beträgt nur 1 ℳ; daher wird mancher Chorleiter auch gern Sänger ihrer Vereine veranlassen, solch ein Musterkonzert anzuhören, das mehr erzieht als tausendfache Belehrung.

Im Anschluß an das Konzert findet ein Sängerkommers statt, bei dem der Vorsitzende des Berliner Lehrergesangvereins, Koll. Brauner, Gelegenheit nehmen wird, in seiner originellen, alles in den Bann zwingenden Weise zur Sängerschaft zu sprechen. — Am 19. d. Mts. singt das Doppelquartett im Berliner Rundfunk. Dem Programm liegt der Gedanke zu Grunde: Das Wandern ist des Müllers Lust.

Comenius-Bücherei, Leipzig.

Der Jahresbericht der Comenius-Bücherei für 1927 zeigt wiederum ein erfreuliches Bild gesunder Entwicklung. Der Bücherbestand wuchs auf 292 728 Bände an, 7718 Bände wurden neu eingestellt. Nach einer Mitteilung im Börsenblatt des Deutschen Buchhandels ist die Comenius-Bücherei damit die größte pädagogische Fachbücherei der Welt. Der Leihverkehr ist beträchtlich gestiegen: in 8259 Leihfällen wurden 36 884 Bände hinausgegeben, davon blieben nur 7031 Bände in Leipzig. Ein neues Bücherverzeichnis erschließt durch eine übersichtliche Gliederung die Hauptabteilungen der Bücherei: Sitte und Sittlichkeit, Jugendwohlfahrt usw., Heimat und Vaterland, Kunst und Kunstgenuß, Unterrichtslehre. (Mk. 1,25 für Mitglieder der angeschlossenen Verbände). Jede Schulbücherei müßte diesen Band haben! Richard Goldhahn, der bisherige Leiter, schied am 31. Januar d. J. aus dem Amte, sein Nachfolger wurde Kurt Schleif. Ausführliche Angaben über das vergangene Jahr enthält das Fördererbuch Nr. 7, das auf Ansuchen gern zugesandt wird.

Neuerwerbungen der Lippischen Landesbibliothek.

Lessing: Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen. 4. Auflage. Leipzig 1927.
Keyserling: Das Spektrum Europas. Heidelberg 1928.
Fleege-Althoff: Die lipp. Wanderarbeiter. Detmold 1928.

Die landwirtschaftlichen Schulen auch für Landarbeiter?

Am 20. Februar ist von der sozialdemokratischen Fraktion im Landtage ein Antrag eingebracht worden, der sich mit der Landwirtschaftskrise beschäftigt. In dem Antrage wird u. a. gefordert, zur sofortigen Entlastung der Landwirtschaftskammer und zur besseren Schulung der landwirtschaftlichen Arbeiter, letzteren den regelmäßigen Besuch der Landwirtschaftlichen Schulen anstelle der Staatlichen Berufsschulen zu ermöglichen und die entsprechenden Lasten auf den Staat zu übernehmen.

Prof. Felix Schmidt-Quartett
des Berliner Lehrer-Gesangvereins
gibt am **2. April, abends 8 Uhr,** in der
Turnhalle in Lage
einen
Lieder-Abend
Eintrittskarten à Mark 1.— im Vorverkauf in Buchhandlung Heidbrink, Lage. — Fernruf 355

Linderhofe „Sternberg"
Gasthaus und Sommerfrische
Besitzer H. Behmeyer
empfiehlt sich ganz besonders für Schulausflüge

HANNS WINTER
LEMGO
Mittelstraße 74 (gegenüber Hotel Wülker)
Buch- und Lehrmittelhandlung
Geschäftsstelle der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung.
Reisebüro der Hamburg-Amerika-Linie

Alleinvertretung der
Phyawe Göttingen
(Physikalische Werkstätten für Lippe)
Kataloge und Prospekte über Apparate und sonstige Lehrmittel stehen gern zur Verfügung.
Ein grosser Teil von Apparaten kann bei mir angesehen werden.

Ernst Weege - Lemgo

Papierwaren
Schöne Briefpapiere
als Geschenke — — — —
Alle Büroartikel
von der Feder bis zur Karte und zum Geschäftsbuch

Sämtliche Schulartikel:
Lehrmittel, Zeichensachen.

Buchhandlung
Gute Bücher
sind Geschenke von bleibendem Wert. Reiche Auswahl für alle Ansprüche und gute Beratung finden Sie stets bei mir.
Bücher für Schulbüchereien.

Photo-Artikel
Apparate, Platten, Filme und Papiere
erster Firmen.
Zubehörteile, Chemikalien, Stative, Taschen usw.
Projektionsgeräte f. Schule und Heim.

SW
SL

W. Schröter, Lemgo
Inhaber Hermann Dreyer
Erstes Modewarenhaus am Platze
Gegr. 1768 Fernruf 181

Musikhaus Ernst Volland, Lemgo i. L.
Fernspr. No. 2 **Mittelstr. 33**

Flügel Harmoniums Pianos
nur erster Firmen
Stimmungen Reparaturen

Kollegen, denkt an eure gewerkschaftlichen Pflichten und kauft bei den Inserenten der „Lippischen Schulzeitung".

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hagemann, Brake i. L., für Anzeigen: R. Schleef, Lemgo.
Druck und Verlag: F. L. Wagener, Lemgo.

Lippische Schulzeitung

Herausgegeben
vom Vorstande des Lippischen Lehrervereins.

22. Jahrgang. | Lemgo, 15. April 1928. | Nummer 4.

Inhaltsverzeichnis.

Der Bildungsgehalt des Geschichtsunterrichtes. — Nachwort. — Die Lippische Wanderbibliothek. — Besteht eine Verschulung Deutschlands? — Umschau. — Aus dem Vereinsleben. — Buchbesprechung. — Verschiedenes.

Der Bildungsgehalt des Geschichtsunterrichtes.

Von Karl Trinks, Dresden.

Wir veröffentlichen nachstehend die Vorträge des Koll. Trinks, Dresden, im gekürzten Wortlaut.

Die Frage nach dem Bildungswert wird wohl bei keinem Schulfache so oft gestellt und so zögernd und verschieden beantwortet wie beim Geschichtsunterrichte. Das ist zu verstehen. Liegt doch sein Wert für die praktische Gestaltung des Lebens nicht so offen zutage, wie beim Physikunterrichte oder bei einer modernen Sprache, ist doch seine Bedeutung für die formale Schulung des Geistes nicht so ersichtlich wie im Mathematik- oder Lateinunterrichte. Als erschwerendes Moment tritt die enge Verflochtenheit dieses Lehrgegenstandes mit der verworrenen und zwiespältigen kulturpolitischen und geisteswissenschaftlichen Lage der Gegenwart hinzu. Auch im Geschichtsunterrichte sind die überkommenen Formen und Normen in Frage gestellt, die alten Tafeln zerbrochen und neue noch nicht beschrieben. Die geschichtswissenschaftliche Situation ist gekennzeichnet durch eine weitreichende Skepsis, die pädagogische durch Vielgestaltigkeit und Unsicherheit. Die Konfliktstoffe haben sich so gehäuft, daß man verstehen kann, wenn Lehrer die Meinung vertreten, man sollte das heiße Eisen „Geschichtsunterricht" sich erst abkühlen lassen. Man sollte warten, bis ein einheitlich geschlossenes Bildungsideal aufgestellt und der Streit um die Lehrmeinungen und Geschichtsanschauungen verstummt sei. Wer gibt uns aber eine Gewähr dafür, daß das in absehbarer Zeit überhaupt möglich ist, daß der Augenblick der bündigen Fassung eines eindeutig bestimmten Bildungsideals nicht schon wieder die Geburtsstunde gegensätzlichen Denkens ist? Wir können in dieser Verzichtstimmung nicht verharren. Wir können nicht wünschen, daß der zentral geformte Bildungswille des Volkes, der sich die Staatsschule geschaffen hat, die Normung der geschichtlichen Bildungsgüter aus der Hand gibt. Die schulpolitischen Ereignisse der jüngsten Zeit lehren uns, daß politisch und kirchlich gebundene Machtgruppen sich sofort des Geschichtsunterrichtes bemächtigen und ihren Sonderzwecken nutzbar machen würden. Der Staat darf sich des Geschichtsunterrichtes, dieses wichtigen Mittels der staatsbürgerlichen Willensbildung und der Vergesellschaftung des Staatsvolkes, nicht entäußern.

Die großen Schwierigkeiten, mit denen der gegenwärtige Geschichtsunterricht zu kämpfen hat, sind zum ersten aus der Zwiespältigkeit innerhalb der zeitgenössischen Geschichtsphilosophie zu erklären. So streiten miteinander die von dem Altmeister der deutschen Geschichtsschreibung Leopold von Ranke gebildete Meinung, daß es möglich sei, die Dinge so darzustellen, wie sie wirklich gewesen sind, wenn nur der Historiker sein eigenes Selbst ganz auslösche, mit der Ueberzeugung neuerer Geschichtswissenschaftler, daß alle Geschichte Legende (Egon Friedell), ein dramatisches und dichterisches Problem (Oswald Spengler) darstelle. Für den Geschichtslehrer ergibt sich daraus ein Widerstreit der Pflichten. Der auf den älteren Denkern fußende Teil der Geschichtspädagogen fürchtet den Ernst und die Würde des Amtes preiszugeben, wenn er nicht als oberstes Bildungsziel die Aufhellung der geschichtlichen Wahrheit aufstellen würde, während der andere die Unmöglichkeit dieses Unternehmens ausspricht, die Herstellung geschichtlicher Tatsächlichkeit als „unendliche Aufgabe" anerkennt, im übrigen aber den Schwerpunkt des Unterrichtes auf die Willensgestaltung und die Teilnahme an dem staatsbürgerlichen Leben der Gegenwart erstrebt. Die Zweifel an der wissenschaftlichen Gestalt, die für manche zum Zweifel am Bildungswert des Geschichtsunterrichtes überhaupt werden, sind nicht neu. Sie lassen sich zurückführen auf drei Geistesrichtungen, die das Denken des 19. Jahrhunderts geformt haben: zum ersten auf die Kritik des Erkenntnisprozesses, die Kant geübt hat, zum anderen auf die Theorie vom Willen und die geschichtsphilosophische Meinung, die Nietzsche ausgebildet hat. Die Schwierigkeiten wurden noch größer, als die moderne Geschichtswissenschaft aus der Gedankenzeit Nietzsches auch noch den Dekadenzbegriff übernahm, der nun in den großen Untergangswerken unserer Zeit wiederkehrt, im Untergang des Abendlandes von Oswald Spengler und im Untergang der Erde am Geist von Theodor Lessing. Als dritter Ausgangspunkt gegenwärtiger Geschichtsmeinungen darf auch die Aufklärung mit ihrem zweifelnden Sachinteresse und ihrer Fortsetzung im Naturalismus des verflossenen Jahrhunderts nicht fehlen. Einige geflügelte Worte seien als Beleg für die genannten Denkrichtungen zitiert. „Was ihr den Geist der Zeiten heißt, das ist im Grunde der Herren eigner Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln" (Goethe). „Nur soweit Geschichte dem Leben dient, wollen wir ihr dienen" (Nietzsche). Geschichte ist „ein Sack voll Lügen, an die jedermann glaubt" (Napoleon). Selbst wenn wir die Ueberspitzungen dieser Worte abstumpfen, bleibt in ihnen noch eine Welt von Respektlosigkeit, daß der Geschichtslehrer Beweise für die Berechtigung des hier zutage tretenden Zweifels fordert.

Zunächst einige Begriffserklärungen. Schon der Begriff der Geschichte ist im höchsten Maße fragwürdig. Er spottet eigentlich jeder Erklärung. Er wird in etwa zwanzig verschiedenen Bedeutungen verwendet. Drei seien als für unsere Besprechung wichtig herausgehoben. Geschichte nennen wir erstens die überlieferte Geschichtsschreibung, die sich in den in Büchereien aufgespeicherten Werken darstellt; zweitens die geschichtlichen Ueberreste und Urkunden selbst (Schriftwechsel, Protokolle, Säulen mit Inschriften usw.) und drittens die Gegenstände der Geschichtsschreibung, Personen und Ereignisse als „objektives Geschehen in der Zeit". Dieses historische Ding an sich nennen wir das geschichtliche Leben. Wir verstehen darunter das von uns noch nicht erkannte und

darum auch noch nicht durch Bewertung veränderte Ursein. Dieses Lebendige kann nur gelebt werden. In dem Augenblick, wo es bewußt wird, ist es schon in die zweite Sphäre entrückt; das von unserm erkennenden Verstande beeindruckte geschichtliche Leben nennen wir Bewußtseinswirklichkeit oder historische Erfahrung. Wirklichkeit ist hier im ursprünglichen Wortsinne als etwas von uns Gewirktes oder Bewirktes, als ein Werk unseres Verstandes erfaßt. Das dritte Bereich ist erfüllt von den gestaltenden Leitbildern, den Gesichten des Glaubens, den Absichten der Geschichtsschreiber. Wir nennen es das Reich der Idealbilder. Wenn man den Begriff der Objektivität, der Wahrheit in diese Stufenleiter einbauen will, so muß man sich vergegenwärtigen, daß trotz der tiefgehenden Unterschiede zwischen Geschichte und Naturwissenschaft doch Berührungspunkte bestehen, daß historisches Sein und Geschehen letztlich auf biographische Grundformen, auf naturwissenschaftliche Elemente zurückgehen, daß Geschichte nicht nur Wertwissenschaft ist. An die Unterwerfung der gesamten Geschichtswissenschaft unter Begriffe der Morphologie durch Spengler soll dabei noch gar nicht gedacht werden. Die Naturwissenschaften haben aber einen anderen Wahrheitsbegriff als die Wertwissenschaften. Der Fehler des landläufigen Geschichtsdenkens liegt darin, daß man lediglich den naturwissenschaftlichen mechanischen Wahrheitsbegriff verwandte. Das alte Scholastikerwort von der „doppelten Wahrheit" dürfen wir auf unseren Gegenstand abwandeln, der beides ist, Vernunftanschauung und Glaubensschöpfung. Der ideale Fall ist der, daß mechanischer und historisch-ethischer Wahrheitsbegriff zusammenfallen. Diesem Ziele gilt das Streben aller an der Geschichte Tätigen. Von geschichtlicher Wahrheit im ersteren Sinne spricht man, wenn geschichtliches Leben und das von ihm gezeichnete Geschichtsbild deckungsgleich aufeinanderpassen, adäquat sind. Als Wahrheit im zweiten Sinne versteht die neuere Geschichtswissenschaft die „richtmaßgebende Ueberwelt zur Beurteilung und Auswertung, Verwirklichung oder Auferbauung von Wirklichkeiten", also das Reich der Idealbilder. Es gibt also sehr wohl geschichtliche Tatsachen, an denen nicht gezweifelt werden kann. Sie allein darzustellen, ist aber weder das Ziel der Geschichtswissenschaft, noch das des Geschichtsunterrichtes. Nur die Geschichtsforschung hat es mit ihnen ausschließlich zu tun. Für den Pädagogen liegen die Dinge so: Das nüchterne Darstellen lediglich der geschichtlichen Dinglichkeit ist ohne pädagogische Wirkung. Erst die ursächliche Verknüpfung und die Bewertung machen die geschichtlichen Ereignisse bildungshaltig. Wäre Geschichte weiter nichts als das treue Gedächtnis der Menschheit, übte nicht Erinnerung eine verändernde zumeist vergoldende Wirkung aus, so wäre nichts ernüchternder als geschichtliche Betrachtung. Was in der Geschichte „objektiv" im naturalistischen Wahrheitssinne ist, ist für den Unterricht zu verwickelt oder allzumenschlich oder belanglos und damit nur bedingt bildungswertig.. Was bildungshaltig ist, ist nicht „objektiv". Erst die dichterische, künstlerische Gestaltung macht die Geschichte pädagogisch verwendbar, den Geschichtsunterricht kindesgemäß, erst die Kausalverknüpfung macht die Geschichtsüberlieferung belehrend und werthaltig. Wenn die jeweils herrschende Geschichtsmeinung, die vorgenommene Sinndeutung der Vergangenheit als eine wissenschaftlich gerechtfertigte und aus den historischen Tatbeständen sich ergebende hingestellt wurde, so wird der Lehrer das nicht als bewußte Unwahrhaftigkeit, sondern als ein Ueberwiegen der Leitbilder, der ethisch-politischen Wahrheit ansehen und versuchen müssen, seine pädagogische Wahrheit in dieses Gefüge mit einzubauen. Einige Beispiele sollen das Gesagte erläutern. Der faschistische Geschichtsunterricht gruppiert sich um die großen Gewalttäter der italienischen Geschichte. Er beginnt mit den großen Römerkaisern und endet bei Mussolini, der bolschewistische verherrlicht die Revolutionen. Er fängt mit Spartakus an und endet beim roten Zaren Lenin. Der alte Geschichtslehrplan für die Schulen der Stadt Dresden enthält eine Fülle von Monarchen und Generalsnamen. Der neue Beispielplan, der von der Pädagogischen Arbeitsgemeinschaft des Dresdner Lehrervereins bearbeitet ist und eine zeitgemäße Gruppierung des Geschichtsmaterials vorgenommen hat, unterscheidet sich von den genannten Plänen wesentlich durch seine Richtung auf die moderne republikanische Staatsform, auf die sozialen Notwendigkeiten der Gegenwart, auf die dem Jugendalter eigenen Absichten der Um- und Neugestaltung des Lebens. An dem Beispiel der Lehrpläne und Lehrziele des Geschichtsunterrichtes im 19. Jahrhundert kann der Nachweis dafür gebracht werden, daß der Geschichtsunterricht sich in beständiger Abhängigkeit von der geisteswissenschaftlichen Lage und den machtpolitischen Verhältnissen der betreffenden Epoche befand. Während der napoleonischen Zeit (1811) sollte die Geschichte „das Kind durch das Bild vergangener Zeiten frei machen von den Banden der Gegenwart." Noch unter dem Einfluß der deutschen idealistischen Philosophie legte Kohlrausch 1818 folgende Zweckbestimmung für die Geschichte fest: „Darin liegt ihre ursprünglich bildende Kraft, indem sie den Lernenden zum Bewußtsein der Menschheit in sich selbst bringt." Der politische Rückschlag der Metternisch'schen Zeit wirkte auch auf den Geschichtsunterricht ein. Sein Wert bestand nach einer Fassung von 1830 darin, „daß seine (des Schülers) Gesinnung und sein Charakter durch die Teilnahme an dem Guten, Wahren und Schönen in allen Zeitaltern gebildet, sein Glaube an eine von höherer Hand geleitete Entwicklung der Menschheit gestärkt und der Entschluß, auch seine Kraft der Förderung jener höheren Ziele zu widmen, für das ganze Leben fest bestimmt werde". Nach den stürmischen Jahren 1848 und 1849 erfuhr diese Zielsetzung eine Abänderung, es erschien „die Liebe zu König und Vaterland". Die politische Geschichte trat stark in den Vordergrund, das Sicheinfügen in die göttliche Weltordnung, Regierung von oben ohne Beteiligung der Untertanen waren die richtungweisenden Grundsätze dieser Zeit. Eine ähnliche Zielsetzung wies auch noch der preußische Lehrplan von 1882 auf. Das Wort Kulturgeschichte kam darin überhaupt nicht vor. Bismarcks Taten hatten anscheinend das alleinige Recht der politischen Geschichte festgestellt. Darauf folgten die Bemühungen des Staates, die Tätigkeit des Lehrers zu verwenden gegen die „Umsturzideen des Sozialismus". Die Lehrpläne von 1892, die unter kaiserlicher Einflußnahme entstanden, trugen ganz offen die Absicht zur Schau, „das Walten Gottes in den Geschicken der Völker und die Verdienste der Hohenzollern um die Wohlfahrt aller Untertanen vorzugsweise der Geringeren im Volke" zu erweisen. Der Volksstaat wird diesen Zirkel schließen. Er darf um den Preis seines Bestehens auf den Einbau seines Staatswillens in die Volksschule nicht verzichten. Stärker als früher werden die Massenbewegungen, werden die Ideale des 3. und 4. Standes Rücksicht fordern, werden Staatsmänner, Sozialreformer und Parlamentarier eine größere Rolle im Geschichtsunterrichte und in der staatsbürgerlichen Unterweisung spielen als bisher. Für die inhaltliche Gestaltung des Geschichtsunterrichtes sind also neben wissenschaftlichen und pädagogischen Ueberzeugungen vor allem kulturpolitische Kräfte normgebend, Artikel der Reichsverfassung, Schulgesetze und Lehrpläne. Der Geschichtsunterricht beginnt mit Mythen, Legenden und Sagen. Die Legenden, Sagen und mythischen Gestalten haben sehr oft durch wiederholtes Umgestalten die geschichtlichen Grundlagen ins Gegenteil verkehrt. Aber doch geben sie uns etwas, was uns geschichtliche Berichte niemals geben können: sie sagen uns, wie der Zeitgenosse die Dinge sehen wollte, worin für ihn die Größe lag. So wurden sie zu einer geschichtlichen Wahrheit höheren Grades. Die Dichtung gab dem Geschehen erst einen tieferen Gehalt und

damit Eigenleben. Wer geschichtliche Legende und Sage als Trugbilder aus der Schule entfernen will, muß auch Märchen und Dichtung mit verbannen. Schon Herbart sagt: Immer bleibt die Hilfe der Poesie nötig, um die entfernten historischen Objekte näherzurücken. Wir wollen den historischen Gestalten den Zaubermantel der Mythe nicht von den Schultern nehmen. Welche Kraft wohnt in den Traumbildern, die Mythen und Sagen dem Volke bieten. Die Geschichte tritt in der Volksschule fast ausschließlich in der Darstellungsform der Erzählung, der epischen Fabel, der Lebensbeschreibung auf. Selbst kulturgeschichtliche und soziologische Inhalte kehren gern zu diesen dichterischen Formen zurück. Der Kranz von Anekdoten und Legenden, der sich um die historischen Persönlichkeiten geschlungen hat, gliedert sich um so leichter in unseren Unterricht ein, als er sich in hohem Maße durch Kindertümlichkeit auszeichnet. Geschichte bleibt für die Volksschule in der Hauptsache Dichtung, nicht Erdichtung, sondern Verdichtung der Ereignisse und Züge. Geschichte ist der Schauplatz der Größe. Wie dürftig ist die geschichtswissenschaftliche Grundlage des Nibelungenliedes; wie gewaltig, farbig und erschütternd wirkt aber die Dichtung. Die Sage ist das gewaltigste Zeugnis der Vergangenheit. Es ist gleichgültig, ob Tell, Winkelried, Christus, Moses, Lykurg, Shakespeare, Faust persönlich gelebt haben oder nicht. Sie sind geschichtliche Mächte gewesen, selbst wenn nachgewiesen würde, daß sie nicht existierten. Nachdem diese Gestalten sich ausgewirkt haben, wäre der Erweis ihrer Erdichtung belanglos. Ja, es können sogar offenbare Fälschungen zu geschichtlichen Mächten werden, wenn die Fälschung als solche nicht erkannt oder von den davon Betroffenen nicht geglaubt wird. Denn darauf kommt es an. Andererseits würde eine Fälschung das Gegenteil von dem mit ihr Erstrebten erreichen, wenn sie entdeckt, bekannt gemacht und allgemein als Fälschung verachtet würde. Hier liegen ihre Grenzen. Ein Beispiel: Die konstantinische Schenkung, die die weltliche Macht des Papstes begründete, ist eine Fälschung. Ihre Entdeckung durch den Scholastiker Nikolaus Kues war wirkungslos, weil sie die Einzeltat eines Gelehrten ohne öffentliche Wirkung blieb. Ganz anders wurde es, als Laurentius Valla, unterstützt von vielen gleichgesinnten Humanisten einer politisch und kirchlich erregten Generation, dieselbe Entdeckung zugängig machte. Wesentlich ist also der Wille und die Bereitschaft der Zeitgenossen für die Aufnahme oder Zerstörung einer Fälschung oder Mythifizierung. Selbst der wissenschaftliche Nachweis des Gegenteils dessen, was die überwiegende und mit Machtmitteln ausgestattete Mehrheit eines Menschenkreises oder eines Volkes glaubt, wäre wirkungslos. Die große kulturpolitische Breitenlinie des Geschichtsunterrichtes wird geschnitten von einer pädagogischen Tiefenlinie. Der Lehrer nähert sich den vom obersten Erziehungswillen im Staate ausgewählten geschichtlichen Bildungsgütern mit den von der Seelenlehre aufgestellten Erkenntnissen und Grundsätzen. Die moderne Jugendkunde, vertreten vornehmlich von Natorp und Spranger, hat für die Entfaltung des kindlichen Geistes in der Volksschule eine Stufenfolge aufgestellt, denen im Geschichtsunterrichte folgende Reihe entspricht.

Die erste Stufe (Traum- und Märchenzeit, kindliche Einfalt) ist gekennzeichnet durch das völlige Fehlen dessen, was wir Geschichtlichkeit nennen, und durch die unreflektierte Hinnahme von Personen und Taten ohne Motivierung. Es ist die Stufe des Staunens, des reinen Mythus. Als Bildungsaufgaben kann man die Herstellung von einfachen Zeitbeziehungen aus ihrem eigenen Leben und dem verwandter und bekannter Personen betrachten. Kurze geschichtliche Erläuterungen an den Ueberresten aus vergangener Zeit werden notwendig werden. Auch auf der Mittelstufe (Flegelzeit, Heldenzeit) fehlt noch der geschichtliche Zeitbegriff, ebenso das Bedürfnis nach kausaler Verknüpfung von geschichtlichen Daten. Das Hineinversetzen in die vergangene Zeit ist den Kindern nicht eine geschichtliche Haltung, sondern eine interessante Gegenwärtigkeit. Die Kraft des Erinnerns wächst. Den mythischen und halbmythischen Gestaltungen, insbesondere dem körperlichen Heldentum, wendet sich das Interesse dieser Altersstufe zu. Man hat diese Stufe die der freien Tat des Menschen genannt. Die geschichtlichen Gestalten werden schon nach ihrem Verdienst und ihrer Schuld beurteilt. Die dritte Stufe (Tölpelzeit, Pubertät), die das Volksschulalter nur berührt, erhebt Urteil und Verantwortung auf die Höhe geschichtlichen Lebens. Die Tat erscheint als Produkt vieler zusammenhängender Kräfte. Der Jugendliche sieht Wertordnungen miteinander ringen. Der Jugendliche stellt sich selbst in diesen Kampf hinein. Mit dem erwachenden Ichbewußtsein der Kinder auf der Oberstufe wird die eigene Vergangenheit und Zukunft Gegenstand des Nachdenkens. Die Unwiederbringlichkeit der Zeit wird erkannt. Es reift die Fähigkeit im werdenden Menschen, sich in fremde Seelen und Zustände hineinzuversetzen. Die Frage nach dem sinnvollen Zweck geschichtlicher Handlungen wird gestellt. Das Bedürfnis nach zeitlicher Eingliederung wird spürbar, ebenso der Wunsch nach einem Gesamtüberblick. Der Lehrer wird sich hüten, dem jungen sich entwickelnden Geschlecht autoritativ eine Geschichtsmeinung als endgültige Wahrheit aufzuzwingen. Er weiß, daß der junge Mensch dieselben Wandlungen des Geschichtssinnes und der Geschichtsbilder in sich erlebt wie das Volk im großen. Die kindliche Entwicklung bedient sich vieler Betrachtungsweisen, ohne sich schon wie das Alter endgültig auf eine festzulegen. Einen irgendwie abschließenden Standpunkt wird die Volksschule noch nicht einnehmen, sie sieht nur die Richtung, die ihr vom politischen Gesamtwillen der Nation gezeigt ist. Der Lehrer betrachtet die Märchenstufe des Kindes mit ihren mythischen Gestaltungen, das Heldenzeitalter im erstarkenden Knaben, die kritische Betrachtung von Menschen und Handlungen in der Reifezeit, die sentimentale Haltung beim Mädchen als eigenwertige Stadien in der Entwicklung und wird dem Wachsen vorsichtige Helferdienste leisten. Die Gegenwart ist diesem pädagogischen Gesichtspunkt günstig. Was sonst als Notstand empfunden wird, das Fehlen eines einheitlichen kulturpolitischen Himmels, der die Welt überwölbt, kann pädagogisch außerordentlich fruchtbar werden. Es bedeutet eben Bildung nicht nur die Uebernahme der überlieferten Kulturgüter. Eine Schule, die nicht auf eine Gebundenheitskultur, nicht auf einem einheitlichen Kulturgefühl beruht, wird der zweiten auf Selbstgestaltung, auf Anderswollen und Andersein der Jugend gerichteten Ausdehnung des Erziehungsgeschehens eher gerecht. Ein so fundierter Geschichtsunterricht gibt der Jugend eine Vielfalt von Bildern und Symbolen, bietet der kommenden Generation zahlreiche Formen und Inhalte des Menschseins mit der Aufforderung: Wähle aus, eifere nach, bilde neu! Immer ist in Zeiten der Kulturumwälzungen und Krisen, in denen gemeinhin die ältere Generation große Hoffnung auf die Jugend richtet, oder der Lebenswille der Jugend sich selbst gegen das Alte wendet, der Geschichtsunterricht brauchbar und deshalb zeitgemäß, der eine kritische, aktive Haltung der Vergangenheit gegenüber betont. Während der frühere Geschichtsunterricht, der stark antiquarisch, verehrend und bewahrend gerichtet war, ein Zuviel an Bindung enthielt und damit den Konservatwismus pflegte, erzeugt die kritische Geschichte ein Zuwenig an Bindung, neigt zu Relativismus und hat das Bestreben alle übrige Wissenschaft und Wortlehre in den Fluß der zeitlich bedingten Gültigkeit unterzutauchen. Zwischen diesen beiden Extremen schwingt der Geschichtsunterricht, einmal neigt er mehr nach der einen, das andermal nach der anderen Seite. Der Lehrer steht in diesen Gegensätzen mitten drin, er muß einen werterhöhenden Ausgleich zwischen alt und jung, gestern und

heute, zwischen Tradition und Utopie zustandebringen. Er ist zugleich Vertreter der gültigen Formen, des historischen Erbes und der Helfershelfer ihrer Ueberwindung. Er muß der Jugend, die er mit historischen Kräften und Gütern ausgerüstet hat, doch den Aufbruch zu neuen Gestaden erlauben, die er in der Ferne noch nicht einmal gesehen hat. Erwägungen dieser Art bestimmen auch seine Stellung zum Lehrstoff der Geschichte. Während im alten Geschichtsunterricht die Neigung bestand, den Stoff zu überschätzen, ein Uebermaß an Normen und Zahlen einzuprägen, neigt der Geschichtsunterricht der Uebergangszeit, in der die bedingte Gültigkeit der Lehrinhalte offenbar wurde, zu einer Unterschätzung der stofflichen Bildungsgüter. Es ist nicht immer ein Vorzug Geschichte zu haben, Bindungen an starke Traditionen unterworfen zu sein. Gewiß gibt historisches Einzelwissen, wenn es an Heimat und Land gebunden ist, das Erdgefühl der Seßhaftigkeit, Sicherheit und Beständigkeit, Güter, auf die wir nicht verzichten wollen, kann aber auch zu Eigenbrötelei, Kirchturmspolitik, zu Schwerfälligkeit führen. Nehmen wir ein altes Bild, eine Silhouette, einen alten Lederband in die Hand, und wir stehen unter ihren Zauber. Ein efeuumsponnenes Stadttor, ein süddeutsches Städtchen mit seiner Verwunschenheit: wir sind gebannt in schwärmerische Romantik. Das Morsche und Veraltete, der Urväterhausrat erhalten ihre eigene Würde dadurch, daß die verehrende Seele des historisch gestimmten Menschen in diese Dinge übersiedelt und ihnen gehört. Es ist vergnüglich, zuweilen diesen Dingen Träumen nachzuhängen und in der Vergangenheit zu leben. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß (diese Idylle) dieses erträumte Idyll, diese „gute alte Zeit", etwas ist, das wir unserem Andersein verdanken. Dieser Zauber ist Kindheitszauber, diese Zustände zu ersehnen, Widersinn, und doch liegt er nahe. Zurückzuwollen zu patriarchalischen Burgherrschaften, zu Hans Sachs'schen Handwerksgebräuchen heißt das letzte Jahrhundert nicht sehen. Wir haben derbere und anmutlosere Bedürfnisse. Historische Romantik führt leicht zur Unfähigkeit, das nicht Gegebene vorzustellen, geschweige zu gestalten, ist übermäßige Neigung, sich in das geschichtlich Gegebene, Gewesene einzufühlen und einzufügen. Das Uebermaß an Historie greift die plastische Kraft des Lebens an. Jeder Gestalter, jeder Handelnde muß vergessen können. Und doch heißt das nicht: geschichtliches Wissen verneinen. Geschichtskenntnis ist für jeden nötig, der sich in unserer Kultur zurechtfinden, der das gegenwärtige Leben verstehen, der staatsbürgerlich handeln will. Auch der einfachste geschriebene Leitartikel einer Provinzzeitung setzt geschichtliche Begriffe und Vorstellungen voraus, die die Schule übermitteln muß: Kreuzzug, Papst, Absolutismus, Hörigkeit, Bismarcks Reichsgründung, die Steinsche Städteordnung usw. Dazu tritt die Bildungsabsicht für die formalen Kräfte. Die Schulung des Gedächtnisses, das Zurechtfinden in Gesetzen, in amtlichen Bekanntmachungen, in Nachschlagewerken, das Verstehen der Chronologie, von graphischen und numerischen Darstellungen volkswirtschaftlicher und sozialer Bewegungen. Die Anschauung des lebenden Menschen, die Erfahrung am gegenwärtigen Leben reicht nicht aus zur Bildung eines großen Willens, als Ansporn zu heroischer Tat. Es sind stärkere Lebensströme als pädagogische Kraft nötig, als die, welche unser Sein durchfließen. In der Geschichte sind sie da.

Bildungswertig ist der Geschichtsunterricht, wenn er sich in Einklang befindet mit den großen vorwärts drängenden Bewegungen und Idealen der Zeit, wenn er sich in Uebereinstimmung befindet mit den im Kinde vorgefundenen Bereitschaften der Aufnahme und den in dem jungen Geschlechte erwachsenden Strebungen der Lebensgestaltung. Der Wert des Geschichtsunterrichts für die rationalen Fähigkeiten des Schülers ist nicht besonders groß, Logik, Kombinationsgabe, Unterscheidungsvermögen, Wahrhaftigkeit im Sinne des naturalistischen Wahrheitsbegriffes können im Geschichtsunterricht nur wenig gepflegt werden. Der Wert des Geschichtsunterrichtes liegt wesentlich im Irrationalen und in dem Bezirke der Willensbildung. Der Mensch ist mehr als ein Augenblickswesen. Sein Erinnerungsvermögen ist die großartige Ausdehnung seines Bewußtseins über die enge Gemarkung seines irdischen Lebens, seines individuellen Seins hinaus. Er ist ein lebendiges Glied in der großen Kette der historischen Gesellschaft. Sein Denken ist gerichtet durch das Bewußtsein der Toten, seine Gefühlslage von ihnen gestimmt, sein Wille von ihnen gelenkt. Die Verbundenheit soll zur ethischen, religiösen werden und das Verantwortungsbewußtsein des Menschen über das Erdenleben hinaus erheben und verlängern. Spengler sagt: „Vergangenheit und Zukunft sind gleichermaßen Phänomens der Ferne. Man sorgt um beide oder um keins von beiden, um die Toten und die Ungeborenen oder nur um das Glück der Stunde". Verantwortlichkeit ist das Herz der Geschichte, Verantwortungsbildung das Kernstück des Geschichtsunterrichts.

Nachwort.

Von Fritz Copei.

Der Lehrerverein hat in den letzten Jahren für die Ferienveranstaltungen geschlossen Aufgabenkreise gewählt, so auch diesmal mit seiner Vortragsreihe: „Probleme der Geschichte und des Geschichtsunterrichts". Darf man sagen, daß der Plan in der Ausführung geglückt ist, darf man von einer Einheit der Auffassung, noch mehr: von einer Einheit im Resultat sprechen?

Drei Redner sprechen: Götz, Trinks und Blümchen. Drei Lager standen scheinbar ohne wesentliche Berührungen nebeneinander, denkt man ihren Gedankengängen nach, sucht man ihre tiefere Fundierung, so scheinen die Grenzgräben noch breiter und tiefer zu werden.

Zuerst das erkenntniskritische Problem, die Grundlage der Trink'schen Ausführungen. Klug und vorsichtig legte Tr. „mechanische Wahrheiten" und „Legende" als die Pole geschichtlichen Erkennens fest. So steht es in der erkenntnistheoretischen Fundierung nahe an Lessings Gedanken in dessen: „Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen". Alles kommt jetzt darauf an, was unter „Legende" verstanden wird. Das Wort liegt für unser Sprechempfinden noch zu nahe an anderen: „Märchen", für „objektive" Betrachtung: „Lüge, Zwecklüge". Wäre Geschichtsschreibung „Legende" im letzten Sinne, so stände am Ende der Betrachtung die Auflösung jeder historischen Erkenntnis, Verdammung jeglicher Erkenntnis, Negation von Idee und Ideal, Chaos. Theodor Lessing geht diesen Weg, er zieht auch die ethischen und pädagogischen Konsequenzen. („Auf den Menschen kommt es eben nicht an".) — Trinks hielt seine Reserven geschickt zurück. Seine Haltung zur pädagogischen Zielsetzung bewies aber, daß er gewillt ist, durchaus positive Folgerungen aus seinen relativistischen Voraussetzungen zu ziehen: „Der Volksstaat darf um seines Bestandeswillen nicht darauf verzichten, der neuen Generation durch den Geschichtsunterricht *sein* Gepräge zu geben".

Das „daß" dieser Forderung ist nicht zu diskutieren, wohl aber das „Wie?" des Weges. — Fraglich wird jetzt, ob wir von solchen relativierenden Voraussetzungen aus noch die Kraft pädogischer Beeinflussung wahren können. Die Formel vom „Legendencharakter" aller Geschichte ist die schärfste Waffe einer kritischen Geschichtsbetrachtung. Vielleicht tut uns solche Betrachtungsweise im Augenblick not, wie denn Nietzsche auch ihr ebenso wie der monumentalischen und antiquarischen Betrachtung Bedeutung für das Leben zuschreibt. Aber wir müssen uns hüten, daß die

Waffe in der Hand nicht uns selbst verwundet. Die Einsicht in die Relativität aller Erkenntnis führt zuletzt in Resignation oder Dogmatismus. Eins wie das andere wird Tr. vermeiden wollen. Es käme deshalb darauf an, noch schärfer zu umreißen, was mit jenem „legenderen Charakter" gemeint ist, ob er etwa als Ausdruck der Wünsche eines politischen Herrschaftssystems oder tiefer, etwa im Sinne der Nietzsche-Biographie Bertrams als weltanschauliche Perspektive der Generationen aufzufassen ist. Gewiß wird auch dann der Begriff der geschichtlichen Objektivität von der Objektivität des Naturwissenschaftlers zu trennen sein. Die philosophische Forschung der Gegenwart wendet sich vorzugsweise gerade diesen Fragen der historischen Urteilsbildung zu. Man braucht nur etwa an die Arbeiten von Rickert, Windelband und Heinrich Maier zu erinnern, weiter an die Untersuchungen, die sich der Wirklichkeit des Historischen als einem „Wirkenden" zuwenden: Rothenbücher, Krohner, Bauch, Benedetto Croce; Arbeiten, die zum Teil im Zeichen einer Fichte- und Hegelrenaissance stehen. Was man auch von ihren Resultaten halten mag, das Wertproblem kann nicht umgangen werden.

Damit stoßen wir auf Fragen, die auch nach den Ausführungen von Prof. Götz sich aufdrängten. Ernst Troeltsch hat in seiner Schrift: „Der Historismus und seine Probleme" die Gefahren aufgewiesen, die für die Sicherheit einer Werthaltung aus dem „Alles verstehen" entspringen. Zur Relativierung der Erkenntnishaltung gesellt sich hier die Relativierung und Erschütterung der Werthaltung. Der Berichterstatter der Landeszeitung wies in seiner Besprechung der Goetzschen Darlegungen über den Sinn der Geschichte mit Recht darauf hin, daß man nicht einfach analog dem Simmelschen Satze, daß der Sinn des Lebens das Leben selbst sei, den Sinn der Geschichte in der Geschichte selbst sehen könne. Auch für Simmel sei Leben nicht nur Leben, sondern zugleich Mehr-Leben und Mehr-als-Leben. So taucht auch hier unabweisbar das Wertproblem von neuem auf.

In alledem rühren wir an die Fragen, um deren Lösung die lebendige Gegenwart ringt. Erst von dieser Basis aus wäre ein Urteil zu fällen über historische Urteilsbildung und Historie selbst, über pädagogische Zielsetzung und praktische Handhabung. Wo immer man im Lauf der beiden Tage Fragen des Geschichtsunterrichts in positiver oder kritischer Haltung behandelte, stießen wir auf überkommene oder eigene Werthaltung zu den Fragen der Gegenwart. Nicht jeder wird diese Satzungen akzeptieren. Der Hauptwert der historischen wie der philosophisch-systematischen und der pädagogischen Erörterungen lag, so scheint mir, für unsern Aufgabenkreis darin, daß wir immer wieder auf jene Tiefenschichten der Wertentscheidung gewiesen wurden. Insofern darf man getrost von einem einheitlichen Ergebnis der so mannigfach verschiedenen Betrachtungen reden. — Die Fragen der historischen Urteilsbildung, die „Wertverwirklichung", damit auch die Fragen der pädagogischen Zielsetzung werden auf einem anderen als auf dem Felde der Schule entschieden. Erzieher und Schule werden aber ihrer Erziehungsaufgabe nur dann gerecht werden, wenn sie sich nicht vorzeitig irgendwie dogmatisch abschließen, sondern in Selbstbesinnung und Arbeit teilhaben an den entscheidenden geistigen Auseinandersetzungen der Gegenwart.

Die Lippische Wanderbibliothek.

Von Dr. B. Schladebach, Detmold.

Es dürfte allgemein bekannt sein, daß es seit dem Jahre 1912 eine Wanderbibliothek für das Land Lippe gibt. Im Anschluß an die Lippische Landesbibliothek in Detmold ist damals eine Bücher- und Verwaltungszentrale geschaffen worden, die auf Wunsch den Ortschaften Büchersendungen zuschickt, Unterhaltungsschriften, Jugendschriften und auch einzelne belehrende Bücher, und die sie dann auf Wunsch gegen eine andere Bücherreihe eintauscht. Derjenige, der für den Ort die Büchereiarbeit übernehmen will, braucht sich nur rechtzeitig im Frühjahr an die Lippische Wanderbibliothek in Detmold zu wenden, ob er eine kleine Büchersendung zu 75 Bänden für eine Leihgebühr von 11,25 Reichsmark, oder eine größere Büchersendung zu 120 Bänden für eine Leihgebühr von 18 RM. haben will. Die Hälfte der gezahlten Leihgebühr, die in Lippe durchweg die Schulkasse entrichtet, kann der Verwalter von der zuständigen Amtsgemeinde zurückfordern, die sich zur Beitragshilfe verpflichtet hat, da eine Wanderbücherei Gemeindesache ist und nicht bloß als eine Schulbibliothek den Schulkindern zugute kommen soll, sondern mehr noch den schulentlassenen Jugendlichen und Erwachsenen der betreffenden Ortschaft. Bücherwünsche der Besteller werden weitgehend berücksichtigt. Im Herbst werden die während der Sommermonate neu hergerichteten Bücher an die einzelnen Ortschaften, soweit sie die Leihgebühr eingezahlt haben, von der Zentrale aus verschickt.

Das ist eine einfache und näher besehen eine sehr erfreuliche Sache, denn geht man an den Bücherreihen in der Zentrale entlang, findet man dort schöne, verlockende Bücher. Da stehen die verschiedensten Bauernromane, die nicht „dick" genug sein können und sehr viel vom ländlichen Leser verlangt werden. Das ist kein Wunder. Denn hier findet er in Lebensverhältnissen, die ihm vertraut sind und seinem Sinn für das Konkrete entsprechen, je nach dem schlichtmenschliche Vorgänge und Konflikte, oder über das Einzelmenschliche hinausgreifende geschichtliche und soziale Geschehnisse. Abenteuerbücher stehen bereit für die, die nach wechselvollen, aufregenden Kämpfen mit Natur und Menschen in fernen Welten suchen. Sie sind meist bunt oder schwarz-weiß gebildert, ebenso wie die neu eingestellten Reisebeschreibungen, und machen damit das Geschilderte doppelt lebendig. Natürlich fehlen die Bilder in den meisten Jugendschriften nicht. Da gibt es dicke Märchenbücher, Jungens- und Mädchengeschichten, Tierbücher, große Bilderbücher. Zwischen den langen Reihen der Romane und Erzählungen, neben den vielen Bänden Reisebeschreibungen stehen dann noch Lebensbeschreibungen schlichter und berühmt gewordener Menschen, Plauderreien über Dinge in der Natur und Technik und Schilderungen wichtiger geschichtlicher Geschehnisse.

Das alles wird gegen geringes Entgelt angeboten, und man sollte meinen, jede Ortschaft in Lippe müßte sich herzudrängen, um auch einen Teil von den vielerlei schönen Sachen zu bekommen. Leider ist das nicht so. Im ersten Betriebsjahre versorgte die Lippische Wanderbibliothek 22 Orte mit Büchern, im dritten schon 70 Dörfer. Der Krieg störte den Fortgang einschneidend. Seitdem ist die Zahl der Wanderstellen wechselnd, wobei die Inflationsjahre sehr hemmend wirkten. Jetzt ist der zuverlässige Stamm von 60 Wanderstellen auf 49 Stellen zurückgegangen.

Ich will hier nicht sorgfältig alle Ursachen suchen, die zu dem Rückgang der Wanderbibliotheksbenutzung geführt haben könnten. Das lenkt von dem Zweck des heutigen Aufsatzes ab. Auf die Gefahr hin, ungerecht, womöglich voreingenommen zu erscheinen, will ich nur die eine Ursache vornehmen: die vielfach mangelnde Mitarbeit der Lehrer. Gegen sie muß immer und immer wieder von der Zentrale her angegangen werden. Es ist ausgeschlossen, daß die Hauptarbeit überwiegend auf der Seite der Wanderbibliothekszentrale liegt. Denn es handelt sich um eine Einrichtung, die nur Erfolg haben kann, wenn sie auf gemeinsamer Arbeit der Zentrale und der Wanderstellenverwalter aufgebaut ist.

. Die Tatsache der ungenügenden Mitarbeit möchte ich im Einzelnen hier nicht erörtern. Es liegt mir mehr daran, eindringlich auf die Grundbedingungen hinzuweisen, die erfüllt werden müssen, wenn überhaupt der Anfang zu einer fruchtbaren Büchereiarbeit gemacht werden soll. Zunächst ist ein Mindestmaß an pünktlicher und sorgfältiger Verwaltungsarbeit für einen reibungslosen und übersichtlichen Ablauf des Gesamtbetriebes der Lippischen Wanderbibliothek notwendig und muß deshalb geleistet werden. Der Vergleich mit anderen Bibliotheken zeigt, daß ein Mindestmaß gefordert wird. Ohne Zeit und Mühe geht es natürlich trotzdem nicht ab.

So verlangt die zweite Grundbedingung mehr Zeit und Mühe als die erste, aber es handelt sich hier ja auch nicht nur um exakte Verwaltungsarbeit, sondern um geistige, pädagodische Arbeit, die dem selbst geistig-seelischen Gewinn bringt, der sie leistet.

Der gegebene Büchereiverwalter ist der Lehrer, soweit er nicht nur „Beamter mit Lehrauftrag", sondern wirklicher Erzieher und Volksbildner auch außerhalb der Schule ist. Nicht der ist geeignet, der mit dem unerfreulichen Hochmut des „Gebildeten" die Romane und Erzählungen, die nicht alle der Oberschicht des dichterischen Schrifttums angehören, in Bausch und Bogen verächtlich als Kitsch abtut. Aber auch der nicht, der sich unbeschwert vom pädagogischen Gewissen ohne weiteres dem Massengeschmack der Leser anpaßt. Der richtige Büchereipädagoge ist der, der selbst Freude an den Büchern hat und der nun auch die anderen dahin führen möchte, sich seelische und geistige Kräfte aus den Büchern zu holen, bei der Wahl der Bücher aber jedesmal die Auffassungs- und Entwicklungsmöglichkeiten des Lesers beachtet. Das ist eine Aufgabe, die er nicht halb nebenher mit abtun kann, sondern die unablässig Zeit und Mühe und die rechte freudige Kraft fordert. Denn ohne Kampf gegen Schwerfälligkeit und Gleichgültigkeit und ohne gründliche Enttäuschung geht es bei außerschulmäßiger Bildungsarbeit nicht ab.

Ich weiß nun, daß der Lehrer auf dem Lande mit freiwilligen Arbeiten neben seinem Beruf überlastet ist. Es soll auch versucht werden, daß seine Büchereiarbeit als gleichwertig der Schularbeit zugeordnet wird. Aber auf die gestellten Forderungen kann nicht verzichtet werden. Es muß intensive, vertiefende Arbeit geleistet werden. Das allem bedeutet bei Bildungsarbeit, um die es hier geht, Vorwärtskommen.

Der Zweck des Aufsatzes ist, neue rechteMitarbeiter zu werben, die an die pädagogische Aufgabe herangehen wollen, das Volk für die geistigen und seelischen Werte des deutschen Schrifttums empfänglich zu machen und damit Verstand und Herz in ihm zu wecken und zu weiten.

Besteht eine Verschulung Deutschlands?

Von W. Blümchen, Berlebeck.

Im Februar-Heft der von A. Fischer, Th. Litt, H. Nohl und E. Spranger herausgegebenen Monatsschrift „Die Erziehung" erhebt der bekannte Pädagoge Prof. Dr. Spranger beachtliche Vorwürfe gegen das deutsche Schulwesen in einem längeren Aufsatze: „Die Verschulung Deutschlands". Unter Verzicht auf eigene Stellungnahme, auf unangebrachte Polemik oder gar auf den Versuch einer Widerlegung möchte ich in die Gedankengänge Sprangers kurz einführen.

Spranger stellt einleitend den hohen Ruhm des deutschen Schulwesens in der Welt seit dem vorigen Jahrhundert fest, hebt hervor, daß ein sorgfältig ausgebildeter Lehrerstand zum Träger einer Bildungsarbeit geworden sei, so daß unser Volk „weithin in der Welt den Ruf einer Nation genieße, die im Hinblick auf allgemein-menschliche Kultur und auf allgemeinen wissenschaftlichen Geist an der Spitze marschiert." Aber die Ueberbewertung der schulischen Ausbildung habe zu einer Ueberentwicklung und Ueberspannung, eben zur „Verschulung" geführt. Die Schule stehe *vor* dem Leben, dürfe nicht *über* das Leben herrschen. Die Fachschule allein trete mit Recht ergänzend *neben* das Leben, indem sie Fachkönnen und Fachkenntnisse erstrebe auf den besonderen Arbeitsgebieten unserer verwickelten und hochgegliederten Kultur. Es dürften in einem Volke nicht ebenso viele Leute vorhanden sein, die zu leben lehren, als solche, die unmittelbar zu leben und zu schaffen begehren. Man täusche sich im Glauben, daß „man den ganzen Gang des Daseins in der Schule bildend vorwegnehmen könnte und daß in diesem Dasein nichts anderes mehr vorkäme als eine Reihe von Anwendungsfällen für Schulfälle die samt und sonders vorbereitet sind." Die Fragen, ob Deutschland sich auf diesem gefährlichen Wege befinde und ob dieser Weg wirklich gefährlich sei, bejaht Spranger mit Entschiedenheit.

Zunächst hebt Sp. hervor, daß der Weg unserer höheren Schule zu lang sei. Das Abitur nach 13jähriger Schulzeit sei nicht der Abschluß der Ausbildung, sondern Voraussetzung und Pforte für die eigentliche Berufsausbildung. Für die augenblicklich geführte Diskussion, ob *ein* 9. (und gar ein 10.) Pflichtschuljahr der Volksschule einzuführen oder die Berufsschule auszubauen sei, mag Sprangers Urteil von Wert sein, daß „bei günstigerer Wirtschaftslage die allgemeine Volksschule um 1 bis 2 Jahre ausgedehnt werden sollte, wobei dann freilich die Ueberleitung in den Beruf schon allmählich erfolgen müßte, so daß ein Teil der Aufgaben, die heute die Berufsschule mit einer sehr geringen Stundenzahl erfüllt, besonnen in die letzten Jahre der Volksschule eingegliedert *oder* die ersten Jahre der Pflichtberufsschule ganztägig ausgebaut werden müßten."

Sodann sei die wirtschaftliche Seite zu beachten. Schulausbildung kostet Geld. Entweder belaste die übersteigerte Schulbildung die Eltern zu stark oder den Staat, schmälere also die produktiven Kräfte des Volkes. Es sei nur ein schwacher Trost, daß die staatlichen, kommunalen und privaten Bildungseinrichtungen indirekt produktiv wirkten. Kinderreiche Familien, die gemeinhin die gesundesten seien, würden aus wirtschaftlichem Zwange heraus möglichst kurze Bildungswege wählen und so benachteiligt werden gegenüber denjenigen mit geringer Kinderzahl. Besonders bedenklich beurteilt Prof. Spranger die Entwicklung des Mädchenschulwesens. Durchweg ziele man auf neunstufige Anstalten mit dem Abitur als Abschluß; jedoch sei dies nicht das Ende der Schulzeit, sondern trage die Nötigung zum Hochschulstudium in sich. Kein Volk bringe aber genügend Begabungen auf für so allgemein gewordenes Studium auf der Hochschule. „So tritt neben die Verschulung als nächster folgerichtiger Schritt die allgemeine Ver*hoch*schulung."

Die dritte und schlimmste Gefahr unserer Verschulung sieht Spranger darin, daß wir alle Ausbildung und Erziehung von der Schule erwarten, von den staatlich beaufsichtigten und mit zahlreichen Berechtigungen versehenen Anstalten aller Art, statt der Familie, der Meisterlehre, dem Leben und nicht zuletzt — dem Einzelnen selber Aufgaben zu überlassen. Es sei für die Familie bequem, aber von verhängnisvollster Auswirkung für die Allgemeinheit, sich zu beschränken auf Hergabe der Mittel, der Schule aber zu überlassen, ihre „Zöglinge" zur Geselligkeit, ins Theater, auf den Sportplatz und die Wanderfahrt zu führen. „Das Feinste und Entscheidende der Erziehung *kann* die Schule gar nicht leisten. Aber die geheimeren Kräfte des Gemütes, die ganz persönlichen Bindungen, die den sittlichen Takt der Seele stärken und so etwas wie ein eigenstes Reich des fühlenden Herzens im Menschen gründen, die müssen in den Kinderjahren tief und voll gewirkt haben, wenn der Weg durch die Pubertätsjahre ohne Haltlosigkeit gelingen soll." Unter deutlicher Anspielung auf jüngste Ereignisse in der Großstadtjugend spricht der erfahrene Psychologe deutlich aus, „daß die Erziehung durch die Schule allein nicht genügt und nicht genügen kann." „Pestalozzi hat das gewußt. Man feiert ihn; aber man folgert daraus nicht, von ihm zu lernen."

Die Meisterlehre schätzt Spranger wegen ihrer erziehenden Wirkung, da der Meister, der Reife und Könnende, den Werdenden und Emporstrebenden in persönlichster Berührung ausbilden und „bilden" könne. Die Berufsschule könne wohl unterrichten, berufs*klug* machen, könne theoretische Vertiefung geben, — „erziehen kann sie wenig."

Auch die deutsche Universität, „die durch die große Zahl ihrer Hörer längst um ihren alten Sinn und ihre Tiefenwirkung gekommen ist", bedarf des persönlichsten Verhältnisses zwischen dem Meister, (dem Führer und Gelehrten) und dem Lernenden und Strebenden.

Die fortschreitende Verschulung führe vor allem zu maßloser Theoretisierung, die immer Lebensform sei. „Scholastik" ersticke die Schöpferkraft und freie Erfindungsgabe junger Menschen. Das Wissen werde zum „Tyrannen über die Forderungen des Lebens und des Könnens". Wie man nur im tiefen Wasser und durch Einsatz aller Kräfte schwimmen lernen könne, noch dazu ohne Theorie und strenge Regeln, so vermöge mancher ohne allzu viel Wissen das Leben zu meistern. Indes läßt Spranger nicht die Meinung

aufkommen, daß die Schule, insbesondere die Berufsschule, überflüssig sei. Er wünscht nur deutliche Herausstellung des praktischen Berufszweckes im Gegensatz zu den „verschämten" Fachschulen, die Ziel und Zweck mit einem weltanschaulichen Mäntelchen schamhaft umkleiden. Das wirkliche Leben müsse seine bildende Kraft erweisen; darum sei beherzt einmal — und nicht zu spät — die Arbeit der Schule abzuschließen, damit der junge Mensch nun mit der wirklichen Berufsaufgabe, „dieser stählensten sittlichen Realität", ringe. Spranger vergleicht unsere Zeit der Ueberschulung mit der Zeit um 1500, in der man allgemein über „Vermönchung" geklagt habe. Mich hat innerlich bewegt das warnende Wort: „Wie die Schule (heute!) vor der Gefahr der Scholastik, so steht die Lehrerschaft vor der Gefahr eines Lehrklerus". In Deutschland werde viel zu viel von Pädagogik geredet und geschrieben. „Könnten wir als Staat und Volk durch pädagogische Reden und Kongresse gerettet werden, wir müßten längst herrlich dastehen. — Wir möchten gern durch Erziehung eine neue Weltepoche heraufführen."

Heute erwarte jeder, durch besondere Kurse, durch spezialisierte Lehrgänge in sein Arbeitsgebiet, in seinen Sonderberuf eingeführt zu werden, statt von der Grundlage einer allgemeinen Bildung aus in seinen Beruf und seinen Aufgabenkreis hineinzuwachsen oder richtiger gesagt, sich hineinzuarbeiten. Darum blicke jeder, der durch die Schule, (sei es Fachschule, Hochschule oder beruflicher Sonderlehrgang), „zugerichtet" sei, wenig über die Grenze seines Gebietes hinaus, sehe die Welt vom engen Standpunkt des Berufskreises an: „Im engen Kreis verengert sich der Sinn."

Mit bitteren Worten geißelt Spranger die „Hypertrophie der Promotionen" an unsern Hochschulen. Die so zahlreichen Doktordissertationen, oft von ihren kleinen „Forschern" um der Titelfreude willen mühsam hergestellt, seien keine Kraftquellen für die Autoren und andere. Selten führe der eigene Forschertrieb zum Problem und zur Problemlösung. — „Die stumpfsinnige Fabrikation von Scheinprodukten der Gelehrsamkeit" habe das vornehmste Ziel des Autors, sich demnächst „Herr Doktor" grüßen zu lassen. Auch in der Sucht nach dem „Dr." sieht der Pädagoge und feinsinnige Menschenkenner Prof. Spranger „das unzeitgemäße Zeichen einer in Deutschland herrschenden Verschulung".

Für die Volksschule und die, welche sich zur Arbeit an ihr innerlich berufen fühlen, spricht Spranger am Schluß Worte, die keiner von uns unbeachtet lassen dürfte. Er warnt vor Stoffüberfülle und vor Ueberschätzung der Wissensstoffe. Wissen müsse vom Leben getragen sein, aus ihm emporwachsen, es bereichern, erhöhen und veredeln. Totes Wissen habe keine sittliche Kraft in sich, ersticke gar die ethischen Kräfte. „Hüten wir deshalb vor allem unsere grundlegenden Schulen, die Volksschule wie die höhere, vor Scholastik und Enzyklopädismus. — Jeder Stoff ist hier nur Mittel." Wo man dies vergesse, beginne schon in der ersten Schulstunde die Verschulung des Lebens. Famulus Wagner, der typische Verehrer des Antiquarischen und Enzyklopädistischen, erfinde schließlich den Homunkulus. „Ich schaudere vor dem Gedanken, daß wir in Gefahr sein könnten, in Deutschland lauter solche Homunkuli zu machen."

Umschau

Wie die „gehobenen" mittleren Beamten und die — Fleischer gesellen über die Volksschule urteilen.

Zwei Zeitdokumente.

1. Der „Bund deutscher Zivilsupernumerare", Sitz Berlin NW., befaßt sich in seiner Bundeszeitschrift vom 15. Dezember 1927 auf 9 (von 21) vollen Seiten ausschließlich mit der Tätigkeit des Volksschullehrers. Der „Supernumerar", als dessen Schriftleiter Stadtinspektor Dr. Hans Schulze verantwortlich zeichnet, schreibt dabei u. a.:

„Der Volksschullehrer hat von seiner Arbeit immer viel Wesens gemacht. Er bildet sich auf seine Tätigkeit etwas Besonderes ein; von seiner „Vorbildung" spricht er auch heute nicht gern. Er behauptet, seine Tätigkeit sei deshalb so unendlich schwer und verantwortungsvoll, weil sie an lebenden Objekten verrichtet wird. Daß der Volksschullehrer sein einmal aufgenommenes Wissen jahraus, jahrein seinen Kindern in mehr oder minder geschickter Weise vermittelt, ohne viel dazu lernen zu müssen, macht den Volksschullehrerberuf nach Ansicht der Lehrer nicht minderwertiger.

Braucht denn der Volksschullehrer eine wissenschaftliche Vorbildung, wie sie das Maturum darstellt, für seine Lehrtätigkeit, oder genügt nicht eine Ausbildung, die mehr auf Pädagogik eingestellt ist? Oder ist etwa zur Aufnahme pädagogischer Kenntnisse eine wissenschaftliche Vorbildung, wie sie das Maturum darstellt, notwendig?

Eine pädagogische Befähigung bedeutet nur die Fähigkeit, eigenes, für die Volksschule im allgemeinen feststehendes Wissen den Kindern so zu vermitteln, daß sie es in ihr Gedächtnis aufnehmen und dort weiter verarbeiten können. Um Kinder eine Volksschule mit einem einfachen Lehrplan und Lehrstoff zu unterrichten, braucht man kein Maturum, sondern nur eine pädagogische Ausbildung.

Hier muß man ernsthaft wieder die Frage aufwerfen, ob nicht auch Versorgungsanwärter (Militäranwärter), die die Abschlußprüfung 2 der Heeresfachschule abgelegt haben, zum Lehrerberuf zugelassen werden, oder man sollte die pädagogische Akademie in den Lehrplan der Heeresfachschule eingliedern.

Mit welcher Vorbildung könnte wohl äußerstenfalls ein Dorfschullehrer auskommen? Wäre die mittlere Reife nicht doch noch reichlich hoch? Mit dem ewigen Hinweis auf die „Kinder des Volkes" lockt man keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor! Soweit also die „gehobenen" mittleren Beamten mit „Primareife."

2. Fast am gleichen Tage, 14. Dezember, befaßte sich auch die Organisation der deutschen Fleischergesellen, der „Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands", Sitz Berlin O., in Nr. 50 seiner Bundeszeitung mit der Tätigkeit der Volksschullehrer. „Der Fleischer" schreibt: „Unserer Volksschule ist die Aufgabe zugesprochen, alle im Kinde schlummernden Fähigkeiten so zu entwickeln, daß es, erwachsen, zum Wohle der Gesellschaft an der Stelle wirksam sein kann, die allen Anlagen voll entspricht.

Um dem gerecht zu werden, müssen sowohl die geistigen und körperlichen Kräfte, wie auch die künstlerischen und technischen Anlagen entwickelt werden. Darum fordern wir ja den Ausbau der Lernschule zu einer Arbeitsschule. Wir wollen, daß Lehrstoff und Lehrmethode weiter vervollkommnet, mehr noch den Erfordernissen des wirklichen Lebens gerecht werden. Von der Schule her muß ein organisches Hinüberwachsen zur Lehre, zur Wirtschaft und zum Staate gegeben sein.

Wir würdigen darum lobend die rastlosen Bestrebungen schulreformerischer Kreise und blicken dankend auf die Leistungen jener begeisterten Lehrer, die schon praktisch neue Wege gehen."

Die Sondergeprüften in Preußen.

Unter dieser Firma hat sich in aller Stille ein neuer Laden innerhalb der Lehrerschaft aufgetan, der an den Verein „Preußischer Rektorenanwärter" seligen Angedenkens erinnert.

Im „Rheinischen Kurier", einer Tageszeitung in Duisburg, ist unterm 9. März 1928 zu lesen:

„Die Interessen- und Arbeitsgemeinschaft sondergeprüfter Lehrer bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen: Am 25. 2. 1928, nachmittags 5 Uhr, fand eine Hauptversammlung der „Interessen- und Arbeitsgemeinschaft sondergeprüfter Lehrer" statt. Die namentlich von Vertretern der inzwischen gebildeten Ortsgruppen stark besuchte Versammlung gab ihrer Entrüstung darüber Ausdruck, daß behördlicherseits für die Versorgung, Unterbringung und entsprechende Bezahlung sondergeprüfter Lehrer wenig oder gar nichts geschehe, daß sogar aus unerklärlichen Gründen ungeprüfte Bewerber immer noch z. B. bei der Besetzung von gehobenen Lehrerstellen und Schulleiterstellen den Vorzug erhalten, ein Zustand, der auf die Dauer unhaltbar sei und berechtigte Mißstimmung zum Schaden eines Aufstiegs der Schularbeit in weite Kreise hineingetragen habe. Es wurde festgestellt, daß statistisch berechnet, insgesamt über 50 Prozent sondergeprüfte Lehrer vorhanden sind, ein Umstand, der das gesamte Bildungsniveau der Volksschule zu heben imstande ist. In den aufgestellten Richtlinien wurden folgende Hauptforderungspunkte festgelegt: 1. Gehobene Lehrerstellen sind bis zur Unterbringung sämtlicher Anwärter aus Gründen der Gerechtigkeit nur von sondergeprüften Lehrpersonen zu besetzen. 2. Bei der Besetzung von Rektorstellen ist, falls infolge der Abschaffung der Rektorprüfung keine Bewerber mehr mit Rektorexamen vorhanden sind, auf geprüfte Mittelschullehrer zurückzugreifen. 3. Alle Stellen sind öffentlich auszuschreiben. 4. Sämtliche Anwärter mit Sonderprüfung erhalten ihrer unverschuldeten Wartezeit entsprechend eine ihrer Vorbildung angemessene Besoldung (analog den Studienassessoren an mittleren Schulen). — Ein Zusammenschluß aller Sondergeprüften wurde einstimmig von allen Anwesenden als dringend gefordert. Weitere Richtlinien für die Werbearbeit und das Problem des sich ständig steigernden Nachwuchses, auf den bisher in bezug auf seine Versorgung von keiner Seite aus ein Augenmerk gerichtet wurde, wurden festgelegt."

Daß so etwas mal kommen würde, war uns längst klar. Die an allen größeren Orten namentlich im rhein.-westf. Industriebezirk) eingerichteten Mittelschullehrer-, Turnlehrer-, Gesanglehrer- und Hilfsschullehrerkurse, die Hunderten und aber Hunderten von Volksschullehrern die Ablegung einer weitergehenden Prüfung ermöglichen, treiben zwangsläufig auf solche verstiegenen Forderungen hin. (Westf. Schulzeitung.)

15 : 13.

Diese Formel haben wir in den Wochen und Monaten des Kampfes um den Keudellschen Schulgesetzentwurf unendlich oft gelesen und gehört. 15 Stimmen sind für Paragraph 1 oder Paragraph 3, 13 Stimmen sind dagegen: er ist angenommen. Oder gelegentlich auch: 15 Stimmen sind gegen Paragraph 2 oder Paragraph 4, 13 Stimmen sind dafür: er ist in dieser Fassung abgelehnt. 15 : 13: das heißt, da sind zwei Parteien, fast gleich; nach welcher Seite die 3 Mann der Schlüssel- und Mittelpartei sich begeben, nach der senkt sich die Wage zum Sieg . Mehrheit und Minderheit müssen sein, aber Gesetze von ungeheurer Tragweite für geistige und kulturelle Dinge, für Staat und Schule und Jugend müssen mit anderer Mehrheit zustandekommen als Entscheidungen über die Zahl der, in der Lotterie auszugebenden Lose oder Verlegung eines Uebungsplatzes von A nach B oder Umänderungen in der Uniform der Postbeamten oder der Telephondamen. Auch die Mehrheit muß wissen, daß ein tief einschneidendes Kulturgesetz nicht unter dem Gegendruck einer sehr starken Minderheit durchgedrückt werden kann. Das ist nur ein scheinbarer Gewinn, ein Phyrussieg, ein Unheilserfolg. Geistige Auseinandersetzungen werden nicht mit der Knockout-Lösung und nach den Regeln des Allgemeinen Boxklubs vorgenommen; eine Idee kann mählich durch eine stärkere Idee überwunden werden, aber nicht im Rhythmus von 15 : 13.

15 : 13, das heißt weiter: wir brauchen nur zwei Stimmen, dann werfen wir, die jetzt die Unterlegenen sind, den Sieger von heute. Diese zwei Stimmen muß der Wahlkampf bringen. Dann kehren wir das Gesetz um. Dann sind wir die Herren der Festung. Dann steht der andere vor der Zugbrücke. Wie lange? Gleichgültig; wir sind wenigstens für eine Zeit in der Lage, alles nach unserm Willen zu leiten und zu bauen. 15 : 13 fälscht den Sinn einer Opposition und drängt sie in eine Auflehnung; 15 : 13 stört die Beständigkeit staatlicher Verhältnisse und läßt mit aller Ueberlieferung brechen; 15 : 13 macht das Einhalten einer Gleichgewichtslage auf die Dauerkraft in Verordnung und Gesetz unmöglich. Die Methode des 15 : 13 mehrt die Truppe der Zweifler am Staate.

15 : 13. Das sei eine Mahnung für spätere geistige Auseinandersetzungen. Das amerikanische Wort: „Die Beute dem Sieger", ist eine schlechte Losung für deutsche Kulturpolitik und Geisteskämpfe.

Kleine Mitteilungen.

Die Philosophische Fakultät der Universität Kiel ernannte den bremischen Volksschullehrer Karl Viets, der durch seine naturwissenschaftlichen Arbeiten weit über die Grenzen seines Heimatlandes bekannt ist, zum Ehrendoktor. Mehr als hundert Abhandlungen, darunter umfangreiche Arbeiten, besonders über die Wassermilben der holsteinischen Seen, der Quellen Norddeutschlands und der deutschen Mittelgebirge sind von Viets veröffentlicht worden und als Leistungen von hohem wissenschaftlichen Wert anerkannt worden.

Der Stand der Geburten betrug auf 1 000 Einwohner:

im Jahre 1874	in Deutschland	41,8
im Jahre 1923	in Deutschland	20,9
	in England	19,7
	in Frankreich	19,4
	in Belgien	20,4
	in Rußland	40

Im Reichstag haben die Regierungsparteien (auch das Zentrum) 80 Millionen für einen Panzerkreuzer bewilligt, dagegen nicht bewilligt 5 Millionen für Schulkinderspeisungen.

Im preußischen Kultusetat 1928 sind eingesetzt:

für die Kirchen	71,6 Millionen
für die Kunst	19 Millionen
für freie Volksbildung	0,45 Millionen

In Deutschland gab es nach dem deutsch-dänischen Krieg 1864	24 Amputierte
deutsch-französischen Krieg 1870-71	3 031 Amputierte
Weltkrieg	66 128 Amputierte

Die Rüstungskosten der Weltstaaten betragen jährlich 16 Milliarden Goldmark.

Deutschland hat	2365 Abgeordnete	80 Minister
England	1634 Abgeordnete	23 Minister
Frankreich	911 Abgeordnete	13 Minister
Italien	530 Abgeordnete	8 Minister

Der Reingewinn des Jahres beträgt bei der	
Darmstädter u. Nationalbank	16,27 Millionen
Diskonto-Gesellschaft	15,37 Millionen
Commerzbank	10,21 Millionen
Deutsche Bank	25,52 Millionen

Aus dem Vereinsleben

Versammlungen der Bezirksvereine.

Am 21. 4. findet in **allen Bezirksvereinen** eine Versammlung mit der Wahl eines für die Oberschulbehörde vorzuschlagenden Kollegen als Gegenstand der Tagesordnung statt.

Bezirksverein Schötmar.

Tagung am 21. 4. 1928, nachmittags 4 Uhr, im Kaiserhof. Tagesordnung: Vortrag von Frl. Morich-Minden: 1. Bedeutung der Sütterlinschrift. 2. Sütterlin oder Antiqua als erste Leseschrift? (Aussprache auch über den vorigen Vortrag: Die Personifizierung der Lautzeichen).

Bau- und Darlehnsgenossenschaft.

Der Vorstand der Genossenschaft hat den Rechnungsabschluß vom 31. 12. 1927 und den Bericht über die Generalversammlung vom 30. 3. d. J. übersandt. Beides wird im Mai im Rahmen des Jahresberichts des L. L. V. abgedruckt werden. Wir machen jedoch schon vorab Mitteilung von dem Beschluß der Generalversammlung, nach welchem eine Liquidation der Genossenschaft durch Verkauf des Genossenschaftshauses versucht werden soll. Reflektanten mögen mit dem Geschäftsführer in Verbindung treten und nach Möglichkeit Angebote machen.

Arbeitsgemeinschaften für Lehrerfortbildung.

Eine Vertreterversammlung der Arbeitsgemeinschaften findet am Sonnabend, dem 28. April 1928, nachm. 3,30 Uhr, in Lage im Gasthof „Deutsches Haus" (Schuster) statt. Tagesordnung: 1. Die neue Lehrerbildung und Arbeitsgemeinschaften. (Herr Siewing-Hohenhausen). 2. Wahlen. 3. Verschiedenes. Die Arbeitsgemeinschaften werden um zahlreiche Beteiligung gebeten. H Kesting.

Vorstandssitzung am 7. 4. 1928.

Zur Kenntnis genommen wird ein Schreiben des D. L. V., das die Anerkennung für die Haltung im Schulkampf ausspricht. — Für die Herbstferien wird eine Hauptversammlung in Aussicht genommen. Als Themen werden der Vertreterversammlung vorgeschlagen: 1. Ausbau und Aufbau unserer Schule. 2. Der Lehrer in der freien Volksbildungsarbeit. Geplant ist daneben eine Ausstellung guter Jugend- und Volksschriften und gegebenenfalls die Veranstaltung einer öffentlichen Volksversammlung mit dem ersten Thema. Bei grundsätzlicher Zustimmung der Vertreterversammlung soll über Ort und Zeitpunkt der Versammlung und die Auswahl der Referenten später beschlossen werden. — Ein Schreiben der Schulleiter, das sich mit der Haltung des Vorstandes in der Besoldungsfrage befaßt, wird zur Kenntnis genommen. Nach einer Aussprache mit den Schulleitern soll die Entscheidung der Vertreterversammlung vorbehalten bleiben. — Dem Lehrergesangverein werden als nachträgliche Anerkennung für Gesangsvorträge bei Veranstaltungen des L. L. V. 50 ℳ zur Behebung seiner finanziellen Notlage bewilligt. — Für den Landes-Lehrerausschuß, für den die V. V. einen Vorschlag aufzustellen hat, wird die Frage der sachgemäßesten Aufgliederung geprüft und die Aufteilung in folgende Ausschüsse vorgeschlagen: Personalausschuß, Schulbücherausschuß, Ehrenausschuß, ferner: 3 Mitglieder für den Vorstand der A. G. und 4 Mitglieder für die Prüfungskommission. — Vorbereitend wurde die Benennung der Mitglieder für den Beirat der O. S. B. und des Lehrermitgliedes der O. S. B. besprochen. Sp.

Ergebnis der Wahl des 1. Vorsitzenden des L. L. V.

(Da in der vorigen Nummer infolge eines Versehens die Kopfzeile fehlte, bringen wir heute das gesamte Wahlergebnis noch einmal.)

Bezirke	Zahl der Mitglied.	Dav. nahmen an d. Wahl teil	Stimmen für Haase-Jerxen	Andere Stimm.	Stimmenthaltungen
Detmold	81	43	41	2	—
Schötmar	77	38	38	—	—
Lage	73	44	43	—	1
Lemgo	59	39	39	—	—
Nessenberg	48	48	48	—	—
Horn	46	37	35	1	1
Farmbeck	44	34	34	—	—
Hohenhausen	42	36	33	3	—
Oerlinghausen	36	29	28	1	—
Extertal	25	20	3	—	17
Rischenau	12	11	8	—	3
Summe	543	379	350	7	22

Vertreterversammlung des L. L. V. und Vollversammlung des Landeslehrerausschusses.

am Mittwoch, 18. ds. Mts., nachmittags 1 Uhr, im Hotel Stadt Frankfurt in Detmold

Tagesordnung:

Für L. L. V.: 1. Allgemeiner Bericht. 2. Bericht über das neue Besoldungsgesetz (dazu ein Schreiben der Schulleiter). 3. Wahlen, bezw. deren Vorbereitung: Geschäftsführender Ausschuß des L. L. V., Landeslehrerausschuß, Lehrermitglied der Oberschulbehörde und des Beirats der Oberschulbehörde. 4. Verschiedenes.

Für L. L. A.: 1. Berichterstattung der Unterausschüsse (dazu Antrag des Kollegiums Salzuflen, Stellenbesetzung betr.) 2. Verschiedenes.

Da eine vorherige zeitliche Abgrenzung der beiden Versammlungen nicht möglich ist, werden Vertreter und Ausschußmitglieder freundlich gebeten, pünktlich 1 Uhr zu erscheinen. Besondere Einladungen erfolgen nicht. Im Falle der Verhinderung wolle man für Vertretung sorgen.

A. Haase

Aufruf
zur Teilnahme an der 36. Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins in Braunschweig Pfingsten 1928.

Der Deutsche Lehrerverein hält in den Tagen vom 28. bis 30. Mai seine 36. Vertreterversammlung in Braunschweig ab. Eine Fülle von Arbeitsstoff wird während dieser Tagung zu bewältigen sein, und im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen die beiden Vortragsthemen „Ausbau der Volksschule“ und „Auslandsdeutschtum und Schule“.

Beide Themen finden gerade heute das lebhafteste Interesse der gesamten deutschen Lehrerschaft, und es ist daher zu erwarten, daß nicht nur Vertreter der Zweigvereine sich zur Pfingstfahrt nach Braunschweig rüsten, sondern daß auch die übrigen Mitglieder des D. L. V. in großer Zahl an den bedeutsamen **Verhandlungen** teilzunehmen wünschen. Braunschweigs günstige Lage inmitten der deutschen Gaue und die unmittelbare Nähe des Harzes, der zu froher Pfingstwanderung lockt, werden dazu beitragen, daß unser Ruf: „Auf zur Pfingstfahrt ins alte Niedersachsenland!“ ein vielhundertfaches Echo findet. Der Ortsverein Braunschweig wird stolz sein, Amtsbrüdern aus allen deutschen Gauen hier eine gastliche Stätte bereiten zu können.

In den Ostertagen sind die Anmeldebogen zur Teilnahme an dieser Tagung allen Zweigvereinen des D. L. V. zugestellt, und wir sprechen die herzliche Bitte aus, reichlich Gebrauch davon zu machen. Um bei der Wohnungsbeschaffung allen Anforderungen gerecht werden zu können, bitten wir dringend, die ausgefüllten Bogen spätestens bis zum 5. Mai einzusenden.

Der Ortsausschuß I. A.: Otto Meyer.

Buchbesprechung.

Wilhelm Leibersberger, Pestalozzis sozialpolitische Anschauungen. Eichhorn-Verlag, Lothar Kallenberg, Ludwigsburg. 145 S.

Die Schrift Leibersbergers zeugt von reicher Literaturkenntnis und eigener Betrachtungsweise. Sie zeigt die gesellschaftlichen Zustände zur Zeit Pestalozzis und die Entwicklung seiner sozialpolitischen Anschauungen. Der Verfasser ist sich dabei selbst der Gefahr bewußt gewesen, man könne eigene Anschauungen in die geschichtliche Darstellung hineinsehen. Wenn L. durch die relativierende Vorbemerkung die Bezogenheit auf den eigenen Standpunkt ehrlich zugibt, so hätte ihn aber gerade diese Bewußtheit vor einer gewissen zugespitzten Einseitigkeit bewahren sollen. Pestalozzi war in besonderem Maße „kein ausgeklügeltes Buch, sondern ein Mensch mit seinem Widerspruch“. Mehr als bei anderen ist bei ihm eine bipolare Methode geboten, will man dem Zentrum seiner Persönlichkeit und seines Werkes nahekommen. Darum sollte man etwa nicht den „Nachweis von Pestalozzis Bekenntnis zum politischen Liberalismus“ zu erbringen suchen, wenigstens nicht ohne auch ein „jedoch“ anklingen zu lassen. Liest man die Schlußbetrachtung des Buches „Pestalozzis Sozialpolitik und wir“, so erklärt sich die Einseitigkeit in der geschichtlichen Untersuchung: Leibersberger gibt zum Schluß seiner Arbeit die Wendung zu einer Propaganda für eine „liberale“ Bildungspolitik. Die liberalistische Gesellschaftstheorie wird hier mit einem Optimismus vertreten, der heute selten geworden ist. „Viele Zeichen“, heißt es, „deuten darauf hin, daß wir am Anfang einer zweiten Aera des Liberalismus stehen, die ganz im Zeichen des Klassenkampfes stehen wird.“ Oder an anderer Stelle: „Das Ende des Klassenkampfes und damit die Vollendung der Sozialpolitik kann nur der Sozialismus bringen“. Leibersberger zählt auch die sozialen Schäden auf, die gewöhnlich als Folgeerscheinungen einer liberalistischen Ordnung gelten; aber L. läßt sie nicht als eine Folge des Liberalismus gelten; „sie sind eine Folge davon, daß der Liberalismus nicht voll und ganz durchgeführt wurde“. Es kann einer kritischen Betrachtung jedoch nicht entgehen, daß dieser in Leibersbergers Sinne übersteigerte Liberalismus erheblich mehr und anderes bedeutet, als gewöhnlich unter diesem Terminus begriffen wird. Bohrt man die individualistisch-liberale Theorie bis zu einer gewissen Tiefe an, so kommt man eben in jene Schichten, in denen auch die scheinbar so entgegengesetzt gerichtete kollektivistische Auffassung wurzelt. Aus dieser Ebene, die jenseits der Aufspaltung der Begriffe liegt, ist denn auch vieles in Leibersberger Terminologie hineingezwängt, das in diese nicht hinein gehört. Dabei können recht künstliche Konstruktionen nicht ausbleiben; so im folgenden: „Darum ist es kein Wunder, wenn Pastalozzi als ein Mensch der Liebe sich zu den Forderungen des Liberalismus bekannt hat. Es bestehen nämlich enge Beziehungen zwischen der Politik der Liebe und dem Liberalismus. Liebe, so sagten wir mit Spranger, ist Gleichgerichtetsein im Wert. Die schwächste Form dieses Gleichgerichtetseins im Wert, genauer der Grenzpunkt zwischen dem Entgegengerichtetsein und dem Gleichgerichtetsein im Wert ist die bloße Duldung des Wertstrebens unseres Nebenmenschen; das aber ist die Forderung des Liberalismus. Dieser enthält somit nichts anderes als die Minimalforderung der Politik der Liebe.“ Gegenüber solcher Zurechtbiegung läßt sich wohl fragen: Kann man von der in Pestalozzi verkörperten sozialen Lebensform im Sinne Spranges nicht leichter die Verbindung finden zu einem auf Genossenschaft aufgebauten Gesellschaftssystem als zu dem des Individualismus und Liberalismus? Man kann diese Frage stellen, ohne gegen den Libe-

ralismus als solchen, wohl aber um gegen Leibersbergers Begriffsabgrenzung und Gedankenführung zu polemisieren. Denn was in Leibersbergers Buche als „liberale Bildungspolitik" gefordert wird, umschließt in seinem konkreten Gehalt vor allem die Forderungen auf Beseitigung des gesamten Berechtigungswesens und „Versachlichung der Bildungsanforderungen." In dem Aufsatze über den „Kardinalfehler der deutschen Bildungspolitik" (Lipp. Schulztg., Nr. 2) sind diese bildungspolitischen Gedanken eingehend und sehr überzeugend dargelegt worden. Wegen seines tapferen Kampfes gegen die bildungspolitischen Schäden, dem auch das vorliegende Buch dienen soll, müssen wir Leibersberger, in der Sache mit ihm einig, Dank und Anerkennung wissen.

H. Sprenger.

Pestalozzis sämtliche Werke. Unter Mitwirkung zahlreicher Gelehrter herausgegeben von Dr. Artur Buchenau, Oberstudiendirektor in Berlin, Dr. Eduard Spranger, o. Professor an der Universität Berlin, und Dr. Hans Stettbacher, a. o. Professor an der Universität Zürich. Verlag von Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig. 2. Band: Lienhard und Gertrud. Bearbeitet von Gotthilf Stecher. Oktav, VII, 496 Seiten. 1927. 12 *M* in Leinen 14,50 *M*, in Halbleder 17 *M*. — 8. Band: Ein Schweizer-Blatt. Bearbeitet von H. Schönebaum. Oktav. VII. 485 Seiten. 1927. Geh. 15 *M*, in Leinen 17,50 *M*, in Halbleder 17 *M*.

Ueber die Gesamtanlage der neuen großen Ausgabe von Pestalozzis sämtlichen Werken ist an dieser Stelle schon früher eingehend berichtet worden. (Lipp. Schulztg. 1927, S. 126.) Inzwischen hat der Verlag den zweiten und den achten Band der Gesamtausgabe herausgebracht. Der zweite Band enthält jene Erzählung, die Pestalozzis schriftstellerischen Ruhm begründete und seinem Wirken einen gewaltigen Aufschwung gab: Lienhard und Gertrud. Von den drei Fassungen, die Pestalozzi diesem Erziehungsroman gegeben hat, liegt hier die erste vor, aus den Jahren 1781 und 1783. Die folgenden Fassungen werden nach den Ankündigungen des Verlages mehrere der folgenden Bände füllen. Der Anhang enthält textkritische Bemerkungen, Sach- und Worterklärungen, die besonders notwendig sind, weil auch dieser Band in der unverfälschten Schreibweise des Originals erscheint und manche Wörter und Redewendungen eine von der heutigen Sprache durchaus abweichende Bedeutung haben. — Der 8. Band enthält den Abdruck der Wochenschrift „Ein Schweizer Blatt", die Pestalozzi im Jahre 1782 herausgegeben hat. Pestalozzi hat auch fast den gesamten Inhalt der Zeitschrift bestritten; jedoch sind in der vorliegenden Ausgabe auch die Beiträge wiedergegeben, die andere Verfasser gebracht haben. Das „Schweizer Blatt" zeigt die Vielseitigkeit Pestalozzis. Es enthält Gespräche, Anekdoten, Erzählungen, wissenschaftliche Abhandlungen, Fragen über Erziehung und über Religion, Gesellschaftskritisches (Szenen aus dem Innern Frankreichs), Soziale Betrachtungen über den Einfluß der Fabrikarbeit, (über die Bauern), über Rechtsprechung und Strafvollzug (Arners Gutachten.) Das Schweizer Blatt bietet namentlich für den unentbehrlichen Stoff, der Pestalozzis Werk nicht nur in der pädagogischen Dimension durchforschen will. Auch hier fehlen nicht das vollständige textkritische Material und die Wort- und Sacherklärungen. — Für jegliche wissenschaftliche Pestalozzi-Arbeit wird in der neuen Gesamtausgabe der Werke die quellenmäßige Grundlage gegeben sein.

Sp.

Verschiedenes

Herrn Schulrat Kätzler zum Abschied.

Am 1. April d. J. hat Kreisschulrat Kätzler in Lemgo seinen Abschied genommen und die Stätte seiner Wirksamkeit verlassen, um in der Reichshauptstadt Heilung von seinem schweren Augenleiden zu suchen. Zunächst ein Wort über sein früheres Leben: Johannes Kätzler wurde am 25. April 1866 in Sommerfeld in der Niederlausitz geboren, besuchte anfangs die dortige höhere Knabenschule und darauf das Gymnasium zu Guben. Nachdem er die Präparandenschule in seiner Vaterstadt und das Lehrerseminar in Löbau durchgemacht hatte, war er als junger Lehrer in Westpreußen tätig, machte die 2. Lehrerprüfung und ließ sich zu einem anderthalbjährigen pädagogischen Studium nach Leipzig beurlauben. Später war er Lehrer an der Provinzial-Taubstummenschule in Halberstadt, unterzog sich der Mittelschullehrerprüfung in Religion, Deutsch und Französisch und nahm eine Lehrerstelle an der höheren Bürgerschule in Rendsburg in Schleswig-Holstein an, dann bekleidete er eine Mittelschullehrerstelle in Stolz in Pommern, machte einen Kursus für Sprachleidende in Berlin durch, nahm an einem staatlichen gewerblichen Fortbildungs- u. Turnlehrerkursus teil, bestand seine Rektoratsprüfung und wurde hernach erst Rektor in Herne und darauf in Hagen in Westfalen, wo er an einem großen System segensreich wirkte, bis er am 1. April 1915 als Kreisschulrat nach Lippe berufen wurde. Ihm wurde einer der beiden neugeschaffenen Kreise mit dem Amtssitze in Lemgo übertragen.

In schwerer Kriegszeit ist Schulrat Kätzler in unser Land gekommen und schwere Jahre hat er durchmachen müssen, hat aber auch Jahre des Erfolges und der Freude in Lippe verlebt. Er hat es von vornherein verstanden, sich zu seinen mehr als 250 Lehrern richtig einzustellen. Er war ihnen kein kalter, unnahbarer Vorgesetzter, sondern Freund und Berater, zu dem sie bald Vertrauen faßten. Er engte vor allem seine Lehrer in ihrer Berufsarbeit nicht ein, sondern ließ ihnen freien Spielraum und griff nur helfend und fördernd ein, wo es nötig war. Kreisschulrat Kätzler hat in den 13 Jahren seiner Tätigkeit in Lippe Liebe gesät und Liebe geerntet, und alle Lehrer seines Kreises bedauern es sehr, daß er seines schweren Augenleidens wegen, das er sich im Dinste zugezogen hat, vorzeitig aus seinem ihm lieb gewordenen Amte scheiden muß.

Eine kleine Abordnung, aus zwei Vorstandsmitgliedern des lippischen Lehrervereins und drei Lehrern seines Kreises bestehend, überbrachte Herrn Kätzler kurz vor seinem Scheiden aus Lippe die Abschiedsgrüße der lippischen Lehrerschaft und überreichte ihm als äußeres Zeichen der Dankbarkeit eine goldene Uhr mit der schlichten Widmung „Der Kreis Lemgo seinem lieben Schulrat".

Möge Kreisschulrat Kätzler bald Genesung von seinem Augenleiden finden und an der Seite seiner treuen Lebensgefährtin noch lange Jahre des Glückes und der Zufriedenheit verleben! Die lippische Lehrerschaft wird ihm ein treues Andenken bewahren.

Zugänge der Landesbibliothek.

Julius Andree. Das Paläolithikum der Höhlen des Hönnetales in Westfalen. Leipzig 1928.

Die Pädagogik der Gegenwart in Selbstdarstellungen. 1. 2. Leipzig 1926/27.

Handbuch der Pädagogik. Herausgeg. von Nohl und Pallat. Bd. 4. Lief. 1. Langensalza 1928.

Steinhausen. Germanische Kultur. Leipzig 1927.

Arm. Jüngstes England. Leipzig 1925.

Butterweck. Geschichte der lippischen Landeskirche. Schötmar 1926.

Die Schulzersplitterung kostet Geld.

In Osterode in Ostpreußen, das bisher für alle Schulkinder gemeinsame Schulen hatte, ist jetzt eine Trennung nach Konfessionen eingetreten. Die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat hatten sich lange dagegen gesträubt. Der Magistrat hat schließlich nachgegeben, weil das Unterrichtsministerium für den Fall einer freiwilligen Teilung der Schulen eine einmalige Beihilfe von 30 000 Mark in Aussicht gestellt hatte, die es im Falle einer rechtskräftigen Verurteilung der Stadt nicht gewähren würde. Selbstverständlich decken die 30 000 Mark nicht alle entstehenden Kosten für die Umwandlung, die Stadt muß trotzdem noch erhebliche Zuschüsse leisten und wird vor allen Dingen mit dauernden Mehrausgaben belastet. Die Stadtverordnetenversammlung verblieb deshalb auch bei ihrer ablehnenden Haltung. Der Bezirksausschuß, der zu dem dadurch entstandenen Konflikt zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung Stellung nehmen mußte, hat sich auf die Seite des Magistrats gestellt, weil die Ablehnung der konfessionellen Schultrennung angesichts der vom Minister bewilligten Summe eine finanzielle Schädigung der Stadt bedeuten würde.

Beispiele beweisen! Wer aus solchen drastischen Beispielen nicht ersieht, daß die Durchführung des Keudellschen Reichsschulgesetzentwurfs enorme Kosten verursacht hätte, der will nicht sehen. Die Schulzersplitterung kostet Geld, ohne daß die Leistungsfähigkeit der Schule dadurch erhöht würde, sie wird im Gegenteil in den meisten Fällen stark herabgesetzt.

Das Deutsche Lehrerheim in Schreiberhau im Riesengebirge!

Der Preußische Lehrerverein schreibt uns: Im herrlich gelegenen Oberschreiberhau, das an der Spitze aller schlesischen Kurorte und Bäder steht, hat sich die Lehrerschaft abseits vom großen Kurgetriebe in wundervoller Lage ein Heim errichtet. Den erholungsbedürftigen Berufsgenossen und deren Angehörigen ist Gelegenheit geboten, durch die Heilkraft des Waldklimas und der Höhenluft die gesuchte Erholung zu finden. Wer von den Besuchern des Heims es möglich machen kann, die sich ihm von hier aus erschließenden Wanderungen im Riesengebirge zu unternehmen, wird eine Fülle schöner Erinnerungen für das ganze Jahr mit nach Hause nehmen.

Ein angenehmer Aufenthalt im Lehrerheim selbst ist durch das Bemühen des Preußischen Lehrervereins, dem das Heim übereignet worden ist, gewährleistet. Besonders im Laufe des letzten Jahres ist das Heim unter Aufwendung erheblicher Mittel erneuert und ausgebaut. Zum 1. April d. J. fand ein Wechsel in der Leitung des Heimes statt. Anstelle des bisherigen Direktors, Herr Slotwinski, trat von dem genannten Termine ab Herr Direktor Groß,

der bis vor kurzem den Kurgarten in Lobeda bei Jena zur allgemeinen Befriedigung aller dortigen Gäste leitete.

Das Haus ist das ganze Jahr geöffnet. Die Mitglieder des Deutschen Lehrervereins und des Deutschen Beamtenbundes erhalten bedeutende Preisermäßigung. Außerhalb der Ferien finden auch die Angehörigen aller anderen Berufsstände preiswerte Unterkunft. Kollegen! Wenn jetzt die Reisepläne für den Sommer geschmiedet werden, soll die Losung sein: Auf nach Schreiberhau ins Deutsche Lehrerheim. Wer von den Kollegen bei einer Reise in das Riesengebirge das Heim nicht als ständigen Aufenthalt wählen will, soll wenigstens nicht versäumen, ihm einen kurzen Besuch abzustatten.

Das Löchnerhaus.

Der Württembergische Lehrerverein bittet um Aufnahme folgender Zeiten: Das „Strandhotel-Löchnerhaus" (100 Betten) auf der Insel Reichenau i. B., Erholungsheim des Württembergischen Lehrervereins, ist am 1. April wieder eröffnet und steht den Mitgliedern des D. L. V. und des D. B. B. wie auch sonst jedermann bis zum 31. Oktober offen, im August jedoch nur, soweit es nicht von Mitgliedern des W. L. V. belegt ist.

Verpflegung: 3 Hauptmahlzeiten, mittags mit 2 Gängen und Nachtisch. Verpflegungssätze: Für Mitglieder des Deutschen Lehrervereins und der Deutschen Beamten-Bundes 5,40 ℳ in den Monaten Juni, Juli und August, in den anderen Monaten 5.— ℳ, für alle anderen Gäste 6,— bezw. 5,50 ℳ. Für ein Bett im 1. Stock (Zimmer mit kaltem und warmem Wasser) 50 ₰ Zuschlag. Bedienungszuschlag 10 Prozent.

Die beste Verbindung geht über Radolfzell (im Sommer auch über Konstanz), von wo aus das Schiff benutzt werden kann; von der Station Allenbach kann man mit der Fähre, von der Bahnstation Reichenau mit dem Postauto zur Insel kommen.

Anmeldungen oder Anfragen an die Direktion des „Strandhotel-Löchnerhaus" auf der Insel Reichenau i. Bodensee.

Die österreichische Jugendrotkreuz-Zeitschrift.

Das Aprilheft (Insekten-Nummer) enthält Beiträge von Grimm, Kaspar Hagen, Clara Hepner, Hans Lang, Schullern usw. und viele (zum Teil dreifarbige) Bilder von Dürer, Hans Frank und Hans Lang. Der Jahresbezugspreis (10 Hefte von Oktober bis einschließlich Juli) ist 1,40 Mark. (Bei Bezug von mindestens 10 Jahrgängen stellt sich der Bezugspreis auf 1,25 Mark.) Reichsdeutsche Bezieher können zu denselben Bedingungen die Hefte von April bis einschließlich März beziehen. Einzelne Nummern kosten 15 Pfennig. Bestellungen an das österreichische Jugendrotkreuz, Wien, 1. Stubenring 1. Postscheck-Konto München 59537. Stadtgiro-Konto Dresden 62278.

Empfehlenswerte Broschüren:

Das neue Schulhaus. Verlag der Leipziger Lehrerzeitung in Kommission bei Graßner & Schramm, Leipzig, Querstraße 17. — Das Heft bringt auf 100 Seiten Vorschläge zur baulichen Gestaltung und inneren Ausstattung eines modernen Schulhauses, das in seiner Vollendung als Volksbildungshaus vor uns steht. Preis bei unmittelbarem Bezuge 1,40 ℳ.

Die Schulpolitik der evangelischen Kirche Preußens von Hans Schlemmer, Huttenverlag, Görlitz. Der Verfasser ist uns als Vorsitzender des Reichsbundes für Religionsunterricht und religiöse Erziehung vor allem aus der jüngsten Zeit wohlbekannt. Er zeigt an einer Fülle von Material, welche bedenklichen Wege die Kirche auf schulpolitischem Gebiete zu gehen im Begriff steht. Das Heft, etwa 50 Seiten stark, kostet für Mitglieder des Reichsbundes (falls die Bestellung nach dorthin erfolgt) 1,25 ℳ, andernfalls 1,60 ℳ.

Abwehr und Anklage gegen den Vorstand des Bundes für deutsche Schrift von Fritz Kuhlmann und Otto Zimmermann, Psychokosmos-Verlag München 23, Virchostr. 1, ein Sonderheft der „Erziehungs- und Kulturgemeinschaft Erwachen". Die beiden bekannten Reformer auf dem Gebiete der Schreibschrift bringen eine Rechtfertigung für die Antiqua als Schulausgangsschrift. Das Heft dürfte auch für uns lippische Lehrer von besonderer Bedeutung sein, da die Notwendigkeit einer Reform des ersten Lese- und Schreibunterrichts noch nicht restlos anerkannt wird.

Konfessionalisierung der höheren Schulen.

Auch in Bayern sind die höheren Lehranstalten grundsätzlich paritätisch. Sie werden von den Schülern der verschiedensten Bekenntnisse besucht. Aber im Lande des Konkordats setzen sich die Kirchenansprüche auch für die höhere Schule durch, und wenn es nicht auf gesetzlichem Wege geht, dann weiß man sich eben anders zu helfen. Bei den Beratungen des Kultusetats im bayerischen Landtage wurden folgende eigenartigen Tatsachen aufgedeckt:

Am Ludwigsgymnasium in München wird schon seit längerer Zeit, und zwar nach Verabredung mit den kirchlichen Oberbehörden, kein einziger Protestant mehr aufgenommen, so daß nach dem Ausscheiden der noch vorhandenen andersgläubigen Schüler durch das Absolutorium usw. in wenigen Jahren diese Anstalt völlig katholisiert ist. An anderen Anstalten hat man die Schafe von den Böcken auf folgende Weise geschieden: In der einen Parallelklasse sind die Katholiken, in der anderen alle übrigen Schüler des Jahrgangs, Protestanten, Juden, Freireligiöse, vereinigt. Man hat also bereits katholische Gymnasien mit „Simultanklassen" geschaffen.

Der Vertreter der Bayerischen Volkspartei, Prälat Dr. Scharnagel hat diese Trennung der Schüler begrüßt und grundsätzlich die Konfessionalisierung der höheren Lehranstalten gefordert. Der gegenwärtige Zustand sei nur ein Notbehelf.

Linderhofe „Sternberg"
Gasthaus und Sommerfrische
Besitzer H. Behmeyer
empfiehlt sich ganz besonders für Schulausflüge

Bei Schul- und Vereinsausflügen
zu den Rethlager Quellen und in die Dörenschlucht
empfiehlt seine Räume und schattigen Gärten
A. Habermann, Dörenkrug

Berggasthaus Tönsbergshöhe
Besitzer: Heinrich Meier. — Fernruf: Oerlinghausen Nr. 191
Die schönste Lage im Teutoburger Walde (350 Meter Höhe)
Prachtvolle Fernsicht nach allen Himmelsgegenden. Großer Waldgarten. Veranda und Gesellschaftsräume Angenehmer Aufenthalt für Vereine und Schulen.
Gepflegte Biere — ff. Weine



Bei Schulausflügen
zum Hermannsdenkmal
empfehle ich mein Lokal bestens
Gasthof zum Hermannsdenkmal
auf der Grotenburg - Detmold
2 Minuten vom Denkmal. Schüler erhalten Preisermäßigung.

Schulausflüge zum Schopkebad Oerlinghausen
im herrlichen Schopketal gelegen, empfiehlt
Heinrich Becker

Krummes Haus
Detmold
Große Gartenwirtschaft
Für Schulausflüge auf dem Wege zum Hermannsdenkmal bestens empfohlen.

Ernst Weege - Lemgo

Papierwaren

Schöne Briefpapiere
als Geschenke — — — —

Alle Büroartikel
von der Feder bis zur Karte
und zum Geschäftsbuch

Sämtliche Schulartikel:
Lehrmittel, Zeichensachen.

Buchhandlung

Gute Bücher
sind Geschenke von bleibendem Wert. Reiche Auswahl für alle Ansprüche und gute Beratung finden Sie stets bei mir.

Bücher
für Schulbüchereien.

Photo-Artikel

Apparate, Platten, Filme und Papiere
erster Firmen.

Zubehörteile, Chemikalien, Stative, Taschen usw.

Projektionsgeräte f. Schule und Heim.

SW

W. Schröter, Lemgo

Inhaber Hermann Dreyer

Erstes Modewarenhaus am Platze

Gegr. 1768 Fernruf 181

Musikhaus Ernst Volland, Lemgo i. L.

Fernspr. No. 2 **Mittelstr. 33**

Flügel Harmoniums Pianos

nur erster Firmen

Stimmungen Reparaturen

Kollegen, denkt an eure gewerkschaftlichen Pflichten und kauft bei den Inserenten der „Lippischen Schulzeitung".

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hagemann, Brake i. L., für Anzeigen: R. Schleef, Lemgo.
Druck und Verlag: F. L. Wagener, Lemgo.

Lippische Schulzeitung

Herausgegeben
vom Vorstande des Lippischen Lehrervereins.

22. Jahrgang. | Lemgo, 15. Mai 1928. | Nummer 5.

Inhaltsverzeichnis.

Die neuzeitliche deutsche Volksschule und die Gefahr der Verschulung. — Zur Finanzlage der Schulgemeinden. — Die Lippische Wanderbibliothek. — Umschau. — Aus dem Vereinsleben. — Verschiedenes. — Anzeigen. —

Die neuzeitliche deutsche Volksschule und die Gefahr der Verschu ung.

Von P. Jasper, Detmold.

Vier Wochen sind bereits verflossen seit dem pädagogischen Kongreß in Berlin, der den großzügigen Versuch darstellte, die zahlreiche Probleme, die bei der Neugestaltung unserer Volksschule sich auftun, einer größeren Klärung entgegenzuführen. Es wird niemand behaupten wollen, daß nunmehr Form und Inhalt der neuen Schule auch nur theoretisch klar und eindeutig gefunden seien. Aber diese Tagung hat doch gezeigt, daß über theoretische Erwägungen hinaus bereits in der Praxis feste Linien ausgebaut sind und daß ein starker Erfolg verheißender Wille vorhanden ist, auf diesen Anfängen weiterzubauen, bis die ersehnte, alle Bildung tragende und umschließende „Volks"schule Gestalt gewonnen hat. Das unsichere Hoffen der letzten Jahre ist einer festen Zuversicht gewichen, die an die restliche Ueberwindung der immerhin noch starken Hemmungen keine Zweifel mehr hegt. Es sollen hier nicht die tragenden Ideen der neuen Schulreform, wie sie auf der Berliner Tagung von führenden Männern der Theorie und Praxis aufgezeigt wurden, herausgestellt werden. Die Fach- und Tagespresse hat ausführliche Berichte darüber gebracht. Es seien aber unter dem Eindruck der Berliner Tage einige Betrachtungen gestattet über die Ausführungen Prof. Sprangers in Nr. 2 der Erziehung, die Gefahr der Verschulung Deutschlands betreffend. Herr Kollege Blümchen hat darüber bereits in der vorigen Nummer dieser Zeitung einen Bericht gebracht.

Wenn ein Mann von der Bedeutung Sprangers am deutschen Schulwesen so ernste Kritik übt, so ist das sicherlich Veranlassung genug, daß alle, die an der Schule wirken, ihre Arbeit, ihre Ziele und Bestrebungen einer gewissenhaften Nachprüfung unterziehen, um angebliche Mißstände zu beseitigen oder drohende Gefahren abzuwenden. Die Ausführungen Sprangers betreffen nur in geringem Umfange die Volksschule und die Bestrebungen der deutschen Lehrerschaft. Es handelt sich zum Teil um Erscheinungen, die nicht erst in der Nachkriegszeit als Gefahren erkannt sind, sondern schon vor dem Kriege eine gesunde Entwicklung des deutschen Schulwesens stark beeinträchtigt haben und von der Volksschullehrerschaft stark bekämpft sind. Und der starke Reformwille dieser Lehrerschaft ist geradezu herausgewachsen aus der Erkenntnis dieser Zustände. Es sei hier nur an das Berechtigungswesen erinnert, das nirgendwo so in Blüte stand und steht wie gerade in Deutschland. Es stellt das stärkste Hemmnis dar gegenüber den aufwärts strebenden Begabten, die ihren Weg aus wirtschaftlichen Gründen durch die Volksschule nehmen müssen. Die Nachkriegszeit, die einen Abbau des Berechtigungswesens erhoffen ließ, brachte einen weiteren Ausbau. Daß die freie Wirtschaft so großen Wert auf die Berechtigungsausweise legt, ist begreiflich, wenn der Staat eine wahre Musterkarte von Laufbahnsperren aufgemacht hat.

Wenn Prof. Spranger auf den zu langen Weg der höheren Bildung hinweist, so widersprechen wir ihm nicht. Vor allem aber sind wir der Auffassung, daß in der Einführung der vierjährigen Grundschule eine Verlängerung des Bildungsweges nicht begründet liegen kann. Wir glauben vielmehr, daß das 4. Grundschuljahr durchaus den Bildungswert der früheren Sexta hat. Es wäre allerdings notwendig, daß die höhere Schule sich zu denselben Bildungsgrundsätzen bekennen würde, wie die Volksschule. Sind es nicht aber gerade die Hochschullehrer, die in dem Verzicht auf das 13. Jahr eine Gefährdung des Bildungsniveaus sehen? Würde die höhere Schule nicht mit 12 Jahren auskommen können, wenn sie Sprangers Ziel und Aufgabe der Schulen anerkennen würde:„ planmäßig geleitete und in bestimmter Form gesellschaftlich organisierte Entwicklung der Anlagen und des Könnens, der Gesinnung und der Fertigkeiten, die zu einer sittlich verantwortungsbewußten, tätigen Lebensführung im Ganzen der Kulturarbeit befähigen?" Diese Zielsetzung schließt jeden Enzyklopädismus aus, eine Gefahr, gegen die die Volksschule heute auch noch nicht restlos gesichert ist, wenngleich der lebendige Reformwille, der auch in den Richtlinien seinen Niederschlag gefunden hat, eine starke Absage an jede Stoffüberbürdung, an jede tote Mechanisierung erkennen läßt.

Wir begrüßen es, wenn Spranger gegenüber der Betonung des zu langen Weges für die höhere Bildung unsere Bestrebungen nach Verlängerung der Volksschule unterstützt. Wir sehen darin die Anerkennung der Berechtigung eines gesunden Ausgleichs zwischen der vornehmlich theoretischen Bildung der höheren Schulen und der mehr praktischen Bildung der Volksschulen. Zugleich kommt dadurch eine Verschiebung der Wertung der rein geistigen und der praktischen Berufe zugunsten der letzteren zum Ausdruck. Ob aber, wie Spranger meint, in diesen aufgebauten Jahren die Hinführung zu den bestimmten Berufen erfolgen kann, bleibt zunächst ein schwieriges Problem. In der Theorie erscheint es vielleicht einfacher als die praktische Durchführung sich gestalten dürfte. Ob eine zu frühe Einstellung auf den Beruf nicht auch eine Isolierung, eine Einseitigkeit bedeutet? „Nun ist aber der Bildung nichts mehr entgegengesetzt als die Einseitigkeit, jede bloße Routine und Spezialisierung" (Spranger in „Lehrerbildung"). Es wird doch auch einer allmählichen Vorbereitung auf den Beruf dadurch Rechnung getragen werden können, daß man über einen bestimmten Kernunterricht hinaus, namentlich in den letzten Klassen, dem speziellen Interesse des Kindes durch Einfügung von Wahlfächern weit entgegenkommt. Indes

ist hier nicht der Raum, diesem Problem weiter nachzugehen.

Was die Mädchenbildung anbetrifft, so vermögen wir Sprangers Ausführungen nicht ganz zu folgen. Es ist doch zunächst eine Tatsache, daß die Mädchenbildung bisher außerordentlich vernachlässigt worden ist und daß die heutige Kulturlage an die Frau ganz bedeutende Anforderungen stellt. Ihre Stellung ist infolge der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umgestaltung doch stark verändert. Sie ist von ihrem ureigensten Berufe als Frau und Mutter immer mehr abgedrängt worden. Diesem Umstande, mag man ihn bedauern oder nicht, muß Rechnung getragen werden, sowohl im Ausbau der Volks- als auch der höheren Schulen. Ob man allerdings eine allzu weitgehende Angleichung der Mädchenbildung an die Bildung der Knaben anstreben soll, ist eine andere Frage. Gleichwertigkeit, nicht Gleichartigkeit kann hier nur die Forderung heißen. — Bezüglich der durch den Ausbau des Schulwesens verursachten Kosten glauben wir allerdings, daß sowohl für den Einzelnen wie für die Volksgemeinschaft in ideeller wie in materieller Beziehung nichts reichlichere Zinsen tragen kann, als die für eine gute Bildung angelegten Kapitalien. Daß es dabei auch Grenzen gibt, soll natürlich nicht übersehen werden. Für die Masse der die Volksschule durchlaufenden Jugend dürfte die Grenze wohl noch nicht erreicht sein, geschweige denn überschritten.

Eine besondere Gefahr der Verschulung sieht Spranger darin, daß alle Ausbildung und Erziehung von der Schule erwartet wird, daß die Schule alles an sich zieht und den Eltern die Sorge und Verantwortung abnimmt. So weit die Volksschule in Betracht kommt, hat die Lehrerschaft es immer als ihre höchste Pflicht angesehen, der nicht nur vom Staate, sondern gelegentlich auch von den Eltern vernachlässigten Jugend ein verantwortungsbewußter Treuhänder zu sein. Sie hat in dieser Beziehung durchaus im Geiste Pestalozzis gehandelt. Sie will den Eltern die Erziehung nicht abnehmen, sie will mit ihr Hand in Hand an den Kindern arbeiten. Wo die Schule im Kampfe gegen die Eltern hat stehen müssen, da handelte es sich um kurzsichtige Eltern, die ihr eigenes Interesse dem ihrer Kinder, nicht immer bewußt und aus sozialer Not heraus, voransetzten. Dem Elternhaus bleibt neben der Schule auch heute noch ein großes Stück Erziehungsarbeit und Verantwortung. Aber in vielen Fällen läßt die Not der Erwerbsverhältnisse die Eltern die Zeit nicht finden, sich ihren Kindern zu widmen. Wenn die Schule in ihren Lebensraum auch die Pflege der Geselligkeit durch Feste und Feiern aufnimmt, wenn sie zum Theater führt, wenn sie Spaziergänge und Wanderfahrten macht, dann eben nicht zuletzt auch deshalb, um in die oft gar zu schattenreiche Jugend des arbeitenden Volkes viel Licht und Sonne zu tragen. Die Schule muß vielfach angesichts der Ungunst der sozialen Verhältnisse zur Lebensstätte der Jugend werden, insonderheit in der Großstadt. Es wäre allerdings besser, wenn allen Kindern im Schoße einer glücklichen Familie die idealste Lebensstätte beschieden wäre. Aber es bleibt vorläufig nur die Hoffnung, daß ein Geschlecht heranwächst, welches seine Lebensverhältnisse so gestaltet, daß die Schule in dieser Hinsicht mehr zurücktreten kann. Es ist und bleibt jedoch eine Notwendigkeit, daß ein Volksstaat nimmer auf eine weit ausgebaute Schule wird verzichten können, wenn er sich nicht selbst aufgeben will. Ihm kommt es darauf an, daß alle Bürger bis zu einer bestimmten Höhe der Bildung emporsteigen können, nicht nur diejenigen, die unter der Gunst der Verhältnisse auch ohne Schulen den Weg zur Höhe würden finden können. Im Volksstaat entscheiden auf die Dauer nicht die Einzelnen, sondern es ist die Gesamtheit, die seinen Bestand gewährleisten muß. Es ist sicherlich wahr, daß die Schule nicht das volle Leben sein kann. Aber kann die Jungend „an der vollen Wirklichkeit emporwachsen?“ Ist das Leben mit all seinen Unzulänglichkeiten, mit seinen Widersprüchen und Zufälligkeiten, mit seinen vielen Gefahren, zumal in der heutigen Zeit nicht erst dann bildend, wenn eine weitgehende Auslese aus seinen oft fragwürdigen Bildungswerten vorgenommen wird? Und dazu ist aus den oben erwähnten Gründen in erster Linie die Schule berufen. Wenn es auch zutrifft, daß ein Charakter sich im Strome des Lebens bildet, so wird ebenso richtig sein, daß viele in diesem Strome ertrinken werden, wenn sie nicht erst abseits im seichteren Wasser haben schwimmen gelernt. Allerdings hat die Schule Sorge zu tragen, daß sie in engster Berührung mit dem Leben bleibt, und diese Forderung zu erfüllen, müht sich die Volksschule längst. Wir würden Sprangers Forderung, die Berufsschule an die Stätten der beruflichen Wirksamkeit zu verlegen, die rechte Meisterlehre durch die Schule zu ersetzen, gern erfüllt sehen. Aber wo sind die Meister, die diese Aufgaben erfüllen könnten oder wollten? Gerade hier sind Theorie und Praxis grundverschiedene Dinge. Die heute überall geforderte Rationalisierung der Betriebe ist der Todfeind dieser edlen Forderung. Die Wirtschaft wird schwerlich einsehen, daß es den Grundsätzen der Rentabilität nicht zuwiderlaufen muß, wenn pädagogischer Geist in der Fabrik Eingang findet. So muß denn auch hier die Schule leider zu ersetzen suchen, was das Leben nicht zu geben vermag.

Was die Gefahr der Scholastik und des Lehrklerus angeht, so teilen wir die Befürchtungen Sprangers, so weit die Volksschule in Frage komt, nicht. Die Bestrebungen der Schulreform kämpfen in erster Linie gegen jene Gefahr der Scholastik. Die Lehrerschaft müht sich ernstlich, die Schule frei zu machen von allem, was nicht unbedingt bildenden Wert besitzt. Die Forderung, daß für die Auswahl des Stoffes die Wachstumsbedürfnisse des Kindes in erster Linie ausschlaggebend sein müssen, findet schon längst in den Lehrplänen Berücksichtigung. Weiter sichern die Forderungen der Lebensnähe des Unterrichts, des Heimatprinzips, des Erlebnisunterrichts die Schule gegen die Gefahr einer lebensfernen Mechanisierung. Ueber die bloßen Ausstellungs- und Renomierschulen sind wir hinaus. Was man in den Berliner Schulausstellungen sah, war durchaus ein echtes Bild aus der neuen Schule,wie man es längst auch anderswo schon finden kann.

Wenn der Eindruck eines Lehrklerus aufkommen konnte, dann vielleicht gerade unlängst im Kampfe um den Reichsschulgesetzentwurf. Aber es war nicht der eifersüchtige Anspruch auf die Alleinherrschaft über Jugend und Schule, auf das ausschließliche Bestimmungsrecht für Bildungsgang, Bildungsstoff und Bildungsziele, was die Lehrerschaft auf dem Kampfplatz rief. Vielmehr handelte er sich um die berechtigte Abwehr der Uebergriffe solcher Mächte, die sich berechtigt glaubten, die Jugend ihren Sonderinteressen weltanschaulicher oder politischer Art dienstbar machen zu können. Die deutsche Lehrerschaft hat immer betont, daß Bildung und Erziehung der Jugend eine Angelegenheit des Gesamtvolkes ist, und sie wird jede Mitarbeit dankbar begrüßen, wenn das Eigenrecht der Jugend und die Autonomie der Bildung gewahrt bleiben.

Im Dienste einer neuen Formung der Bildungsstätte der Jugend arbeiten auch die päd. Kongresse, durch Reden und Schriften können wir Staat und Volk nicht retten. Aber ist es nicht zunächst symtomatisch, daß auf Zeiten starker Umstellungen stets lebhafte Kämpfe um neu auftauchende Ideen in Wort und Schrift geführt wurden, bis langsamer Klärung dann wirkliche Gestaltung folgte? Aber gerade auf pädagogischem Gebiete begegnen uns infolge der großen Interesselosigkeit der weiten Oeffentlichkeit den Erziehungsfragen gegenüber die größten Hemmungen, so daß eben immer wieder erneut um Erfüllung auch der längst nicht

mehr umstrittenen Fragen gekämpft werden muß. Die besondere Aktivität auf dem Gebiete der Erziehung erklärt sich aber daraus, daß man früher lediglich aus der Theorie heraus von oben herab Form und Inhalt der Schule vorschrieb, während man heute von den Stätten der Bildung aus die beste Lösung zu finden sucht. Daß dabei die Lehrer in besonderem Umfange zur Mitarbeit berufen sind, ist wohl natürlich. Einen edleren Zweck, als in gemeinsamer Arbeit um die beste Gestaltung der Erziehungs- und Bildungsstätte unserer Jugend zu ringen, kann auch ein pädagogischer Kongreß nicht haben. Und alle, die jene Tage des Berliner Kongresses miterleben durften, werden diesen Willen zur Tat gefühlt haben und mit neuer Schwungkraft an die nicht immer begeisternde Arbeit in die Schulstube zurückgekehrt sein. Pflichttreue und pädagogischer Enthusiasmus, wie Georg Wolf es formuliert hat, werden stets die Träger unserer Arbeit sein müssen.

Zur Finanzlage der Schulgemeinden.

Am 24. April ist im Landtage die Vorlage 128, genauer das „Abänderungsgesetz zu dem Ausführungsgesetz vom 20. Mai 1926 zu dem Finanzausgleichgesetz in der Fassung des Gesetzes über Aenderungen des Finanzausgleiches zwischen Reich, Ländern und Gemeinden vom 10. August 1925" erledigt worden. Das Gesetz berührt den Steueranteil der Schulgemeinden mit folgendem Abschnitt II in § 1.

In § 1 Abs. 3 wird „ein Fünftel ersetzt durch „ein Sechstel". Abs. 3 erhält folgenden Satz 2:

„Der sich aus der Herabsetzung des Schulgemeindeanteils von ein Fünftel auf ein Sechstel ergebende Unterschiedsbetrag wird zur Hälfte für die Unterstützung leistungsschwacher Schulgemeinden bereitgestellt."

Diese Bestimmung bringt also für die Schulgemeinden eine Verringerung des Steueranteils um ein Dreißigstel

In der Begründung steht folgender die Schulgemeinden berührender Satz:

„Eine Herabsetzung des Schulgemeindeanteils zu Gunsten der politischen Gemeinden ist auch zu vertreten, weil die Entwicklung gezeigt hat, daß die Mehrzahl der Schulgemeinden insbesondere auch einzelne der größeren Schulgemeinden, bei dem bisherigen Finanzausgleich gegenüber den politischen Gemeinden stark begünstigt waren."

Ferner wurden folgende Berechnungen angestellt:

Die Amts- und Stadtgemeinden hatten bislang ein Fünftel der ihnen überwiesenen Reichseinkommen- und Körperschaftssteuern den Schulgemeinden zu überweisen. Das ist nach der Schätzung für 1928

a) von der Reichseinkommensteuer	244 703,79 Mk.
b) von der Körperschaftsteuer	29 702,69 „

Wird statt diesem ein Fünftel der überwiesenen Beträge nur noch, wie vorgeschlagen, „ein Sechstel" überwiesen, so vermindern sich die Beträge

zu a) auf	203 919,83 Mk.
zu b) auf	24 752,24 „

Der Unterschiedbetrag von 40 783,96 Mk. bezw. 4950,45 Mk. soll nach der Vorlage den politischen Gemeinden zur Hälfte zugute kommen, während der Rest für leistungsschwache Schulgemeinden bereitgestellt bleibt.

Der Lippische Lehrerverein hat zu der Vorlage 128 am 22. April dem Lipp. Landtage folgende Eingabe unterbreitet:

Wir bitten den Landtag ergebenst, die Vorlage 128 so zu ändern, daß der sich aus der Herabsetzung des Schulgemeindeanteils von ½ auf 1/5 ergebende Unterschiedsbetrag in seiner vollen Höhe für die Unterstützung leistungsschwacher Schulgemeinden bereitgestellt wird.

In der Begründung zur Vorlage 128 heißt es: Eine Herabsetzung des Schulgemeindeanteils zu Gunsten der politischen Gemeinden ist auch zu vertreten, weil die Entwicklung gezeigt hat, daß die Mehrzahl der Schulgemeinden, insbesondere auch einzelne der größeren Schulgemeinden, bei dem bisherigen Finanzausgleich gegenüber den politischen Gemeinden stark begünstigt waren. Demgegenüber muß aber darauf hingewiesen werden, daß die große Mehrzahl der Schulgemeinden eine Einschränkung ihrer steuerlichen Einkünfte nicht ertragen kann. Tatsächlich sind viele Schulgemeinden in einer so üblen Finanzlage, daß sie ihre notwendigsten Aufgaben nicht erfüllen können.

Wir möchten zunächst nur allgemein auf einige Mißstände hinweisen, die namentlich an den ländlichen Schulen infolge der finanziellen Einengung mehr und mehr in Erscheinung treten. — Nach dem Kriege ist zum Ausgleich alter Rückstände in anerkennenswerter Weise ein Ausbau der lippischen Volksschule durch Erhöhung der Lehrer- und Klassenzahl erfolgt. Durch den Krieg, die Inflation und die nachfgloende Kapitalknappheit verursacht, sind aber neue Schulbauten und Vergrößerung der bestehenden Schulräume in so geringer Zahl erfolgt, daß heute an vielen Stellen ein Mißverhältnis besteht zwischen der Schulgliederung und der Zahl der verfügbaren Schulräume. In einer noch zu großen Zahl haben wir den Zustand, daß an einer Schule mit zwei Lehrern in einem einzigen Schulzimmer unterrichtet werden muß, oder so ähnlich bei drei und mehr Lehrern. Dieser Zustand bringt nicht nur für die Schüler und ihre Eltern große Nachteile mit sich, sondern ist auch unterrichtlich und hygienisch von erheblichem Schaden. An diesen Stellen müssen dringend Vergrößerungsbauten vorgenommen werden. — Wir müssen weiter die Aufmerksamkeit des Landtages darauf lenken, daß es noch so trostlose Schulhäuser und Schulräume gibt, daß sie einfach nicht würdig sind, Unterrichtsstätten der Jugend zu heißen. Es ist uns bekannt, daß in einer Reihe von Orten auch wohl die Absicht besteht, Neubauten oder Vergrößerungen vorzunehmen, daß die Schulkörperschaften aber nicht wissen, wie die Zinsen aufzubringen sind. Es gibt andere Schulgemeinden, die einen Schulbau begonnen haben, aber nicht weiterführen können. —

Selbst wo keine Bauausgaben notwendig sind, erwachsen manchen Schulgemeinden hohe Unkosten, weil infolge der Unterlassungen in den Kriegs- und Inflationsjahren größere Reparaturen notwendig werden. Mit besonderer Dringlichkeit muß folgendes hervorgehoben werden: In manchen Schulen stehen noch heute ganz abgenutzte und völlig veraltete Schulbänke, die allen unterrichtlichen und gesundheitlichen Notwendigkeiten Hohn sprechen; der Anstrich und die Ausschückung der Schulzimmer ist ganz vernachlässigt. In die Etats vieler Schulgemeinden hat seit Jahren kein Betrag mehr eingesetzt werden können für die Beschaffung der heute unbedingt notwendigen Lehrmittel. In Preußen ist durch Ministerialerlaß allen Schulen aufgegeben worden, einen vorgeschriebenen Mindestbestand an Lehrmitteln zu beschaffen. Wir können wohl behaupten, daß die preußische Minimalforderung in einer ziemlichen Anzahl der lippischen Schulen nicht erfüllt wird. Es fehlt an allen Enden, vom ordentlichen Tintenfaß angefangen, bis zum Beschäftigungsmaterial für die Schulanfänger, zum physikalischen Gerät, zum ausreichenden Bilder- und Kartenbestande und zum geräumigen Schulschrank. Das ist ein Zustand, der auf die Dauer nicht ohne Schaden für die Leistungshöhe der Volksschule ertragen werden kann. — Wir müssen zuletzt die Aufmerksamkeit der Herren Abgeordneten darauf lenken, daß in vielen Schulen entgegen den ausdrücklichen Bestimmungen des lippischen Volksschulgesetzes unter Mißachtung aller hygienischen Forderugen die Schulreinigung von den Schulkindern ausgeführt wird. Wir können in diesem Zusammenhange auf den Fall hinweisen, daß an einer Schule die Lehrer eine Arbeit übernommen hatten, die gewiß nicht in ihren pädagogischen Aufgabenkreis hineingehörte: sie ölen regelmäßig die Fußböden ihrer Schulräume, weil sie glauten, die entsprechende Ausgabe der Schulklasse nicht zumuten zu können.

Ueberhaupt möge zum Schluß noch, wenn auch der knappen Zeit wegen von zahlenmäßigen Angaben über die finanzielle Lage aller lippischen Schulen abgesehen werden muß, an einigen augenfälligen Beispielen dargelegt werden, in welcher Notlage sich namentlich ländliche Schulgemeinden befinden.

Eine Schule mit zwei Lehrern hat nach Ausschöpfung aller Steuermöglichkeiten eine Gesamteinnahme von 934.—; dem steht gegenüber eine Ausgabe allein für Zinsen von 500.— Mk. Mit den restlichen 434.— Mk. sollen bestritten werden die Ausgaben für Heizung, Reinigung, Ausbesserungen, Anteil für Handarbeitsunterricht, Brandkassenbeiträge, Steuern und den notwendigsten Unterrichtsbedarf. Die Schule kann diese Aufgaben einfach nicht erfüllen.

Eine Schule mit drei Lehrern in einem Orte mit schnell anwachsender Arbeiterbevölkerug und starken Anforderungen an die Schulkasse hatte im vorigen Jahre eine Einnahme von 1360.— in diesem Jahre von nur 960,— Mk. Sie erhielt nach 18 Jahren zum ersten-Mal einen Anstrich und konnte als letztes Gebäude im Dorfe den Anschluß an die elektrische Leitung vollziehen.

In einer Schulgemeinde, die ein zweites Schulzimmer und eine aus zwei Zimmern bestehende Wohnung gebaut hat, beträgt die Schuldenkast 10 250,— Mk. An Zinsen sind jährlich zu zahlen 722,— Mk., ein Abtrag der Schulden muß jährlich mit 202,— erfolgen. Die Gesamtsumme der Einnahme reicht nicht aus, um diesen für den jährlichen Schuldendienst notwendigen Betrag auszugleichen. Die sonstigen rein zwangsläufigen Ausgaben in Höhe von 623,— die sich im vorigen Jahre an dieser Schule ergeben haben, füllen in ihrer ganzen Höhe das Defizit der Schulgemeinde aus.

Eine andere Schule hat die Absicht, einen von allen Seiten als notwendig erkannten Neubau auszuführen. Die Kosten sind auf 30 000,— veranschlagt. Man glaubt dort, durch Umlage aufbringen zu können7250,—, aus öffentlichen Mitteln zu bekommen 7500,—. Wenn die restlichen etwa 15 000,— auch nur mit 8% zu verzinsen wären, so ergäbe sich ein jährlicher Zinsbetrag von 1200,—. Dieser Summe stand im vergangenen Jahre eine Gesamteinnahme von rund 1000.— gegenüber.

Als Beispiel dafür, wie es an manchen Stellen mit der Lehrmittelausrüstung steht, geben wir eine Stelle aus einem uns übersandten Brief eines Lehrers wieder. Es heißt dort: Als ich vor vier Jahren die Leitung der Schule übernahm, war als Hauptwandtafel eine mindestens 75 Jahre alte Holztafel vorhanden, in deren Mitte sich ein faustgroßes, wurmzerfressenes Loch befand. An die Karte der östlichen Halbkugel, die gerade an der Wand hing, knüpft sich folgende charakteristische Begebenheit. Mein Vater, der 77 Jahre alt ist, blieb beim Betreten des Schulzimmers ganz erstaunt stehen und bekannte: Das ist ja dieselbe Karte, die in meiner Schulzeit auch an der Wand hing. Innerafrika war ein großer weißer Fleck, und Quelle und Lauf des Kongo war noch unerforschtes Gebiet." — Auch in dieser Gemeinde, die immer alle Steuermöglichkeiten ausgeschöpft hat, ist im letzten Jahre nichts für die Beschaffung von Lehrmitteln eingesetzt worden.

Wir glauben mit diesen Angaben und Beispielen hinreichend dargelegt zu haben, daß die Finanzlage der Schulgemeinden keineswegs so günstig ist, wie man es nach der Begründung zu Vorlage 128 vermuten muß. Wir bitten, den von uns dargelegten Notwendigkeiten in der eingangs vorgeschlagenen Weise Rechnung zu tragen.

Die Vorlage ist ohne Aenderung gegen 5 Simmen angenommen worden; damit sind die Verbesserungswünsche des L. L. V. abgelehnt. In der Debatte hat die vorstehende Eingabe eine wesentliche Rolle gespielt. Trotz der Ablehnung ist der Erfolg zu verzeichnen, daß die gesetzgebenden Instanzen auf die finanzielle Notlage hingewiesen worden sind, in der sich namentlich viele ländliche Schulgemeinden befinden. Diese, in der Eingabe dargelegten Zustände, die Unzulänglichkeit der Schulräume und der Lehrmittel, die Schulreinigung durch Schulkinder usw. müssen ein Ende finden. Wenn Herr Droke am Schluß der Debatte gesagt hat, das Landespräsidium werde sich mit der Oberschulbehörde ins Benehmen setzen und gegebenenfalls eine Belieferung mit Lehrmitteln von staatlicher Seite ins Auge fassen, so kann man hoffen, daß vielleicht auf diesem Wege manche Mißstände behoben werden können. Daß überhaupt geholfen wird, scheint uns vom Standpunkt der Schule aus das Wesentliche zu sein.

Es konnte nicht ausbleiben, daß die Frage der selbstständigen Schulgemeinden in die Debatte gezogen wurde. Nachträglich tut es auch noch die Lippische Landeszeitung, die in ihrer Wochenrundschau „Rund um die Woche" vom 6. 5. schreibt: „Mit rationeller Steuerbewirtschaftung verträgt sich natürlich nicht die jetzige steuerliche Sonderstellung der Schulgemeinden. Man wird auf sie wohl oder übel verzichten müssen; man kann auf sie auch verzichten, ohne dem Lebensinteressen der Schulgemeinden zu nahe zu treten." Nachdem die sozialdemokratische Landtagsfraktion sich des öfteren für die Aufhebung der Schulgemeinden eingesetzt hat, scheint jetzt auch das Organ der Deutschen Volkspartei in diese Linie zu treten. Zweifellos drängt somit die Frage der örtlichen Schulverwaltung zu einer Entscheidung. Wir werden Sorge zu tragen haben, daß, wie die Frage der Schulgemeinden auch immer entschieden werde, der Schule die finanzielle Möglichkeit zu leben und sich auszubauen, gegeben ist.

Die Lippische Wanderbibliothek.

Eine Ergänzung.

In der vorigen Nummer ist beim Abdruck des Aufsatzes „Die Lippische Wanderbibliothek" von Frl. Dr. Schladebach ein bedauerliches Versehen unterlaufen. Es fehlt ein ganzer Abschnitt. Dadurch ist einmal die logische Gedankenführung unterbrochen, zum andern aber gerade das ausgefallen, was auf die pädagogische Seite der Wanderbibliothek hinweist. Weil ein bloßes Nachholen des ausgefallenen Abschnittes die Lücke nicht ausfüllen würde, veröffentlichen wir ihn noch einmal in einem Zusammenhange, aus dem heraus er verstanden werden muß.

Frl. Dr. Schladebach hatte eingangs über die Einrichtung und Entwicklung der Wanderbibliothek geschrieben und hatte als eine der Ursachen des Rückgangs die mangelnde Mitarbeit der Lehrer hingestellt. Wir veröffentlichen nunmehr noch einmal unter Hinzufügung des versehentlich fortgelassenen Absatzes den Teil, der die Lehrer zu stärkerer Mitarbeit auffordert:

Die Tatsache der ungenügenden Mitarbeit möchte ich im Einzelnen hier nicht erörtern. Es liegt mir mehr daran, eindringlich auf die Grundbedingungen hinzuweisen, die erfüllt werden müssen, wenn überhaupt der Anfang zu einer fruchtbaren Büchereiarbeit gemacht werden soll. Zunächst ist ein Mindestmaß an pünktlicher und sorgfältiger Verwaltungsarbeit für einen reibungslosen und übersichtlichen Ablauf des Gesamtbetriebes der Lippischen Wanderbibliothek notwendig und muß deshalb geleistet werden. Der Vergleich mit anderen Bibliotheken zeigt, daß ein Mindestmaß gefordert wird. Ohne Zeit und Mühe geht es natürlich trotzdem nicht ab.

Dann ist es notwendig, daß sich der Verwalter einer Wanderbibliothek um eine möglichst weitgehende Kenntnis der Bücher seines Wanderbestandes und des Lesebedürfnisses seiner Leser bemüht, denn nur so kann er pädagogische Ausleihearbeit tun. Es steht hier das Wesentliche der Sache auf dem Spiel! Damit ist es nicht getan, gute Bücher wahllos zu verteilen. Der Verwalter muß sich jedes Mal neu bemühen, das rechte Buch zur rechten Zeit an den rechten Menschen zu bringen. Die Aufgabe ist schwierig, ich gebe das zu, meistenteils nicht restlos lösbar, aber als Ziel darf sie trotzdem nicht aufgegeben werden.

So verlangt die zweite Grundbedingung mehr Zeit und Mühe als die erste, aber es handelt sich hier ja auch nicht nur um exakte Verwaltungsarbeit, sondern um geistige, pädagogische Arbeit, die dem selbst geistig-seelischen Gewinn bringt, der sie leistet.

Der gegebene Büchereiverwalter ist der Lehrer, soweit er nicht nur „Beamter mit Lehrauftrag", sondern wirklicher Erzieher und Volksbildner auch außerhalb der Schule ist. Nicht der ist geeignet, der mit dem unerfreulichen Hochmut des „Gebildeten" die Romane und Erzählungen, die nicht alle der Oberschicht des dichterischen Schrifttums angehören, in Bausch und Bogen verächtlich als Kitsch abtut. Aber auch der nicht, der sich unbeschwert vom pädagogischen Gewissen ohne weiteres dem Massengeschmack der Leser anpaßt. Der richtige Büchereipädagoge ist der, der selbst Freude an den Büchern hat und der nun auch die anderen dahin führen möchte, sich seelische und geistige Kräfte aus den Büchern zu holen, bei der Wahl der Bücher aber jedesmal die Auffassungs- und Entwicklungsmöglichkeiten des Lesers beachtet. Das ist eine Aufgabe, die er nicht halb nebenher mit abtun kann, sondern die unablässig Zeit und Mühe und die rechte freudige Kraft fordert. Denn ohne Kampf gegen Schwerfälligkeit und Gleichgültigkeit und ohne gründliche Enttäuschung geht es bei außerschulmäßiger Bildungsarbeit nicht ab.

Ich weiß nun, daß der Lehrer auf dem Lande mit freiwilligen Arbeiten neben seinem Beruf überlastet ist. Es soll auch versucht werden, daß seine Büchereiarbeit als gleichwertig der Schularbeit zugeordnet wird. Aber auf die gestellten Forderungen kann nicht verzichtet werden. Es muß intensive, vertiefende Arbeit geleistet werden. Das allein bedeutet bei Bildungsarbeit, um die es hier geht, Vorwärtskommen.

Umschau

Unser Verhältnis zum Deutschen Beamtenbund.

Zu dieser Frage, mit der sich auch die Vertreterversammlung des D. L. V. in Braunschweig befassen wird, nahm der Sächsische Lehrerverein folgende Entschließung an:

„Der Sächsische Lehrerverein stellt mit Bedauern das Versagen des Deutschen Beamtenbundes im Kampfe um das Reichsschulgesetz fest.

Den Kampf um die Besoldungsreform hat der Deutsche Beamtenbund mangelhaft vorbereitet. Bei der Durchführung des Kampfes hat er die Einheitlichkeit der Führung vermissen lassen.

Der Sächsische Lehrerverein fordert vom Deutschen Lehrerverein, in allen Instanzen des Beamtenbundes tatkräftig auf eine Reorganisation des Deutschen Beamtenbundes hinzuwirken.

Besonders ist zu fordern:

1. Der Aufbau des DBB. ist klar gewerkschaftlich durchzuführen.
2. Die Verflechtung mit den Wirtschaftseinrichtungen ist zu lösen.
3. Die Geschäftseinrichtung des DBB. ist zu vereinfachen und zu verbilligen.
4. Die einheitliche Führung der Bundespolitik ist unbedingt sicherzustellen.
5. Die Einigungsverhandlungen zum Zwecke des Zusammenschlusses der gesamten deutschen Beamtenschaft sind erneut aufzunehmen.

Der Deutsche Lehrerverein wird aufgefordert, zur Kündigung der Mitgliedschaft zu schreiten, falls diese Bedingungen nicht zuverlässig erfüllt werden."

Die kollegiale Schulleitung.

Der Rheinische Lehrerverband bekannte sich in seiner letzten Vertreterversammlung in den Ostertagen einstimmig zu folgender Entschließung:

1. Das Wesen der koll. Schulleitung und Schulverwaltung liegt in der Gleichwertigkeit, Gleichverantwortlichkeit der Erzieherpersönlichkeiten begründet.
2. Sie äußert sich in der solidarischen Verpflichtung aller an einer Schule wirkenden Lehrkräfte und umfaßt die einander fördernde Zusammenarbeit der Kollegen und Kolleginnen, die gemeinsame Arbeit an allen Schulkindern und die arbeitsteilige Ausführung der Verwaltungstätigkeit.
3. Sie schließt damit eine autoritative Schulleitung als unvereinbar mit der wahrhaft förderlichen Schularbeit aus.
4. Zur Vertretung des Kollegiums nach außen hin wird von diesem ein Leiter auf Zeit gewählt, dessen büromäßige Arbeiten durch Erlaß von Unterrichtsstunden abgegolten werden.
5. Die Forderung, daß für die Uebernahme der Geschäfte eines Schulleiters besondere Prüfungen maßgebend sein sollen, lehnen wir mit allem Nachdruck ab.
6. Wir fordern die endliche restlose Durchführung der kollegialen Schulleitung und ihre gesetzliche Festlegung und
7. bekämpfen jede Heraushebung einer Gruppe von Lehrenden durch besondere gehaltliche Abgeltung.

Neuforderungen zur preuß. Besoldungsordnung.

Die Vertreterversammlung des Rheinischen Lehrerverbandes fordert einmütig von der Leitung des Preuß. Lehrervereins:

1. daß sie ungesäumt die Vorbereitungen zu einer neuen Besoldungsaktion trifft und
2. darin folgendes Programm zu verwirklichen sucht:
   a) ein Einheitsgehalt für alle Lehrenden unter Fortfall aller Stellenzulagen, — auf Grund der durch die kollegiale Schulverwaltung gekennzeichneten Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung aller an der Volksschule tätigen Lehrkräfte;
   b) Annäherung dieses Gehalts an das der Studienräte, mindestens 80 Proz. desselben;
   c) Aufstieg innerhalb dieses Gehalts nur nach dem Dienstalter;
   d) ein Wohnungsgeld, das den Ersatz der nicht gewährten Dienstwohnung darstellt;
   e) gebietliche Abgeltung besonderer Teuerungsverhältnisse;
   f) 5-jähriges Diätariat für alle;
   g) Beseitigung des Besoldungsunrechts gegenüber den Pensionären.
3. Eine alsbald einzuberufende Vertreterversammlung des Pr. L. V. soll dieses Programm aufnehmen und die erforderlichen Ermächtigungen für den Vorstand erteilen.

Umgehung des Grundschulgesetzes.

Mit dieser Frage hat sich gelegentlich der Umschulung einiger Gehöfte der Landtag beschäftigt. Der Gutsbesitzer H. in R. weigerte sich vor 2 Jahren aufgrund eines ärztlichen Zeugnisses seine schulpflichtig gewordene Tochter in die Grundschule in A. zu schicken. Infolge festgestellter „gesundheitlicher Besserung" ordnete die O. Sch. B. zu Ostern d. J. die Aufnahme des Kindes in die Schule zu A. an. Da wurde vom Landespräsidium die schon früher angeregte Umschulung des Gutes nach B. angeordnet. Herr H. stellte sich nunmehr auf den Standpunkt, daß ihm nicht zugemutet werden könne, seine Tochter, die später ein Lyzeum besuchen solle, in die media gegliederte Schule nach B. zu schicken. Das Landespräsidium schloß sich diesem Standpunkte an und befreite das Kind von dem Besuche der Grundschule in B. Der Landtag hat geglaubt, in diese Angelegenheit nicht eingreifen zu sollen. Uns erscheint die Entscheidung des Landespräsidiums aber wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung und der daraus sich ergebenden Konsequenzen höchst bedenklich. Sie macht den Weg zur Umgehung des Grundschulgesetzes frei und ermöglicht es den sogen. besseren Kreisen, unter Berufung auf diesen Fall ihre Kinder der Volksschule zu entziehen.

Die „mittlere Reife" marschiert.

Einem Runderlaß des Preußischen Handelsministers an die Regierungspräsidenten vom 10. 3. 1928 — IV a 2455/28 — entnehmen wir folgende Ausführungen:

„Die Verhandlungen über die Einrichtung von Wirtschaftsaufbauschulen haben ergeben, daß der Durchführung erhebliche Bedenken entgegenstehen. Ich habe daher nach Fühlungnahme mit dem Herrn Reichsminister des Innern vorgesehen, daß eine Form der zweijährigen Handelsschule geschaffen wird, die das Recht der mittleren Reife gewährt. Dieses Recht kann denjenigen Handelsschülern (Schülerinnen) zuerkannt werden, die bei ihrem Eintritt in die Handelsschule die 4. Klasse einer höheren Lehranstalt oder einer preußischen Mittelschule oder die unterste Klasse einer Aufbauschule mit Erfolg besucht oder eine als gleichwertig anerkannte Vorbildung genossen haben und in besonderen Klassen mit erweiterten Lehrzielen vereinigt werden. Aufnahmefähig sind ferner Schüler, die eine abgeschlossene Volksschulbildung besitzen und sich mindestens zwei Jahre im kaufmännischen Berufsleben betätigt haben. Daneben kann die Reife für den Eintritt auch durch eine Aufnahmeprüfung nachgewiesen werden, in der entsprechende Anforderungen der Mathematik und einer Fremdsprache zu stellen sind. Die Einrichtung einer Vorklasse zur Vorbereitung für den Besuch dieser Schule ist zulässig.

Das den Schülern auszuhändigende Schlußzeugnis über den erfolgreichen Besuch dieser Handelsklassen hat den Vordruck zu tragen: „Dem Schüler (der Schülerin) wird das Zeugnis zur mittleren Reife zuerkannt." (Ko)

Aufsichtsräte und Direktoren.

Gegenüber der starren Ablehnung der Bankleitungen, die Bezüge der Bankangestellten zu erhöhen, muß immer wieder auf die Zuwendungen an Aufsichtsratsmitglieder hingewiesen werden. So zahlten im Jahre 1926 die deutschen Großbanken für jedes Mitglied des Aufsichtsrats folgende Beträge: Berliner Handelsgesellschaft 8990 Mark, Commerz- und Privatbank 10561 Mark, Darmstädter und Nationalbank 8571 Mark, Deutsche Bank 11884 Mark, Diskonto-Gesellschaft 15637 Mark, Dresdner Bank 10308 Mark. Nach den neuesten Ausweisen zahlten einige Großunternehmungen im letzten Jahre insgesamt folgende Vergütungen an Aufsichtsräte: J. G. Farbenindustrie 1 979 000 Mark, Deutsche Bank 677 419 Mark, Diskonto-Gesellschaft 650 000 Mark, Commerzbank 588 400 Mark, Dresdner Bank 486 418 Mark, Siemens & Halske 414 680 Mark, Hapag 443 918 Mark, Norddeutscher Lloyd 352 202 Mark, Adac 267 000 Mark, AEG. 206 019 Mark, Metall-Bank 157 345 Mark, Reichskredit 133 000 Mark, Schaafhausen 121 622 Mark, Mitteldeutsche 90 555 Mark Vereinigte Stahlwerke 49 000 Mark, Berliner Maschinen 25 000 Mark, insgesamt 6 642 146 Mark.

Diese Summen ergeben den Betrag, der ausreichen würde, um 50 000 Arbeiter einen Lohnzuschlag von 5 Pfg. für die Stunde auf die Dauer von nahezu einem Jahr zu gewähren.

* * *

Ende des Jahres 1926 fiel es auf, mit welcher ungewöhnlichen Fixigkeit die Verschmelzung der A.-G. Weser mit der Tecklenborg und dem Hamburger Vulkan zur Deutschen Schiffs- und Maschinenbau A.-G. („Deschimag") vor sich ging. Aus einem Prozeß, den die „Deschimag" soeben vor dem Landgericht Bremen gewonnen hat, erfährt man näheres über die geschäftlichen Manipulationen bei Fusionen und Konzernbildungen.

Die Generalversammlung der Aktionäre der Firma Tecklenborg mußte damals die Verschmelzung genehmigen. Die erforderlichen Beschlüsse wurden durch die Großaktionäre durchgesetzt. Da das Jahr 1926 für den Betrieb der Firma Tecklenborg außerordentlich ertragreich gewesen war, sollte ein Jahresbilanz für 1926 nicht mehr aufgemacht werden, so daß die Aktionäre nichts von den gewaltigen Gewinnreserven bei der Verschmelzung erfuhren. Einige Kleinaktionäre waren jedoch unzufrieden und klagten vor Gericht, weil die vorhandenen Gewinne nicht sachgemäß aufgeteilt worden seien, es waren nämlich 300 000 RM. in die Kasse der drei Direktoren der Tecklenborg A.-G. gewandert und 240 000 RM. an die 5 Mitglieder des Aufsichtsrats verteilt worden. Das Landgericht hat nunmehr zwar entschieden, daß diese Zuwendungen zu Recht erfolgt sind, und der „Deschimag"-Konzern hat den Prozeß gewonnen, die Gegner haben indessen Revision eingelegt, so daß man auf den endgültigen Ausgang dieses Rechtsstreites gespannt sein kann.

Aktiengesellschaften überhaupt	Davon in Konzernen	Anteil des ges. Aktienkapitals an Konzernen
I. Kalibergbau 16	16	100 v. H.
II. Mit Bergbau verbundene Unternehmungen . . . 51	27	97,7 „
III. Braukohlenbergbau . . 66	43	95,5 „
IV. Steinkohlenbergbau . . 31	20	90,5 „
V. Mit Eisen- und Metallgewinnung verb. Werke . 66	30	88,5 „
VI. Elektrotechn. Industrie . 244	62	84,4 „
VII. Eisen- und Metallgewinnung 143	50	
VIII. Banken 673	136	Ueber 50 v. H.
IX. Baugewerbe 197	27	
X. Theater- und Sportgewerbe m. Filmindustrie 140	21	

Aus dem Vereinsleben

Vertreterversammlung am 18. 4. in Detmold.

Bericht.

Im Bericht des Vorsitzenden wurde Mitteilung gemacht von der Verteilung der Geschäfte im neuen Vorstande. (Schriftführer und Schriftleiter wie bisher, Kassenführer wird Koll. Kesting.) — In der Aussprache wurde der Wunsch ausgesprochen, in der Schulzeitung möchten in Zukunft laufend die Stellenbesetzungen veröffentlicht werden. Dieser Anregung soll nach Möglichkeit entsprochen werden. — Dem Kassenführer der K. u. K. wurde Entlastung erteilt, nachdem die Jahresrechnung von den Koll. Räker und Hagemann geprüft worden war. — Zur Besoldungsfrage referierte Koll. Hagemann. Anschließend verlas Herr Haase ein von den Schulleitern an den Vorstand gerichtetes Schreiben, in welchem Beschwerde geführt wird über die Behandlung der Schulleiter durch die Besoldungspolitik des L. L. V. und die inzwischen erfolgte Besoldungsregelung. Die strittigen Fragen sind bis auf einen gewissen Rest durch eine Besprechung zwischen dem Vorstande und den Schulleitern geklärt worden. Ueber die Stellung der Schulleiter in den Besoldungen der anderen deutschen Länder sollen Erhebungen angestellt werden. Die Debatte der Vertreterversammlung hatte im wesentlichen diese Frage zum Gegenstande. — Bei den nachfolgenden Wahlen wurden zunächst ohne Aussprache die Koll. Röhr und Schlepper wieder in den G. A. gewählt. — Für den Wahlvorschlag zum L. L. A. unterbreitete der Vorstand einige Vorschläge, die durch solche aus den Bezirksvereinen ergänzt wurden. (Den inzwischen amtlich veröffentlichten Wahlvorschlag s. u.) Gutgeheißen wurde ferner die vom Vorstande vorgeschlagene Aufgliederung des L. L. A. — Es folgte eine Aussprache über das für die Oberschulbehörde vorzuschlagende Mitglied. Ueber die Stellung des Mitgliedes im allgemeinen, wie über die Person des bisherigen Lehrermitgliedes wurde eingehend gesprochen, wobei sowohl Anerkennung wie Kritik geäußert wurde. Der Vorstand hatte davon abgesehen, einen anderen Kollegen für den Posten vorzuschlagen. Aus der Versammlung heraus wurde noch der Koll. Blümchen vorgeschlagen. (Ueber das Ergebnis der Abstimmung s. Bericht über die Vorstandssitzung vom 5. 5.) — Zum Vertreter der Volksschule im Beirat der Oberschulbehörde wurde von der Vertreterversammlung wieder Koll. Haase vorgeschlagen. Für die im L. L. V. zusammengefaßten Lehrpersonen an Mädchenschulen wurde ebenfalls Frl. Lüken wieder vorgeschlagen. Desgleichen soll der von der Fachgruppe der Berufsschullehrer zu benennende Vertreter der Berufsschule in unseren Vorschlag aufgenommen werden. — Die Vertreterversammlung bestätigte einen Beschluß des Vorstandes, Kostenübernahme für den Zivilprozeß Stolte betr.

In der mit der V. V. verbundenen Versammlung des L. L. A. wurde einem Antrag des Kollegiums von Bad Salzuflen, Stellenbesetzung betr. grundsätzlich zugestimmt. Sp.

Vorstandssitzung am 5. 5. in Detmold.

Auf Grund der Abstimmung über den als Lehrermitglied der Oberschulbehörde vorgeschlagenen Kollegen (M. Wolf 255, Blümchen 94, zersplittert 18 Stimmen) wird Herr Wolf vom Vorstande wieder benannt. — Es findet eine Aussprache statt über die im Landtage erledigte Vorlage 128, Finanzlage der Schulgemeinden (i. d.) Lehrmittelbeschaffung. Der Oberschulbehörde soll der Wunsch übermittelt werden, sie möge über den Lehrmittelbestand unserer Schulen und die für Lehrmittel ausgegebenen Summen Erhebungen anstellen und das Material auch dem L. L. A. zw. Prüfung zur Verfügung stellen. Auf einen Antrag Lage, Aufstellung eines Mindestverzeichnisses für Lehrmittel betr. soll dann gegebenenfalls später zurückgegriffen werden. — Der Vorsitzende berichtet über die Sitzung des Hauptausschusses des D. L. V. In Verbindung damit werden die Verhandlungsgegenstände der Vertreterversammlung des D. L. V. in Braunschweig einer Besprechung unterzogen. — Die Neubildung verschiedener Ausschüsse des L. L. V. wird einer vorbereitenden Besprechung unterzogen. Sp.

Der neue Landeslehrerausschuß.

(Beamtenausschuß IIb)

1. Aug. Haase, Lehrer, Jerxen (Vertreter Albr. Köller, Detmold).
2. Heinrich Röhr, Lehrer, Detmold (Vertreter G. Beckmeier, Heidenoldendorf).
3. Gustav Schlepper, Lehrer, Waddenhausen (Vertreter Reinecke, daf.).
4. Wilhelm Diekmann, Lehrer, Heerserheide (Vertreter Beine, Knetterheide).
5. Aug. Pankoke, Lehrer, Schieder (Vertreter Brokmeier, Blomberg).
6. Fr. Kuhlemeier, Lehrer, Heidelbeck (Vertreter Bödeker, Bavenhausen).
7. P. Jasper, Lehrer, Detmold (Vertreter Franzmeier, Detmold).
8. Wilh. Mellies, Lehrer, Lage (Vertreter Ober, Lage).
9. Herm. Kesting, Lehrer, Pivitsheide (Vertreter Thyes, Pivitsheide).
10. Hans Sprenger, Lehrer, Jerxen (Vertreter Vietmeier, Detmold).
11. Martin Wolf, Lehrer, Detmold (Vertreter Wesemann, Detmold).
12. Gustav Hagemann, Lehrer, Brake i. L., (Vertreter Wortmann, Brake).
13. Friedr. Rädeker, Berufsschullehrer, Lemgo (Vertreter Roßmann, Lemgo).
14. Rudolf Köller, Berufsschullehrer, Lage (Vertreter Flöttmann, Detmold).
15. Wilhelm Blümchen, Lehrer, Berlebeck (Vertreter Wehrmann, daselbst).
16. Emil Junker, Lehrer, Lage i. L. (Vertreter Büngener, Lage).
17. August Wiemann, Lehrer, Reelkirchen (Vertreter Plöger, daselbst).
18. Fritz Tippenhauer, Lehrer, Belle (Vertreter Köhring, daselbst).
19. Theodore Nieländer, Lehrerin, Detmold (Vertreterin Frl. Reinboth, Heiligenkirchen).
20. Mathilde Kespohl, Lehrerin, Lage i. L. (Vertreterin Frl. Krietenstein, daselbst).
21. Fritz Mahlmann, Lehrer, Heiligenkirchen (Vertreter Wendt, daselbst).
22. Aug. Lütchemeier, Lehrer, Schlangen (Vertreter Stekker, Bellenberg).
23. Bernhard Albert, Lehrer, Rott (Vertreter Weber, Silixen).
24. Otto Bauer, Lehrer, Dörentrup (Vertreter Gröne, Hillentrup).
25. Bruno Hunke, Lehrer, Oerlinghausen (Vertreter Hansing, Asemissen).
26. H. Grothe, Lehrer, Wörderfeld (Vertreter Köhring, Rischenau).

Lehrerinnen-Turnkursus.

Nächste Tagung des Fortbildungskursus in Gymnastik am 6. Juni, nachm. 4 Uhr, in der Knabenbürgerschule in Detmold.

Schulpolitischer Ausschuß.

Nächste Sitzung am 9. Juni in Lage im Amtshause, nachmittags 3.30 Uhr.

Mitteilungen der Schriftleitung.

Die „Lippische Schulzeitung" ist seit dem 1. April d. Js. in das Zeitungsregister der Post eingetragen. Reklamationen, Umbestellungen und Neubestellungen erfolgen von den zuständigen Postanstalten, an die sich die Bezieher zu wenden haben. — Redaktionsschluß bleibt am 5. jd. Mon. Es wird darauf hingewiesen, daß später einlaufende Beiträge — von kurzen Mitteilungen abgesehen — keine Aufnahme mehr finden.

Auf nach Braunschweig!

Braunschweig, das norddeutsche Nürnberg, hat aufs beste gerüstet für die Vertreterversammlung des DLV. Es ist vorgesorgt, daß Vertreter und Gäste neben den dreitägigen geschäftlichen Verhandlungen reichlich Ausspannung finden durch

unterhaltende Veranstaltungen. Mehrere Ausstellungen bieten viel des Wissenswerten; außer einer großen Lehr- und Lernmittelschau ist besonders zu nennen die Ausstellung des V. D. A.: Die Deutschen Schulen im Auslande. Gut vorbereitete Führungen durch die schöne Stadt, Besichtigungen der Museen, der berühmten Landesbibliothek zu Wolfenbüttel, bringen alle Kunstliebhaber auf ihre Rechnung. Außer einem Begrüßungsabend (u. a. Konzert des Städt. Kinderchors) findet ein Festabend statt, und im alten, schönen Dom Heinrichs des Löwen gibt der Braunschw. Lehrer-Gesangverein ein sehr empfehlenswertes Konzert (Eintritt 1 RM.) Alle Teilnehmer erhalten ein prächtiges Erinnerungsbuch, das mit 28 Federzeichnungen von G. Rüggeberg geschmückt ist; es wird ein bleibendes Andenken an Braunschweig sein. Der Führer durch die Vertreterversammlung ist den Vertretern und Gästen, die sich rechtzeitig anmeldeten, bereits zugegangen; er ist übersichtlich und schön hergerichtet und besonders wertvoll durch einen Aufsatz von H. Edel über die Fachwerkhäuser der Stadt Braunschweig, der zahlreiche farbige und andere Abbildungen enthält. Wer sich von den Anstrengungen der Tagung gründlich erholen möchte, findet dazu Gelegenheit bei anschließenden Wanderungen durch Harz und andere Waldgebiete in der Nähe Braunschweigs.

Anmeldungen werden noch entgegengenommen (Geschäftsstelle: Braunschweig, Küchenstraße 1). Geldsendungen (3 RM. Teilnehmergebühr sind zu richten an Herrn Mittelschullehrer W. Koch, Braunschweig, Körnerstraße 22, Postscheckkonto Hannover 15 494). Nichtgemeldete Besucher wollen sich während der Tagung an die Empfangsstelle: Knaben-Mittelschule am Augustplatz (3 Min. rechts vom Bahnhof) wenden.

Verschiedenes

Nebenamtlicher Berufsschulunterricht.

Die Vergütung für nebenamtlichen Berufsschulunterricht ist nunmehr vom L. L. Pr. neu geregelt worden. Mit Rückwirkung bis zum 1. Oktober 1927 ist ein einheitlicher Satz von 2,70 Mk. für die Stunde festgesetzt. Wir begrüßen vor allem, daß man in Lippe von der Staffelung nach Ortsklassen abgesehen hat, im übrigen wird diese Regelung nur als eine vorläufige zu bezeichnen sein.

Der Lippische Künstlerbund

schreibt uns:

In der Angelegenheit der Schulwandbilder und Plastiken ist mitzuteilen, daß auch in diesem Jahre vom Lande wieder Mittel zur Verfügung gestellt worden sind. Anfragen und Anmeldungen für Aufträge sind an den jetzigen Vorsitzenden vom Lipp. Künstlerbund, Kunstmaler Karl Henckel, Horn i. L. zu richten. Es werden dann die Aufträge, soweit der hierfür bereitgestellte Betrag reicht, der Reihe nach berücksichtigt. Natürlich müssen zunächst noch die Aufträge und Vormerkungen, die im letzten Jahre wegen des begrenzten Betrages nicht mehr erledigt werden konnten, zuerst Berücksichtigung finden.

Für die Zeit vom 23. Mai bis 4. Juni ist eine Ausstellung der im letzten Jahre entstandenen Schulwandbilder und Plastiken in der Landeskunsthalle in Detmold geplant. Es werden alle Schulen auf diese Ausstellung hingewiesen und zum Besuch freundlichst eingeladen.

I. A.: Karl Henckel.

Der Lutherfilm in Lemgo.

Unser Hansastädtchen besitzt zwei Lichtspielhäuser, deren Besitzer der katholischen Kirche angehören. Eins der beiden plante die Aufführung des Lutherfilms und kündigte dieselbe bereits öffentlich an. Sofort wurde der Pfarrer der katholischen Kirche vorstellig und bat den Lichtspielunternehmer, von der Aufführung Abstand zu nehmen. Dieser lehnte jedoch das Ansinnen mit dem Hinweis auf die Konkurrenz und die schon entstandenen Kosten ab. Nach kurzem erschien der Pfarrer zum zweitenmal und bot die Erstattung aller entstandenen Unkosten an, wenn die Vorführung unterbliebe. Aber auch mit diesem materiellen Mittel erreichte der Pfarrer sein Ziel nicht; der Lutherfilm ging halt unbekümmert über die Leinwand. — Lippe ist nicht Bayern.

Säuberliche Trennung.

Aus Schötmar wird berichtet: Mit der Eile, mit der die Kinder Israel das Land Aegypten verließen, mit derselben Hast sind die Kinder kath. Bekenntnisses aus der hiesigen Schule geflogen, um fortan die kath. Schule in Salzuflen zu besuchen. Warum? Ging es ihnen in hiesiger Schule so schlecht, waren die Leistungen der Schule vielleicht minderwertig? Im Gegenteil, die Eltern schickten ja absichtlich ihre Kinder in die hiesige allgemeine Volksschule, weil sie ihnen aus mancherlei Gründen zusagte und auch, damit die Kinder nicht die weiten Wege zu machen brauchten. Eltern meldeten ihre Kinder aus der kath. Schule ab und baten um Aufnahme in hiesiger Schule. — Plötzlich haben nun alle kath. Kinder die hiesige Schule verlassen, verlassen müssen, teilweise fast fluchtartig, ohne sich auch nur ordnungsmäßig abzumelden. Geschah das im Interesse der Kinder, oder nur, weil die Kirche es verlangte? War der Wunsch der Eltern oder der des kath. Geistlichen maßgebend? Ja, so sieht das Recht der Eltern in Wirklichkeit aus.

„Der zerbrochene Krug."

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Lippische Tageszeitung" am 3. Mai einen Leitartikel aus der Feder des Herrn W. v. Kries. Der Verfasser befaßt sich mit dem Problem einer Dauerregierung in Deutschland, und nachdem er auf die vorbildlichen Zustände in England und Frankreich hingewiesen hat, führt er weiter aus: „Daß es sich dabei um konservativ eingestellte Regierungen handelt, ist uns gleichgültig. Worauf es ankommt, ist, daß die Regierungen stabil sind und nicht wie bei uns von einem demokratischen Lehrerverein gestürzt werden können."

Uns kommt ob dieser Ehre ein gelindes Lächeln an. Doch wollen wir ehrlich sein und anerkennend das größere Maß dieser Ehrerbietung zurückgeben. Nicht der Deutsche Lehrerverein hat die Rechtsregierung „gestürzt"; diese ist an ihren eigenen Schwächen zugrunde gegangen. Doch werden wir es uns selber zur Ehre anrechnen, daß der Deutsche Lehrerverein ein erfolgreiches Stück Arbeit geleistet hat, als es galt, die deutsche Volksschule und das deutsche Kind vor den Gefahren zu bewahren, in die die gewesene Regierung sie durch die Keudellsche Schulpolitik stürzen wollte.

Die Termiten.

Der geistliche Beruf bringt die Uebung mit sich, in ganz besonders anschaulichen Bildern zu reden. Wie vortrefflich ist z. B. Herrn Pastor Held im „Reformierten Sonntagsblatt" folgendes gelungen: „Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Gemeinschaftsschule nach und nach die religiöse Erziehung aushöhlen würde. In Afrika gibt es Wanderameisen, die in einer Nacht ungeahnte Zerstörungen anrichten können, ohne daß man es auf den ersten Blick bemerkt. So sah ein Missionar, als er ein Buch aus dem Bücherschrank herausnahm, daß der Inhalt weggefressen war und Buch um Buch standen noch wohl die Einbände da, aber auch nur sie, die Einbände mit ihren Titeln. So würde auch bei der Gemeinschaftsschule zuletzt nur der christliche Titel, ohne Inhalt bleiben."

Das „Reformierte Sonntagsblatt" im Dienste der Deutschnationalen Partei.

In seiner letzten Ausgabe befaßt sich das uns hinlänglich bekannte kirchliche Blatt mit der Reichstagswahl am 20. Mai. Nachdem der Verfasser (wir gehen sicher nicht fehl, wenn wir darin Herrn Pastor Held in Sonneborn vermuten) wie immer anschaulich mit Hirsch und Rehbock und ihrem Gehörntreiben eingeleitet hat, fährt er wörtlich fort: „Es ist nun nicht zufällig, daß bei dieser Wahl mehr wie sonst christliche Stimmen laut geworden sind, denn der neue Reichstag wird in manchen Fragen, z. B. der Schulfrage, der Ehescheidung, dem Strafrecht usw. zu entscheiden haben, ob wir noch ein christliches Volk bleiben sollen oder nicht. Diese Dinge sind so wichtig, überragen so sehr alle kleinen Tages- und Wirtschaftsfragen, daß es für einen Christen ganz selbstverständlich ist, daß er nur dahin seine Stimme geben kann, wo er die größte Sicherheit hat, daß dies tiefste und innerste Interesse wahrgenommen wird.

In der letzten Nummer wurde eine Wahlkundgebung des Evang. Bundes abgedruckt. Auch der hannoversche Landesbischof Marahrens hat einen Aufruf zur Wahl erlassen:

„Wahlrecht ist Wahlpflicht! Pflicht und Dienst an unserem Volke, das wir lieb haben. Prüft die Männer und Frauen, die Euch zur Wahl empfohlen werden, ob sie vor allem sich als Männer und Frauen von evangelischer Gesinnung in Wort und Tat beweisen. Drängt darauf, daß die sittlichen Grundsätze der evangelischen Kirche überall wirksam vertreten werden. Die Wahlkandidaten sollen eintreten für die christliche Grundlage unseres Volkslebens, für die christliche Familie, für die evangelische Schule, für gerechten Lohn und gegen Ausnutzung der Schwachen, für alle durch Krieg und Inflation besonders Geschädigten, für energische Bekämpfung des Wohnungselends und menschenwürdiges Dasein für jeden Volksgenossen."

Noch bestimmter spricht sich D. Michaelis-Bethel, der Vorsitzende des Gnadauer Verbandes in dem Gnadauer Gemeinschaftsblatt aus:

„Auch darf man nie eine Politik der Verärgerung und des gekränkten Selbstgefühls treiben! Das tun nur selbstsüchtige und übrigens letzten Endes damit auch dumm handelnde Men-

schen. Wir aber möchten unserem Volke selbstlos dienen. Und darum prüfe ich sachlich und nüchtern, wo ich noch am meisten sittliche und religiöse Werte und ein Eintreten für positiv christliche Weltanschauung finde. Das ist aber im Vergleich mit den anderen Parteien am meisten bei den Deutschnationalen der Fall."

Am gefährlichsten für eine kraftvolle Vertretung christlicher und besonders evangelischer Belange ist die Zersplitterung. So haben sich unter den 30 Parteien drei besondere evangelische Richtungen zur Wahl gestellt. Das ist dumm."

Ausstellung „Das junge Deutschland Dortmund 1928"
(Dortmund, Westfalenhalle, 15. Juni bis 5. August).

Träger der Ausstellung sind die im Landesausschuß Westfalen der deutschen Jugendverbände vereinigten Jugendorganisationen, denen die Provinzialverwaltung Westfalen, die westfälischen Regierungen, die Stadtverwaltung Dortmund und die kommunalen Spitzenverbände weitgehendste Förderung zuteil werden lassen.

Die Ausstellung will einen möglichst umfassenden Ueberblick über die gesamte kulturelle, soziale, gesundheitliche und bevölkerungspolitische Lage der deutschen Jugend bringen. Ferner treten die Jugendverbände aller Richtungen und Bekenntnisse in einer umfassenden Selbstdarstellung ihres Willens und ihrer Arbeit gemeinsam vor die Oeffentlichkeit.

Die Ausstellungsleitung hat durch Rundschreiben zur Beschickung der Ausstellung eingeladen. Für das zur Verfügung gestellte Material wird eine Platzmiete nicht erhoben. Indem auf dieses Rundschreiben hierdurch nochmals hingewiesen wird, bitten wir, die Anmeldung der Beteiligung an der Ausstellung „Das junge Deutschland Dortmund 1928" mittels der zugesandten Anmeldebogen innerhalb der gestellten Frist zu bewirken. Diejenigen Stellen, denen ein Rundschreiben von der Geschäftsstelle der Ausstellung nicht zugegangen ist, aber Beteiligung beabsichtigen, wollen Anmeldeformulare umgehend von der Geschäftsstelle Dortmund, Nikolaistraße 21, anfordern.

Die Ausstellung „Das junge Deutschland" gibt den Trägern der Jugendpflege und Jugendwohlfahrt eine außergewöhnlich gute Gelegenheit, der breiten Oeffentlichkeit einen Nachweis über ihre Leistungen und Bestrebungen auf dem Gebiete der Jugendarbeit zu erbringen.

Bad Freyersbach
(Erholungsheim des Bad. Lehrervereins).

Das Lehrerheim Bad-Freyersbach begann am 1. April sein 11. Betriebsjahr. Der Besuch hat sich von Jahr zu Jahr gesteigert und im Jahr 1927 die höchstmögliche Besuchziffer erreicht. Das Anwesen besitzt sehr starke kohlensaure Mineralquellen, die infolge ihres Gehaltes an Eisen, Lithium und Schwefel zu Trink- und Badekuren gebraucht in Verbindung mit der herrlichen ozonreichen Tannenluft vorzüglich Kurerfolge gewährleisten, namentlich bei abgearbeiteten Nerven, bei Herz- und Nierenbeschwerden, bei Gicht und Rheumatismus, und bei Frauenleiden verschiedenster Art. Das Haus ist mit vornehmen Gesellschaftsräumen sehr gut ausgestattet. Die Umgebung bildet einen pardiesischen Ausschnitt unserer herrlichen Schwarzwaldnatur. Höhenlage 400 m ü. d. M. Der Bahnhof Bad Peterstal, Endstation der Renchtalbahn, liegt 2 Minuten vom Anwesen entfernt. Schnellzugsstation ist Appenweier (Strecke Frankfurt—Basel). Täglich findet sich Gelegenheit zur Benützung der Schwarzwald Höhenautos. — Die Verpflegung ist gut bürgerlich und reichlich. Die Pensionspreise betragen je nach Lage der Zimmer für Lehrer und Beamte Mk. 5,— bis 5,50, dazu 10 Prozent Bedienungszuschlag. Der Preis für ein erstklassiges kohlensaures Mineralbad beträgt für unsere Gäste Mk. 1,20. Anmeldungen wollen frühzeitig an unsere Direktion Bad Breyersbach. Post Bad Peterstal, Baden, erfolgen.

Der Kirchen-Schulkampf in Westfalen.

Seine Entstehung und sein Verlauf. — Meine Stellungnahme und meine Erlebnisse in diesem Kampf. Von Pfarrer Tribukait, Dortmund. — Verlag Rudolph Wichelhoven, Iserlohn, Preis 1,50 Mk., bei Sammelbestellungen von 10 Stück ab 1,— Mk.

Anders wie wir es von Vertretern der Kirchen gewohnt sind, spricht hier ein Pfarrer der evangelischen Kirche über Aufgaben der Schule und Kirche, über Schulpolitik und Kirchenpolitik. Gerade in Westfalen, wo die Schulkämpfe sich besonders schroff abspielten, begrüßen wir eine solche Stimme von kirchlicher Seite mit Freuden. Der Pfarrer Tribukait soll wissen, daß er mit seinen Anschauungen — wenn auch unter seinen Amtsgenossen vielleicht — in der evangelischen Kirche nicht allein steht. „Ich möchte Ihnen eins nehmen", schreibt Prof. A. Rade an den Bekenntnismutigen, „das Gefühl Ihrer Isoliertheit in unserer evangelischen Kirche." — Wir können die Schrift nur empfehlen.

Kongreß Berlin 1928.

Die unterzeichnete Leitung des Kongresses Berlin 1928 „Die neuzeitliche deutsche Volksschule", der in der Zeit vom 12. bis 17. April in Berlin stattfand, gibt einen ausführlichen Kongreßbericht heraus, der sämtliche Vorträge im Wortlaut bringt. Das Buch erscheint Ende Mai. Es umfaßt 25 bis 30 Bogen und ist in Ganzleinen gebunden. Der Vorbestellpreis beträgt 4 Mark. Die Vorbestellfrist läuft am 15. Juni ab. Nach diesem Zeitpunkt erhöht sich der Preis auf etwa 7,50 Mk.

Die Leitung des Kongresses Berlin 1928.
Tschentscher.

Geschäftliches.

Die beiden deutschen Ozeanflieger

haben das Wunder vollbracht, die Herzen aller Deutschen höher schlagen zu lassen. Wissen Sie noch, wie die Freudenbotschaft von der gelungenen Ozeanbezwingung uns elektrisierte, und die ganze Welt plötzlich nur noch von ihnen sprach, diesen beiden deutschen Tatmenschen, die — nach ihren eigenen schlichten Worten — nur das ausführten, was sie für richtig erkannt hatten. Das ist aber auch die Lehre für uns: unbekümmert das zu tun, was wir selbst für richtig halten. Sie haben sich beispielsweise vorgenommen, sparsam zu wirtschaften, da bietet sich Ihnen die Gelegenheit, direkt von Hamburgs größter und bekanntester Import-Firma dieser Art frischere, bessere Lebensmittel für weniger Geld zu beziehen. Sie beschließen also, einen Versuch zu machen: dann heißt es: festhalten am gefaßten Entschluß und ihn ohne Zögern ausführen, wie Hermann Köhl und v. Hünefeld den ihren ausführten, carpe diem!

Zu Schulausflügen
in das nordlippische Bergland ist besonders geeignet meine
Waldwirtschaft Bergluft
in direkter Nähe des Jahndenkmale.
Im Dorf: **Hotel mit Saal, Veranda, Garten, Radio usw.**
Beste Unterkunft, auch Massenquartiere:
August Engelsmeier,
Hotel Deutsches Haus, Hohenhausen i. L.



Gasthof und Sommerfrische Berlebeck.
Inh.: Ed. Kanne.
Am nächsten Wege zum Hermanns-Denkmal und den Externsteinen. Haltestelle der elektr. Straßenbahn Detmold-Berlebeck. Zentrum des Teutoburger Waldes. Ausflüge von hier aus nach allen Richtungen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hagemann, Brake i. L., für Anzeigen: R. Schleef, Lemgo.
Druck und Verlag: F. L. Waagener, Lemgo.

Jahresbericht des Lippischen Lehrervereins

(1. April 1927 — 31. März 1928.)

I. Bericht des Vorstandes.

Schulpolitik.

In dem abgelaufenen Berichtsjahre ist die pädagogische Welt durch nichts stärker erregt worden, als durch den Kampf um das **Reichsschulgesetz**. Als sich am Anfang des vorigen Jahres Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Bayerische Volkspartei zur Regierung koalierten, war schon die Einbringung eines „christlichen" Schulgesetzes, das die „Elternrechte" und die „Gewissensfreiheit" wahren sollte, in den Richtlinien der Regierung vereinbart worden. Was der Innenminister von Keudell im Juli als Gesetzesvorlage einbrachte, entsprach mehr den Koalitionsrichtlinien als den Forderungen der Reichsverfassung. Für die deutsche Volksschule und die deutsche Volkskultur brachte der Reichsschulgesetzentwurf die schwersten Gefahren. Der Staat sollte auf wesentliche Teile seines Erziehungsrechtes verzichten zu Gunsten der Kirchen, Weltanschauungen und Parteien. Die konstruktive Staatsdemokratie sollte dem scheindemokratischen, destruktiven Elternrecht geopfert werden. Die Zersplitterung in leistungsfähige Teile drohte unserer leidlich ausgebauten Schule. Der Lehrer sollte einer vielfachen Aufsicht und Bevormundung unter der harmloser klingenden Formel der kirchlichen Einsichtnahme unterworfen werden. Alles in allem: uns drohte ein Schulgesetz, das uns kulturpolitisch um ein Jahrhundert zurückgeworfen hätte, das die Geistesfreiheit und den kulturellen Fortschritt in einer unserem Jahrhundert unwürdigen Weise gehemmt hätte.

Der Entwurf ist nicht Gesetz geworden. Im Januar ist eine Wendung eingetreten, die kaum erwartet werden konnte. Heute kann man eingestehen: Wir haben unseren Kampf gegen das Reichsschulgesetz für aussichtslose Mühe gehalten. Wir glaubten, den Kampf trotzdem führen zu müssen, um vor kommenden Geschlechtern mit reinem Kulturgewissen dazustehen. Wir glaubten nicht, daß sich in die Front der Regierungsparteien eine Bresche würde schlagen lassen. Wenn es trotzdem mit einer überraschenden Wendung geschehen ist, so kann nur eine oberflächliche Betrachtungsweise die Gründe rein im Parteipolitischen suchen. Wenn in der politischen, parlamentarischen Situation eine Wendung eintrat, so wirkte sich hier die wachsende Widerstandsbewegung aus allen Kreisen des deutschen Volkes aus.

In dem Widerstand gegen das Keudellsche Gesetz hat die im Deutschen Lehrerverein zusammengefaßte Lehrerschaft in vorderster Linie gestanden. Und in einer Front mit diesen 150 000 deutschen Lehrern ist auch vom L. L. V. der Abwehrkampf geführt worden. Schon wenige Tage, nachdem der Entwurf bekannt geworden war, am 22. 7., hat sich der Vorstand mit ihm befaßt und ist nach eingehender Prüfung aller Einzelheiten zu dem Ergebnis gekommen, daß vom Standpunkt unserer Schulforderungen und des Wohles unserer Volksschule wie auch vom Standpunkt der Verfassungsmäßigkeit aus dieser Entwurf unbedingt abzulehnen sei. Um diesen ablehnenden Standpunkt vor der gesamten Oeffentlichkeit eindeutig und klar festzulegen, hat der Vorstand schon wenige Tage später eine Erklärung durch die Presse gehen lassen, die folgenden Wortlaut hatte:

> „Der von der Reichsregierung der Oeffentlichkeit zugeleitete Reichsschulgesetzentwurf fordert unseren schärfsten Widerstand heraus.
>
> Der Entwurf läßt klare und zwingende Bestimmungen außer acht, er macht die in der Reichsverfassung als Regel vorgesehene gemeinsame Schule zur Antragsschule, zerschlägt unser geschichtlich gewordenes, nach pädagogischen Grundsätzen aufgebautes Schulwesen zu Gunsten leistungsschwacher Zwergschulen, trägt den Kampf um die Seele der Kinder in unsere friedlichen Schulgemeinden, ja in die einzelnen Familien hinin, stellt die staatliche Schule unter den Einfluß kirchlicher und weltanschaulicher Mächte, läßt neben der bisher üblichen, bewährten Fachaufsicht die kirchliche Aufsicht in doppelter Form wieder aufleben und belastet in einer Zeit wirtschaftlicher Notlage die Schulträger mit hohen finanziellen Opfern.
>
> Und dies angeblich, um den Willen der Erziehungsberechtigten zu berücksichtigen, in Wirklichkeit jedoch zu dem Zwecke, kirchliche und parteipolitische Machtbestrebungen zu befriedigen.
>
> Diesem bildungsfeindlichen Entwurf gegenüber bekennen wir uns erneut zu der alle Kreise unseres Volkes umschließenden, auf der Grundlage des deutschen Kulturgutes aufgebauten gemeinsamen nationalen und sozialen Einheitsschule, in der auch gemäß den Bestimmungen der Reichsverfassung der Wille der Erziehungsberechtigten auf konfessionelle und weltanschauliche Gestaltung des entsprechenden Unterrichts volle Berücksichtigung findet, aber die staatliche Schulhoheit unangetastet bleibt."

Am 27. 8. wurde in der Hauptversammlung des L. L. V. der Nachweis erbracht, daß die gesamte Lehrerschaft Trägerin des Abwehrwillens war Die Versammlung war von fast allen Mitgliedern besucht. Daneben sah man in erfreulicher Anzahl auch Personen aus anderen Bevölkerungskreisen. Es konnten ferner besonders begrüßt werden die Vertreter des Lippischen Landespräsidiums und dr Oberschulbehörde, außerdem Herr Reichstagsabg. Rönneburg, der preußische Landtagsabg. Herr Doht, der Vorsitzende des lippischen Beamtenbundes, Herr Köstering, Vertreter des Lippischen Philologenvereins, des Herforder Kreislehrervereins und des Schaumburg-Lippischen Landeslehrervereins. Der Vorsitzende, Herr Haase, legte in einem sehr einleuchtenden Vortrage die Schäden des Gesetzes dar. In der Aussprache kamen außer einigen Kollegen zum Wort Herr Reichstagsabg. Rönneburg, Herr Geise als Vertreter des Lippischen Landespräsidiums, Herr Köstering, der als Vorsitzender des Beamtenbundes die Unterstützung der durch den Entwurf in ihrer Rechtsstellung gefährdeten Lehrer zusagte, und der Vorsitzende des Lippischen Berufsschulvereins, Herr Krawinkel, der ebenfalls die Solidarität von Seiten der Berufsschullehrer zusicherte. Die geschlossene Haltung

der Versammlung wurde dokumentiert durch die folgende aus der Versammlung heraus eingebrachte Entschließung:

„Die Hauptversammlung des Lippischen Lehrervereins billigt die Entschließung zum Reichsschulgesetzentwurf, die der Vorstand gleich nach Erscheinen des Entwurfs der Oeffentlichkeit übergeben hat. Ohne die in dieser Entschließung enthaltenen Gedanken noch einmal zu wiederholen, erklärt die heutige Versammlung erneut: Dieser Entwurf darf nicht Gesetz werden.

Wir fordern dagegen:

ein Reichsschulgesetz, das dem Sinn und Wortlaut der Reichsverfassung entspricht.

Erhaltung und Ausbau der einheitlichen, allen Kindern gemeinsamen Schule.

Erhaltung der durch keine kirchliche Einsichinahme versehrten staatlichen Schulhoheit.

Die lippische Lehrerschaft versichert, den Kampf gegen die der Volksschule durch diesen Entwurf drohenden Gefahren mit Einsetzung aller Kräfte führen zu wollen.

Wir danken dem Vorstand dafür, daß er die Aufklärungs- und Abwehrarbeit tatkräftig eingeleitet hat und fordern ihn auf, die begonnene Arbeit entschieden weiterzuführen.

Wir erwarten von den maßgebenden politischen Stellen, daß sie sich im Bewußtsein der für Volksschule und Volkskultur schädigenden Wirkung dieses Entwurfes dafür einsetzen, daß er nicht Gesetz werde.

Wir fordern die Eltern unserer Schüler und alle, die es mit der Schule, der Jugend und dem Volke gut meinen, auf, sich mit uns schützend vor die deutsche Schule zu stellen."

Im folgenden hatte sich unsere Arbeit im Schulkampf vor allem in zweifacher Richtung zu erstrecken. Es galt, auf die politischen Stellen im Sine unserer schulpolitischen Einstellung Einfluß zu gewinnen und auf der anderen Seite die Oeffentlichkeit über die Schädlichkeit des Entwurfs aufzuklären und zur Unterstützung unserer schulpolitischen Forderungen zu veranlassen.

Zunächst ist es unserer Vertretung im Beirat der Oberschulbehörde gelungen, an dieser Stelle schon vor Bekanntwerden des Entwurfs eine durchaus erfreuliche Stellungnahme zu veranlassen. Die in der Sitzung am 10. Mai 1927 angenommene Entschließung hatte folgenden Wortlaut:

1. Der Grundsatz der Schulhoheit des Staates muß unbedingt gewahrt werden. Darum ist das Elternrecht unbeschadet der Bestimmung in Art. 146, 2 der R. V. der Schulhoheit des Staates unterzuordnen.

2. Auf der Grundlage des deutschen Kulturgutes ist in allen Volksschulen die Erziehung zur Volksgemeinschaft zu pflegen.

Die öffentlichen, nach dem Territorialprinzip gegliederten Volksschulen sind darum Gemeinschaftsschulen im Sinne des Art 146, 1 der R. V. mit bekenntnismäßigem, grundsätzlich durch Lehrer zu erteilenden Religionsunterricht.

3. Die nach Art. 146, 2 der R. V. zu errichtenden Schulen dürfen nur dann zugelassen werden, wenn der geordnete Schulbetrieb für alle Teile gesichert ist.

4. Den Lehrern an allen Schulen (auch Bekenntnisschulen) sind die verfassungsmäßigen Rechte nach Art. 136 und 149 der R. V. zu gewährleisten. Nachteile irgendwelcher Art dürfen dem Lehrer aus Inanspruchnahme dieser Rechte nicht erwachsen.

5. Aus der Schulhoheit des Staates ergibt sich, daß nichtstaatlichen Stellen ein gesetzlicher Anspruch auf Beaufsichtigung der Schularbeit oder einzelner Unterrichtsfächer nicht zuerkannt werden darf. Auch ein gesetzlicher Anspruch auf das Recht der Nebenaufsicht oder der Einsichtnahme in irgendein Fach kann aus Gründen der Schulhoheit des Staates irgendeiner nichtstaatlichen Stelle nicht zugesprochen werden.

6. Die in Artikel 149, 1 der R. V. geforderte Uebereinstimmung des Religionsunterrichts mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgemeinschaft wird gewährleistet durch die reichsgesetzliche Bestimmung, daß der Religionslehrer Mitglied der betreffenden Religionsgesellschaft ist.

7. Der Grundsatz der Statshaoheit auf dem Gebiete der Schule verbietet den Anschluß eines Konkordats mit Schulbestimmungen.

Das Lippische Landespräsidium hat einigen Vertretern des L. L. V. bald nach der Veröffentlichung des Entwurfs Gelegenheit gegeben, ihre Bedenken vorzutragen. Es ist bekannt geworden, daß auch die Lippische Oberschulbehörde in ihrem Gutachten starke Bedenken geäußert hat. Die Anträge, die das Landespräsidium für die Beratung im Reichsrate gestellt hat, sind in Nr. 10 der Lippischen Schulzeitung, Jahrgang 1927 abgedruckt. Das Landespräsidium hat sich mit ihnen ganz auf den Boden der Reichsverfassung, der Staatsschule und des Schulfortschritts gestellt. In dieser Hinsicht gingen die lippischen Anträge in erfreulicher Weise über die preußischen hinaus. Für unsere lippischen Verhältnisse ist für alle Zukunft der in der Begründung zu Punkt 7 enthaltene Satz bemerkenswert: „Die staatliche Volksschule in Lippe ist nach ihrer geschichtlichen Entwicklung und gesetzlichen Grundlage eine Gemeinschaftsschule im Sinne des Entwurfs."

Am 2. November hat Ministerialrat Löffler im Bildungsausschuß des Reichstages in seinen Ausführungen über die Schulform in den einzelnen Ländern den Rechtsstandpunkt des Lippischen Landespräsidiums nur unter Vorbehalt angenommen. Nach damaligen Pressemeldungen hat er über den Charakter der lippischen Volksschule folgendes gesagt: „Die gesetzliche Grundlage für das Schulwesen in Lippe bildet das Volksschulgesetz vom 11. März 1914. Unter öffentlicher Volksschule wird hier stillschweigend die für die evangelischen Kinder bestimmte Schule verstanden. Die lippische Volksschule trägt einerseits gewisse konfessionelle protestantische Züge, andererseits zeigt sie einen Anklang an gewisse Merkmale der Gemeinschaftsschule."

Eine erneute Stellungnahme des Lippischen Landespräsidiums formulierte noch einmal sehr glücklich die Gründe für den simultanen Charakter der lippischen Volksschule. Der Wortlaut ist abgedruckt worden in Nr. 12 der Lippischen Schulzeitung Jahrgang 1927. Der L. L. V. hat außerdem auf dem Wege über einzelne Mitglieder Abgeordenten des Reichstages und Bildungsausschusses sein Material über die simultane Form der lippischen Schule zugeleitet und überhaupt versucht, auf diesem Wege im günstigen Sinne auf die Entscheidungen zu wirken. Es ist hier eine Reihe von Briefen geschrieben worden, über die im einzelnen jeweils nicht berichtet werden konnte.

Die andere wesentliche Aufgabe war die Aufklärung der Oeffentlichkeit. Die Augustnummer der Lippischen Schulzeitung, die ganz dem Kampf gegen das Reichsschulgesetz gewidmet war, ist über den Kreis unserer iMtglieder hinaus an etwa 1000 Personen in allen Teilen des Landes verschickt worden.

Gut besuchte Kundgebungen gegen das Reichsschulgesetz haben stattgefunden in Lemgo, Bad Salzuflen, Blomberg und Talle. Es war für die Wirkung nach außen von besonderem Vorteil, daß die Versammlungen von den Schulvorständen einberufen worden waren. Einstimmig angenommene Entschließungen gegen den Reichsschulgesetzentwurf waren in allen Versammlungen das Ergebnis. Sie haben erneut bewiesen, daß unsere Schulforderungen in der Bevölkerung einen guten Widerhall finden und aus diesem Grunde auch kommenden Schulkämpfen mit einer gewissen Ruhe entgegengesehen werden kann. Von kirchlicher Seite ist nur in Bad Salzuflen eine Versammlung für die „evangelische" Schule veranstaltet worden. Sie hat aber nicht den Besuch aufzuweisen gehabt wie die vorher vom Schulvorstande einberufene Versammlung; auch hat die Versammlungsleitung, sicherlich nicht ohne Grund, davon abgesehen, der Versammlung eine Entschließung für den Keudellschen Entwurf vorzulegen. — In diesem Zusammenhange muß erwähnt werden, daß auch die K. P. D. in Detmold Anfang Oktober eine Versammlung gegen das Reichsschulgesetz abgehalten hat, die aber nur schwach besucht gewesen ist und wenig Beachtung gefunden hak.

Der Reichsschulgesetzentwurf hat in der Lippischen Presse einen zu Zeiten recht lebhaften Meinungsaustausch hervorgerufen. Wir haben die bemerkenswertesten Pressestimmen fortlaufend in der Schulzeitung veröffentlicht. Im allgemeinen ist dabei der Eindruck zurückgeblieben, daß die Gegenseite nicht mit gerade starken Argumenten arbeiten konnte. Die Darlegungen von der gegnerischen Seite fußten meistens auf vollständig schiefen Voraussetzungen, so daß es nie besonders schwer war, den Gegnern entgegen zu treten.

Im Verlauf der Auseinandersetzungen hat sich die Debatte immer mehr zugespitzt auf die Frage nach der in Lippe bestehenden Schulform: Gemeinschaftsschule oder Bekenntnisschule? Die kirchliche Seite hat unentwegt an der Wesensbestimmung der lippischen Schule als einer Bekenntnisschule festgehalten. Auf der theologischen Konferenz am 22. 9. ist nach den Berichten der Lippischen Tageszeitung erklärt worden: „Wir haben zweifellos, tatsächlich und dem Rechte nach neben katholischen und jüdischen Schulen die evangelische Volksschule." Das Lippische Konsistorium ließ am 12. Oktober 1927 eine Notiz durch die Presse gehen, in der es unter anderem heißt: „Daß die Lippische Volksschule, abgesehen von den im Lauf der Zeit entstandenen jüdischen und katholischen Schulen, sowie der Simultanschule in Cappel bei Lippstadt nach ihrer Entstehung als „Pflanzgarten der Kirche Gottes" und nach dem staatlicherseits in der Volksschulordnung 1873 unmißverständlich gegebenen Anerkenntnis eine evangelische Volksschule ist, das steht einwandfrei fest, und das wird dadurch, daß ausnahmsweise auch nicht evangelische Schüler diese Volksschule besuchen können, nicht erschüttert."

Im Oktober hat den bürgerlichen Zeitungen ein Flugblatt beigelegen, das den Titel führte: „Warum wünschen wir für Lippe die Erhaltung der evangel. Volksschule?" In dem Flugblatt wurde mit den hinlänglich bekannten Mitteln der gefühlsmäßigen Beein-

stussung versucht, die Oeffentlichkeit für die Bekenntnisschule zu gewinnen. Wir haben es seinerzeit nicht für nötig gehalten, mit demselben Mittel noch einmal vor die Oeffentlichkeit zu treten; wir hatten unsere Auffassung vor aller Oeffentlichkeit eindeutig festgelegt und hegten die Zuversicht, daß wir die große Mehrheit der Bevölkerung auf unserer Seite hatten. Der Verfasser jenes Flugblattes hat sich sichtlich bemüht, Personen aus allen Kreisen zur Unterschrift zu veranlassen, was ihm allerdings nicht ganz gelungen ist. Es war uns aber eine Genugtuung, feststellen zu können, daß, von dem Studienrat Eberth abgesehen, sich kein Lehrer zur Unterschrift unter die irreführenden Ausführungen bereitgefunden hat.

Die Haltung der Tagespresse selbst war eine recht verschiedene. Die „Lippische Tageszeitung" stand voll und ganz auf der Seite unserer schulpolitischen Gegner. Sie brachte gleich am Beginn des Schulkampfes einen Artikel, der „Eine Probe" überschrieben, angebliche Vorgänge in lippischen Schulen aus weit zurückliegenden Jahren brachte, Angaben, die in keiner Weise mehr zu kontrollieren waren. Die Schriftleitung der „Lippischen Tageszeitung" hielt es nicht für nötig, unserer Erwiderung Raum zu geben. Sie hat auch später unsere der Presse allgemein zugeleiteten Notizen nicht veröffentlicht. Es ist deshalb später von weiteren Einsendungen an diese Zeitung abgesehen worden. Die „Lippische Landeszeitung", das in Lippe am meisten verbreitete Preßorgan, hat in ihrer schulpolitischen Haltung leider immer eine gewisse Halbheit und Zweideutigkeit an den Tag gelegt. Sie ist einerseits für die Erhaltung der einheitlichen Volksschule, anderseits für die „Erhaltung" ihres evangelischen Charakters eingetreten. Sie hat damit einen Widerspruch vertreten, dem sie niemals die nötige Erklärung hinzugefügt hat. In einem erfreulichen Gegensatz zu ihr hat das andere Organ der Deutschen Volkspartei, die „Lippische Post", nie im Widerspruch zu unseren schulpolitischen Auffassungen Stellung genommen, sie hat im Gegenteil des öfteren Aufsätze, die für die Erhaltung der Gemeinschaftsschule eintraten, veröffentlicht. Klar und mit besonderem Nachdruck ist das „Volksblatt", das Organ der SPD., in unserem Sinne eingetreten. Auch hat Herr Dr. Bröker in der gleichlautenden Wochenrundschau in der „Lippischen Volkszeitung", den „Lippischen Nachrichten" und dem „Oerlinghauser Anzeiger" in erfreulicher und verständlicher Weise zur Schulfrage Stellung genommen.

Eine Unterstützung der Abwehrbestrebungen der Lehrerschaft leisteten die evangelischen Religionslehrer, die sich durch den Reichsschulgesetzentwurf in der Würde und Stellung innerhalb ihrer Kirchengemeinschaft bedroht fühlten. Dieser Kreis hat in einer der obersten Landesbehörde vorgelegten Rechtsverwahrung dagegen Einspruch erhoben, daß ein Staatsgesetz den Religionslehrer als Kirchenangehörigen minderen Grades öffentlich hinstellt. Mit seltener Geschlossenheit haben sich die evangelischen Religionslehrer bereit gefunden, ihre bisherigen Rechte entschieden zu verteidigen und diese Stellung mit allen verfügbaren Mitteln zu vertreten, gegebenenfalls auch unter anderem das Rechtsmittel der Niederlegung des Religionsunterrichts in Anwendung zu bringen. In letzter Beziehung haben 99 Prozent der Lehrer ihren Willen zu entschiedener Abwehr bekundet. Eine andere Stellungnahme war gegenüber dem Versuch, der in so unerhörtem Maße die persönlichen Rechte des Lehrers verletzt und gegen die guten Sitten verstößt, nicht zu erwarten.

In der Frage der **Lehrerbildung** sind auf dem neubeschrittenem Wege gute Fortschritte gemacht.

Der Reichsminister des Innern hat in einem Schreiben vom 19. Dezember 1927 an die Unterrichtsminister der Länder sich ausführlich über den gegenwärtigen Stand der Lehrerbildung in den verschiedenen Ländern des Reiches verbreitet. Dank der mangelhaften Initiative der Reichsregierungen des letzten Jahrzehnts, eine einheitliche Lösung der Lehrerbildung für das ganze Reich herbeizuführen, wie die Reichsverfassung sie unzweideutig fordert, entrollt sich vor unseren Augen ein buntes Bild. Der Reichsminister des Innern versucht, die Länder hinsichtlich ihrer Bemühungen um die Neugestaltung der Lehrerbildung vier verschiedenen Gruppen zuzuordnen:

1. Länder, in denen die Vorbildung der Lehrer an einer der bestehenden Hochschulen erfolgt (Sachsen, Thüringen, Hessen, Hamburg, Braunschweig, Anhalt, Lippe).

2. Länder, in denen die Vorbildung der Lehrer besonderen pädagogischen Akademien zugewiesen ist (Preußen, Baden, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Waldeck).

3. Länder, die bis jetzt die alte Ausbildung im Lehrerseminar beibehalten haben. (Bayern und Württemberg).

4. Länder, in denen z. Zt. keine Ausbildungsgelegenheit besteht (Bremen, Lübeck, Mecklenburg-Strelitz, Schaumburg-Lippe).

Für die lippischen Landesbehörden und den L. L. V. wird es allzeit ein Ruhmesblatt bleiben, dahin gewirkt zu haben, daß Lippe von Anfang her zu den reformfreudigen Ländern gehörte, die bestrebt waren, die Lehrerbildung in dem Sinne der Reichsverfassung zu lösen. Da Lippe infolge der Unterlassungssünden der früheren Regierung gezwungen war, den Stand der Volksschule dem allgemeinen im Reich erlangten Zustand in kürzester Frist anzugleichen, mußte eine schnelle Entscheidung in der Frage des Lehrernachwuchses zwangsläufig erfolgen. Der Erlaß des Lippischen Landespräsidiums vom 16. März 1926 (vergl. Staatsanzeigen 1926 Seite 139) schaffte endlich die langersehnte Klarheit, indem er die Berufsausbildung der zukünftigen Volksschullehrer ausdrücklich in die Staaten verlegte, die bereits hochschulmäßige Einrichtungen für den genannten Zweck getroffen hatten, und auf die Ausbildungsmöglichkeit in Jena ausdrücklich hinwies.

Der von Gegnern der Lehrerbildung vorausgesagte Mangel an Nachwuchs ist trotz aller Unkenrufe nicht eingetreten. Die ersten akademisch gebildeten Volksschullehrer sind bereits im lippischen Schuldienst tätig (Siewing in Hohenhausen und Meier in Billinghausen), und eine stattliche Anzahl junger Studenten bereitet sich in Jena, Hamburg und Wien auf den Dienst an der lippischen Volksschule vor. Wir lassen die Namen der Lehrerstudenten nunmehr folgen:

Es studieren in Jena (Sommersemester 1928): Otto Rauchschwalbe (6. Sem.), Walter Schmidt (5. Sem.), Eduard Drawe (5. Sem.), Ernst Diek (5. Sem.), Albrecht Kruel (5. Sem.), Fritz Knehans (4. Sem.), Fritz Waldeyer (4. Sem.), Rud. Kehde (4. Sem.), Fritz Blümchen (3. Sem.), Heinr. Brand (3. Sem.), Bruno Haumersen (1. Sem.), Heinrich Hofemann (5. Sem.), Simon Dümpe (1. Sem.), Schäfsmeier (1. Sem.)

Es studieren in Wien (Sommersemester 1928): Frl. Klinzing (5. Sem.), Fritz Sauerländer (3. Sem.), Ad. Diekmann (2. Sem.), Fritz Kuhlemann (2. Sem.).

Es studieren in Hamburg (Sommersemester 1928: Emil Wiehemeier (3. Sem.), August Fischer (3. Sem.), Heinr. Lütchemeier (3. Sem.), Frl. Inge Wolff (1. Sem.), Frl. Luise Weber (1. Sem.), Frl. Leni Stolte (1. Sem.), Alfred Maaß (1. Sem.), Fritz Plöger (1. Sem.).

Veranlaßt durch zwei Schreiben unseres akademischen Nachwuchses regte der Vorstand des L. L. V. eine gemeinsame Besprechung mit den Lehrerstudenten an. Sie fand in den Weihnachtsferien statt und nahm einen für beide Teile anregenden Verlauf. Unser Nachwuchs ist restlos bereits im L. L. V. organisiert und unterhält mit dem Vorstande die besten Beziehungen. Der Verlauf der Versammlung bietet uns sicherste Gewähr auf ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit der zukünftigen Lehrerschaft, die nie vergessen darf, daß wir im zähen Kampf unter Anfeindungen und selbstlosem Verzicht im Interesse unserer Volksschule erst diese neue Bildungsmöglichkeit erringen mußten.

Die Nachwuchsfrage ist zum wesentlichen eine Frage der Besoldung, und auch in dieser Beziehung glauben wir gute Vorarbeit geleistet zu haben. Die Länder, die mit Lippe in der ersten der vom Reichsminister gekennzeichneten Gruppe rangieren, haben zum größten Teil in ihren neuen Besoldungsgesetzen für die akademisch gebildeten Volksschullehrer eigene Gruppen eingerichtet. (Sachsen, Thüringen, Hamburg). Auch das lippische Besoldungsgesetz bietet bei loyaler Auslegung entsprechende Ansätze.

Da der Vorstand des L. L. V. aus der Praxis heraus selbst keinerlei Kenntnisse über die neuen Bildungsmöglichkeiten und -wege besitzt, ist in Erwägung gezogen, ein Vorstandsmitglied mit einem mehrtägigen Besuch des jungen Nachwuchses an den neuen Bildungsstätten in Hamburg und Jena zu beauftragen. Der Vorstand kommt damit einem Wunsche der Lehrerstudenten entgegen.

Unsere **Wünsche zum Staatshaushaltsplan,** die durch den L. V. V. weitergeleitet wurden, enthielten im wesentlichen wieder dieselben Forderungen, wie in den vergangenen Jahren.

Im **Lippischen Landtag** waren die Debatten zum Schuletat in diesem Jahre verhältnismäßig ruhig. Die Volksschule wurde weniger berührt. Ueber die Berufsschule wurden allerlei Klagen laut, die aber im Ausschuß im wesentlichen ihre Aufklärung fanden.

Um den für **„Lernmittel"** im Haushaltsplan eingestellten Betrag wurde auch in diesem Jahre im Landtag lebhaft debattiert und gestritten. Es handelt sich dabei stets um die Frage, wie weit mit der Belieferung der Lernmittel gegangen werden soll. In den ersten Jahren war die Sachlage klar. Sämtliche Kinder wurden ohne Antrag und Anforderung beliefert. Der Posten im Haushaltsplan hieß: „Freie Lernmittel". Vor zwei Jahren wurde von der Deutschen Volksparkei angeregt, die Belieferung nur auf den von den Eltern zu stellenden Antrag hin vorzunehmen. Der Landtag schloß sich dieser Anregung an. Der Posten im Haushaltsplan wurde abgeändert in „Lernmittel". Der Landtagsbeschluß schaffte zunächst große Verwirrung. Verfügungen wurden erlassen und wieder aufgehoben. Es war unklar, ob eine Prüfung der Anträge auf die finanzielle Lage der Eltern hin erfolgen sollte oder nicht. Völlige Klarheit darüber fehlt in einigen Kreisen bis heute. Neben der Erklärung, daß eine Prüfung der Anträge nicht erfolgen solle, wird immer wieder auf die Notwendigkeit einer weiteren Ein-

schränkung hingewiesen. Auch bei der Beratung des letzten Voranschlages spielte diese Frage eine nicht unwesentliche Rolle. Eine wirksame Einschränkung ist aber nur durch Prüfung und gegebenenfalls durch Ablehnung von Anträgen möglich. Die Lehrerschaft kann sich aus naheliegenden Gründen mit einer derartigen Prüfung nicht befassen. Wenn sie erfolgen soll, so muß sie durch andere Organe geschehen. Lippe hat 21 200 Schüler. Bei der neuerdings eingestellten Summe von 85 000 RM. kommen auf jedes Kind rund 4 RM. Dieser geringe Betrag läßt es erklärlich erscheinen, daß in den lippischen Schulen manche unentbehrlichen Lernmittel, namentlich Arbeitsbücher, noch fehlen.

Der Entwurf zu der neuen Gemeindeverfassung sah zunächst **die Aufhebung der Schulgemeinden** vor. Bereits in der ersten Lesung im Landtage hat dieser Paragraph jedoch eine so deutliche Ablehnung erfahren, daß nachher kaum mehr über ihn diskutiert worden und die Existenz der Schulgemeinden nicht angetastet worden ist. Der Vorstand des L. L. V. hat einen besonderen Ausschuß mit der Prüfung des gesamten Fragenkreises der örtlichen Schulverwaltung beauftragt. Dieser Ausschuß hat seine Arbeiten nicht abgeschlossen, ist aber zu dem vorläufigen Ergebnis gekommen, daß diese Frage nicht so nebenher in der Gemeindeverfassung geregelt werden könnte, sondern daß es dazu eines neuen Schulgesetzes bezw. eines zu schaffenden Schulunterhaltungsgesetzes bedürfe. Als Vorarbeit hierzu ist eine Prüfung der Verhältnisse in den anderen deutschen Ländern vorgenommen worden. Diese ergab eine außerordentliche Mannigfaltigkeit in der Frage der örtlichen Schulverwaltung und der Finanzierung der Schule. Es gibt kaum zwei Länder, die eine übereinstimmende Regelung haben. Tatsache ist aber, daß außer Lippe in keinem deutschen Lande selbständige Schulgemeinden bestehen. Allseitig war man im Ausschuß der Meinung, daß auf jeden Fall in jeder Gemeinde eine bestimmte Summe zur Verwendung für Schulzwecke garantiert werden muß, und daß die örtliche Schulverwaltung möglichst einfach gestaltet werden muß.

Wesentliche **Auseinandersetzungen über das Küstereivermögen** sind im abgelaufenen Berichtsjahre nicht erfolgt. Ungeklärt ist noch immer der schon seit Jahren schwebende Streit um das Küstereiland in Reelkirchen. Ein abschließender Bericht über den Stand dieses Falles ist darum auch noch nicht möglich. Vorerst kann nur folgendes mitgeteilt werden: Das Oberlandesgericht Celle hat den Inhaber der Stelle, den Kollegen Wiemann, verurteilt, das Stellenland der Kirchengemeinde zurückzugeben, da sie, nur sie, leider nicht auch Schulvorstand oder Oberschulbehörde, ihn in das Stellenland „eingewiesen" habe. Wer Eigentümer dieses Stellenlandes sei, wurde nicht festgestellt. Es sind dann Vergleichsverhandlungen zwischen Schul- und Kirchenvorstand eingeleitet worden, um die Eigentumsfrage auf diese Weise unter Vermeidung eines neuen Prozesses zu regeln. Die beiden Gemeindevertretungen sind zu einer Einigung gekommen und gewillt, auf Grund dieser Vereinbarung den Streit, der so viel Schaden angerichtet hat und so wenig brauchbare Ergebnisse zeitigte, endgültig beizulegen. Es wird von den dort in Frage kommenden Stellen alles getan werden, um dem abgeschlossenen Vertrage Rechtskraft zu verleihen. Kollege Wiemann fügt seinen Mitteilungen hinzu die sehr beherzigende Mahnung an alle Lehrer, die vor ähnlichen Auseinandersetzungen stehen: Vergleicht und vertragt euch! Friede ernährt, Unfriede verzehrt — verzehrt viel Geld, viel Arbeitskraft und Gemeinschaftsgefühl!

Wirtschaft und Besoldung.

Immer größer werdende wirtschaftliche Not, immer stärker werdende beamtenpolitische Spannung: das waren die Kennzeichen des ersten Halbjahres. Versprechungen und Vertröstungen einerseits, enttäuschter Glaube und geballter Unwille anderseits! Trotz berechtigter Hoffnungen vergingen der erste April und der erste Juli, ohne daß den Beamten die so oft zugesagte Anpassung des Gehaltes an die erheblich gesteigerten Kosten der Lebenshaltung gewährt wurde. Am 25. Juni endlich erfolgte durch den Minister Dr. Köhler die Mitteilnug, daß **die neue Besoldung** am 1. Oktober 1927 eintreten solle. Wiederum soll ein Vierteljahr den andern gleich vergehen, ohne daß den Beamten ihr Recht wurde. Im September endlich erfolgten in mehreren deutschen Staaten „Notstandszahlungen" an die Beamten. Auch in Lippe geschah das. Bald erschienen dann die ersten Besoldungsgesetze in Form des Entwurfs (Preußen, Reich). Im Kleinstaat Lippe wartet man auf das Vorgehen im Reich und in Preußen. Als dann Mitte Dezember die beiden letzten die Besoldungsgesetze fertiggestellt hatten, griff man auch in Lippe die Besoldungsfrage beschleunigend an.

Der L. L. V. hat seine Forderungen im allgemeinen Formulierungen bereits in der Vertreterversammlung vom 7. 4. 27 aufgestellt. Dort hat der Vorsitzende nach einleitenden Referat folgende Forderungen erhoben: „Die Besoldung der Lehrer muß im Rahmen der staatlichen Besoldungsordnung erfolgen. Die grundsätzliche Gleichwertigkeit aller Erziehungsarbeit erfordert gleiche Besoldung aller Lehrer. Das Durchlaufen der gemeinsamen Besoldungsgruppe erfolgt ausschließlich nach dem Dienstalter. Für besondere Dienstleistungen (höherewertige Tätigkeit") wird, soweit ein Ausgleich durch Nachlassen in den Pflichtstunden nicht möglich ist, ein Stellenzuschlag gewährt. (Aufbaugruppen sind abzulehnen). Zum Grundgehalt treten gegebenenfalls ein nach Alter der Kinder zu staffelnder Kinderzuschlag und ein Wohnungsgeld. (Alle sonstigen Zuschläge sind abzulehnen, die bisherige Frauenzulage ist ins Grundgehalt einzubauen). Wo mangels Ausbildungsgelegenheit am Dienstort des Beamten besondere Aufwendungen für die Erziehung der Kinder entstehen, sind Erziehungsbeihilfen zu gewähren."

Als die Besoldungsfrage in ihr aktuelles Stadium trat, hat der Wirtschaftsausschuß, erweitert durch die Vertreter der Bezirksvereine und der einzelnen Gruppen genauere Richtlinien aufgestellt und der Vertreterversammlung am 7. Januar 1928 vorgelegt. Die Richtlinien hatten mit einigen von der Vertreterversammlung gemachten Zusätzen folgenden Wortlaut:

1. Für die Neuregelung der Besoldung ist die Reichsbesoldung zugrunde zu legen. Die preuß. Bestimmungen sind nur insoweit heranzuziehen, als die Reichsbesoldung keine Vergleiche zuläßt.
2. Da bisher jeder Lehrer die Anwartschaft auf das Durchlaufen durch die Gruppe 7—9 hatte, wird unter Ablehnung aller Sonderzulagen für besondere Fuktionen eine Zusammenfassung derjenigen Gruppen der neuen Reichsbesoldung empfohlen, die den früheren Gr. 7—9 entsprechen, so daß jeder Lehrer die Möglichkeit hat, in einem gesetzlich festliegenden Zeitraum das Endgehalt dieser zusammengefaßten Gruppe zu erreichen. Die Sätze dieser Gruppe betragen: 2800—3050 —3300 — 3550 — 3800 —4000 — 4200 — 4400 — 4600 — 4900 — 5200 — 5500 — 5800.. Das Endgehalt dieser Gruppe würde in 24 Jahren erreicht.
3. Soweit durch diese Regelung die Gesamtaufwendungen der Lehrerbesoldung niedriger als bei Anwendung der preuß. Bestimmungen sind, ist die ersparte Summe zum Ausgleich von bestehenden Härten zu verwenden.
4. Für Berufsschullehrer, Oberschullehrer und Volsschullehrer mit Hochschulbildung wird eine durchlaufende Skala von 3600—7200 RM. bei Erreichung des Höchstgehaltes in 22 Jahren beantragt.

   Für Hilfsschullehrer wird in Anpassung an die Skala für Volksschullehrer eine Zulage in gleicher Höhe für alle Lehrer in der Höhe empfohlen, daß die Gesamtaufwendungen bei Anwendung der preußischen Bestimmungen nicht überschritten werden.
5. In grundsätzlicher Anpassung an die Reichsbestimmungen werden für die Kinderzulagen die Sätze des Reiches — 20 Mk. je Kind — vorgeschlagen. Auch im übrigen, wie in den allgemeinen Bestimmungen und den über Ruhegehalt und Hinterbliebenenbezüge, wird die Uebernahme der Reichsbestimmungen empfohlen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, hat der Vorustand in den verschiedenen Stadien Stellung genommen zu dem vorläufigen wie zu dem endgültigen Entwurf des Besoldungsgesetzes. Durch die endgültig erfolgte Neuordnung hat sich mancherlei Positives im Sine unserer Forderungen ergeben. Vor allem buchen wir in dieser Richtung die Verhinderung der Einführung des Zulagensystems, wie es sich in Preußen zum Schaden der Lehrerschaft auswirkt. Neben dem Einheitsgehalt brachte uns das Besoldungsgesetz die gewünschte einheitliche Dienstbezeichnung „Lehrer", die ebenfalls seit 1920 zwar nicht gesechstelt aber doch gedrittelt war. Nicht unseren Forderungen entsprechend ist die sogenannte Frage der „Gruppe X" erledigt worden. Der L. L. V kehrte im Gegensatz zu dem Gewordenen zwei Grundsätze hervor:

1. Entsprechend der Aufrückung der Inspektoren 4,5 Prozent der Lehrer nach Gruppe 4a; Aufrückung nach dem Alter;

2. Wenn Ziffer 1 nicht erreichbar, eine Aufrückung von 6 nach 5 mit dem vollendeten 16. Besoldungsdienstjahre.

Die Durchführung des zweiten Grundsatzes hätte — von den höheren Ruhegehältern abgesehen — faktisch dieselbe Wirkung gehabt wie die des ersten. — Da hier unsere Forderungen nicht erfüllt worden sind, der Weg zur Verwirklichung des ersten Grundsatzes jedoch immerhin off engeblieben ist, wird die weitere Arbeit hier einsetzen müssen.

Bei den zu den Volksschullehrern gehörenden Fachgruppen sind vor allem für die Berufsschullehrer die von der Vertreterversammlung gutgeheißenen Richtlinien nicht berücksichtigt worden. Die Oberschullehrer und Hilfsschullehrer durchlaufen mit den Lehrern dieselben Gruppen mit einer Zulage von 500 Mk. Die Oberschullehrer mit besonderem Fachunterricht jedoch rücken ohne weiteres in Gruppe 4a ein.

Es kan rückblickend gesagt werden, daß die Besoldungsreform die Erfüllung eines Teiles unserer Forderungen gebracht hat, doch

bleibt der zukünftigen Vereinsarbeit auch hier noch ein gut Stück Arbeit zu leisten übrig. Vor allem bleibt zu wünschen, daß der Lebenshaltungsindex möglichst stabil bleibt und nicht wie in den verflossenen Jahren durch stetes Ansteigen den erreichten Ausgleich wieder illusorisch macht.

Der L. L. V. mußter ferner im Berichtsjahre Stellung nehmen zur Frage der **Bewertung der Dienstwohnungen.** Da von den staatlichen Behörden die Anwendung neuer Grundsätze bei der Festsetzung des Anrechnungswertes der Dienstwohnungen in Aussicht genommen war, mußte nach gesetzlicher Vorschrift bei Festsetzung der anzurechnenden Beträge die Behörde die Mitwirkung der Beamtenvertretung in Anspruch nehmen. Der Wirtschaftsausschuß hat mit teilweisem Erfolg versucht, schon auf die Festlegung der allgemeinen Grundsätze seine Mitwirkung geltend zu machen. Seine in schriftlichen Anträgen und bei mehreren mündlichen Verhandlungen vorgetragenen Vorschläge sind folgende: Bei Zugrundelegung von Einheitswerten für 1 qm Wohnfläche ist statt der vorgesehenen Abstufung in den Ortsklassen B = 4 RM., C = 3,70 RM. und D = 3,50 RM. das gleiche Verhältnis zu beobachten wie bei den in den Ortsklassen gewährtem Wohnungsgeld, somit Einheitssätze von 4,00, 3,30 und 2,40 RM. Außerdem sind für feststellbare Mängel prozentuale Abschläge zu gewähren, aber nicht weniger als 10 Prozent. Bei Lehrerdienstwohnungen ist ohne weiteres als Mangel zu werten, wenn die Wohnung mit den Schulräumen in einem Hause sich befindet. Ferner sind für solche Wohnungen besondere Abzüge zu machen, die mehr als 6 und 10 Kilometer von einer Bahnation entfernt liegen, und zwar 5 bezw. 10 Prozent. In den Verhandlungen ist eine Herabsetzung der Einheitssätze nicht gelungen, aber erreicht, daß der nach den Einheitssätzen errechnete Grundbetrag (vor den Abschlägen für Mängel) nicht über den Wohnungsgeldbetrag hinausgehen darf. Im übrigen wurde in den Verhandlungen der Ausschußvertreter mit der Regierung-Bauabteilung und der Oberschulbehörde unter Anerkennung der obigen Grundsätze im wesentlichen eine Einigung erzielt.

Lippische Schulzeitung.

Den Vereinsaufgaben entsprechend beschäftigte sich unsere Schulzeitung im verflossenen Jahre in erster Linie mit schulpolitischen Fragen. Es galt, unser Vereinsorgan einzuspannen in den Abwehrkampf gegen die Verkirchlichung und Zersplitterung der Volksschule. Mehrere Nummern befaßten sich ausschließlich mit dem Keudellschen Reichsschulgesetzentwurf und seiner Bekämpfung. Auch im Besoldungskampfe mußte die Lippische Schulzeitung ihr Teil Arbeit leisten. Wengleich hier auch in besonderem Maße das Verbandsorgan des Lippischen Beamtenbundes, die Selbsthilfe", die Arbeit erledigte, so blieben doch manche spezifische Aufgaben für die Berufsgemeinschaft der Lehrer unserer Fachpresse vorbehalten. Im kommenden Jahre wird sich hoffentlich die Schulzeitung wieder mehr ihrer eigentlichen Bestimmung, der wissenschaftlichen und praktischen Pädagogik widmen können. An Mitarbeit fehlte es auch im letzten Jahre nicht; doch liegt der Schriftleitung daran, die Beiträge rechtzeitig zu erhalten. Um den Anzeigenteil ist es nach wie vor schlecht bestellt. Eine Hebung desselben ist nur möglich, wenn alle Kollegen gelegentlich Annoncenaufträge werben und auch nach Möglichkeit nur da kaufen würden, wo Gewilltheit zum Inserieren in der Lippischen Schulzeitung vorhanden ist.

Versammlungen.

Vertreterversammlung fanden statt am 7. April, 22. Oktober und 7. Januar. Die Berichte finden sich in den entsprechenden Nummern der Schulzeitung.

Eine **Hauptversammlung** wurde abgehalten am 27. August im Vereinshause in Detmold. Die Versammlung gestaltete sich zu einer großen Kundgebung gegen den Keudellschen Reichsschulgesetzentwurf. Referent war der Vorsitzende, Koll. Haase. Ueber den Verlauf der Versammlung und die dort angenommene Entschließung ist in einem früheren Zusammenhange berichtet worden.

Veranstaltungen des L. L. V.

Am 30. und 31. März veranstaltete der L. L. V. seine Ferienvorträge mit dem Gesamtthema: „Probleme der Geschichte und des Geschichtsunterrichts." Es sprach zunächst Herr Prof. Dr. W. Goetz, Leipzig über „Neuzeitliche geschichtsphilosophische Probleme", wobei er im wesentlichen drei Fragen behandelte: den Streit und den Begriff der Kulturgeschichte, den Wandel der Geschichtsauffassung und die Frage nach dem Sinn der Geschichte. Herr Koll. Karl Trinks, Dresen, der nunmehrige Vorsitzende des Sächsischen Lehrervereins, behandelte das Thema „Die Bildungsaufgabe des Geschichtsunterrichts". Seine Ausführungen sind in der Schulzeitung vom April 1928 im gekürzten Wortlaut veröffentlicht. Im Rahmen des Themas „Der Geschichtsunterricht in der Volksschule" behandelte Koll. Blümchen, Berlebeck, Fragen aus der Unterrichtspraxis des Geschichtsunterrichts. Leider mußte die in der Vortragsfolge vorgesehene Aussprache fortfallen. — Die Veranstaltung ist von über 300 Personen besucht worden.

Vertretungen der Lehrerschaft.

In den amtlichen Vertretungen sind im Laufe des Berichtsjahres keine personellen Aenderungen eingetreten.

Der Landeslehrerausschuß tagte zweimal in Verbindung mit Vertreterversammlungen des L. L. V. Die wesentlichste Arbeit wurde in seinen Ausschüssen geleistet.

An dieser Stelle mag aufgezählt werden, daß am Schluß des Berichtsjahres Koll. Geise dem Lipp. Landespräsidium und 5 Vereinsmitglieder dem Landtage angehörten, und zwar: Fassemeier (Wirtsch.), Kuhlemeier (Dem.), Frl. Lüken (D. V. P.), Mellies (S. P. D.) und Tölle (Deutschnat.)

Spitzenorganisationen.

Ständiges Mitglied im Hauptausschuß des **D. L. V.** war der Vereinsvorsitzende. Zur Vertreterversammlung des D. L. V. in Düsseldorf ist außer ihm Koll. Schlepper entsandt worden.

An Stelle des verstorbenen Rektors Otto Schmidt wurde im Laufe des Berichtsjahres vom Geschäftsführenden Ausschuß des D. L. V. Herr Koll. Otto Schulz, Berlin, zum Berichterstatter für den L. L. V. bestimmt.

Mit dem **Lippischen Beamtenbunde** ist während der Besoldungsverhandlungen aufs engste zusammengearbeitet worden. Das verdient besonders hervorgehoben zu werden, weil nicht in allen Ländern die Zusammenarbeit zwischen Lehrerverein und Beamtenbund eine reibungslose gewesen ist.

Organe des L. L. V.

Im Berichtsjahre sind namentlich im Schulpolitischen Ausschuß Vorarbeiten geleistet worden für eine **Aenderung der Satzungen.** Die Arbeiten haben jedoch zu keinem positiven Ergebnis geführt. Die Vertreterversammlung vom 7. 4. hat sich darauf beschränkt, die Zahl der Vorstandsmitglieder dauernd auf 14 festzusetzen.

Im Januar hat eine **Neuwahl des Vorstandes** stattgefunden. Der Vorstand besteht aus folgenden 14 Mitgliedern: Diekmann, Geise, Haase, Hagemann, Jasper, Kesting, Kuhlemeier, Mellies, Pankoke, Rädeker, Röhr, Schlepper, Sprenger, Wolf. — Im Februar wurde zum Vorsitzenden Kollege Haase wiedergewählt. Durch die nächste Vertreterversammlung wurden auf Vorschlag des Vorstandes die Kollegen Röhr und Schlepper in den G. A. gewählt. Schriftführer ist Koll. Sprenger, Kassenführer Koll. Kesting, Schriftleiter Koll. Hagemann.

Der Vorstand tagte im Berichtsjahre neunmal. Seine Arbeit wurde ergänzt durch die der verschiedenen Ausschüsse.

1. **Schulpolitischer Ausschuß.** Mitglieder: Hagemann (Vors.), Jasper (Detmold), Lambracht, Mellies, Pankoke (Schieder), Tippenhauer (Belle), M. Wolf. — Arbeitsgegenstände: Satzungsänderung, Reichsschulgesetz.

2. **Wirtschaftsausschuß.** Mitglieder: M. Wolf (Vors.), Kuhlemeier, Hagemann, Mahlmann, Dreier (Helpup), Weber (Silixen). Der Wirtschaftsausschuß hatte zwei wesentliche Arbeitsgegenstände: Besoldungsreform und die Frage der Anrechnung der Dienstwohnungen (s. d. Bericht unter Wirtschaft und Besoldung). Für unsere Arbeiten zur Besoldungsreform hat der Wirtschaftsausschuß in Verbindung mit Vertretern der einzelnen Gruppen Vorarbeiten geleistet.

3. **Schulbücherausschuß.** Mitglieder: Tippenhauer, Belle (Vorsitzender), Schlepper (Waddenhausen), Pankoke (Schieder), Blümchen, Junker (Lage), Wiemann, Jasper (Detmold), Hagemann.

Hauptarbeit galt der Lösung der Frage von Lern- und Arbeitsbüchern für den erdkundlichen Unterricht, sowie der Fibelreform. Nach eingehenden Besprechungen der ersten Frage einigte sich der Schulbücherausschuß dahin, bei der Obrschulbehörde folgenden Antrag zu stellen: „Die Oberschulbehörde wird gebeten, Harms: Arbeits- und Wiederholungsbüchlein und Quellenlesehefte mit Bildern, sowie Knospe: Arbeits- und Tatsachenhefte Ausgabe A und das erdkundliche Sachlesebuch als freies Lernmittel in den lippischen Volksschulen einzuführen und den Lehrkörpern freie Wahl zwischen Harms und Knospe zu überlassen." Der Antrag ist Ende November v. J. eingereicht. Nach Auskunft der Oberschulbehörde soll bei ausreichenden Mitteln die Einführung eines erdkundlichen Schülerbuches im laufenden Schuljahr erfolgen nach erneuter Besprechung der Frage mit dem Schulbücherausschuß.

In der Atlasfrage waren die Beratungen des Schulbücherausschusses noch nicht zum Abschluß gekommen, als die Oberschulbehörde den Atlas von Liebers einführte. Die Oberschulbehörde ist gebeten, doch zeitig bei jeder Aenderung von Lernmitteln dem Schulbücherausschuß Gelegenheit jur Stellungnahme zu geben.

Die Fibelfrage wurde in 4 Sitzungen von einem besonderen Fibelausschuß behandelt. Das Ergebnis ist am 28. 12. dem Schul-

bücherausschuß unterbreitet. Die Vorschläge in der Fibel- und Schriftreform fanden die einmütige Zustimmung des Schulbücherausschusses. Ein entsprechender Antrag (Schulzeitung Nr. 1) wurde der Oberschulbehörde mit der Bitte um mündliche Besprechung unterbreitet. Diese brachte in dem zugestandenen „erweiterten Versuch" keine befriedigende Lösung.

Die Beratungen über das Melodien- und Gesangbuch gelangten zum Abschluß in dem Antrage auf Einführung des von Stolte bearbeiteten Buches.

Zur Prüfung eines von der Oberschulbehörde vorgelegten Geschichtsbuches Timm-Wolf kath. Ausgabe, das von der katholischen Lehrerschaft gewünscht wurde, setzte der Schulbücherausschuß einen besonderen Ausschuß ein. Das Buch fand eine gute Kritik und wurde zur Einführung empfohlen. Einer nachträglich von der katholischen Lehrerschaft geforderten Lösung: kath. Ausgabe von Schwanold und Blümchen, wurde nicht näher getreten, da die Oberschulbehörde inzwischen die Einführung von Timm-Wolf genehmigte.

Zur Lösung der Frage des Arbeitsbuches für den naturkundlichen Unterricht wurde ein besonderer Ausschuß eingesetzt, der zweimal tagte. Er beschloß, zunächst die Arbeiten der Kollegen Lütchemeier und Tappe und Neuerscheinungen für das methodisch mehr einheitlich beurteilte Gebiet „Gesundheitslehre" abzuwarten.

4. Ausschuß für Jugendwohlfahrt.

Mitglieder: Mellies, Plaß, Röhr (Vors.) Der Ausschuß ist im Laufe des Berichtsjahres auf eine Anregung des D. L. V. hin gebildet worden. Der Ausschuß hat die in derJugendwohlfahrt tätigen Kolleginnen und Kollegen zu einer Besprechung eingeladen. Es erfolgte der Zusammenschluß zu einer Arbeitsgemeinschaft. Es wurde zunächst eine Uebersicht über das gesamte Tätigkeitsgebiet gegeben. Die besonderen Aufgaben der Jugendwohlfahrtsarbeit sollen dann im einzelnen durchgearbeitet werden. Ebenso soll eine regelmäßige Aussprache über die Arbeit in den einzelnen Jugendämtern stattfinden. — Besondere gesetzgeberische Vorgänge hat das vergangene Jahr auf dem Gebiete nicht gebracht. Am 1. November erschien in der Lippischen Gesetzsammlung die Verordnung der Regierung über den Schutz von Pflegekindern.

5. Stelle für Rechtsschutz und Haftpflicht.

(Rädeker, Lemgo).

Das letzte Vereinsjahr brachte auf dem Gebiete des Rechtsschutzes etwas mehr Arbeit als die vergangene. Neben zahlreichen kleineren Beratungen, die teils mündlich, teils schriftlich erfolgten, waren auf dem Gebiete des Strafrechts 5 Beleidigungen zu bearbeiten, von denen 4 sich als Beamtenbeleidigungen im Sinne des Par. 196 S. G. B. anzusehen waren, so daß die O. Sch. B. Strafantrag stellte und die Kollegen als Nebenkläger auftraten. In zwei Fällen wurde ein voller Erfolg erzielt, die Beleidiger nahmen vor dem Strafrichter die Beleidigungen reumütig zurück und bequemten sich zur Uebernahme sämtlicher entstandenen. Kosten In dem dritten Falle gelang es den Beleidigern zwar, Freispruch zu erzielen, doch war die Gerichtsverhandlung für den beleidigten Kollegen insofern äußerst wertvoll, als sie die völge Haltlosigkeit des Gerüchts ergab, das über ihn verbreitet war. Diese Feststeuungn machte sogar der Anwalt der Angeklagten bei seinen Ausführungen, und das Urteil stellt in seiner Begründung diese Tatsache noch einmal ausdrücklich fest. Auch der vierte Fall endete mit Freisprechung, offenbar weil der Angeklagte sich der Tragweite seiner Worte gar nicht bewußt gewesen war. Der fünfte Fall schwebt noch.

Auf dem Gebiete des Zivilrechts haben wlr In diesem Jahre nur einen Prozeß geführt, doch hat er schon reichlich Kopfzerbrechen gemacht. Glücklicherweise ist ein Teilurteil von so günstigem Ausfall ergangen, daß wir dem Ausgange mit größter Zuversicht entgegensehen dürfen.

Auf dem Gebiete der Haftpflicht haben wlr nur einen Fall zu erledigen gehabt, wegen Ueberschreitung des Züchtigungsrechts, bestehend in zwei Ohrfeigen, mußte unsere Haftpflichtkasse mit 250 Reichsmark Beihilfe einspringen. In keinem Falle dürfen Schläge irgendwelcher Art an den Kopf verabreicht werden!

Folgende Sätze werden der Beachtung aller Vereinsmitglieder empfohlen:

1. Wer erfährt oder annehmen muß, daß er bei der Polizei oder Staatsanwaltschaft angezeigt worden ist, berichte dem Kollegen Rädeker den Vorfall und zwar bevor er andere Schritte unternimmt oder gar einen Anwalt beauftragt.
2. Wer eine Beleidigung oder eine andere Straftat gerichtlich verfolgen will, wende sich gleichfalls zunächst an ihn. Desgleichen, wer sich im Disziplinarverfahren zu verteidigen hat oder wegen etwaiger Diensteinkünfte klagen will.
3. Wer befürchten muß, daß er für einen Schaden oder Unfall aufkommen soll, fordere zwei Schadenanzeigen und sende sie sorgfältig ausgefüllt zurück.

Bei Herrn Rädeker lagert eine Menge alter Akten aus früheren Rechtsberatungen. Er bittet die beteiligten Kollegen, diese bis zum 1. Juli d. Js. zurückzuholen. Geschieht das nicht, so werden sie vernichtet und zwar so, daß kein Unbefugter Einblick nehmen kann.

6. Landesstelle für Schulzählungen:

Mitglieder: Wesemann (Vors.), Bietmeier (Detmold), Kesting (Pivitsheide). Die im Vorjahre begonnene Erhebung über die konfessionelle Zugehörigkeit der Lehrpersonen und Schüler der lippischen Volksschulen und ihre Beteiligung am Religionsunterricht wurde abgeschlossen und bearbeitet; ihre Ergebnisse sind in der Schulzeitung mitgeteilt. Die Bekanntgabe der Reichsschulstatistik 1926-27 gab Veranlassung, die lippischen Schulverhältnisse mit denen anderer Länder zu vergleichen und die Entwicklung der deutschen Volksschule in den letzten 5 Jahren zu verfolgen. Auch darüber hat die Schulzeitung eine Veröffentlichung gebracht. Nebenher wurden kleinere Arbeiten erledigt, die zumeist durch die Hauptstelle des D. L. V. veranlaßt waren. Auch hat der Vorsitzende wieder wie in früheren Jahren die Vorstandswahlen des L. L. V. vorbereitet und geleitet.

Mitgliederstand.

Am Schluß des Berichtsjahres gehörten dem L. L. V. an 506 vollzahlende, 22 halbzahlende und 22 beitragsfreie Mitglieder.

II. Die Bezirksvereine.

Detmold. Mitgliederzahl 81. — Vors.: Röhr. — Vertreter: Blümchen, Lüttmann, Nebelsiek, Wesemann, Wendt. — 8 Versammlungen. — Vorträge und Arbeitsgegenstände: Gesamtunterricht und Lernarbeit im ersten Schuljahre (Eckardt, Biedenkopf). Frankreichs politisches Verhältnis zu Deutschland bis in den letzten Jahrzehnten, Hilfsschulfragen, Reichsschulgesetz, Besoldung, die deutschen Auslandsschulen (Dr. Kesting, Detmold) Beethovenfeier, Lehrgang: Die Elektrizität.

Lage. Mitgliederzahl: 73. — Vors.: Kesting. — Vertreter: Thyes, Kuhlmann, Wehrmann, Kespohl. — 10 Versammlungen. — Vorträge und Arbeitsgegenstände: Reichsschulgesetz (Haase), Besoldung, Deutsche Außenpolitik von 1871—1890, die deutsche Schule in Blakke bei Kapstadt (Lehrer Schröder, Kapstadt).

Lemgo. Mitgliederzahl 64. — Vors.: Räker. — Vertreter: Fr. Sauerländer, Räker, Pfeil, Roßmann. — 9 Versammlungen. — Vorträge und Arbeitsgegenstände: Rechtskunde in der Schule, Reichsschulgesetzentwurf, Witwenkasse, Taylorsystem, Schreiben im neuen Geiste, Fibelfrage.

Nessenberg. Mitgliederzahl 48. — Vors.: Schäfer. — Vertreter: Tippenhauer. — 11 Versammlungen. — Vorträge und Arbeitsgegenstände: Arbeitsbuch für Erdkundeunterricht. Der Staat und Ich." Reichsschulgesetz. Witwenkasse. Lese-Anfangsunterricht. Geologische Ausflüge. Turnlektion.

Farmbeck. Mitgliederzahl 43. — Vors.: Bödeker. — Vertreter: Bauer. — 11 Versammlungen. — Vorträge und Arbeitsgegenstände: Die Inquisition (Dr. Hüdepohl). Neuzeitliche Schulaufsicht und Schulverwaltung (Hagemann). An den Ufern des Lebens. Frankreichs politisches Verhältnis zu Deutschland in den letzten im naturkundlichen Unterricht (Tappe). Haushalts- und Finanzangelegenheiten des Reiches und der Länder, und aus der lippischen Finanzgeschichte (Drake). Fibelfrage. Soll und Haben, Pädagogische Einnahmen und Ausgaben. Körperliche Züchtigung.

Horn. Mitgliederzahl 42. — Vor.: Lütchemeier. — Vertreter: Wendt, Lütchemeier. — 10 Versammlungen. — Vorträge und Arbeitsgegenstände: Zeichenunterricht. Reichsschulgesetz. Schulfeiern. Körperliche Züchtigung. Lehrmittel für Chemie.

Hohenhausen. Mitgliederzahl 42. — Vors.: Kuhlemeier. — Vertreter: Arning, Stukenbrok. 10 Versammlungen. — Vorträge und Arbeitsgegenstände: Reichsschulgesetz. Wesen der Graphologie. Naturschutz in der Schule. Gemeinschaftsleben des Landkindes.

Oerlinghausen. Mitgliederzahl 39. — Vors.: Karl Husemann. — Vertreter: Elbracht. — 7 Versammlungen. — Vorträge und Arbeitsgegenstände: Friedr. Wilh. Foerster. Bedeutung des Volksmärchens für die Schule. Mundartpflege.

Extertal. Mitgliederzahl 25. — Vors.: Weber. — Vertreter: Beckmeier, Albert. — 10 Versamlungen. — Vorträge und Arbeitsgegenstände: Lebensversicherung. Waldschule und Tuberkulose. Erziehung und Rechnen. Perspektive. Hygiene des täglichen Schullebens. Elektrische Bahnen. Botanischer Ausflug.

Rischenau. Mitgliederzahl 12. — Vors.: Grote. — Vertreter: Kamp. — 10 Versammlungen. — Vorträge und Arbeitsgegenstände: Aus Naturkunde und Heimatkunde. Reichsschulgesetz. Besoldung. Schulgemeinde und Par. 168. 3 Lektionen. Außerdem Teilnahme an einigen Sitzungen des Lehrervereins Polle a. d. Weser.

Schötmar. Mitgliederzahl: 77. — Vors.: Diekmann. — Vertreter: Noltemeier, Beine, Lambracht, Bruns. — 11 Versammlungen. — Vorträge und Arbeitsgegenstände: Tolstoi; Erholungsbedürftigkeit unserer Kinder; örtliche Schulverwaltung; Erschöpfungsursachen und ihre Behandlung; Reichsschulgesetzentwurf; Besoldungsreform; Schulzahnpflege; Flaubert; Witwenkasse; Bericht über Englandreise; Fibelfrage; Personifizierung der Lautzeichen.

III. Angeschlossene Kassen u. Vereine.

Lehrer-Brandversicherungsverein für Niedersachsen.

Der Geschäftsverlauf war im vergangenen Jahr ziemlich günstig. Er zeigte für Feuer- und Einbruchsdiebstahl-Versicherung eine gleichmäßige Aufwärtsbewegung in der Mitgliederzahl, der Versicherungssumme und dem Vermögen. In der Abteilung Feuerversicherung hatte der Verein 12320 Mitglieder mit einer Versicherungssumme von 163 676 000 Mk., in der Abteilung Einbruchs-Diebstahl-Versicherung 8132 Mitglieder mit 109 232 000 Mk. Versicherungssumme. Im ganzen wurden 118 Brandschäden mit 19 500,50 Mk. und 56 Einbruchsschäden mit 14 535,05 Mk. geregelt. Das Vereinsvermögen beträgt in der Abteilung für Feuerversicherung 138 717 Mk., in der Abteilung für Einbruchs-Diebstahlversicherung 27417,15 Mk. In Lippe haben 388 Mitglieder mit 5078000 Mk. gegen Feuer, und 330 Mitglieder mit 4 014 000 Mk. gegen Einbruchsschaden versichert. Neu eingetreten sind in jeder Abteilung 21 Mitglieder mit 170 000 Mk. Versicherungssumme. 3 Brandschäden mit zusammen 90,— Mk. und 2 Einbruchsschäden mit 126,— Mk. bezw. 46, — Mk. sind ohne weiteres geregelt worden. Es wäre sehr zu wünschen, daß sämtliche Mitglieder auch gegen Einbruchsschaden versicherten. Dadurch würde der Geschäftsgang vereinfacht. Die beiden Abteilungen könnten dann verschmolzen werden, und die Beiträge würden vielleicht noch ermäßigt werden. Aufgenommen werden künftig nur noch Mitglieder des Lehrervereins und deren Hinterbliebenen.

K. U. K.

Vorsitzender der Landesverwaltungsstelle: Roßmann. Kassenführer: K. Sauerländer. Vertrauensarzt: Dr. Nolting, Lemgo. — Das Jahr 1927 bedeutet für die Kasse ein Jahr ruhiger Fortentwicklung und innerer Festigung. Die vom 1. Januar 1927 ab erhöhten Beiträge ermöglichten zunächst die Abdeckung des im gesamten Kassengebiete des Pr. L. V. vorhandenen bedeutenden Fehlbetrages und gaben weiterhin der Kasse eine feste Grundlage. Durch die in den neuen Satzungen festgelegten Grundsätze für das Einreichen der Anträge verringerten sich die mancherlei Unzuträglichkeiten der Vorjahre auf ein Mindestmaß. Allen Menschen ist es natürlich nicht recht zu machen. Im Jahre 1927 wurden in 524 Krankheitsfällen Beihilfen in Höhe von 20 820,— Mk. beantragt und gewährt. Interessant ist die Aufteilung nach Geschlechtern; 172 Männer beanspruchten 6 161,— *M*, 216 Frauen dagegen 11 521,— *M*, 136 Kinder 3138,— *M* an Beihilfe. Das ist ein schlagender Beweis für die Bedeutung der Familienversicherung. — Die 39 Kuranträge von 1927 erfuhren durch die Bestellung eines Arztes als Vertrauensarzt eine völlig einheitliche Bearbeitung und darum auch für die Beteiligten befriedigende Erledigung. Die genehmigten 30 Anträge wurden unterstützt mit 4031,— *M*. Bei den abgelehnten 9 Anträgen haben wir in verschiedenen Fällen Arzt- und Bäderkosten noch als Krankenkosten vergüten können. — Ueber einen evtl. Ausbau der Kasse wird Ostern 1929 beraten werden. Es kommt hier nicht darauf an, unbedingt das Geld wiederzubekommen, was man im Jahreslaufe einbezahlt, sondern im Blick auf das Große und Ganze zusammenzustehen in echter Kollegialität.

Bau- und Darlehnsgenossenschaft des L. L. V. G. m. b. H.

In dem Aufsichtsrate der Genossenschaft wurde für den nach Detmold verzogenen Kollegen G. Mesch, Rischenau, Kollege Grothe, Wörderfeld, als Vertrauensmann des Bezirkes Rischenau gewählt. Die Genossenschaft zählte am Schlusse des Jahres 1927 229 Genossen, von diesen sind 244 Anteile zu je 50,— Mk. eingelöst. Eine kleine Anzahl von Genossen ist noch immer mit der Einlösung ihrer Anteile im Rückstande. Insgesamt sind durch die Genossen 13 372 Mk. für die Genossenschaft aufgebracht.

Am 30. März d. J. fand in Detmold die Generalversammlung der Bau- und Darlehnsgenossenschaft des L. L. V. statt. Der Rechnungsabschluß für das Jahr 1927 wies einen Reingewinn von 518,76 Mk aus; dem Aufsichtsrate wurde Entlastung erteilt. Auf Vorschlag des Aufsichtsrates wurde die Verteilung einer Dividende von 3 Prozent beschlossen. Die Auszahlung der Dividende soll aber wegen der Geringfügigkeit der Beträge und der Umständlichkeit der Auszahlung dieses Jahr nicht erfolgen. Die einzelnen Beträge sollen vielmehr als Guthaben der Genossen bis zum nächsten Jahre in der Genossenschaftskasse verbleiben.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Lehrerschaft haben sich erfreulicherweise in den letzten Jahren so entwickelt, daß es z. Zt. einem großen Teile der lippischen Lehrer bei Ausnutzung der zahlreichen vom Staate und anderen Stellen geschaffenen Hilfsquellen aus eigener Kraft möglich ist, sich ein Eigenheim zu schaffen. Zahlreiche lippische Lehrer haben diese Möglichkeiten auch ausgenutzt, und in den Jahren nach der Inflation sind gewiß mehr lippische Lehrer Hausbesitzer geworden, als in den wirtschaftlich so günstigen Jahre vor dem Kriege es waren. Es ist zu begrüßen, daß die schlimme Notzeit, aus der vor 4 Jahren die Genossenschaft gegründet, so bald vorübergegangen und daß die Wirksamkeit der Genossenschaft geradezu überflüssig geworden ist; denn den pensionierten Lehrern und auch den Lehrerwitwen ist es zur Zeit bei Bedarf wieder möglich — wenn auch zur Verhältnismäßig hohen Mietsätzen — wieder geeignete Wohnungen zu mieten. Unter diesen Umständen hielt es die Generalversammlung für unökonomisch, die Bau- und Darlehensgenossenschaft um des Besitzes und der Verwaltung eines Hauses willen weiter zu erhalten, und sie beschloß, eine Liquidierung der Genossenschaft durch Verkauf des Genossenschaftshauses zu versuchen. Der Vorstand wurde beauftragt, nach Möglichkeit zu versuchen, das Haus unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Reflektanten mögen sich mit dem Geschäftsführer der Genossenschaft, Herrn G. Beckmeier in Heidenoldendorf in Verbindung setzen.

Rechnungsabschluß am 31. Dezember 1927.

Besitz:		
1. Wohnhaus nebst Grundstück	Mk.	34373,83
2. Darlehen	„	—,—
3. Bankguthaben	„	790,50
4. Außenstände	„	91,91
5. Kassenbestand	„	19,41
Sa. =	Mk.	35275,65
Verbindlichkeiten:		
1. Vollbezahlte und erworbene Anteile	Mk.	12200,00
2. Eintrittsgeld der Genossen	„	687,00
3. Beiträge, auf noch zu erwerbende Anteile angezahlt	„	485,00
4. Kaution	„	80,00
5. Hypotheken	„	20416,00
6. Unbezahlte Rechnungen und Stundungen	„	452,41
7. Gesetzliche Rücklagen	„	156,00
8. Weitere Rücklagen	„	433,24
9. Dividende: 3%	„	366,00
Sa. =	Mk.	35275,65

Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1927.

Einnahme:		
1. Miete	Mk.	1625,00
2. Zinsen für Darlehen	„	6,70
3. Zinsenüberschuß auf dem Bankkonto	„	41,08
Sa. =	Mk.	1672,98
Ausgaben:		
1. Steuern und Versicherungsgebühren	Mk.	76,15
2. Zinsen für Hypotheken und Darlehen	„	902,79
3. Reparaturen	„	138,57
4. Ausgaben für Porto und dergleichen	„	16,71
5. Reingewinn:		
a.) gesetzliche Rücklage	„	51,85
b.) weitere Rücklage	„	466,91
Sa. =	Mk.	1672,98

Pestalozzi-Verein.

Aus Anlaß der hundertjährigen Wiederkehr des Todestages Heinrich Pestalozzis überwies der L. L. V. dem Pestalozzivereine 1500 Mk. zu geeigneter Verwendung. Am 23. 3. 27 wurden 1200 Mark an 13 Personen verteilt. Der Rest von 300 Mark wurde für Linderung etwa im Laufe des Jahres eintretender Notstände zurückgelegt und am Schluß des Jahres bei Verteilung der ordentlichen Einnahmen mit verwandt.

Die am 17. 12. 27 erfolgte Jahresabrechnung bietet folgendes Bild.

Vermögen: 824,32 Mark.

A. Einnahme:		
I. Bestand	18,00	Mk.
II. Abhebung	350,00	„
III. Beiträge der Mitglieder		
1. Bezirksverein Nessenberg	36,00	„
2. „ Salzufl. Schötmar	144,00	„
3. „ Detmold	248,00	„

4.	„	Oerlinghausen	48,00	„
5.	„	Lemgo	122,00	„
6.	„	Horn	78,00	„
IV. Sonstige Einnahmen:				
Aus Kalenderverkauf			9,60	„
		Sa. =	1182,60	„

B. Ausgabe:

I. Weihnachtsgaben an alleinstehende Lehrerstöchter:			
18 zu je 25 Mk. =		450	Mk.
11 zu je 50 „ =		550	„
1 zu 100 „ =		100	„
II. Porto		2,70	„
		1102,70	„

Abschluß:

Einnahme :	1182,60	Mk.
	Sa. = 1102.70	„
Bestand:	79,90	„

IV. Rechnungsabschluß.

A. Einnahmen

1. Bestand aus vorj. Rechnung	608,81	Mk.
2. Bes. Beitragserhebungen	4644,75	„
3. Rückvergütungen des L. B. B.	2931,05	„
4. Aus Büchervertrieb	75,80	„
5. Aus bes. Veranstaltungen	603,75	„
6. Rückzahlungen	250,00	„
7. Zinsen	20,16	„
Insgesamt	9134,32	„

B. Ausgaben

1. Beiträge an den D. L. B.	1909,20	Mk.
2. Beiträge an andere Vereinig.	56,40	„
3. Ausgaben für bes. Veranstaltungen	477,50	„
4. Lipp. Schulzeitung	2689,90	„
5. Telefon des L. L. B.	164,05	„
6. Vergütungen von Auslagen an Vorstandsmitglieder und Vertreter	1186,95	„
7. Auslagen an Vertrter zum Bundestag des L. B. B.	20,70	„
8. Rückvergütungen	20,70	„
9. Buchhaltungen und Kontore	121,67	„
10. Sonstige Ausgaben	324,15	„
	76.57	„
Insgesamt	7026,09	Mk.

C. Abschluß

Bestand aus vorj. Rechnung	608,81	Mk.
Einnahmen	8525,51	„
Insgesamt	**9134,32**	**Mk.**
Ausgaben	7026,09	Mk.
Kassenbestand am 1. 4. 28	2108,23	Mk.

Detmold, den 1. 4. 28.

gez. Röhr, Rechnungsführer.

Geprüft und für richtig befunden:
gez. Reinecke —
gez. Rehme.

Detmold-Jerxen, Mai 1928.

Im Auftrage des Vorstandes.
Sprenger. — Röhr.

Lippische Schulzeitung

Herausgegeben
vom Vorstande des Lippischen Lehrervereins.

22. Jahrgang. Lemgo, 15. Juni 1928. Nummer 6.

Inhaltsverzeichnis.

Die Vertreterversammlung des D. L. V. in Braunschweig. — Eine pädagogische und soziale Notwendigkeit. — Umschau. Aus dem Vereinsleben — Verschiedenes. — Anzeigen.

Die Vertreterversammlung des D. L. V. in Braunschweig.

Etwa 500 Beauftragte des Deutschen Lehrervereins traten in den Pfingsttagen in Braunschweig zu einer Arbeitstagung zusammen. Festlich wurden die Vertreter der deutschen Schule aus Nord und Süd, aus Ost und West in der alten Hansestadt empfangen. Nicht jener rheinländische Schwung, jener stark national geschwängerte Odem, der uns im vorigen Jahre aus dem soeben befreiten Düsseldorf entgegenhauchte, bildete die Resonanz von Braunschweig. Eine Stadt, in der Mittelalter und Neuzeit gleichermaßen ihr Antlitz und ihre Daseinsrechte behaupten, in deren Mauern vielhundertjährige Kunst in Fülle sich mit den Wahrzeichen moderner Industrie und Technik paart: Das ist Braunschweig, die Stadt Heinrichs des Löwen, die Stadt Lessings, Wilhelm Raabes, des Mathematikers Gauß, des Komponisten Spohr und anderer Männer deutscher Kunst und Wissenschaft.

Schon einmal sah diese Stadt Lehrer aus allen deutschen Gauen in sich vereint. Es war im Jahre 1879, als die Allgemeine Deutsche Lehrerversammlung hier tagte. Doch welch ein Wandel hüben wie drüben. Noch nicht voll umrankt von dem breiten Industriegürtel, der in den letzten 50 Jahren mächtig anschwoll, lag die Okerstadt friedlich und gemächlich da. Gemächlich und bescheiden waren auch die Lehrerversammlungen in damaliger Zeit. Es fehlte ihnen der straffe Zug, das Planvolle, eine besonnene Ausgeglichenheit der Kampfesweise; alles Züge, die heute an den Versammlungen des D. L. V. beobachtet werden können. Damals zwei Organisationen mit einem schwachen Streben nach Einheit; heute der festfundierte, 150 000 Mitglieder zählende Deutsche Lehrerverein. An diese Entwicklung, an diesen Weg zur Erfüllung erinnerte Braunschweig die deutschen Lehrer in den Pfingsttagen.

Und weiter: In Braunschweig flackert der Schulkampf augenblicklich mehr als anderswo auf. Es ist der Streit um den Charakter der Braunschweiger Schulen, der jetzt vor der höchsten richterlichen Instanz des Deutschen Reiches „geschlichtet" werden soll. Die letzte rechtseingestellte Regierung hatte die Schulen für Bekenntnisschulen erklärt und dementsprechende Verwaltungsmaßnahmen getroffen. Zum Ausgleich faßte dann auch die weltliche Schule in Braunschweig Boden, und so tobt ein Schulkampf, wie man ihn zur Zeit der Gemeinschaftsschule nicht kannte. So schwingt auch dieses Moment mit bei der Einstellung zu manchen Verhandlungsstoffen der Vertreterversammlung. Ueberragend aber ist das berechtigte und beglückende Bewußtsein, daß der Schulkampf des letzten Jahres zu einem siegreichen Ende für uns und die deutsche Schule geführt hat. Dieser Gedanke, der alle gemeinsam beherrscht, findet in den Ausführungen des Vorsitzenden Georg Wolff, die wir weiter unten bringen, beredten Ausdruck.

Nach Eröffnung der Vertreterversammlung und Begrüßung der Gäste und Vertreter durch G. Wolff erhält der Braunschweiger Minister für Volksbildung Sievers das Wort. Der Minister weist darauf hin, daß in Kulturfragen manche Kleinstaaten den großen vorausmarschieren. Zu ersteren gehöre auch Braunschweig. In den Fragen der Lehrerbildung und Lehrerbesoldung könne Braunschweig sich sehen lassen. Auch schulpolitisch sei in Braunschweig mancherlei erreicht; kirchliche und Hemmnisse aus rückständigen Elternkreisen seien eingedämmt, und dem Lehrer stehe der Weg der freien Arbeit offen. Diese Freiheit im Sinne des Fortschritts auszunutzen, sei die Aufgabe der Lehrer.

Namens der Technischen Hochschule sprach Prorektor Prof. Timmerding. Er setzte sich für die vollwertige Lehrerausbildung ein und erwähnte, daß von Seiten der Hochschule alles getan würde, um die angegliederte Lehrerakademie mit allem Erforderlichen auszustatten. Die deutsche Zukunft sei eng mit der des deutschen Volkslehrers verbunden .— Es sprachen ferner Worte der Begrüßung ein Vertreter der Stadt Braunschweig und ein Vertreter des deutschen Beamtenbundes.

Sodann nahm der Vorsitzende G. Wolff das Wort zu einem

„Schulpolitischen Rückblick und Ausblick".

Wir geben seine Worte gekürzt wieder: Nicht die einzelnen Stationen des letzten Jahres wollen wir durchwandern, sondern geistige Umschau halten durch das, was geworden ist. Wir wollen einen Blick darauf werfen, was werden kann und was werden soll. Die Stimmung von Düsseldorf schwingt noch einmal kräftig mit. In Düsseldorf standen wir vor der Schlacht, wir fühlten uns einer großen Mehrheit gegenüber. Da kam der Entwurf. Und der D. L. V. gab die Parole heraus: Dieser Entwurf darf nicht Gesetz werden! Der D. L. V. empfindet eine gewisse Genugtuung darüber, daß der Entwurf nicht Gesetz geworden ist. Die Jugend haben wir vor schwerer Not und Gefahr bewahrt.

Doch dürfen wir den Keudell-Entwurf nicht als ein Einzelnes sehen. Er ist Glied einer Kette, Ausdruck der schulpolitischen Reaktion. Diese will die Staatsschule beseitigen und den Bildungsinhalt hemmen. Wir halten an der Staatsschule fest. Die Schule ist vom Staate gegründet, vom Staate bezahlt, der Staat stellt die Lehrer an und sorgt für die Lehrerausbildung. Die Niederlage des Entwurfs bedeutet Sieg der Gewissensfreiheit und Lehrfreiheit, Sieg

gegenüber politischer und kirchlicher Reaktion. Der Gegner wirft uns vor, wir führten den Kampf nur negativ. Doch hier ist das Positive: Kampf für die Schulhoheit des Staates, für die Einheit deutscher Bildung, für die Idee der höchsten Leistungsfähigkeit des Volkes, für die Idee der Pflege und Förderung aller Anlagen unserer Kinder und nicht zuletzt Kampf der Geistes- und Gewissensfreiheit gegen alle Unterdrückung und Einengung.

Und nun den Blick nach vorwärts gewandt! Zur parlamentarischen Lage ist zu sagen: eine Mumm-Mehrheit ist im neuem deutschen Reichstag nicht mehr möglich. Ist das Hoffnung, ist das Sicherheit? Noch ist der Gegner nur geschlagen, aber nicht vernichtet. Einer der Hauptgegner ist immer noch da und wird in jeder kommenden Mehrheit wieder auftreten. Doch wollen wir nicht, daß die Schule dauernd umkämpft werde. Vor allem müssen wir acht geben, daß wir nicht zum ersten Weimarer Kompromiß zurückkommen. Nur ein großzügiges Reichsschulgesetz kann uns helfen, der Weg dazu ist frei. Nur den Blick abgewandt von Art. 146,2; es gibt in der Reichsverfassung noch andere Artikel. Sie alle sollen mitbestimmend sein bei jenem großen Reichsschulgesetz. Wir alle wollen daran mitarbeiten, daß ein Typus Lehrer entsteht, der schulpolitisch kräftig sich einsetzt für dieses Werk. Doch geht trotzdem unser Kampf verloren, wenn wir ihn nicht gemeinsam mit den Eltern führen. Darum Pädagogisierung der Oeffentlichkeit, nicht in dem Sinn, als wollten wir pädagogische Parolen hinausgeben, sondern in dem anderen: die Eltern sollen unsere Ideen kennen lernen, und wer dann eines Sinnes ist mit uns, der findet von selbst den Weg zu uns und arbeitet mit uns. Nur in Gemeinsamkeit der Elternschaft und Lehrerschaft ist der Sieg gewiß.

Das erste Verbandsthema:

„Ausbau der Schule"

behandelt das Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses Schulrat Günther, Berlin. Er führt aus: Dieses Thema ist auf der Tagesordnung der Lehrerversammlung zwar neu, doch ist es so alt wie die Schule selber. „Wir bauen an dir mit zitternden Händen und türmen Atom auf Atom, aber wer kann dich schauen, kann dich vollenden, du Dom?" Die heutige Volksschule ist für die Volksmassen unzulänglich in stofflicher, technischer und ethischer Hinsicht. Der Grundfehler der Volksschule, der sie in ihrem Fortschritte behindert hat, liegt da, daß sie in der Kulturgemeinschaft nicht die Stellung einnimmt, auf die sie Anspruch hätte. Sie entspricht nicht den Forderungen der Kulturlage und nicht der Bestimmung, die sich aus ihrer Natur ergibt. Das schlimme Wort von der Schule zweiter Klasse, von der Armenschule hat bei ihren Gegnern noch immer Anklang gefunden. Die Volksschule besitzt auch nicht das allgemeine Vertrauen im Volke. Sie leidet an Veralterung und an einem relativen Rückgang ihrer Leistungen. Wie hat es dahin kommen können? Warum hat der neue Volksstatt bisher so wenig für sie getan? Wir wollen nicht von Schuld und Schuldigen reden: es sind entwicklungsbedingte Zustände, die sich hier auswirken. Früher einmal — es war zu Steins Zeiten — war die Volksschule tatsächlich die Schule des Volkes, der Inbegriff und Wesensausdruck der Nation. Doch bald deuchte Pestalozzis Idee von der Emporbisdung aller menschlichen Anlagen und Kräfte die Staatslenker gefährlich. Man deutete das Wort um in der Richtung auf die technische Vervollkommnung der Menschen. Die Stiehlschen Regulative sind Ausdruck dieses Rückschritts. Der Staat hatte die Volksschule aufgegeben. Sie wurde in den politischen Kampf hineingezogen. Es wurden Mittelschulen gegründet, und die Volksschule wurde zur Schule der Handarbeiter, zur Schule des vierten Standes. Auch diese Kreise lehnten die Volksschule innerlich ab. So hatte auch das Volk seine Schule aufgegeben. An diesem Tatbestande hat sich bisher wesentlich nichts geändert.

Wohl haben sich Volk und Staat wieder zusammengefunden und eine Neuordnung eingeleitet. Ein Neues ist auch in die Volksschule eingezogen und drängt nach Gestaltung. Einzelne Länder wie Hamburg und Sachsen gehen hierin voraus, die Schule als Ausdruck des freien geistigen und gesellschaftlichen Lebens neuzuformen. Sie wollen nicht mehr die Schule im herkömmlichen Sinne. Die Unzulänglichkeit des gegenwärtigen Zustandes will man beseitigen. Zu dem Zwecke tagte vor Jahren auch die Reichsschulkonferenz; ihre Arbeit jedoch war und blieb Theorie. Volk und Staat haben sich zur Volksschule noch nicht wieder zusammengefunden. Der Abstand ist bei dem freien Gang der Entwicklung in Kultur und Wirtschaft größer geworden. Daher die üblen Urteile aus der Wirtschaft und aus anderen Kreisen über die Volksschule. So sind dem Volksschüler heute die sogenannten mittleren Berufe fast ganz verschlossen. Dadurch werden auch viele Eltern mißtrauisch und leiten ihre Kinder so gern den höheren Schulen zu. Diese Unterwertung der Volksschule hat auch in der Besoldungsordnung ihren Ausdruck gefunden.

Einer Neuordnung stehen große Hemmnisse entgegen. So hat selbst Kerschensteiner zur Wandlung der Volksschule wenig Vertrauen, da der heutige Zustand aus dem Geiste der Aufklärung geboren und immer noch zu sehr auf den Stoff eingestellt sei. Deshalb geben wir den Glauben an eine Entwicklungsmöglichkeit und an eine Entwicklung aber nicht auf. Die neue Bildung ist das Lebensgesetz der Schule, und die Erziehungswissenschaft ist hier maßgebend. Wir haben die besten Erziehungstheorien der Welt, wenn auch die Praxis dahinter zurückblieb. Die Schule kann nicht gedeihen, wenn sie einseitig als staatliche Veranstaltung angesehen wird. Vor allem kommen wir nicht mit den Mitteln der alten Regierungskunst zur neuen Schule. Von oben her kann die Schule nicht geändert werden. Die staatlichen Behörden müssen zu Trägern der neuen Schulidee werden, das entspricht dem Wesen des Volksstaates. Der Volksstaat muß sich in dieser Hinsicht wandeln. Die Schule darf nicht den jeweiligen Mehrheitsparteien gehören, sondern dem Volke. Doch steht und fällt die Neuordnung mit dem Lehrer. Persönlichkeiten müssen die Lehrer werden, die sich bis zum letzten mit verantwortlich fühlen für den Schulfortschritt. Die Lehrerschaft ist in ihrer Masse zu dieser Aufgabe bereit. Der Erfolg wird größer sein, wenn sich die Lehrerschaft ungehindert auswirken kann. Damit gewinnen unsere Forderungen — kollegiale Schulverwaltung u. a. — ihre innere Begründung.

Vorerst gilt es, die nächsten Forderungen zu stellen. Der Staat hat hinsichtlich des Schulzwanges, der Durchführung des achten Schuljahres (Württemberg) seine Pflicht zu tun. Andere Schularten haben sich bisher besonderer Förderung erfreuen können. Deshalb gibt es für ihn in Hinsicht auf die Volksschule keine Entschuldigung. Die Verwaltung war bei den höheren Schulen auch finanziell sehr freigebig. Neue Schularten entstanden hier, so daß es heute nicht weniger als 37 Typen gibt. Hinzukommt eine starke Höhersetzung der Klassenziffer. So betrug in Preußen

	1910	1920	1927
die Gesamtschülerzahl	218 215	270 467	300 270
die Zahl der Klassen	7 517	9 305	10 861

Für den Schulaufwand fehlen leider die Unterlagen. Neben den äußeren Ausbau ist auch eine entsprechende innere Entwicklung zu beobachten: Neuordnung der Reifeprüfung u. a. — Bei den preußischen Mittelschulen ist der Aufwand zwar nicht so augenfällig, doch haben auch sie An-

teil an der staatlichen Fürsorge. Auch die Berufs- und Fachschulen haben sich im letzten Jahrzehnt sehr entwickelt. Somit sollte der Volksstaat sich seiner Aufgabe — auch nach der finanziellen Seite hin — gegenüber der Volksschule nicht entziehen. Wenn wir auf andere Nationalstaaten (Nordamerika, England), blicken, so sehen wir überall, wie man sich mit großer Tatkraft um die Förderung der Volksschulen bemüht. Auch von Wien können wir mancherlei lernen. Deutschland versäumt den Anschluß, wenn es nicht bald einen neuen Tag für die Volksschule herbeiführt.

Innerhalb des D. L. V. bestehen in den Grundfragen der Schulneuordnung keine verschiedenen Auffassungen mehr. (Auf die untergeordneten Fragen geht der Redner nicht ein. Er scheidet in seinem Vortrage ausdrücklich aus: die Berechtigungsfrage, die Breitengliederung des Volksschulkörpers, die Sonderschulen, Arbeitsschule, Persönlichkeitsbildung u. a.) Eine achtjährige Schulpflicht besteht vielfach schon seit 100 Jahren. Wenn damals eine achtjährige Schulzeit für notwendig erachtet wurde, so kann eine solche unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr genügen. Es erfüllt uns Lehrer tiefste Sorge, wenn wir den Vierzehnjährigen in dem wichtigsten Stadium der Entwicklung ins Leben entlassen. Der junge Arbeiter muß wirtschaftliche und ethische Schulung besitzen, damit er die Lebenskraft seiner Persönlichkeit zu wahren imstande ist. Auch die Gewerkschaften haben das oben anzugliedernde 9. Schuljahr verlangt. Ueber die Durchführung jedoch gehen die Meinungen noch weit auseinander. Darum schon heute eine gesetzliche Regelung des 9. Schuljahres zu fordern, wäre verfrüht. Die Kleinstaaten mögen auch hier zu Versuchen schreiten. Damit uns jedoch die Jugend nicht entgleitet, ist eine innere Umgestaltung nötig: den Begabungsrichtungen ist mehr Bedeutung beizulegen, Kernunterricht, Arbeitsgemeinschaften in allen Fächern sind zu fördern. Nicht das Wissen um die Dinge ist das Wertvolle, sondern die Lösung und Entwicklung der schöpferischen Kräfte. Daher ist die Werktätigkeit vor allem auch in den letzten Klassen notwendig. Des weiteren ist eine Fremdsprache aufzunehmen.

Die 4jährige Grundschule darf nicht zu einer Vorschule werden und ist auf 6 Jahre zu erweitern. Klassen mit 70, 80 oder 90 Schülern sind eine Versündigung an der Jugend. Vor allem finden wir die Landschule in einer sehr dürftigen Lage. Vieles ist am Ausbau unserer Schule zu tun. Ein leuchtendes Bild steht vor unsern Augen. Wir wünschen, daß dieses Bild Wirklichkeit werde. Zunächst wollen wir alle, die Mitarbeit leisten wollen, zusammenführen. Der neue Staat ist noch nicht. Die Demokratie des Geistes und des Herzens, auf die öffentliche Meinung gegründet, zu verwirklichen, ist oberste Pflicht jedes Einzelnen in unseren Reihen.

Im Anschluß an eine recht ausgedehnte und fruchtbare Debatte wurde ein Antrag Sachsen als Entschließung von der Vertreterversammlung einstimmig angenommen:

„Der Ausbau der Volksschule ist für die Deutsche Demokratische Republik eine pädagogische und soziale Notwendigkeit. Organisatorisch hat dieser Aus- u. Aufbau im Sinne der Einheitsschule, pädagogisch unter Entfaltung aller guten menschlichen Kräfte und Anlagen gemäß der Idee der Menschenbildung zu erfolgen. Der D. L. V. gibt seinen Verbänden und Zweigvereinen auf, in Fortsetzung der auf der Braunschweiger Vertreterversammlung begonnenen Arbeit diese Aufgabe ihrer baldigen Lösung zuzuführen.

Als unerläßliche Voraussetzung dieser weitreichenden Auf- und Ausbauarbeit haben die deutschen Länder folgende unaufschiebbaren Forderungen zu erfüllen:

1. Für die deutsche Schuljugend sind zweckentsprechende, hygienisch einwandfreie Schulräume zur Verfügung zu stellen. Der D. L. V. erhebt Protest dagegen, daß man an vielen Stellen des Reiches unter dem Vorwande der Finanznot noch immer Kinder und Lehrer zwingt, sich in menschenunwürdigen, gesundheitsschädlichen Schulhäusern aufzuhalten.

2. Der D. L. V. fordert eine allgemeine Herabsetzung der Klassenstärke in den Volksschulen. Gesteigerte Leistungen, innerer pädagogischer Fortschritt und wahrhafte Erziehungsarbeit sind ohne Aenderung der auf diesem Gebiete herrschenden, vielfach geradezu beschämenden Verhältnisse nicht möglich.

3. Auch in ländlichen Bezirken ist die Schaffung leistungsfähiger, wohlgegliederter Schulkörper anzustreben. Es gibt keine allgemeine Hebung der allgemeinen Volksbildung, wenn in weiten Gegenden Deutschlands primitive Schulverhältnisse aufrechterhalten werden.

4. Die achtjährige Volksschule ist endlich auch in den letzten deutschen Gebieten durchzuführen. Die deutschen Lehrer wollen nicht länger zusehen, daß zwei deutschen Ländern gestattet wird, sich noch immer ihrer verfassungsmäßigen Pflicht zu entziehen.

5. Die deutschen Volksschullehrer sind durch Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, insbesondere durch Herabsetzung der Pflichtstundenzahl in den Stand zu setzen, ihrer schweren Aufgabe gerecht zu werden.

Der D. L. V. richtet an Regierung und Volksvertretung der deutschen Länder die tiefernste Mahnung:

Stellt in Euren Haushaltsplänen die erforderlichen Mittel bereit; wendet der deutschen Volksschulen die gleiche Fürsorge zu, wie den anderen Schularten; schafft der Volksschule endlich die unerläßlichen Lebensbedingungen; macht die Volksschule zur allgemeinen, wohleingerichteten Bildungsanstalt des deutschen Volkes".

Ueber den

„Stand der Lehrerbildung im Reiche"

referierte das Mitglied des Gesch. Ausschusses, Regierungsdirektor Pretzel, Berlin. Der Redner weist darauf hin, daß es höchste Zeit ist, dem Artikel 143,2 der R. V. durch ein Reichsgesetz Inhalt und Wirksamkit zu geben. Die Buntscheckigkeit auf diesem Gebiete ist groß. Nicht einmal die Forderung der Gymnasialreife ist in allen deutschen Staaten durchgeführt: Baden macht hier eine wenig rühmliche Ausnahme. Auch die sogenannte „hochschulmäßige" Ausbildung ist ein sehr zweifelhaftes Ding. Die Verquickung der Fragen der konfessionellen Ausbildung und der Trennung der Geschlechter mit der Lehrerbildung führt uns rückwärts. Einige Staaten sind recht zögernd dabei, mit der Neuordnung der Lehrerbildung zu beginnen. Erfreulich ist immerhin das Vorgehen einzelner Mittel- und Kleinstaaten. Die reichsgesetzliche Regelung dieser Angelegenheit wird immer schwieriger. Die frühere Reichsregierung ließ als einziges Geschenk der Lehrertagung in Düsseldorf das Versprechen übermitteln, daß ein Gesetzentwurf herausgebracht werden sollte. Bei diesem Versprechen ist es bisher geblieben. — Einstimmig angenommen wurde folgende Entschließung:

„Der D. L. V. hat den Gang der Entwicklung, den die Neuregelung der Lehrerbildung in den deutschen Ländern nach der Verkündigung der Weimaer Verfassung genommen hat, mit wachsender Sorge verfolgt. Wenn auch einzelne Länder (Sachsen, Thüringen, Hamburg, Braunschweig, Anhalt, die beiden Lippe) eine der Verfassung im ganzen entsprechende Ordnung durchgeführt haben, so kann doch die in anderen Ländern (Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Preußen*) getroffene Regelung als befriedigend und mit der Verfassung in Einklang stehend nur zum Teil angesehen werden, und wie die von der bayerischen Regierung vorgelegte Denkschrift erkennen läßt, besteht die Gefahr, daß die Länder, die bisher von einer Neuordnung abgesehen haben, hinter dem in der Verfassung gesteckten Ziele ebenfalls stark zurückbleiben werden. Diese Entwicklung muß zur Folge haben, daß im Deutschen Reiche eine bedauerliche Ungleichheit der Lehrerbildung entsteht, die sich naturnotwendig auch in der durch die Volksschulen vermittelten Bildung der aufwachsenden Jugend auswirken wird und einer dringend zu fordernden gleichmäßigen Höhenlage der allgemeinen Volksbildung nur abträglich sein kann.

Der D. L. V. erhebt deshalb aufs neue die Forderung, daß dem klarem Sinn und Wortlaut der Verfassung gemäß nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten, die Lehrer ihre allgemeine wissenschaftliche Vorbildung durch das volle Durchlaufen einer zur Hochschulreife führenden höheren Schule und ihre berufswissenschaftliche Ausbildung durch ein mindestens dreijähriges Studium auf einer vollwertigen Hochschule erhalten, und mahnt die Reichsregierung an ihre durch die Verfassung ihr auferlegte

*) Ein Antrag, Baden hier einzufügen, fand keine Zustimmung, da die Lehrerbildung in Baden eine Qualität 3. Grades darstellt.

Pflicht, in diesem Sinne die Lehrerbildung durch ein Reichsgesetz für das Reich einheitlich zu regeln."

Ueber das weitere Verbandsthema:

„Auslandsdeutschtum und Schule"

sprach Berufsschuldirektor Otto Schulz, Berlin. Der Knappheit des Raumes wegen müssen wir uns hier auf die gefaßte Entschließung beschränken:

„Der Deutsche Lehrerverein sieht in der Pflege des Grenz- und Auslandsdeutschtum eine wichtige, aus der nationalen und internationalen Lage der Gegenwart sich ergebende Aufgabe, deren Lösung Pflicht des ganzen deutschen Volkes ist.

Er begrüßt alle Bestrebungen, die sich die Lösung dieser Aufgabe ohne zweckwidrige Nebenabsichten zum Ziele gesetzt haben.

Er bejaht insbesondere die Mitarbeit der Volksschule, die sich in erster Linie auf Bewußtmachung und Pflege deutschen Volkstums, sowie auf Verbreitung der Kunde vom Auslandsdeutschtum erstrecken muß.

Der Deutsche Lehrerverein ist auch ferner bereit, die ihm als Verein zufallenden besonderen Aufgaben zu lösen.

Diese sieht er unter anderem, soweit bodenständiges altes Volkstum innerhalb von Nationalitätenstaaten in Frage kommt, in dem Eintreten für das Recht aller nationalen Minderheiten auf Pflege und Erhaltung ihres angestammten Volkstums, sowie in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit den deutschen Lehrerverbänden solcher Staaten und der Internationalen Vereinigung der Lehrerverbände; soweit es sich um deutsche Auslandsschulen in Nationalstaaten handelt,

a) in der Aufrechterhaltung auch der inneren Verbundenheit mit den deutschen Auslandslehrern als den Trägern der deutschen Schularbeit und damit des deutschen Volkstums im Auslande,
b) in der Mitarbeit an ihrer wirtschaftlichen und rechtlichen Sicherstellung,
c) in der allgemeinen Unterstützung des deutschen Auslandsschulwesens.

Der Deutsche Lehrerverein empfiehlt seinen Landesverbänden, sich in einer ihnen geeignet erscheinenden Weise an der Arbeit für das Grenz- und Auslandsdeutschtum zu beteiligen."

Nunmehr sprach Rektor Gärtner zu der die Oeffentlichkeit stark beschäftigenden Junglehrerfrage. Er wies namentlich darauf hin, daß das Reich Verpflichtungen gegen die stellenlosen Junglehrer habe, weil die Stellenlosigkeit eine Folge des verlorenen Krieges und der Abtretung von weiten Gebieten des Reiches sei. So gut wie die um ihren Besitz im Ausland gekommenen Deutschen entschädigt worden sind, muß das Reich für die durch den Krieg verdrängten und die durch die Verdrängten geschädigten anderen Junglehrer eintreten. Was das Reich bis jetzt gewährt hat, sei durchaus unzureichend. Folgende Entschließung wurde angenommen:

„Die 36. Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins sieht in der einmaligen Bereitstellung von 300 000 M. für die Reichsjunglehrernothilfe eine vollkommene Verkennung des Ernstes der gewaltigen Stellenlosigkeit in der jungen Lehrerschaft.

Sie fordert von dem neuen Reichstag eine Behandlung der Junglehrerfrage, die ihrer pädagogischen und sozialen Bedeutung gerecht wird, und die das Reich hier zu den Lasten in einer Höhe heranzieht, die dem Anteil des Reiches an den Ursachen der Junglehrernot entspricht. Den Ländern wird dringend ans Herz gelegt, angesichts der Notlage der Nichtverwendeten und des unerläßlichen Ausbaues der deutschen Volksschule in der Richtung verringerter Klassenstärken und vermehrter Unterrichtszeit die in den meisten neuen Besoldungsgesetzen aufgenommenen Abbaubestimmungen für das Gebiet der Volksschule nicht in Anwendung zu bringen. Für die Anrechnung unverschuldeter Wartezeit ist, soweit noch nicht geschehen, alsbald in ausreichendem Maße Sorge zu treffen."

Anträge zum Besoldungsprogramm des D. L. V.

Es lagen vor:

1. Der Antrag des Lehrerverbandes Berlin:

„Die Richtlinien für die Besoldungsforderungen des D. L. V. werden dahin abgeändert, daß unter IV 1 b (Bestandteile der Besoldung) Wohnungsgeld durch Ortszuschlag, der neben dem reinen Wohnungsgeld auch die sonstigen örtlichen Teuerungsverhältnisse berücksichtigt, ersetzt wird."

2. Der Antrag des Lehrervereins Frankfurt a. M.:

„Der Frankfurter Lehrerverein braucht, in Abschnitt IV Ziffer 1 (Bestandteile der Besoldung) der Richtlinien zur Besoldungsforderung als Bestandteil der Besoldung einzufügen: Gebietliche Abgeltung der Teuerungsverhältnisse."

3. Der Antrag der Hauptstelle für Wirtschafts- und Standesfragen:

„Die Besoldung der Beamten besteht aus a) Grundgehalt, b) Sozialzuschläge: 1. Hausstandszuschläge, 2. Kinderzulagen und Erziehungsbeihilfen, c) einem Ausgleichszuschlag, der den gesamten Wohnungsaufwand sowie gebietsweise bestehende verteuernde Lebensverhältnisse berücksichtigt."

4. Eine Entschließung des Hauptausschusses des D. L. V.:

„Der Hauptausschuß des Deutschen Lehrervereins gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die von Berlin und Frankfurt gestellten Abänderungsanträge zum Besoldungsprogramm des Deutschen Lehrervereins veranlaßt worden sind durch die ungünstige Regelung der Besoldung in Preußen und einigen anderen Ländern.

Diese Regelung wird indes nicht durch eine Aenderung des Besoldungsprogramms des Deutschen Lehrervereins beseitigt, sondern durch unermüdliche Arbeit an der Hebung der Besoldung im ganzen und für die Verbesserung in der Richtung der Lehrerbesoldung nach dem Vorbilde der am weitest vorangeschrittenen Länder.

Der Hauptausschuß hält aus diesen Gründen eine abschließende Behandlung der beiden Anträge auf der Vertreterversammlung in Braunschweig nicht für angebracht; er empfiehlt vielmehr, es möge die Vertreterversammlung den Geschäftsführenden Ausschuß beauftragen, in einer Denkschrift eine Uebersicht über die Besoldungsverhältnisse der Lehrerschaft in den deutschen Ländern und die statistisch-wirtschaftlichen Grundlagen für die neue Besoldungserörterung zusammenzustellen."

Die Entschließung des Hauptausschusses fand mit großer Mehrheit Annahme. — Der dritte Verhandlungstag war dem Thema gewidmet:

„Unser Verhältnis zum Deutschen Beamtenbund."

Nach der Berichterstattung durch Rosin, Berlin, fand eine lebhafte Aussprache statt, an der sich auch der Vertreter des D. B. B. Lenz in längeren Ausführungen und Kollege Flügel beteiligten. Wir können auch hier trotz des starken Interesses, das wir dieser Angelegenheit gegenüber vertreten, nur die vom Gesch. Ausschuß des D. L. V. vorgelegte und von der Vertreterversammlung nur wenig abgeänderte Entschließung bringen. Sie lautet:

„Die 36. Vertreterversammlung des D. L. V. macht das Verbleiben des D. L. V. im D. B. B. von der Durchführung folgender Forderungen abhängig:

1. Die wirtschaftlichen und rechtlichen Belange der deutschen Lehrerschaft müssen vom D. B. B. stärker vertreten werden.
2. Der Deutsche Lehrerverein erhält einen der Plätze für die stellvertretenden Vorsitzenden.
3. Die einheitliche Führung der Bundespolitik ist unbedingt sicher zu stellen.
4. Die Finanzverhältnisse sind so zu regeln, daß dadurch die Sicherstellung, Verbilligung und Vereinfachung der Verwaltung herbeigeführt wird. Alljährlich ist eine übersichtliche Aufstellung des Haushalts vorzunehmen und den Mitgliedern zugänglich zu machen.
5. Die Verflechtung mit wirtschaftlichen Einrichtungen ist zu lösen.

Die Vertreterversammlung ermächtigt den G. A. des D. L. V. im Falle der Nichtdurchführung dieser Forderungen zu der ihm geeignet erscheinenden Zeit die Mitgliedschaft im D. B. B. zu kündigen."

Zum Schluß fand noch folgender Entschließungsantrag Sachsen einstimmige Annahme:

„Die Zusammenfassung der gesamten Beamtenschaft in einem großen Deutschen Beamtenbunde ist weiterhin mit Nachdruck zu erstreben."

Braunschweig liegt hinter uns. Wir blicken auf eine prächtig verlaufene und fruchtbare Versammlung des D. L. V. zurück. Ein starker Idealismus beseelt die deutschen Lehrer, die alltäglich sechs Millionen deutscher Kinder betreuen. Die Gewißheit, daß wir an der Zukunft unseres Volkes und der Menschheit fruchttragend bauen helfen, wird uns nie verloren gehen. Und jener Idealismus wächst mit

der Breite und Tiefe der Front, in der wir stehen. Die alljährliche Heerschau des Deutschen Lehrervereins zeigt uns diese innerlich und äußerlich wachsende Front. Und das ist das Wertvollste an unsern großen Tagungen, daß von ihnen ein Glaubensstrom, ein Wille zur pädagogischen Tat ausgeht, der in Millionen Kinderseelen nachhaltig sich auswirkt. So sehen wir auf Braunschweig zurück: eine Etappe im Vormarsch des pädagogischen Gedankens. Nicht Fertiges, nicht Abgeschlossenes hat sie uns gebracht — uns bringen sollen! — aber Anregung zu neuer Tat, Impulse zu verstärkter Aktivität. Und dies ist mehr als jenes. H.

Eine pädagogische und soziale Notwendigkeit.

Die Verhandlungen der Braunschweiger Vertreterversammlung des D. L. V. über den „Ausbau der Volksschule" können keinen Abschluß bedeuten. Man hat gut getan, in einer Entschließung nur die „unaufschiebbaren Forderungen" an die deutschen Länder herauszustellen, aber noch keine Festlegungen vorzunehmen, die den ganzen Umfang des angeschnittenen Fragenkreises berühren. Für die Einzelvereine ergeben sich aus den Braunschweiger Beschlüssen Aufgaben in doppelter Richtung. Sie müssen mit Nachdruck dafür eintreten, daß die „unaufschiebbaren Forderungen" tatsächlich in den Ländern verwirklicht werden. Und auch wir müssen zu den energisch Fordernden gehören. Die achtjährige Schulpflicht ist zwar bei uns sichergestellt; im übrigen aber bleibt auch für uns noch zu erkämpfen: Herabsetzung der Klassenstärke, bessere Gliederung der Landschulen, Herabsetzung der Pflichtstundenzahl und an vielen Stellen auch die Schaffung zweckentsprechender Schulräume.

So wesentlich das alles ist, diese Punkte der Entschließung berühren doch nur die äußeren Voraussetzungen für einen Ausbau der Volksschule. Viele weitere Einzelfragen hat die Braunschweiger Entschließung bewußt in der Schwebe gelassen: Verlängerung der Schulpflicht, Begabtenförderung, Fremdsprache in der Volksschule, mittlere Reife, Dauer der Grundschule, Berufsbildung. Hier tut sich uns die gleiche Aufgabe auf, und die Entschließung legt das ausdrücklich als solche fest: Der D. L. V. gibt seinen Verbänden und Zweigvereinen auf, in Fortsetzung der auf der Braunschweiger Vertreterversammlung begonnenen Arbeit diese Aufgabe ihrer baldigen Lösung zuzuführen. Soll aber ganze Arbeit geschehen, so dürfen alle diese Fragen nicht isoliert erörtert und zur Entscheidung gebracht werden. Es handelt sich ja gar nicht um Ausbesserungen am Bau unserer Volksschule, sondern vielmehr darum, daß ihr ganzer Bauplan neu durchdacht werden muß. Das zu tun, ist heute mehr denn je eine „pädagogische und soziale Notwendigkeit."

Unsere Volksschule hat ja ihre Ausprägung erfahren in einer Zeit, die es sich leisten konnte, wesentlich geringere Anforderungen an die Jugenderziehung zu stellen. Zwar ist in den Lehrbüchern der Pädagogik der Satz immer fettgedruckt worden, daß aller Unterricht erziehend sein müsse. Aber unsere Schule ist trotz der Reformwelle, die hinter uns liegt, im wesentlichen Unterrichtsanstalt geblieben. Das mochte in Zeiten mit einer günstigeren gesellschaftlichen Struktur hingehen. Der junge Mensch, während und nach der Schulzeit, wurde in der Regel von anderen relativ feststehenden sozialen Kreisen umschlossen und gewollt oder ungewollt erzogen: von der noch unversehrten Familie, von der Erwachsenengeneration des Dorfes oder der Kleinstadt, später von der Lehrherrschaft und ihrer Familie. Er wurde hineingeboren in ein Gewebe von unangezweifelten Traditionen und Konventionen, in verhältnismäßig unbestritten gültige weltanschauliche Meinungen. Und weil in jener wesentlich kleinbürgerlichen Struktur der Gesellschaft dem jungen Menschen die feste soziale Ordnung ein stützendes Gerüst bot, deshalb konnte sich auch die Schule ohne Schaden in der Hauptsache auf die Uebermittlung der notwendigsten „Kenntnisse und Fertigkeiten" beschränken.

Die gewaltigen Wandlungen des gesellschaftlichen Gefüges im Gefolge der wirtschaftlichen Entwicklung weisen der Volksschule umfassendere Aufgaben zu. Denn das ist die pädagogische Seite dieser Entwicklung, daß das Milieu heute für einen großen Teil der heranwachsenden Generation nur im negativen Sinne erziehend wirkt. Die Industrialisierung ist das Anfangsglied einer Kette von Wandlungen. Es folgen: die Zusammenballung der Menschen in den Großstädten, die Auflockerung der Familie, die Entseelung und Mechanisierung aller Lebensbezirke, die Zerstörung alter Gemeinschaftsformen und damit die Niederlegung der alten Umhürdungen für den jungen Menschen. Und zumal Wohnungsnot und niedriger Lohnstand den Schaden vergrößern, ist das Leben, das heute Massenschicksal ist, nicht mehr erziehend für den Menschen in dem Sinne, in welchem Pestalozzi forderte, daß das Leben selbst bilden müsse. Damit ist aber nur eine Seite der sozialpädagogischen Situation angedeutet; auf der anderen Seite müssen die seelischen Gefahren gesehen werden, die der Arbeitsprozeß in unserer durch und durch rationalisierten Wirtschaft für den jungen Arbeiter birgt. In einem Alter, in welchem der junge Mensch innerlich ausreifen muß, wird er, für fünfzig und mehr Stunden in der Woche, hineingestoßen in den ödesten Mechanismus, an dessen Ende die seelische Leere steht und als Gegenstück die Gier nach den plattesten Vergnügungen.

Die Pharisäer unter den Zeitgenossen entrüsten sich darob; und die die Zeitwende und das Schicksalhafte des Massenloses nicht begreifen, verschreiben unserer Volksschule das hausbackene Rezept: es muß wieder mehr Religion „gelernt" werden. Als ob damit der Schaden zu kurieren wäre! Die Volksschule muß in anderer Weise der neuen gesellschaftlichen Lage Rechnung tragen und sich ihrer sozialen Sendung bewußt werden. Gewiß: alle sozialen Schäden der Zeit lassen sich nicht von der Bildungsseite her ausheilen. Wohl aber kann von dieser Seite her den volkauflösenden Tendenzen des mechanistischen Zeitalters ein Gegengewicht entgegengestellt werden; wohl aber kann verhindert werden, daß auch die Seelen der zur modernen Galeerenarbeit Verurteilten tagelöhnern; wohl aber kann die Kastenbildung abgelöst werden durch eine wahre Nationalbildung. Das kann nicht nur geschehen; das muß geleistet werden, soll nicht die rasende Wirtschaft ihre Menschen verschlingen. Das bedeutet im einzelnen:

Wir müssen der Degradierung des modernen Menschen zum bloßen Produktionsmittel dadurch entgegen arbeiten, daß wir der Volksschule ein weiteres Bildungsziel stecken, uns zurückfinden zu Pestalozzis Forderung der allgemeinen Menschenbildung, der Emporbildung aller Kräfte. Gegenüber den sozial destruktiven Tendenzen muß der Gemeinschaftsgedanke als Erziehungsprinzip für die weitere Ausbauarbeit bestimmend sein. Schließlich müssen für die äußere Organisation die Grundsätze der Einheitsschule als der Schule einer wahren Nationalbildung gelten.

Diese Grundsätze in der täglichen Arbeit der Schulstube zur Geltung zu bringen, wird die Angelegenheit der inneren Einstellung und Umstellung der Lehrerschaft sein. Unser schulpolitischer Kampf muß den neuen Notwendigkeiten die Anerkennung der politischen Stellen verschaffen; die „unaufschiebbaren Forderungen" der Braunschweiger Entschließung bedeuten in dieser Beziehung einen Anfang.

Für die zahlreichen Einzelprobleme des Ausbaus der Volksschule, die noch unsere Entscheidung fordern, möge die Ueberlegung bestimmend sein, daß man alle Einzelfragen nur beantworten kann in der Besinnung auf die pädagogischen und sozialen Notwendigkeiten unserer Tage. Sp.

Umschau

Die Reichstagswahl und die Schule.

Seit dem Scheitern des Reichsschulgesetzentwurfes ist von den Deutschnationalen und vom Zentrum immer wieder behauptet worden, daß die Mehrheit des deutschen Volkes eine Bekenntnisschule fordere. Namentlich während des Wahlkampfes hat gerade die Schule das Hauptzugmittel für rechtsstehende Wahlen sein sollen. Was hat man alles von der „furchtbaren Erregung" der Eltern gesprochen und geschrieben? Wie hat man allerlei „Fälle" ausgebeutet, um im Zeichen des Schulkampfes den Sieg zu erringen. — Und was zeigt nun das Ergebnis der Wahl? Die sogenannten „christlichen Eltern" haben der Deutschnationalen Volkspartei scharenweise den Rücken gekehrt. Selbst die Frauen haben sich weder durch Kirchenblätter noch sonstige Flugblätter bestimmen lassen, den Mahnungen des Reichselternbundes und der kirchlichen Verbände zu folgen. Mit Ausnahme von zwei Wahlkreisen haben die Deutschnationalen allenthalben ungeheure Verluste zu buchen. In einigen Wahlkreisen ist der Stimmenrückgang geradezu katastrophal. In Ostpreußen sind die deutschnationalen Stimmen von 392 000 auf 313 000 zurückgegangen, in Pommern von 446 000 auf 273 000, in Weser-Ems von 109 000 auf 54 000, in Oberbayern von 144 0000 auf 72 000. Selbst im Freistaat Sachsen, wo der Kampf um die Schule seitens der Deutschnationalen mit besonderer Schärfe geführt wurde, ist das Volk dem Rufe der Deutschnationalen nicht gefolgt. Im Wahlkreis Dresden sind die Stimmen der Partei von 234000 auf 181000 zurückgegangen, in Chemnitz von 179000 auf 126 000 und in Leipzig sogar von 133 000 auf 49 000. Hier haben sie also zwei Drittel ihres Bestandes eingebüßt, obwohl gerade Leipzig immer als der Ort bezeichnet wurde, wo die Elternbeiratswahlen ganz besonders das Uebergewicht der „christlichen Eltern" erkennen lassen sollten. In Württemberg, wo die Regierung sehr stark für das Schulgesetz eingetreten ist, und wo bis heute nicht einmal Sammelschulen gestattet sind, sind die deutschnationalen Stimmen von 340 000 auf 271 000 gesunken.

Aber auch dem Zentrum hat das Schulgesetz als Wahlparole nichts genützt; es hat ebenso wie die Deutschnationalen — wenn auch nicht in demselben Ausmaße — eine Schlappe erlitten. So sind im Wahlkreis Köln die Zentrumsstimmen von 465 000 auf 392 000, in Coblenz von 310 000 auf 279 000, in Düsseldorf-Ost von 247 000 auf 223 000, in Düsseldorf-West von 332 000 auf 295 000 gesunken.

In Baden, wo nach den Kundgebungen des Zentrums das katholische Volk angeblich für die Beseitigung der Simultanschule sein sollte, sind die Zentrumsstimmen von 343 000 auf 297 000 und im Freistaat Hessen von 99 000 auf 95 000 gesunken.

Deutlicher kann wohl nicht bewiesen werden, daß der von der evangelischen und katholischen Kirche anläßlich des Reichsschulgesetzes geführte Schulkampf im Volk keinen Boden gefunden hat, das deutsche Volk will keine Verkirchlichung des Volksschulwesens.

Schulmänner im Reichstage.

(Nach der Leipziger Lehrerzeitung).

Als Kandidaten waren Lehrer der verschiedensten Schulgattungen bei nahezu allen Parteien reichlich vertreten. Als Sieger gingen nur wenige durchs Ziel. Zunächst eine reizvolle Uebersicht nach den vom WTB. herausgegebenen Kandidatenlisten:

	Volksschull.	Rektoren	Berufsschull.	Mittelschull.	Höhere Lehrer	Schulräte	Hochschull.	Schulmänner insgesamt
Kommunistische Partei . . .	13	—	1	—	—	—	—	14
Sozialdemokratische Partei	22	3	1	—	2	1	2	31
Demokratische Partei . . .	32	7	3	3	14	2	4	65
Zentrum	17	7	—	2	12	2	3	44
Deutsche Volkspartei . . .	21	7	3	1	21	3	5	61
Wirtschaftspartei	2	1	2	—	4	—	1	10
Deutschnationale Partei . .	17	4	1	—	20	—	6	48
Volksrechtspartei	24	2	—	3	17	—	1	47
Nationalsoz. D. Arbeiterpartei (Hitler)	16	—	—	—	2	—	—	18
Völkisch-nationaler Block .	5	1	—	—	4	—	1	11

Der Volksschullehrer tritt bei allen Parteien, selbst bei der Christl.-Nationalen Bauernpartei (1), bei der Evang. Volksgemeinschaft (2), bei den linken Kommunisten (2), bei der Deutsch-Hannoverschen Partei, bei der Rechts- u. Mieterschutzpartei auf. Bei dem letztgenannten Grüppchen teilen sich in die erhofften Mandate eine Lehrerin Wulfmeyer, Halle i. W., und ein Studienrat Wulfmeyer, Barmen, dazu noch einige Familienangehörige. Ein solches Kuriosum sollte nicht gerade von Lehrern veranlaßt werden!

Der Studienrat und Studiendirektor erscheinen um so öfter, je weiter die Partei rechts steht. Bei den Hochschullehrern liegt es ähnlich.

Gewählt sind bei der Sozialdemokratischen Partei Lehrer Biester-Hoisbüttel (Kreis Stormarn); Lehrer Tempel-Leer; Hauptlehrerin Toni Pfülf-München; Lehrer a. D. Hoffmann-Pfalz; Bezirksschulrat i. W. Arzt-Dresden; Frau Prof. Dr. Anna Siemsen-Jena; ferner Stadtrat Dr. Löwenstein-Berlin-Neukölln, Heinrich Fleißner-Dresden und Heinrich Schulz. Die Kommunisten haben den Lehrer Schneller im Wahlkreis Chemnitz und den Berliner Stadtrat, früheren Philologen Dr. Ausländer, durchgebracht.

Bei den Demokaten ist die Schule vertreten durch Maria Lüders-Berlin, Studiendirektorin a. D., und Prof. Dr. Hellpach-Heidelberg, ferner durch Frau Ministerialrat Dr. Bäumer und durch den früheren Volksschullehrer Landrat Rönneburg.

Die Deutsche Volkspartei hatte keinen Volksschullehrer an aussichtsreiche Stelle gerückt, ebensowenig die Deutschnationale Volkspartei. Bei jener sind gewählt Geh. Oberschulrat Dr. Runkel (Schleswig-Holstein) und Frau Dr. Else Matz, Studiendirektorin in Stettin, dazu die Hochschullehrer Prof. Dr. Kahl-Berlin und Prof. Dr. Moldenhauer-Köln. Die Deutschnationalen lassen die Volksschule künftig betreuen (außer durch Herrn von Keudell und D. Mumm) durch Studienrat Dr. Oberfohren-Kiel und Studienrätin Annagrete Lehmann-Berlin; dazu kommen fünf Hochschullehrer: Prof. Dr. Spahn-Berlin, Prof. Dr. Hoetzsch-Berlin, Prof. D. Strathmann-Erlangen, Prof. Dr. Preyer-Königsberg, Prof. Freiherr von Freitagh-Loringhoven-Breslau.

Vom Zentrum ziehen in den Reichstag eine Lehrerin Christine Teusch-Köln; Oberlehrer Hofmann-Ludwigshafen; Oberlehrer Lammers-Berlin; Mittelschullehrer Schwarz Frankfurt a. M.; Studienrat Warnke-Schneidemühl; Univ.-Prof. Dr. Dr. Schreiber-Münster; Univ.-Prof. Dr. Dessauer-Frankfurt; Frau Ministerialrat Helene Weber-Düsseldorf und der frühere Schulrat, jetzige Regierungsdirektor Heß.

Wahrscheinlich kehrt auch Lehrer Alpers von der Deutsch-Hannoverschen Partei zurück. Bei der Wirtschaftspartei ist Univ.-Prof. Dr. Bredt-Marburg wiedergewählt. Und das sächsische Landvolk wird repräsentiert durch Studienrat Dr. Philipp-Borna, der sein deutschnationales Mandat durch einen kleinen Flaggenwechsel rettete. Dadurch war er glücklicher als sein Gesinnungsfreund Dr. Wunderlich, den die Deutschnationalen in Leipzig an dritte Stelle gesetzt hatten in der Hoffnung, diesem Führer werde die christliche Elternschaft folgen. Sie (oder er?) versagte. Verzeichnet sei auch, daß Edmund Leupolt als siebenter kandidierte, beide an völlig aussichtsloser Stelle auf der Liste der Deutschen Volkspartei, die so die Bedeutung des Neuen Sächsischen Lehrervereins anerkannte.

Auch der Evangelische Bund kommt zur Einsicht.

Der „Evangelische Bund", der während des Kampfes um das Reichsschulgesetz mit der Deutschnationalen Partei gemeinsam für die „evangelische Schule" eingetreten ist, ist jetzt auch zu der Erkenntnis gekommen, daß die Ablehnung des Entwurfs durch die Deutsche Volkspartei durchaus berechtigt war, weil die Bestrebungen des Zentrums lediglich darauf hinausliefen, das bayrische Konkordat in das Reichsschulgesetz hineinzuschmuggeln. Im Anschluß an den Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz schreiben nämlich die „Mitteilungen des Evangelischen Bundes" in Nr. 20: „Der Hirtenbrief ist sehr lehrreich. Er zeigt, daß es dem römischen Episkopat im Kampf um die Schule nur auf die katholische Schule und die katholischen Schulinteressen ankommt. Alles Reden vom Kampf um die christliche Bekenntnisschule ist nur Berechnung, nur Trick." Der Hirtenbrief zeige wieder, daß mit dem Zentrum ein Reichsschulgesetz überhaupt nicht zu machen sei, es sei denn, daß sich der Staat und die nichtkatholischen Teile des deutschen Volkes dem römischen Kirchenrecht einfach unterwürfen. Dann heißt es weiter: „Man wird auf römischer Seite nie zufrieden sein, auch mit dem entgegenkommendsten Reichsschulgesetz nicht. Das Reichsschulgesetz ist nur Etappe. Nach ihm kommt die Romanisierung der mittleren, höheren und der Berufsschulen, kommt die Verrömerung der deutschen Universität."

Es ist erfreulich, daß damit auch diejenigen Evangelischen, die sich noch eine Selbständigkeit gegenüber den römischen Ansprüchen gewahrt haben, von dem Keudellschen Reichsschulgesetzentwurf deutlich abrücken. Es ist spät, — aber noch nicht zu spät!

Unter dem Konkordat.

In Bayern hatte ein Lehrer bei seinen Schülern den schönen Gruß: „Grüß Gott!“ eingeführt, über den sich mehrere Personen mit anerkennender Freude ausgesprochen hatten. Nachdem dieser Gruß in 5 Jahren sich eingebürgert hatte, machte der katholische Pfarrer dem Lehrer darüber Vorwürfe: er hätte den christlichen (d. h. katholischen!) Gruß: „Gelobt sei Jesus Christus“ abgeschafft, würde also nicht im Sinne der katholischen Kirche unterrichten; „Grüß Gott!“ sei zwar ein christlicher, aber ein simultaner und kein katholischer Gruß! Der Lehrer, vom Pfarrer verklagt, wurde vom Bezirksamt darob zur Verantwortung gezogen. — Einem anderen bayerischen Lehrer, Englert, der ein Buch über den Bauernkrieg geschrieben, wurde von dem Bischof Ehrenfried in Würzburg bedeutet, daß nicht er, der Verfasser, sondern der Bischof zu bestimmen habe, ob ein Buch katholisch sei oder nicht; eine freie Erforschung geschichtlicher Ereignisse gibt es hiernach für Katholiken nicht! (Evang. Bund).

Aus dem Vereinsleben

Konstituierende Versammlung
des Landeslehrerausschusses
am Sonnabend, 23. Juni, nachmittags 3,30 Uhr im „Kaiserhof“ in Detmold.

Tagesordnung.

1. Wahl des Vorstandes (des Vorsitzenden und des Schriftführers).
2. Bildung der Unterausschüsse (des Geschäftsf.-, Pers.-, Schulb.- und Ehren-Ausschusses).
3. Wahl von 4 Mitgliedern für die Prüfungskommission und von 3 Mitgliedern zum Vorstande der Arbeitsgemeinschaften.
4. Aussprache über nächste Aufgaben.

Die Mitglieder des neuen Landeslehrerausschusses werden hiermit zu dieser Versammlung frdl. eingeladen. Bei Verhinderung wird um Benachrichtigung des in Frage kommenden Stellvertreters gebeten. Das Verzeichnis der Mitglieder und ihrer Stellvertreter findet sich in der Schulzeitung vom 15. Mai d. J. A. Haase

Tagungen der Bezirksvereine.

Nessenberg: 20. 6. 28 in Nessenberg.
Lemgo: 27. 6. 28 (Vortrag Dr. Walker: Jean Jacques Rousseau. — Ein Wort der Erinnerung).

K. U. K.

Am Oktober wird wahrscheinlich eine Sitzung des Gesamtvorstandes der K. U. K. stattfinden. Ein Gegenstand der Aussprache und Beratung wird auch die Frage einer Leistungserhöhung in bescheidenen Grenzen sein.

Die Bezirksvereine werden gebeten, in den Versammlungen diese Dinge zu besprechen und uns bis Mitte September ihre Wünsche und Anregungen mitzuteilen. Koll. Sauerländer und ich sind auch gern bereit, den einzelnen Konferenzen Rede und Antwort zu stehen und bitten dann nur um entsprechende Nachricht.

Eine dringende Bitte an alle die Kollegen, die versetzt werden: Betrachten Sie es als Ehrenpflicht, im alten und neuen Bezirksverein sofort Ihre K. U. K.-Angelegenheiten zu ordnen! Sie ersparen uns Arbeit und Zeit! Roßmann.

Für das Rosegger-Heim.

Der D. L. V. übersendet den Vorsitzenden sämtlicher Einzelvereine des Deutschen Lehrervereins folgende Bittschrift:

Sehr geehrter Herr Kollege!

Am 26. Juni sind 10 Jahre verflossen, seit der Dichter der Schriften des Waldschulmeisters seine Augen für immer schloß. Am 26. Juni werden wir Peter Roseggers in allen Schulen und Vereinen dankbar gedenken. Darüber hinaus aber wollen wir ein Werk vollenden helfen, das der Dichter am 18. Januar 1914 begonnen hat, indem er einen herzbewegenden Aufruf für die Gründung eines Lehrer-, Kur- und Erholungsheims hinausgehen ließ. Kurz vor seinem Tode schrieb er einem Freunde: „Sollte der starke Krieg den schwachen Poeten überleben, so müßt Ihr dafür sorgen, daß das Werk würdig vollendet werde.“ — Es ist noch nicht vollendet, obwohl unsere Freunde in Oesterreich in vorbildlicher Hingabe dafür tätig waren. Ein wertvoller Baugrund in Bad Hofgastein ist erworben. Bis zum Herbst d. J. müssen die Gebäude in Angriff genommen sein, weil die Gemeinde sonst von der Zusage zurücktritt, dem Heim Thermalwasser abzugeben. — Noch fehlen aber zum Teil die Mittel, um den Bau ausführen zu können.

Wir müssen und können helfen!

Das Werk, zu dem die Mitglieder aufrufen, gilt einem teuren Vermächtnis Roseggers und verbindet seinen Namen für immer mit einer Veranstaltung werktätiger Bruderliebe innerhalb des Deutschen Lehrervereins. — Die Leitung des Roseggerheim-Ausschusses hat eine Reihe von 6 künstlerisch aufgeführten Postkarten mit Ansichten aus Roseggers Heimat herausgegeben. Wenn jedes Mitglied des Deutschen Lehrervereins nur eine Kartenreihe, die wir für 1 Mark abgeben, zum 10jährigen Gedächtnistage von Roseggers Heimgang erwirbt oder absetzt, sind die fehlenden Mittel beisammen! — Wir vertrauen zuversichtlich auf die Mithilfe aller Amtsfreunde.

Zur Durchführung des Hilfswerkes ist es nötig, daß uns die Bestellungen auf beiliegender Karte recht bald zugehen, damit wir die Höhe der Druckauflage bestimmen können.

Wir bitten, den Betrag für die bestellten Kartenreihen auf das Postscheckkonto Nr. 106 453 Berlin, Geschäftsstelle des Deutschen Lehrervereins, Berlin W 35“ einzuzahlen.

Indem wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß es den Herren Vorsitzenden gelingen werde, in ihrem Verein mindestens soviel Kartenreihen abzusetzen als er Mitglieder zählt, danken wir ihnen aufs wärmste für ihre Bemühungen.

Mit treuem Vereinsgruß

Der Geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Lehrervereins
G. Wolff, 1. Vorsitzender. W. Müller, 1. Schatzmeister.

Verschiedenes

Reisebuch.

Das Reisebuch des Deutschen Lehrervereins ist in 21. Auflage erschienen. Das Buch soll die großen Führer ergänzen, das, was uns als Lehrer interessiert, stärker betonen und unsern reisenden Kollegen die Auswahl von Gaststätten erleichtern. Während die großen Führer eine Fülle von Hotels in Vorschlag bringen, führt unser Buch nur wenige an, die von ortseingesessenen Kollegen empfohlen oder von reisenden Amtsgenossen ausgeprobt sind. Bei vielen Orten sind Namen von Kollegen angegeben, bei denen Amtsgenossen, die diese Orte zur Kur oder Erholung aufsuchen wollen, Rat und Auskunft einholen können. Man unterrichte sich aber zunächst über die örtlichen Verhältnisse durch die zahlreichen Prospekte, die von allen Orten, die als Bäder und Sommerfrischen in Betracht kommen, gern auf Wunsch zugesandt werden und nehme die Hilfe der Kollegen nur in ganz besonderen Fällen in Anspruch. Die außerdeutschen Staaten sind in der neuen Auflage in größerem Umfange behandelt worden, namentlich gilt dies für die Tschechoslowakei und für die österreichischen Alpenländer. Ermäßigungen für Aufenthalt und Kurgebrauch sind in deutschen Bädern kaum noch zu erlangen, da die Badeorte, die dem Verbande der deutschen Bäder angehören, Preisermäßigungen für Vereine grundsätzlich nicht mehr bewilligen dürfen; nur einige jenseits der Grenzen liegende Bäder wie Pystyan und Trentschin-Teplitz in der Tschechoslowakei haben sich dazu bereit erklärt. Auch einige Museen in der Schweiz haben unsern Mitgliedern kleine Vergünstigungen zugebilligt. Das Kapitel Gesellschaftsreisen bringt ein umfangreiches Programm von Reisen im In- und Auslande, die für diesen Sommer in Aussicht genommen sind.

Das Reisebuch kann nur ein zuverlässiger Führer und Ratgeber bleiben, wenn unsere reisenden und Erholung suchenden Kollegen die Angaben unausgesetzt auf ihre Richtigkeit hin prüfen und der Schriftleitung — für Deutschland Rektor Grapentin, Berlin O 112, Mirbachstr. 10, und für die außerhalb der Reichsgrenzen liegenden Staaten Lehrer i. R. G. Trensch, Berlin-Hermsdorf, Schloßstraße 17 — von ihren Erfahrungen Mitteilung machen. Das Reisebuch ist von der Geschäftsstelle des Deutschen Lehrervereins, Berlin W 35, Potsdamer Str. 113, Haus 2, gegen Voreinsendung des Betrages von 1,15 Mk. (einschl. Porto) zu beziehen. Postscheckkonto: Berlin NW, Nr. 106 453, Geschäftsstelle des Deutschen Lehrerverein, e. V. in Berlin W 35.

Grapentin. Wolff.

Kongreß Berlin 1928.

Der von der Leitung des Kongresses Berlin 1928 „Die neuzeitliche deutsche Volksschule“ herausgegebene Kongreßbericht, der

sämtliche Vorträge im Wortlaut bringt, sollte ursprünglich bis Ende Mai erscheinen. Das Buch hat aber einen wesentlich stärkeren Umfang erhalten. Es umfaßt 10 Bogen mehr als angenommen wurde. Die mit der Erweiterung des Buches verbundenen technischen Schwierigkeiten hatten zur Folge, daß das Buch erst Anfang Juli erscheinen kann. Die Vorbestellfrist wird deshalb bis zum 1. Juli d. Js. verlängert. Trotz der wesentlichen Erweiterung des Buches bleibt der Preis von Mk. 4.— bestehen. Porto und Verpackung sind von dem Besteller des Buches zu tragen. Tschentscher.

Schule und Kunsterziehung.

Einer Anregung folgend möchte ich mit einem kurzen Wort noch einmal auf die Ausstellung von Gemälden und Plastiken hinweisen, die vom Lipp. Künstlerbund in der Landeskunsthalle veranstaltet ist, bei Erscheinen dieser Zeilen im Druck allerdings wohl geschlossen sein wird. Wir dürfen bei den sogenannten reinen „Fachfragen" diese Seite unserer Aufgabe auf keinen Fall vergessen. Im Schulbuch — in Wort und Bild — ist diese Forderung, die übrigens schon vor dem Kriege einmal hohe Wellen schlug, zu einem guten Teile erfüllt. Aber nur psychologische Kurzsichtigkeit kann die Bedeutung einer vornehmen Umgebung für die Geschmacksbildung — auch der Jugend — verkennen; und nur politische Müffigkeit kann diese Dinge in Museen verweisen, wo sie nach alter Art den „Ruf einer Kunstsammlung von bedeutendem Werte" erzeugen. Ich glaube, daß ein Mensch seinen Geschmack an einem Kunstwerk auf die Dauer mehr bilden kann, als durch den einmaligen Besuch sämtlicher Kunstsammlungen der Erde. Zu beachten ist auch, daß diese Kunstwerke dem Zweck entsprechend besonders Naturnähe atmen. Es werden ja vermutlich die Schulen mit der kleinen Zahl der möglichen Aufträge bei dem Künstlerbund schon eingekommen sein — sonst müßte es baldigst geschehen! Zu wünschen aber wäre, daß das L. Pr. alljährlich aus dem kleinen Fonds dieses schöne Werk förderte! W. Kluckhuhn.

Tonwort-Kursus.

Vielfachen Anregungen folgend werde ich im August und September d. Js. einen Einführungskursus in das Tonwortverfahren mit besonderer Berücksichtigung der Unterstufen in der Bürgerschule in Lage abhalten. Der Lehrgang wird recht eingehend behandelt, praktisch vorgeführt und anschließend auch gezeigt werden, wie man das Tonwort in den laufenden Unterricht der Mittel- und Oberstufe bei Innehalung des vorliegenden Lehrplanes einführt. Als Wochentag ist der Freitag in Aussicht genommen, nachmittags 3,30—5,30 Uhr; Lehrpersonen, die sich an der Arbeit beteiligen wollen — Teilnahme unentgeltlich — bitte ich, mir ihre Absicht unter Angabe des von ihnen bevorzugten Wochentages baldigst mitzuteilen. — Ein ausführlicher Kursus, der auch die Grenzgebiete der Musikerziehung eingehend berücksichtigt, findet wie alljährlich in der ersten Oktober-Ferienwoche, vom 1. bis 6. Oktober statt unter Mitwirkung von Mittelschullehrer Schwarzbeck (Tonwortsystem und Tonwortverfahren) seine psychologische und musikalisch-akustische Begründung), Otto Blensdorf, Direktor des Dalkroze-Seminars, Jena-Elberfeld: rhythmische Erziehung und Dr. A. Moll, Stimmbildung und Stimmpflege, auch mit praktischen Uebungen der Teilnehmer.

Lage, 5. 6. 28. W. Stolte.

Esperanto in der sächsischen Lehrerschaft.

Der Jahresbericht der „Esperantovereinigung sächsischer Lehrer", dem die folgenden Zeilen entnommen sind, ergibt, daß sich Esperanto unter den Lehrern des Freistaates Sachsen einer immer größeren Wertschätzung erfreut. Eine große Anzahl von Bezirksvereinen hatte das Thema „Esperanto und Schule" auf den Arbeitsplan gesetzt. Das Ministerium für Volksbildung sandte einen offiziellen Vertreter zu der Jahreshauptversammlung der Esperantovereinigung sächsischer Lehrer und bewilligte Mittel zur Durchführung von Esperantolehrkursen. Ueber 100 Esperantolehrer haben sich bisher der Fachprüfung beim Esperantoinstitut für das Deutsche Reich unterzogen. Die Zahl der Schulen mit Esperantounterricht wächst ständig. Riesa läßt z. Zt. 27 Lehrkräfte der verschiedenen Schulgattungen in Esperanto ausbilden, da ab Ostern 1928 Esperanto in allen städtischen Schulen unterrichtet wird. Besonders zu begrüßen ist es, daß Esperanto auch am Pädagogischen Institut der Dresdener Hochschule Fuß gefaßt hat. Die Einstellung der Fachpresse ist freundlich. Die Mitgliederzahl der Vereinigung beträgt jetzt über 300.

Neugründung katholischer Privatschulen im Jahre 1927.

Der Bonifatius-Verein sieht eine seiner Hauptaufgaben darin, Privatschulen in der Diaspora zu gründen und zu unterhalten. Ganz besonders ist das die Aufgabe des Schutzengel-Vereins, der eine Unterorganisation des Bonifatius-Vereins ist. Er besitzt ein Vermögen von über 531 000 M. Mit seiner Hilfe sind im letzten Jahre 50 Kirchen oder Kapellen, 24 Pfarrwohnungen, 12 Schulen, 14 Anstalten fertiggestellt worden.

Der Bücherei-Ausschuß des Deutschen Lehrervereins,

dem der 1. Vorsitzende und der Kassierer des Vereins, sowie die Vertreter der Comenius-Bücherei in Leipzig, der Deutschen Lehrerbücherei in Berlin und der Süddeutschen Lehrerbücherei in München angehören, hielt seine diesjährige Sitzung am 13. Mai in Leipzig ab. Die Jahresberichte der 3 Anstalten wiesen eine sehr erfreuliche Weiterentwicklung auf: insgesamt sind in 18656 Fällen 78625 Bände verliehen word; 16970 Bände wurden neu eingestellt. Die Haushaltpläne für 1928 und 1929 brachten eine eingehende Erörterung. Von besonderer Bedeutung war für diesen Punkt die Anwesenheit des Vorsitzenden des Preußischen Lehrervereins, Kollegen Schwärzel, der dabei einen guten Einblick in die Arbeiten und Bedürfnisse der Büchereien bekam. Leider mußte wiederum über die Säumigkeit einzelner Entleiher Klage geführt werden; einem Lehrer wurde für 1928 der Bezug von Büchern aus den 3 Büchereien gesperrt, weil er mehrmals nur mit Hilfe des Rechtsanwalts gezwungen werden konnte, die entliehenen Bücher zurückzusenden.

Für Schulwanderungen

ins Silberbachtal sind gute eigens zu dem Zwecke hergestellte Wanderkarten vom Verkehrs- und Verschönerungsverein in Leopoldstal zu beziehen. Der Preis beträgt 0,25 Mk.

„Jugendrotkreuz".

Des öfteren haben wir an dieser Stelle auf diese gute Jugendschrift hingewiesen. Wir bringen heute ein paar Urteile.

Prof. Dr. Spranger (Berlin): „Das Jugendrotkreuz" ist überhaupt die beste Leistung, die wir auf dem Gebiete der für die gesamte Volksjugend bestimmten Literatur bisher gehabt haben. Die künstlerische Ausstattung beweist, daß sich die Besten in den Dienst der schönen Aufgabe gestellt haben."

Karl Wilker: „. . die Jugendrotkreuz-Zeitschrift, die unstreitig zum Schönsten gehört, was es an Zeitschriften gibt."

„Das werdende Zeitalter": „Wir haben in Deutschland nichts dieser Zeitschrift Aehnliches oder Gleichwertiges."

Linderhofe „Sternberg"

Gasthaus und Sommerfrische

Besitzer H. Behmeyer

empfiehlt sich ganz besonders für Schulausflüge

Gasthof und Sommerfrische Berlebeck.

Inh.: Ed. Kanne.

Am nächsten Wege zum Hermanns-Denkmal und den Externsteinen. Haltestelle der elektr. Straßenbahn Detmold-Berlebeck. Zentrum des Teutoburger Waldes. Ausflüge von hier aus nach allen Richtungen.

Zu Schulausflügen

in das nordlippische Bergland ist besonders geeignet meine

Waldwirtschaft Berglust

in direkter Nähe des Jahndenkmals.

Im Dorf: **Hotel mit Saal, Veranda, Garten, Radio usw.**

Beste Unterkunft, auch Massenquartiere:

August Engelsmeier,

Hotel Deutsches Haus, Hohenhausen i. L.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hagemann, Brake i. L., für Anzeigen: R. Schleef, Lemgo.
Druck und Verlag: F. L. Wagener, Lemgo.

Lippische Schulzeitung

Herausgegeben
vom Vorstande des Lippischen Lehrervereins.

22. Jahrgang. Lemgo, 15. Juli 1928. Nummer 7.

Inhaltsverzeichnis:

Rousseau. — Jean Jacques Rousseau. — Denkschrift des Landespräsidiums über die Finanzlage der lippischen Schulgemeinden. — Umschau. — Aus dem Vereinsleben. Verschiedenes.

Rousseau.

Monument von unserer Zeiten Schande,
Ewge Schmachschrift deiner Mutterlande,
Rousseaus Grab, gegrüßet seist du mir!
Fried' und Ruh' den Trümmern deines Lebens!
Fried' und Ruh' suchtest du vergebens,
Fried' und Ruh' fandest du hier!

Wann wird doch die alte Wunde narben?
Einst war's finster und die Weisen starben!
Nun ist's lichter und der Weise stirbt.
Sokrates ging unter durch Sophisten,
Rousseau leidet, Rousseau fällt durch Christen,
Rousseau — der aus Christen Menschen wirbt.

Friedr. Schiller.

Jean Jacques Rousseau.

Ein Wort der Erinnerung von Dr. Walter, Lemgo.

Vorbemerkung der Schriftleitung: Am 2. Juli jährte sich zum 150. Male der Todestag Jean Jacques Rousseaus. Der Lemgoer Bezirksverein gedachte dieses seltsamen Mannes und revolutionären Pädagogen in einer besonderen Feierstunde. Wir geben nachstehend die in dieser Stunde gehaltene Ansprache des Herrn Dr. Walter wieder.

Meine Damen! Meine sehr verehrten Herrn Kollegen!

Die Ueberzeugung von der einzigartigen, der unvergeßlichen und unverlierbaren Bedeutung Jean-Jacques Rousseaus bildet die Voraussetzung dafür, daß ich es unternehme, in dieser, aus dem trüben Alltag herausgehobenen, Feierstunde zu Ihnen zu sprechen von diesem Prometheus, der die Fesseln der Menschheit gelöst hat, zu Ihnen zu reden von der Hoheit dieses Mannes, der überkommene Werttafeln zerschlug, der — in der Fülle stärkster Kräfte sich ausströmend — in manch eine Seele das Feuer sittlichen Wollens goß und die Neugeburt der Welt sich erträumte in seinem stets edlen Kampfe gegen „die Hartnäckigkeit überlebter Vorurteile", gegen Dumpfheit und Dunkelheit, gegen Lüge und Niedertracht, gegen Unrecht, Betrug, Heuchelei und Versumpfung.

Dabei wäre es anmaßend, wollte ich meinen, ich könnte sein Wesen und Werk, seinen Wert, seine Weise auch nur einigermaßen rollendet verdeutlichen; und es kann sich gewiß nur um eine bescheidene Huldigung der Dankbarkeit handeln für einen mir liebgewordenen Führer und Freund, wenn ich in knappen Umrissen anzudeuten versuche, daß sich uns hier eine der seltenen Erscheinungen der Macht des Genies offenbart, die staunend und ehrfurchtsvoll zu erkennen und anzuerkennen des gewöhnlichen Sterblichen Aufgabe und Pflicht ist.

Was Rousseau an Gedanken in farbiger und wilddustender Sprache aus sprudelnder Inspiration wie ein Vulkan hinausgeschleudert, ist ewigkeitsgesättigt: und nicht nur zuletzt zumal dadurch, daß durch all seine Lösungen der großen, unruhvollen Probleme hindurch tröstlich-erlösend die uralten Fragen und Zweifel der Menschen weiter erklingen als die sengende Sehnsucht bedingter, endlicher Wesen nach dem Absoluten, als das nie endende Gebet der Erdenkinder zu Gott!

Wahrhaftig, es wäre vermessen, suchte ich Ihnen seinen Werdegang zu schildern, den uns sein weiches, reiches und oft so verwundetes Herz in seinen „Bekenntnissen" aufgezeichnet hat; und sein Wort bleibt gültig, daß „niemand einen Menschen Leben darstellen kann als er selbst." Und wer kennt es nicht, dieses Werk, das aus seiner Seele drang und in dem er erscheint „in der ganzen Wahrheit seines Wesens." Alle feinsten Regungen seiner entzündbaren, feurigen Seele legt er da bloß, unbarmherzig und grausam oft, stellt er alle Stürme seiner Erlebnisse dar und zeichnet mit glühendem Griffel, wie sich auf dunklen Wegen und durch tausend Irrtümer sein Gewissen bildet und formt. Mögen auch Wahrheit und Dichtung sich manchmal in diesem Buche vermischen; es ist erhaben in seinem menschlichen und auch in seinem allzumenschlichen Gehalt, und es bleibt wertvoll als ein wunderbares Dokument des Werdens und Wachsens eines Genies.

Dies aber ist der Totaleindruck: Es hebt sich da aus der Schar jener großen und denkwürdigen Aufklärer, die nach einem Worte Hegels „in anderer Gestalt die lutherische Reformation vollbracht haben", ein Mensch, der abseits steht und der in der problematisch gewordenen Kultur seiner Zeit nichts anderes sein mag und will, als eben ein Mensch, dem „Mensch zu sein die Bestimmung des Menschen ist."

Ja, da liegt es: Jean-Jacques Rousseau — ein Mensch, ein glühend-lebendiger Mensch, der in sich ein Leben spürt, das nicht zum Sterben bestimmt ist, ein rastlos suchender, aus Dunkel zum Licht strebender Mensch, der in der Nacht an die Sonne glaubt, für den das Wertlose unwirklich ist, ein Mensch, der zweifelt und verzweifelt, der grübelt und hofft und glaubt, der aus unendlicher Sehnsucht hungrig ist nach dem Guten, nach Wahrheit und Gerechtigkeit, nach Freiheit und Harmonie und nach Liebe, und der aus zitterndem Herzen, aus dem Pathos der sittlichen Kräfte und der Tiefe seines lauteren Menschentums die Menschen

sucht und ruft in der Weite des Erdenrundes und sie alle umfassen und adeln möchte zu der Reinheit der eigenen Gesinnung. *Hoch reckt er die Fackel der Güte und trägt sie voraus und hinan gegen herzlose Schatten und sinnlosen Haß, gegen Falschheit und Heuchelei!*

„Die Umkehr der Herzen und die Erhebung aller Hände für die Ehre des freien Menschen" — das ist es, was seine empfindlich zarte und edle Seele voll Ungestüm sich wünscht und erhofft; die „reine Menschheit" in dieser „Scheinordnung" mit ihrer „Unterdrückung der Schwachen": sie ist's, die ihn wärmt und durchblutet und bis zur Ekstase begeistert. Und dadurch, daß er als Höchstes die Liebe in dieser Welt zur Königin erklärt sehen will, wächst er der Gottheit ans Herz, er, der Natur ist und doch Charakter hat. Zugleich aber — wie könnte es anders wohl sein — mußte er so gegenüber den Dualismen und Konflikten der Wirklichkeit jenes tragisch gebrochene Wesen werden, das, vom Leide gezeichnet, sich quält und verbrennt — „jenes ewige Problem, das der Weltgeist sich aufgab."

Ja, wahrlich, wie das Leben selbst, ist er eine widerspruchsvolle und problematische, eine „sentimentalische" Natur, dieser Mann, dessen Namen über dieser Stunde schwebt: aber ist es das nicht gerade, was ihn uns als unversiegbare Quelle in der Gedankenarbeit und Kultur unserer Zeit als Anreger lebendig und wirksam erhält und einem jeden von uns so lieb und vertraut und so wert macht?!

Was an Konstanten sein Dasein durchzieht und seine Gedanken bestimmt und belebt, ist Ihnen bekannt: die wuchernde, im Weltzusammenhang wurzelnde, große Phantasie, die ihm das Leben mit leuchtenden Bildern erfüllt, seine heiße Liebe zur Natur, seiner mütterlichen Trösterin, deren frischer Atem von da an die gesamte europäische Welt und ihre Kunst durchweht, sein Hang zur Einsamkeit und Träumerei, deren großer Künder er wurde, seine Leidenschaft zur Musik, ohne welche auch ihm alles Leben eine „Verbannung" und ein „Irrtum" bleibt, seine „aufbrausende" Begeisterung für den ethischen Endzweck, für das Ideal menschlicher Totalität, für „Freiheit, Wahrheit und Tugend."

Und all dies strömt nun zusammen in ein großes, allgemeines Gefühl — sein Urerlebnis —, aus dem er die Zukunft erschaffen will denn er „fühlte, ehe er dachte"; er *erlebte* die Welt und „die Sache der Menschheit", ohne sie immer in die Strenge, Härte und Kälte des begrifflichen Systems drängen zu können oder zu wollen, und alle großen Gedanken, sie kommen auch ihm aus dem Herzen allein!

Dies alles überflutende Gefühl, das aus dem Herzen quillt und zum Herzen geht und mit dem, nach Goethe, eine neue Aera der Menschheit beginnt, findet eine persönliche Ausdrucksform von einer Wucht und Leidenschaftlichkeit, wie sie bis dahin unbekannt und unerhört war. Sie ist es, die Poesie in die Prosa, und Lyrik in das gesamte Kulturleben einströmen ließ. Vor dieser verborgenen, abgrundtiefen Quelle, aus der ihm, ich sagte es, die Kraft der Gedanken kommt, trinkt die Romantik der Denker und Dichter des 19. und 20. Jahrhunderts bis hinein in unsere Gegenwart.

Und nun ist es *dies* Gefühl, das ihn unaufhörlich peinigt und quält: daß das Wesen, „das gut aus den Händen des Schöpfers hervorgeht", durch eine Gesellschaft verkümmert und verdirbt, „in welcher der Schwache dem Starken geopfert" und „das edle Bild der Freiheit" elend beschmutzt wird, und es lebt in seiner edlen, gerechtigkeitstrunkenen Seele „ein unvertilgbarer Haß gegen den Druck, den das unglückliche Volk empfindet und gegen seine Unterdrücker"; es empört ihn Voltaires, des kühnen Spötters, hochmütiges Wort, daß „die Entrechteten immer Ochsen bleiben, die das Joch brauchen und die Peitsche und Heu." Er, der Mann aus dem Volke, wird zum Anwalt der Armen und der von der Bildung Ausgestoßenen und will nicht, daß „eine Handvoll Menschen im Ueberfluß leben, während die hungernde Mehrzahl das Nötigste entbehrt."

Und hier nun gewinnt das menschlich-schöne Wort Leben und Farbe, das Kant, Rousseaus größter Schüler einst sprach und das besagt: „Es war eine Zeit, da . . . verachtete ich den Pöbel, der von nichts weiß. Rousseau hat mich zurecht gebracht. Dieser verblendete Vorzug verschwindet; ich lerne die Menschen ehren." Ja, Ehrfurcht vor den Menschen, auch dem Kümmerlichsten unter ihnen: Rousseau und Kant, sie haben es beide verlangt; und sein Postulat, „jeden Menschen als Selbstzweck und nicht nur als Mittel zum Zweck" zu betrachten. Kant, der unerbitterliche strenge Denker, fand es bei dem von ihm aufrichtig geschätzten, gefühlsbeschwingten Lebensphilosophen Rousseau.

Und so denn versteht sich Rousseaus romantische Verklärung des unmittelbaren, natürlichen Menschen, und es erklärt sich das unwiderstehliche Pathos seiner Zivilisationskritik. Damit steht der große Genfer als die eindrucksvollste Erscheinung an der Spitze jener langen Reihe von Denkern, denen die Grundlagen und der Aufbau unserer seelenlosen Kultur fragwürdig und erschüttert erscheinen und die eine Neuschöpfung erhoffen. Männer wie Marx und Nietzsche, wie Simmel und der Rembrandtdeutsche, wie Rathenau und auch Spengler bilden mit ihm eine Bruderschaft derer, die an der „dämonischen Unerbitterlichkeit" der mechanistischen Zivilisation sich zerreiben und einen Weg suchen in ein Land, wo die Brunnen des Gefühls wieder rauschen und „die Menschen ihres Menschentums wieder froh werden können." — Nach der inneren Krisis des Jahres 1749 gibt Rousseau seinen Widerwillen und Ekel mit dem Feuer seiner Leidenschaft den flammendsten Ausdruck gegen eine unorganisch gewordene, verflachte Zeit, in der die Kultur nur lebt fernab allem Volk, als eine faule Blüte und Frucht Einzelner, die Kultur, die den vernünftigen Instinkt, die Tüchtigkeit und die Reinheit der Sitten ertötete, um Künstelei, Lüge, unverdiente Vorrechte und den hohlen, kalten Luxus der Dekadenz an die Stelle zu setzen.

Fürwahr, auch in der geistigen Unrast der Besten unserer Tage, in denen die Frage bohrt und hämmert, die Frage nach dem Sinn und Ziel all unseres kulturellen Bemühens — dem, ach, so viele „sterile Aufgeregtheit" anhaftet! — in ihnen allen brodelt und gärt *Rousseauscher Wahrheitsdrang und Rousseausche Sehnsucht nach einem neuen Morgen.*

Doch dies sei mit Nachdruck gesagt: Nicht haßt Rousseau die Menschen; o nein; er liebt sie, liebt sie heilig und warm; aber ihre „tollen Einrichtungen", sie verfolgt sein „unruhvolles Herz" mit der ganzen Wucht seines ethischen Menschen, und er fordert die Freiheit, die sein „Abgott" ist und die Gleichheit, die Zeit seines wechselreichen Lebens seine Lieblingsidee blieb. Und er macht sich ans Werk u. sucht im „Contrat social", jenem Buch, das wie kein anderes der Revolution vorgearbeitet und die Welt aus den Fugen gehoben hat, er sucht, sage ich, die Lösung der Frage, *wie eine gesetzliche und moralische Gleichheit zu begründen sei, nachdem die natürliche auf ewig verloren ging.* Mögen seine Theorien, wie er selbst es uns sagt, extravagant auch sein; was tut's, sie haben gewirkt, haben der Menschheit neue Wege gewiesen, auf denen ihr hinfort Rousseaus stolzes, starkes Wort voranleuchtet: „Seiner Freiheit entsagen, heißt seiner Eigenschaft als Mensch entsagen." Von der Unmündigkeit frei spricht er das Volk, das Volk, das souverän ist und sich als moralische Person aus eigener Verantwortung

die Gesetze diktiert zum Zwecke der Freiheit und Gleichheit, mit dem Ziele der „Erhaltung und des Wohlbefindens" derjengen, die aus Untertanen frohe, selbstbewußte Staatsbürger geworden sind. Wie immer richtig oder falsch diese „wirklichen Principien des Staatsrechts" im einzelnen seien: groß bleibt der Wurf als Ganzes und aufrüttelnd zumal, und in ihnen nicht zuletzt beschlossen liegen die Menschenrechte des Jahres 1789, deren denkwürdiger Anfang lautet: „Die Menschen werden geboren und bleiben frei und gleich in allen ihren Rechten." — So lehnt diese Schrift sich auf gegen alle jahrtausendalte Macht der Autorität und sucht aufs Neue den Weg, der zur Menschlichkeit führt und zur Menschenwürde, d. h. zu dem Glück der gesamten Menschheit. Ich weiß es sehr wohl: die mit dem Leben schlechthin gesetzten Antinomien, auch Rousseau hat sie nicht aufheben können, und der Ausgleich der Forderung der Freiheit, die mit grandioser Einseitigkeit Nietzsche zu der seinigen macht, mit der Gleichheit, die den Sozialismus erschafft, er konnte ihm nicht gelingen. *Aber sie blieb als ein ewiges unverlierbares und unveräußerliches Menschenrecht eines jeden — auch des armseligsten Lastträgers — erkannt und gefordert zu haben, das bleibt sein unsterblicher Verdienst.* Das dringliche Problem aber der Gegenwart ist und die Aufgabe der Zukunft wird sein, eine Verbindung der beiden Werte zu finden zur disziplinierten Freiheit in der Gleichheit in irgendeiner Form der Brüderlichkeit. Ob uns das glückt oder nicht, wer kann es entscheiden; zu bestreiten aber ist nicht, daß darin das Schicksal der kommenden Zeit verborgen liegt.

Die Grundhaltung Rousseaus läßt es verstehen, daß er das, wie er meint, „unsere Seele eingeborene" Princip der Moral in das individuelle Gewissen verlegt; und hat alles, was als Norm oder Pflicht von dem Menschen jemals verlangt wird, hier einen Grund. „Gewissen, Gewissen, du göttlicher Instikt, du unsterbliche und himmlische Stimme, du sicherer Führer eines Wesens, das unwissend zwar ist und beschränkt, jedoch geistig und frei; du untrüglicher Richter über Gut und Böse, der du allein den Menschen gottähnlich machst; du nur machst die Erhabenheit seiner Natur und die Sittlichkeit seines Handelns aus, und außer dir fühle ich nichts in mir, das über das Tier mich erhebt, es sei den der traurige Vorzug, von Irrtum zu Irrtum zu sinken mit Hilfe eines regellosen Verstandes und einer führerlosen Vernunft." — Wahrhaftig grandios und bewunderungswert ist die Einseitigkeit, mit welcher Rousseau hier seine letzte Quelle behauptet, aus der alles sittliche Leben sich speist, wiewohl er dabei gewiß nicht die ganz eigentümliche Struktur und alle die Schwierigkeiten der Moralprobleme erfaßt hat, so wie sie vor ihm und neben ihm schon das philosophische 18. Jahrhundert erkannte. Aber es will wenig bedeuten, daß er die objektive Lösung, die allgemeingültige, nicht fand; denn auch die ethischen Probleme sind echte, d. h. ewige Probleme, und eben erst jetzt wieder bemüht sich ein Denker in einem umfangreichen Werke, einen Teil nur, den materialen Gehalt, das inhaltreiche Princip der Moral zu entdecken. — Was aber packt und erschüttert, das ist dieses Hingerissensein zu einem Absoluten, das uns erweist, ein wie eminent ethischer Mensch Rousseau gewesen, der auf seinen Wegen und Abwegen in all seinem dunklen Drängen des rechten Wegs sich allzeit bewußt blieb. Und darin, wie immer auch sonst es sei, steht er Kant nicht einmal fern und dem bekannten, schönen Worte am Ende der „Kritik der praktischen Vernunft": „Zwei Dinge erfüllen das Gemüt mit immer neuer und zunehmender Bewunderung und Ehrfurcht, je öfter und anhaltender sich das Nachdenken damit beschäftigt: Der gestirnte Himmel über mir, und das moralische Gesetz in mir."

Und das Heilige und die Religion — er hat sie erlöst, oder wieder erlöst, vom Wissen und von der Wissenschaft und hat sie befreit aus dem Bann seiner materialisierten Epoche und emporgeläutert und geadelt zu der Weite und Weihe, die sich formt aus Spannung und Demut, aus tiefer Dankbarkeit und innerer Ergriffenheit und sie wird ihm zum „heiligen Schweigen, das aus Stille geboren." Starre Formeln schafft er zur Seite und dogmatische Schranken; er stellt das religiöse Erleben ganz schlicht auf die apriorische Kategorie des Gefühls, des Gefühls der Ehrfurcht und Bewunderung, der eigenen Bedürftigkeit und Erhöhung und läßt sein Bewußtsein versinken in denUrgrund des unendlichen Seins, aus dem alle Wesen schweigend trinken. Er kniet nieder aus geheimer Unruhe und Sehnsucht und betet, betet aus Hingabe an das Unerkannte und ewig Unerkennbare. Von aller äußeren Organisation, aller nationalen Erfahrung und allen intellektuellen Maßstäben macht seine religiöse Welt sich frei, die kein Theismus ist, die als Deismus aber naturwüchsig, auf keinerlei Umweg des Verstandes, dem Ewigen sich naht, das ihm die Einheit ist alles Daseins, das ihn „blendet und verwirrt und das zu begreifen sein Geist sich vergeblich erhebet und abmüht", das aber als ergreifendes Wunder „in seinen Werken überall ahnt, das er in sich spürt und um sich erschaut." — Die ganze Stärke dieses Erlebens, ich kann sie nicht schildern; sie liegt jenseits jeden Versuchs einer nachbildenden Erkenntnis! Eine Ahnung davon aber vermittelt die Lektüre des „Glaubensbekenntnisses des savoyardischen Vikars", das gewiß zu dem Erhabensten gehört, das Rousseau je geschrieben und eine der höchsten Huldigungen bleibt, die ein Menschengeist dem Göttlichen dargebracht hat. — Hier ist Rousseau der *spiritualistische Dichter der Wesensschau*, und leicht zu erkennen ist nicht nur seine Verwandtschaft mit Schleiermacher, sondern auch mit dem alten Goethe, dessen tiefe, weltweise Verse auch er gesprochen haben könnte:

„In unsers Busens Reine wogt ein Streben,
Sich einem höhern, reinern, unbekannten,
Aus Dankbarkeit freiwillig hinzugeben,
Enträtselnd sich den ewig Ungenannten;
Wir heißen's fromm sein!"

Es ist ihnen bekannt, daß der „Emil", Rousseaus gelesenstes Buch, es ist, in welchem dies Glaubensbekenntnis sich befindet, und Sie erinnern sich, daß durch Intolerenz und Haß dies Werk zum Verbrennen verurteilt und sein Verfasser in einer Weise verfolgt wurde, die ihm sein Leben in Zukunft verdüsterte. Der Schmerz darüber, sich vermischend mit stiller Resignation, klingt an in den Worten, die er zwei Jahre vor seinem Tode schrieb: „Ich weiß es, der höchste Richter ist mächtig und gerecht, und ich weiß auch, daß meine Seele unschuldig ist und ich mein Schicksal nicht verdient habe, und das genügt mir . . . Mögen die Menschen tun, was sie wollen; nachdem ich tat, was ich mußte, werden sie vergebens sich abmühen, mein Leben zu quälen; sie werden mich daran nicht hindern, in Frieden zu sterben." — Ja, so schrieb und so mußte er schreiben, er, der in einem Jahrhundert der Willkür und des Cynismus zwar alle die Schleier fortzog, in welche die Menschen den Kern des Heiligen hüllen, der aber, wie keiner sonst, die Renaissance der unverfälschten, ungebrochenen Reinheit des Glaubens proklamierte und heraufführte, der solchen Glauben in der tiefsten Tiefe des Herzens verankerte und als sein großes Gesetz erneut das der Liebe aussprach.

Und dieses Gebot der Liebe, das ist es nun auch, das seine Ansichten von der Erziehung durchzieht und erfüllt in eben diesem „Emil", von dem man mit Recht einmal gesagt hat, er sei „ das 1789 in der pädagogischen Entwicklung."

Von jeher hat man seine besondere Aufmerksamkeit diesem Buche zugewandt, das dem Kind und der Jugend geweiht ist, und es hat seinen guten Grund und tiefen Sinn, wenn wir auf so vielen Bildern Rousseaus sehen, wie Kinder ihn krönnen! Dabei will diese Schrift, wie er selbst uns sagt, nicht wörtlich genommen werden, und Rousseau weiß wie wir, daß der Buchstabe tötet, der Geist aber belebt.

Der „Emil" ist unsystematisch, ist nach eigenen Worten Rousseaus „eine Sammlung von Betrachtungen und Beobachtungen", und kein Programm; und sein Zweck ist erreicht, wenn das Publikum auf die Bedeutung erziehlicher Fragen gelenkt und zum Nachdenken angeregt wird. Und wahrhaftig, eine solche Wirkung hat er gehabt, hat die Lauen zur Ueberlegung aufgerufen, die Trägen aufgerüttelt zur Verantwortung und Tat und die Pädagogik aus bürokratischer Enge auf neue, winddurchwehte Wege geleitet, die wir auch heute noch lange nicht zu Ende gegangen sind.

Die Liebe Rousseaus gehört dem werrdenden Menschen, dem Kinde, das ja „gut aus den Händen des Schöpfers hervorgeht," das unter den Händen der Menschen aber verdirbt, und so denn kann Rousseau nicht oft und nicht eindringlich genug die Bitte und Mahnung aussprechen: „Liebet die Kindheit, die Zeit, da das Lachen beständig auf den Lippen sitzt und die Seele immerdar in Frieden lebt." Das sind die Jahre der Freude, des Frohsinns, der Munterkeit, des noch ungespaltenen Seins, auf die der erwachsene Mensch immer wieder als auf eine seelische Kraftquelle zurückgreift, so wie Herbart es gelegentlich ausspricht: „Wohin retten sich endlich unsere gescheuchten Hoffnungen? — In den Schoß der Jugend!" Und es führt ja im Traum nur der Pfad zurück in das selige Kinderland, dem unsere Sehnsucht gehört; warum denn „mit Schmerzen und Bitterkeit es erfüllen;" wadem Kinde „die paar Augenblicke rauben, die die Natur ihm geschenkt hat." Darum „lasset die Kindheit in den Kindern reif werden", presset sie nicht in die Vorstellungswelt der Erwachsenen; denn „was soll man zu einer Erziehung sagen, die so barbarisch ist, daß sie die Gegenwart einer ungewissen Zukunft opfert."

Rousseaus grundsätzliche Kontrastierung der Natur- und Kulturmenschen, führt ihn dazu, zu fordern, daß alle Erziehung negativ bleibe, d. h. daß nur das auszuschalten sei, was eine organische Entwicklung zu stören geeignet ist. „Gebt acht auf die Natur und folgt dem Wege, den sie euch vorzeichnet." Das läßt sich so auch mit anderen Worten wohl ausdrücken, daß erziehen nichts anderes bedeutet, als an der Windseite des Lebens einhergehen. Es schließt das jede Eile aus und jeden brutalen Eingriff; denn erziehen ist nicht Zwang und Gewalt, und „man wird einen Zögling nicht abrichten wie das Pferd auf der Reitbahn, wird ihn nicht zuschneiden wie den Baum eines Gartens."

Nicht auf irgend einen Beruf hin ist ein Kind zu dressieren, und es gilt, einen „*Menschen*" zu formen, der aus einem Zentrum herauslebt und der darauf alles zurückbezieht, einen Menschen, der als das Wesentliche sich erwirbt, und bewahrt: *die Unabhängigkeit der Gedanken, die Festigkeit des Charakters und die Sicherheit des eigenen Urteils.* Solche Formung nun, meint Rousseau, sollte mit Unterrichten niemals verwechselt werden, wie das noch allzu oft leider geschähe. Wenn Bildung belebt, so ist Unterricht häufig der Tod und — gewiß übertreibend — fragt er sich einmal und uns: „Wer wohl mag wissen, wie viele Kinder als Opfer der überschäumenden Weisheit ihres Lehrers sterben." Des Lehrers, ja, doch nicht des Lehrers, wie Rousseau ihn denkt und erträumt; denn der echte Lehrer ist ihm Erzieher, und von diesem ruft er begeistert aus: „Ein Erzieher! O, welch ein erhabener Mensch!" Der aber wird die Tore weit aufzuschlagen wissen, so daß Licht und die Freude Eingang finden, ohne die es ein Wachstum nicht gibt. Und er schüchtert nicht ein, „um keine Sklavenseelen zu züchten" und er „ertötet auch nicht den Mut", wie Rousseau, ganz ähnlich wie die Individualpsychologie unserer Zeit, betont. Vielmehr erfüllen ihn „Zuneigung und Innigkeit, Vertrauen und Ehrfurcht"; denn sie allein helfen ihm, die Flügel der jungen Seele zu lösen. Und so auch nur wird es gelingen, die „Selbsttätigkeit" in dem jungen Menschenkind nicht zu ersticken, „die der Urheber der Natur den Kindern gegeben", die, meint Rousseau, „dem Wortwerk der Lehrer oft zuhören, so wie sie in der Windel dem Gewäsch ihrer Amme lauschten"; denn „ein Kind will schaffen, will nachahmen und hervorbringen, will Zeichen von Kraft und Tätigkeit geben", und wehe dem Lehrer, der seine Zöglinge Worte nur lehrt, „Worte, Worte, nicht als Worte." Das schwächt die geistige Kraft und übersieht ganz das Wesentliche: die Fähigkeit nämlich im Kind zu entwickeln, zur Erwerbung eigener Erkenntnisse zu gelangen.

Sind die Sinne geschärft und hat der Körper durch Uebung die Kraft, deren er bedarf, „um der Seele zu gehorchen", so ist die Zeit von selbst gekommen, wo der Zögling vom Eindruck selbst zum Urteil übergeht und in die Welt der Gedanken hineinwächst, und *sie* dann werden ihm helfen, in der gefährlichen Zeit der Pubertät seinen Geschlechtsinstinkt zu sublimieren und ihn reif werden lassen für die Welt und Gesellschaft, die im Gegensatz zu der gütigen Natur nun einmal da sind und in denen er sich zurechtfinden, mit denen er sich auseinandersetzen muß und wird.

Hier wie auch sonst ist Rousseau kein Ende und Abschluß, ist eine immer noch sprudelnde Quelle vielmehr durch die leidenschaftliche Fülle seines Lebens und Werkes. Werden auch seine Schriften heute nicht mehr mit der Begeisterung eines Kant gelesen, der über jedem neuenWerke Rousseaus seinen täglichen Spaziergang vergaß, so gehört doch Rousseau zu der kleinen Schar jener Begnadeten, die sterben und doch leben; denn er webt und wirkt in uns allen, ist ein Blutelement in der heutigen Kultur, und seine Hinterlassenschaft gibt zahllosen Erben das Grundmotiv für den Bau einer Lebensanschauung, gerade in unserer Zeit, die sich erneut und inbrünstig in ihrem besten Kräften auflehnt gegen den Kultus eines seelenlosen Verstandes, die sich aufreckt gegen das nur Errechenbare und gegen Zurücksetzungen durch Geburt und Konjunkturen, und die aus innerer Bewegtheit das sucht, was dieses Genie des Gefühls in reichem Maße besaß: den Takt des Herzens,diewahre Güte, den Sinn für Gerechtigkeit und echte Menschlichkeit. Gewiß ist Rousseau nicht das, was man einen „großen Kopf" nennt, aber er gehört, was mehr ist, unter die Zahl jener schauenden und schöpferischen Philosophen, die das Herz der Menschen schlagen hören. Und das, worum er siegreich rang, bleibt dauernder Besitz der Menschheit, und es erlaubt und fordert das, was er war und wirkte, über alle Verschiedenheiten der Zeit und der Menschen hinweg, Ergriffenheit und Bewunderung.

Und so denn neigen wir uns, in dieser schlichten Stunde des Gedenkens vor dem übervollen Herzen und der echten Leidenschaftlichkeit der Seele dieses Mannes und sprechen in Ehrfurcht und Dankbarkeit aus der Tiefe unseres Menschentums:

Es sei Friede über seiner Asche und es walte Segen über dem Andenken dieses Menschen, der ein Geschenk war des Ewigen an die begrenzte, endliche Welt!

Denkschrift des lippischen Landespräsidiums über die Finanzlage der lippischen Schulgemeinden.

Bei der Beratung der Vorlage über eine Aenderung des Finanzausgleichs, die die Verhältnisse der Schulgemeinden berührte, ist zugesagt worden, daß in Kürze in einer besonderen Denkschrift die Finanzlage der Schulgemeinden zusammenfassend behandelt werden solle. Eine solche Uebersicht über die Finanzlage kann nur dann Wert haben, wenn in ihr die Ergebnisse des letzten Finanzjahres mitberücksichtigt werden, u. namentlich auch nur, wenn Vergleichungen mit dem Rechnungsjahre 1913, dem letzten Vorkriegsjahre, durchgeführt werden können. Den folgenden Aeußerungen sind demgemäß die Rechnungen der Jahre 1913, 1925, 1926 und 1928 zu Grunde gelegt, jedoch muß bemerkt werden, daß nur zum Teil eine Berücksichtigung sämtlicher Schulgemeinden hat erfolgen können. Bei der Kürze der Zeit und wegen des Umfanges der Arbeit ließ sich eine Vergleichung mit dem Jahre 1913 und eine Berücksichtigung auch der Jahre 1925 und 1926 nur für die städtischen und 40 ländliche Schulgemeinden ermöglichen. Diese Vergleichung hat aber allgemeinen Wert, da die 40 ländlichen Schulgemeinden nicht besonders ausgewählt, sondern in alphabetischer Reihenfolge — je 10 aus jedem Amtsbezirk — berücksichtigt worden sind.

Die Prüfung hat ergeben, daß eine allgemeine Bewertung der Ergebnisse kaum vorgenommen werden kann: Es gibt Schulgemeinden mit reichlichen Einnahmen und Ueberschüssen, andere, die über ausreichende Mittel verfügen und sie den tatsächlichen Bedürfnissen entsprechend verwenden; wieder andere Schulgemeinden wären in der Lage, bei Ausnutzung der ihnen zur Verfügung stehenden Steuerquellen ihren Aufgaben besser nachzukommen als es geschieht. Einige Schulgemeinden sind trotz der verhältnismäßig hoch erscheinenden Einnahmen nicht in der Lage, ihre Verpflichtungen in ausreichendem Maße zu erfüllen. Eine 5. Gruppe hat bei geringen Einnahmen und bei Ausnutzung aller Steuerquellen die größten Schwierigkeiten, die notwendigsten Ausgaben zu bestreiten.

Die Rechnungsführung der Schulgemeinden läßt in formeller Hinsicht zu wünschen übrig, und es wird die Aufgabe der Oberschulbehörde sein, darauf zu dringen, daß die bestehenden Mängel alsbald abgestellt werden, damit später die notwendigen Feststellungen ohne Schwierigkeiten und Hemmnisse vorgenommen werden können. Für diesmal muß man gewisse Unzulänglichkeiten in Kauf nehmen, die eine genaue Scheidung der Einnahmen und namentlich der Ausgaben erschweren oder gar verhindern, die aber immerhin die Beurteilung der Finanzlage der einzelnen Schulgemeinden nicht unmöglich machen.

Aus den von allen Schulgemeinden eingeforderten vorläufigen Uebersichten der Ergebnisse des letzten Rechnungsjahres (1927-28) läßt sich feststellen, daß im allgemeinen bei den ländlichen Schulgemeinden die Lage gegen das Vorjahr sich weiter ungünstig gestaltet hat. Die Finanzlage hat sich seit dem Rechnungsjahre 1925-26 von Grund auf verschoben und für die Mehrzahl ungünstig entwickelt. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, daß infolge der kurz nach Abschluß der Inflationsperiode vom Reiche eingehaltenen Steuerpolitik reichlichere Mittel überwiesen werden konnten, an denen namentlich auch die ländlichen Schulgemeinden Anteil hatten, bis dahin, wo sich, infolge wesentlich verminderter Veranlagungssumme in den ländlichen Bezirken, das Schwergewicht der Einnahmen nach den Städten verschob. Die ungünstige Entwicklung in manchen ländlichen Schulgemeinden mag zum Teil auch darauf zurückzuführen sein, daß man sich anfangs bei reichlicherem Zufluß der Einnahmen auf Ausgaben gewissermaßen festlegte, die ohne Zweifel wohl als wünschenswert angesehen werden konnten, die aber bei den nun einmal dauernd zu erwartenden geringeren Steuerleistungen nicht durchgehalten werden können. Es ist jedenfalls eine Tatsache, daß eine große Anzahl der ländlichen Schulgemeinden in den letzten 2 Jahren ihren Haushalt mit den Ueberschüssen der günstigen Vorjahre in Ordnung halten konnten, und im Jahre 1927-28 hat etwa ein Drittel der Gemeinden noch tatsächliche Ueberschüsse gehabt, während in den übrigen Gemeinden Fehlbeträge festzustellen gewesen sind. Es muß dabei aber wiederum vermerkt werden, daß eine Zusammenstellung der Abschlüsse zahlenmäßig zu einem falschen Bilde führen würde, weil in vielen Schulgemeinden laufende mit einmaligen Einnahmen und Ausgaben verquickt worden sind und an manchen Stellen in sehr starkem Maße einmalige Ausgaben, die im Laufe einer ganzen Reihe von Jahren zu decken gewesen wären, ganz oder zum Teil aus laufenden Einnahmen eines Jahres bestritten worden sind.

Die Einnahmen.

Die Einnahmen der Schulgemeinden setzen sich zusammen aus:

1. Einkommen- und Körperschaftssteuern,
2. Grundwertsteuern,
3. Gewerbesteuern,
4. Stelleneinkommen, Zinserträgen, Zuschüssen und sonstigen Einnahmen.

Bis zu der nach dem Kriege notwendig gewordenen Finanzreform waren die Schulgemeinden angewiesen auf Einkommensteuern, Grundsteuern, Gebäudesteuern (Zuschlag zur Brandversicherungsprämie) und die unter 4 aufgeführten sonstigen Quellen.

Die Einkommen- und Körperschaftssteuer ist jetzt, insbesondere in den Städten, die wichtige Einnahmequelle. Diese Steuern werden nach dem Aufkommen bezw. nach dem Steuerverteilungsschlüssel der Städte und Aemter auf die Schulen nach der Kopfzahl der Schüler verteilt. In den Städten ist nach den Steuererträgen des letzten Rechnungsjahres der Kopfanteil wesentlich höher als in den früheren Amtsbezirken. Den höchsten Satz hatte Detmold mit 48,30 RM., den niedrigsten Schötmar mit 13 RM. und Schwalenberg mit 7,50 RM. In den Bezirken der früheren Amtsgemeinden beträgt der Kopfanteil nur zwischen 9,80 RM. im Amte Schötmar und 4,30 RM. im Amte Hohenhausen. Im laufenden Jahre werden die Beträge infolge der gesetzlich festgelegten Kürzung etwas niedriger sein, doch ist ein gewisser Ausgleich durch die Erhöhung der laufenden Einnahmen aus diesen Steuern zu erwarten.

Die Einkommen- und Körperschaftssteuer steht für die in der Zusammenstellung berücksichtigten 52 Schulgemeinden für 1913 mit 169 563 Mk. zu Buche. Diese Schulgemeinden haben aber 1927 aus derselben Steuer nur ein Mehr von rund 16 000 RM. erzielt, nämlich 1927 zusammen 185 717 RM. Das ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß früher in Lippe die Einkommen bereits von 600 Mk. an, (noch früher schon von 300 Mk. an) zur Einkommensteuer herangezogen wurden, während jetzt bekanntlich die Einkommen bis zu 1200 RM. und darüber hinaus einkommensteuerfrei sind.

Aus der Grundwertsteuer sind in den hierbei berücksichtigten 52 Schulgemeinden 1913 36 717 Mk. und 1927 101 732 RM. aufgekommen. Diese Erhöhung entfällt jedoch im wesentlichen auf die Städte, nicht auf das Land. In ländlichen Bezirken ist im Gegenteil in manchen Gemeinden festzustellen, daß sich die Grundwertsteuererträge gegenüber 1913 vermindert oder doch nicht wesentlich erhöht haben. In den ländlichen Gemeinden ist zumeist die Grundwertsteuer die wichtigste Einnahmequelle. Sie wird, darin abweichend von dem Verteilungsmodus der Einkommen- und Körperschaftssteuer für jede einzelne Schulgemeinde im Rahmen des zulässigen Zuschlages bis zu 50 Prozent erhoben. Dies trägt wesentlich dazu bei, die finanziellen Verhältnisse in den einzelnen ländlichen Bezirken so verschieden zu gestalten. Wenn auch die große Mehrzahl der Schulgemeinden, auch die Landgemeinden, von dem Besteuerungsrecht bis zur Höchstgrenze Gebrauch machen, so haben doch 44 Gemeinden (fast ausschließlich ländliche Gemeinden und mit vorwiegend landwirtschaftlicher Bevölkerung und verhältnismäßig hohem Steuerertrag) im letzten Rechnungsjahre weniger als 50 Prozent gehoben; davon Tintrup 0 Prozent, Donop, Hölserheide und Spork-Eichholz 10 Prozent, zum Teil unter Zurückstellung notwendiger Ausgaben wie Reinigung pp. Die Verschiedenartigkeit ergibt sich auch aus dem Umstande, daß Schulgemeinden, deren Bewohner wenig Einkommensteuer aufbringen, wohl teilhaben an den höheren Erträgen anderer Orte des Bezirks, daß aber diese Orte dafür keinen Ausgleich erhalten dadurch, daß sie Anteil hätten an den höheren Erträgen der Grundwertsteuer. Auf diese Verhältnisse hat unter Beibringung von Unterlagen besonders der Schulvorstand Bösingfeld hingewiesen, um die Benachteiligung durch diesen ungleichartigen Modus bei der Verteilung der wichtigsten Steuern zu belegen. Gerade die entwicklungsfähigen Orte, die verhältnismäßig größere Schullasten zu tragen haben, haben bei geringen Grundwertsteuererträgen größere Aufkommen aus der Einkommensteuer; sie behalten die geringeren Erträge aus der Grundwertsteuer und haben keinen Ausgleich in der Einkommensteuer, da sie in dieser Steuer nur nach dem durchschnittlichen niedrigeren Ertrage des ganzen Bezirks Anteil haben. Das bei einer Hebung von 50 Prozent Zuschlag auf einen Schüler entfallende Aufkommen aus der Grundwertsteuer ergibt in den Städten Erträge von 5,20 RM. in Schötmar, 7,00 RM. in Oerlinghausen, bis zu 16,50 RM. in Barntrup und 23,20 RM. in Bad Salzuflen. In den Landbezirken hat Amt Schwalenberg mit 6,25 RM. den niedrigsten und Amt Schieder mit 17,60 RM. den höchsten Satz.

Die Gewerbesteuer ist in ihrem Ertrage ungleichmäßig verteilt, so daß sie nur in einzelnen Schulgemeinden als wichtige Einnahmequelle angesehen werden kann. Die Ursache liegt darin, daß die gewerblichen Betriebe an einzelnen Punkten des Landes konzentriert sind, und insbesondere einzelne Unternehmungen mit hoher Steuerkraft bei der jetzigen gesetzlichen Grundlage in ihrer Ge-

werbesteuerleistung insoweit nur der Schulgemeinde zugute kommen, in der sie liegen.

Eine Uebersicht über die Gesamtsteuererträge in diesen 40 ländlichen und 12 städtischen Schulgemeinden ergibt folgendes Bild:

	1913/14	1927/28
Grundwertsteuern	36 717	101 732
Gewerbesteuern bezw. Gebäudesteuern	12 052	63 198
Einkommensteuer und Körperschaftssteuer	169 563	185 717
zusammen	218 332	350 647

In den Landgemeinden kommen als Einnahmequellen noch in Frage der Anrechnungswert der Dienstländereien und der Anteil der Inhaber von Dienstwohnungen an der Grundentschuldungssteuer. Der Anrechnungswert der Dienstländereien ergibt für die Gesamtrechnung verhältnismäßig geringfügige Beträge, während die Grundentschuldungssteuer stärker in Betracht kommt. Die Inhaber von Dienstwohnungen erhalten den vollen Wohnungsgeldsatz (zurzeit 120 Prozent), während ihnen nur die gesetzliche Miete darauf angerechnet werden kann. Die außerdem zu entrichtende Grundentschuldungssteuer beträgt bei den Schulhäusern, die früher durchweg nicht hypothekarisch belastet gewesen sind, nur den niedrigsten Satz (5 Prozent), so daß die Inhaber von Dienstwohnungen die Differenz zwischen dem tatsächlich zu zahlenden und dem höchsten Satz der Grundentschuldungssteuer an die Schulkasse abzuführen haben. Kleine Schulgemeinden, die durchweg Dienstwohnungen stellen, erhalten dadurch verhältnismäßig beachtliche Beträge, es muß allerdings berücksichtigt werden, daß diese Beträge zu einer ordentlichen Unterhaltung der Wohngrundstücke auf die Dauer kaum ausreichen.

Schließlich wären unter den Einnahmen noch die Zinsen aus belegten Kapitalien aufzuführen, die aber in den letzten Jahren keine Bedeutung erlangt haben, da zumeist nur vorübergehend belegte Kapitalien vorhanden gewesen sind.

Die Ausgaben.

Die Rechnungen der Schulgemeinden weisen die nachstehenden Hauptausgabeposten auf:

1. Verwaltungskosten,
2. Oeffentliche Abgaben, Steuern pp.,
3. Zinsen,
4. Bauliche Unterhaltung,
5. Besoldung der Lehrer,
6. Licht, Wasser, Reinigung, Heizung,
7. Schulbedürfnisse, Lehr- und Lernmittel,
8. Verschiedenes.

Bei der Würdigung und der vergleichsweisen Wertung der tatsächlichen Rechnungsergebnisse der letzten Jahre muß auch hier vorher bemerkt werden, daß die Rechnungen vielfach nicht sorgsam geführt worden sind. Neben den schon angedeuteten Mängeln sind fehlerhafte Eintragungen zu vermerken, die es verhindern oder doch erschweren, tatsächliche Ausgaben nach ihrer Eigenart, z. B. für Schulbedürfnisse, klar zu erkennen. Vieles, was unter den einzelnen bestimmt bezeichneten Ausgabeposten hätte aufgeführt werden müssen, ist unter die Rubrik „Verschiedenes" geraten, doch läßt sich immerhin ein Ueberblick ermöglichen.

Die Verwaltungskosten sind nicht wesentlich gestiegen. Die Rechnungsführung wird meist von den Lehrern besorgt, die neben einem geringen Vergütungssatze nur die baren Auslagen zurückerstattet bekommen.

Auch die öffentlichen Abgaben, Steuern pp. machen keine wesentlichen Beträge aus, obwohl nicht zu verkennen ist, daß die Steuerleistungen im Durchschnitt das Doppelte bis Dreifache des Vorkriegssatzes betragen.

Die Zins-Ausgaben sind gefallen. Durch die Inflation haben auch die Schulgemeinden einen wesentlichen Teil ihrer Vorkriegsschulden dahinschwinden sehen. Einen Ueberblick gewährt die Feststellung, die das Landespräsidium für die besonders bearbeiteten 52 Schulgemeinden vorgenommen hat: Während im Jahre 1913 in diesen Gemeinden 47 000 Mark Zinsen für aufgenommene Schulden zu bezahlen waren, betrug in denselben Gemeinden im Jahre 1927 die Zinsenleistung für neu aufgenommene oder aufgewertete Kapitalien 19 000 RM. Es sind aber auch für die sämtlichen Schulgemeinden die Schulden ermittelt worden. Sie betrugen

am 1. April 1914	1 876 813 Mk.
am 1. April 1928	560 554 RM.

Wenn auch für einen wesentlichen Teil der Gegenwartsschulden — für die neu aufgenommenen Kapitalien — ein höherer Zinssatz zu vergüten ist, so bleibt die Zinsleistung der lippischen Schulgemeinden zurzeit wesentlich hinter der des Jahres 1913 zurück. Eine Gefahr liegt allerdings darin, daß die Schulgemeinden die neu aufgenommenen Kapitalien zurzeit sehr hoch verzinsen müssen, und daß ein unverhältnismäßig hoher Prozentsatz der laufenden Einnahmen an einzelnen Stellen für die Deckung der erforderlich gewordenen Kapitalaufnahmen in Anspruch genommen werden muß.

Bei der Bewertung der Ausgaben für bauliche Unterhaltung wird man mit den heutigen Verhältnissen auf dem Baumarkte zu rechnen haben. Die Schulvorstände haben als Brandkassenwert der Schulhäuser angegeben,

in den städtischen Gemeinden	1 350 000 RM.
in den Landgemeinden	3 200 000 RM.
zusammen	4 550 000 RM.

Für Instandhaltung der Häuser und Ergänzung des Inventars sind im letzten Rechnungsjahre 47 000 und 76 000, zusammen 123 000 RM. aufgewendet worden. Das sind 2¾ Prozent. In der Regierung, Bauabteilung, ist für Instandhaltung von Schulen als Normalsatz 3 Prozent des Brandkassenwertes bezeichnet worden. Im Durchschnitt ist dieser Normalsatz fast erreicht. Bei der großen Mehrheit sind die notwendigen Aufwendungen dieser Art geleistet worden, und bei diesen trifft der Normalsatz von 3 Prozent auch ungefähr zu. Eine Minderheit von Schulgemeinden berichtet, daß die notwendigen Besserungsarbeiten in den letzten Jahren nicht haben ausgeführt werden können, in 22 Gemeinden seien sie ganz, in 7 Gemeinden zum Teil unterblieben. Die notwendige Erneuerung des Inventars (Schulbänke und Tische) ist noch vielfach unterblieben. Nach den Angaben der Oberschulbehörde sind in etwa 30 Schulen sämtliche Möbel, in 20 teilweise zu beanstanden, da sie den Anforderungen des Unterrichts und der Hygiene nicht entsprechen. Jedoch ist auch festzustellen, daß in vielen Schulen grade in den letzten Jahren wesentliche Verbesserungen des Inventars haben durchgeführt werden können, und daß bei einer Bewertung der vorstehenden Angaben die Mängel berücksichtigt werden müssen, die in der Vorkriegszeit bezw. während der Kriegszeit zu Tage getreten sind. Es fehlt uns hier an dem vergleichenden Maßstabe.

Aus den Verpflichtungen der Schulgemeinden für Besoldungen u. ä. kann man ein wesentliches Merkmal der Unterschiede in der finanziellen Lage der städtischen und ländlichen Schulgemeinden erkennen. Der Besoldungsaufwand setzt sich vorwiegend aus den Wohnungsgeldzahlungen für nicht gestellte Dienstwohnungen der Gemeinden und für die Gehälter der von den städtischen Gemeinden angestellten Lehrer zusammen. Die Landgemeinden haben durch die Dienstwohnungen in dem der Grundentschuldungssteuer entsprechenden prozentualen Betrag, den die Inhaber von Dienstwohnungen an die Schulkasse zu erstatten haben, eine laufende Einnahmequelle, die zwar in den letzten Jahren zur Deckung anderer Ausgaben verwendet worden ist, die aber auf die Dauer und in zunehmendem Maße durch die Kosten d. Wohnungsunterhaltung in Anspruch genommen werden wird. Wenn sie gegenüber den Gemeinden, die keine Dienstwohnungen gestellt haben, geringe oder (wie in den meisten Fällen) überhaupt keine nennenswerten Ausgaben für Wohnungsgeld haben, so ist das zur Zeit vielleicht ein angenehmer Zustand, aber auf die Dauer kein Vorteil. Von den Gemeinden sind 54 000RM an Wohnungsgeld aufzubringen bezw. an die Landkasse zu erstatten. Hiervon bringen das Land (mit ¾—¾ der Schülerzahl des Landes) 20 000 RM. die Städte 34 000 RM auf. Die hierdurch entstehende Belastung auf einen Schüler beträgt durchschnittlich in den städt. Schulgemeinden 5 RM. in den ländl. Schulgemeinden nur 1,50 RM. Selbstverständlich gibt es auch hier kleine Verschiedenheiten. Es gibt einige wenige städtische Schulgemeinden, die mehrere Dienstwohnungen haben, wie Horn, Barntrup, wo die Belastung geringer ist, dafür haben Lemgo und Bad Salzuflen mit 6,90 RM eine über dem Durchschnittssatz liegende verhältnismäßig höhere Belastung. Ebenso gibt es Schulgemeinden in Landbezirken, wie Hohenhausen, Bösingfeld und Brake, wo die Belastung weit über den ländlichen Durchschnittssatz hinausgeht. — Eine stark finanzielle Last stellt in denjenigen 8 Schulgemeinden, die eigene Lehrer angestellt haben, deren Besoldung dar. Die Belastung ist meist höher als die höheren Einnahmen aus der Einkommen- und Gewerbesteuer ausmachen. Der gesamte Besoldungsaufwand (einschl. des für Wohnungsgeld) beträgt, auf einen Schüler berechnet, in der Schulgemeinde Lemgo-Bürgerschule 53 RM, Bad Salzuflen 37 RM, Detmold 35,40 RM, Lage 33 RM, Oerlinghausen 20,20 RM, Schötmar 20 RM, Horn 16,20 RM, Blomberg 12 RM. Diese Schulgemeinden haben für Besoldungen ca. 170 000 RM aufwenden müssen, wobei allerdings einige Gemeinden durch staatliche Zuschüsse in Höhe von zusammen 30 000 RM entlastet worden sind.

Die Ausgaben für Licht, Wasser, Reinigung, Heizung sind gegenüber der Vorkriegszeit auf das Doppelte bis Dreifache gestiegen. Diese Steigerung wird auch kaum beanstandet werden können, da die Vermehrung der Klassen und insbesondere die Verteuerung der Bedarfsgegenstände berücksichtigt werden müssen. Größere Ausgaben ergeben sich auch dadurch, daß erfreulicher Weise eine Anzahl von Schulgemeinden dazu übergegangen ist, Zentralheizung anzulegen, wobei allerdings bei den nun einmal beschränkten Einnahmen für einzelne Schulgemeinden finanzielle Gefahren entstanden sind, so z. B. in Kneiterheide. Vielleicht können auf diesem Gebiete durch

rationelle Ausnutzung der Ersparungsmöglichkeiten gewisse Einschränkungen der Ausgaben erzielt werden. Wenn nach dem Bericht der Oberschulbehörde vielfach auch die Ausgaben für Reinigung als solche angesehen werden, die beschränkt werden können, so wird das in Rücksicht auf die Gesundheitspflege nur größten Bedenken begegnen. Die Reinigung ist in 28 Schulgemeinden noch ganz, in 20 weiteren Gemeinden zum Teil von Schulkindern besorgt worden. In der Mehrzahl dieser Schulgemeinden scheint eine tatsächliche Notlage zu bestehen; es darf aber nicht verschwiegen werden, daß ein Teil dieser Gemeinden — 17, fast ein Drittel — noch nicht einmal ihre Steuerquellen voll ausgnutzt haben. Das Landespräsidium sieht es als eine seiner wichtigsten Aufgaben an, hier so schnell wie möglich die notwendige Aenderung herbeizuführen.

Schul-Bedürfnisse, Lehr- und Lernmittel. Im letzten Rechnungsjahre sind verausgabt worden:

In 13 Schulgemeinden der Städte 23 000 RM (¼—⅓ aller Schüler), einschl. der im Stadtbezirk Lemgo
in 123 Schulgemeinden auf dem Lande 21 000 RM (⅔—¾ aller Schüler).

So wenig an vielen Stellen die Ausstattung der Klassen mit dem notwendigen Lehrmaterial den neuzeitlichen Ansprüchen genügen mag, so ist jedoch hervorzuheben, daß im Vergleich zu 1913 in den letzten Jahren recht viel geschehen ist. An den städtischen Schulgemeinden haben z. B. die Ausgaben für Lehr- und Lernmittelt betragen

1913	4 603 M,
1926	17 405 RM
1927	25 677 RM,

und in den 40 ländlichen Gemeinden ist diese Ausgabe immerhin von 1300 Mark im Jahre 1913 auf 7300 RM. im Jahre 1927 gestiegen. Die Oberschulbehörde glaubt zwar feststellen zu können, daß die meisten Schulen auffallend geringe Beträge für Lehrmittel ausgegeben haben, und daß der Versuch, Ausgabe und Einnahme einigermaßen in Einklang zu bringen, vorwiegend auf Kosten der Lehrmittel und ähnliches gehe, — jedoch ist hier wiederum zu berücksichtigen daß bei einem Vergleich zwischen 1913 und 1927 der wesentliche Fortschritt nicht zu verkennen ist, so viel auch in der Zukunft noch zu leisten sein mag. Wir können nicht alles auf einmal erreichen. Die Oberschulbehörde stellt als Mindestnorm der Anforderung für jede Klasse den Betrag von 150 RM. auf Es sei hier nur bemerkt, daß das einer Steigerung der Jahresausgabe für diese Zwecke gegenüber dem Jahre 1913 um das 15-fache gleichkäme.

Die unter Verschiedenem zusammengefaßten Ausgaben haben ebenfalls eine nicht unbeträchtliche Steigerung erfahren, auf die aber im einzelnen hier nicht eingegangen zu werden braucht.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die Finanzlage der städtischen Schulgemeinden sich im allgemeinen günstig entwickelt hat. Bedenklich ist allerdings die Lage der Schulgemeinde Lemgo, und die Finanzen der Schulgemeinde Lage sind ungünstiger als die der anderen städtischen Schulgemeinden. Im nachstehenden sind 2 städtische und 2 ländliche Schulgemeinden mit ihren Rechnungsergebnissen aufgefürt, und zwar je eine mit günstigen und ungünstigen Ergebnissen:

Detmold.

Einnahmen:	1913	1926
Ueberschuß des Vorjahres	14 389	10 000*)
Zinsen	334	218
Vom Grundeigentum	323	980
Steuern	46 253	82 456
Zuschüsse	39	23 476
Sonstiges	314	1 047
(Aus Grundstücksverkauf)	36 666	—
*) Bestand	98 318	118 177
Ausgaben:		
Fehlbetrag des Vorjahres bezw. Bestand	—	16 906
Verwaltungskosten	1 289	5 551
Oeffentliche Abgaben pp.	1 132	2 736
Mieten	—	879
Zinsen	10 224	—
Kapitalabtrag	38 635	—
Bauliche Unterhaltung	5 507	17 032
Unterhaltung und Ergänzung d. Mobiliars	111	21 963
Besoldung der Lehrer	26 392	40 198
Beleuchtung, Wasser, Reinigung, Heizung	5 720	7 172
Schulbedürmnisse, Lehr- u. Lernmittel	568	5 885
Verschiedenes	65	599
	89 643	118 921

Die Rechnung des Jahres 1927 war zurzeit der Abfassung dieses Berichtes noch nicht fertig. Die unter den Einnahmen aufgeführten Zuschüsse sind im wesentlichen die Beiträge des Landes zur Besoldung der städtischen Lehrer. Unter den Ausgaben stecken mindestens 25 000 RM, die als einmalige Ausgaben für Bauten und Beschaffungen in außerordentlicher Rechnung zu führen gewesen wären. Nicht aufgeführt sind Zinsleistungen, die die Schulgemeinde Detmold infolge Neubaues vom Jahre 1927 an zur Last fallen.

Lemgo.

Einnahmen:	1913	1926	1927
Ueberschuß aus dem Vorjahre	12570		
Zinsen	459		
Vom Grundeigentum	—	694	700
Steuern	43595	23717	32050
Aus Ausgleichsfonds	—	3600	
Zuschüsse	1180	13674	16600
Sonst. Einnahmen u. Unvorhergesehenes	144	3843	1010
	57948	45528	50360
Ausgaben:			
Fehlbetrag des Vorjahres	—	5910	8726
Verwaltungskosten	1284	349	357
Oeffentliche Abgaben	385	921	518
Zinsen	5983	954	1760
Kapitalabtrag	4909		
Bauliche Unterhaltung	1111	2925	1126
Unterhaltung und Ergänzung des Mobiliars	—	—	—
Besoldung der Lehrer	23870	37702	43769
Beleuchtung, Wasser, Heizung, Reinigung	3418	4724	4994
Schulbedürfnisse, Lehr- und Lernmittel	273	614	1044
Verschiedenes	172	151	314
	41405	54250	62608

Die Finanzen der Schulgemeinde Lemgo würden sich wesentlich verbessern, wen die Schulgemeinden Lemgo-Ost und Lemgo-West — die in guter Finanzverfassung sind — mit der Hauptgemeinde vereinigt würden. Die geringe Höhe der Verwaltungskosten erklärt sich daraus, daß die Bezüge des Hilfspersonals an anderer Stelle aufgeführt sind.

Dörentrup.

Einnahmen:	1913/14	1926/27	1927/28
Ueberschuß aus Vorjahr	157	2260	172
Zinsen	—	112	20
Vom Grundeigentum	—	77	47
Steuern	2331	3256	7300
Kapitalanleihe	2600		
Aus Ausgleichsfonds	—	—	—
Zuschüsse	88	—	—
Sonstige Einnahmen u. Unvorhergesehenes	—	—	—
	5176	5705	7539
Ausgaben:	1913/14	1926/27	1927/28
Fehlbetrag des Vorjahres	—		
Verwaltungskosten	48	45	49
Oeffentliche Abgaben	26	36	34
Zinsen	1089	150	227
Kapitalabtrag	3300	2315	3799
Bauliche Unterhaltung	160	929	369
Unterhaltung und Ergänzung des Mobiliars	—	—	—
Besoldung der Lehrer	30	188	183
Beleuchtung, Wasser, Reinigung, Heizung	217	714	743
Schulbedürfnisse, Lehr- und Lernmittel	21	264	246
Verschiedenes	96	890	315
	4987	5531	5965

Die Schulgemeinde Dörentrup hat ihre Schulden in einem Jahre abtragen können. Ihre günstigen Abschlüsse sind im wesentlichen auf die Steuerleistungen der Sand- und Tonwerke, Dörentrup, zurückzuführen.

Knetterheide.

Einnahmen:	1913/14	1926/27	1927/28
Ueberschuß aus Vorjahr	337	—	—
Zinsen	—	76	13
Vom Grundeigentum	—	—	—
Steuern	1611	1986	1908
Aus Ausgleichsfonds	—	—	—
Zuschüsse	50	—	100
Sonstige Einnahmen und Unvorhergesehenes	15	—	—
	2013	2062	2021

Ausgaben:	1913/14	1926/27	1927/28
Fehlbetrag des Vorjahres	—	504	1151
Verwaltungskosten	20	50	50
Oeffentliche Abgaben	21	134	110
Zinsen	685	—	1307
Kapitalabtrag	470	—	405
Bauliche Unterhaltung	152	548	289
Unterhaltung und Ergänzung des Mobiliars	—	—	—
Besoldung der Lehrer	30	451	431
Beleuchtung, Wasser, Reinigung, Heizung	207	1399	1300
Schulbedürfnisse, Lehr- und Lernmittel	14	113	70
Verschiedenes	69	13	50
	1668	3212	5163

Die Schulgemeinde Knetterheide hat zum Ausbau ihres Schulhauses ein Schuldkapital aufgenommen. Die starke Steigerung der Ausgaben für Licht, Heizung usw. ist auf die neue Zentralheizung zurückzuführen. Die laufenden Einnahmen decken nur die Zinsausgaben und einige kleinere Bedürfnisse. Der Kapitalabtrag im Jahre 1927 wird auf Aufwertungsverpflichtungen oder dergleichen zurückzuführen sein.

In einer besonderen Lage befinden sich die Schulgemeinden, die nach der Inflation Schulerweiterungs- und Neubauten haben ausführen müssen. Sie haben zum Teil nur mit Hilfe kurzfristig gegebener Kapitalien durchgeführt werden können. Dadurch sind hohe jährliche Belastungen entstanden, die entweder gar nicht oder kaum mit den laufenden Einnahmen gedeckt werden können. Besonders belastet sind in dieser Weise Bexten,, Aspe-Knetterheide, Lockhausen, Helpup, Retzen usw., für die ein Ausgleich geschaffen werden muß, wenn nicht andere Verpflichtungen dieser Schulgemeinden unerfüllt bleiben sollen. Bei außerordentlichen Anforderungen verändert sich, wenn nicht außerordentliche Hilfe zu verzeichnen ist, in jedem Falle die Finanzlage der Schulgemeinde. Aus diesem Grunde ist zur Zeit die Durchführung der gesetzlichen Bestimmung unmöglich, wonach auf dem Lande in der Regel Dienstwohnungen zu stellen sind. Vielleicht wird auch bei den kommenden grundsätzlichen Beratungen über diese Frage erörtert werden müssen, ob es zweckmäßig ist, an dieser Bestimmung festzuhalten. Aber Bauten für reine Schulzwecke lassen sich nicht umgehen, wenn die Schulentwicklung sie notwendig macht. Zur Zeit sind auf dem Lande zum allergrößten Teil die notwendigen Schulzimmer vorhanden; es fehlen insgesamt noch 12 Unterrichtszimmer, für die aber 7 gemietet sind. Die schon zum Teil geplanten Bauten werden die beteiligten Schulgemeinden in eine schwierige Lage bringen, wenn nicht in planmäßiger Weise außerordentliche Hilfe des Landes oder sonstiger Stellen gewährt wrd. Diese Hilfe wird vom Landespräsidium vorbereitet. Sie kann sich aber bei der Gesamtlage unserer Landesfinanzen nur in engen Grenzen halten, und die Gemeinden müssen sich stets vor Augen halten, daß beim Ausbau der vorhandenen Schuleinrichtungen sparsam gewirtschaftet werden muß, zumal da ja auch die Entwicklung der Kinderzahl in den nächsten Jahren noch nicht klar zu übersehen ist. In den meisten ländlichen Schulorten ist die Kinderzahl im Laufe der letzten Jahre ständig gesunken. während in den städtischen Schulbezirken zumeist eine nicht unwesentliche Vermehrung der Kinderzahl festgestellt werden kann, was wohl in der Hauptsache auf den Zuzug zurückzuführen ist. Nach den bisherigen Feststellungen und Beobachtungen der Oberschulbehörde wird in den nächen Jahren auf dem Lande — von wenigen Ausnahmen verkehrsreicher Orte abgesehen — eine gewisse Stabilität zu erwarten sein, so daß hier ein notwendiger Ausbau der Schulorganisation und in diesem Gefolge ein Neubau von Schulen nur in Einzelfällen zu erwarten sein wird, abgesehen von den notwendigen Erneuerungsbauten. Dagegen ist in den größeren Gemeinden unter Berücksichtigung der oben angedeuteten Entwicklung ein Mangel an Unterrichtsräumen festzustellen. Teilweise haben diese Gemeinden notwendige Erweiterungsbauten schon begonnen (Detmold, Lemgo), von anderen Orten sind sie angekündigt (Bad Salzuflen, Horn). Diese Gemeinden werden mit einer steigenden Belastung rechnen müssen.

Es fragt sich, welche Folgerungen aus diesen Darlegungen zu ziehen sind.

Wenn auch die tatsächlichen Feststellungen über die Finanzlage der Schulgemeinden ergeben, daß durchgreifende Maßnahmen zur Aenderung der Verhältnisse zweckmäßig sein würden, so glaubt das Landespräsidium doch von Vorschlägen dieser Art zur Zeit absehen zu müssen. Die Wahlzeit des gegenwärtigen Landtags läuft demnächst ab, und es wird im Landtag selbst kaum Neigung vorhanden sein, die hervortretenden Mängel auf dem Gebiete der Finanzierung des Schulwesens durch eine größere gesetzgeberische Aktion zu beseitigen oder zu mildern. Dazu bedarf es auch umfassenderer Vorbereitungen als wie sie bisher haben geleistet werden können. Zu berücksichtigen ist ferner, daß die Neuordnung des Schulwesens eine wichtige Aufgabe der allernächsten Jahre ist; denn wenn auch der Versuch der Reichsregierung, das längst fällig gewesene Reichsschulgesetz zu schaffen, gescheitert ist, so wird sich die Landesverwaltung nicht der Aufgabe entziehen können, in absehbarer Zeit ein neues Volksschulgesetz zu erlassen, wenn nicht staatsrechtliche Aenderungen von Bedeutung eintreten, womit aber vor der Hand kaum zu rechnen ist. In Verbindung damit würden ohnehin die jetzt gegebenen sachlichen Zuständigkeiten und Verhältnisse auf diesem Gebiet nachzuprüfen sein, und die dabei notwendige Sicherung des Schulbedarfs wird vielleicht in der einen oder anderen Beziehung eine grundsätzliche Umgestaltung des jetzigen Systems der Bedarfsdeckung mindestens erwägenswert machen. Würde also jetzt eine Aenderung wesentlicher Art vollzogen, so wäre zu befürchten, naß nach verhältnismäßig kurzer Zeit wiederum ein Wechsel einträte, der nicht nur unangenehm empfunden werden müßte, sondern der auch schädliche Folgen nach sich ziehen könnte, die besser vermieden werden. Die Zweckmäßigkeit der Aufstellung bestimmter Richtlinien und Normen, nach denen die Berücksichtigung des notwendigen Schulbedarfs erfolgen müßte, soll dabei nicht bestritten werden — im Gegenteil: das Landespräsidium ist der Meinung, daß es notwendig ist, die Erfüllung gewisser Mindestanforderungen für alle Schulen zu sichern, mögen sie den Lehrbedarf, die Schulunterhaltung im übrigen oder auch den Baubedarf betreffen.

Das Landespräsidium schlägt aus diesem Grunde vor, von besonderen Eingriffen abzusehen. Dabei soll jedoch nicht verschwiegen werden, daß die vorhandenen Mängel insbesondere darin hervortreten, daß die Steuererträge ungleichmäßig ohne Rücksicht auf die jeweils hervortretenden und anzuerkennenden Bedürfnisse verteilt werden. Es kann nicht bestritten werden, daß sich für wesentliche Schulbedürfnisse fast überall der gleiche Bedarf bemerkbar macht, wenn der Unterricht und die Erziehung der Kinder nicht leiden sollen, und daß es geboten ist, diesen unabweisbaren Bedarf zu befriedigen. Hierzu müssen die Mittel unbedingt vorhanden sein. Die Steuererträge fallen aber, wie die Rechnungen beweisen, und wie es bei der gesetzlichen Festlegung der Dinge ja auch nicht anders sein kann, höchst ungleichmäßig aus. Das gilt besonders auch für die Realsteuern und namentlich auch für die Gewerbesteuer, an deren Erträgen viele Schulgemeinden nicht oder in nichtssagendem Maße beteiligt sind, während eine Reihe von Schulgemeinden allerdings unverhältnismäßig hohe Erträge gerade aus der Gewerbesteuer erzielt. In dieser Hinsicht müßte also eine Vereinheitlichung erwogen werden, die mancherlei Mängel auf finanziellem Gebiete, die jetzt zu Tage treten, zu beseitigen geeignet wäre. Wie weit man darin gehen könnte, ohne das Selbstverwaltungsrecht der Schulgemeindeglieder zu beeinträchtigen, läßt sich natürlich nur nach sorgsamer Prüfung sagen.

Nicht zu verkennen ist ferner, daß die ländlichen Schulgemeinden noch vor 2 Jahren in recht günstiger Verfassung waren. Wie sich dieser Wechsel vollzogen hat, so kann auch in der Folge einmal wieder ein Wechsel eintreten oder es kann die Steuerkraft der ländlichen Bezirke so zunehmen, daß dadurch die erwünschte Verstärkung der Einnahmen der Schulgemeinden wenigstens zum Teil erreicht wäre. Jedenfalls ist eine ruhige steuerpolitische Entwicklung und ein gleichmäßiger Steueranfall, die von Wechsel- und Zwischenfällen frei wären, vorläufig nicht gesichert. Um so mehr rechtfertigt es sich, den Zeitpunkt des grundsätzlichen Eingriffs zu verschieben. Im Jahre 1929 müßte allerdings nach Feststellung des dann sich ergebenden Sachverhalts der Versuch zu einer Wesensänderung der Verhältnisse gemacht werden.

Glaubt der Landtag jedoch, daß schon jetzt irgend eine Maßnahme von grundsätzlicher Bedeutung auf diesem Gebiete durchgeführt werden müßte, so wird anheimgegeben, das in einer Entschließung zum Ausdruck zu bringen. Das Landespräsidium würde bereit sein, nachdem eine Aussprache erfolgt wäre, dem Landtag alsbald bestimmte Vorschläge zu unterbreiten, wenn Aussicht vorhanden wäre, daß sie angenommen würden und dadurch eine Hilfe gesichert wäre, ohne daß berechtigte Anforderungen auf anderen Gebieten in unzulässiger Weise beeinträchtigt würden.

Es ist in Aussicht genommen, den „Fonds für ärmere Schulgemeinden" in irgend einer zweckmäßigen Form wiederherzustellen. Bestimmte Vorschläge können jedoch erst bei der Beratung des nächstjährigen Voranschlags zur Landkasse gemacht werden, zumal wenn es sich darum handeln soll, eine Einrichtung zu schaffen, die eine günstige Dauerwirkung verspricht, und der regelmäßige Einnahmen zugeführt würden. In loser Form ist der Fonds mit Zustimmung des Landtags übrigens schon wieder erstanden: Die Beträge, die aus dem Ausgleichsfonds und aus den Aufkünften des Paragr. 35 des F. A. G. zur Verfügung stehen, dienen schon jetzt den Ausgleichszwecken, deren Erfüllung früher dem Fonds für är-

mere Schulgemeinden zugewiesen war, und die heute bei der ungleichmäßigen Steuerverteilung und dem auf manchen Gebieten ungleichmäßiger gewordenen Bedarf in ihrer Bedeutung nicht gemindert, sondern erheblich verstärkt worden sind. Die aus diesen Mitteln zu gewährende Hilfe genügt nicht. Das Landespräsidium hat daher beschlossen, zur Unterstützung der Schulgemeinden, die in besonderer Notlage sind, 10 000 RM aus der besonderen Bereitstellung von 150 000 RM heranzuziehen, die mit Genehmigung des Landtags im Voranschlage für 1928 zugunsten der Gemeinden vorgenommen ist, die ihren notwendigen Bedarf aus eigenen Kräften nicht decken können und sich in einer anerkannt schwierigen Lage befinden. Es darf angenommen werden, daß mit diesem Betrage in Verbindung mit den sonst außerordentlich zur Verfügung stehenden Summen vorerst auszukommen ist. Täuscht diese Annahme, so wäre das Landespräsidium in der Lage, aus den genannten Voranschlagsmitteln weitere Hilfe zu leisten, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß dadurch die den politischen Gemeinden zur Verfügung stehende Summe gemindert werden würde. In dieser Hinsicht könnte jedoch zunächst abgewartet werden, in welchem Maße begründete Anträge der politischen Gemeinden auf Zuweisung von Hilfsmitteln eingehen.

Das Landespräsidium.
Drake. Staercke Geise.

Jahreserträge der Steuern für Schulgemeinden im Jahre 1927/28.

	Eink.- u. Körperschaftssteuer 1/5 der Gem.-Anteile R.-M.	Grundwertsteuersoll 50 % der staatl. Sätze R.-M.	Gewerbesteuersoll 50 % der staatl. Sätze R.-M.
Städte			
Detmold (2 Schulgem. 1400 Kinder)	66721	22216	17842
Lemgo 5 „ 1260 „	27963	13155	10900
Salzuflen 2 „ 810 „	22112	18836	10242
Lage 2 „ 670 „	16158	6278	6985
Schötmar 1 „ 750 „	9739	2621	4030
Blomberg 1 „ 520 „	14101	5304	4690
Oerlingh. 1 „ 340 „	7584	3914	2015
Horn 1 „ 280 „	3796	3067	1085
Barntrup 1 „ 180 „	3422	1340	1057
Schwalenb. 1 „ 120 „	893	2355	222
Amtsgemeinden			
Detmold (1470 Kinder)	13790	19341	1783
Horn 1080 „	8659	8250	1162
Lage 2350 „	15452	19705	1606
Brake 1470 „	13090	13476	4632
Hohenhausen 1120 „	4923	9110	1431
Sternberg-B. 1690 „	8212	15852	1429
Varenholz 970 „	4371	7357	515
Schötmar 1060 „	10396	16478	1305
Oerlinghausen 1050 „	9233	12025	1790
Blomberg 590 „	3053	9894	238
Schieder 620 „	3562	10869	262
Schwalenberg 870 „	3787	5399	353
Lipp.-Cappel 250 „	1152	1565	?

Da nur ⅔ der Gemeinden ihre Steuerquellen voll ausgenutzt haben, sind die tatsächlichen Erträge niedriger.

Die Schülerzahl muß in Stadt Schötmar verringert und im Amt Schötmar vermehrt werden, wegen der Zugehörigkeit von Ehrsen und Breden zur Schulgemeinde Schötmar.

Schulgemeinden, die im Rechnungsjahre 1927/28 ihre Steuerquellen nicht ausgenutzt haben. (In den Klammern die gehobenen Hundertsätze der Grundwert- und Gewerbesteuer).

Alverdissen (30), Asendorf (40), Barntrup (15), Bavenhausen (30), Bega (20), Billinghausen (25), Blomberg (25), Brokhausen (25), Donop (10), Dörentrup (20), Evenhausen (30), Greste (40), Hardissen (12,5), Heerserheide (25), Heesten (25), Heiden (25), Heiligenkirchen (25), Hölserheide-Sylbach (10), Hörstmar (25), Humfeld (25), Iggenhausen (30), Istrup (25), Krentruperhagen (30), Leese (30), Linderbruch (25), Lipperode (25), Lothe (40), Nienhagen Amt Lage (25), Nienhagen Amt Schötmar (30), Ohrsen (25), Reelkirchen (25), Schieder (35), Schuckenbaum (20), Selbeck (25), Silixen (30), Spork-Eichholz (10), Stapelage (25), Stemmen (30), Tintrup (0), Varenholz (25), Wahmbeckerheide (25), Wendlinghausen (20), Wiembeck (25), Windhof (25), Wöbbel (25).

Bei Ausnutzung aller Steuern würden auf 1 Schüler entfallen in den Städten:

		Einkommen- und Körperschaftssteuer R.-M.	Grundwertsteuer R.-M.	Gewerbesteuer R.-M.	Belastung aus Besoldungen u. a. R.-M.
Detmold	(1400)	48.30	15.80	12.90	35.40 (6 Lehrer)
Salzuflen	(810)	27.30	23.20	12.60	37.— (4 „)
Blomberg	(520)	27.—	10.20	8.90	12.— (1 „)
Lage	(670)	24.10	9.30	10.40	33.— (3 „)
Oerlinghausen	(340)	22.30	7.—	6.—	20.20 (1 „)
Lemgo	(1260)	21.10	10.50	8.60	53.— (6 „)
Barntrup	(180)	19.—	16.70	5.80	1.60 (— „)
Horn	(280)	13.50	9.30	3.80	16.— (1 „)
Schötmar	(750)	13.-?	5.20?	5.40	20.— (1 „)
Schwalenberg	(120)	7.50	10.80	1.90	3.70 (— „)
in den früheren Ämtern					
Schötmar	(1060)	9.80	15.—	1.20	
Detmold	(1470)	9.30	13.10	1.20	
Brake	(1470)	8.90	9.10	3.10	
Oerlinghausen	(1050)	8.70	11.45	1.70	
Horn	(1080)	8.—	7.50	1.—	
Lage	(2350)	6.50	8.40	0.60	durchschnittlich
Schieder	(620)	5.80	17.60	0.40	die 1.50 bis 2.—
Blomberg	(590)	5.20	16.75	0.40	R.-M.
Sternberg-B.	(1690)	4.80	9.30	0.80	
Lipp.-Cappel	(250)	4.—	6.25	?	
Varenholz	(970)	4.50	7.60	0.50	
Schwalenberg	(870)	4.40	6.25	0.40	
Hohenhausen	(1120)	4.30	8.10	1.20	

Anmerkungen:

1. Bei Schötmar sind in Wirklichkeit die Steuererträge höher, zusammen 36 RM auf 1 Kind. Zur Schulgemeinde Schötmar gehört die politische Schulgemeinde Ehrsen-Breden aus Amtsbezirk Schötmar.
   Dadurch verschieben sich auch etwa die Zahlen aus Amt Schötmar.
2. Die Zahlen in den Klammern geben die Schülerzahlen an. Sie sind nicht ganz mit den tatsächlichen Verhältnissen übereinstimmend, da in Einzelfällen die Schulgemeinden die Amtsgrenzen überschreiten.
3. Ein Vergleich der Schülerzahlen ergibt, daß Stadt- und Amtsbezirke vielfach Zahlen gleicher Größe aufweisen.
4. Gemeinden mit eigenen Lehrern.
   In Lemgo (Stadtbezirk) sind vier selbständige staatliche Schulbezirke, bezw. Schulgemeinden. Von diesen haben alle an den größeren Einnahmen teil, während Lemgo — Bürgerschule — allein die größere Belastung zu tragen hat. Bei einer Zusammenlegung der Schulgemeinden wird die durchschnittliche Belastung aus Besoldungen auf 36 RM sinken.

Schulen, in denen die Schulbänke und -Tische nicht den Anforderungen des Unterrichts und der Hygiene entsprechen:

Alverdissen, Augustdorf, Berlebeck, Bexten Billerbeck, Brokhausen, Cappel, Stift Cappel, Erder, Großenmarpe, Heidelbeck, Heiligenkirchen, Hiddensen, Hummersen, Kirchheide, Lieme, Lockhausen, Meierberg, Mosebeck, Reelkirchen, Rischenau, Sabbenhausen, Stapelage, Kohlstädt, Tintrup, Varenholz, Veldrom, Wörderfeld.

Teilweise entsprechen die Möbel nicht mehr den notwendigen Ansprüchen in:

Salzuflen, Schötmar, Blomberg, Barntrup, Ahmsen, Almena, Aspe-Knetterheide, Bentrup, Calldorf, Donop, Hagen, Heidenoldendorf, Helpup, Hillentrup, Hörstmar, Jerxen, Lüdenhausen, Nienhagen A. Sch., Niese, Schlangen, Schuckenbaum, Stemmen, Talle, Unterwüsten, Vahlhausen, Wendlinghausen.

Schulgemeinden, in denen notwendige Besserungsarbeiten an den Schulhäusern unterblieben sind:

Lemgo, Asemissen, Aspe-Knetterheide, Augustdorf, Bellenberg, Billerbick, Bösingfeld, Brakelsiek, Bremke, Entrup, Großenmarpe, Heiden, Helpup, Hiddensen, Jerxen, Kirchheide, Leopoldstal, Lockhausen, Lüerdissen, Meierberg, Reelkirchen, Waddenhausen, Kohlstädt.

Teilweise mußten notwendige Arbeiten zurückgestellt werden in:

Diestelbruch, Lage, Haustenbeck, Nienhagen A. Sch., Pivitsheide (1), Sabbenhausen, Talle, Wörderfeld.

Klassenräume fehlen in:

Detmold (z. T. gemietet), Lemgo (z. Zt. gebaut), Salzuflen, Schötmar, Blomberg, Horn, Schwalenberg, Lage (durch Ankauf beseitigt), Asendorf, Bega, Linderhofe, Rott, Calldorf (Bau ist geplant), Wiembeck (wird gebaut), Helpup (wird gebaut), Augustdorf (gemietet), Hiddenfen (gemietet), Bad Meinberg (gemietet), Schieder (gemietet), Silixen (2 gemietet), Wendlinghausen (1 gemietet).

Verzeichnis der Schulgemeinden, in denen die Reinigung der Schulzimmer ganz oder teilweise durch Schulkinder geschieht:

Asendorf, Belle, Bellenberg, Bentrup, Bremke, Cappel bei Großenmarpe, Dieselbruch, Ehrentrup, Entrup, Evenhausen, Erder, Falkenhagen (kath.), Fromhausen, Greste, Grevenhagen, Hakedahl, Heerserheide, Heidelbeck, Heiligenkirchen, Hiddenfen, Holzhausen, Hölserheide, Hummerfen, Iggenhausen, Istrup, Jerxen, Kachtenhausen, Kirchheide, Kleinenmarpe, Oesterholz, Krentruperhagen, Laßbruch, Linderhofe, Mosebeck, Nienhagen A. Sch., Retzen, Rischenau, Rott, Schieder, Schwelentrup, Unterwüsten, Vahlhausen, Waddenhausen, Wahmbeckerheide, Wissertrup, Wörderfeld, Lipperode (kath.), Riese (kath.), Sabbenhausen (kath.).

Umschau

Die Schule in der Regierungserklärung.

Reichskanzler Müller in der Regierungserklärung vom 3. Juli: „Auf dem Gebiete der Schulpolitik harren die in der Reichsverfassung vorgesehenen reichsgesetzlichen Regelungen noch der Lösung. Die Reichsregierung wird bestrebt sein, das öffentliche Schulwesen organisch und sozial auszugestalten mit dem Ziele, allen Schichten des Volkes einen gleichen Anteil am deutschen Kulturgut zu sichern. Es wird ferner ihre Aufgabe sein, die Lösung des weittragenden Problems des Reichsschulgesetzes im Sinne der Hebung und Besserung des hochwertigen deutschen Schulwesens anzustreben. Dabei ist die Stellung der Schule als eines der Staatshoheit unterstehenden Organismus, dessen Aufbau und Gliederung auf den Bestimmungen der Reichsverfassung beruht, das Recht der Religionsgesellschaften bezüglich des Religionsunterrichts und die verfassungsmäßig gewährleistete Gewissensfreiheit unter Berücksichtigung der Elternrechte zu wahren."

Der Landbund wirbt um die Landlehrer.

In der Nummer 148 vom 24. v. Mon. bringt die „Lippische Tageszeitung" eine Zuschrift vom Westfälischen Landbund mit der Ueberschrift: Die Landlehrer. Ausgehend von der Braunschweiger Tagung des Deutschen Lehrervereins bekennt sich der Landbund grundsätzlich für den Ausbau der Schule im Sinne der im Anschluß an Günthers Vortrag gefaßten Entschließung, doch seien in den Gemeinden die Mittel dazu bei „der allgemeinen wirtschaftlichen Not" z. Zt. nicht vorhanden. Der Staat müsse mit außerordentlichen Mitteln eingreifen. Wir akzeptieren diese Forderung gern, können uns aber nicht enthalten, darauf hinzuweisen, daß man dann auch konsequenterweise die Staatsschule bejahen sollte, was wir im Kampf um den Keudellschen Reichsschulgesetzentwurf gerade von Seiten der Landbündler vermissen mußten. Es geht also dort im Schulpolitischen offenbar nach dem Goetheschen Worte: Ein echter Deutscher mag keinen Franzen leiden, doch seine Weine trinkt er gern. — Was wir jedoch zurückweisen müssen, ist die Behauptung, daß in den Städten die Schülerzahl längst auf 30 eingestellt sei. Was die lippischen Städte anlangt, so gibt es keine einzige, in der die Zahl 30 auch nur annähernd erreicht ist. Selbstverständlich wünschen wir auch in den reinen Landschulen — und hier nicht in letzter Linie — eine starke Verminderung der Klassenschülerzahl.

Nachdem der Artikel einen Gegensatz zwischen der Land- und Stadtschule im Hinblick auf die Schülerzahl herauszustellen sich bemüht hat, heißt es weiter:

„Natürlich ist die Arbeit des Landlehrers damit viel anstrengender, um so mehr, als er oft als einzige Lehrkraft die jüngsten und die zur Entlassung kommenden Kinder zugleich unterrichten muß. Dieser Tätigkeit entsprechend müßte sein Gehalt ungleich höher sein als das des Lehrers in der Stadt. Das ist leider nicht der Fall. Die Lehrer unterstehen dem allgemeinen Beamtenbesoldungsgesetz, wobei sie nach Ortsklassen eingestuft sind. Da bekommen sie natürlich weit weniger Gehalt als die Stadtlehrer. Dabei ist für sie das Leben im allgemeinen nicht billiger als in der Stadt, sondern teurer. Das trifft besonders dann zu, wenn die Kinder heranwachsen und einen Beruf erlernen sollen.

Ein solcher Zustand der offenbaren Ungerechtigkeit kann aber auf die Dauer für das Land üble Folgen haben. Natürlich drängt damit die Lehrerschaft nach den Städten, wenn auch manche aus Anhänglichkeit das Land vorziehen. Die Stadt hat damit die Auswahl unter den Bewerbern, sie nimmt die Tüchtigsten für sich in Anspruch So entsteht eine natürliche Auslese zuungunsten des Landes. Dann aber kommt es dahin, daß das Landvolk geistig nicht mehr Schritt halten kann. Man lehnt infolgedessen die vom Lande kommenden Kinder für alle besseren Berufe ab. Damit sinkt das Landvolk zum Kuli für die anderen herab. Der Kampf der Landlehrerschaft ist somit ein Kampf für unsere Kinder."

Die besonderen Verhältnisse des Landlehrers gegenüber dem Stadtlehrer sind nirgends gründlicher erwogen als im Deutschen Lehrerverein. Dieser hat gerade noch in Braunschweig eine besondere Regelung des Einkommens zugunsten der Großstadtlehrer abgelehnt. Wenn dem Landbund diese Tatsache vielleicht unbekannt sein sollte, so dürfte er sich von Landlehrern darüber unterrichten lassen. Einen Keil zu treiben zwischen Land- und Stadtlehrer, wird für den Landbund durch solche Deduktionen sicherlich vergeblich sein. — Das im letzten Absatz zum Ausdruck kommende wohlmeinende Interesse für die Schule — insbesondere für die Landschule — erkennen wir durchaus an. Der Landbund sollte sich hier den Reformbestrebungen des Deutschen Lehrervereins anschließen, dann werden seine Befürchtungen für das Land schlechthin schon nicht in Erscheinung treten.

Volksschule — Proletarierschule.

In einem Beschluß der kaufmännischen Arbeitgeber in Landau (Pfalz) heißt es: „Die jungen Leute von der Volksschule sollen ruhig ein Handwerk erlenen, für den kaufmännischen Beruf müsse eine bessere Auswahl als bisher getroffen werden. Laut Beschluß werden nur noch Lehrlinge mit Mittelschul- oder Gymnasialbildung eingestellt." Zugleich wurde eine Erhöhung der Lehrlingsgehälter abgelehnt, um einer „Proletarisierung" des kaufmännischen Berufs vorzubeugen, „denn es könnten sonst zu leicht auch solche Kreise in den Stand eindringen, die auf sofortiges Verdienen nach der Schulentlassung angewiesen sind." (Ko.)

Das üble Wort von der Schule des vierten Standes ist — wie Günther in Braunschweig sagte — noch nicht tot. Wenn es auch mehr im Denken mancher „Volks"schichten Nahrung findet, so machte doch die Kundgebung der Landauer Kaufleute diese Auffassung mit erfreulicher Deutlichkeit publik. „Die jungen Leute von der Volksschule sollen ein Handwerk erlernen". Ihnen fehlen ja für den kaufmännischen Stand zwei wichtige Voraussetzungen: der qualifizierte Geldbeutel des Vaters und die sichtbare Tunke des Besuchs einer mittleren oder höheren Schule. Sollte es den Herren „kaufmännischen Arbeitgebern in Landau" unbekannt sein, daß manch Arbeiterkind Gaben und Fähigkeiten besitzt, vor denen die mancher Kinder der „besitzenden Schichten" verblassen müssen. Hier zeigt sich der auch von diesen Kreisen so oft geäußerte Gedanke der Volksgemeinschaft in einem seltsamen Lichte: die wirtschaftliche Nutznießung weiter Volksschichten begrüßt man, lehnt aber die notwendige Grundlage des Näherkommens, eine **sittliche** Ordnung des gesellschaftlichen Lebens, ab. Lehnt man die Schule, die von fast neun Zehntel der Kinder des deutschen Volkes durchlaufen wird, in einer solchen Weise ab, dann wird früher oder später der Tag kommen, an dem diese neun Zehntel das eine Zehntel ablehnen.

Eine Entschließung des Preuß. Landtags zum Geschichtsunterricht.

Häufig ist die Frage erörtert worden, wie es möglich sei, die im Kampfe um Aufhellung der Kriegsursachen, des Kriegsanlasses und des Anteils der Staatsoberhäupter und Staatsmänner gewonnenen Erkenntnisse in weite Kreise unseres Volkes zu bringen. Die Notwendigkeit der Mitwirkung der deutschen Schulen fordert eine Entschließung des Preußischen Landtags vom 20. März d. J., eingebracht von der demokratischen Fraktion: „Antrag Hoff und Genossen." (Der Abg. Hoff ist Lehrer in Kiel).

Die Entschließung lautet:

„Das Staatsministerium wird ersucht:

1. auf Grund des Aktenmaterials des Auswärtigen Amtes und der Veröffentlichungen des vierten Untersuchungsausschusses des Reichstages über die Ursachen ds Zusammenbruchs, der Verhandlungsprotokoll des Reichstages und der einschlägigen Kriegsliteratur eine Schrift zusammenstellen zu lassen, in der

a) die Vorgeschichte des Krieges kurz dargestellt wird, um der Kriegsschuldlüge entgegenzutreten;

b) die Vorgänge in den letzten Kriegsmonaten, die Verhandlungen, die zur Absendung der Note an Wilson, zum Abschluß des Waffenstillstandsvertrages und des Vertrages von Versailles führten, der wesentliche Inhalt dieser Verträge, sowie der Gang der auswärtigen Politik des Reichs bis zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zur Darstellung gebracht werden;

2. diese Schrift in einer ausreichenden Zahl von Stücken allen Schulen mit Einschluß der Fach- und Berufsschulen für die Hand der Lehrer zur Verfügung zu stellen und diese anzuweisen, deren Inhalt beim Geschichts- und staatsbürgerlichen Unterricht zu verwerten;

3. die Reichsregierung zu veranlassen, in den anderen Ländern auf eine ähnliche Maßnahme hinzuwirken."

Ein deutschnation. Antrag fand nicht die Mehrheit. Er lautet:

„Der Landtag wolle beschließen: das Staatsministerium wird ersucht, auf Grund der Aktenveröffentlichungen des Auswärtigen Amtes einen Katechismus gegen die Kriegsschuldlüge herstellen und allen die Schule verlassenden Schülern und Schülerinnen aushändigen zu lassen."

Zu beachten ist, daß die in der angenommenen Entschließung geforderte Schrift „für die Hand der Lehrer" bestimmt sein soll, während der in dem deutschnationalen Antrag gewünschte „Katechismus" allen Schülern beim Verlassen der Schule lediglich ausgehändigt werden sollte. Die Annahme des Antrages Hoff ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Notwendigkeit heute in allen Kreisen anerkannt wird, auch in den Schulen für eine geeignete Behandlung der Kriegsschuldfrage*) zu sorgen mit dem Ziel (siehe Antrag Hoff unter 1 a): „der Kriegsschuldlüge entgegenzutreten."

Bl.

Religionsunterricht und Berufsschule.

Das immer stärker werdende Verlangen kirchlicher Kreise, Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in den Berufsschulen einzuführen, veranlaßte den Reichsverein der hauptamtlichen Lehrerschaft deutscher Berufsschulen, sich auf seiner diesjährigen Pfingsttagung in Jena mit der Frage des Religionsunterrichts in der Berufsschule gründlich zu beschäftigen. Dabei wurde der Sinn und die Aufgabe der Berufsschule deutlich herausgestellt und die Vertreterversammlung des Reichsvereins nahm auf dieser Grundlage zur Frage des Religionsunterrichts folgende Stellung ein:

„Die religiöse Unterweisung ist nicht Gegenstand der Berufs- und Fachbildung, darum ist Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in Berufs- und Fachschulen abzulehnen.

Die Ansprüche der Religionsgemeinschaften auf Einführung des Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach in Berufs- und Fachschulen finden auch in der Reichsverfassung kene Stütze.

Die Schulträger können auf Grund von Art. 149 der Reichsverfassung zur Einrichtung des Religionsunterrichts in Berufs- und Fachschulen nicht gezwungen werden."

Der Vorstand wurde beauftragt, in diesem Sinne auf die Gestaltung eines kommenden Berufsschulgesetzes einzuwirken.

Wie sich die Kirche selbst schadet.

Anläßlich der bevorstehenden Elternbeiratswahlen entfalten in Verbindung mit dem Reichselternbund wieder kirchliche Kreise eine Agitation, die bei vielen Evangelischen das Gegenteil von dem erreichte, was sie bezweckte. So ist im Freistatt Sachsen vom „Landesverband der christlichen Elternvereine" für die Elterbeiratswahl ein Flugblatt herausgegeben worden, das — „christlich" gedacht — so abstoßend wirkte, daß ein Lehrer der Sächsischen Schulzeitung an diese schrieb: „Ich habe an dem gleichen Tage, wo ich das widerwärtige Bild zu Gesicht bekam, meinen Austritt aus der Landeskirche erklärt, um ohne Gewissensbelastung dem Christentum treu bleiben zu können." Und dann wundert sich die Kirche, wenn die Zahl der Dissidenten von Jahr zu Jahr erschreckend zunimmt.

Rom als Vorbild.

Im Verlage des Evangelischen Presseverbandes für Westfalen and Lippe ist eine kleine Schrift erschienen; „Gott ist gegenwärtig!" Hier nimmt Pfarrer Dr. Winkler, der Direktor des Verbandes, nachträglich Stellung zum Scheitern d. letzten Reichsschulgesetzentwurfes, Wie neidvoll dabei ein evangelischer Pfarrer nach Rom sieht! Denn es heißt da: „Eine Macht ist da, die will Kultur in unserem Volke schaffen, die römische Kirche mit ihrem deutschen Stoßtrupp, dem Zentrum. Man mag über diese Macht kritisch reden, so viel man will. In ihren Führern ist jedenfalls der Wille lebendig, Kulturarbeit im Vollsinnn des Wortes zu schaffen, d. h. die Welt so zu gestalten, daß in ihren Einrichtungen die Wirklichkeit Gottes sichtbar oder doch transparent wird. Wir mögen als Evangelische sagen, daß an vielen Stellen der katholischen Kirche der Mensch zu sehr an die Stelle Gottes trete und die „Kirche" die Wirklichkeit Gottes selbst verdunkele. Gut, aber das zerstört nicht die Wahrheit, daß diese Menschen und diese Kirche irgendwie den Auftrag fühlen, die Wirklichkeit der Gottesherrschaft in der Welt zur Geltung zu bringen."

Eine deutliche Sprache.

In dem Hirtenschreiben, das die Fuldaer Bischofskonferenz aus Anlaß des Schulsonntags am 6. Mai 19928 an ihre Diözesanen richtete, heißt es:

„Katholiken! Seid wachsam und fordert die Anerkennung unserer Grundsätze im Unterricht und in den Lehrplänen aller Schulen, die von katholischen Kindern besucht werden. Leider ist das Berufsschulwesen, das mittlere und höhere Schulwesen durchschnittlich interkonfessionell. Um irtümlichen Auffassungen, wie sie auch in manchen katholischen Kreisen hie und da bestehen, vorzubeugen, muß wieder einmal klar ausgesprochen werden, daß die Forderung: „Für katholische Kinder katholische Schulen mit katholischen Lehrern, mit katholischer Bildung und Erziehung nach den Grundsätzen des katholischen Glaubens!" nicht nur für die Volksschulen gilt, sondern auch für die mittleren und höheren und Berufsschulen."

*) Anm. d. Schriftl.: Wesentlicher als „Schuld oder Nichtschuld" am Kriege im Geschichtsunterricht in den Mittelpunkt zu stellen, ist u. E. die Herausarbeitung des ursächlich bedingten Werdeganges, bei der sich die Zurückweisung der Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands notwendigerweise von selbst ergibt.

Aus dem Vereinsleben

Erweiterte Vorstandssitzung am 16. Juni 1928 in Detmold.

Der Vorsitzende berichtete über die Vertreterversammlung des D. L. V. in Braunschweig und über die letzte Sitzung des Bundesausschusses des Lipp. Beamtenbundes. — Herr Kuhlemeier legte die in einem kleinen Ausschuß ausgearbeiteten Richtlinien zur Frage der örtlichen Schulverwaltung vor. In der Aussprache wurden weitere Anregungen gegeben. Von einer endgültigen Stellungnahme wurde abgesehen. Die vorgelegten Richtlinien wurden dem zuständigen Ausschuß zur Ueberarbeitung überwiesen. — Zur Vergütung des nebenamtlichen Berufsschulunterrichts lag eine Entschließung aus einer Versammlung der nebenamtlichen Unterricht erteilenden Lehrkräfte vor. Der Vorstand beschloß, die in der Entschließung geforderten Schritte einzuleiten und beim Landespräsidium eine Unterredung nachzusuchen. — Der Landesverband gegen den Alkoholismus regt die Veranstaltung einer Lehrertagung über die Alkoholfrage an. Der Vorstand beschloß, eine derartige Veranstaltung grundsätzlich zu unterstützen, den Veranstaltern jedoch zu raten, sie möchten die Vorträge im Einvernehmen mit dem Leiter der Fürsorgeabteilung im Rahmen der jährlichen Veranstaltung der Fürsorgeabteilung vornehmen. — In der Frage der Vergütung des Schulhelferdienstes der Lehrerstudenten soll nochmals die Gleichstellung mit anderen Ländern erstrebt werden. — Einer Aufforderung, finanzielle Unterstützung zu einem Aufruf, Heimatschutz betr. zu leisten, konnte nicht entsprochen werden. — Eine Eingabe der hauptamtlichen Berufsschullehrer, die Durchführung der Besoldungsordnung betr. wurde dem Lipp. Beamtenbunde weitergegeben. — Zur Herbstversammlung wurde folgendes beschlossen: Wegen des Referats „Der Lehrer in der freien Fortbildungsarbeit" soll zunächst mit Herrn Tews-Berlin, in zweiter Linie mit einem lippischen Kollegen verhandelt werden.*) Mit der Versammlung soll verbunden werden eine Ausstellung der Gesellschaft für Volksbildung (künstl. Wandschmuck). Abends soll eine öffentliche Volksversammlung stattfinden. Ueber den Ort der Herbstversammlung soll später auf Grund der Einladungen der Bezirksvereine entschieden werden.

Konstituierende Versammlung des Landeslehrerausschusses am 23. Juni in Detmold.

Es wurden gewählt:

zum Vorsitzenden A. Haase,
zum Schriftführer H. Sprenger.

Der Gesamtausschuß wurde in folgender Weise aufgegliedert:

Geschäftsführender Ausschuß: Haase, Röhr, Schlepper,
Personalausschuß: Kuhlemeier—Heidelbeck (Vors.), Diekmann—Heerserheide, Rud. Köller, Frl. Kespohl, Mahlmann, Lütchemeier—Schlangen, Bauer.
Ehrenausschuß: Rädeker (Vors.), Kesting—Pivitsheide, Rud. Köller, Frl. Nieländer, Albert.
Schulbücherausschuß: Schlepper (Vors.), Pankoke—Schieder, Jasper—Detmold, Sprenger, Blümchen, Junker—Lage, Wiemann, Tippenhauer—Belle, Hunke, Grothe—Wörderfeld.

Es sollen ferner benannt werden:

für den Vorstand der Arbeitsgemeinschaften: Pankoke, Rädeker, Sprenger,
als Mitglieder der Prüfungskommission: Pankoke, Schlepper, Blümchen, Rädeker.

Es fand noch eine eingehende Aussp
trag des Personalausschusses, der den L
zu nehmen zu der Frage, inwieweit bei E
lifikation für bestimmte Unterrichtsfächer
Meinung des Ausschusses ging dahin, da
wendigkeiten Rechnung zu tragen ist, o
lehrersystem befürwortet werden solle;
die besonderen Anforderungen gleich b

*) Herr Tews hat inzwischen zugesa

Ausdruck kommen und die Entscheidung nicht abhängig gemacht wird von bestimmten Zeugnissen und Prüfungen; im übrigen möge der Personalausschuß unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte selbst Richtlinien aufstellen.

Mitteilung der Landesstelle für Schulzählungen.

Vor kurzem habe ich den Schulen, an denen Lehrerinnen unterrichten, Fragebogen des D. L. V. zugehen lassen. Sie sollen die Zahl und Stellung der Lehrerinnen an Volksschulen feststellen. Ich bitte, diese Fragebogen möglichst bald genau zu beantworten und zurückzusenden. Sollte eine Schule übersehen sein, so bitte ich Fragebogen anzufordern. Wesemann.

Verschiedenes

Tagung der Hilfsschullehrer.

Am 4. und 5. August hält der Verband der Hilfsschulen Deutschlands in Breslau seinen 12. Verbandstag ab. In der 1. Hauptversammlung, die in der herrlichen Aula Leopoldina der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität stattfindet, sprechen Dr. Rössel-Hamburg über „Heilädagogik als Idee oder als angewandte Psychopathologie" und Universitätsprofessor Dr. Dürken-Breslau über „Vererbung und Begabung, unter besonderer Berücksichtigung der Unterbegabung". Die 2. Hauptversammlung am 5. August in der Loge am Museumsplatz behandelt das Verbandsthema „Die körperliche Erziehung in der Hilfsschule" nach Vorträgen von Direktor Lesemann-Hannover und Stadtmedizinalrat Dr. Schnell-Halle. Die Vertreterversammlung sieht Referate über Berufsschulfragen, Schulpflichtgesetz, Ausbildung der Hilfsschullehrer, Prüfungen für technische Lehrerinnen an Hilfsschulen vor. Besichtigungen und gesellige Veranstaltungen verschiedenster Art geben der Tagung den äußeren Rahmen. (Anfragen beantwortet Hilfsschullehrer Klinge, Breslau 16, Sternstraße 77.)

Stellenwechsel seit 1. Januar 1928.

Kohlbrei-Kappel nach Selbeck; Kesting-Tintrup nach Kappel; Schreyer-Barenholz nach Tintrup; Pöbert-Lage nach Oesterholz; Frl. Krietenstein-Helpup nach Lage; Wehrmann-Wissentrup nach Lage; Breinker-Augustdorf nach Salzuflen; Vollmer-Salzuflen nach Heerserheide; Hellweg-Windhof nach Wissentrup; Frl. Schnittger-Schlangen nach Horn; Frl. Schröder-Leopoldshöhe nach Helpup; Rud. Bünte-Lage nach Detmold; Reinecke-Selbeck nach Bartnrup; Mesch-Rischenau nach Detmold; Strätner-Detmold nach Holzhausen; Schnarre-Holzhausen nach Diestelbruch; Schnasse-Diestelbruch nach Augustdorf; Deppe-Billinghausen nach Rischenau; Osterhage 1-Bentorf nach Windhof; Frl. Lückermann-Haustenbeck nach Schlangen; Niewald-Derlinghausen nach Bexten; Lange-Reelkirchen nach Haustenbeck; Osterhage 2-Detmold nach Almena; Kreimeier-Detmold nach Lüdenhausen; Brünger-Nienhagen A. Sch. nach Selbeck; Frl. Hülsemann-Horn nach Blomberg; Korf-Knetterheide nach Bexten (als Vertreter); Krüger-Almena nach Bentorf; Hinder-Rott nach Billinghausen; Paul Meier-Heesten nach Rott (neu eingestellt); Kaspersmeier-Leopoldshöhe nach Nienhagen A. Sch.

Neue Werke für die Berufsschule.

Ueber Werkstoff und Arbeitskunde hat die Union, Dtsch. Verlagsanstalt Stuttgart, ein kleines Büchlein im Umfange von 170 Seiten erscheinen lassen, im Auftrage der Württembergisch. Ministerialabteilung für Fachschulen herausgegeben von Prof. Dr. Ing. Hartmann. Das Werkchen bringt in klarer und übersichtlicher Darstellung den für das berufliche Leben ausgewählten Wissensstoff aus dem Gebiete der Physik, Chemie, technischen Mechanik und Materialkunde.

Ein Handbuch für Experimentalphysik von Senner u. Kuhn, 30 S., erschienen bei dem bekannten Schulbücherverlag v. M. Diesterweg, Frankfurt a. M., behandelt im Sinne des modernen Arbeitsunterrichts die unter dem Gesichtspunkte des alltäglichen Lebens, der Hauswirtschaft und der gewerblichen Technik ausgewählten physikalischen Vorgänge.

Beide Bücher können den Berufsschulen zur Anschaffung und Verwendung im Unterricht sehr empfohlen werden. Geise.

Dritte Reichstagung der deutschen Schullandheime v. 1. 4. Oktober in Hamburg.

Die praktischen Erfahrungen aus der Bewegung sollen durch Aussprache, Ausstellung und Besichtigungen einem weiteren Kreise zugänglich gemacht werden. Verhandelt werden vor allem die Möglichkeiten zur Finanzierung von Schulheimen, ihre bauliche Gestaltung, ihr Betrieb, Zusammenarbeit mit den Unterrichtsverwaltungen, Behörden und Spitzenorganisationen. Die drei wertvollen Ziele der Schulheimbewegung: Gesundheit, Erziehung und eigengesetzlicher Unterricht in der Praxis. Tagesordnung folgt. Näheres durch die Oberschulbehörde in Hamburg.

Schülerabzeichen in Fortbildungsschulen.

Durch einen Runderlaß vom 23. 6. 1928 — I 21237 — an die Regierungspräsidenten bestimmt der Preußische Landwirtschaftsminister, daß die Vorschriften, wonach den Schüler und Schülerinnen das Tragen von Abzeichen aller Art während des Schulbesuches und bei Veranstaltungen der Schulen verboten ist, auch auf die ländlichen und gärtnerischen Fortbildungsschulen Anwendung zu finden habe.

Gegen die Trinkunsitten der Studenten.

Der Cösener S. C. der vom 23. bis 25. 5. in Bad Cösen tagte, hat nach längerer Besprechung der Alkoholfrage und der in den studentischen Korps herrschenden Trinksitten die Abschaffung des Trinkzwanges in den deutschen Korps beschlossen.

Die Vollversammlung des 3. Deutschen Akademikertags faßte in Elberfeld eine Entschließung gegen jeden Alkoholmißbrauch in den akademischen Körperschaften, wie er sich in Trinksitten und Trinkzwang äußert. Die Alkoholfrage müsse allgemeiner Gegenstand der Erziehung des akademischen Nachwuchses werden.

Dazu bemerkt der „Deutsche Alkoholgegner": Beide Beschlüsse sind für das studentische Leben von größter Bedeutung, bedeuten eine Revolution. Wenn sie in die Tat umgesetzt werden, kann das nicht ohne Rückwirkung auf die allgemeinen Trinkgewohnheiten in unserem Volksleben bleiben."

Die Bedeutung der Zölle für den Reichshaushalt.

Es ist nicht unwesentlich festzustellen, auf welchen Steuern die Reichs- und Länderfinanzen eigentlich ruhen. Ordnet man die dem Reiche verbleibenden Anteile nach Größe, so reihen sie sich für 1928 folgendermaßen aneinander:

	Mill. ℳ	% der Gesamtsumme	ℳ je Einwohner
Zölle	1 200	21,3	19,30
Einkommen- u. Körperschaftssteuer	862	15,2	13,70
Tabaksteuer	780	13,7	13,90
Umsatzsteuer	735	13,0	11,70
Vermögenssteuer	520	9,3	8,40
Beförderungssteuer	340	6,0	5,40
Biersteuer	311	5,5	5,00
Branntweinmonopol	270	4,8	4.30
Zuckersteuer	140	2,5	2,30
Rest	486	8,7	7,00
	5 644	100,0	91,00

Die Reichsfinanzen werden also auch in der Nachkriegszeit noch zur Hälfte von den „indirekten" Steuern getragen, auch ohne daß man die Umsatzsteuer zu ihnen rechnet. Vom gesamten Betrag der Reichsanteile entfallen 2 743 Millionen Mark auf die Zölle und Verbrauchssteuern (49%) und weitere 735 Millionen Mark auf die Umsatzsteuer, zusammen also 3 478 Millionen Mark (63%). Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet betragen die gesamten Reichssteuern 91 Mark, von den einzelnen Steuern bringen die Zölle 19,30 Mark, die Einkommen- und Körperschaftssteuer zusammen 13,70 Mark, die Tabaksteuer und Umsatzsteuer etwa 14 und 12 Mk.

Landeslehrplan für die Volksschulen Sachsens.

Als der Landeslehrplan im Entwurf vorlag, ist er an dieser Stelle (Nummer 10 vom vorigen Jahrgang) besprochen worden. Der Entwurf ist nunmehr unter ganz geringen Aenderungen für verbindlich erklärt worden. Es erübigt sich deshalb, noch einmal inhaltlich auf den Plan einzugehen. Eine wesentliche Ergänzung des nunmehr in Broschürenform herausgegebenen Lehrplans stellt der Anhang dar, der die Bestimmungen aus Reichsverfassung, Reichsgesetzen, sächsischen Landesgesetzen, Verordnungen usw. enthält, auf denen der Landeslehrplan fußt. Die Schrift ist im Verlag Alwin Huhle, Dresden, erschienen. (Preis 1,40 RM.)

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hagemann, Brake i. L., für Anzeigen: R. Schleef, Lemgo.
Druck und Verlag: F. L. Wagener, Lemgo

Lippische Schulzeitung

Herausgegeben
vom Vorstande des Lippischen Lehrervereins.

22. Jahrgang. | Lemgo, 15. August 1928. | Nummer 8.

Inhaltsverzeichnis:

Zum Verfassungstag. — Nach der Verfassungsfeier. — Die Denkschrift über die finanzielle Lage der Schulgemeinden. — Umschau. — Aus dem Vereinsleben. — Verschiedenes. — Anzeigen.

Zum Verfassungstag.

Gelöbnis.

Vaterland, ein hohes Licht,
Freiheit glänzt von deiner Stirne.
Von der Marsch zum Alpenfirne
glühen Herzen, wachen Hirne,
und die heilige Flamme spricht:
Volk, hab acht! Brüder, wacht!
Eher soll der letzte Mann verderben,
als die Freiheit wieder sterben.

Brüder, schwört euch in die Hand:
Morgenrot um alle Berge!
Ausgetilgt der letzte Scherge!
Freies Leben, freie Särge,
Freier Sinn im freien Land!
Volk, hab acht! Brüder, wacht!
Hell die Augen, heller die Gewissen!
Sonst ist bald das edle Band zerrissen.

Deutscher Mensch, der nie verdirbt:
eins die Stämme, eins die Auen!
Deutscher Geist in allen Gauen
soll nach einem Ziele schauen,
daß er nicht in Kleinheit stirbt.
Volk, hab acht! Brüder, wacht!
Groß aus unserm Leid uns zu erheben,
muß nach einem Reiche alles streben.

Brüder, laßt uns armverschränkt
mutig in das Morgen schreiten!
Hinter uns die schwarzen Zeiten,
vor uns helle Sonnenweiten!

Wicht nur, wer die Freiheit kränkt!
Volk, hab acht! Brüder, wacht!
Deutsche Republik, wir schwören:
letzter Tropfen Blut soll dir gehören!

Karl Bröger.

Nach der Verfassungsfeier.

Die Verfassungsfeier nimmt — das ist das Ergebnis einer rückblickenden Betrachtung der diesjährigen Veranstaltungen — im Bewußtsein des deutschen Volkes einen anderen Raum ein als noch vor wenigen Jahren. Damals war sie Kampftag für den republikanischen Gedanken, gestimmt auf den trotzigen Ton der Bereitschaft zur Abwehr aller Anschläge gegen die Verfassung und den auf sie gegründeten Staat. Das schwingt gewiß auch heute noch mit, aber jene Kampfstimmung tritt zurück, muß zurücktreten, weil der Anlaß nicht mehr gegeben ist: der deutsche Volksstaat steht, steht fest auf der Grundlage der Weimarer Verfassung. Und trotz der noch abseits Stehenden sind im Wandel der Verhältnisse die Veranstaltungen des 11. August Volksfeiern von selbstverständlicher Geltung geworden. Der Eindruck hat sich jedem unbefangenen Beobachter der Landesfeier in Detmold aufgedrängt. Sonst hätte auch die Beteiligung der Schule an den allgemeinen Feiern nicht erfolgen können wie in diesem Jahre zum ersten Male, ohne daß der Vorwurf laut geworden wäre, die Schule werde vor den politischen Karren gespannt.

Die Schule soll und muß vor den Karren der Staatsregierung gespannt werden. Nach Artikel 148 der Verfassung, deren Geburtstag gefeiert worden ist, ist in allen Schulen „staatsbürgerliche Gesinnung" zu erstreben. Die Jugend soll zum Staate erzogen werden, nicht zum Kaiserstaate des Vornovember, nicht zum Staate Lenins oder Mussolinis, nicht zu einem windigen theoretischen Staatsbegriff, sondern zu dem Staate, der die reale Basis für unser politisches Sein darstellt, dem Staate von Weimar. Das Ziel ist gegeben, der Weg fragwürdig. Die Erfahrungen der hinter uns liegenden Jahre haben uns zum mindesten gelehrt, wie dem Ziele nicht oder wenigstens nicht in erster Linie gedient werden kann: durch das Mittel der bloßen staatsbürgerlichen Belehrung, wie sie in dem Worte „Staatsbürgerkunde" mit dem stark die rationale Seite betonenden Wortbestandteil gefordert wird. Bei der achtjährigen Volksschule liegt der Fehler vor allem in der Verfrühung. Man sollte aus pädagogischen Erwägungen die systematische Staatsbürgerkunde zurückstellen bis zu einem Zeitpunkt, in welchem der Staat als über-individuelles Gebilde erlebt ist und das Verhältnis des Einzelnen zum Staate zum brennenden Problem wird.

Und trotzdem staatsbürgerliche Erziehung! Ihr letztes Ziel ist nach Kerschensteiners Formulierung in dessen „Begriff der staatsbürgerlichen Erziehung" die Erziehung zu einer sittlichen Staatsgesinnung. Es gilt, die moralischen Kräfte in der jungen Generation zu mobilisieren, die imstande sind, die Staatswirklichkeit dem Staatsideal, und das heißt in diesem Geschichtsaugenblick der Idee des Volksstaates näherzuführen. Gerade der Volksstaat aber erfordert andere und höhere Tugenden von seinen Bürgern als einst sein Vorgänger. Staatsbürger zu sein, ist schwerer als Untertan; Gemeinsinn, staatspolitisches Denken schwerer als Liebe zum angestammten Herrscherhause. Darum auch ist die wohlausgebaute Volksschule eins der sichersten Fundamente für den Bau des Volksstaates. Sie hat mehr als alle anderen Institutionen die Aufgabe, zu jenen menschlichen Eigenschaften zu erziehen, die für den inneren und

äußeren Bestand der Republik unerläßliche Voraussetzung sind, zu Selbständigkeit des Urteils, Nationalbewußtsein, Gemeinsinn, Disziplin, Duldsamkeit, zu dem stolzen Gleichheitsbewußtsein des republikanischen Staatsbürgers. Diese Aufgabe, die unserer gesamten Schularbeit gesteckt ist, erscheint wesentlicher als die der staatsbürgerlichen und verfassungskundlichen Belehrung, mag die auch gepflegt werden, soweit die Eigenart der Kindesnatur es gestattet.

Nur eins scheint für das Staatsdenken des jungen Menschen von ausschlaggebender Bedeutung zu sein, die Art nämlich, in welcher sich ihm der Staat zum ersten Male vorstellt, ob in der Gestalt der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat, oder in dem Gewande einer vom Volke getragenen und für das Volk wirkenden Einrichtung. Da ist die Stelle, an der die weitere Beteiligung der Schuljugend an dem nationalen Feiertage zu einer staatspädagogischen Forderung wird. Das Kind will keinen kalten Begriff vom Staate, es will ihn wenigstens einmal in seinen Symbolen greifen können. Dieses Erlebnis läßt sich nicht in der Schulstube realisieren, trotz aller wohlzubereiteten Verfassungsreden, die fleißig ausgearbeitet oder auch drei Stück für eine Mark erworben werden können. Der Eigenart eines Nationalfeiertages ist die Isolierung nicht angemessen; die Jugend muß an diesem Tage den starken Pulsschlag des nationalen Lebens fühlen; der Jugend müssen Verfassungsfeiern in in einem großen festlichen Rahmen geboten werden.

Ein Anfang ist in diesem Jahre gemacht worden, indem bei der Landesfeier in Detmold zum ersten Male die Beteiligung der Schule in Erscheinung getreten ist. Im nächsten Jahre wird das noch wirkungsvoller geschehen können, wenn die Vorbereitungen früher aufgenommen werden. Die eigentliche Aufgabe ist nun aber, den ländlichen Schulen die Beteiligung an großen Feiern zu ermöglichen. Je nach der Lage der Schulorte könnten gewiß manche Schulen sich am 11. August zu gemeinsamen Spielen und Feiern an geeigneten Orten treffen; gewiß könnten manche Schulen wenigstens in ihren oberen Jahrgängen sich an den Volksfeiern beteiligen. Das könnte geschehen, wenn die Aufgabe herzhaft angegriffen wird. Die wesentliche Schwierigkeit liegt in der ungünstigen Lage der Ferien an den Landschulen. Gerade der Landjugend, die von dem nationalen Festtage nichts hört und sieht, wird auch die Möglichkeit einer von der Schule getragenen Feier genommen, weil der 11. August in die Ferien der Landschulen zu fallen pflegt. Der Lippische Lehrerverein hat seit langem aus vielen Gründen eine Vereinheitlichung des Ferientermins erstrebt. Die Zahl der Argumente wird um das eine vermehrt, daß der Landschule die Verfassungsfeier nicht entzogen werden soll. Die immer wieder vorgebrachten wirtschaftlichen Bedenken fallen nicht erheblich genug ins Gewicht, um von dieser Forderung abzulassen. Hier ist die nächste Aufgabe zu lösen, wenn der 11. August auch auf dem Lande ein volkstümlicher Feiertag werden soll. Im nächsten Jahre ist der zehnjährige Bestand der Weimarer Verfassung zu feiern. Das muß eine Feier der gesamten Schuljugend werden.

Die Denkschrift über die finanzielle Lage der Schulgemeinden.

Bei der Beratung einer Vorlage über die Aenderung des Finanzausgleichs, wodurch die Anteile der Schulgemeinden zugunsten der politischen Gemeinden gekürzt worden sind, wurde, als sich der Annahme dieses Gesetzes Schwierigkeiten entgegensetzten, vom Landespräsidium eine besondere Prüfung und Darlegung der Finanzlage der Schulgemeinden zugesagt und auf eine bei Gelegenheit der Landtagsverhandlungen vom Lipp. Lehrerverein unterbreitete Eingabe in Aussicht gestellt, daß je nach dem Ergebnis der Prüfung gegebenenfalls besondere Hilfsmaßnahmen durchgeführt werden sollten.

Diese Denkschrift ist dem Landtage und der Presse zugegangen; wir haben sie in der letzten Nummer unserer Schulzeitung veröffentlicht. Bei ihrer Wichtigkeit ist eine besondere Stellungnahme notwendig.

Wenn der Weg zu dieser Denkschrift auch ein wenig ungewöhnlich ist, indem zunächst ein Gesetz vorbereitet und beschlossen wird, daß die finanziellen Verhältnisse der Schulgemeinden weitgehend berührt, und nachher eine Prüfung dieser Verhältnisse vorgenommen wird, so ist es doch zu begrüßen, daß diese umfassende Prüfung nachträglich vorgenommen ist und die Ergebnisse der allgemeinen Beurteilung unterbreitet werden. Die Folgerung daraus in steuerpolitischer und organisatorischer Beziehung zu ziehen, wird, wie das auch die Denkschrift ausspricht, für später vorbehalten werden müssen. Wir wollen uns heute darauf beschränken, die wichtigsten Ergebnisse festzuhalten, sie zu berichtigen und zu ergänzen.

Gibt die Denkschrift Aufklärung über die Frage, ob die Schulgemeinden in der Lage sind, die ihnen obliegenden Aufgaben zu erfüllen, ob sie hierfür ausreichende Einnahmen haben? Sie vermeidet eine klare Beantwortung dieser entscheidenden Frage, vielleicht aus dem Grunde, weil die Verhältnisse in einzelnen Gemeinden verschieden liegen, worauf wir noch zurückkommen. Dahingegen geht die Untersuchung in der Hauptsache von einem Vergleich des letzten Vorkriegsjahres 1913 mit dem letzten Rechnungsjahre 1927 aus und kommt dabei zu Einzelfeststellungen, die wir kurz wiederholen wollen.

Die Erträge aus der wichtigsten Einnahmequelle, der Einkommen- und Körperschaftssteuer, sind wesentlich nicht gestiegen. Wenn als Erklärung dafür angegeben wird, daß „früher in Lippe die Einkommen bereits von 600 Mk. an zur E.-St. herangezogen wurden, während jetzt bekanntlich die Einkommen bis 1200 Mk. und darüber hinaus einkommensteuerfrei sind", dann wäre das richtig, wenn nicht in derselben Zeit der Ertrag derselben Steuer für das Land auf das dreifache gestiegen wäre. Die Erklärung liegt einfach darin, daß der auf die Schulgemeinden entfallende Anteil im Vergleich zu dem Gesamtaufkommen aus dieser Steuer z. Zt. wesentlich geringer als 1913 ist. — Die Erträge aus der Grundwertsteuer sind gestiegen, wobei die Erhöhung im wesentlichen auf die Städte, nicht auf das Land entfallen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß erst das Schulgesetz vom 11. 3. 1914 (in § 164) eine stärkere Heranziehung der Grund- und Gebäudesteuern für Schulzwecke sicherstellte. — Die Gewerbesteuer ist in ihrem Ertrage ungleichmäßig verteilt, so daß sie nur in einzelnen Gemeinden als wichtige Einnahmequelle angesehen werden kann. — Als sonstige Einnahmequellen kommen noch der Anrechnungswert der Dienstländereien und der Anteil der Inhaber von Dienstwohnungen an der Grundentschuldungssteuer in Frage, besonders in ländlichen Gemeinden, deren Erträge zum Teil als beachtlich bezeichnet werden, die aber u. E. im ganzen die Gesamtsituation der Schulgemeinden nicht wesentlich beeinflussen. Auf der Einnahmenseite ist somit wohl eine Steigerung anzunehmen, die aber im wesentlichen nur auf einen Bruchteil der Gemeinden zu entfallen scheint.

Auf der Ausgabenseite fehlen bei der Aufzählung der wichtigsten Posten z. Tl. die vergleichenden Zahlen von 1913 und 1927. Doch können folgende allgemeine Feststellungen gemacht oder festgehalten werden. Die Verwaltungskosten sind nicht wesentlich gestiegen, die öffentlichen Abgaben, Steuern pp. dagegen auf das Dop-

pelte bis Dreifache. Die Zinsausgaben sind gefallen; man wird sie auf die Hälfte gegen 1913 schätzen können, wenn man dem jetzigen Schuldenbetrag von knapp ⅓ des früheren, die wesentlich höheren Zinsen gegenüberstellt. Wenn bei den Ausgaben für die bauliche Unterhaltung gesagt wird, daß man mit den heutigen Verhältnissen auf dem Baumarkte zu rechnen habe, so bedeutet das, daß die Ausgaben der erheblichen Verteuerung entsprechend gestiegen sind. Wir können hinzusetzen, daß nach den Versäumnissen der Kriegs- u. Inflationszeit noch auf Jahre hinaus mit stärkeren Aufwendungen als in Normalzeiten zu rechnen ist. Hierbei muß erwähnt werden, wie das auch in der Denkschrift geschieht, daß in einem Teil der Gemeinden die notwendigen Arbeiten überhaupt unterblieben sind, und in einem noch größeren Teil das vorhandene Inventar zu beanstanden ist.

Die Ausgaben der Schulgemeinden für Besoldungen sind wesentlich gestiegen, was zum großen Teil darauf zurückzuführen ist, daß die Vermehrung der Lehrerstellen die Zahlung von Wohnungsgeld durch die Gemeinden zur Folge gehabt hat, soweit nicht Dienstwohnungen hergestellt sind, was in der Regel unterblieben ist. Dazu kommen die höheren Besoldungen für den inzwischen erheblich erweiterten Handarbeitsunterricht. Die Lasten für Licht, Wasser, Reinigung und Heizung sind gegenüber der Vorzeit auf das Doppelte bis Dreifache gestiegen, obwohl in einem großen Bruchteil d. Schulen (⅓) die Reinigung ganz oder z. T. leider noch von den Schulkindern besorgt wird. Für Schulbedürfnisse (Lehr- und Lernmittel) ist gegen das letzte Vorkriegsjahr etwa der fünffache Betrag verausgabt worden, wobei die Denkschrift mit Recht einen wesentlichen Fortschritt feststellt, aber auch erfreulicherweise hervorhebt, daß an vielen Stellen die Ausstattung mit dem notwendigen Lehrmaterial den neuzeitlichen Ansprüchen nicht genügt und das die Oberschulbehörde als Mindestnorm der Anforderung für jede Klasse den Betrag von 150 RM. jährlich aufstellt, der längst nicht erreicht ist. Daß der aufgewendete Betrag — trotz der Steigerung gegen die Vorkriegsjahre — ungenügend ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß nach den Angaben der Denkschrift für 40 Landschulen 1927 zusammen 7300 RM .ausgegeben sind; das ist etwa der Betrag, der in dem letzten Haushaltsplan Lippes für eine Schule, das Detmolder Gymnasium mit Oberrealschule, für den gleichen Zweck angesetzt ist. — Zusammenfassend sehen wir also auf der Ausgabenseite fast durchweg eine ganz erhebliche Steigerung der Ausgabentitel, der wichtigsten zum Teil auf ein vielfaches der Vorkriegszeit, dem nicht eine entsprechende Steigerung der Einnahmen gegenübersteht. Die Bedeutung dieses Ergebnisses ergibt sich noch aus folgenden Erwägungen. Wenn ein Vergleich zwischen den Jahren 1913 und 1927 zum Ausgangspunkt der Untersuchung genommen wird, dann muß als entscheidend herausgehoben werden, daß zwischen diesem Jahren die Schule in Lippe auf eine völlig neue und erweiterteBasis gestellt worden ist, eingeleitet schon durch das VSchG. vom 11. 3. 1914 und fortgesetzt durch die Maßnahmen nach Kriegsende, wodurch mit der erheblichen Vermehrung der Lehrerstellen und der Umstellung der Schularbeit eine Angleichung mit dem Schulwesen des übrigen Deutschland herbeigeführt wurde und damit die den Schulgemeinden zugewiesenen Aufgaben außerordentlich erweitert wurden. Dieser erfreulichen Entwicklung, die auch von den Schulgemeinden selbst in der großen Mehrheit gestützt und gefördert ist, ist somit nicht eine einigermassen entsprechende finanzielle Stärkung der Schulgemeinden gefolgt. Auch die Denkschrift stützt unsere Auffassung, wenn sie mitteilt, daß im letzten Rechnungsjahre ¾ der Schulgemeinden tatsächliche Fehlbeträge aufzuweisen haben, daß in einer Anzahl von Schulgemeinden außerdem notwendigen Ausgaben (Reinigung, Instandhaltung, Inventar) zurückgestellt werden mußten, daß der deshalb zu beseitigenden gesetzlichen Vorschrift der Stellung von Dienstwohnungen (wegen der dadurch entstehenden laufenden Belastung) in der Regel nicht mehr entsprochen werden kann, daß die Beschaffung notwendiger Schulräume wegen der dadurch entstehenden unverhältnismäßig hohen Belastung Schwierigkeiten macht.

Bei dieser Gelegenheit mag die an verschiedenen Stellen der Denkschrift ausgesprochene Kritik an der Rechnungsführung der Schulvorstände erwähnt werden, eine Kritik, welche die Feststellung einigermaßen entwertet, daß die Verwaltungskosten der Schulgemeinden gering seien, da die Rechnungsführung gegen einen geringfügigen Vergütungssatz meist von den Lehrern besorgt würde. Nur in einem Punkt soll darauf eingegangen werden.

Es wird beanstandet, „daß in vielen Schulgemeinden laufende mit einmaligen Einnahmen und Ausgaben verquickt worden sind und an manchen Stellen in sehr starkem Maße einmalige Ausgaben, die im Laufe einer ganzen Reihe von Jahren zu decken gewesen wären, ganz oder zum Teil aus laufenden Einnahmen eines Jahres bestritten worden sind."

Wir glauben kaum, daß in allen Fällen eine Scheidung laufender und einmaliger Einnahmen und Ausgaben in getrennter Rechnungsführung bei den kleinen Verhältnissen möglich und angebracht ist; wir finden auch in dem ordentlichen Staatshaushaltsplan von Lippe neben laufenden die einmaligen Ausgaben, die aus laufenden Mitteln bestritten werden. Nach unserer Kenntnis der Verhältnisse dürfte es ferner nicht beanstandet werden können, daß Aufwendungen, statt sie auf eine Reihe von Jahren zu verteilen, in einem Jahre bestritten worden sind, da entweder in den vorherliegenden Jahren keine Möglichkeit dazu bestand oder sie unaufschiebbar geworden waren; ebensowenig ist es zu beanstanden, daß diese Aufwendungen unter jährlicher Bereitstellung entsprechender Mittel (bei Zurückstellung anderer notwendiger Ausgaben, in der Regel auf Kosten der Lehrmittel und der Reinigung) erst ausgeführt werden, wenn diese Mittel aufgespart sind, wodurch sich auch manche „Ueberschüsse" erklären. Wir sehen in dieser Praxis der Schulvorstände nur ein Symptom ihrer ungünstigen und unsicheren Lage.

Dabei muß zugegeben werden, daß die Verhältnisse nicht überall gleich liegen, daß, wie die Denkschrift hervorhebt, „eine allgemeine Bewertung der Ergebnisse kaum vorgenommen werden kann: Es gibt Schulgemeinden mit reichlichen Einnahmen und Ueberschüssen, andere, die über ausreichende Mittel verfügen und sie den tatsächlichen Bedürfnissen entsprechend verwenden; wieder andere Schulgemeinden wären in der Lage, bei Ausnutzung der ihnen zur Verfügung stehenden Steuerquellen ihren Aufgaben besser nachzukommen als es geschieht. Einige Schulgemeinden sind trotz der verhältnismäßig hoch erscheinenden Einnahmen nicht in der Lage, ihre Verpflichtungen in ausreichendem Maße zu erfüllen. Eine 5. Gruppe hat bei geringen Einnahmen und bei Ausnutzung aller Steuerquellen die größten Schwierigkeiten, die notwendigsten Ausgaben zu bestreiten."

Die Verschiedenheit ist eben im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß an die Stelle des früheren beweglichen Systems der Bedarfsdeckung in den Schulgemeinden, wo diese selbständig das Maß der Steuerhebung je nach Bedarf festsetzten. ein starres System getreten ist, das für die wichtigsten Einnahmequellen eine einigermaßen einheitliche Verteilung von einer zentralen Stelle aus vornimmt, oder ihren Ertrag nach oben begrenzt, „so daß die Steuererträge ohne Rücksicht auf die jeweils hervortretende und anzuerkennenden Bedürfnisse verteilt werden".

Wenn die Denkschrift auch ankündigt, daß zunächst von einer grundsätzlichen Aenderung der bestehenden Verhältnisse abgesehen werden soll, so dürfen wir doch zwei positive Folgerungen, welche die Denkschrift zieht, begrüßen. Einmal, daß nach Meinung des Landespräsidiums „es notwendig ist, die Erfüllung gewisser Mindestforderungen für alle Schulen zu sichern, mögen sie den Lehrbedarf, die Schulunterhaltung im übrigen oder auch den Baubedarf betreffen", und daß dabei die „Zweckmäßigkeit der Aufstellung bestimmter Richtlinien und Normen, nach denen die Berücksichtigung des notwendigen Schulbedarfs erfolgen müßte", anerkannt wird. Sodann, daß sofort zu den schon vorhandenen Mitteln zum Ausgleich noch 10 000 RM. zur Unterstützung von notleidenden Schulgemeinden bereitgestellt werden sollen und außerdem die Wiederherstellung des „Fonds für ärmere Schulgemeinden", aus dem früher notwendige Schulbauten gefördert wurden, in Aussicht genommen ist.

Im übrigen, meinen wir, werden die Feststellungen der Denkschrift im einzelnen noch einer eingehenden Prüfung unterzogen werden müssen, und die daraus sich ergebenden Folgerungen für Schulgemeinden, Schulverwaltung und Gesetzgeber dürften Maßnahmen betreffen, die zur Beseitigung bestehender und vermeidbarer Mängel führen müssen.

Umschau

Vor neuen Schulkämpfen.

Die Regierungsparteien im neuen Reichstag sind im allgemeinen der Meinung, daß es richtig sei, nach den letzten Schulkämpfen nun einmal eine Ruhepause eintreten zu lassen. Anders denken die Deutschnationalen. Sie können wahrscheinlich ohne den „Schulkampf" nicht leben und haben daher schon jetzt, obwohl der Reichstag erst wieder im Herbst zusammentritt, einen Reichsschulgesetzentwruf als „Antrag" eingebracht. An der Spitze des Antrags steht der Name des bisherigen Reichsinnenminister von Keudell, und die Kreuzzeitung glaubt besonders hervorheben zu müssen, daß der Entwurf damit zugleich „auch ein Bekenntnis zu dem großen Kampf des Reichsinnenministers" sein wird. Sie spricht es unumwunden aus, daß mit der Einbringung dieses Entwurfs „für die Deutschnationalen ein neuer Schulkampf" beginne, und daß sie in diesem Kampf nicht nachlassen werden, bis der Sieg errungen sei. Es wird dabei hingewiesen auf Holland, wo bekanntlich jede Religionsgesellschaft das Recht hat, eigene Schulen zu gründen, und wo der Staat dafür mit seinen Geldmitteln eintritt. Daß die holländischen Verhältnisse für Deutschland gar nicht passen, kümmert die Deutschnationalen nicht. Für sie kommt es darauf an, politische Geschäfte zu machen, auch wenn sie es noch so sehr bestreiten.

Bemerkenswert ist dabei, daß der Entwurf nicht etwa etwas Neues darstellt, sondern sich lediglich aus den Bestimmungen zusammengesetzt, die aus dem Keudellschen Entwurf, sowie aus den angenommenen Anträgen der Deutschnationalen und des Zentrums entstanden sind. Alles, was durch Anträge der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Sozialdemokraten hineingekommen ist, ist in der Hauptsache gestrichen worden. Selbst den Satz, daß auch den Lehrern an den Bekenntnisschulen die verfassungsmäßigen Rechte der Artikel 136 und 149, Abs. 2 gewährleistet werden, hat man ausgemerzt. Daraus ist zu ersehen, wie wenig die Deutschnationalen von dem sonst immer in den Vordergrund gestellten „Schulfrieden" halten. Sie wollen den „Schulkampf", denn davon müssen sie leben; sehen sie doch in ihm das wirksamste Mittel, das Zentrum von der jetzigen Regierungsmehrheit zu trennen und dadurch der Regierung selbst Verlegenheiten zu bereiten.

Das Zentrum will aber von diesem deutschnationalen Schulgesetzentwurf durchaus nichts wissen. Die „Köln. Volkszeitung" erklärt, daß die Deutschnationalen wohl selbst nicht daran glauben, daß ihr Entwurf Aussicht auf Verwirklichung haben könnte. Die Schulfrage sei aber zu wichtig, als daß man sie zu einem politischen Agitationsmittel erniedrigen sollte. Wer wirklich die christlichen Forderungen auf dem Schulgebiete gesetzlich festgelegt sehen wolle, verzichte in solchen hochwichtigen Angelegenheiten auf parteipolitische Nebenwege" und gehe den geraden Weg zum Ziele.

Ob die Deutschnationalen diese Sprache verstehen werden?

Der Ruf nach dem Reichs-Berufsschulgesetz.

Der „Reichsverein der hauptamtlichen Lehrerschaft deutscher Berufsschulen" verlangte auf dem Deutschen Berufs- und Fachschultag in Jena die endliche Durchführung des Art. 145 der Reichsverfassung. Seine Stellungnahme brachte er in folgender Entschließung zum Ausdruck:

„Durch Artikel 145 der Reichsverfassung ist die Berufsschulpflicht für die gesamte, dem volksschulpflichtigen Alter entwachsene männliche und weibliche Jugend bis zum vollendeten 18. Lebensjahr festgelegt. Nach Artikel 143 haben Reich, Länder und Gemeinden gemeinsam durch öffentliche Berufsschulen für die Bildung der Jugend zu sorgen. Das Reich ist seiner Pflicht im Wege der Gesetzgebung, Grundsätze für die Durchführung der Berufsschulpflicht aufzustellen, bisher nicht nachgekommen.

Da infolgedessen auch die Länder zum großen Teil auf die gesetzliche Durchführung der Berufsschulpflicht verzichtet haben, genießen nach neunjährigem Bestehen der Reichsverfassung erst etwa die Hälfte der männlichen und nur ein kleiner Teil der weiblichen Jugend den in der Verfassung vorgesehenen Berufsschulunterricht. Das ist ein Zustand, den die deutsche Berufsschullehrerschaft für eine nicht zu rechtfertigende Vernachlässigung der beruflichen und staatsbürgerlichen Bildung der heranwachsenden deutschen Jugend ansieht.

Sie fordert darum mit allem Nachdruck, das Reich wolle unverzüglich gesetzliche Bestimmungen über die Durchführung der Berufsschulpflicht in allen deutschen Ländern erlassen."

Christlich — aber nicht konfessionell.

Von Zeit zu Zeit kommt auch denen, die sonst mit Gründen wer weiß welcher Art die Notwendigkeit der bekenntnismäßigen Aufteilung des Volksschulwesens das Wort reden, die Einsicht, daß das Christentum über den Konfessionen steht. Der bekannte Generalsuperintendent D. Dibelius, einer der Hauptwortführer des Evangelischen Preßverbandes im letzten Schulkampfe, lobt an dem berühmten Flieger Baron von Hünefeld die christliche Frömmigkeit, die dieser bei seinem Aufenthalt in Amerika allenthalben bekundet habe. „Der Grundton ist immer der Dank gegen Gottes gnädige Führung und der Wille, über die Unterschiede der Konfessionen und der Nationalitäten hinweg das Wesen christlicher Frömmigkeit zu suchen." In Chikago sei Hünefeld mit seinem Begleiter zusammen in eine kleine Kapelle gegangen. Er als Katholik und ich als Lutheraner, wir knieten nieder und sprachen unsere Gebete in verschiedenen Sprachen zu unserm gemeinsamen Gott."

Aber in der Volksschule will man die unmündigen Kinder nicht zu ihrem gemeinsamen Gott beten lassen, da sollen sie je nach der zufälligen Konfession des Elternhauses streng geschieden werden. Wäre es nicht gerade hier angebracht, das Wesen christlicher Frömmigkeit in dem Gemeinsamen zu suchen?

Schaffung eines Reichsschulbeirats?

Der Abg. Rönneburg (Dem.) hat folgendes Schreiben an den Reichsinnenminister gerichtet, worin er die schon lange versprochene Bildung eines Reichsschulbeirats fordert:

„Hochgeehrter Herr Reichsminister! Gestatten Sie mir, Ihnen heute eine Bitte zu unterbreiten, die ich im Auftrage der Deutschen Demokratischen Reichstagsfraktion bei früheren Beratungen des Haushaltsplanes vom Reichsministerium des Innern wiederholt vorgebracht habe:

In früheren Jahren ist von dem damals zuständigen Herrn Reichsinnenminister und dem früheren Herrn Staatssekretär H. Schulz den Lehrerorganisationen wiederholt die bestimmte Zusage gegeben worden, daß beim Reichsministerium des Innern ein Reichsschulrat gebildet werden solle. In diesen Beirat sollten auch Vertreter der Lehrerorganisationen aufgenommen werden, so daß sie fortan Gelegenheit haben, bei der Vorbereitung von schulpolitischen Gesetzentwürfen und Maßnahmen rechtzeitig gehört zu werden und mitarbeiten zu können.

Gerade bei der Vorbereitung des letzten Reichsschulgesetzentwurfs hat es sich als außerordentlich schwerer Mangel erwiesen, daß ein solcher Beirat nicht vorhanden war. Das hatte bedauerlicherweise dahin geführt, daß z. B. die größte deutsche Lehrerorganisation, der Deutsche Lehrerverein, im entscheidenden Stadium überhaupt keine Gelegenheit zu einer Aeußerung bekommen hatte. Das ist sowohl von den Vertretern der sozialdemokratischen wie der demokratischen Reichstagsfraktion bei den Verhandlungen im Plenum und Ausschuß auf das schärfste gerügt worden.

Ich bitte Sie, sehr verehrter Herr Reichsminister, daher ganz ergebenst, erneut der Frage der Schaffung eines solchen Reichsschulbeirats demnächst nähertreten zu wollen. Für eine Benachrichtigung über Ihre Entscheidung in dieser Angelegenheit wäre ich Ihnen aufrichtig dankbar."

Das achte Schuljahr in Württemberg.

Welches Unheil der verflossene Landtag mit dem Aufschub der Durchführung der achtjährigen Schulpflicht angerichtet hat, geht aus den Verhandlungen der Bezirksschulversammlung hervor, die in den letzten Wochen stattgefunden haben. Nach dem Bericht, den Schulrat Schmidt auf der Bezirksschulversammlung Böblingen im Juni erstattet hat, haben von den 43 Schulorten des Bezirks nur 4, und zwar die vier größten Bezirke, das achte Schuljahr eingeführt. Das betrifft 21 v. H. sämtlicher Schüler. 39 Gemeinden waren von der Durchführung befreit. Ursprünglich war das Recht der Nichtdurchführung nur 26 Gemeinden zugestanden worden, infolge des Gesetzes betr. den Aufschub bis 1933 sind dann noch 13 Gemeinden hinzugekommen, so daß jetzt zwei Drittel sämtlicher Schulkinder des Bezirks die Volksschule nur sieben Jahre besuchen. Das hat auch eine Umarbeitung des achtjährigen Lehrplanes zu einem siebenjährigen Lehrplan nötig gemacht. Der Schulrat wies auf das Wort Sprangers hin, daß wirtschaftliche Belange wohl die dringlichsten, aber nicht die wichtigsten sind. Deshalb müßten sich die Eltern hüten, in ihrem 13- und 14jährigen Kinde neue Arbeitskräfte zu sehen. Sie müßten einsehen, daß das achte Schuljahr bessere geistige Entwicklungsbedingungen biete, als das Getriebe des Wirtschaftskampfes. — Leider werden die wohlmeinenden Worte des Schulrats den agrarischen Widerstand so wenig beseitigen wie der Kampf der einsichtigen Männer draußen, der Geistlichen, Schultheißen und Lehrer. Es ist betrübend, zu hören, daß dieser Kampf keinesfalls die Autorität dieser Männer gefestigt und ihnen keine Sympathien erworben hat. — Der Widerstand des Agrariertums gegen das Bildungswesen kommt auch hier wieder mit aller Macht zum Ausdruck.

Kollegiale Schulleitung in Sachsen.

Der Verein sächsischer Bezirksschulräte erklärte sich mit großer Mehrheit für Beibehaltung der kollegialen Schulleitung in Sachsen. Von 33 Bezirksschulräten erklärten sich nur zwei für die Wiederbelebung des autoritativen Direktorats, nur vier für die Einstellung von Hilfskräften zur Wahrnehmung der Schulaufsicht und nur acht für die Teilung der zur Zeit bestehenden Schulaufsichtsbezirke und für dementsprechende Vermehrung der Bezirksschulratsstellen.

Ein erfreulicher Beweis, daß die sächsische Volksschullehrerschaft und die große Mehrheit ihrer Aufsichtsbeamten nicht gewillt ist, die schwer erkämpfte freiheitliche Schulverfassung preiszugeben. Die reaktionären Tendenzen des volksparteilichen Bildungsministeriums gehören seit den Wahlen der Vergangenheit an.

„ — — werden hiermit angewiesen — —."

Es ist erst wenige Monate her, seit der Bischof von Trier an die Lehrer der Volksschulen eine Verfügung erließ, in der es hieß: „Ich bestimme usw." Jetzt wird ein Rundschreiben des Bischofs von Meißen bekannt, in dem es heißt: „Die hochwürdigen Pfarr- und Seelsorgeämter werden hiermit angewiesen, fortan in Religion nur nach dem Lehrplan für den katholischen Religionsunterricht in der Volksschule, herausgegeben im Auftrage der Fuldaer Bischofskonferenz, zu unterrichten." Die Lehrer, die gleichfalls in Religion unterrichten, sollen zwar nur „verständigt" werden, es liegt aber auf der Hand, daß diese Verständigung gleichfalls ein Befehl ist.

Der Keudellsche Reichsschulgesetzentwurf ist u. a. daran gescheitert, daß nach den Beschlüssen der ersten Lesung im Bildungsausschuß in dem Satz „Die Bestimmungen über Lehrplan, Lehr- und Lernbücher für den Religionsunterricht werden im Einvernehmen mit der Religionsgesellschaft erlassen", das Wort „Einvernehmen" durch „Benehmen ersetzt worden ist. Dieses „Benehmen" lehnten die Vertreter des Zentrums ab. Wie weit bezüglich des neuen Lehrplans eine Verständigung zwischen der sächsischen Regierung und dem Episkopat stattgefunden hat, ist nicht bekannt geworden, auf keinen Fall hat aber der Bischof das Recht, die Religionslehrer — ganz gleich, ob Geistliche oder Laien — von sich aus anzuweisen, in den Schulen ein neues Religionsbuch zu gebrauchen. Eine solche Anordnung ist in den Staatsschulen — und das sind doch wohl die katholischen Volksschulen im Freistaat Sachsen noch! — einzig und allein Sache der Unterrichtsverwaltung. — Man sieht aber daraus, wie die katholische Kirche auch ohne Reichsschulgesetz mit dem Staat umspringt.

Ein alter Ladenhüter.

Obgleich es so und so oft richtig gestellt ist, wird in der Agitation der evangelischen Elternbünde immer wieder behauptet: „Die Gemeinschaftsschule ist nach der Erklärung des Herausgebers der Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung, Wolff, nur die Etappe auf dem Wege zur weltlichen Schule." Herr Wolff, der jetzige Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins, hat eine derartige Aeußerung nie getan und das auch wiederholt öffentlich richtig gestellt. Trotzdem erscheint die Verdächtigung immer wieder von neuem, und zwar wird behauptet, daß Wolff die ihm in den Mund gelegten Worte im Jahre 1919 in Bernburg gesprochen habe. Wolff wies das schon unlängst folgendermaßen zurück (Allg. Deutsche Lehrerzeitung 1927 Nr. 50): Ich habe dort die beiden Möglichkeiten dargestellt, die Gesamtheit der Jugend in eine gemeinsame Schule zu bringen, die Gemeinschaftsschule (Simultanschule) mit Religionsunterricht und die Schule, die den Religionsunterricht den Religonsgesellschaften übergibt. Diese zweite Art ist — so habe ich ausgeführt — bei klarer Trennung von Staat und Kirche in zahlreichen Staaten vertreten; sie ist in keiner Weise religions- und kirchenfeindlich und wird gerade auch von sehr frommen Menschen und Gemeinschaften gefordert. Nach unserer Reichsverfassung ist die Kirche zwar grundsätzlich ein vom Staate getrennter und unabhängig funktionierender Verband — es gibt keine Staatskirche —; aber der Grundsatz der Trennung ist durch eine Anzahl von Ausnahmen staatskirchlichen Charakters durchbrochen. Deshalb hat unsere Reichsverfassung auch das Verhältnis von Religionsunterricht und Schule anders geformt und die gemeinsame Schule mit Religionsunterricht zur Regelschule gemacht. Die in der Verfassung genannte weltliche Schule ist nicht identisch mit der staatlichen Schule, in der der Religionsunterricht den Religionsgemeinschaften übergeben ist. Es gibt also unter unserer Reichsverfassung nur eine Möglichkeit, die Gesamtheit der Jugend in einer Schule zu vereinen: das ist die Gemeinschaftsschule mit Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach. Eine zweite Möglichkeit gibt es nicht, womit nicht gesagt ist,, daß nicht einmal eine spätere Zeit auch die zweite Möglichkeit durch eine andere Behandlung des Problems von Staat und Kirche in der Verfassung schafft.

In dieser grundsätzlichen und sachlichen Art habe ich auch in Bernburg die Frage der Schulformen behandelt. Es ist natürlich möglich, daß in einem Bericht über diese Versammlung bei einer Kürzung meiner Ausführungen diese meine Darstellung nicht klar zum Ausdruck gekommen ist. Ich bin zu jeder ernsten und sachlichen Aussprache über die Fragen der Schule auch mit Vertretern anderer Richtungen jederzeit bereit gewesen; auch der Gegner hat mir noch immer nach dem Kampf meine Sachlichkeit bezeugt. Ich erwarte, daß nach dieser „Richtigstellung" nun das Wort von der Gemeinschaftsschule als einer Etappe zur weltlichen Schule unter Berufung auf mich aus der öffentlichen Diskussion verschwindet."

Herr Wolff hat seine Gegner zu günstig beurteilt. Seine Richtigstellung ist in der Presse derselben nicht verbreitet worden, und so wird der alte Ladenhüter wahrscheinlich solange leben, bis ihm die Lehrerschaft in allen Orten gehörig den Garaus gemacht hat.

Neuordnung der zweiten Lehrerprüfung in Preußen.

Unter dem 25. Juni d. J. ist vom preußischen Volksbildungsministerium eine Neuordnung der zweiten Prüfung für das Lehramt verfügt worden. Auf den Stand der Selbstverwaltung in Preußen wird durch die plötzliche Verfügung ein eigenartiges Licht geworfen; denn nach den Mitteilungen der Preuß. Lehrerzeitung ist eine Vertretung der Lehrerschaft vorher nicht gehört worden.

Die wichtigsten Bestimmungen werden nachstehend gekürzt wiedergegeben:

Zur Meldung berechtigt ist, wer mindestens zwei und nicht mehr als vier Jahre im Schuldienst gestanden hat. Der Meldung sind beizufügen eine Abschrift des Zeugnisses über die erste Prüfung und ein ausführlicher Bericht über die bisherige Amtstätigkeit über Erfahrungen in der Unterrichts- und Erziehungsarbeit und über die berufliche Weiterbildung. Die Regierung entscheidet über die Zulassung und setzt den Lehrer von der Entscheidung in Kenntnis, im Falle der Nichtzulassung unter Mitteilung der Gründe. — Der Prüfungsausschuß besteht mindestens aus drei, in der Regel aus vier Mitgliedern: 1. aus dem zuständigen Regierungs- und Schulrat als Vorsitzendem, 2. dem zuständigen Schulrat, 3. einem von dem Minister bestimmten Mitglied des Lehrkörpers einer pädagogischen Akademie und 4. einem Leiter oder Lehrer einer Volksschule des Bezirks, den die Regierung nach einer Liste geeigneter Schulmänner auswählt, besonders solcher, die in den Arbeitsgemeinschaften zur Fortbildung der Lehrer tätig sind; die Liste ist nach Anhörung des Bezirkslehreramts aufzustellen. — Der Regierungs- und Schulrat kann im Falle seiner Behinderung den Vorsitz einem der unter Nr. 2 und 3 genannten Mitglieder übertragen. — Der Prüfungsausschuß wohnt dem Unterrichte in drei Unterrichtsfächern bei. Die Fächer wählt der Vorsitzende aus unter Berücksichtigung der Besichtigungsberichte, des Tätigkeitsberichts des Lehrers und des von dem Lehrer einzureichenden Stundenplans der Klasse. — An den Unterrichtsbesuch schließt sich eine Besprechung an, in der der Lehrer nachweisen soll, daß er seine unterrichtlichen und erzieherischen Maßnahmen wissenschaftlich zu begründen vermag und daß er mit den für die Ver-

waltung des Schulamts in seinem Bezirk geltenden Bestimmungen vertraut ist. — Das Prüfungsergebnis wird durch Abstimmung festgestellt; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. — Hat der Lehrer die Prüfung nicht bestanden, so kann er frühestens nach 6 Monaten zu ihrer Wiederholung zugelassen werden. — Nach der Zulassung zur Prüfung hat jeder Prüfling 30 RM. zu zahlen.

Wie man in Preußen doch die vornovemberliche Ungleichheit zu wahren weiß! Der Regierungs- und Schulrat kann den Vorsitz dem Schulrat und dem Vertreter der Akademie übertragen, das heißt: nicht dem Lehrermitgliede! Das ist so unmöglich und würde alle altpreußischen Begriffe so auf den Kopf richten, daß es ausdrücklich in der Prüfungsordnung festgelegt werden muß.

Auffallend ist in sachlicher Beziehung, daß in dieser neuen Ordnung keinerlei Bezug genommen wird auf die Arbeitsgemeinschaften. Soll sie das Ende der Arbeitsgemeinschaften als einer amtlich anerkannten Einrichtung bedeuten?

Besoldungsgesetz in Braunschweig.

Der Landtag hat Ende Juni das Besoldungsgesetz verabschiedet. Gruppe 12 ist beseitigt. Gruppe 11 beginnt mit 1700 Mk. und endet mit 2400 Mk. (in Lippe 1500—2200 Mk.); Gruppe 10 reicht von 1900—2600 Mk. (Lippe: 1600—2500 Mk.) — Auch die Lehrerbesoldung hat eine günstige Lösung gefunden:

Besoldungsgruppe a ein jährliches Grundgehalt von 3000 — 3300 — 3600 — 3900 — 4200 — 4450 — 4700 — 4950 — 5200 — 5400 — 5600 RM. Wohnungsgeldzuschuß: IV bei Gewährung einer ruhegehaltsfähigen Stellenzulage, im übrigen V in der ersten bis dritten Dienstaltersstufe, IV von der dritten Dienstaltersstufe an. Lehrer an allgemeinen Volksschulen, Fachlehrer an Volks- und Mittelschulen mit allgemeiner und besonderer Lehrbefähigung. Lehrer an Sonderschulen. Daneben erhalten eine ruhegehaltsfähige Stellenzulage in Höhe von 600 RM. jährlich a) die festangestellten Fachlehrer an Volks- und Mittelschulen mit allgemeiner und besonderer Lehrbefähigung, b) die festangestellten Förderklassenlehrer, c) die festangestellten Hilfsschullehrer, Sprachheillehrer und Lehrer im Dienste der Fürsorgeerziehung.

Besoldungsgruppe b ein jährliches Gehalt von 3600 — 3900 — 4200 — 4500 — 4800 — 5050 — 5300 — 5550 — 5800 — 6000 — 6200 RM. Wohnungsgeldzuschuß: IV. Mittelschullehrer, Gewerbelehrer, Handelslehrer, Taubstummenlehrer, Rektoren, Oberturnlehrer der Stadt Braunschweig (künftig wegfallend), Stadtschuldirektoren (künftig wegfallend).

Besoldungsgruppe c ein jährliches Grundgehalt von 4200 — 4500 — 4800 — 5100 — 5400 — 5650 — 5900 — 6150 —6400 — 6600 — 6800 RM. Wohnungsgeldzuschuß: IV in der ersten bis dritten Dienstaltersstufe, III von der vierten Dienstaltersstufe an. Direktoren der Sonderschulen. Direktoren der Mittelschulen. Stadtschulräte (künftig wegfallend).

Besoldungsgruppe d ein jährliches Grundgehalt von 4800 — 5200 — 5600 — 6000 — 6400 — 6800 — 7200 — 7500 — 7800 RM. Wohnungsgeldzuschuß: IV in der ersten bis dritten Dienstaltersstufe, III von der vierten Dienstaltersstufe an. Direktoren der Berufsschulen.

Aus dem Vereinsleben

Vorstandssitzung am 4. Juli 1928.

Weil der Vorsitzende verreist ist, wird die Versammlung von Herrn Röhr geleitet. Der wesentlichste Gegenstand der Beratung ist gegeben durch eine Anfrage des Lipp. Landespräsidiums zur Frage der Wiederbesetzung der Schulratsstelle in Lemgo. Der Vorstand entscheidet sich nach Würdigung der verschiedenen Gründe, namentlich auch der durch den Vertreter des Berufsschulvereins vorgetragenen Gesichtspunkte dafür, daß eine Wiederbesetzung der Stelle zu empfehlen sei, und zwar zum 1. Oktober d. J. Es soll weiter zum Ausdruck gebracht werden, daß wir unsere grundsätzliche Auffassung über Schulaufsicht und Schulverwaltung darlegen werden, wenn die Vorarbeiten für ein neues Volksschulgesetz aufgenommen werden. Es wird ferner auch Stellung genommen zu der persönlichen Frage. Unter einmütiger Zustimmung wird Koll. Haase in Jerxen als geeignete Person genannt. — Verlesen werden ferner die Anträge der Bezirksvereine Farmbeck und Rischenau: Hinausschiebung der Sommerferien betreffend; die vom Schriftführer daraufhin vorgelegte Antwort an die Oberschulbehörde wird gebilligt. — Es wird ferner Bericht erstattet über die Besprechung, die mit der Regierung über die Beteiligung der Schulen an der diesjährigen Verfassungsfeier stattgefunden haben. Die dort von den Vertretern des Lehrervereins gemachten Vorschläge werden vom Vorstande gebilligt.

Vorstandssitzung am 8. August 1928.

Die diesjährige Hauptversammlung des L. L. V. wird festgesetzt auf den 12. Oktober. Weil eine Einladung nur vom Bezirksverein Lemgo eingegangen ist, wird Lemgo als Ort der Tagung festgesetzt. Es wird sprechen Herr Joh. Tews, Berlin, über das Thema „Der Lehrer in der freien Volksbildungsarbeit", Herr Jasper, Detmold, über das Thema „Ausbau und Aufbau der Volksschule". Geplant ist, mit der Versammlung eine Ausstellung künstlerischen Wandschmucks der Gesellschaft für Volksbildung zu verbinden. Für den Abend ist eine öffentliche Volksversammlung vorgesehen. Ueber die Stundenverteilung soll noch beschlossen werden und die endgültige Einladung zu der Versammlung im September veröffentlicht werden. — Berichtet wird über eine Besprechung mit dem Landespräsidium, Besetzung der Schulratsstelle für den Kreis Lemgo betr., ferner eine weitere Besprechung über die Vergütung des nebenamtlichen Unterrichts. — Für die von der Oberschulbehörde geplanten Fortbildungskurse sind Anträge eingegangen von den Bezirksvereinen Farmbeck (für Gesamtunterricht) und Hohenhausen (für Zeichnen). — Es wird berichtet über die Vorbesprechung, die bezüglich der Beteiligung der Schulen an der Verfassungsfeier stattgefunden haben. — Es wird beschlossen, einen Posten des Buches „Das Lippische Lehrerseminar" käuflich vom Verlag der Meyerschen Hofbuchhandlung zu erwerben. — Herr Schlepper referiert über „Lehrerschaft und Tuberkulose". Es wird beschlossen, das von ihm gebotene Material zusammenzustellen und dem D. L. V. einen entsprechenden Antrag zu unterbreiten.

Bezirksvereine.

Nessenberg, Konferenz am 22. August. Kollege Deppemeier: Ausbau der Volksschule und die Landschule.

Lemgo, Konferenz am 22. August. „Auslandsdeutschtum", Koll. Roßmann.

Schulbücherausschuß.

Am 1. September 1928 soll um 15½ Uhr im Kaiserhof in Detmold die nächste Sitzung sein. Das Sprachbuch wird besprochen werden. Unterausschüsse erstatten Bericht. Schlepper.

Rechtsschutzstelle.

Bei mir liegen Rechtsschutz-Akten aus den letzten Jahren, die vernichtet werden, wenn sie nicht bis zum 1. September von den Kollegen abgeholt werden, deren Angelegenheiten in ihnen ihre Erledigung gefunden haben. Rädeker.

Das Jahrbuch 1928

ist soeben erschienen.

Einzelne Stücke können zum Preise von 2 Mark abgegeben werden. Bestellungen sind an die Geschäftsstelle des Deutschen Lehrervereins, Berlin W. 35, Potsdamer Str. 113, Haus 2, zu richten; Einzahlungen werden erbeten auf Postscheckamt Berlin, Kto. Nr. 106 453, Geschäftsstelle des Deutschen Lehrervereins, e. V., Berlin W. 35

L. Raeppel, Geschäftsführer des D. L. V.

Verschiedenes

Zugänge der Landesbibliothek.

Handbuch der Pädagogik. Hrsg. v. Nohl. Bd. 4. Lieferg. 2, 3, 4, 5. Langensalza u. J.
Hesse: Der Steppenwolf. Berlin 1927.
v. Scholz: Perpetua. Berlin—Gr. 1927.
Fülöp-Miller: Rasputin. Zürich 1927.
Mann: Tonio Kröger. Berlin 1925.
Leser: Das pädag. Problem. Bd. 2. München 1928.
Kerschensteiner: Theorie der Bildung. Berlin 1926.
Schäfer: Huldreich Zwingli. Weimar 1927.
Beiträge zur Lebenskunde der Jugendlichen. Jugend und Beruf. Berlin 1928.
Freiligrath: Ca ira! Herisau 1846.
Grisebach: Das Goethesche Zeitalter in der deutschen Dichtung. Leipzig 1891.
Runge: Müllerspiegel. München 1926.
Graf Keßler: W. Rathenau. Berlin-Gr. 1928.
Man: Der Zauberberg. Berlin 1927.
Miquel: Reden. Bd. 1—4. Halle 1911—14.
Lehmann: Das doppelte Ziel der Erziehung. Berlin 1925.

Asquith: Ursprung des Krieges. München 1924.
Bergsträsser: Studium zur Vorgeschichte der Zentrumspartei. Tüb. 10.
Rathenau: Gesammelte Reden. Berl. 24.
von Stein: Staatsgedanken.
Knopp: Windthorst. Dresden 1898.

Musikerziehung in der Grundschule.

Dem Wunsche einer Anzahl von Kollegen und Kolleginnen, durch Vorträge und praktische Vorführungen die Anwendung des Tonwertes in der Grundschule, besonders im ersten Schuljahr gründlich kennen zu lernen, will ich gern dadurch entsprechen, daß ich Mittwochs — 22., 29. August und 5., 12., 19. September — nachmittags 3½—5½ Uhr in der Bürgerschule in Lage über einschlägige Fragen Vorträge halte und die behandelten Stoffe auch mit Schülern praktisch vorführe. Teilnahme unentgeltlich.

Im Herbstkursus wird der Direktor der Staatlichen Akademie für Kirchen- und Schulgesang, Herr Prof. Dr. H. J. Moser-Berlin, am letzten Tage, Sonnabend, 6. Oktober, Vorträge halten: „Grundfragen der Musikerziehung" und „Wege zum Musikverständnis". Die übrigen Vortragenden werden Zusammenfassungen ihrer Vorträge bieten. Der Besuch dieser Vorträge wird durch Ausgabe von Tageskarten ermöglicht. (Siehe heutige Beilage!)

W. Stolke.

Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten durch die Schule.

Aus dem Gesetz vom 7. Mai 1928 (Gesetzessammlung S. 657 u. f.) über die Bekämpfung gemeingefährlicher und anderer übertragbarer Krankheiten bringen wir seiner besonderen Bedeutung für den Lehrer wegen den § 17. Er lautet:

Für die Schulen gelten unter Vorbehalt weiterer Bestimmungen, die die Regierung, Fürsorgeabteilung, im Einvernehmen mit der Regierung, Schulabteilung, zu erlassen hat, folgende Schutzmaßregeln:

1. jeder Lehrer hat jeden Fall von Erkrankungen an gemeingefährlichen oder anderen übertragbaren Krankheiten, sowie jeden Verdacht auf eine solche Krankheit, der ihm bei einem seiner Schüler oder einer zu seinem Hauswesen gehörigen bezw. in enger Verbindung mit der Schule stehenden Person bekannt wird, dem für den Ort der Schule zuständigen Kreisarzt binnen 12 Stunden anzuzeigen;
2. jeder Lehrer hat alle Schulkinder, die ihm einer gemeingefährlichen oder anderen übertragbaren Krankheit verdächtig erscheinen, solange vom Schulbesuch auszuschließen, bis die Erkrankung vom Kreisarzt als nicht übertragbar festgestellt ist;
3. jeder Lehrer hat Schulkinder, die an gemeingefährlichen oder anderen übertragbaren Krankheiten gelitten haben, sowie deren Geschwister und andere in häuslicher Gemeinschaft mit den Erkrankten lebende Kinder solange vom Schulbesuch auszuschließen, bis die für die Dauer der Krankheit als Regel geltende Zeit abgelaufen ist, oder bis der behandelnde Arzt die Ansteckungsgefahr für beseitigt erklärt hat. Falls Kinder auf Grund dieser Bestimmung ungewöhnlich lange vom Schulunterricht ferngehalten werden, ist der Lehrer berechtigt, jederzeit eine Nachuntersuchung bei dem zuständigen Kreisarzt zu beantragen;
4. die Schulleiter und ersten Lehrer haben die von der Regierung, Fürsorgeabteilung oder den Kreisärzten angeordneten Vorschriften über Desinfektion, Reinhaltung der Schulräume, Schutzmaßregeln gegen Ansteckung und Belehrung der Schulkinder genau zu befolgen;
5. an der Beerdigung eines Mitschülers, der an einer gemeingefährlichen oder einer anderen übertragbaren Krankheit gestorben ist, dürfen Schulklassen nicht teilnehmen. Als Schulen im Sinne dieser Bestimmung gelten sämtliche Unterrichts- und Erziehungsanstalten.

„Die neuzeitliche deutsche Volksschule",

Bericht über den Kongreß Berlin 1928, herausgegeben von der Kongreßleitung im Comenius-Verlag Berlin C 25.

Schon in der Mai- und Juni-Nummer der Lippischen Schulzeitung haben wir darauf hingewiesen, daß die Vorträge, die gelegentlich der ersten Tagung der „Internationalen Vereinigung der Lehrerverbände" zu Pfingsten in Berlin über obiges Thema gehalten worden sind, in Buchform zusammengestellt werden sollten. Dieses Werk ist Ende Juli erschienen. Es enthält neben einem Vorwort und dem ausführlichen Bericht über den Verlauf des Kongresses 35 Vorträge von den bedeutendsten Schulmännern der Gegenwart. Da es hier unmöglich ist, auf diese Vorträge näher einzugehen, sie aber doch von eminenter Bedeutung für jeden Schulmann sind, geben wir die Namen der Redner und Vortragsthemen nachstehend zur Kenntnis:

Prof. D. Dr. Becker, Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: „Internationaler Geist und nationale Erziehung."

Geheimrat Prof. Dr. Georg Kerschensteiner: „Der Lehrer als Erzieher".

Ministerialdirektor Paul Kaestner: „Die Volksschule im Aufbau des deutschen Bildungswesens".

Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer: „Die Volksschule im Zusammenhange des wirtschaftlichen und sozialen Lebens".

Schulrat Georg Wolff: „Die innere Gestaltung der deutschen Volksschule".

Universitätsprofessor Dr. Aloys Fischer: „Die pädagogische Wissenschaft in Deutschland".

Geheimer Oberregierungsrat Dr. Sachse: „Die Verwaltung des Volksschulwesens in den deutschen Ländern".

Stadtschulrat Jens Nydahl: „Das Berliner Schulwesen".

Universitätsprofessor Dr. Tandler, amtsführender Stadtrat in Wien: „Wohlfahrtspflege in der Schule".

Schulrat Krauledat: „Entwicklungslinien des deutschen Landschulwesens".

Rektorin Feuerstack: „Die Eigenart der Mädchenerziehung in der Volksschule".

Regierungsdirektor Pretzel: „Künstlerische Erziehung auf dem Gebiete der deutschen Sprache und Dichtung".

Geheimer Oberregierungsrat Prof. Dr. Pallat: „Die bildnerische Erziehung".

Professor Jöde: „Musikalische Erziehung".

Dr. theol., jur. et. med. h. c. Adolf Damaschke: „Die staatsbürgerliche Erziehung".

Dr. Leo Weismantel: „Von der sprachschöpferischen Schulung der Kinder und der Erwachsenen".

Dr. E. Neuendorff, Direktor der Preußischen Hochschule für Leibesübungen: „Die körperliche Erziehung in der Schule".

Dr. H. Sippel, Dozent an der Deutschen Hochschule für Leibesübungen: „Leibesübungen als seelisches Erlebnis".

Oberstudiendirektor Dr. Karsen: „Deutsche Versuchsschulen".

Otto Glöckel, Vizepräsident des Stadtschulrates in Wien: „Die Wiener Schulreform".

Schulleiter G. Schwenzer: Die Dresdner Versuchsschule".

Rektor Arth. Berg: „Reformversuche an Frankfurter Volksschulen".

Schulrat F. Köhne: „Schulreformversuche in Hamburg".

Lehrerin Rita Scharfe: „Schulreformversuche in Leipzig".

Lilli Droescher, Leiterin des Pestalozzi-Fröbelhauses in Berlin: „Der Kindergarten".

Studienrat M. Weise, Dozent am Pädagogischen Institut der Technischen Hochschule in Dresden: „Die Grundschule".

Magistratsschulrat A. Fuchs: „Das Sonderschulwesen".

Schulrat Fritz Köhne, Hamburg: „Großstadtschule und Elternhaus".

Stadtschulrat Kretschmann, Frankfurt a. O.: „Das moderne Schulhaus".

Walter Günther, Direktor des Filmseminars in Berlin: „Film und Lichtbild im Dienste der Volksschule".

Regierungsrat E. Hylla, im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: „Der Lehrerstand".

Johannes Tews: „Freie Volksbildungsarbeit der deutschen Volksschullehrer".

Prof. Dr. Seyfert: „Die akademische Lehrerausbildung an der Hochschule".

Professor Dr. Weidel, Direktor der Pädagogischen Akademie in Elbing: „Die neue Lehrerbildung".

Prof. Dr. Otto Scheibner: „Die Lehrerfortbildung".

Das Werk, das einen starken, geschmackvollen Einband hat und über 500 Seiten umfaßt, wird bis zum 1. Oktober d. J. weiterhin zum Preise von 4 Mk. abgegeben, falls die Bestellungen durch die Lehrervereine erfolgen und mindestens auf 5 Exemplare lauten. Unseren Arbeitsgemeinschaften und Bezirksvereinen können wir das Werk nur dringend empfehlen.

Der Spielmann. Ein Liederbuch für die deutsche Schule und fürs Haus. Herausgegeben von Arnold Ebel, Studienrat am Realgymnasium in Berlin-Friedenau und Wilhelm Witzke, Rektor in Berlin-Neukölln. Mit Bildschmuck von Hans Meid, Professor an der Staatl. Hochschule für die bildenden Künste, Berlin. — 1. Teil: Für die Grundschule. 94 S. M. 1,30; 2. Teil: Für die oberen Jahrgänge der Volksschule. 198 S. Mk. 2,40. — Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt-Main.

Das 1. Heft, das für die Grundschule bestimmt ist, enthält Kinderlieder und Kinderspiele, Reigen und Tanzlieder. Neben dem neueren ist auch das ältere Kinderlied berücksichtigt worden.

Das 2. Heft bringt neben dem neueren deutschen Volks- und volkstümlichen Liede auch eine Anzahl alter deutscher Lieder aus der Blütezeit des Volksliedes. Neben dem Volkslied hat jedoch auch das Kunstlied in einigen Proben Aufnahme gefunden. Die Kirchenlieder erscheinen nicht nur in ihrer ausgeglichenen Fassung, sondern zum Teil auch in polyrhythmischer Form und in ihrer Urgestalt. Die Tonsätze des „Spielmanns" zeigen die größte Mannigfaltigkeit. Stets ist auf melodische Führung aller Stimmen Rücksicht genommen worden. Der Kanon ist in ausreichendem Maße vertreten. In beiden Heften finden sich zudem eine ganze Anzahl von Liedern, in denen zu den Weisen Instrumentalmelodien hinzugefügt sind, die von Lehrern und Schülern ausgeführt werden können. Methodische und theoretische Anweisungen sind völlig vermieden. In bezug auf das Liedgut, den Tonsatz und den Bildschmuck dürfte der „Spielmann" den höchsten Anforderungen genügen. Wir empfehlen ihn insbesondere für die Hand des Lehrers.

Reichs-Herbergsverzeichnis 1928-29. 16. Ausgabe. 402 Seiten in handlichem Format. Preis 1 Mark. Herausgegeben vom Verband für Deutsche Jugendherbergen, Verlags-Abteilung, Hilchenbach in Westfalen. Auslieferung an den Buchhandel durch: Carl Fr. Fleischer, Leipzig.

Das Büchlein bringt eine Fülle wichtigster Angaben über die deutschen Jugendherbergen, ihre Lage und Einrichtung, die durch übersichtliche Netzkarten ergänzt werden und gibt dieses Mal auch Aufschluß über das Jugendherbergswerk in den Nachbarländern. Darüber hinaus enthält das Buch eine Reihe wichtiger Aufsätze über alle die Fragen, welche den Wanderer angehen. Man liest von dem Leben und Verhalten in der Jugendherberge, von den Bedingungen der Fahrpreisermäßigungen, findet ein Verzeichnis der Schulferien, Ratschläge für Wanderausrüstungen, Aufklärung über Ernährungsfragen, Erläuterungen von Wanderkarten sowie ein ausführliches, mustergültig angeordnetes Verzeichnis einschlägigen Schrifttums. Der Anzeigenteil vermittelt einwandfreie Bezugsquellen.

Friedr. Ludw. Jahn, ein Lebensbild aus seinen Schriften, Briefen und anderen zeitgenössischen Quellen von Hans Schiller. Dies Büchlein — zur Jahnfeier herausgegeben — ist im Verlage von Moritz Diesterweg erschienen. Kranzbücherei Nr. 160. Das Heft ist 30 Seiten stark und kostet 0,40 Mark.

"Lebenserinnerungen", von Schulrat Scherer in Offenbach a. M. Das Werk soll die Arbeit und den Kampf in der Entwicklung des deutschen, vornehmlich des hessischen Schulwesens von Pestalozzis Zeit bis zur Gegenwart aufzeigen. Bestellungen gehen an den Verlag Alwin Dern, Neu-Isenburg. Preis 4,50 Mk. (Vorbestellungen bis zum 15. September 3 Mk., Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 69 338).

Kennst du die Blume? Ein kleines Büchlein, ca. 90 Seiten stark, zum Bestimmen von Pflanzen für die Hand der Volksschüler, von P. Saß in Hochdonn. Das Heft bringt Namen und Zeichnungen von etwa 500 der am häufigsten vorkommenden Pflanzen in Form der Diagnose. Preis 65 Pfennig.

Geschäftliches.

Wahres Geschichtchen.

Steht da eines schönen Morgens auf der London Bridge, der gewalligen Verkehrsader, die über die Themse direkt in das Herz der City führt, ein Gentleman und bietet mit ernster Miene englische Pfundstücke zum Preise von drei Pence das Stück aus. — Aber alles hastet vorbei, kaum einer bleibt stehen, und das Ergebnis des Vormittags ist ‚daß ganze elf Pfundstücke verkauft wurden. — Triumphierend kann dieser Herr am Abend in seinem Club feststellen, daß er seine Wette glänzend gewonnen hat: von Hunderttausenden waren noch nicht einmal ein Dutzend imstande gewesen, ihre Gelegenheit zu erkennen. — Und nun prüfen Sie sich einmal selbst! Die grüne Liste des Kehrwieder Imports in Hamburg liegt heute unserer Zeitschrift bei! Erkennen Sie wirklich eine Gelegenheit, wenn sie sich Ihnen bietet?

Unserer heutigen Auflage liegt eine Beilage betr. „Kehrwieder-Import Hamburg" bei. Ferner einem Teil der Auflage: „Das Tonwort" und „Richtlinien für Musikunterricht„

Zum

Ministerialerlaß

vom 8. Juni 1928

stelle ich gern Prospekte der Bilderbücher von

Ernst Kreidolf,
K. F. v. Freyhold
Karl Hofer
Hans v. Volkmann
Mathilde Ritter

zur Verfügung

Neuerscheinung 1928

Mathilde Ritter/Hans Watzlik „Puck der Ausreißer"

12 große farbige Bilder in sechsfarbigem Offsetdruck, Halbleinen, Preis nur Mk. 5.50

Köln a. Rh., Badstr. 1 Herm. Schaffstein Verlag

Zu Schulausflügen

in das nordlippische Bergland ist besonders geeignet meine

Waldwirtschaft Bergluft

in direkter Nähe des Jahndenkmals.

Im Dorf: **Hotel mit Saal, Veranda, Garten, Radio usw.**

Beste Unterkunft, auch Massenquartiere:

August Engelsmeier,
Hotel Deutsches Haus, Hohenhausen i. L.

Gasthof und Sommerfrische Berlebeck.

Inh.: Ed. Kanne.

Am nächsten Wege zum Hermanns-Denkmal und den Externsteinen. Haltestelle der elektr. Straßenbahn Detmold-Berlebeck. Zentrum des Teutoburger Waldes. Ausflüge von hier aus nach allen Richtungen.

Linderhofe „Sternberg"

Gasthaus und Sommerfrische

Besitzer H. Behmeyer

empfiehlt sich ganz besonders für Schulausflüge

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hagemann, Brake i. L., für Anzeigen: R. Schleef, Lemgo.
Druck und Verlag: F. L. Wagener, Lemgo.

Lippische Schulzeitung

Herausgegeben
vom Vorstande des Lippischen Lehrervereins.

22. Jahrgang. Lemgo, 15. September 1928. Nummer 9.

Inhaltsverzeichnis:

Einladung zur Hauptversammlung des Lipp. Lehrervereins. — „Gut bis fast sehr gut." — Umschau. — Aus dem Vereinsleben. — Verschiedenes. — Anzeigen.

Einladung

zur Hauptversammlung des Lipp. Lehrervereins

am Freitag, 12. Oktober 1928, in Lemgo, Gasthof Röding.

Tagesordnung:

10 Uhr. **Vortrag:** Der Ausbau unserer Volksschule (Herr P. Jasper, Detmold.)*)

15¼ Uhr. **Vortrag:** Der Lehrer in der freien Volksbildungsarbeit. (Herr J. Tews, Berlin.)

20 Uhr. **Oeffentliche Volksversammlung:** Der Ausbau unserer Volksschule. (Herr H. Röhr, Detmold.)

Der Vorstand des L. L. V.
Haase.

*) Anmerkung: Leitsätze dazu unter „Vereinsleben".

„Gut bis fast sehr gut".

Eine Kritik unserer Schulzeugnisse.

Von H. Lambracht, Schötmar.

Auf meinem Schreibtische liegt ein ganzer Packen Bewerbungen um ausgeschriebene Stellen. Alle wohl ausgerüstet mit Zeugnissen. Da tanzen sie alle auf, die Ziffern von der 4 bis zu der 1, immer in langer, bunter Reihe, da sind Prüfungen nicht bestanden oder genügend, gut oder mit Auszeichnung bestanden. Da kommt eines, in dem die Ziffern-Prädikate durch Wörter folgendermaßen näher bestimmt sind:

3: genügend schwach, 2—3: genügend, teils besser, 1—2: gut bis fast sehr gut.

Unwillkürlich kommt mir das Lächeln. Aber diese kleinen Ziffern sind doch zu ernst. Von ihnen hängt zum guten Teil die Anstellung ab. Und wenn ich die Aufzeichnungen, Lebenslauf betitelt, daneben halte, dann weiß ich, daß für manchen weit mehr als eine bezahlte Stelle von der Beurteilung dieser Noten abhängt. Und plötzlich werden alle diese Zeichen in den Papieren da vor mir zu Kobolden, die mit Lehrern und Schülern, die mit uns Menschen von heute ihr böses Spiel treiben. Wie viel Lehrergehirne haben sich abendelang gemartert, bis sie endlich dastanden, wie viel Böses haben sie schon in die Familien gebracht, und wie viel Lebenswillen haben sie schon erstickt?

Also fort damit! Aber wonach sollte ich dann auswählen, wenn sie nicht daständen? Aber gibt es denn kein anderes, besseres Mittel, um über einen Menschen etwas auszusagen? Wir wollen ruhig überlegen und uns auf die Schulzeugnisse beschränken.

Das L.V.G. kennt 2 Arten von Zeugnissen. In § 118 wird vorgeschrieben: „Jedem Kinde ist ein Abgangszeugnis zu erteilen" und in § 135: „Den Schulkindern (gemeint ist jedes Schulkind) ist am Schlusse jeden Schuljahres ein Zeugnis zu erteilen." Auch die F. Sch. O. unterscheidet in § 14 zwischen Zeugnissen und Abgangszeugnissen und bestimmt, daß sie nach den sonst für Schulzeugnisse (Zensuren) gelten-

den Bestimmungen gegeben werden. Das hat dazu geführt, daß in den meisten Berufsschulen halbjährlich Zeugnisse ausgestellt werden. In den höheren Schulen werden meistens dreimal, stellenweise sogar viermal Zensuren gegeben. Fast scheint es so, als ob der Wert einer Schule mit der Anzahl der Zensuren steige.

Was sollen diese Zensuren eigentlich? Sie enthalten, auf eine ganz kurze Formel gebracht, Urteile über sittliches Verhalten, Fleiß und Kenntnisse. Diese sollen den Eltern zur Kenntnis gebracht werden. Es ist eine allgemein anerkannte Forderung, daß Elternhaus und Schule in möglichst enge Verbindung zueinander gebracht werden. Dazu gehört ohne Zweifel auch, daß die Eltern das Urteil der Lehrer über ihr Kind kennen. Sind aber die Zeugnisse das richtige Mittel dazu?

Jeder, der einmal Prädikate hat festsetzen müssen, weiß: Die wenigen Zeugnisnoten sind ein überaus unvollkommenes Schema. Das Leben ist vielgestaltig und schimmert in abertausend Variationen. Wenn es schon möglich ist, dies tausendfältige Leben in dieses Schema einzufangen, wie viel weniger werden die Eltern es daraus rekonstruieren können. Und diese doppelte Unmöglichkeit bedeutet für den Lehrer eine außerordentliche Belastung. Jeder gewissenhafte Erzieher jedenfalls muß darunter leiden, daß er über seinen Zögling ein Urteil abgeben muß, daß diesem nicht gerecht werden kann, und das durch seine Auslegung noch schiefer werden muß, als es ohnehin schon ist. Damit aber nicht genug. Selbst, wenn es an und für sich möglich wäre, die Prädikate gerecht zu verteilen, so würden sie doch nicht dementsprechend ausfallen. Der Lehrer ist nämlich auch ein Mensch mit allen seinen Schwächen, mit allen seinen Besonderheiten und seinen wechselnden Stimmungen. Ich erinnere mich noch gut an die verschiedenen Stimmungsbarometer verschiedener meiner Lehrer, die wir Schüler sehr gut zu deuten wußten, und die uns ein gutes oder schlechtes Omen für die an dem jeweiligen Tage zu erwartenen Noten waren. Urteilt schon ein Mensch nicht immer gleich, so sind die Unterschiede bei mehreren erst recht in die Augen springend. Der eine stellte gerade in diesem Fach hohe Anforderungen und zensiert infolgedessen sehr scharf, während ein anderer an diese Stelle mit geringeren Leistungen zufrieden ist, aber dafür anderswo einen sehr strengen Maßstab anlegt. Wer kennt nicht die Kämpfe unter den verschiedenen Fachlehrern und deren Einfluß auf die Zensuren, und wem wären die verschiedenen Zeugnisse ein und desselben Schülers bei Klassen- und Lehrerwechsel unbekannt? Auch die Schülerschar einer Klasse ist für den Ausfall der Zeugnisse von Bedeutung. Sind die Klassenleistungen unter dem Durchschnitt, so hebt sich eine Einzelleistung um so stärker heraus und umgekehrt. Wenn man dann noch an die oft überfüllten Klassen denkt, die es dem Lehrer fast unmöglich machen, sich ein einigermaßen richtiges Bild von jedem Schüler zu machen, so wird man ruhig das Urteil fällen dürfen, daß die Zeugnisse keineswegs immer richtig und gerecht sind. Und diese Bedingung sollte doch, wenn überhaupt Urteile abgegeben werden, in erster Linie erfüllt sein.

Leider muß man den Zeugnissen in dieser Beziehung noch schwerere Vorwürfe machen. Immer noch findet man z. B. in Schulzeugnissen Zensuren in Religion. Ja, sogar das sittliche Verhalten sollen wir in Ziffern fassen. Das ist geradezu eine Ungeheuerlichkeit! und für den Lehrer nur deswegen zu ertragen, weil er nicht weiß, welche Ungeheuerlichkeiten er oft begeht. Oder ist das etwa zu viel behauptet, wenn von einer Gruppe von Schülern, die gemeinsam die Schulordnung übertreten haben, diejenigen, die sich auf Befragen melden, eine schlechtere Zensur erhalten, als die, die nicht den Mut haben, sich zu ihrer Tat zu bekennen? Aehnliche Beispiele ließen sich zahlreich anführen. Das sittliche Verhalten läßt sich eben nicht in Ziffern oder Zensuren fassen. Jeder Erzieher wird deswegen nur mit starkem Unbehagen gerade an diese Dinge herangehen. Nur scharfe, langdauernde Beobachtung, gepaart mit scharfsichtigem psychologischen Verständnis, könnte hier zu einem Urteil berechtigen, und auch das würde sicher nicht durch ein paar dürre und zudem noch vieldeutige Ziffern ausgedrückt werden, sondern auch da würde es sich noch um ein allgemeines und mit Vorbehalt aufzunehmendes Urteil handeln. Die Prädikate in den genannten „Fächern" müssen also unbedingt angelehnt werden.

Aber auch die Zensuren über Kenntnisse und Fertigkeiten fordern scharfe Kritik heraus. Jedes Zeugnis ist ein Normalschema. Da marschieren alle Fächer nebeneinander auf. Die Unterscheidung in Haupt- und Nebenfächer macht die Sache nicht besser, sondern schlimmer. Man mißt also Fortschritt und Reife an einem Normalschema, obwohl es keine Normalmenschen gibt. Preßt man aber ein Leben mit seiner Eigenwertigkeit in ein Schema, so ergibt das nicht nur ein schiefes Bild, sondern die Werte werden geradezu in den Hintergrund gedrückt. Ein Zeugnis, das mehrere schlechte Zensuren neben einer auffallend guten enthält, hindert den Schüler nicht nur am Fortkommen in der Schule, sondern gilt auch den Eltern und im praktischen Leben als schlecht. Es ist ein Fluch der Zeugnisse, daß sie das Positive ertöten, weil sie nach dem Negativen beurteilt werden. Ueberwiegen dauernd die negativen die positiven Stimmen, so scheint Eltern und allen, die es angeht, die Aufstiegschance des Schülers stark zu sinken, kostspielige Privatstunden und vieles Andere wird daran gewendet, um diese Scharte auszuwetzen. Für die Schule manchmal mit Erfolg, für das Leben niemals. Wie segensreich würde es demgegenüber sein, wenn Mühe und Kosten für die positive Seite des Zöglings aufgewendet würden. Welchen Segen könnten Zeugnisse stiften, wenn sie nach dieser Seite hin ausgebaut würden, wenn sie den Eltern Auskunft gäben über die positive Seite ihres Kindes, wenn sie also dessen Begabungsrichtung andeuteten, seinen Wert nach deren Stärke beurteilten und das Negative dagegen verschwinden ließen. Im Zeugnis wird ein „Gut" im Deutschen durch ein „Mangelhaft" in der Mathematik aufgehoben; in Wirklichkeit bedeutet ersteres einen großen, vielleicht entscheidenden Wert für das Leben, gegen den das 2. durchaus gleichgültig sein kann. In der Schule aber ist das 2. von ausschlaggebender Bedeutung. Der Zusammenhang mit dem Leben ist der Schule verloren gegangen, und die Zeugnisse sind ein getreues Abbild dieser zum Selbstzweck gewordenen Schule.

Noch eine andere Ueberlegung läßt uns das gleiche erkennen. Die Zensuren sollen aus den Jesuiten-Schulen stammen, wo sie zur Anstachelung des Ehrtriebes eine sehr große Rolle spielten. Diesen Nebenzweck können sie auch heute nicht verleugnen. Noch heute werden in vielen Schulen die Plätze nach den Zensuren angewiesen, um auch nach außen hin zu dokumentieren, daß der Ehrgeiz als ein Haupterziehungsmittel angesehen wird. Das mag in einer Zeit, wo auch im Wirtschaftsleben noch immer die unbeschränkte Konkurrenz als Haupttriebfeder gefeiert wird, verständlich erscheinen, ist und bleibt aber trotzdem vom pädagogischen Standpunkte aus ein höchst zweifelhaftes Erziehungsmittel. An die Stelle der Arbeit aus Interesse tritt sehr oft die Arbeit um der Zensur willen. Auch darin sind die Zensuren ein getreues Abbild unserer Schulen. Sie beurteilen nur den Erfolg, nicht die Leistung. Allerdings ist unser ganzes Leben voller Beispiele für die Tatsache, daß weniger die Leistung als der Erfolg unser äußeres Geschick beeinflußt.

Man preist den Erfolgreichen und hat für den Leistungsstarken, aber Erfolglosen nur ein Achselzucken. Ueber die sittliche Größe eines Menschen aber entscheidet die Leistung. Davon steht in keiner Zensur etwas. Da wird nur gewertet, ob der betreffende Erfolg gehabt hat. Mit welchen Mitteln das erreicht ist, danach wird nicht gefragt. Es gibt sogar Fälle, wo die Note im Fleiß durch Addition und Division der Noten in den einzelnen Fächern festgestellt wird. Die Zensuren erziehen also dazu, sein ganzes Streben auf den Erfolg einzustellen. Als Erziehungsmittel im positiven Sinne können sie also nicht angesprochen werden.

Ehrliche Erzieher müßten also auf Zensuren verzichten wollen. Diese selbst lassen allerdings die Schule nicht als Erziehungsanstalt erscheinen; nach ihnen erscheinen Wissen und Kenntnisse als das Wichtigste. Wenn man boshaft sein wollte, würde man behaupten, auch in diesem Punkte seien sie ein getreues Spiegelbild unserer Schulen. Doch wir wollen uns vorsichtiger ausdrücken: Wir wollen feststellen, daß Zensuren in die Lernschule hineinpassen, in einer Erziehungsschule aber — in der hergebrachten Form wenigstens — unmöglich sein sollten. Wir haben uns deswegen seiner Zeit nicht gefreut, als auch für die lippischen Volksschulen der Zeugniszwang vorgeschrieben wurde; wir sind auch nicht der Meinung gewesen, daß diese „Annäherung" an die höheren Schulen einen Vorteil für die Volksschule bedeute, sondern haben das aufgefaßt als Dokumentierung der Tatsache, daß auch in Volksschulen Lernen und Kenntnisse im Vordergrunde zu stehen haben. Danach ist das Ziel der Schule der wissensreiche, nicht der sittliche, der gebildete Mensch. Das kann nicht unser Schulideal sein. Dann müssen wir aber auch die Forderung erheben, daß die Zensuren als überflüssig und denkbar ungeeignetes Erziehungsmittel nicht in unsere Schule hineingehören. Wo es sich darum handelt, rein stoffliches Wissen zu vermitteln, wo also Kenntnisse und Fertigkeiten die Hauptsache sind, da mögen sie, aber auch hier nur als Notbehelf, ihr Dasein weiter fristen.

Wenn wir somit die Zensuren aus unseren Schulen verbannt sehen möchten, dann soll damit selbstverständlich nicht gesagt sein, daß die Verbindung zwischen Schule und Haus weiter gelockert werden soll. Es gibt aber bessere und wirksamere Maßnahmen als Zensuren, um den Eltern das Urteil des Lehrers über ihr Kind zur Kenntnis zu bringen. Die wirksamste wäre natürlich die Oeffnung der Schultüren, doch darauf soll hier nicht weiter eingegangen werden. Auch e i n Besuch des Lehrers im Elternhause ist ersprießlicher als zahlreiche Zeugnisse. Es ist auch wirklich nicht nötig, den Eltern halbjährlich oder noch öfter mitzuteilen, daß ihr Kind im Schreiben oder sonst einem Fach wieder mal die Note 2 erhalten hat. Eltern, die sich überhaupt um ihr Kind kümmern, werden das in den meisten Fällen selbst wissen. Wichtig dagegen ist es, die Verbindung herzustellen, wo es nötig ist: Sei es bei sittlichen Verfehlungen, bei auffallenden Nachlassen in den Leistungen oder aus sonstigem Anlaß. In solchen besonderen Fällen wird eine gemeinsame Besprechung und Beratung viel Gutes stiften; da kann den Gründen nachgespürt werden, da können Mißverständnisse beseitigt und rechte Wege gewiesen werden. Wo eine persönliche Fühlungnahme unmöglich ist, wird eine eingehende schriftliche Mitteilung aushelfen können. Beides setzt natürlich voraus, daß den Lehrern die entsprechende Zeit zur Verfügung steht. Ueberfüllte Klassen und abgespannte Lehrer werden immer zum Schema neigen und auch dazu verurteilt sein. Es ist wenig erfreulich, daß man bei jeder pädagogischen Forderung noch darauf hinweisen muß. Es kann ja allerdings nicht geleugnet werden, daß sich auch in unseren Volksschulen in bezug auf die Schülerzahl manches gebessert hat, und so muß es auch möglich sein, von Zeit zu Zeit die Verbindung von Schule und Haus wirklich herzustellen, zumal ja auch das Zensuren-Schreiben eine nicht geringe Belastung bedeutet.

Weiterhin erscheint es notwendig, das Elternhaus darüber zu unterrichten, welche positiven Seiten das Kind in der Schule offenbart. Weiter oben ist bereits davon gesprochen worden, wie segensreich ein Ausbau der Zeugnisse nach dieser Seite hin sein könnte, und hier soll die Notwendigkeit noch einmal unterstrichen werden. Im Leben wird das Positive gewertet, und die Schule muß sich auch darauf einstellen. In heutiger Zeit wird ja immer wieder und ganz besonders betont, daß alle Kräfte zur Geltung gebracht werden müssen, da müssen auch alle Anlagen entwickelt werden. Wir haben dargelegt, daß die Zensuren dazu verleiten, das Negative herauszustellen. Das Gegenteil muß der Fall sein, Wo etwas zu fördern ist und wo also der Hebel angesetzt werden muß, das zu entdecken ist eine Hauptaufgabe der Schule, und über den Befund muß dem Elternhause Nachricht zugehen. In welcher Form das geschieht, ist einerlei. Die Zensur aber ist dafür ungeeignet. Auch ist eine Feststellung in regelmäßigen und gar kurzen Zwischenräumen durchaus überflüssig.

Wichtig und notwendig aber ist ein Urteil des Lehrers bei entscheidenden Uebergängen. So ist z. B. von erheblicher, vielleicht schon ausschlaggebender Bedeutung für ein Kind, daß beim Uebergang auf eine höhere Schule seine Begabungsrichtung richtig erkannt wird. Es ist selbstverständlich, daß die Mitwirkung des Lehrers bei der Beurteilung unerläßlich ist. Auch zeigt sich hier bereits die Notwendigkeit, das Urteil des Lehrers schriftlich niederzulegen, denn es handelt sich nicht mehr nur darum, daß es dem Schüler selbst und seinen Eltern zur Kenntnis gebracht wird, — was in mündlicher Aussprache besser geschehen kann, — sondern für die späteren Lehrer ist es nicht minder bedeutungsvoll.

Wenn uns unsere Ueberlegungen also auch dahin geführt haben, daß laufende Zensuren nicht nur überflüssig sind, sondern wegen vieler schädlicher Einflüsse durchaus abgelehnt werden müssen, so kann man sich der Notwendigkeit von Abgangszeugnissen doch nicht verschließen. Bei Eintritt ins Berufsleben zeigt sich das noch deutlicher als beim Uebergange von einer Schule zur anderen. Der Lehrer kann nicht mit jedem, der ein Urteil über einen Menschen wünscht, persönliche Fühlung nehmen. Andererseits sind die Fälle, in denen ein solches gewünscht wird, außerordentlich zahlreich. Um ein beweisendes Beispiel zu haben, wollen wir bei erworbenen Kenntnissen bleiben. Bei den zu Anfang erwähnten Bewerbungen handelt es sich um die Besetzung zweier Studienratsstellen und einer Gesanglehrerinnenstelle. Die beiden anzustellenden Studienräte müssen in Englisch und Französisch unterrichten. Wer von den Bewerbern nicht ein Urteil vorlegen kann über Lehrbefähigung im Englischen oder Französischen, scheidet von vornherein aus. Ebenso verhält es sich mit den Gesanglehrerinnen; wer nicht musikalische Neigungen und Fähigkeiten nachweisen kann, kommt nicht in Frage. Der entsprechende Nachweis ist kaum anders zu erbringen als durch ein entsprechendes Zeugnis. Aber dieser Nachweis genügt auch. Wer also z. B. im Französischen unterrichten will, braucht nicht nachzuweisen, daß er Mathematik n i c h t studiert hat oder gar, daß er in diesem Fache eine 4 verdient hätte. Immer und überall im Leben ist es so: d e r Nachweis ist zu liefern, daß für einen bestimmten Posten Fähigkeiten und Kenntnisse ausreichen. Wohl ist ein gewisses Maß von allgemeinem Schulwissen kaum zu entbehren, aber dafür dürfte doch schon damit der Beweis erbracht sein, daß jemand überhaupt eine entsprechende Schule mit Erfolg besucht hat.

Von dieser Basis aus können wir wohl das Ergebnis unserer Ueberlegungen folgendermaßen zusammenfassen:

Periodische Zensuren müssen abgelehnt werden; Abgangszeugnisse erweisen sich als notwendig; auch sie sollen keine Zensierung der einzelnen Schulfächer, sondern nur ein allgemeines Urteil darüber enthalten, wie weit jemand eine bestimmte Schule besucht hat. Nur über die Leistungen, die Begabungs- und Entwicklungsrichtung erkennen lassen, soll besonders berichtet werden. Ein solches Zeugnis ist ein Nachweis des Lebenswertes, den ein bestimmter Mensch verkörpert. Das kann einem Menschen gerecht werden, nicht aber irgend ein Normalschema.

Neben dem Berechtigungs- ist das Zeugnisunwesen eines der schwersten Hindernisse für den notwendigen Aus- und Aufbau unseres Schulwesens. Wollen wir eine wirkliche Volkserziehungsschule, so muß beides verschwinden.

Umschau

Vor einem neuen Landesschulgesetz?

In dem soeben erschienenen „Lippischen Landeskalender" für das Jahr 1929 berührt Herr Drake, der Vorsitzende des Lippischen Landespräsidiums, in seiner politischen Jahresbetrachtung auch die Frage eines neuen Schulgesetzes. Es heißt:

Nachdem das Reichsschulgesetz in der Versenkung verschwunden ist, die den Konflikt der früheren Koalition hinterließ, wird es sich jetzt in Lippe fragen, ob an den Erlaß eines neuen Landesschulgesetzes gedacht werden kann. Und nicht nur gedacht werden kann, sondern ob die Sache auch Aussicht auf Verwirklichung hat, und nicht minder auch: in welchem Sinne sie das haben kann. Ich denke, daß diese Frage bejaht werden muß, und daß es eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste Aufgabe des nächsten Landtages sein wird, ein neues, vorbildliches Schulgesetz zu beraten und zu verabschieden. Das bestehende Schulgesetz genügt verständigen und verständlichen Anforderungen nicht mehr, es ist ja auch aus einer Zeit hervorgeangen, in der die maßgebenden Kräfte im Staate, die demgemäß auch das Schulgesetz maßgebend beeinflußt haben, mit der überwiegenden Mehrheit der Landesbewohner in wichtigen, grundsätzlichen Fragen nicht übereinstimmten. Man könnte sagen, daß an der Wende so wichtiger Dinge wie: Sein oder Nichtsein des Landes, Finanzausgleich usw. die Verabschiedung eines neues Schulgesetzes nicht in Frage kommen dürfe. Aber warum nicht? Wenn man ernstlich will und sich nicht in uferlose Haarspaltereien über Dinge einläßt, über die man sich bei den nun einmal vorhandenen Gegensätzen doch nicht einigen wird, wenn man die Nerven behält, läßt sich ein Schulgesetz in vorbildlicher Art sehr wohl in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigen. Und solch eine Arbeit ist nie vergeblich, sie regt an, sie r.hret die Flamme!

Alles kann der Edle leisten,
der versteht und rasch ergreift.

Will uns Preußen oder das Reich in die großen Arme nehmen, so werden sie es lieber tun — wenn sie nicht von allen guten Geistern verlassen wären — mit einem geistig hervorstechenden Kinde denn mit einem andern.

Es ist auch unsere Auffassung, daß mit einem neuen Schulgesetz Ernst gemacht werden muß, wenn nach den Landtagswahlen die politischen Voraussetzungen dafür gegben sind. Die obenstehenden Ausführungen müssen darum durchaus begrüßt werden. Wenn darin nicht die Rede ist von einem neuen „Volksschulgesetz", sondern von einem „Landesschulgesetz", so darf man aus diesem Wort wohl die Auffassung herauslesen, daß die Gesamtheit unseres staatlichen Schulwesens einer neuen gesetzlichen Grundlage bedarf, soweit es in der Kompetenz des Landes liegt, daß also eine Regelung im Sinne der Einheitsschule erfolgt und nicht die Volksschule isoliert behandelt wird.

Häusliche Schulaufgaben.

In einem Orte im lippischen Norden hat sich ein Schulknabe drei Tage von Elternhaus und Schule ferngehalten. Nach der Rückkehr gab er als Grund seines Fortgehens an, er habe Furcht vor der Schule gehabt, weil er seine häuslichen Arbeiten für die Schule nicht erledigt gehabt habe. Wie weit diese Angaben den Tatsachen entsprechen, kann und soll hier nicht weiter verfolgt werden. Uns interessiert jedoch das Nachspiel in der lippischen Tagespresse. Die „Lipp. Landeszeitung" schreibt dazu:

„Dies Vorkommnis hat zu mancherlei Erörterungen Anlaß gegeben. Wenn es auch wohl nicht zu umgehen ist, daß die Kinder auf dem Lande zur Mitarbeit in dem landwirtschaftlichen Betriebe der Eltern herangezogen werden, so mag doch im Interesse der Schuldisziplin einmal darauf hingewiesen werden, wie nötig es ist, daß den Kindern genügend Zeit zur Erledigung ihrer Schularbeiten gewährt wird. Man hat häufig genug Gelegenheit, zu beobachten, wie manche Kinder, übermüdet von der Tagesarbeit, abends bei spärlichem Dämmerlicht noch ihre Schulaufgaben machen. Daß hierbei nur ungenügende Resultate für die Schule herauskommen, versteht sich von selbst. Bei den zunehmenden Schwierigkeiten des wirtschaftlichen Kampfes kommt es immer mehr darauf an, auch geistig gerüstet zu sein; hieran sollten alle Eltern auch auf dem Lande denken, indem sie ihre Kinder anhalten, den Forderungen, welche der Lehrer stellen muß, zu entsprechen, denn die Schule ist die Grundlage des späteren Lebens."

Das „Volksblatt" druckt diese Auslassungen der L. L. Z. ab und fügt ihrerseits folgendes hinzu:

„Diese Ausführungen stammen sicher aus der Feder eines Schulmannes, und wir stimmen ihm völlig zu. Eines darf aber noch dazu gesagt werden: Es gibt Lehrer, die ihren Schulkindern reichlich viel Hausarbeiten aufbürden, so daß die Kinder kaum etwas von ihrer Freizeit verspüren. Dies sollte auch einmal zur Nachprüfung Veranlassung geben."

Das Thema „Häusliche Schularbeiten oder nicht?" ist in der Lehrerwelt nicht neu. Namhafte Schulmänner lehnen die Hausaufgaben grundsätzlich ab. Doch muß gesagt werden, daß vor allem die Landschulen bei der minimalen Zahl der Unterrichtsstunden, die den Kindern wöchentlich zuteil wird, nicht völlig auf die Hausaufgaben werden verzichten können. Erst wenn praktisch der Ausbau der Volksschule, der immermehr von breiteren Schichten des Volkes debattiert und gefordert wird, in einem der heutigen Bildungsaufgabe der Volksschule entsprechenden Maße vollzogen ist, werden auch für diese Frage die notwendigen Voraussetzungen gegeben sein.

Die Kosten eines Schülers.

Das „Volksblatt" stellt über die Kostenbeträge eines Schülers folgende Betrachtungen an:

„Ein Beamter des preußischen Kultusministeriums hat eine Berechnung über die Kosten aufgemacht, die dem preußischen Staate durch die Unterhaltung der Schulen entstehen. Es handelt sich dabei offenbar um die Voranschlagszahlen, doch ist nicht erkennbar, ob die Schulgeldeinnahmen wie die Einnahmen überhaupt bei den höheren Schulen berücksichtigt sind. Die Berechnung ergibt ferner deswegen kein klares Bild, weil in Preußen die Kosten der Volksschulen nicht in der Hauptsache vom Staate getragen werden, sondern von den Schulverbänden; es ist aber richtig, daß die Last des Staates sich seit dem Kriege wesentlich verstärkt hat.

Sieht man von diesen Vorbehalten ab, so gibt der Preußische Staat für jedes Volksschulkind 105 Mark jährlich aus, für jeden „höheren" Schüler werden 457 Mark Jahresausgaben berechnet, und für jeden Besucher der akademischen Lehranstalten (Universitäten) 1700—1862 Mark jährlich.

Wie man sieht: Die Ausgaben für die Besucher der höheren Lehranstalten sind das Vielfache dessen, das der Volksschüler erfordert. —

In Lippe werden ohne Zweifel die Volksschullasten in stärkerem Maße vom Staate getragen als in Preußen, denn Lippe bezahlt mit geringen Ausnahmen die Lehrergehälter sämtlich. Zurzeit werden ungefähr 22 000 Kinder die lippischen Volksschulen besuchen. Der Staat gibt für die Besoldung der Lehrkräfte, für die Aufsicht und die Beschaffung der Lernmittel im laufenden Jahre rund 2,4 Millionen Mark aus. Das würde auf den einzelnen Schüler einen Betrag von 109 Mark ergeben.

Nehmen wir dann zum Vergleich bei den höheren Schulen die Detmolder höhere Lehranstalt, die zurzeit von etwa 600 Schülern besucht wird. Sie verursacht nach dem Staatsvoranschlag rund 260 000 Mark Jahresausgaben; hiervon sind aber 134 000 Mark Einnahmen abzuziehen (Schulgeld pp.). Es ergäben sich dann für jeden Schüler 210 Mark jährliche Ausgabe. Also fast doppelt soviel wie für den Volksschüler, aber nur halb soviel wie für den preußischen „höheren" Schüler. Dies Rätsel wird aber seine Lösung darin finden, daß in der preußischen Berechnung wahrscheinlich die Schulgeldeinnahmen nicht abgezogen sind.

Wenn die Volksgesamtheit für die „höhere Bildung" soviel mehr tut, wird sie dafür um so höhere Leistungen von den Nutznießern ihrer Freigebigkeit beanspruchen dürfen.

Wird sie sie aber auch erhalten???"

Schulforderungen des A. D. G. B.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund befaßte sich auf seinem diesjährigen Kongreß in Hamburg ausgiebig mit der Bildungsfrage. Folgende Leitsätze des Bundesausschusses und Bundesvorstandes wurden angenommen:

a) Volksschulwesen. Die gemeinsame Grundlage des gesamten Bildungswesens im neuen Staate ist die Volksschule. Sie ist noch

für Millionen von Arbeiterkindern die erste und einzige Bildungsstätte. Von ihr muß daher jede grundlegende Reform ausgehen. Entsprechend dem Geist und Sinn der Verfassung muß die deutsche Gemeinschaftsschule auch auf dem Gebiete des Volksschulwesens die Regelschule werden. Ihr Lehrplan ist in allen weltlichen Fächern, nicht nur in den technischen, für alle Schüler, ohne Unterschied der Konfession, für das ganze Reich einheitlich zu gestalten.

Wie bei den mittleren und höheren Schulen und bei den Hochschulen, ist auch für die Volksschule die uneingeschränkte Weltlichkeit der Schule zu fordern. Dieser Grundsatz der Weltlichkeit des gesamten Schulwesens muß der leitende Gedanke eines jeden Reichsvolksschulgesetzes sein. Die Schule gehört dem Staate, als dem Repräsentanten des ganzen Volkes; seine Schulhoheit darf weder durch Kirche noch durch Weltanschauungsbünde beeinträchtigt werden.

Die Volksschule ist die Vorschule der beruflich tätigen Jugend. Entsprechend dieser Aufgabe muß der Arbeitsunterricht, insbesondere in den oberen Klassen, ein wichtiger Bestandteil der vermittelten Bildung sein. In Verbindung mit dem Arbeitsunterricht, der eine geeignete Grundlage für die spätere Berufsbildung bildet, ist die Schulpflicht zu verlängern. Nach der Schulzeit ist angesichts der technischen Entwicklung und ihrer Arbeitsmethoden eine dreijährige Lehrzeit, auch für die qualifizierten Berufe, als vollauf genügend zu erachten.

Bei der Lehrerausbildung müssen die Sozialwissenschaften (Volkswirtschaftslehre, Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege) einen breiteren Raum einnehmen. Aus solchem Unterricht muß den zukünftigen Lehrern die innere Verpflichtung zu sozialem Handeln und die Notwendigkeit der Verbindung mit den im Volksganzen wirkenden sozialen Organisationen erwachsen. Der Zugang zu den Ausbildungsstätten für die Volksschullehrer muß auch solchen Personen beiderlei Geschlechts offenstehen, die in gleichwertigen beruflichen Bildungsanstalten ihre Schulung genossen haben. Die Scheidung der Bildungsstätten der Volksschullehrer nach Konfessionen (wie z. B. bei den Pädagogischen Akademien in Preußen) ist im Interesse einer einheitlichen Volksbildung abzulehnen.

b) Berufsschulwesen. Trotz der wiederholten Forderungen der Gewerkschaften und der Berufsschullehrerschaft ist ein Reichsberufsschulgesetz noch nicht erlassen worden. Große Teile der volksschulentlassenen männlichen und vor allem weiblichen Jugend genießen darum noch immer nicht den in Artikel 145 der Verfassung vorgesehenen Berufsschulunterricht, der, auf die Volksschule aufbauend, bis zum 18. Lebensjahre reichen soll. Die reichsgesetzliche Regelung des Berufsschulwesens auf der Grundlage des von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bereits 1925 eingebrachten Entwurfes zu einem Reichsberufsschulgesetz ist eine der dringendsten Aufgaben des neuen Reichstages.

Die Bestrebungen von Religionsgesellschaften und Weltanschauungsbünden zur Einführung des Religions- bezw. Weltanschauungsunterrichts als Pflichtfach im Lehrplan der Berufsschulen sind abzulehnen und der weltliche Charakter der Berufsschulen im Sinne der Verfassung ausdrücklich festzulegen.

Für die besonderen Befähigten aus der Arbeiterschaft ist die Möglichkeit des Aufstiegs von der Berufsschule zu den mittleren und leitenden Stellen der öffentlichen und privaten Dienste zu fordern. Ein solcher Weg ist in nachahmungswerter Weise in Thüringen in der Form der Berufsmittel- und Berufsoberschulen eröffnet worden. Von den Berufsoberschulen muß der Uebergang zu den Berufshochschulen (technische und Handelshochschulen) ermöglicht werden. Diesem Schulzug sind in geeigneter Weise die niederen, mittleren und höheren Fachschulen einzugliedern. Schon jetzt sind Einrichtungen vorzusehen, die es jedem in der Berufsarbeit Stehenden neben der Ausübung der Berufsarbeit gestatten, Ergänzungskurse zur theoretischen Vertiefung der Berufsarbeit zu besuchen.

In Verbindung mit diesem Aufbau sind die vom Reichsministerium des Innern herausgegebenen Richtlinien zur Erteilung der mittleren Reife einer Aenderung zu unterziehen. Auch Berufsschulen, sofern sie die Form der Berufsmittelschule aufweisen, muß das Recht zur Verleihung der mittleren Reife gegeben werden.

Die vom 12. Gewerkschaftskongreß (Breslau 1925) erhobenen Forderungen, insbesondere soweit sie die Ausgestaltung des staatsbürgerlichen Unterrichts durch stärkere Berücksichtigung der für Arbeitnehmer wichtigsten Gebiete (Sozialpolitik, Arbeitsrecht, Betriebsräte, Gewerkschaftswesen) betreffen, sind in stärkerem Maße noch zu berücksichtigen.

Der Zersplitterung und Vielgestaltung des deutschen Berufsschulwesens ist durch eine Neugestaltung nach einheitlichen Richtlinien zu begegnen. Alle Arten der Berufs- und Fachschulen sind einem Ministerium zu unterstellen. Bei diesem und den nachfolgenden Organen der Schulverwaltung und -aufsicht ist eine besondere Abteilung für das Berufs- und Fachschulwesen zu errichten; durch eine diese Abteilung ergänzende Körperschaft, Beirat (gleich den Schulvorständen oder Schulbeiräten), ist die Mitarbeit der Wirtschaftskreise zu gewährleisten.

Das oft kümmerliche Berufsschulwesen in kleinen Orten, in denen leistungsfähige Fachklassen oder Berufssammelklassen bestehen, ist durch die Gründung von „Verbandsberufsschulen" mit modernem Lehrbetrieb, gut gegliederten Fachklassen und hauptamtlich tätigen Lehrern leistungsfähiger zu gestalten. Die Berufsschulen sind großzügiger als bisher mit modernen Schulwerkstätten auszustatten.

Weiter sind verstärkte Maßnahmen zu treffen für die körperliche Ertüchtigung der Jugend durch die Berufsschule. Der Unterricht für die körperliche Ausbildung, die als Pflichtfach zu fordern ist, muß ebenfalls in der Arbeitszeit liegen.

Zur gesundheitlichen Förderung der Jugend ist eine schulärztliche Ueberwachung in den Berufsschulen einzuführen, weiter sind die Schüler und Schülerinnen über die Gefahren von Volkskrankheiten, über Unfallverhütung, Gesundheitsschutz in den Betrieben und Nothilfe bei Unglücksfällen zu belehren.

Reichsinnenminister Severing auf dem Gewerkschaftskongreß in Hamburg.

„Der demokratische Minister Koch-Weser hat einmal mit Recht das Reichsinnenministerium die Dame ohne Unterleib genannt, weil das Ministerium keine Ausführungsorgane besitzt. Das gilt nicht nur für die Polizei, sondern auch für die Schulpolitik. Wer nur die Gesetzgebung hat und nicht gleichzeitig auch die Verwaltungsmaschine, der blitzt oft ab. Wir haben auf dem Gebiete der Kulturpolitik das Zentrum nicht auf unserer Seite. So muß ich also vor jeder Illusion warnen. Ich kann an dieser Stelle taktische Fragen nicht offen erörtern, und es ist eine taktische Frage, ob man jetzt ein neues Reichsschulgesetz einbringen soll oder später."

Philologentag in Danzig.

Der preußische Philologentag in Danzig faßte mehrere Entschließungen zu verschiedenen schulpolitischen und pädagogischen Streitfragen unserer Zeit. Herausgehoben sei hier seine Stellung zu der Grundschule und der Aufbauschule. Der Verbandstag der preußischen Philologen vermochte sich nicht von der alten Auffassung frei zu machen, die in der Grundschule eine Vorbereitungsanstalt für die höhere Schule sieht, nicht aber eine Schule, die ihre Aufgabe in der natürlichen Entfaltung der kindlichen Kräfte erblickt. Es liegt ein pädagogisches Armutszeugnis in dem Verlangen einer besonderen Zustutzung der 6—10jährigen auf die an vielen höheren Schulen noch übliche Arbeit. Es ist wohl auch eine Selbsttäuschung, wenn die Mehrheit der Philologen heute noch daran glauben sollte, daß durch ein Beharren auf den überlebten Forderungen die Reform der Volksschularbeit aufzuhalten wäre. Aus der besonderen Einstellung des Verbandstages ist auch das Verlangen nach erleichtertem Uebergang von der Grundschule zur höheren Schule bereits nach dreijährigem Besuch der Grundschule zu verstehen.

Die Entschließung zur Aufbauschule läßt deutlich daß Widerstreben erkennen, mit dem eine nicht aufzuhaltende Entwicklung anerkannt wird. Auch das geschieht, wie die Ablehnung der Aufbauschule für Städte mit grundständigen höheren Schulen z. B. zeigt, nicht ohne Vorbehalt. Die Entschließung lautet:

„a) Die Aufbauschule ist eine Sammelschule für besonders begabte und leistungsfähige Kinder des flachen Landes, die nicht vorzeitig der Familienerziehung entzogen werden sollen.

b) Die Aufbauschule ist sechsjährig und kann die normale neunjährige Schule nicht ersetzen. Der Aufgabe und dem Aufbau dieser Schule entsprechend ist der Lehrplan von vornherein auf die Erreichung des Endzieles, die Hochschulreife, einzustellen.

c.) Als allgemein bildende Schule darf die Aufbauschule nicht ausschließlich den Typus der Deutschen Oberschule vertreten.

d) Die Aufbauschule muß zweisprachig sein. Neben der grundständigen Fremdsprache muß eine zweite im dritten Schuljahr lehrplanmäßig einsetzen. In der Mathematik, den Naturwissenschaften und den fremden Sprachen müssen die den grundständigen Schultypen entsprechenden Anforderungen sicher erreicht werden.

e) Ihrer Eigenart entsprechend sind den Aufbauschulen Schülerheime anzugliedern.

f) Der Unterricht ist ausschließlich Lehrkräften mit voller akademischer Vorbildung zu übertragen.

g) Die Aufbauschulen gehören in die kleineren Städte der Provinz und sind so zu verteilen, daß jeder Schule ein hinreichend großes Gebiet zur Verfügung steht, aus dem sie die erforderliche Zahl geeigneter Schüler zu gewinnen vermag. Ihre Zahl ist daher beschränkt. Die vorhandenen Aufbauschulen genügen dem Bedarf.

h) Die Aufbauschule ist für die Städte, die Bildungsmöglichkeiten durch grundständige höhere Schulen bieten, abzulehnen. Zur Ueberführung der Begabungen, die sich erst in den letzten Klassen der Volksschule erkennen lassen, können Uebergangsmöglichkeiten in Form von Sonderklassen an höheren Schulen geschaffen werden."

Noch schärfer tritt die ängstliche Sorge um die privilegierte Stellung der neunstufigen höheren Schule aus den Beschlüssen zur preußischen Mittelschule hervor. Darüber heißt es im Deutschen Philogenblatt:

„Hinsichtlich der Mittelschule wurde festgestellt, daß diese in keinem Falle die Aufgaben der höheren Schule zu übernehmen oder sie in irgendeinem Teile zu ersetzen vermag, daß das Schulzeugnis der Mittelschule nicht die Berechtigung zum Eintritt in die O 2 einer höheren Schule verleiht. Der Uebergang von der mittleren zur höheren Schule kann nur auf Grund einer Aufnahmeprüfung nach den ministeriellen Bestimmungen erfolgen. Eine Gleichstellung der mittleren Reife mit der Obersekundareife inbezug auf Berechtigungen wurde für unmöglich gehalten. Die Bezeichnung „höhere Schule" für solche Schulen, die nach einem Plan der Mittelschule unterrichten — Plan 5 für Orte mit höheren Schulen wird überhaupt abgelehnt —, wurde zurückgewiesen."

Zur Pflichtstundenfrage, zur Ausbildung und Fortbildung der Lehrer an höheren Schulen wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

„Die Höchstzahl der Pflichtstunden ist in der Weise festzusetzen, daß der Philologe bis zum 40. Lebensjahre höchstens bis zu 22 Stunden wöchentlich, bis zum 50. Lebensjahr höchstens bis zu 20 Stunden wöchentlich, vom 50. Lebensjahr ab höchstens bis zu 18 Stunden wöchentlich zu unterrichten verpflichtet werden kann.

Für besondere Aufträge, wie Ausbildung der Referendare, Verwaltung der Bibliothek, der Lehrmittel und Sammlungen, ferner für die Aufsicht bei Spiel- und Wettkämpfen, für die Abhaltung des Schulgottesdienstes usw. und gemäß der dienstlichen Inanspruchnahme (Zahl und Umfang der Korrekturen, Arbeitsgemeinschaften) ist eine angemessene Stundenzahl anzurechnen.

Die Höchstschülerzahlen sind in den unteren Klassen auf 30, in den mittleren auf 25 und in den oberen auf 20 festzusetzen."

„1. Die wissenschaftliche Vorbildung der Philologen hat auf der Universität und gleichstehenden Hochschulen zu erfolgen.

2. Diese wissenschaftliche Vorbildung hat auf die späteren Bedürfnisse des Lehrers mehr als bisher Rücksicht zu nehmen.

3. Neben der fachwissenschaftlichen Vorbildung hat die Universität auch die philosophische Bildung und die Ausbildung in theoretischer Pädagogik, insbesondere Jugendpsychologie zu leisten.

4. Für Vorbildung und praktische Ausbildung der Philologen kommen die Pädagogischen Akademien nicht in Betracht."

Zur Fortbildung der Philologen wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Um die Philogogen jederzeit auf dem Höhenstand ihrer Fachwissenschaft, der pädagogischen Praxis zu erhalten, haben Staat und Städte durch großzügige Gewährung von Entlastung und Urlaub und Bereitstellung ausreichender geldlicher und anderer Mittel die materiellen Voraussetzungen für die unter Mitarbeit der Philologenvereine zu organisierende Fortbildung zu schaffen.

Insbesondere sind zu fördern: Studienreisen im Innland und Ausland für Angehörige aller Fachgruppen, Teilnahme an Kongressen, erleichterte Benutzung von Bibliotheken und Instituten, Besuch von Museen, Theatern, Ausstellungen und Konzerten, Veranstaltung von Kursen, Lehreraustausch."

— Taktik, Taktik über alles!

Direktor Triebold boykottiert.

Die Waldschule Senne I ist manchem lippischen Lehrer aus eigener Anschauung bekannt. Sie ist kurz nach dem Kriege zu dem Zwecke errichtet, kränklichen, vor allem tuberkulösen Kindern Gesundung und Erziehung zuteil werden zu lassen. Der Unterricht war in erster Linie Gesundheitsunterricht. Im Leben der Waldschule herrschten Freude und Frohsinn als Grundmomente kindlichen Fortschritts. Im Vergleich zu den wenigen anderen Waldschulen in Deutschland stellte sie ihre ganze Arbeit vorherrschend auf den Grundsatz der Hygiene ein und wurde dadurch in den wenigen Jahren ihres Bestehens bis über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt. Besonders in Oesterreich und der Schweiz fanden ihre Grundsätze Beachtung und Anerkennung. Führend beteiligt an dem Entstehen und Aufblühen dieser Waldschule war der frühere Bielefelder Kollege und nachherige Leiter der Waldschule Triebold. Er ist uns aus der „Lipp. Schulztg." durch den Aufsatz „Gesundheit und Erziehung" in der Aprilnummer des vorigen Jahrganges als eifriger Förderer des hygienischen Unterrichts noch in Erinnerung. Noch im vorigen Sommer wurde die Anstalt durch eine Abteilung zur Erlernung der Haushaltsführung für schwächliche Mädchen erweitert. (Durch diese Erweiterungsarbeiten wurde es damals einigen lippischen Arbeitsgemeinschaften zur Lehrerfortbildung leider unmöglich gemacht, die geplante Besichtigung der Waldschule vorzunehmen.)

Was ist nun geschehen? Direktor Triebold ist von der Landesversicherungsanstalt in Münster, die Eigentümerin der Waldschule ist, seines Amtes enthoben. Weshalb? Darüber grübeln die beteiligten und interessierten Kreise vergeblich nach. Man sagt, die Landesversicherungsanstalt wolle ein Genesungsheim aus der Waldschule machen und die Schulabteilung aufheben, welchem Argument wir jedoch keinen Glauben zu schenken vermögen, zumal auch gerade von der Landesversicherungsanstalt bis in die jüngste Zeit hinein die günstigsten Urteile über die Waldschule vorliegen. Hier liegt offenbar „etwas in der Luft", worüber dasgerichtliche Nachspiel (Herr Triebold hat die L. V. A. auf Grund des Anstellungsvertrages verklagt) und die schon jetzt stark interessierte Presse hoffentlich Aufschluß bringen werden.

Was heute noch gesagt werden muß, ist folgendes: Die L. V. A. hat dienstlich den gesellschaftlichen Boykott Triebolds angeordnet, indem sie für die Lehrkräfte — etwa 10 sind vorhanden — verfügte, „daß alle Beziehungen zu dem Hause Triebold eingestellt werden" und erwartet, „daß dieser Anordnung ohne Widerstreben Folge geleistet wird." Sie erwartet überdies von der Einsicht sämtlicher Lehrkräfte, daß ihre Anordnungen richtig verstanden und gewertet werden." — Wir müssen schon gestehen: Hier können wir einfach nicht mehr mit. Soweit haben selbst Behörden des alten Obrigkeitsstaates nicht über das private Leben der Beamten verfügt, wie es hier geschieht. Sollten dienstliche Vergehen von Seiten Triebolds vorliegen: warum denn nicht heraus damit? Man muß das nach den bisherigen Verlautbarungen für unmöglich halten. Und dennoch der bisherige Leiter, die Seele des ganzen anerkannten Unternehmens, durch eine Behörde gesellschaftlich boykottiert? Was haben übrigens Frau, Kinder und etwaige Hausangestellte mit der Sache zu tun? Auch sie amtlich boykottiert! Will man etwa den preußischen Beamten den Sonntagnachmittagsspaziergang wieder vorschreiben, wie es bei den „Preußen" üblich war? Ja, der alte Geist spukt noch.

Um den Religionsunterricht in der Fachschule.

Einen Lehrgang für Religionslehrer an Berufsschulen veranstaltet das „Deutsche Institut für wissenschaftliche Pädagogik" in Münster in Westfalen. Das Institut mit dem großen Namen ist eine katholische Einrichtung, die in engster Verbindung mit der Zentralstelle der katholischen Schulorganisation in Düsseldorf für die konfessionelle Schulpolitik des Zentrums arbeitet und auch diesen Kursus in Gemeinschaft mit der Marxschen Schulorganisation abhält. In dem Programm heißt es, daß auch die Persönlichkeit des Religionslehrers erörtert werden soll in den Referaten über Vorbildung und Fortbildung des Religionslehrers, über die Eigenschaften des Religionslehrers als Priester und Erzieher und die Stellung des Religionslehrers als Lehrer und Seelsorger. Ferner wird die Tätigkeit des Religionslehrers bei Knaben und Mädchen in besonderen Vorträgen dargelegt werden.

Berufsschule und Berechtigungswesen.

Noch immer wird der Zugang zu zahlreichen Berufen von Schulberechtigungen abhängig gemacht. Ja man kann sagen, daß das Berechtigungsunwesen nach dem Kriege eine neue Blüte erlebt hat. Es ist, namentlich vom Deutschen Lehrerverein, oft genug darauf hingewiesen worden, daß dieses System für alle die Kinder des Volkes, die nicht in der Lage sind, eine mit Berechtigungen ausgestattete Schule zu besuchen, zu schweren Ungerechtigkeiten führen kann, da es diesen Kindern den Weg in zahlreiche Berufe versperrt. Leider scheinen diese Mahnungen ungehört zu verhallen, Wirtschaft und Verwaltung glauben auf „Berechtigungen" nicht verzichten zu können. Namentlich spielt die „mittlere Reife" gegenwärtig eine große Rolle. Vom Deutschen Lehrerverein ist wiederholt gefordert worden, daß auch von der Volksschule aus das Zeugnis der mittleren Reife zu erwerben möglich sein muß. Diese Forderung ist aber bislang nur an wenigen Stellen erfüllt worden.

Nunmehr hat auch die Berufsschullehrerschaft, von ähnlichen Erwägungen wie der Deutsche Lehrerverein ausgehend, zur Frage der mittleren Reife Stellung genommen. Auch den Berufsschülern soll die Möglichkeit, zur mittleren Reife zu gelangen, gegeben werden. Der „Reichsverein der hauptamtlichen Lehrerschaft deutscher Berufsschulen" hat auf seiner vor kurzem in Jena abgehaltenen Tagung folgende Entschließung angenommen, die dieser Forderung Ausdruck gibt:

„Da mit Zuerkennung der mittleren Reife keine in allen Ländern anerkannte Verleihung von Schulberechtigungen verbunden ist, besteht ein Anreiz für den Erwerb der mittleren Reife hauptsächlich um deswillen, weil ihr Besitz den Zugang zu den gehobenen Stellen im Wirtschaftsleben verspricht. Der Dienst an diesen Stellen verlangt neben einer ausreichenden Allgemeinbildung, vor allem praktisches Wissen und Können. Im Interesse der Wirtschaft wie auch im Interesse solcher Begabten, die nach vollendetem Volks-

schulbesuch in einen praktischen Beruf eintreten, sind deshalb die Richtlinien über die mittlere Reife dahin zu ergänzen, daß sie grundsätzlich der Bedeutung und dem Wert der Berufsausbildung mehr Rechnung tragen als bisher und das Recht zur Erteilung der mittleren Reife auch auf Schulen ausdehnen, deren Unterricht neben der praktischen Tätigkeit einhergeht. Darüber hinaus ist für den Zugang zu den führenden Stellen im Wirtschaftsleben die Einrichtung der Oberstufe einer technisch-wirtschaftlichen Schule (Berufsoberschule) erforderlich, die die organische Verbindung der technisch-wirtschaftlichen Bildung mit den grundlegenden Elementen der höheren Allgemeinbildung bringt und zur Hochschulreife führt. Die zur mittleren Reife führenden Klassenzüge der Berufsschule sind so auszubauen, daß sie auch die Reife für die Berufsoberschule verleihen."

Unter dem Konkordat.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht Prof. Friedr. Wiegand im „Reichsboten" einen Aufsatz, der den Evangelischen in Bayern, die seinerzeit für das Konkordat gestimmt haben, zeigt, welche große Dummheit sie damals gemacht haben. Herr Wiegand bedauert es, daß so viele protestantische höhere Lehranstalten in Bayern wegen Schülermangels eingehen müssen, während sich die katholischen Anstalten halten. Allerdings, so fügt er hinzu, werde es den katholischen Eltern auch recht leicht gemacht. Dank dem bayerischen Konkordat mußte das Unterrichtsministerium bisher 300 000 M. für katholische Alumnate beisteuern. Vor wenigen Wochen habe es aber der Landtag für angemessen erachtet, in elastischer Handhabung der Konkordatsbestimmung diese Summe auf das Doppelte zu erhöhen. Die Protestanten bekämen für die gleichen Zwecke nichts. So könne es kommen, daß im protestantischen Ansbach 12 protestantischen Primanern 12 katholische gegenüberständen. Es liege Grundsatz in diesem Verfahren. Man verstehe es vortrefflich, durch hervorragende Organisation und anerkennenswerte Rührigkeit die alten Anstalten geschickt mit katholischen Lehrern und Schülern zu besetzen und ihnen dadurch ein neues Wachstum zu sichern und vor allem da, wo sich der Katholizismus in der Minderheit befinde, neue Erziehungsanstalten ins Leben zu rufen. Das Ziel sei die Heranbildung katholischer Intelligenz zur Verstärkung katholischer Weltanschauung in Bayern.

Wir können uns in die Schmerzen der Evangelischen in Bayern sehr wohl hineindenken; aber haben denn die evangelischen Landtagsabgeordneten, die seinerzeit für das Konkordat gestimmt haben, nicht vorher gewußt, daß sie von der Bayerischen Volkspartei dabei über den Löffel barbiert werden? Sie werden im Laufe der Zeit mit der „elastischen Handhabung des Konkordats" noch ganz andere Dinge erleben!

Die Verfassungsfeier der Berliner Gymnasiasten.

Trotzdem die Schulleitung des Werner-Siemens-Realgymnasiums in Berlin-Schöneberg die zweite Feier verboten hatte, ist sie dennoch zustande gekommen. Eine Untersuchung der Vorgänge durch den Vertreter des Provinzialschulkollegiums, Oberschulrat Hardtke, hat zu einer Beilegung des Streites geführt. Das Vorgehen der Schüler wurde durchaus gebilligt und ihr Recht auf eine republikanische Verfassungsrede, die getragen ist von dem Geiste der Weimarer Verfassung, bestätigt. Die verfassungstreuen Schüler haben nun ihre eigene Verfassungsfeier am 21. August, 20 Uhr, im Plenarsitzungssaal des Reichswirtschaftsrates veranstaltet. Sie war so stark besucht, daß selbst in einer Parallelversammlung nicht alle Schüler Platz fanden. Der Direktor der Schule war der Veranstaltung ferngeblieben, er halte das mit Krankheit begründet. Vom Lehrerkollegium des Gymnasiums war nur ein Mitglied erschienen. Vom Kultusminister Dr. Becker lag ein Handschreiben vor, das mitteilt, daß er durch eine Reise am Erscheinen verhindert sei, daß er aber volles Verständnis für das Vorgehen der Schüler habe. Nach Musik und Vorspruch begrüßte ein Oberprimaner im Namen der verfassungstreuen Schüler die erschienenen Gäste und betonte, daß die Feier nicht gegen die Schule, sondern für staatsbejahende Erziehung der jungen Menschen in der Schule demonstrieren wolle. Man erlebe es wohl zum ersten Male, daß die große Mehrheit der Schüler einer Schule von den Lehrern fordere: Lehrt uns unsere Republik lieben. Ein Schüler der Mittelklasse stellte in einer Ansprache als das Ideal der Jugend soziale Gleichberechtigung und Völkerversöhnung hin. Gegen den Dünkel der höheren Schichten anzukämpfen, sei eine besondere Aufgabe der Angehörigen der höheren Schule. Oberstudiendirektor Bohner rief der Jugend zu, wenn sie sich in Marsch setze, werde sich das Tempo auf dem Wege zum Einheitsstaat beschleunigen. Oberstudiendirektor Müller verlangte, daß der Unterricht im Geiste der Völkerversöhnung erteilt werde. In seiner Verfassungsrede zeigte Oberstudiendirektor Dr. Hildebrandt, wie anerkennenswert es sei, daß sich die Jugend schützend vor die Verfassung stelle. Die Veranstaltung schloß mit einem Hoch auf die Republik, das der zweite Sohn Friedrich Eberts ausbrachte. —

Zu dieser Verfassungsfeier äußert sich die „Lippische Tageszeitung" unter der fetten Ueberschrift „Gegen Politisierung der Schule" durch folgende Notiz:

„Der Deutschnationale Lehrerbund, der bisher zum Schöneberger Schulskandal geschwiegen hat, um dem in erster Linie zuständigen Berliner Philologenverein und dem Preußischen Philologenverband den Vortritt zu lassen, hält es nunmehr für seine Pflicht, ohne damit die Angelegenheit auf ein parteipolitisches Gleis zu schieben, folgendes zu erklären:

1. Die Maßnahmen des Herrn Ministers bedeuten eine Zerstörung jeder Autorität, jedes Vertrauensverhältnisses und jeder gemeinsamen Arbeit zwischen Lehrern und Schülern.
2. Das Abhalten einer einerseits von der Republikanischen Beschwerdestelle und dem Reichsbanner unterstützten, andererseits vom Ministerium begrüßten Schülerversammlung, die eine Demonstration gegen die eigene Schule ist, trägt Zersetzung und parteipolitische Beeinflussung in die Schule.
3. Es muß sofort eine Schulordnung geschaffen werden, die den Schülern und Schülerausschüssen verbietet, an die Presse zu gehen, in ihr zu schreiben und Versammlungen abzuhalten.
4. Es ist zu fordern, daß der Herr Minister die Lehrer vor Bespitzelungen durch die Schüler und durch die Oeffentlichkeit schützt.

Hinzugefügt wird weiter, daß die Forderung des Oberschulrats Hartke und des Magistratsoberschulrats Heyn, bei den Verfassungsfeiern ein Hoch auf die Republik und nicht auf das Vaterland auszubringen, einem sehr großen Teil der Lehrer eine Lüge zumute und keine Rücksicht auf die Empfindungen der sehr zahlreichen andersdenkenden Schüler und Eltern nehme. Sie stehe überdies im Widerspruch zu dem Verhalten des Ministers, der im vorigen und in diesem Jahre in den von ihm besuchten Verfassungsfeiern am Kaiserin-Auguste-Gymnasium und am Arndt-Gymnasium das Hoch auf das Vaterland ausgebracht hat.

Natürlich wird dieses Vorgehen auf das preußische Kultusministerium wenig Eindruck machen. Etwas anderes würde es sein, wenn die gesamte deutsche Lehrerschaft — ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit — gegen den bösartigen Unfug Front machte, der Land und Stand und unserer Jugend die Zukunft vernichten wird."

Wir halten es angesichts mancherlei Vorkommnisse für durchaus notwendig, daß in staatlichen Anstalten der Jahrestag der deutschen Republik in würdiger Weise begangen wird. Sollte es in dem genannten Berliner Gymnasium daran gefehlt haben (was nach den Ergebnissen der amtlichen Untersuchung nicht zweifelhaft zu sein scheint), so lag u. E. keine Veranlassung vor, den Schülern, die z. T. kurz vor der politischen Mündigkeitserklärung stehen, eine nachträgliche, würdige Verfassungsfeier zu untersagen. Was die Auslassungen des Deutschnationalen Lehrerbundes anlangt, so sind wir mit der „Lipp. Tageszeitung" der Meinung, daß „dieses Vorgehen auf das preußische Kultusministerium wenig Eindruck machen" wird. Es sei nur mal die Frage gestellt: Was würde im kaiserlichen Deutschland wohl mit den L e h r e r n geschehen sein, die eine derartige Kaisersgeburtstagsfeier veranstaltet hätten, die den Schülern Veranlassung gab, nachträglich eine dem Sinne des Tages mehr entsprechende Feier abzuhalten?

Kampf der Reichsflagge auf Pommerns Schulen.

Am Verfassungstage haben einige heldenhafte pommersche Großgrundbesitzer die schwarzrotgoldene Schulfahne höchst eigenhändig vom Schulgebäude „ihres" Dorfes heruntergeholt und als „Beute" heimgeschleppt, trotz allen Widerstandes des Lehrers. Der schlimmste Vorfall spielte sich in Vieschen, Kreis Stolp, ab. Eine verhetzte Volksmenge zog vor das Schulhaus. Als der Lehrer pflichtgemäß der Nichtachtung und Verhöhnung der Staatsautorität entgegentrat, wurde er beschimpft und beleidigt. Die Reichsflagge wurde gewaltsam entfernt. Der Lehrer erstattete Anzeige beim Landrat. Das Gericht wird die Täter strafen.

Damit ist freilich die Angelegenheit nicht aus der Welt geschafft. Für den staatstreuen Lehrer — er hat sich in zehn Dienstjahren am Ort nicht politisch betätigt und das Vertrauen der Eltern besessen — beginnt nun eine Hölle. Die rechtsradikalen Treiber werden in ihrem bösartigen Fanatismus den Lehrer verfolgen und schädigen, wo immer sie können, bis seine Arbeitskraft und Erzieherfreude zermürbt sind.

Die gemeinsame Erziehung von Knaben und Mädchen.

In Berlin hat sich die Stadtverordnetenversammlung vor einiger Zeit mit der Frage beschäftigt, ob die Großstadtschule mit einer zur Zeit üblichen Stufenfolge von acht getrennten Schuljahren auf ihrer Geschlechtertrennung bestehen soll, oder ob die gemeinsame Erziehung der Kinder zu wünschen und zu verwirklichen sei. Zu dieser Frage kann von den verschiedensten Seiten her Stellung genommen werden. Während die höhere Schule im

allgemeinen sich getrennt entwickelt hat, geht man aus wirtschaftlichen Gründen jetzt vielfach dazu über, statt zwei wenig besuchte, getrennte Schulen zu erhalten, Knaben und Mädchen gemeinsam zu unterrichten. Die Landschule ist aus ähnlichen Gründen häufig dabei geblieben, wie in der einklassigen, so auch in der mehrklassigen Schule die Kinder nicht nach Geschlechtern zu trennen, sondern sie nach Lernstufen zusammenzufassen. Der Konfirmandenunterricht wird in beiden großen Kirchen teils an die Kinder gemeinsam, in großen Stadtgemeinden aber auch getrennt erteilt. Gemeinsam werden Knaben und Mädchen unterrichtet und erzogen in Kindergarten und Hort, in Schulen für Seh- und Gehörschwache, in Hilfsschulen und schließlich auf den Hochschulen und Universitäten. Eine Ausnahme machen eigentlich nur das Volksschulwesen in großen Städten und die Pädagogischen Akademien, von denen z. B. Bonn nur den angehenden katholischen Lehrern vorbehalten ist.

Was läßt sich für die Geschlechtertrennung in der Volksschule sagen, und was spricht dagegen? Wenn sich in der höheren Schule und in der Landschule der Gedanke der Höhergliederung und der praktisch, wirtschaftlichen Auswertung der Mittel bei gemischter Schülerzahl durchgesetzt hat, so könnte ein hochausgebildetes Volksschulwesen bei der großen Schülerschar der Großstadt auch getrennt bestehen. Allerdings ergäben sich da allerlei Forderungen mit Beziehung auf die Einheitlichkeit des Erziehungswerks. So würde das Interesse der Eltern ein stärkeres, tätigeres sein, wenn die Knaben und Mädchen einer Familie auch dieselbe Schule besuchten, und auch dem Lehrer würde dadurch seine Erziehungsarbeit wesentlich erleichtert. Anders als bisher könnte die Schule der Familie zu einem Kulturwert in Arbeit, Gemeinschaftssinn und Freude werden.

Wie steht es aber mit dem notwendigen Lernstoff? Ist er für Knaben und Mädchen derselbe? Unsere heutige Zeit gestattet dem Mädchen nicht, mit seinem Schulwissen hinter dem Knaben zurückzustehen. Es muß wie er für den Lebenskampf vorbereitet sein. Davon abgesehen ist der Unterrichtsstoff in wenigen Fächern abweichend gegliedert, es handelt sich in den letzten Schuljahren für die Mädchen um Rechnen, Naturgeschichte, Handarbeit und Hauswirtschaft, für die Knaben um Werkunterricht. Soweit hier die Trennungen notwendig sind, können sie schultechnisch durchaus gemeistert werden.

Und wie steht es mit Gefahren, die sich für die sittliche Erziehung ergeben könnten? Man hat in den Ferien die Knaben und Mädchen gemeinsam auf die Spielplätze der Städte gesandt und damit gute Erfahrungen gemacht, die Kinder werden gemeinsam erzogen in Kindergarten und Hort, sogar in Hilfsschulen, wo gefährdete, vielleicht stark hemmungslose Knaben und Mädchen vereinigt sind, in den höheren Schulen, die es mit heranreifenden jungen Menschen zu tun haben, und auf den Universitäten. Einzig die Ausbildungsstätten der Volksschullehrer, die Pädagogischen Akademien, hat man zum Teil als nach Geschlechtern getrennte Bildungsschulen aufgebaut, ein Zustand, der wieder eine aus natürlicher Gemeinschaft herausgerissene Volksschullehrerbildung ergibt.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat als Ergebnis der Aussprache einen Antrag angenommen, der vom Magistrat verlangt, daß die gemeinsame Erziehung und der gemeinsame Unterricht von Knaben und Mädchen planmäßig durchgeführt wird.

Man wird nun abwarten müssen, ob und wie sich die Durchführung dieses Antrages bewährt.

Es geht auch ohne Schulgesetz.

Nach dem Keudell'schen Reichsschulgesetzentwurf sollte bei Besetzung der Stellen der unmittelbaren fachmännisch vorgebildeten Schulaufsichtsbeamten auf die Art der ihnen unterstellten Schulen Rücksicht genommen werden. In dem Bildungsausschuß des Reichstages ist dann dieser Satz so verändert worden, daß nur „nach Möglichkeit" Rücksicht genommen werden soll, d. h. also, es sollen im allgemeinen die katholischen Schulen einem katholischen Kreisschulrat und die evangelischen einem evangelischen Kreisschulrat unterstellt werden, soweit es sich ohne Schädigung der Schule durchführen läßt. Dieser Beschluß ist gegen die Deutschnationalen und gegen das Zentrum gefaßt worden. Die Deutschnationalen haben denn auch in ihrem neuen Schulgesetzentwurf die Worte „nach Möglichkeit" wieder gestrichen, das Zentrum aber versucht praktisch, den Sinn und Geist des ursprünglichen Keudell'schen Entwurfs zu verwirklichen. Das zeigt folgendes Beispiel. In der Schuldeputation zu Marl i. W. hat neulich der evangelische Schulrat sich darüber beschwert, daß von der katholischen Lehrerschaft im Einverständnis mit dem katholischen Schulrat eine Bewegung eingeleitet sei, um eine weitere Uebertragung von katholischen Schulen an den evangelischen Kreisschulrat zu verhindern. Darauf erwiderte ihm ein katholischer Lehrer, daß es sich hier um eine ganz prinzipielle Frage handele. Der Katholizismus und auch der katholische Lehrerverband ständen auf dem Standpunkt, daß für katholische Schulen nur die katholische Schulaufsicht in Frage käme. Die Schuldeputation lehnte es denn auch ab, dem evangelischen Schulrat ein Vertrauensvotum dahin auszusprechen, daß er die Belange der ihm unterstellten katholischen Schulen in jeder Weise vertreten habe. Die „Köln. Volkszeitung" bemerkt dazu: „Die richtige Antwort hat der Herr wohl vom stellvertretenden Bürgermeister erhalten, der bemerkte, daß es an und für sich wohl das Richtige sei, daß konfessionelle Schulen auch entsprechende konfessionelle Schulaufsicht hätten."

Natürlich wird der Fall „Marl" nicht vereinzelt bleiben; auch ohne Reichsschulgesetz wird die vom Zentrum angefeuerte katholische Elternschaft und katholische Lehrerschaft versuchen, die konfessionelle Gliederung der Schulaufsicht — nicht „nach Möglichkeit" —, sondern „prinzipiell" durchzusetzen. Das nennt man dann auf jener Seite den „Schulfrieden".

Die Sicherstellung der deutschen Auslandslehrer.

Die kürzlich gepflogenen Verhandlungen des vor einem Jahre gegründeten Verbandes deutscher Auslandslehrer und -Lehrerinnen, der unter starker Beteiligung aus allen Teilen Europas, Süd- und Mittelamerikas, Südafrikas und Ostasiens vom 23.—25. August in Darmstadt seine erste Tagung abhielt, zeigten, daß das deutsche Auslandsschulwesen in seiner Bedeutung kaum überall richtig erkannt worden ist. Es wurde lebhaft Klage geführt, daß die rechtliche Lage der deutschen Auslandlehrer trotz unzweifelhafter Besserung in den letzten Jahren doch noch nicht befriedigen kann. Insbesondere bedürfen die Fragen der Beurlaubung für den Auslandschuldienst, — die in einigen Ländern Deutschlands immer noch nicht möglich ist, — der Wiedereinstellung in den heimischen Schuldienst, der Sicherstellung der im Auslande dienstunfähig gewordenen Lehrkräfte und der Versorgung der Hinterbliebenen im Ausland verstorbener Lehrkräfte einer einheitlichen und befriedigenden Regelung. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Reich hier ordnend eingreifen müßte. So hielt man auch auf der Tagung eine reichsgesetzliche Regelung der Fragen für wünschenswert; als unbedingt notwendig wurde die Herbeiführung von Vereinbarungen der Länder unter maßgebender Beteiligung des Reiches bezeichnet, um wenigstens zu einer reichseinheitlichen Regelung auf landesrechtlicher Grundlage zu kommen. Der Verband stellte sich damit auf den Boden der durch die vom vorigen Reichstage angenommenen volksparteilichen und demokratischen Anträge zu der gleichen Frage. Insbesondere haben sich auch in Preußen Schwierigkeiten bei der Wiedereinstellung solcher Lehrkräfte ergeben, die in den Heimatschuldienst zurückkehren. Darum wurde eine Novelle zum Unterbringungsgesetz von 1920 gewünscht, da die Zahl der staatlichen höheren Lehranstalten zu gering ist, um eine reibungslose Wiedereinstellung zu ermöglichen.

Daß auch die wirtschaftliche Lage vieler Auslandlehrer höchst unbefriedigend ist, ging aus einem Referat von Stud.-Rat Schulz (Madrid) hervor, das den Klagen zahlreicher Auslandlehrer über unzulängliche, ja unwürdige Besoldung, über die fast immer im Gefolge von Krankheiten auftretende Not, beredten Ausdruck verlieh. Wenige Millionen Mark würden genügen, um alle Not zu bannen und den Auslandlehrer vor dem Verlust seiner Arbeitsfreude und Schlimmerem zu schützen. Ganz allgemein wurde eine verstärkte Fürsorge der Heimat für die Auslandschulen gefordert. Die dazu angenommene Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Die in großer Zahl aus allen Teilen Europas, aus Mittel- und Südamerika, Ostasien und aus Südafrika in Darmstadt am 23.—25. August 1928 zusammengekommenen deutschen Auslandlehrer richten angesichts der Notlage der deutschen Auslandschulen an den Deutschen Reichstag und die deutschen Regierungen und Parlamente die dringende Bitte, dem deutschen Auslandschulwesen stärkere Fürsorge als bisher zuteil werden zu lassen. Die gegen früher allerdings gesteigerte Fürsorge der Heimat für die deutschen Auslandschulen entspricht noch immer bei weitem nicht der Bedeutung dieser Schulen für die ideellen, kulturellen und wirtschaftlichen Belange des deutschen Volkes."

Aus dem Vereinsleben

Leitsätze zum Verbandsthema: Ausbau der Volksschule.

1. Die Volksschule hat den in den letzten Jahrzehnten sich auswirkenden geistigen, wirtschaftlichen, sozialen und staatspolitischen Wandlungen nicht genügend Rechnung getragen. Da zudem nach dem Weltkriege die Reichsschulpolitik versagt hat, droht der Volksschule eine bedenkliche Entwicklung.

2. Die Notwendigkeit ihrer inneren und äußeren Erneuerung findet ihre Begründung

a) in der Idee wahrer Bildung,
b) in der Idee des Volksstaates,
c) in dem ausgleichenden Gegensatz zwischen Technik und Kultur,
d) in den sozialen Gegensätzen unseres Volkes.

3. Aus der Anerkennung der Notwendigkeit einer allen Gliedern des Volksstaates zu vermittelnden gleichwertigen Bildung erwächst die Forderung des organischen Einbaues der Volksschule in das gesamte Bildungswesen der Nation nach den Grundsätzen der Reichsverfassung.

4. Für den inneren und äußeren Ausbau der Volksschule ergeben sich folgende Einzelforderungen:

a) Unterricht und Leben in der Schule müssen immer mehr getragen werden vom Geiste einer neuen Erziehung..

b) Schulhaus und Schulräume haben den hygienischen, künstlerischen und pädagogischen Ansprüchen Rechnung zu tragen.

c) Für die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln sind in ausreichendem Maße Mittel zur Verfügung zu stellen.

d) Eine Verbesserung der Unterrichts- und Erziehungsmethoden setzt eine gering bemessene Schülerzahl in den einzelnen Klassen voraus.

e) In den oberen Klassen der Volksschulen ist durch Einführung von Kernunterricht in Verbindung mit Wahlfächern der Sonderbegabung Rechnung zu tragen. Insbesondere ist für weitgehende Förderung der praktischen Veranlagung der Knaben und Mädchen zu sorgen.

f) Auch die Landschulen sind durch Einrichtung von Zentralhilfsschulen zu entlasten und die geistig Zurückgebliebenen durch eine ihnen gemäße Erziehung zu nützlichen Gliedern der menschlichen Gesellschaft zu erziehen.

g) Aus psychologischen, pädagogischen und wirtschaftlichen Gründen ist eine Verlängerung der Schulpflicht notwendig.

h) Die im Lande noch vorhandenen, vom Staate unterstützten „gehobenen Privatschulen" sind aus planwirtschaftlichen und unterrichtlichen Gründen in die allgemeinen Staatsschulen einzubauen.

i) Zum Zwecke reicherer Klassengliederung der Landschule sind benachbarte Schulsysteme ganz oder teilweise zu vereinigen.

5. Volksschule und Volksstaat sind untrennbare Begriffe. Der Ausbau der Volksschule ist deshalb eigenste Angelegenheit des ganzen Volkes. Nach der inneren Seite bleibt er im wesentlichen ein Problem der Lehrerbildung und -fortbildung.

Vorstandssitzung am 31. 8. 1928.

Nach einer zustimmenden Erklärung des Bezirksvereins Lemgo wird beschlossen, mit der Herbsttagung eine öffentliche Volksversammlung zu verbinden. Als Redner wird Koll. Röhr in Aussicht genommen. Es werden ferner die anderen mit der Hauptversammlung zusammenhängenden Fragen besprochen. (s. heutige Einladung.) In der weiteren Aussprache werden die vom Koll. Jasper vorgelegten Leitsätze zum Thema „Ausbau der Volksschule" beraten. — Ein Antrag des Koll. Siewing, Hohenhausen, Eingruppierung der akademisch vorgebildeten Volksschullehrer betr. gibt dem Vorstande Veranlassung, erneut seinen von jeher vertretenen Standpunkt zu bekräftigen, daß die akademisch vorgebildeten Lehrer ihrer Vorbildung entsprechend zu besolden sind. Ueber die zur Erreichung dieses Zieles am besten zu beschreitenden Wege soll zwischen Vertretern des Vorstandes und dem Koll. Siewing verhandelt werden. — Es wird ferner beschlossen, daß der Vorsitzende des L. L. V. nach seiner Ernennung zum Schulrat durch eine besondere Geschäftsstelle in seiner Vereinsarbeit entlastet werden soll.

Versammlung

der Lehrer(innen), die mit Eckardts Fibel arbeiten, auch derjenigen, die von Ostern 1929 ab sie gebrauchen wollen, und der Leiter aller Lesegemeinschaften

am Sonnabend, 22. Sept., 15½ Uhr, in Lage im Amtshaus.

Tagesordnung:

1. Erfahrungen mit der Fibel „Fröhlicher Anfang" (Wiemann, Vietmeier).
2. Die Schriftfrage im Anschluß an die Lateindruckschrift (Tippenhauer).
3. Einheitliche Regelung der Fibelfrage.
4. Unsere freie Lektüre (Schlepper).

Erfahrungen der Leiter der Lesegemeinschaften.

Es wird erwartet, daß die Schulen die in Frage kommenden Damen und Herren entsenden und daß sich auch des Punktes 4 der Tagesordnung wegen die Leiter der Lesegemeinschaften beteiligen.

Der Schulbücherausschuß: Schlepper.

Lemgo: Konferenz am 26. 9. (Koll. Mellies: Fortsetzung des begonnenen Vortrags).

Mitteilungen zur Hauptversammlung.

Betr. Mittagessen ist mit Herrn Röding vereinbart: Gedeck (einschl. Bedienung) 2 ℳ; vorherige Anmeldungen sind sehr erwünscht, sie sind — wenn möglich durch Vermittlung der Bezirksvereine — bis zum 8. Oktober an den Unterzeichneten einzureichen. — Die öffentliche Abendversammlung sollte von allen Lehrern, die dazu in der Lage sind, besucht werden. Ab 22 Uhr stehen Autobusse nach allen Richtungen zur Verfügung. Das Nähere darüber in der Versammlung selber.

Der vorbereitende Ausschuß: i. A. Räker.

Das Jahrbuch des Deutschen Lehrervereins 1928 ist vergriffen.

Die Bestellungen auf das Jahrbuch 1928 sind so zahlreich eingegangen, daß die nach den Erfahrungen der früheren Jahre bemessene Auflage bereits vergriffen ist. Die Geschäftsstelle des Deutschen Lehrervereins ist daher nicht mehr in der Lage, alle bereits eingegangenen Bestellungen auszuführen.

Verschiedenes

Zum Kursus für Schulmusik.

Mehrfache Anfragen aus Kollegenkreisen sowie einige in letzter Zeit gesammelte Erfahrungen lassen es wünschenswert erscheinen, dem für 1.—6. Oktober vorgesehenen Kursus für Musikerzieher einige grundsätzliche Erörterungen vorauszuschicken. Die Kurse, eine gründliche, schnelle und sichere Einführung in die Praxis des Tonwortes, weil dieses Denkmittel für das Gebiet der Töne sich als das beste Mittel erwiesen hat, das Volk musikschriftverständig zu machen und nicht zuletzt auch die Lehrerpersonen, die danach unterrichten, dahin zu bringen, daß sie vor allem selber nach Worten sicher absingen. Auch für die sonstigen Zwecke der Musikerziehung hat sich das Tonwort sehr geeignet erwiesen. Und weil das Tonwort die geniale Erfindung eines Volksschullehrers ist, so dürfte man mit Fug und Recht wohl annehmen, daß die Standesgenossen des Erfinders sich der Pflege des Tonwortes besonders annehmen. Die für den Kursus vorgesehenen Vorträge dürften wohl sämtliche Lehrpersonen interessieren, einmal weil sie bis auf wenige Ausnahmen Gesangunterricht zu erteilen haben, ein Fachunterricht nicht angängig ist und zum andern, weil das leider noch viel zu stiefmütterlich behandelte Gebiet Stimmbildung und Stimmpflege doch jedem Lehrenden um seiner selbst und der Schüler wegen angeht; eine genaue Kenntnis der Sprachwerkzeuge und ihres rationellen Gebrauchs dürfte alle Lehrpersonen ohne Unterschied im höchsten Maße nicht nur in hygienischer Beziehung, sondern vor allem um unterrichtlicher Erfolge in allen Unterrichtsgebieten interessieren. Dr. Moll, ehedem Volksschullehrer, weiß dieses Gebiet ebenso interessant wie für jeden praktisch anwendbar zu gestalten. Wenn nun gar zum Beschluß der Tagung die allererste Autorität auf dem Gebiet der Musikerziehung zu zwei Vorträgen über Schulmusik gewonnen ist, — für den 6. Oktober ist Ausgabe von Tageskarten zu je 3 ℳ vorgesehen —, dann ist damit eine ebenso zuverlässige wie gründliche Behandlung der Materie verbürgt, wie sie voraussichtlich uns hier so bald nicht wieder geboten werden wird.

W. Stolte.

Zur Allgemeinen Deutschen Lehrerversammlung Dresden 1929.

Als der Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins in Braunschweig die Vertreterversammlung mit den Worten „Auf Wiedersehen in Dresden!" schloß, richtete er die Blicke der deutschen Lehrer nach Sachsen, das im nächsten Jahr die Deutsche Lehrer- und Vertreterversammlung in seiner Landeshauptstadt beherbergen wird. Dresden ist eine schöne Stadt. Das hat sich herumgesprochen und ist vielen bekannt. Aber was ist Sachsen? Ein Land überhitzter politischer Verhältnisse, der Fabriken, der Armut und der glücklichen Besitzer der Sächsischen Schweiz.

Das ist nicht viel und zum wenigsten richtig. Gewiß eine politisch frische Luft hat geweht. Aber was da so an Schauergeschichten über sächsische Verhältnisse durch die Zeitungen getragen worden ist, stimmt mit den wirklichen Vorgängen zum wenigsten überein. Auch das, was im Zusammenhang mit den fortschrittlichen Schulgesetzen an Legenden und Geschichtchen von einer geschäftigen Presse in rechtspolitischen Tageszeitungen und Generalanzeigern verbreitet wurde, hat sich als Geschichtsfälschung totgelaufen. Die Märchen von der Gottaustreibung aus der Schule, das Umdichten von religiösen Liedern in weltliche, das Loslösen von jeder Zielsicherheit in der Schularbeit, der Zusammenbruch der Schulzucht sind Dinge, die heute von der deutschen Lehrerschaft nicht mehr geglaubt werden, weil sie nicht wahr sind. Der größere Anteil der Industriearbeiter an der Gesamtbevölkerung des Landes hat schon frühzeitig eine bewegtere Atmosphäre im politischen Leben herbeigeführt und schneller als anderswo modernen Notwendigkeiten den Weg ebnen lassen. Ein Wesenszug des Sachsen, der als Typus natürlich nicht auf das Territorium der Wettiner nach 1815 beschränkt ist, sich Neuem nicht zu verschließen und dem Tüchtigen im Geiste freie Bahn zu geben, ist dem Fortschritt immer günstig gewesen und hat die protestantische Haltung entstehen lassen, die

notwendig ist, um Altes und Abgestandenes rasch zu überwinden. Zwar hat es in früheren Zeiten die regierende Dynastie mit ihren landjunkerlichen Ratgebern verstanden, das Land außenpolitisch von Tiefpunkt zu Tiefpunkt zu führen, der fortschrittliche Sinn des Volkes aber ist trotz alledem geblieben. Aus der Mitte des sächsischen Volkes sind eine Reihe Männer hervorgegangen, die wegen ihrer protestierenden Geisteshaltung einen hervorragenden Platz in der Geistesgeschichte des deutschen Volkes einnehmen Wir nennen Lessing, den großen Prediger der Toleranz. Wir erinnern an Johann Gottlieb Fichte, den großen Philosophen des deutschen Idealismus, der das Theologiestudium an den Nagel hing, als er über die Enge kirchlicher Dogmen hinauswuchs. Und fügen hinzu Friedrich Nietzsche, den großen unverstandenen Denker des vorwilhelminischen Zeitalters, dessen Geist eine neue Epoche geistigen Schaffens einleitete. — Sachsen ist heute eine politisch wohl lebendige, aber ruhige Provinz. Es herrscht dieselbe Ordnung, dieselbe Ruhe wie überall in deutschen Landen. Die Zeiten politischer Unbesonnenheiten und Exzesse sind mit dem Abebben der Nachkriegsnöte verschwunden. Der Reisende kann ungehindert und vergnügt das schöne, grüne Land, das Sachsen noch immer ist, durchstreifen. Wohl gibt es viel Fabriken, aber die sind an wenig Stellen des Landes massiert. Das übrige Land ist grün, hügelig bewegt und Domäne des Bauern und des Forstmanns. Die bittere Armut im Erzgebirge, ehemals unentbehrliches Requisit jeder Heimatkunde nach den fünf Formalstufen, ist gewichen. Man ist in Sachsen so arm und nicht arm wie überall auch sonst. Drei verschiedene Gebirge vor den Toren der Hauptstadt, darunter die weltberühmte Sächsische Schweiz, alle in einer knappen Stunde mit Eisenbahn oder Autobus erreichbar, dazu die Hauptstadt Dresden selbst, die der energische August der Starke, dem eine rachsüchtige Hierarchie wegen seines Konfessionswechsels die Schulden seines Sohnes anhängte, mit auserlesenen Bauten schmückte, sind Empfehlungen, die kein Reisender übersehen kann und kein Lehrer, der noch dazu erfährt, daß in Dresden in den bewegten Jahren der 1848er Ereignisse der Deutsche Lehrerverein gegründet wurde. Es ist Pflicht eines jeden deutschen Lehrers, sich einmal aufzumachen und zu einer deutschen Lehrerversammlung zu fahren, um unter Tausenden desselben Standes, derselben Ideale, derselben Ziele die Größe und Schönheit einer machtvollen Organisation zu spüren, die über alle Widerstände hinweg die Erhöhung des Volkes durch Bildung erstrebt und betreibt und durch sie die Einigung des Volkes und der Menschheit langsam, aber sicher vorbereiten hilft. Schon rüsten sich die sächsische Lehrerschaft und vor allem der Dresdener Lehrerverein zum Empfang der Tausende, die 1929 dem Rufe des Deutschen Lehrervereins folgen werden. Jeder mache sich bereit, jeder mache sich auf. Es geht um eine große Sache. Allen aber, die da erscheinen wollen, schon heute ein herzlich Willkommen in Sachsen! (Der Presseausschuß des Dresdner Lehrervereins).

Kinder in Not!

Vor mir saß im 1. Schulj. ein liebes, kleines Mädchen. Es war durchschnittlich begabt, aber in seinem ganzen Wesen offenbarte es eine eigenartige Scheu. Alle anderen Kinder waren so lebendig und erzählten so gerne von ihren kleinen Erlebnissen. Sie allein schwieg. Und wenn sonst etwas zu sagen war, sprach sie so leise, so zaghaft. Ich besuchte die Eltern. Ich hörte, in welchem Tone der Vater das Kind anfuhr in meiner Gegenwart. Ich verstand den Vater nicht. Doch bald lernte ich sein und seines Kindes Verhalten begreifen. Es wurde mir mitgeteilt: Der Vater ist Trinker, und seine Familie hat viel von ihm zu leiden.

Auf der Oberklasse hatte ich einen Jungen. Er war sehr lebendig beim Unterricht. Nur wenn wir gelegentlich einmal auf den Alkohol zu sprechen kamen, sah er düster vor sich hin. Meistens lag auf seinem Gesicht ein eigenartig traurlger Zug. — Sein Vater war Trinker!

„O, was müssen meine Kinder hören und erleben, wenn unser Vater betrunken nach Hause kommt!" sagte mir die Frau eines Trinkers unter Tränen. — Und eine andere: „Wie oft habe ich mich mit den Kindern eingeschlossen vor dem Toben des betrunkenen Vaters!"

Vor Jahren hatte ich 2 Brüder im Unterricht, von denen ich erfuhr, daß sie im Alter von 5 und 7 Jahren manche Nacht draußen geschlafen hatten aus Angst vor den Mißhandlungen des betrunkenen Vaters.

Soll ich noch mehr Einzelfälle berichten? — Jeder hat schon Aehnliches gehört oder gelesen. Aber sind uns solche Fälle recht zum Bewußtsein gekommen in ihrer ganzen Bedeutung? Sind sie uns bis ins Herz gedrungen? — Freilich ist's ja heute soviel, was Einlaß begehrt in unsere Seele! Aber kann der rechte Erzieher sich gleichgültig abwenden, wenn Mütterkränen erzählen von der Kinder Not?! Oder wenn blasse Kinderwangen und freudlose Kinderaugen widerspiegeln die Nöte der Kinderseele?!

300 000 Trinkerfamilien gibt es nach Schätzung berufener Männer in Deutschland. Und wenn nur in 10% derselben die Kinder etwas von dem Geschilderten erleben — wieviel Kindernot bedeutet das an Leib und Seele, wieviel Kindertränen, wieviel Kinderweh!

Es ist unmöglich, daß der Erzieher, der seinen Kindern ein Freund sein will, achtlos daran vorübergeht. Aus Liebe zur Jugend muß er mit eingreifen in den Kampf gegen den Verursacher jener Kindernot, gegen den Alkohol. Er muß mithelfen, daß einmal eine Zeit kommt, in der keine Kinder mehr seufzen müssen unter dem Fluch eines trinkenden Vaters.

Solcher Kampf erfordert Rüstzeug und innere Stärkung. Beides ist zu finden in den Reihen der Verbände, die sich den Kampf gegen die Alkoholnot zum Ziele gesetzt haben. Für uns als Erzieher kommt da zuerst in Betracht: der Bund enthaltsamer Erzieher. Jahresbeitrag 5.— RMk. Anmeldungen nimmt entgegen: Prof. Dr. Klatt, Detmold, Bachstr. 44. — Wer den radikalen Standpunkt der vollen Enthaltsamkeit nicht teilen kann, aber doch gerne mithelfen möchte im Alkoholkampf, der wende sich an den Deutschen Verein gegen den Alkoholismus. Herr Gen.-Oberarzt a. D. Dr. Thun, Detmold, Allee 10, ist Leiter der Lippischen Landesgruppe dieses Vereins. Jahresbeitrag 3.— RMk. — Jedes Mitglied dieser Vereinigungen erhält kostenlos eine Monatsschrift, die über alle hierher gehörenden Fragen aufklärt.

Endlich sei noch hingewiesen auf die Tätigkeit der Lippischen Landeshauptstelle gegen den Alkoholismus. Sie beabsichtigt, im Laufe des Winters einen eintägigen Lehrgang über die Alkoholfrage und Nüchternheitsunterricht zu veranstalten. Näheres wird rechtzeitig bekanntgegeben. Sodann stellt sie eine Lichtbilderreihe mit Text (etwa 50 Bilder) und die 12 bekannten, vorzüglichen Wandbilder des Dresdener Hygienemuseums leihweise und kostenlos (mit Ausnahme des Rückportos) zur Verfügung. Auch alkoholgegnerische Schriften und Bücher können von ihr entliehen werden. Sie ist gern bereit zu jeder Auskunft. Anschrift: Lippische Landeshauptstelle gegen den Alkoholismus, Detmold, Bachstr. 44.

Mögen meine Ausführungen beitragen, Kindernot zu lindern!

W. Plaß, Schötmar.

Der akademische Ferienkursus des Sächsischen Lehrervereins

findet in diesem Jahre vom 15. bis 26. Oktober in Leipzig statt. Als Thema ist gewählt: Moderne Naturwissenschaft. Folgende Vorlesungen werden geboten:

Prof. Dr. Rassow: Stickstoff und Kohle.
Prof. Dr. Debye: Moderne Physik.
Prof. Dr. Weigert: Chemische Grundlagen der Photographie.
Prof. Dr. Hempelmann: Neue Ergebnisse d. modernen Tierpsychologie.
Prof. Dr. Köhler: Moderne Probleme der Biologie und ihre Behandlung im Unterricht.
Prof. Dr. Weickmann: Neue Ergebnisse d. modernen Geophysik.
Prof. Dr. Schiebold: Einführung in die Feinbaulehre. (Kristallographie.)

Die Teilnahme steht allen Lehrern und Lehrerinnen ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit, auf Wunsch auch Angehörigen anderer Berufe frei. Die Teilnehmergebühr beträgt für sämtliche Vorlesungen Mk. 20,—, für Einzelvorlesungen je Mk. 5,—. Bei der Anmeldung ist eine Anzahlung von Mk. 5,— zu leisten (genau zu beachten: Postscheckkonto 64 770 Leipzig, Lehrer Joh. Keilhack — oder Girokonto 6941 Leipzig, Johannes Keilhack). Auf besonderen Wunsch werden Wohnungen besorgt. Bestellungen dafür bis 1. Oktober d. J. an die Geschäftsstelle. Der Stundenplan geht den Angemeldeten Anfang Oktober zu, ebenso Teilnehmerkarte und Mitteilungen über sonstige Veranstaltungen, Führungen, Besichtigungen usw. Baldige Anmeldung ist sehr erwünscht. Alle weiteren Anfragen beantwortet die Geschäftsstelle (Johannes Keilhack, Leipzig-Schleußig, Oeserstr. 22, II.)

Der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins. Gleißberg.
Der Ausschuß für die Akademischen Ferienkurse in Leipzig.
Kurt Schleif, Leipzig S. 3, Schenkendorfstr. 34.

4. Tagung der Versuchs- und Lebensgemeinschaftsschulen am 1. und 2. Oktober in Magdeburg.

Das Programm umfaßt als Hauptpunkte:

1. Die Arbeit im Kursusunterricht und die Arbeit im Klassenverband.
2. Individueller Elementarunterricht.

Die Beratungen werden angeschlossen an Unterrichtsbesuche in den Magdeburger Versuchsschulen.

Auskunft, Anmeldungen, Quartierbeschaffungen durch
Laura Peja, Magdeburg-Wilhelmstadt, Spielgartenstr. 7.

In Bayern!

Im Versorgungsamt München sitzt als Leiter ein ehemaliger Major, der die merkwürdigsten Vorstellungen von der Reichsverfassung haben muß. Einem Angehörigen der Ortsgruppe München des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, der im März beim

Versorgungsamt München-Stadt Antrag auf Bewilligung des Beamtenscheines gem. § 33 des Reichsversorgungsgesetzes gestellt hatte, gab er unterm 17. Juli folgenden Bescheid:

„Ihrem Antrag vom 28. März 1928 auf Bewilligung des Beamtenscheines gemäß § 33 des Reichsversorgungsgesetzes (RVG.) kann nicht entsprochen werden.

Nach den amtlichen Feststellungen sind Sie Angehöriger einer staatszerstörenden Partei, die ihr Ziel in der gewaltsamen Aenderung der verfassungsmäßigen Ordnung sieht. Nachdem Sie somit den Staat in seiner jetzigen Verfassung leugnen und bekämpfen, können Sie nicht Beamter dieses Staates sein. Sie sind deshalb nach Ihrem gesamten Verhalten zum Beamten nicht geeignet (§ 33 Abs. 1 Ziff. 2 des RVG.) und kann Ihnen deshalb der Beamtenschein nicht bewilligt werden . . ."

Der neue Bildungsausschuß

des Reichstages hat sich am 4. Juli konstituiert. Er ist, seiner Bedeutung entsprechend, ein sogenannter erstklassiger Ausschuß von 28 Mitgliedern. Nach der Stärke der Fraktionen etwa wurden die Aemter verteilt. 1. Vorsitzender: Schreck (Soz.), 2. Vorsitzender: Dr. Runkel (DVP.), Schriftführer: Frau Studienrätin Lehmann (Dnat.) und Hofmann-Ludwigshafen (Ztr.). An Mitgliedern stellen:

Die Sozialdemokratische Partei 9: Frau Agnes, Hausfrau in Düsseldrf; Biester, Lehrer in Hamburg; Dietrich-Thüringen, Buchdrucker in Erfurt; Fleißner, Schriftsteller und ehem. Volksbildungsminister in Dresden; Dr. Löwenstein, Schulrat in Neukölln; Schreck, Stadtrat in Bielefeld; Schulz-Bremen, Staatssekretär i. e. R.; Seydewitz, Redakteur in Zwickau; Frau Dr. Sirmsen-Jena, Oberschulrätin.

Deutschnationale Volkspartei 5: Dr. v. Keudell, Reichsinnenminister a. D.; Frau Lehmann, Studienrätin in Berlin-Steglitz; Dr. Lic. Mumm, Pastor in Hohensyburg; Dr. Philipp, Studienrat in Borna; Dr. M. Spahn, o. ö. Professor an der Universität Köln.

Zentrum 4: Hofmann, Oberlehrer in Ludwigshafen a. Rh.; Dr. Marx, Landgerichtsrat und Reichskanzler a. D.; D. Dr. Schreiber, o. Professor an der Universität Münster i. W., päpstlicher Hausprälat; Frau Weber, Ministerialrätin, Berlin.

Kommunistische Partei 3: Blenkle, Bäcker in Berlin; Hörnle, Schriftsteller in Berlin, ehem. protest. Theologe; Maslowski, Schriftsteller in Berlin.

Deutsche Volkspartei 2: Frau Dr. Matz, Studiendirektorin in Stettin; Dr. Runkel, Geh. Oberschulrat in Schleswig.

Demokratische Partei 2: Frau Dr. Bäumer, Ministerialrätin in Berlin; Rönneburg, Landrat in Barth in P.

Wirtschaftspartei 2: Petzold, Drogeriebesitzer in Charlottenburg; Siegfried, Lichtspieltheaterbesitzer in Berlin.

Bayerische Volkspartei: Frau Lang-Brumann, Lehrerin in München.

Ueber 100 000 Studenten an den Hochschulen des Deutschen Reiches.

Die Gesamtzahl der immatrikulierten Studierenden betrug nach den Erhebungen an den wissenschaftlichen Hochschulen im Deutschen Reich im Sommersemester 1927 101 436, im Wintersemester 1927/28 101 657. Die Zahl der Studierenden überstieg damit in den beiden Semestern zum erstenmal die Hunderttausendziffer. Die Zunahme der Gesamtzahl der Studierenden ist auf die starke Zunahme der Studierenden an den Universitäten zurückzuführen, deren Anteil an der Zahl der Studierenden überhaupt im Wintersemester 1927/28 70,5 v. H. ausmachte.

Der Anteil der weiblichen Studierenden an der Gesamtzahl hat sich weiterhin verstärkt; er betrug im Wintersemester 1927/28 10,4 v. H. gegen 10,3 v. H. im Sommersemester 1927 und 8,6 v. H. im Sommersemester 1925.

Fachausbildung oder Menschenerziehung?

In der „bauhauszeitung", der sehr lesenswerten Zeitschrift des „Bauhauses" in Dessau, äußert W. Kandinsky, einer der Meister des Bauhauses, in einem Aufsatz über Kunstpädagogik folgende beachtenswerte Gedanken: „Eine Fachausbildung ohne allgemeinmenschliche Grundlage sollte nicht mehr möglich sein. Es fehlt heute in jedem Unterricht — fast ohne Ausnahme — eine „Weltanschauung" inneren Charakters oder die „philosophische" Grundlage des Sinnes der menschlichen Tätigkeit. Merkwürdigerweise werden noch heute junge Leute auf die veraltete und innerlich tötende Weise zu Fachmenschen erzogen, die im äußeren Leben sehr brauchbar sein können, aber nur ganz selten auch einen reinmenschlichen Wert darstellen."

Zur Hospitier-Pflicht.

Der Vorstand des Bundes Entschiedener Schulreformer, Ortsgruppe Berlin, erklärt, daß er. entsprechend seiner früheren Einstellung, in den gegenseitigen Klassenbesuchen ein wichtiges Mittel zur Demokratisierung des Schulwesens, zu einer fruchtbringenden Gestaltung der Schulpflege, zu gegenseitiger, pädagogischer Förderung, zur Stärkung des Gemeinschaftslebens der Lehrenden und zur Autonomisierung der Schule sieht. Er legt darum allen seinen Mitgliedern, soweit sie im Schuldienst tätig sind, dringend ans Herz, für eine gedeihliche Verwirklichung dieses Gedankens Sorge zu tragen. Er verwahrt sich aber auf das allerentschiedenste gegen jeden behördlichen Versuch, eine solche Einrichtung im Sinne einer erhöhten Belastung der Lehrenden einzuführen. Darum verlangt er, daß das Ministerium schleunigst Bestimmungen treffe dahingehend, daß die festzusetzenden Stundenbesuche auf die bisherige Pflichtstundenzahl angerechnet werden. Bürden an sich sind leicht verteilt. Wirkliche Schulreform kann man aber nicht auf Kosten der Leistungsfähigkeit der Lehrenden treiben. Schulreform als Raubbau ist schlimmer als Schulreaktion.

Zur Einheitsschule.

Der Thüringer Landtag nahm folgende Entschließung an: „Die Durchführung des Einheitsschulgedankens erfordert, daß die Volksschullehrer auch zum Unterricht in den den Volksschuljahrgängen entsprechenden unteren Klassen der höheren Schulen zugelassen werden. Die Einführung einer besonderen Reallehrerprüfung für solche Volksschullehrer, die in den der Volksschule entsprechenden unteren Klassen der höheren Schule unterrichten, ist abzulehnen."

Hausarbeiten vom Sonnabend für den folgenden Montag

aufzugeben verbietet ein Erlaß des braunschweigischen Ministers für Volksbildung mit der Begründung, daß Kinder das freie Wochenende genau so nötig haben wie Erwachsene.

Lernmittelfreiheit.

Der Magistrat der Stadt Berlin hat verfügt, daß die freien Lernmittel nicht mehr nur leihweise überlassen werden, sondern in den Besitz der Kinder übergehen. Diese Maßnahme ist nicht nur aus hygienischen Gründen zu begrüßen.

„Professor" ein staatlicher Titel?

Der rheinische Provinzialausschuß hatte vor einigen Jahren drei Direktorialassistenten an den Provinzialmuseen in Bonn und Trier die Bezeichnung „Professor" verliehen. Der Oberpräsident aber hatte diesen Beschluß beanstandet, da der Professortitel als staatlicher Titel nicht von den Kommunalverwaltungen verliehen werden könnte. Das Oberverwaltungsgericht stimmte dem Oberpräsidenten zu, so daß die drei Herren auf den ihnen von ihrer vorgesetzten Behörde verliehenen Titel, den sie seit Jahren führen, verzichten müssen.

Sah ein Knab' ein Ei'lein stehn.

Die Hamburger Lehrerzeitung zeigt an einem recht anschaulichen Beispiel, was für die literarische Erziehung der Jugend zu erwarten steht, wenn gewisse christliche Kreise durch ein Reichsschulgesetz a la Keudell volle Freiheit erhalten sollten, im Geiste des seligen Ballhorn die Werke unserer Dichter zu „bearbeiten". In dem vorliegenden Falle hat sich Goethe eine Umdichtung gefallen lassen müssen, die die Fähigkeiten des christlichen Nachdichters in hellstem Lichte erstrahlen läßt. Die Hamb. Lztg. schreibt:

„Zur Erbauung! Aus einem Buche: ‚Weihnachtsglocken', eine Gabe für die christliche Jugend. Erzählungen, Gedichte, Sprüche und anderes. Im Verlage der Agentur des Rauhen Hauses.

Der Knabe und das Eselein.

Sah ein Knab ein Ei'lein stehn,
Ei'lein auf der Weiden.
Ei'lein dünkt dem Knaben schön.
Lief herzu, es nah zu sehn,
möcht es gerne reiten.
Ei'lein, Ei'lein, Ei'lein grau,
Ei'lein auf der Weiden.
Knabe sprach: „Jetzt trage mich,
Ei'lein auf der Weiden."
Ei'lein sprach: „Ich trete dich,
daß du ewig denkst an mich,
und ich will's nicht leiden!"
Ei'lein, Ei'lein, Ei'lein grau,
Ei'lein auf der Weiden.
Und der wilde Knabe schlug
's Ei'lein auf der Weiden.
Ei'lein wehrte sich genug,
bis es doch den Knaben trug,
mußt es eben leiden.
Ei'lein, Ei'lein, Ei'lein grau,
Ei'lein auf der Weiden.

Das Buch mit dieser „Eselei" ist Weihnachten 1927 im Kindergottesdienst achtjährigen Kindern geschenkt worden! Kommentar überflüssig."

G. C."

Segen des Schutzzolles.

Die FZ.-Halle entnimmt der Zeitschrift „Mutiges Christentum" folgende Notiz:

„In dem Bericht eines westdeutschen Bankhauses lesen wir folgende Zusammenstellung:

Sorten	Inlandspreise	Exportpreise
Blöcke	100	79,67—82,74
Knüppel	112,50	86,82—88,87
Platinen	117,50	89,89—90,40
Stabeisen	134	100,10
Formeisen	131	88,87
Grobbleche	148,90	128,71
Blanker Draht	195—202,50	145,56
Verzinkter Draht	235—242,50	186,42
Drahtstifte	202,50—210	155,78

Da blieb denn unser Verstand einen Augenblick stillstehen. Bisher waren wir immer der Ansicht, daß gerade die großen Herren in Deutschland nichts weniger mögen als alles Internationale. Wenn der Arbeiter sich mit seinem Mitproletarier jenseits der deutschen Grenzen verwandt fühlt, in mancher Hinsicht mehr verwandt fühlt als mit dem deutschen Arbeitgeber, so wird ihm das als Todsünde angerechnet. Hier aber sieht man, wie der verhaßte „Feind" die Eisenknüppel für 87 RM. bekommt, während der deutsche Landsmann und Bruder 112 RM. dafür bezahlen darf."

„Natur und Kunst 1929".

Der in Lehrerkreisen weit verbreitete Abreißkalender „Natur und Kunst", der von der Vereinigung deutscher Pestalozzivereine herausgegeben wird, ist soeben erschienen. Ein Wort der Empfehlung erscheint uns überflüssig, da dieses künstlerische Werk für sich selber spricht. Die Landes-Pestalozzivereine haben an dem Reinertrag dieses Unternehmens in dem Maße Anteil, als Bestellungen durch die Lehrervereine erfolgen. Dieser Weg der Bestellung ist auch aus anderen Gründen zu empfehlen. Anschrift für die Bestellung Oberlehrer Wurster, Stuttgart, Moltkestr. 94.

Oesterr. Jugendrotkreuz-Zeitschrift.
Wien. I. Stubenring 1.

Das soeben erschienene erste Heft des neuen Jahrgangs 1928/29 der Jugendrotkreuz-Zeitschrift (Septembernummer: „Seltsame Geschichten") enthält Beiträge von Heinrichsdorff), Löwis of Menar, Myrbach, Schmidtbonn, Lisa Tetzner, Zerkaulen usw. und viele, zum größten Teil mehrfarbige Bilder von Norbertine Breßlern-Roth, Sascha Kronburg, Hans Lang, Lesser, Michl und Erika Stanger. Die Auflage der Zeitschrift hat sich in wenigen Jahren von 15 000 auf 65 000 erhöht. Der Jahresbezugspreis (September 1928 bis einschließlich Juni 1929, 10 Hefte) ist Mk. 1.40,. Beim Bezug von mindestens 20 Jahrgängen stellt sich der einzelne Jahrgang auf Mk. 1.30. Reichsdeutsche Bezieher können zu denselben Bedingungen von April 1928 bis einschließlich Februar 1929 oder von Mai 1928 bis einschließlich März 1929 beziehen. (In jedem Fall 10 Hefte.) Das Einzelheft kostet 15 Pfg., Postscheckkonto München 59 537, Stadtgirokonto Dresden 62 278.

„Deutsches Wandern 1929".

Künstlerischer Wochen-Abreiß-Kalender, herausgegeben vom Verband für Deutsche Jugendherbergen durch Alfred Willgeroth, bearbeitet von Alfred Willgeroth und Paul Walther. Der Jahrweiser, ein drucktechnisch vollendeter Wandkalender, öffnet den Lesern einen Ausblick von hoher Warte auf die Jugendherbergen und all die hundert Gehäuse und Winkelchen, die unserer wandernden Jugend trotz Einfachheit und Schlichtheit, zur Hochburg des Wanderlebens geworden sind. Jedes Blatt enthält auf der Vorder- und Rückseite eine künstlerisch vollendete Aufnahme. Der Kalender ist im Verlag von Wilhelm Limpert, Dresden-A. 1 erschienen. Preis nur 2 Mark.

Berichtigung.

In den Eingangsartikel der vorigen Nummer, „Nach der Verfassungsfeier", hat sich im ersten Satze des zweiten Abschnittes ein Druckfehler eingeschlichen, der zu politischen Mißdeutungen Anlaß geben könnte und deshalb berichtigt werden muß. Dort steht: Die Schule soll und muß vor den Karren der Staatsregierung gespannt werden. Der Satz sollte heißen: „Die Schule soll und muß vor den Karren der Staatsgesinnung gespannt werden."

Linderhofe „Sternberg"
Gasthaus und Sommerfrische
Besitzer H. Behmeyer
empfiehlt sich ganz besonders für Schulausflüge

Zu Schulausflügen
in das nordlippische Bergland ist besonders geeignet meine
Waldwirtschaft Bergluft
in direkter Nähe des Jahndenkmals.
Im Dorf: **Hotel mit Saal, Veranda, Garten, Radio usw.**
Beste Unterkunft, auch Massenquartiere:
August Engelsmeier,
Hotel Deutsches Haus, Hohenhausen i. L.

Gasthof und Sommerfrische Berlebeck.
Inh.: Ed. Kanne.
Am nächsten Wege zum Hermanns-Denkmal und den Externsteinen. Haltestelle der elektr. Straßenbahn Detmold-Berlebeck. Zentrum des Teutoburger Waldes. Ausflüge von hier aus nach allen Richtungen.

Vergessen
Sie nicht die Anschaffung der Sammmlung Lütchemeier-Tappe
Lieferung sämtlicher Lehrmittel. Prospekte und Kataloge stehen gern zur Verfügung
Hanns Winter
Buch- und Lehrmittelhandlung
Lemgo
gegenüb. Hotel Wülker

40—50 gut erhaltene, zweisitzige
Schulbänke
westf. Rettichsystem, für die ersten Schuljahre passend, sind preiswert verkäuflich.
Detmold, den 3. September 1928.
Gymnasium und Oberrealschule.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hagemann, Brake i. L., für Anzeigen: R. Schleef, Lemgo.
Druck und Verlag: F. L. Wagener, Lemgo.

Lippische Schulzeitung

Herausgegeben
vom Vorstande des Lippischen Lehrervereins.

22. Jahrgang. Lemgo, 15. Oktober 1928. Nummer 10.

Inhaltsverzeichnis:

Der richtige Weg? — Fibelreform — Schriftfrage. — Umschau. — Aus dem Vereinsleben. — Buchbesprechung. — Verschiedenes. — Anzeigen.

Der richtige Weg?

Bemerkungen zu den Ausführungen von J. Tews über das Verhältnis von Kirche und Schule.

Von Pankoke-Schieder.

In der Umschau der „Deutschen Schule" (Heft 8 d. Jahrg.) unterzieht Tews den deutschnationalen Schulantrag und dessen Aussichten einer kritischen Betrachtung. Seine Ausführungen lassen den Wunsch erkennen, daß in den Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche auf dem Gebiete der Schule endlich ein Ausgleich gefunden werde. Tews hält die Hauptschwierigkeiten für das Zustandekommen des Reichsschulgesetzes für behoben, wenn die parlamentarische Mehrheit in der umstrittenen Frage der „Einsichtnahme" der Kirche in den schulischen Religionsunterricht zu einer Konzession sich bereit finden würde. Da ergibt sich für uns die Frage, ob der hier gewiesene Weg von uns beschritten werden kann und darf. Ausgehend von der Bedeutung der Zusammenhänge zwischen Kirche und Schule schreibt Tews:

Wir führen keinen Kampf gegen die Kirche, noch gar g e g e n irgendwelche berechtigte religiöse Bedürfnisse, sondern allein f ü r die Schule. Was ihr frommt, was ihr Werk in seinem ganzen Umfang erfaßt und fördert und damit das Wohl des aufwachsenden Geschlechtes nach j e d e r Richtung hin, das zu vertreten, ist unsere Pflicht. Und wenn wir dabei mit anderen Mächten, die am Jugend- und Volkswohl arbeiten, zusammenstoßen, so verlangen Pflicht und Gewissen sorgsamste Prüfung der Streitpunkte, nicht vom Standpunkte persönlicher Wünsche und Einstellungen, sondern aus der großen Sache heraus.

Die K i r c h e steht uns heute noch in mannigfachen Fragen und Angelegenheiten entgegen, weniger aus sachlichen als aus geschichtlichen Gründen. Bei jeder Trennung entstehen Meinungsverschiedenheiten über das Mein und Dein. So auch hier. Die einst über die Schulen und in den Schulen herrschende Kirche beansprucht vieles, was wir ihr nicht zugestehen können, was Schuleigentum und Staatssache ist. Das überhebt uns aber nicht der Pflicht der Prüfung a n d e r e r Forderungen. Mit einer einmaligen Regelung wird selten ein gedeihlicher Dauerzustand geschaffen. Wir müssen aber einem Dauerfrieden mit der Kirche zustreben. Mag die heutige Kirche sich wandeln, mögen manche ihrer Lehren ihre Kraft einbüßen und manche ihrer Einrichtungen bedeutungslos werden: verschwinden wird sie erst mit dem letzten Menschen Und ob ihr Einfluß durch ihre Wandlungen geringer werden wird? Wir wissen es nicht. Je mehr der Mensch von der wirklichen Welt auch seelisch erfaßt, geschüttelt und gemartert wird, um so mehr steigt neues Verlangen nach dem Großen und Ganzen, dem rein Seelischen und Ewigen in ihm auf, und wenn die Kirche diese Bedürfnisse erfaßt und befriedigt, wird sie vielleicht dem heutigen Menschen mehr, als die alte Kirche ihrer Zeit war. Und wir als Jugenderzieher werden von diesen ureigensten menschlichen Bedürfnissen persönlich, in Geist und Gemüt und auch in Arbeit und Leben immer abhängig und damit auf innigste mit ihnen verbunden sein. Und wenn das Große im Menschen tausendmal gemißbraucht, tausendmal zum Fetisch erniedrigt, tausendmal in gottlosester Weise auch von Gottesdienern in den Staub gezogen worden ist, es bleibt, was es ist: das Große, das uns alle erhebt und niederknieen läßt.

Dadurch erhalten alle Streitigkeiten zwischen Kirche und Schule ihre überragende Bedeutung. Mögen wir noch so oft bloßer Priesterherrschaft gegenüberstehen — neben und hinter diesen unwürdigen Vertretern des Gottesgedankens steht das Gottestum in seiner ganzen Reinheit und stehen anders geartete Diener des Göttlichen. Mit dem oft empfohlenen „radikalen Schnitt" ist nichts getan. Auch wenn er heute ausgeführt wird, wer weiß, ob man nicht schon morgen das Zerschnittene zusammenflickt. Das geistige und sittliche Leben ist ein Ganzes, freilich reich gegliedert, mit zahlreichen Grenzsteinen, Schranken und Gräben. Aber die Trennung geht nirgends bis auf die tiefsten Gründe. Trotz aller Trennung bleibt die Verbindung im Seelenleben, in den seelischen Bedürfnissen des Menschen. Darum können und sollen nicht die innigsten und innersten Verbindungen gelöst werden, sondern beseitigt soll und muß werden alle öde und blöde Priesterherrschaft über Gebiete, die ihr nicht gehören. Wir wollen im Schulunterrichte nicht die Verbindungen lösen, die auch alltägliche Schulgegenstände mit großen Ereignissen und großen Menschenanliegen haben, wollen nicht einem in seinem Glauben lebenden und wirkenden Lehrer verbieten, aus seinem innersten heraus zu seinen Schülern zu reden, wenn er dabei die schuldige Rücksicht auf Andersdenkende nicht vergißt, aber wir wollen nicht, daß das Wissen von Kirchensatzungen abhängig und das innere Schulleben von Kirchenlehren und Kirchenmännern bestimmt wird. Eine unglückliche Geschichte, eine bis in die Gegenwart aufrechterhaltene Unterordnung der Schule unter geistliche Personen hat die Forderung nach völliger Aufhebung jeder äußeren und inneren Verbindung mit der Kirche entstehen lassen. Eine spätere Zeit, die von jenen unheilvollen Zuständen weiter entfernt ist, wird in dieser Beziehung wahrscheinlich anders denken und auf freundliche Nachbarschaft großen Wert legen.

Wir geben Tews recht, wenn er sagt: „Wir führen keinen Kampf g e g e n die Kirche, noch gar gegen irgendwelche berechtigte religiöse Bedürfnisse, sondern allein f ü r die Schule". Wir stimmen ihm auch zu in der Beurteilung der überlieferten Verbundenheiten zwischen Kirche und Schule und ihrer Bedeutung für die Gegenwart. Wir haben daher die „Forderung nach völliger Aufhebung jeder äußeren und inneren Verbindung mit der Kirche" nicht vertreten, sondern zu jeder Zeit ein freundnachbarliches Verhältnis zu ihr betont. Aber damit sind wir noch nicht an den positiven Sinn und Kern der Frage herangekommen, deren Erkenntnis uns für das Verständnis der Gegenwartsaufgaben nötig erscheint. Die Bedeutung einer Verbundenheit von Kirche und Schule sehen wir nicht so sehr in den Beziehungen des Einzelnen zu dem religiösen Kulturleben, sondern vielmehr in dem Verhältnis der Kulturgemeinschaften untereinander und mit dem Volkstum. Hier bestehen geistige Verknüpfungen, an denen nicht nur der einzelne Kulturkreis, sondern auch die Volksgesamtheit interessiert ist. Der Zusammenhalt der einzelnen Kulturgemeinschaften ist die Voraussetzung für die Einheitlichkeit der Volkskultur, und das Dasein und die Bedeutung der Einzelbewegung im Kulturleben ist bedingt durch deren

Zusammenhang mit dem Ganzen. In untrennbarer Verflechtung mit diesen Bewegungen stehen auch Kirche und Schule durch ihre Mitarbeit an der religiösen und sittlichen Entwicklung unserer Volkskultur. Aus diesen Erwägungen befürworten wir nicht nur ein loyales Verhältnis von Kirche und Schule; die Bedeutung lebensnotwendiger Zusammenhänge zwischen den einzelnen Kulturgebieten zwingt uns vielmehr zur Forderung einer Verbindung von Kirche und Schule. Die positive Aufgabe dieses Problems besteht nun nicht darin, daß wir den untrennbaren Zusammenhang der kirchlichen und schulischen Aufgaben an sich sehen, sondern, — was sehr wichtig ist — daß wir die das Eigengebiet der Kulturkreise *überragenden* Aufgaben erkennen, die durch gemeinsame planmäßige Pflege einer Steigerung fähig sind.

Hier zeigen sich uns neue Gebiete und Wege geistiger Zusammenarbeit, deren Endzweck die Erzielung kultureller Höchstleistungen des Volkes ist. Die Bedeutung und der Wert derselben werden allgemein anerkannt; darum ist die kulturelle Annäherung gleichberechtigter Volkskreise heute keine Sondererscheinung mehr. Auf den meisten Gebieten der öffentlichen und privaten Kulturpflege hat man aus eigenstem Lebensinteresse heraus den Weg zu gegenseitiger Angleichung beschritten. Selbst Kulturkreise, die früher abgesondert und abgeschlossen ihr Dasein führten, empfinden heute mehr und mehr das Bedürfnis geistiger Fühlungnahme mit der Umwelt. Vor allem aber werden die Begebenheiten volkserzieherischer Tätigkeit von diesen Angleichungsbestrebungen erfaßt, und in das Netz dieser Bindungen werden auch Kirche und Schule über kurz oder lang einbezogen.

In diesem Bilde gemeinsamer, volkheitlicher Arbeit haben wir die natürliche Grundlage, die uns eine *sachliche* Stellungnahme zu dem vorliegenden Problem ermöglicht; nicht nur hinsichtlich der Streitpunkte, die gegenwärtig im Vordergrunde der politischen Auseinandersetzungen stehen, sondern auch gegenüber den Zukunftsaufgaben, die unsere Zeit mit gebieterischer Notwendigkeit geltend macht. Daß die äußere Gestaltung einer Zusammenarbeit von Kirche und Schule der Zweckgemäßheit entsprechen und den Grundsätzen der heutigen Gesellschaftsordnung Rechnung tragen muß, versteht sich wohl von selbst. Viel wird davon abhängen, daß sich beide Teile ihrer Zusammengehörigkeit und ihrer gemeinsamen Zukunftsaufgaben in der engeren und weiteren Arbeitsgemeinschaft bewußt werden.

Wie gelangen wir nun zu einem solchen Zusammenschluß von Kirche und Schule?

Tews schlägt den Weg über das Reichsschulgesetz vor und schreibt:

> Eine spätere Zeit dürfte auch die durch den deutschnationalen Schulantrag wieder in gefährliche Nähe gerückte Einsichtnahme der Kirche in den in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft zu erteilenden Religionsunterricht unter anderen Gesichtspunkten beurteilen. Als Anklang an die verflossene geistliche Schulaufsicht ist diese Einsichtnahme auch wohl in alle Zukunft unannehmbar. Aber eine Kenntnisnahme etwa nach dem Muster der Kirchen- und Schulvisitationen? Als rein kirchlicher Akt? Kein kirchlicher Auftrag für die Schulräte, wie jetzt kirchliche Kreise vorschlagen. Das hieße die Schulaufsicht kirchlich belasten und mittelbar abhängig machen. Ein Schulrat, der den kirchlichen Auftrag nicht erhielte, würde eine schwierige Stellung haben, die behördliche Ernennung in der Regel auch nicht erhalten. *Ich erkenne grundsätzlich ein Recht der Kirche auf Kenntnisnahme vom schulischen Bekenntnisunterricht an.* Die Kirche wird mancherorten auf die Wahrnehmung dieses Rechtes verzichten können und gut daran tun, wenn sie es tut. Aber Gesetze und Rechtsordnungen werden geschaffen, um die wenigen, die den Weg des Rechtes und der Pflicht nicht gehen können oder wollen, zurückzurufen. Eine kirchliche Vergewaltigung ist daraus nicht zu befürchten, wenn der Staat die Seinen gegen Unrecht zu schützen bereit und in der Lage ist. Ist das nicht der Fall, schützen uns auch günstigere Rechtsordnungen nicht.

Im Gegensatz zu Tews erkennen wir der Kirche *kein* Recht auf „Kenntnisnahme" vom schulischen Religionsunterricht zu. Dieser Standpunkt ergibt sich ungezwungen sowohl aus den natürlichen Grundlagen als auch aus den sittlichen Grundsätzen, die für das Verhältnis von Kirche und Schule in der Volksgemeinschaft maßgebend sind. Ein Recht der Kenntnisnahme für die Kirche begründet eine einseitige Verpflichtung und macht die Schule zum Objekt eines anderen Willens; wir müssen aber jede Arbeitsordnung ablehnen, die hier nicht zu einem beiderseitig verpflichtenden Zusammenwirken führt oder einem mitarbeitenden Faktor die Selbständigkeit aberkennt. Wir wollen in der künftigen Arbeitsgemeinschaft nicht abseits stehen, auch niemanden abseits stellen, verlangen aber, daß die Schule gleichberechtigt neben der Kirche werteschaffend mitarbeitet. Die Schule ist nicht der Kirche, sondern beide sind sich gegenseitig und gemeinsam dem Volke verpflichtet. Unsere Arbeitsgemeinschaft hat das Feld gemeinsamer Betätigung nicht in der Schule selbst, sondern in den die Kirche und die Schule überragenden Beziehungen. Diese Mängel genügen vollauf, unsere ablehnende Haltung gegenüber dem Vorschlage von Tews zu rechtfertigen. Sollen wir noch hinweisen auf die rechtlichen Schwierigkeiten, die einer gesetzlichen Durchführung entgegenstehen? Der Anspruch auf Einsichnahme der Kirche in den Religionsunterricht der Schule ist ein Rudiment vormittelalterlichen Zeitdenkens. Die Einrichtung selbst ist ein Fremdkörper in der heutigen Gesellschaft und gehört der Geschichte an; als Mittel der Beziehungen unter Kulturgemeinschaften kommt sie nirgends in Frage; sie schafft keine positiven Werte, aber sie ist geeignet, die Kluft zwischen Kirche und Schule noch mehr zu verbreitern. Wir können diesen Weg über das Reichsschulgesetz nicht mitgehen; denn er führt nicht zur Verständigung und Annäherung, sondern ins Verderben.

Wir sind allerdings mit Tews der Meinung, daß eine spätere Zeit über die Bedeutung und die Durchführung des Art. 149 der Reichsverfassung anders urteilen wird, als es in den politischen Auseinandersetzungen vielfach geschehen ist. Wenn erst die Vernunft diese Dinge beherrscht, wird man die Verfassungsvorschrift nicht mehr im Bilde rückschrittlicher Träumereien und machtpolitischer Ziele beurteiken, sondern unter dem Gesichtspunkte eines organischen Anschlusses von Kirche und Schule; dann wird der mit den natürlichen Verhältnissen und den zeitgeschichtlichen Vorgängen verbundene Blick in dieser Bestimmung den Anfang einer Entwicklung sehen, deren Aufgaben noch im Schoße der Zukunft liegen; und der verständige Gesetzgeber wird diese Entwicklung herbeizuführen und zu fördern versuchen durch freiwillige Arbeitsbereitschaft, aber nicht durch widerwilliges Erzwingen. In einer späteren Zeit wird man auch in erster Linie dafür sorgen, den Religionsunterricht in der Schule lebensfähig zu gestalten, aber keine Fremdeingriffe gestatten, die die pädagogische Handlungsfreiheit der Schule einengen.

Den Fortgang der Entwicklung in der vorbezeichneten Richtung können machtpolitische Anstrengungen wohl aufhalten, aber nicht ändern. Im Hinblick darauf können wir auch dem Kompromißvorschlag von Tews nicht zustimmen; denn er führt Kirche und Schule abseits vom natürlichen und geschichtlichen Wege der Entwicklung. Mögen diejenigen, denen machtpolitische Ziele höher stehen als sittliches Recht, die Verantwortung für ihre Handlungen allein tragen. Wir teilen auch nicht die Befürchtungen für die zu-

künftige Entwicklung der Schule. Unser Standpunkt steht den kirchlichen Bedürfnissen und den allgemeinen Volksinteressen in keiner Beziehung entgegen; im Gegenteil, er bringt geradezu die Grundzüge einer christlichen Arbeitsgemeinschaft zur Durchführung, wie sie der Apostel Paulus schon in den neutestamentlichen Schriften niedergelegt hat. Wenn man unser aufrichtiges Vorhaben nicht anerkennen will, so ist das nicht unsere Schuld. Wir halten dies Kompromiß aber auch für gefährlich; denn es bringt die Schule auf einen Weg, der dort endet, wo man der Kirche wesensfremd, ja feindlich gegenübersteht und wo keine Verständigungsmöglichkeit mehr vorhanden ist; außerdem steht dem Lehrer der Gedanke der Wahrung und Erhaltung der schwer errungenen Selbständigkeit näher als ein fauler Friede.

Tews schließt seine Ausführungen mit dem Satze: „Heute sind Schule und Kirche noch durch ein tiefes Mißtrauen auf der einen und durch lebhafte Erinnerung an vergangene Zeiten und Verhältnisse auf der anderen Seite getrennt. Wer die Brücke baut, auf der sie sich begegnen und die Hände reichen können, hat für Jugend und Volk nicht wenig getan." Indem wir diese Gedanken unterstreichen, wollen wir dazu bemerken, daß eine feste und dauerhafte Brücke zwischen Kirche und Schule zustandekommt, wenn sich beide Teile ihrer dienenden Stellung in der Volksgemeinschaft bewußt werden.

Fibelreform — Schriftfrage.

(Bericht über die Versammlung in Lage am 22. September).

An etwa 50 Schulen des Landes wird seit Ostern die Fibel „Fröhlicher Anfang" benutzt. Das bedeutet die Ueberwindung eines letzten Hindernisses auf dem Wege zur Reform des Anfangsunterrichts im Sinne eines kraftbildenden lebensvollen Gesamtunterrichtes mit dem heimatlichen Anschauungsunterricht als Mittelpunkt. Andererseis aber liegt darin der tatkräftige Beginn der Reform des ersten Leseunterrichts, der in der Fibel die erste Jugendschrift sieht und das mehr Technische und Mechanische im Leselernvorgange der Arbeit mit dem Lesekasten zuweist.

Nach halbjährlicher teils schon längerer Benutzung der Fibel fand am 22, 9. eine Versammlung der beteiligten Lehrkräfte statt, um die Erfahrungen auszutauschen. Eingeleitet wurde die Besprechung durch 2 kurze Referate der Herren Bietmeier und Plöger. Beide waren mit dem Erfolg ihrer Arbeit zufrieden. Herr Plöger betonte besonders, daß das Lesen sofort beginnen müsse. Nur so sei es möglich, beim Lesen im innigen Kontakt zu bleiben mit dem Umgebungsunterricht, der dem Wandel der Jahreszeiten folge. Gute Erfahrungen hatte er mit dem Lesekasten gemacht. Beide Referenten stimmten darin überein, daß der neue Weg viel Freude für das Kind bedeute. Die Debatte brachte volle Uebereinstimmung mit den Referenten.

Die Versammlung beschloß darum einstimmig, Methode und Fibel ferner beizubehalten und die übrigen Schulsysteme zu veranlassen und zu bitten, auch einen Versuch mit der neuen Fibel zu machen. Im Interesse der Einheitlichkeit wäre zu wünschen, daß Ostern 1929 die Fibel allgemein eingeführt werde.

In der Klärung der Schriftfrage kam man ebenfalls zu einheitlicher Willensrichtung. Es wurde allgemein anerkannt, daß ein naturgemäßer Schreibunterricht mit einem Vorkursus im Malen der Antiqua zu beginnen habe. Der Antiqua gebühre gegenüber der bisherigen Schreibschrift der Vorzug, weil die Formen leicht zu legen und zu malen seien. Man war einig darüber, daß der Vorkursus Groß- und Kleinantiqua zu berücksichtigen habe und daß er im Herbst ungefähr beendet sein müsse.

Zur Klärung der Frage des Aufbaues und der weiteren naturgemäßen Gestaltung des Schreibunterrichtes hielt Herr Tippenhauer-Belle ein ausführliches von Sachkenntnis zeugendes Referat. Er behandelte die Reform der Umgangsschreibschrift als eine pädagogische Frage und als eine Frage der Entwicklung dieses uns zur Pflege anvertrauten nationalen Kulturgutes. Referent betonte die Notwendigkei der inneren Verbundenhei mit den Grundlagen der Reform und den Teilfragen der praktischen Durchführung. Nur so empfange Reformarbeit den rechten Adel. In der Debatte folgte man folgenden Vorschlägen des Referenten:

1. Soll der Schreibunterricht vom Vorkursus aus natürlich weitergeführt werden, so muß die Schriftfolge den natürlichen Verwandtschaft der Formen entsprechen. Der Antiqua muß als Umgangsschrift die Latein-Sütterlinschrift folgen.

2. Es muß das Ziel verfolgt werden, in dem Winterhalbjahr des ersten Schuljahres die Rohformen der Lateinschrift dem Gedächtnis einzuprägen und die Fähigkeit zur Wiedergabe zu entwickeln.

3. Nachdem auf der ersten Stufe der Erlernung der Schreibschrift die Beherrschung der Rohform erreicht ist, muß die Aufgabe des zweiten Schuljahres darin bestehen, das Verständnis zu erschließen für Formfeinheiten. Auch soll die Fähigkeit zum zusammenhängenden Schreiben entwickelt werden.

4. Im 3. und 4. Schuljahr wird die Deutsch-Sütterlinschrift geübt. Für die Frischhaltung der Lateinschrift wird nebenbei gesorgt.

Die in der Debatte auftretende Befürchtung, daß diese Neuordnung eine Zurücksetzung der deutschen Schreibschrift bringe, wurde zerstreut. Die Reform verkennt keineswegs die besondere Pflege der deutschen Schrift als eines nationalen Kulturgutes.

Die ganze Neuerung in der Schriftfolge soll als Versuch aufgefaßt werden mit der besonderen Pflicht zu einer einheitlichen Durchführung. Nach etwa zwei Jahren sollen dann die Erfahrungen sprechen. Vorläufig aber soll die Erkenntnis führen, daß vom Leichten zum Schweren fortzuschreiten ist.

Schlepper.

Umschau

Der Gesamtvorstand des Pr. L.-V. zur schulpolitischen Lage.

Auf seiner Tagung am 22. und 23. September in Schreiberhau faßte der Gesamtvorstand des Preußischen Lehrervereins nachstehende Entschließungen:

Zur neuen Lehrerbildung.

Der Gesamtvorstand des Preußischen Lehrervereins muß mit ernster Besorgnis feststellen, daß die weitere Ausgestaltung der neuen Lehrerbildung eine Entwicklung nimmt, die als im höchsten Maße verhängnisvoll bezeichnet werden muß.

Nach bisher unwidersprochen gebliebenen Nachrichten beabsichtigt das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Ostern 1929 4 neue Pädagogische Akademien einzurichten, und zwar 2 evangelische in Breslau und Erfurt, eine weltliche in Berlin und eine für katholische Lehrerinnen in Köln oder Trier.

Der Preußische Lehrerverein hat im Jahre 1924 auf seiner Vertreterversammlung in Kassel trotz schwerster Bedenken und unter Aufrechterhaltung seiner grundsätzlichen Forderung, die neue Lehrerbildung an die bestehenden Hochschulen zu verlegen, sich entschlossen, der Errichtung Pädagogischer Akademien keinen Widerstand entgegenzusetzen, weil er davon überzeugt war, daß ein sol-

cher Widerstand die neue Lehrerbildung überhaupt, insonderheit aber die Festlegung der Abschlußprüfung an einer höheren Lehranstalt als Voraussetzung für den Eintritt in die Berufsausbildung, ernstlich gefährdet hätte. Er hat aber dabei aufs deutlichste zum Ausdruck gebracht, daß er die Pädagogischen Akademien als geeignete Stätten der Lehrerbildung nur unter der Voraussetzung anerkennen könne.

a) daß sie nur in Hochschulorten eingerichtet werden, damit Lehrkörper und Einrichtungen der bestehenden Hochschulen für die Lehrerbildung nutzbar gemacht werden können,
b) daß sie in jeder Beziehung, insbesondere in bezug auf den Lehrkörper, den bestehenden Hochschulen ebenbürtig sind,
c) daß sie nicht durch Konfessionalisierung eingeengt werden.

An diesen Forderungen hält der Preußische Lehrerverein auch heute noch unbedingt fest. Er muß daher gegen die beabsichtigte Errichtung von Akademien in Orten, die keine Hochschule haben, aufs nachdrücklichste Einspruch erheben. Vor allen Dingen aber muß er eine weitere Aufspaltung der Lehrerbildung nach Bekenntnissen, Weltanschauungen und Geschlechtern, wie sie in dem oben gekennzeichneten Plane zum Ausdruck kommt, als eine nicht nur für die Lehrerbildung, sondern auch für die Entwicklung der preußischen Volksschule geradezu unheilvolle Maßnahme aufs schärfste bekämpfen.

Der Gesamtvorstand des Preußischen Lehrervereins fordert den Preußischen Landtag auf, derartigen Plänen unter keinen Umständen seine Zustimmung zu geben, sondern darauf zu dringen, daß die weiterhin einzurichtenden Akademien nur in Hochschulorten und nur als Stätten der gemeinsamen Ausbildung für Lehrer und Lehrerinnen aller Bekenntnisse und Weltanschauungen errichtet werden.

Von der Reichsregierung und dem Reichstag fordert der Gesamtvorstand des Preußischen Lehrervereins die möglichst baldige Vorlegung und Verabschiedung eines Reichsgesetzes, durch das gemäß Artikel 143 Absatz 2 der Reichsverfassung die Lehrerbildung nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten, für das Reich einheitlich geregelt wird.

Ueberfüllte Klassen und Junglehrernot.

Nach der Antwort des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 22. März 1928 auf eine Kleine Anfrage des Landtages beträgt die Zahl der überfüllten Klassen in Preußen 11 000, wobei als höchste Besetzungsziffer einer Klasse die Zahl 50 zugrunde gelegt ist, die aber aus unterrichtlichen, erziehlichen und gesundheitlichen Gründen als viel zu hoch bezeichnet werden muß. Demgegenüber gibt es in Preußen nach Angaben des Ministers immer noch 16 710 Junglehrer und Junglehrerinnen, die nicht im Schuldienst beschäftigt sind.

Angesichts dieser Tatsachen stellt der Gesamtvorstand des Preußischen Lehrervereins mit Befremden fest, daß vom Preußischen Staate bisher kein ernster Versuch unternommen worden ist, der gekennzeichneten Schulnot durch Einstellung der seit Jahren auf Beschäftigung im Schuldienst wartenden Junglehrer und Junglehrerinnen zu steuern. Er fordert die Staatsregierung und den Landtag auf, Maßnahmen zu ergreifen, die die Unterbringung der beschäftigungslosen Junglehrerschaft im Schuldienste zum 1. April 1929 sicherstellen.

Zur Neuregelung der Besoldung.

Der Gesamtvorstand des Preußischen Lehrervereins gibt aufs neue seiner tiefen Empörung über die letzte Besoldungsregelung Ausdruck, denn sie bringt eine so unerhörte Differenzierung in der Bewertung der von den einzelnen Lehrergruppen geleisteten Arbeit, daß sie für die gesamte Lehrerschaft untragbar bleibt. Er erstrebt nach wie vor ein einheitliches Gehalt für alle Lehrenden an der Volksschule und ihren Sondereinrichtungen und hält an dieser grundsätzlichen Forderung unentwegt fest.

Im Hinblick auf dieses Ziel sieht der Gesamtvorstand es für seine nächste Aufgabe an, die in der jetzigen Besoldungsordnung zum Ausdruck kommenden Ungerechtigkeiten, vor allem den übergroßen Abstand von den Studienräten und das Unrecht der Stellenzulagen sowie die Zurücksetzung der Ruheständler aufs nachdrücklichste zu bekämpfen.

Der Gesamtvorstand beauftragt den Geschäftsführenden Ausschuß, in diesem Sinne für die Vertreterversammlung in Dortmund Richtlinien für die nächste Besoldungsordnung aufzustellen.

Höhere Schule und Republik.

Vor den Direktoren der höheren Schulen der Provinz Hannover sprach Oberpräsident Noske, der auch Präsident des Provinzialschulkollegiums ist, über die Aufgaben der höheren Schulen. Er führte aus:

„In dem Ringen um die Zukunft des deutschen Volkes werden durchaus nicht die Gebildeten und die Akademiker die Führung erlangen, dazu gehört viel mehr als angelerntes Wissen. Dazu ist erforderlich ein gründliches Verstehen des Denkens und Fühlens der Massen, die man leiten möchte. Daran läßt es aber heute noch eine erschreckend große Zahl von Gebildeten fehlen, die mit gänzlich unangebrachtem Hochmut auf die vermeintlich weniger Gebildeten herabsehen. Es hat derjenige, der höhere Bildung erlangen kann, allen Anlaß, sich immer wieder dankbar der Tatsache zu erinnern, wie groß die finanziellen Opfer sind, die von der Allgemeinheit für seine Schulbildung und sein akademisches Studium aufgebracht werden, trotzdem die höheren Schulen und Hochschulen noch immer in der Hauptsache für Kinder der besser situierten Stände privilegiert sind. Die republikanische Regierung hat beträchtlichen Langmut gezeigt und weitgehendes Verständnis dafür, daß die Einstellung auf die Neuordnung vielen Lehrern nicht leicht wurde. Die Uebergangszeit muß jetzt aber als abgeschlossen gelten. Die republikanische Staatsordnung mit stark und stärker werdendem sozialen Charakter ist stabilisiert. Die republikanische Regierung kann und wird nicht dulden, daß die Schüler, für die der Staat große, sehr schwer zu tragende Opfer bringt, nicht in absolut staatsbejahendem Sinne unterrichtet werden. Wo Lehrer und besonders Schulleiter diese Pflicht nicht glauben erfüllen zu können, muß daraus von der Verwaltung die Konsequenz gezogen werden. Der Lehrer, der die ihm anvertrauten Jungen nicht zu Republikanern, d .h. zu wahrhaft selbstbewußten Staatsbürgern zu erziehen sucht, versündigt sich auch an ihrer Zukunft."

„Wenn jetzt die Regierung Außenseiter, d. h. auch nichtakademisch gebildete Männer, in hohe Verwaltungsstellen beruft, so handelt sie dabei unter anderem auch in einer Art Notrecht, weil sie sicher sein muß, daß die Geschäfte des Staates in republikanisch-demokratischem, sozialem Sinne geführt werden. Für sehr unwahrscheinlich halte ich es, daß in absehbarer Zeit noch ein Pädagoge zur Leitung einer höheren Lehranstalt berufen wird, von dem nicht feststeht, daß er bei sonstiger Eignung sich überzeugt zur republikanischen Ordnung bekennt."

Beaufsichtigung der Kinder beim Gottesdienst.

Das Kirchliche Amtsblatt der Diözese Paderborn bringt auf S. 47/1928 folgende Verordnung: „Es wird uns mitgeteilt, daß an mehreren Orten die Kinder beim Gottesdienste ohne Aufsicht sind und durch ihr Verhalten Störung und Aergernis verursachen. Wir ersuchen die Herren Pfarrer und Pfarvikare, sich um eine ausreichende Beaufsichtigung der Kinder in der Kirche zu bemühen, wenn notwendig, durch Bestellung besonderer Vertrauenspersonen."

Man könnte glauben, daß nach dieser Verordnung die Kirche nicht mehr daran denke, den Lehrer für die Disziplin beim Gottesdienste verantwortlich zu machen. Gewiß, Pfarrer und Bischöfe hüten sich, die alte Küsterhörigkeit zu erzwingen. Aber es gibt ja auch sanfte Mittel, das alte Pflichten- und Abhängigkeitsverhältnis aufrechtzuerhalten. In einem herzbewegenden Hirtenschreiben an die Eltern und Erzieher bittet der Bischof von Paderborn, sich mit der Geistlichkeit zusammenzuschließen, um die Schuljugend — sie ist von sich aus dem Kirchgang wenig geneigt — häufig ins Gotteshaus zu führen.

„. . . An euch, meine treuen Mitarbeiter aus dem Lehrerstande, richte ich noch die besondere herzliche und anständige Bitte, die Beaufsichtigung der Kinder während des Gottesdienstes stets als eine heilige Ehrenpflicht zu betrachten. Den Opfern, die ihr durch die Kirchenaufsicht auf euch nehmt, folgt reiche Vergeltung hienieden und im Jenseits. Mit Rührung und Dankbarkeit spricht man von Lehrern und Lehrerinnen, die mit ihren Schulkindern in der Morgenstunde vor Beginn des Unterrichts vor dem Tabernakel knien. Ihr Andenken bleibt in Ehren von Geschlecht zu Geschlecht. Wie hoch erst mag Gott den frommen Dienst solcher Lehrer einschätzen, wie unermeßlich ihn im Himmel belohnen."

Mit solchen Vertröstungen könnte man es auch unternehmen, den Lehrern die Verdoppelung ihrer Pflichtstunden und die Halbierung ihres Gehalts zu versüßen. Was aber wäre als „Idealismus" zu loben, wenn eine Lehrerschaft deswegen den Bischöfen willfährig wäre, weil sie in der Glaubensgewißheit lebt, jene Versprechungen erfüllt zu sehen?

Beaufsichtigung des Konfirmandenunterrichts.

Der Pfarrausschuß der Provinz Hannover schreibt dem Landeskirchentag zu § 7 des Kirchengesetzes betr. Kirchenvisitationen (Nr. 4 der amtlichen Aktenstücke des Landeskirchenamtes):

„Die Befugnis des Superintendenten, dem Konfirmandenunterrichte beizuwohnen, widerspricht nach Ueberzeugung des

Pfarrerausschusses dem seelsorgerlichen Charakter desselben und ist bisher im Lande Hannover unbekannt gewesen, auch nicht irgendwie kirchengesetzlich festgelegt worden. Sie würde die Verschulung (schulmäßige Behandlung) des Konfirmandenunterrichts bedeuten. Der Wunsch, der Aufsichtspflicht zu genügen, wird durch die Ephoralprüfungen und die stets vorhandene Gelegenheit, der sonntäglichen Kinderlehre beizuwohnen und mit dem Pfarrer über Gang und Methode seines Unterrichts dienstlich Rücksprache zu nehmen, voll erfüllt. Es erscheint dem Pfarrerausschuß außerordentlich bedenklich, gesetzlich festgelegte Behördlichkeit in Dinge hineinzubringen, die sie nun einmal ihrer Natur nach nicht vertragen. Man hat noch nirgnds die Erfahrung gemacht, daß durch Ueberspannung des Aufsichtsbegriffs in geistlichen Dingen etwas Gutes geschaffen ist. Der hannoversche Pfarrerstand fragt sich mit Recht, wodurch er das in dem Gesetzentwurf liegende Mißtrauen verdient hat. Pfarrerausschuß beantragt daher im § 7 die Worte „und den Konfirmandenunterricht" zu streichen."

So reden also die Pfarrer, wenn es sich um ihre Belange handelt. Wo standen aber die Pfarrer, als es um die „Ueberspannung des Aufsichtsbegriffs" in der Schule ging? Ja, das ist nach ihrer Auffassung wohl etwas ganz anderes.

Trennung der Kirche vom Staat

und damit die Trennung der Schule von der Kirche sind in Amerika ganz selbstverständliche Dinge. Selbst in Mexiko, wo die katholische Kirche sich jahrelang dagegen gewehrt hat, und wo es infolgedessen zu einem außerordentlich heftigen „Kulturkampf" gekommen ist, scheint die Kirche jetzt einlenken zu wollen. Nach neueren Nachrichten haben die Katholiken eine Petition an den Kongreß gerichtet, nach der sie jetzt nichts mehr dagegen einwenden wollen, daß die Trennung vollzogen wird. Sie wollen auch damit einverstanden sein, daß in den Staatsschulen Religionsunterricht nicht erteilt wird, und stellen nur die Forderung, in ihren Privatschulen bezüglich des Religionsunterrichts keiner Einschränkung unterworfen zu sein. In den Vereinigten Staaten hat der demokratische Präsidentschaftskandidat, der ein durchaus treuer Katholik ist, in seinen Versammlungen wiederholt die ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß für den Fall seiner Wahl an dem jetzt bestehenden Verhältnis der Trennung von Kirche und Staat nichts geändert werden soll. Nur auf diese Weise wird es ihm auch möglich sein, die Stimmen der Mitglieder anderer Religionsgesellschaften zu erhalten.

Die höhere Schule und das arbeitende Volk.

Der 42. westfälische Philologentag, der am 22. und 23. September in Bochum tagte, ließ sich von dem Reichstagsabg. Joos einen Vortrag über die „höhere Schule und das arbeitende Volk" halten, der um deswegen außerordentlich bemerkenswert ist, weil hier — wohl zum ersten Male — ein Mann „aus dem Volke" vor akademisch gebildeten Lehrern über Schulfragen sprach. Herr Joos hat lediglich die Volksschule besucht und sich sein ganzes weiteres Wissen durch Selbstbildung angeeignet. So kommt er zu der Forderung, daß für die geistige Bildung des Arbeiterstandes mehr getan werden müsse als bisher, und daß den Arbeiterkindern die höhere Schule in einem viel weiterem Umfange zugänglich gemacht werden müsse. Grundlegend für seine Forderung waren ihm die Stimmungen und Bildungsregungen innerhalb der industriellen Lohnarbeiterschaft, die Beobachtung an den eigenen Kindern und die „Jugendbewegung", in die er einen tiefen Einblick gewonnen hat. Er führte u. a. aus, daß in der Arbeiterschaft die Freude an der heutigen höheren Schule stark gedämpft sei. Die unnatürliche Trennung zwischen Handarbeit und geistiger Arbeit müsse beseitigt werden. Um das gespannte Verhältnis zwischen Arbeitervolk und den gelehrten Berufen einigermaßen zu beheben, müsse ein planmäßiger und erzieherischer Werkunterricht an allen Anstalten eingeführt werden. Die höhere Schule und das arbeitende Volk müssen sich zusammenfinden. Die höhere Schule soll das Führertum in unserem Volke, das unsere Zeit so nötig braucht, geistig mit vorbereiten. Das sind alles Gedanken, die nicht zum erstenmal ausgesprochen werden. Daß sich aber die Lehrer an unseren höheren Schulen diese Gedanken auf ihrer Tagung von einem Arbeiter vortragen lassen, ist immerhin eine Erscheinung, die für die Kulturbewegung in unserem Volke von Bedeutung ist.

Unentgeltlicher Gymnasialunterricht in Frankreich.

Die Finanzkommission der Kammer hat die Kredite für die völlige Unentgeltlichkeit des Gymnasialunterrichts bewilligt. Im vorigen Jahre war beschlossen worden, daß der Gymnasialunterricht von der 6. Klasse bis zur 3. Klasse in den Unterrichtsanstalten unentgeltlich sein soll, denen ein Technikum oder eine Mittelschule angeschlossen ist. Dieser Beschluß wird bereits in diesem Jahre durchgeführt. Auf den Vorschlag eines Kommissionsmitgliedes wurde jedoch beschlossen, daß der Gratisunterricht in den höheren Schulen nur den Schülern gewährt werdm soll, die die mittleren Klassen mit gutem Erfolge absolviert haben. Durch diese Maßnahme darf keine Vermehrung der Lehrerstellen und der Schülerzahlen hervorgerufen werden. Natürlich bezieht sich die Unentgeltlichkeit nur auf den Unterricht, nicht auch auf die Unterbringung und Verpflegung des Schülers in den Anstalten, die ein Internat besitzen. Um jedoch die Zahl der freien Stellen in diesen Internaten zu erhöhen, sind die dafür bestimmten Kredite für 1929 um eine Million Franken erhöht worden. Es ist ziemlich sicher, daß Kammer und Senat diese Beschlüsse der Finanzkommission gutheißen werden. (Berl. Tgbl.)

„Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz!"

Dieses Mahnwort empfahl der Kultusminister Becker den Arbeiten des 1. Kongresses für Chorgesang, der vom 8. bis 10. Okt. in Essen tagte, voranzustellen. Getragen von der richtigen Ueberzeugung, daß in künstlerischen Dingen Einigkeit die allererste Voraussetzung ist, geleitet von dem Bestreben, in gemeinsamer Arbeit dem Volke die kostbaren Schätze wahrhaft bildender, veredelnder Musik zu erschließen und nicht zuletzt in der Absicht, der großen Oeffentlichkeit die gemeinsamen Nöte des Chorgesangswesens klar zum Bewußtsein zu bringen, haben sich der Deutsche Sängerbund, der Deutsche Arbeitersängerbund und der Reichsverband der gemischten Chöre zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen und den von einheitlichem, ernsten Streben zeugenden Kongreß veranstaltet. Im Auftrage des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht eröffnete der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Herr Professor Kastenberg die Verhandlungen, die der Reichsinnenminister Severing mit einer von offensichtlicher Begeisterung für die Pflege des Gesanges getragenen Ansprache einleitete, in der er u. a. zum Ausdruck brachte, daß er die Absicht habe, das Reichskabinett, den Reichsrat und den Reichstag für die kräftigste Förderung der Bestrebungen zur Pflege des Chorgesangwesens zu interessieren und von der Notwendigkeit dieser Bestrebungen zu überzeugen. Ohne eine Verschmelzung weltanschaulich unterschiedlicher Gruppen anzustreben, müsse man auf Gebieten, die den Boden einseitlicher Betätigung ergeben, sich unbedingt zusammenfinden. „Es muß dahin kommen, daß unsere Arbeitersänger auch religiösen Liedern nicht ausweichen, daß sie „Ein feste Burg ist unser Gott" nicht nur hören, sondern auch singen, und daß die Herren vom Deutschen Sängerbunde an den Klängen des Wolgaliedes mindestens musikalisch Gefallen finden."

Der Preußische Kultusminister Becker betonte, daß in unserer Zeit, in der die wirtschaftlichen und politischen Aufgaben so sehr überwiegen, es dringend notwendig sei, daß die kulturellen und besonders die künstlerischen Bestrebungen mit aller Kraft unterstützt werden. Staat und Volk müssen vereint gegen die brutalen Einflüsse eines öden Materialismus ankämpfen.

Was uns als Volkserzieher besonders interessieren muß, wa die Ausführungen des Minister von den gesanglich-musikalischen Belangen der Vereine und der Schule und von der musikerzieherischen Ertüchtigung des Lehrernachwuchses, der die pädagogischen Akademien besondere Sorgfalt zuzuwenden haben; das tragfähige Fundament einer gründlichen Musikkultur des Volkes müsse die Schule ergeben. Dazu aber gehört als unerläßliche Vorbedingung — dies wurde von einer Reihe der weiteren Vortragenden, insbesondere von den Herren Prof. Dr. Moser und Generalmusikdirekto Prof. Dr. Fr. Stein mit allem Nachdruck betont — zuerst das eine Ziel, die Schüler musikschriftverständig zu machen, d. h. sie dahin zu führen, daß sie leichte Tonsätze ohne Unterstützung durch ein Instrument nach Noten absingen. Beide Vortragenden betonten in völliger Uebereinstimmung, daß dieses Ziel als Grundlage der weiteren Musikerziehung durch nichts leichter und sicherer erreicht wird als durch das Tonwort von Carl Eitz.

Die Tatsache, daß von maßgebenden Instanzen und Wissenschaftlern vor der breitesten Oeffentlichkeit der Schule erneut die Pflichten vorgezeichnet sind, die sie im Interesse einer ausreichenden Musikkultur des Volkes zu erfüllen hat, dürfte wohl ausreichend Veranlassung geben, die bisherigen Pläne und Wege der Musikerziehung einer gründlichen Nachprüfung zu unterziehen, eine Neuorientierung zu veranlassen. Allen, die sich für einen ausführlichen Bericht über die weiteren überaus interessanten Kongreßverhandlungen interessieren, empfehle ich zur Orientierung Nr. 42 und 43 der Deutschen Sängerbundeszeitung, Verlag Paul Eberhardt, Leipzig, Königstr. 19. W. Stolte.

Auswirkungen der Küstereifrage in Lüdenhausen.

Seit der Neubesetzung der hiesigen früheren Küsterstelle ist auch hier die Küstereifrage ins Rollen gekommen. Es handelt sich um einen Küstereibesitz an Garten, Feld, Wiese und Wald von un-

gefähr 45 Scheffelsaat. Auf der Grundlage einer gemeinsamen Verständigung fanden zunächst Besprechungen zwischen Schul- und Kirchenvorstand statt, die aber bis jetzt ohne ein faßbares Ergebnis verlaufen sind. Die letzte Sitzung, die dieser Tage stattfand, endete mit dem Ergebnis, daß der Pastor Ruperti nach einer kurzen, hitzigen Debatte die Versammlung verließ, die beiden anwesenden Lehrer darauf von einem Kirchenvorstandsmitgliede aufgefordert wurden, das Lokal zu verlassen, und auch der übriggebliebene Teil bald auseinandergesprengt war. Pastor Ruperti erblickt die Einigung darin, daß sämtliche Ländereien der Kirche zufallen und für die Schule nur die nackten Gebäude übrig bleiben. Die Kirchenvorstandsmitglieder selbst scheinen nach den bisher stattgefundenen Besprechungen sich noch keine Meinung gebildet zu haben oder wagen sie nicht zu äußern. Die Schulvertreter haben sich fast alle gegen eine solche Art der „Verständigung" ausgesprochen. Soweit der Stand der Dinge.

Von den Gründen, die der Vertreter der Kirche, Pastor Ruperti, für seine Sache anführte, verdienen, abgesehen von den Beweisen aus den noch vorhandenen Akten, zwei der weiteren Oeffentlichkeit zugängig gemacht zu werden. 1. Der Hauptgrund, womit hierfür die kirchliche Annektierung der Küstereiländereien gearbeitet u. Stimmung gemacht wird, besteht in der „grenzenlosen Not und Verarmung der Kirchenkasse, die nahe vor dem Bankerott steht." Nach dem Bericht des Rechnungsführers der Kirchenkasse hat die hiesige Kirchengemeinde nahezu 5000 ℳ Schulden. Die laufenden Ausgaben und unbedingt notwendige Reparaturen könnten nicht gedeckt und bezahlt werden. Am Erntedankfeste fand eine Kollekte statt für die „vor dem Bankerott stehende Kirchenkasse" u. a. m. — Da frage ich, wo bleiben die großen Summen, die wir durch unsere Kirchensteuer aufbringen? Haben wir als Kirchensteuerzahler nicht ein Recht auf eine lückenlose Veröffentlichung des Etats unserer Landeskirche? Leben wir wirklich noch im Zeitalter des Absolutismus, wo der Untertan nur zu zahlen und sich um den Verbleib der Gelder nicht zu kümmern hatte? Statt dessen veröffentlicht die Landeskirche jedes Jahr eine nichtssagende kurze Vermögensübersicht. Statt dessen schickt sie zur Begründung eines Staatszuschusses an den Landtag einen kirchlichen Haushaltsplan, der ob seiner Lückenhaftigkeit das Erstaunen aller Landtagsabgeordneten erregt. Ich frage noch einmal, wo bleiben die Gelder? Hat nicht unser Vorsitzende vom Beamtenbund in einer öffentlichen Versammlung in Detmold festgestellt, daß die Kirchensteuer sämtlicher lippischen Beamten eine Summe ausmacht, die zur Bezahlung der lippischen Geistlichen ausreicht? Wahrscheinlich schwimmen die städtischen Kirchengemeinden im Gelde. Da gbt es ja auch keine Küstereifrage mehr zu lösen. Für die ländlichen Kirchengemeinden ist ein neuer Verteilungsschlüssel gefunden worden, nach dem sie noch weniger als bisher aus der Landeskirchenkasse bekommen sollen. So wird die Küstereifrage gelöst in kirchlichem Sinne. Erdrosselung der ländlichen Kirchengemeinden, damit sie notgedrungen die Küstereiländereien schlucken müssen. So wird Stimmung gemacht. Haben wir kein Mittel, diesem Uebel zu steuern?

2. In einer weiteren Begründung führte Herr Pastor Ruperti etwa Folgendes aus: „Wir müssen fordern, daß sämtliche Küstereigrundstücke bis an die Schulmauern der Kirche zufallen. Leider haben wir keinen Einfluß mehr auf die Schule und die Besetzung der Lehrerstellen. Wir müssen sehen, daß wir wieder Einfluß bekommen, vor allem auf den Religionsunterricht. Gehört alles Land der Kirche, so bekommen selbstverständlich die Lehrer so viel Land wie sie haben wollen und zwar zu einem ganz geringen Pachtpreise, meinetwegen 1 Pf. pro Scheffelsaat. Kommt nun aber mal ein rabiater Herr (!) als Lehrer nach Lüdenhausen, der den Kindern keinen Religionsunterricht in unserem Sinne erteilen will, so können wir ihm zwar seine Stele nicht nehmen, aber den Garten darf er nicht betreten."

Kommentar überflüssig! Solche Blüten treibt hier die Küstereifrage. So löst man die Frage des Reichsschulgesetzes auf eigene Faust. Mit solchen Argumenten wird hier gearbeitet, und da spricht man von Verständigung und Schulfrieden. Nach diesen Auslassungen wird sich ja wohl kein Schulvertreter mehr finden, der eine Einigung in der Küstereifrage auf jeden Fall fordert.

Schäfer, Lüdenhausen.

Zur Neuordnung im Deutschen Beamtenbunde.

Die Verbundenheit des D. B. B. mit außerhalb stehenden wirtschaftlichen Einrichtungen war schon auf der Vertreterversammlung des D. L. V. in Braunschweig Gegenstand eingehender Erörterungen. Es wurde in Braunschweig beschlossen: „Die Verflechtung mit wirtschaftlichen Einrichtungen ist zu lösen." Wirtschaftliche Dinge sind nicht von heute auf morgen grundstürzend zu ändern, doch darf billigerweise erwartet werden, daß die Führer des D. L. V. sich entschieden und uneingeschränkt für die Durchführung dieses Beschlusses einsetzen. Uns will scheinen, als ob der Geschäftsführende Ausschuß des D. L. V. nur recht zaghaft den Dingen näher zu treten wagt. Wie sollen wir anders seinen Antrag zum Bundestag des D. B. B. (24.—26. Oktober in Berlin) kennzeichnen: „Zuschüsse aus der Kasse des D. B. B. an wirtschaftlichen Einrichtungen sind unstatthaft." Falls auf der Bundestagung nicht reiner Tisch gemacht wird mit all' den Dingen, die nachgerade die gesamte Beamtenschaft beunruhigen, wird der Streit um die wirtschaftliche Vereinigung des D. B. B. weitere Wellen schlagen. Und das ist nicht zum Nutzen der Beamtenschaft und des Beamtenbundes.

Es handelt sich vor allem um die Verflochtenheit des D. B. B. mit dem Deutschen Beamtenwirtschaftsbunde und durch diesen mit dem Geldkonzern Jakob Michael, der durch die Köster-A.-G. und die Debewa die Verbindung sichert. Wenn bisher der Mitgliedschaft des D. B. B. über diese Zusammenhänge kein klarer Wein eingeschenkt ist, so ist das vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus zu bedauern. Es trägt nicht zur Beruhigung bei, wenn nach und nach aus den verschiedensten Quellen diese und jene Nachricht kommt, die — mehr oder weniger den Tatsachen entsprechend — den Schleier des Geheimnisses ein wenig lüftet. In diesem Zusammenhange wird die Angelegenheit durch die Amtsniederlegung ds Vorsitzenden des Beamtenwirtschaftsbundes und Direktors im D. B. B. Remmers noch fragwürdiger. Direktor Remmers hätte sollen schon früher das zum Ausdruck, was er jetzt in einem Rundschreiben mitteilt, bringen. Wir bringen seine Mitteilungen zunächst unter Vorbehalt, doch mit der Absicht, daß endlich vom Beamtenbunde Klarheit darüber gegeben wird, was ist. Remmers begründet seinen Rücktritt mit dem Hinweis auf den Neuabschluß des Vertrages mit der Köster-A.-G. und schreibt u. a. folgendes:

„Michael beherrscht also nach wie vor die Köster-A.-G. und die Debewa, da letztere nur Kommissionärin von Köster ist. Die Beteiligung mit 76 Prozent bei der Debewa bedeutet für den Wirtschaftsbund rechtlich und tatsächlich viel weniger, als es den Anschein erweckt. Der Beamten-Wirtschaftsbund ist nämlich gleichzeitig vertraglich so gebunden, daß er ohne Zustimmung der anderen Seite nichts unternehmen kann.

Selbstverständlich schließt die neue Vertragsschließung, die nicht unter dem Drucke der Not, sondern mit reiflicher Ueberlegung und freiwillig erfolgt ist, ohne weiteres die Anerkennung des Michael-Konzerns als Besitzer der Köster-A.-G. und der Debewa in sich. Ohne Zweifel besteht aber ein großer Unterschied darin, ob man in einer Zwangslage ein derartiges Abkommen trifft, um sich von Schuldverpflichtungen zu befreien, oder ohne äußeren Zwang diese in denkbar schlechter Situation vollzogene Vertragsschließung um kleiner Verbesserungen willen, neu bekräftigt. Diesmal mußte der Michael-Konzern in größter Sorge sein, was aus der ganzen Zukunftentwicklung des Geschäfts bei nicht erfolgter Anerkennung durch die Spitzenorganisationen werden sollte, während dem Wirtschaftsbunde seine Umsatzprovision so oder so gesichert blieb. Durch die vertraglich übernommene Propagandapflicht des Beamten-Wirtschaftsbundes für die Debewa-Anstalten wird der Kundenkreis aus der Beamtenschaft ständig vergrößert, so daß das seitens der Köster-A.-G. erstrebte Monopol immer nähergerückt wird. Gleichartige Einrichtungen der Beamtenschaft werden neben der Debewa nicht mehr aufkommen können, während andere, die heute noch vorhanden sind, von der Debewa aufgesogen werden. Die Spekulation des Michael-Konzerns, sich mit Hilfe der Beamtenorganisationen die Konsumkraft eines ganzen Berufsstandes nutzbar zu machen, beruht unzweifelhaft auf einer außerordentlich klugen Berechnung. Es liegt in der Natur der Sache, daß ein großer Finanzkonzern, der an Hunderten von Erwerbsgesellschaften beteiligt ist, die vorteilhafteste Anlage für sein Kapital sucht, und daher auch bestrebt sein muß, einen möglichst hohen Gewinn aus dieser Anlage zu erzielen. Bei dieser Sachlage ist es für eine Beamtenorganisation, deren Bestreben nach ihrer historischen Entwicklung auf die Schaffung gemeinnütziger Selbsthilfeeinrichtungen gerichtet sein sollte, ein unmögliches Unterfangen, diese Beamtenunternehmungen einem rein privatkapitalistisch orientierten Geldkonzern in die Hände zu geben.

Es wird ernstlich zu prüfen sein, ob diese zunächst zwangsläufig, aber jetzt freiwillig durch neue Verträge der Beamtenwarenwirtschaft gewiesene Richtung sich wirklich so fortsetzen soll oder ob noch Mittel und Wege gefunden werden können, den Dingen eine andere Wendung zu geben. Der Gedanke der gemeinnützigen Beamtenselbsthilfe ist jedenfalls unvereinbar mit der Debewa, die rein privatkapitalistischen Interessen dient.

Glaubt der Beamten-Wirtschaftsbund an der Beamtenwirtschaft materiell beteiligt sein zu müssen, so kann das geschehen durch Beteiligung an tatsächlichen Beamten-Wirtschaftsunternehmen. Glaubt er aber Privatunternehmen besondere Rechte einräumen zu

müssen, um dadurch an diesen Unternehmen beteiligt zu sein, bedarf es keinesfalls so weitgehender Bindungen, wie sie hier eingegangen sind.

Konnte man nicht der bestehenden Entwicklung des Genossenschaftswesens, das sich in allen Ländern und Berufen günstig entwickelt, vertrauen und an seinen altbewährten Grundlagen festhalten? Der Bericht des Deutschen Beamten-Genossenschaftsverbandes für 1927 zeigt, daß alle Fehlschläge nicht vermocht haben, das Fortschreiten des Selbsthilfegedankens in der Beamtenschaft aufzuhalten. Sowohl die Zahl der angeschlossenen Einrichtungen wie die Umsatzziffern derselben beweisen, daß hier in nicht allzu ferner Zukunft Großes erreicht werden kann."

Wie weit Remmers hier sei neigenes Werk verurteilt, soll uns heute nicht beschäftigen. Das Wort hat zunächst der Deutsche Bamtenbund und der Deutsche Beamtenwirtschaftsbund. Letzterer richtete bereits an die Landes- und Provinzialkartelle folgendes Schreiben:

„Wie uns aus dem Reiche mitgeteilt wird, hat Herr Bundesdirektor Remmers an einzelne Organisationen ein Schreiben gerichtet, worin er seinen Rücktritt vom Vorsitzenden des Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes begründet.

Dieses Rundschreiben enthält über das Verhältnis des Deutschen Beamtenwirtschaftsbundes zur Debewa und über diese letztere selbst eine Anzahl von unvollständigen und unrichtigen Behauptungen. Vor allem muß entgegen der Erklärung des Herrn Remmers darauf hingewiesen werden, daß der Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenwirtschaftsbundes keinen neuen Vortrag mit der Köster-A.G. über die Debewa abgeschlossen hat, sondern lediglich den mit der Firma Köster-A.-G. bestehenden, unter dem Vorsitz des Herrn Remmers zustandegekommenen und den Deutschen Beamtenwirtschaftsbund bis zum Jahre 1935 bindenden Vertrag in wesentlichen Punkten zugunsten des Deutschen Beamtenwirtschaftsbundes ergänzt und berichtigt hat. In den Instanzen des Deutschen Beamtenwirtschaftsbundes besteht völlige Einigkeit darüber, daß der Deutsche Beamtenwirtschaftsbund die von ihm abgeschlossenen Verträge nach Treu und Glauben einzuhalten hat.

Der Deutsche Beamtenwirtschaftsbund wird Veranlassung nehmen, in kürzester Zeit Sie ausführlich über seine Politik im allgemeinen und die Debewa-Angelegenheiten im besonderen zu informieren. gez. Kugler, gez. Engelbert."

Selbstverständlich erwartet die Beamtenschaft in Kürze endgültige Aufklärung über diese Dinge. Der D. B. B. aber wird sich in den nächsten Tagen in Berlin darüber schlüssig werden müssen, welche Maßnahmen er (der mit 12000 Stimmen die Mehrheit im Deutschen Beamtenwirtschaftsbunde besitzt) zur Neuordnung der Organisation treffen will. Zwar liegt seit Wochen ein Beschluß des Gesamtvorstandes des D. B. B. vor, der dem D. B. B. die gewerkschaftliche Interessenvertretung, dem Deutschen Beamtenwirtschaftsbunde die wirtschaftspraktischen Aufgaben zuweist, doch kommt es vor allem darauf an, daß man nicht mit Theorien spielt, sondern daß sich Männer bereitfinden, die auf alle Fälle gewillt und stark genug sind, eine befriedigende Bereinigung des eigenen Hauses durchzuführen.

Aus dem Vereinsleben

Zur Beachtung.

Die Anschrift des Vorsitzenden des Lipp. Lehrervereins lautet in Zukunft:

A. Haase, Schulrat, Lemgo i. Lippe, Rampendahl 9.

Die Geschäftsstelle des Lipp. Lehrervereins befindet sich weiter wie bisher

in Detmold-Jerxen.

Sie wird verwaltet von dem Schriftführer des Lipp. Lehrervereins, Lehrer H. Sprenger, Detmold-Jerxen.

Es wird gebeten, alle an den Lipp. Lehrerverein gerichteten Schreiben mit der Anschrift der Geschäftsstelle zu versehen.

Bezirksvereine.

Lemgo. Konferenz am Mittwoch, 24. Oktober, nachm. 4 Uhr, bei Röding. (Koll. Mellies: Fortsetzung des begonnenen Vortrags.)

Schulbücherausschuß.

Nächste Sitzung am 31. Oktober d. J., 15½ Uhr, in Detmold im Kaiserhof.

Tagesordnung:

1. Die Besprechung über das Sprachbuch wird zu Ende geführt.
2. Freie Lernmittel und Bedarf an Schulbüchern.
   Blümchen, Berlebeck.
3. Verschiedenes.
   Schlepper.

Arbeitsgemeinschaft für Leibesübungen.

Sitzung am Mittwoch, 14. November 1928, nachm. 4 Uhr, in der Knabenbürgerschule in Detmold.

Tagesordnung: 1. Ausgewählte Leibesübungen für körperlich Zurückgebliebene (Bünte.) 2. Praktisches Turnen der A.-G.

Sitzung am 12. Dezember 1928, in der Knabenbürgerschule in Detmold.

Tagesordnung: Vortrag des Generalarztes Herrn Dr. Drenkhahn über „Erste Hilfe bei Unglücksfällen" (mit Demonstrationen).
Georg Möller.

Gymnastischer Kursus für Lehrerinnen.

Zusammenkunft am 31. Oktober, nachm. 4 Uhr, in der Turnhalle der Knabenbürgerschule in Detmold.

Ausbau unserer Volksschule.

Die Hauptversammlung des Lipp. Lehrervereins am 12 d. Mon. nahm zu obigem Verbandsthema folgende Leitsätze an:

1. Die Volksschule hat den in den letzten Jahrzehnten sich auswirkenden geistigen, wirtschaftlichen, sozialen und staatspolitischen Wandlungen nicht genügend Rechnung getragen. Da zudem nach dem Weltkriege die Reichsschulpolitik versagt hat, droht der Volksschule eine bedenkliche Entwicklung.

2. Die Notwendigkeit ihrer inneren und äußeren Erneuerung findet ihre Begründung

   a. in der Idee wahrer Bildung,
   b. in der Idee des Volksstaates,
   c. in den auszugleichenden Spannungen zwischen Technik und Wirtschaft einerseits und der Kultur andererseits,
   d. in den sozialen Gegensätzen unseres Volkes.

3. Aus der Anerkennung der Notwendigkeit einer allen Gliedern des Volksstaates zu vermittelnden gleichwertigen Bildung erwächst die Forderung des organischen Einbaues der Volksschule in das gesamte Bildungswesen der Nation nach den Grundsätzen der Reichsverfassung.

4. Für den inneren und äußeren Ausbau der Volksschule ergeben sich folgende Einzelforderungen:

   a. Unterricht und Leben in der Schule müssen immer mehr getragen werden vom Geiste einer neuen Erziehung.
   b. Schulhaus und Schulräume haben den hygienischen, künstlerischen und pädagogischen Ansprüchen Rechnung zu tragen.
   c. Für die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln sind in ausreichendem Maße Mittel zur Verfügung zu stellen.
   d. Eine Herabsetzung der Klassenziffer auf ein der heutigen Pädagogik entsprechendes Maß muß gefordert werden.
   e. In den oberen Klassen der Volksschule ist durch Einführung von Kernunterricht in Verbindung mit Wahlfächern der Sonderbegabung Rechnung zu tragen. Insbesondere ist für weitgehende Förderung der praktischen Veranlagung der Knaben und Mädchen zu sorgen.
   f. Für eine straffere Durchführung des Grundschulgesetzes ist unbedingt Sorge zu tragen.
   g. Aus psychologischen, pädagogischen und wirtschaftlichen Gründen ist eine Verlängerung der Schulpflicht notwendig.
   h. Die im Lande noch vorhandenen, vom Staate unterstützten „gehobenen Privatschulen" sind aus planwirtschaftlichen und unterrichtlichen Gründen in die allgemeinen Staatsschulen einzubauen unter Wegfall eines besonderen Schulgeldes.
   i. Zum Zwecke reicherer Klassengliederung der Landschule sind benachbarte Schulsysteme ganz oder teilweise zu vereinigen.

5. Volksschule und Volksstaat sind untrennbare Begriffe. Der Ausbau der Volksschule ist deshalb eigenste Angelegenheit des ganzen Volkes. Nach der inneren Seite bleibt er im wesentlichen ein Problem der Lehrerbildung und -fortbildung.

Stellungnahme des Vorstandes des L. L.-V. zur Frage der körperlichen Züchtigung.

(Eine Erklärung vor der Hauptversammlung des L. L. V. am 12. d. Mon.)

1. Der Vorstand des L. L. V. ist überzeugt, daß die körperliche Züchtigung, die nach den Ergebnissen wissenschaftlicher Betrachtung wie nach den Erfahrungen in der Schularbeit als eine Erziehungsmaßnahme von sehr zweifelhaftem Werte anzusehen ist, mit der fortschreitenden Durchführung neuer Erziehungsgrundsätze mehr und mehr zurücktritt.

2. Diese Entwicklung wird dadurch gefördert, daß die Erziehungstätigkeit in Schule und Haus sich ernstlich bemüht, die körperliche Züchtigung durch Anwendung wirksamerer und erzieherisch wertvollerer Maßnahmen zu überwinden.

3. Eine erhebliche Unterstützung erfährt unser Bestreben dadurch, daß für die schwererziehbaren Schüler besondere Erziehungseinrichtungen getroffen werden und die Schule einen den Ansprüchen der Gegenwart gemäßen Ausbau erfährt.

4. Der Vorstand des L. L. V. ersucht die Lehrerschaft, die auf Ueberwindung der körperlichen Züchtigung gerichtete Bewegung mit allem Nachdruck zu unterstützen.

Eingabe des L. L. V. an die O. Sch. B. (1. 10. 1928).

In dem Vorwort zu dem **„Melodien- und Gesangbuch" von W. Stolte** hebt der Verfasser eingangs hervor, daß die Herausgabe der Choralmelodien und Kirchenlieder auf Wunsch des Lippischen Lehrervereins erfolge. Diese Angabe ist richtig. Der Lehrerverein muß jedoch darauf hinweisen, daß er für die auf dem Titelblatt enthaltene Bestimmungsangabe „für evangelische Schulen" die Verantwortung nicht trägt. Diese Angabe ist bedenklich und fordert unsern Widerspruch heraus. Es handelt sich um ein nach Entstehung und Verbreitung **lippisches** Buch. Da unsere Schulen nach der Auffassung der Behörden und auch des Lipp. Lehrervereins **keine** evangelischen Schulen sind, müßte schnellstens für Beseitigung des zu beanstandenden Zusatzes Sorge getragen werden.

Mitteilungen des Schulbuchausschusses.

Die Oberschulbehörde gedenkt, wenn eben die Mittel dazu reichen, noch in diesem Herbst erdkundliche Arbeitshefte in unsern Schulen einzuführen. Der Schulbücherausschuß hatte schon vor Jahresfrist die Tatsachen- und Arbeitshefte von Paul Knospe Heft 1—4: Deutschland, Europa, fremde Erdteile, Wirtschaftskunde, — dazu aber auch die Einheitsschülerhefte von Harms Heft 1—4: Deutschland, Europa, fremde Erdteile, math. Erd- und Sternenkunde der Oberschulbehörde zur Einführung empfohlen. Die Kollegen(innen) haben sich nun zu entscheiden, ob sie die Knospe- oder Harmshefte wählen wollen. Wer sich für die Knospehefte entscheidet, müßte in dem Semester, in welchem er die allg. Erd- und Himmelskunde zu behandeln hat, das kl. Harmsheft: Math. Erd- und Himmelskunde bestellen. Knospe schließt diesen Stoff in etwas dürftiger Weise an Heft 1—4. Wir sind in Lippe seit dreißig Jahren gewohnt, diese interessante Materie ausführlicher zu behandeln. Wählt aber jemand Harms, so wird ihm neben den Harmsheften jedesmal in dem Semester, in dem die Wirtschaftskunde zu behandeln ist, das vierte Knospe-Heft gute Dienste tun. Es behandelt deutsches Land und Volk, berücksichtigt aber besonders das deutsche Wirtschaftsleben. Im übrigen mögen die Hefte Deutschland, Europa, fremde Erdteile beider Verfasser gleichwertig sein. Da muß die Wertung jedes einzelnen Lehrers entscheiden. Das für die Belieferung das 5. bis 8. Schuljahr in Frage kommt, ist wohl selbstverständlich.

Schlepper.

Buchbesprechung.

Benfer. Der junge Mensch zwischen 13 und 20. (Heft 9 der Bücherei für Jugendpflege) Einzelpreis RM. 3,—, Reihenpreis RM. 2,55.

Die Literatur über das Pubertätsalter ist in den letzten Jahren lawinenartig angeschwollen. Außer den grundlegenden Arbeiten zu dieser Frage sind aus berufener und unberufener Feder eine große Anzahl von Abhandlungen erschienen. Die Bücher, die diese Fragen sehr oberflächlich behandeln, sind dabei allerdings in der Ueberzahl. Deshalb wird man ein leises Grauen nicht los, wenn ein neues Buch, das diese Fragen behandelt, zur Besprechung auf den Schreibtisch fliegt. Benfers Buch bietet zu dieser Frage ebenfalls nichts Neues. Trotzdem möchte ich es nicht auf die Liste der entbehrlichen Bücher setzen. Der Vorzug des Benferschen Buches besteht in der Klarheit und Uebersichtlichkeit der Darstellung. Die meisten Werke dieser Art sind mit schwerem wissenschaftlichen Rüstzeug beladen. Es fehlte eine Darstellung der Probleme, die auch dem pädagogisch gar nicht oder nur wenig Geschulten verständlich war. Ich denke dabei hauptsächlich an die in der Jugendfürsorge tätigen Personen. Man kann nicht sagen, daß das Benfersche Buch diese bestehende Lücke ganz ausfüllt, aber es ist ohne Frage das bisher beste dieser Art. Ein ausführliches Literaturverzeichnis am Schluß gibt jedem die Möglichkeit, sich weiter mit den aufgeworfenen Fragen zu beschäftigen. Es wäre nur eine Heraushebung der wichtigsten Werke zu wünschen gewesen. — Das Buch kann solchen Lehrern empfohlen werden, die eine kurze Uebersicht über die Entwicklung des jungen Menschen gewinnen wollen. Man sollte es aber vor allen Dingen den in der Jugendfürsorge und in den Jugendämtern tätigen Personen in die Hand geben. Hier ist eine Schulung in unsern kleinen Verhältnissen unbedingt notwendig.

Alfred dedo Müller. Fr. W. Foerster und die wirkliche Welt. Rotapfelverlag Zürich und Leipzig. Geb. 6,30 RM.

Die deutsche Oeffentlichkeit ist in den letzten Monaten von Fr. W. Foerster sehr deutlich abgerückt, soweit er sich mit politischen Fragen beschäftigte. Wir Lehrer werden in erster Linie seine pädagogischen Arbeiten beurteilen. Die Geschichte der Pädagogik wird in den nächsten Jahrzehnten seine Einwirkung auf die pädagogische Gedankenwelt zu beurteilen haben. Das vorliegende Buch ist eine Auseinandersetzung mit den Problemen, die Fr. W. Foerster aufgeworfen hat. Eine Reihe von Mitarbeitern äußert sich allerdings durchweg im zustimmenden Sinne zu den Gedanken Fr. W. Foersters. Der erste Teil ist dem Problem der Erziehung gewidmet, der zweite zeigt das Problem der Kirche und der dritte behandelt das Problem der sozialen und politischen Gestaltung. Der Wert der Beiträge ist, wie sich das bei solchen Werken nicht vermeiden läßt, sehr verschieden. Das beste ist wohl der Aufsatz von Richard Doell: „Fr. W. Foerster und die impressionistische, expressionistische und nachexpressionistische Pädagogik". — Nicht nur der Lehrer, der die Arbeiten Fr. W. Foersters kennt, sollte sich mit diesem Werk beschäftigen, sondern vor allen Dingen auch die Schulpolitiker. Es zeigen sich in diesem Buche soviel Fäden und Verbindungen und es gibt einen so guten Einblick in manche Bestrebungen der uns schulpolitisch nicht freundlich gesinnten Kreise, daß man die fleißige Durcharbeitung nur wünschen kann.

Hendrik de Man. Der Kampf um die Arbeitsfreude. Verlegt bei Eugen Diederichs in Jena 1927.

Die Frage der Arbeitsfreude ist durch die Rationalisierung der Wirtschaft in den letzten Jahren viel erörtert. Eine wahre Flut von Schriften beschäftigte sich mit der Entseelung der Arbeit und der dadurch hervorgerufenen geistigen und seelischen Not in der Arbeiterschaft. Leider sah man auch hier immer nur einen Querschnitt und bedachte nicht, daß die geistige und seelische Not durch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Arbeiters, durch Wohnungsnot usw. manchmal erheblich größer war. Der Psychologe an der Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main, Hendrik de Man, hat in dem vorliegenden Buch diese Frage genau untersucht. Durch einen besonderen Fragebogen hat er die Stellungnahme von 78 Industriearbeitern und Angestellten erfahren. Diese waren sämtlich an der Akademie der Arbeit. Jeder, der die Methode der Erforschung psychologischer Tatsachen durch den Fragebogen kennt, weiß, wie groß die Fehlerquellen sind. Der Verfasser ist sich der Gefahr bewußt. Er verwertet sein Material sehr vorsichtig und weist dauernd auf die vorhandenen Fehlerquellen hin. In zwei großen Abschnitten „Der Drang zur Arbeitsfreude" und „Die Hemmungen der Arbeitsfreude" wird das Material ausgiebig verwertet. Das Buch ist wertvoll für jeden, der die Fragen der Gegenwart mit offenen Augen verfolgt. Namentlich unsere Berufsschullehrer sollten es lesen. Es räumt auf mit manchen falschen Vorstellungen über die Voraussetzungen der Arbeitsfreude, wie sie in Tagungen noch sehr häufig vertreten werden. Durch die fast wörtliche Wiedergabe der Berichte bekommt der Lehrer außerdem einen guten Einblick in die Verhältnisse, in denen der junge Mensch arbeiten muß.

Wellies.

Verschiedenes

Zugänge zur Lippischen Landesbibliothek.

v. Ungern-Sternberg: Die innerseelische Erfahrungswelt am Bilde der Astrologie. Detmold 1928.
Ludolph: Die Postgeschichte des Landes Lippe. Detmold 1928.
Fischer: Die kritischen 39 Tage. Berlin 1928.
Bavink: Hauptfragen der Naturphilosophie. Berlin 1928.
Stenzel: Platon als Erzieher.
Das deutsche Schulwesen. Jg. 1927. Berlin 1927.
Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart. Bd. 4. Wien 1928.
Rothacker: Logik und Systematik der Geisteswissenschaften. München 1927.
Knottnerus-Meyer: Der unbekannte Löns.
Winnig: Das Reich der Republik 1918—1928. Stuttgart 1928.
Unsere Sense: Iserlohn 1928.
Schjelderup: Psychologie. Berlin 1928.

Werdet Mitglieder des Lippischen Lehrergesangvereins!

Aus reichster Erfahrung heraus hat uns Herr Tews in Worten flammender Begeisterung über die freiwillige Kulturarbeit des deutschen Lehrers an der Erziehung der Erwachsenen berichtet. Mit Nachdruck hat er dabei auf die segensreiche geradezu vorbildliche Tätigkeit der Lehrergesangvereine hingewiesen, die nicht wenig dazu angetan sei, unserm Stande Achtung und unsern Mitgliedern geistige Genüsse edelster Art zu verschaffen. Ohne es vielleicht zu wollen, hat Kollege Tews damit einen aus der Sache heraus geborenen Appell an uns alle gerichtet, der von vielen Lehrern bis dahin leider nicht genügend erkannten und demzufolge vernachlässigten Pflicht ihrer Beteiligung an dieser Kunstpflege in Zukunft mehr nachzukommen.

Um nur eins hervorzuheben: Wie ganz anders ist die Stimmung in einer Lehrerversammlung, wie groß das Gefühl innerer Zusammengehörigkeit, wie angenehm wirkt es auf die geladenen Gäste, wenn mit einem würdigen Liede begonnen und geschlossen wird! Bei dem heutigen Stande der Gesangpflege in anderen Vereinen setzt das aber auch für einen Lehrergesangverein erst recht eine gründliche Uebung voraus.

Wir wissen sehr wohl, daß die Lehrerschaft auf allen Gebieten stark in Anspruch genommen ist, aber gerade weil heute eine Anspannung aller Kräfte das Gebot der Stunde ist, bedarf jeder Vorwärtsstrebende auch einer Entspannung, die ihm neue Kräfte gibt, ihn aufrichtet, ihm neue Ziele und Wege weist, und dazu ist nichts so geeignet wie die Betätigung auf musikalischem Gebiete, wie die Pflege des deutschen Liedes, die der Schule wieder zugute kommt.

Wir bitten deshalb alle in Frage kommenden Kollegen des Landes, die Bestrebungen des Lippischen Lehrervereins durch zahlreiche und regelmäßige Beteiligung im Interesse der Gesamtheit unsers Lehrervereins zu unterstützen und dem Gesamtinteresse auch in dieser Hinsicht ein kleines Opfer zu bringen.

Der Lehrergesangverein singt sonst am 1. Sonnabend im Monat; um aber keine Uebung ausfallen zu lassen, findet die diesmalige Gesangsstunde am Sonnabend, dem 20. Oktober, statt, und wir bitten alle gesangslustigen und -kundigen Lehrer des Landes ebenso herzlich wie dringend, sich an dem Tage nachmittags **um 3,30 Uhr im Amtshause in Lage** einzufinden. Nur dann, wenn genügend stimmbegabte Kollegen sich regelmäßig beteiligen, ist es der Leitung möglich, mit dem Vereine das gesteckte Ziel zu erreichen. Eine Beteiligung unter Zurückstellung aller Sonderinteressen ist Ehrensache! Kommt und singt mit!

Karl Ottemeyer, Vorsitzender. Wilh. Stolte, Chormeister.

Schulwandertage.

Der Verband für Deutsche Jugendherbergen, der am 29. und 30. September in Cassel seine diesjährige Tagung abhielt, faßte u. a. folgende Entschließung:

„Der 10. Deutsche Jugendherbergstag bittet die Unterrichtsministerien der Länder, den monatlichen Schulwandertag, d. h. wenigstens 10 Schultage im Jahre, soweit er noch nicht besteht, vom nächsten Jahre an einzuführen, seine Durchführung überwachen und ferner die Zusammenlegung von mehreren Wandertagen in gewissem Umfang für die oberen Klassen nach dem Beispiel von Preußen, Bayern, Sachsen usw. grundsätzlich genehmigen zu wollen.

Der Reichstag nahm im vorigen Jahre einen Antrag an, der den Ländern die Einführung des monatlichen Schulwandertages und die grundsätzliche Genehmigung des mehrtägigen Wanderns empfiehlt.

Der 10. Deutsche Jugendherbergstag richtet ferner an die Städte und Gemeinden die Bitte, nach dem Vorbild einer steigenden Zahl von Städten und Gemeinden Mittel für mehrtägige Schulfahrten bereit stellen zu wollen."

Verzeichnis

der auf Vorschlag des Schulbücherausschusses eingeführten Klassenlektüre. — Die Zahlen hinter den Buchnamen bedeuten die Schuljahre.

Anschaffung 1922: 31 Werke.	
Märchen zum Staunen	3—4
Märchen zum Lachen	3—4
Vom Fuchs und anderem Getier	3—4
Mutschi und andere Scherzmärchen	3—4
Heiner im Storchennest	3—4
Bechstein, Märchen	4—5
Pussi Mau	4—5
Rübezahlgeschichten	4—5
Münchhausen	4—5
Till Eulenspiegel	4—5
Hebel, Schatzkästlein	4—5
Siegfriedssage	5—6
Gudrunsage	5—6
Andersen, Märchen	5—6
Hauff, Märchen	5—6
Volkmann — Leander, Träumereien	5—6
Robinson	5—6
Reineke Fuchs	5—6
Storm, Pole Poppenspäler	6—7
Storm, Bötkger Basch	6—7
Stifter, Bergkristall	6—7
Schiller, Wilhelm Tell	6—7
Gotthelf, Elsi, die seltsame Magd	6—7
Nordseegeschichten	6—7
Aus der Franzosenzeit	6—7
Storm, Flut des Lebens	7—8
Simplizissimus	7—8
Keller, Das Fähnlein d. 7 Aufr.	7—8
Löns, Isegrimms Irrgang	7—8
Tolstoi, Volkserzählungen	7—8
v. Strauß — Tornau — Bauernstolz	7—8
Goethe, Hermann und Dorothea	7—8
Anschaffung 1926: 15 Werke.	
Zur Erdkunde:	
Swen Hedin, dem Untergang nahe	7—8
Swen Hedin, Auf Schleichwegen durch Tibet	7—8
Stanlay, Quer durch den dunklen Kontinen:	6—8
Vollbehr, Im Land der Deutsch. Diamanten	7—8
Thompson, Tito	5—8
Nansen, Auf der Nordpolfahrt	6—8
Zur Geschichte:	
Weinland, Aus grauer Vorzeit	7—8
Ewald, Das Zweibein	5—8
Hansa Lange, Auge um Auge	5—8
1600 Schmitthenner, Die Frühglocke	5—8
1812 Förster Fleck	5—8
1870 Liliencron, Umzingelt	7—8
1914 Wolzogen, Feuertaufe	7—8
Schwab, Genovevah	5—8
Agnes Sapper, Frieder	5—8

Außerdem führte die Oberschulbehörde ein: 10 Werke.
Heise, Der verlorene Sohn
Storm, Gedichte
Keller, Gedichte
Mörike, Gedichte
Schwanold, Ortsnamen
Schwanold-Wiemann, Sagenborn
Dr. Thomallo, Kopf hoch
Dr. Spohr, Deutsche Brüder im Ausland
Prof. Morawe, Werkfreunde
Dr. Lindner, Heimat und Natur.

Deutsche Lehrergäste in Tirol.

Die vom Tiroler Landes-Lehrerverein (Zweig Oest. Lbd., Deutscher L. V.) eingerichtete Geschäftsstelle für ein geplantes Lehrer-Reiseheim in Innsbruck hat auf Grund amtlicher Erhebungen festgestellt, daß in den beiden Ferienmonaten 1927 die Stadt Innsbruck von nicht weniger als 3827 Lehrern samt Angehörigen aus Deutschland besucht und daß von diesen Besu-

chern 6719 Nächtigungen bewerkstelligt wurden. Wenn auch die heurigen Besucherzahlen von Lehrergästen aus dem Reich noch nicht festgestellt sind, so kann schon jetzt gesagt werden, daß sie die vorjährige Zahl um mehr als das Doppelte übertreffen.

Der Grund für diesen Massenbesuch der reichsdeutschen Lehrerschaft ist zunächst die günstige geographische Lage Innsbrucks, ferner die praktische Einrichtung der Ferienzüge, durch welche die Lehrerreisenden bis nahe an die tirolische Grenze herangebracht werden und deren Benützung eine 30prozentige Verbilligung der Hin- und Rückfahrt bedeutet.

Eine weitere Ursache stellen auch jene Richtlinien dar, die der Deutsche Lehrerverein auf seiner letzten Vertretertagung in Braunschweig seinen Landesverbänden, die mehr als 150 000 Mitglieder umfassen, zur Durchführung nahelegte, nämlich „die deutsche Lehrerschaft möge das deutsche Grenzland aus Gründen der Stammeszugehörigkeit kennen lernen, denn der Deutsche Lehrerverein sieht in der Aufrechterhaltung der inneren Verbundenheit mit dem deutschen Grenz- und Auslande eine nationale Pflicht."

Zu all diesen Beweggründen gesellt sich noch die Beliebtheit, der sich das Land Tirol samt seiner schönen Landeshauptstadt in deutschen Lehrerkreisen erfreut. Dem Zauber des Alpenlandes kann sich der deutsche Lehrer bei seiner Reiselust zur Ferienzeit nur schwer entziehen. Denn die Berge locken jeden, der sie liebt und versteht, immer wieder in ihren Bann. Sie sind ein Quell, aus dem so viele Kraft und Lebensfreude schöpfen. Besonders jene Lehrer, die in der Industriestadt oder in volkreicher Gegend des Flachlandes ein langes Jahr in der angestrengten Tätigkeit ihres Amtes verbracht haben, kommen alljährlich in immer größerer Zahl ins Alpenland. Da ist Innsbruck meist das erste Ziel ihrer Reise. Seine Altstadt mit ihrem Reiz, die Stätten historischen Gedenkens, auf denen sich ein gut Stück deutscher Geschichte abgespielt, der Berg Isel, dieser stille Mahnruf der Treue für Volk und Vaterland. Ehrfurcht im Herzen sehen Deutschlands Lehrer empor zu dem ehernen Bilde, das ihn ziert. Und dann im Kranz die Reihen ewiger waldumrauschter Berge. Schwebebahnen führen zu ihren lichten Höhen, deren überwältigende Fernsichten sich nun auch jenen erschließen, die des Berggehens ungewohnt, sonst darauf verzichten müßten. Da ist es nun kein Wunder, wenn helle Begeisterung jedes Lehrerherz erfüllt und höher schlagen läßt ob all der Schönheit dieses Fleckchens deutscher Heimaterde. Doch die Freude dieses Erlebens, sie bleibt nicht verschlossen in der Lehrerseele als ein unnütz Gut. In der stillen Schulstube daheim strahlt sie wider vor den Kindern des Volkes, in diesen selbst den Widerhall der Freude weckend. So wirkt die Erzählung aus trautem Lehrermunde tausendfach werbend für das Alpengrenzland und sein Volk.

Aus der alljährlich steigenden Zahl von Lehrergästen aus dem Deutschen Reiche ergibt sich das Bedürfnis nach einem eigenen Lehrerreiseheim in Innsbruck. Dieser Notwendigkeit kam der Tiroler Landeslehrerverein dadurch entgegen, daß er die Vorbereitungsarbeiten zur Errichtung eines solchen Heimes tatkräftig begann. Seine diesbezüglichen Anregungen fanden bei den Landeslehrerverbänden in Deutschland überall freudigen Widerhall und werktätige Hilfsbereitschaft, so daß mit der Errichtung eines Deutschen Lehrer-Reiseheimes in Innsbruck gerechnet werden kann.

Im Zusammenhang mit der Werbearbeit für dieses geplante Reiseheim wurde heuer im Sommer vom Tiroler Landeslehrerverein eine Sommerfrische-Vermittlungsstelle für die deutsche Lehrerschaft eingerichtet. Kaum im Reiche einigermaßen bekannt, wurde diese Einrichtung von der deutschen Lehrerschaft so stark in Anspruch genommen, daß sie die Fülle der Arbeit fast nicht zu bewältigen vermochte. Mehr als 1000 Lehrern samt Angehörigen aus dem Deutschen Reiche konnten günstige Sommerfrischplätze in Tirol vermittelt werden. Das Deutsche Lehrer-Reiseheim aber, das auf Innsbrucker Boden erstehen wird, soll nicht bloß dem materiellen Vorteile und persönlichem Wohle der deutschen Lehrergäste dienen, ein Wahrzeichen einigen deutschen Lehrergeistes soll es werden, soll ein Denkmal sein völkischer Verbundenheit vom Fels zum Meere.

Die letzten Züge.

Die Pressestelle des D. B. meldet zu dem Initiativantrag der Deutschnationalen Reichstagsfraktion:

Der Reichstag wird sich wahrscheinlich, wie wir erfahren, bereits zu Beginn seiner Herbsttagung entsprechend der Regierungserklärung des Kabinetts Müller vom 3. Juli erneut mit der Frage eines Reichsschulgesetzes befassen. In politisch unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß der Initiativantrag der Deutschnationalen vom 12. Juli bald nach Wiederzusammentritt des Reichstages dem Bildungsausschuß zur Durchführung überwiesen wird.

Zur Organisation des D. B. B.

Die Fachgewerkschaft Deutscher Eisenbahn-Weichensteller im ZGDR. hat zur Organisationsfrage folgende Entschießung gefaßt:

„Verlauf und Ergebnis der Besoldungsreform haben bei den Beamten der unteren Besoldungsgruppen Unzufriedenheit und Enttäuschung entfacht und die Auswirkung gezeitigt, daß der jetzige organisatorische Aufbau des DBB. grundlegend reformbedürftig ist. Der Fachtag der Fachgewerkschaft Deutscher Eisenbahn-Weichensteller, verwandter Berufsgruppen und Anwärter (Fachgewerkschaft III) erkennt die dringende Notwendigkeit an, daß hauptsächlich eine starke Vertretung der unteren Beamtengruppen im Geschäftsführenden Vorstand des DBB. unerläßlich ist."

Urteile über Schulandachten.

In der Zeitschrift für evangelische Pädagogik (1. u. 2. Heft 1928) berichtet Theologieprofessor D. Wilh. Stählin (Münster) über das Ergebnis einer Umfrage über Schulandachten. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle wird von den Gefragten — zum größten Teil ihm persönlich bekannte Schulleiter und Lehrer — über die innere Wirkung der Schulandachten ein vernichtendes Urteil gefällt, wie die folgende Auslese beweisen mag: „Bei Knaben ist kein Bedürfnis nach Andacht festzustellen; sie fügen sich." „Vollkommen tote Form, ohne innere Beteiligung". „Man läßt es über sich ergehen." „Gleichgültigkeit ist sicher vorhanden, vermutlich auch bei denen, die die Andacht halten". „Der Lehrer ist gleichgültig, deshalb ist der Schüler auch gleichgültig". „Ein Drittel schwänzen, die übrigen langweilen sich mit Anstand". „99 Prozent sind gleichgültig. Man läßt die Sache über sich ergehen, wie die Schule überhaupt". „Die Schulandacht ist völlig überflüssig. In 80 Prozent der Fälle wird das Gegenteil erreicht."

Gegner der Jugendverbände.

„Wer Sorgen hat, hat auch Likör". Daß auch die Umkehrung gilt, beweist die Rheinisch-Westfälische Wirtezeitung vom 3. Dezember 1927:

„Die heute wie Pilze aus der Erde schießenden Jugendverbände kann man wohl als größten Feind unseres Gewerbes betrachten. Eine Trockenlegung des heutigen Deutschlands erscheint zu schwierig, darum geht man dazu über und legt einen trockenen Grundstein in der Jugend. Durch sportliche Veranstaltungen und durch Vorträge versucht man unsere Lokale um den Nachwuchs zu bringen. In unseren Kreisen wird diesem Krebsschaden leider allzuwenig Beachtung und Aufmerksamkeit geschenkt .... Man kann auch die überall sich häufenden Sammlungen für Jugendheime als ausgesprochenen Krebsschaden betrachten. Heute wird noch hier und da Alkohol ausgeschenkt und verkauft, aber wenn erst einmal genug derartiger Häuser vorhanden sind und ein großer Teil unserer Gäste, die man heute noch damit lockt, daß man ihnen das zu bieten versucht, was unsere Gaststuben bieten, abgewandert ist, dann kann man leicht dazu übergehen, es auch mal ohne Alkohol zu versuchen. Haben wir heute nicht an jedem Ort genug Säle, die doch meist nicht mehr lebensfähig sind? Trotzdem muß auch noch ein Jugendheim gebaut werden. Darum, liebe Kollegen, unterlaßt jede Unterstützung, die euch demnächst einmal leid tun könnte." (Freusburg-Arbeit vom 25. 5. 1928.)

Schwerindustrie und Presse.

Der politisch-gewerkschaftliche Zeitungsdienst (christlich-nationale Gewerkschaften) vom 18. Juli 1928 veröffentlicht ein bedeutsames Geständnis „eines führenden Politikers der Deutschen Volkspartei", das an Offenheit nichts zu wünschen übrig läßt:

„Ein Teil der Schwerindustrie hat seit Jahren das Bestreben, sich eine möglichst zuverlässige bürgerliche Presse anzugliedern ... Durch diese schwerindustriellen Einflüsse mußte die unabhängige Presse in Deutschland allmählich verschwinden. Zweck der Einflußnahme war neben der Vertretung der wirtschaftspolitischen Interessen der über das Eigentum verfügenden Industriegruppe eine Zurückdrängung der Behandlung sozialer Probleme in der bürgerlichen Presse. Durch die Abhängigkeit von der Schwerindustrie wird eine eingehende Behandlung sozialer Vorgänge bewußt vermieden, oder die einzelnen Vorgänge werden derartig einseitig in industriellem Sinne behandelt, daß die entsprechenden Folgen ebenfalls nicht ausbleiben können."

Moderne Schulbauten.

Deutschland beginnt nach dem Vorbild Amerikas, Hollands und Oesterreichs für seine Jugend moderne Schulbauten zu schaf-

sen, die nicht mehr kasernenmäßige Unterrichtsanstalten, sondern helle Stätten jugendlicher Arbeit sind.

In Berlin-Neukölln, Berlin-Zehlendorf, Berlin-Steglitz, Charlottenburg, Hamburg, Frankfurt a. Main und an der Oder, Magdeburg-Rothensee, Luckenwalde und anderswo ist der Bau solcher neuen Schulen geplant, begonnen oder bereits vollendet. Es werden helle, farbenfreudige Klassenräume geschaffen mit Arbeitstischen oder leicht umstellbaren Bänken, langen Wandstreifen als Tafeln und Waschgelegenheit. Bei den Kleinen fehlt auch der Sandkasten nicht im Klassenzimmer. Dazu kommen Fachräume für die Einzelfächer: Biologie, Chemie, Physik, Mathematik; Erdkunde, Geschichte, Deutsch, Fremdsprachen und Musik. Ferner Arbeitsräume für Werkunterricht und Näharbeiten. Dazu Küchen und Eßsaal, Turnhallen mit Ankleideräumen und Brauseanlagen, Büchereien für den Arbeitsunterricht und Aula mit Bühne. Das alles ist die langsam gereifte Frucht jahrzehntelanger pädagogischer Pionierarbeit.

Nur eine einzige, aber schwere Gefahr droht dieser neuen Entwicklung schon in ihren Anfängen: In Berlin-Neukölln soll der Schulneubau 2000 bis 3000 Schüler umfassen. Hagen plant im Zentrum der Stadt ein großes Volksschulgebäude, in dem das gesamte Volksschulwesen der neuen Großstadt zentralisiert werden soll. Hier droht eine pädagogische Rationalisierung in der Form zentralisierten Massenbetriebs, die die Schule unter dem Druck der unveränderten Stunden- und Pensenlasten zu einem ökonomisierten Höchstleistungsmechanismus gestaltet, aber nicht zu der bitter notwendigen Stätte der organischen Entfaltung, der Veranwortung und Gemeinschaft.

Zukunftspädagogik.

Nachfolgende Sätze entnehmen wir dem neuesten Buche von Gertrud Bäumer „Deutsche Schulpolitik":

„Das neue Bildungsverlangen ist nach zwei Seiten gekennzeichnet: die Hypertrophie der kulturwissenschaftlichen Bildungsform abzustreifen und auf neuen Wegen, durch andere Organe der Seele sich zu bilden — unmittelbarer, ohne Vermittlung durch begriffliche Eroberung von geformten Kulturwelten. Für die junge Bildungsschicht ist dieser andere Weg, der die großen geschichtlichen Kulturfestungen ruhig unbesiegt im Rücken läßt, zugleich Gebot einer Notlage. Sie kann sich gar nicht mit all diesen Eroberungen aufhalten. Aber sie will es auch nicht. Sie mißtraut dem Historismus und dem Intellktualismus" (S. 122/23).

„Diese neue Bildung hat viel eher das Recht darauf, sich „Humanismus" zu nennen als der philologische Humanismus. Denn sie geht ganz direkt und unmittelbar auf menschliche Formung, leiblich, seelisch, geistig" (S. 123).

„Die Bildung muß wieder unmittelbarer den Menschen, seinen persönlichsten und zentralsten Lebenstrieb erfassen, wie er sich in der körperlichen Bewegung im geistig-leiblichen Tun, im religiösen Erleben, im Spiel ausdrückt und entfaltet. Sie muß die riesenhaft angewachsenen „Voraussetzungen" zu alledem abbauen und einschränken" (S. 124/25).

„Wir haben in den letzten beiden Jahrhunderten die Menschen im wesentlichen durch ihr reproduktives Vermögen gebildet und ihre produktiven Fähigkeiten versäumt" (S. 123).

„Das große Problem besteht darin, ob es möglich ist, den empirisch und praktisch, auch den künstlerisch begabten Menschen zu vergeistigen, ohne ihn nach den bisherigen Methoden der höheren Lehranstalten zu intellektualisieren" (S. 126).

„Gerade der deutsche Humanismus in seiner reifsten Durchbildung bei Goethe könnte den Weg zeigen, wie man von den „Narrenpossen der allgemeinen Bildung" (Wilhelm Meisters Wanderjahre) auf jenen Weg kommt, die „Unendlichkeit der spezifischen Beschäftigung" zu entdecken, d. h. zu entdecken, wie man Totalität gerade auch in der vollkommenen Beherrschung einer einzelnen Aufgabe eines fachlichen Gebiets findet" (S. 147).

Für 80 Millionen Mark . . .

„Das Andere Deutschland", eine Wochenschrift „für entschiedene republikanische Politik", bringt zum Nachdenken eine lange Reihe von Vergleichen, der wir entnehmen:

Für 80 Millionen Mark kann man einen Panzerkreuzer bauen . . . Für 80 Millionen Mark könnte man jedem der 800 000 unterernährten skrophulösen deutschen Kinder 100 Mark zum Geburtstag schenken; 100 Mark das ist nicht viel, aber immerhin 300 Liter Milch. — Für 80 Millionen Mark gibt es 800 Jugendherbergen und damit Licht und Lebensfreude für Hunderttausende deutscher Bürger- und Proletarierkinder. — Für 80 Millionen Mark ein Sportplatz oder ein Ruderhaus oder eine Badeanstalt in 8000 deutschen Städten und Dörfern! — Für 80 Millionen Mark 160 Landschulheime, das Heim zu 500 000 Mark! Lehrer dafür gibt es genug. Für 80 Millionen Mark könnte man nahezu sämtliche stellenlose preußische Junglehrer dahin stellen, wohin sie gehören, nämlich in die Schulen, wo die Kinder jetzt zu 50, 60 und mehr in einer Klasse zusammengepfercht sind. — 80 Millionen Mark wurden in 5 Minuten für das nächste „Stahlbad" bewilligt. Für 80 Millionen Mark gibt es für jedes der 200 00 tuberkulösen deutschen Kinder eine stählende Badekur zu 400 Mark usw. usw.

80 Millionen Mark! Welchem Verwendungszweck wird das deutsche Volk und sein Reichstag sie zuführen?

Lippischer Landeskalender 1929.

Die Verlagsanstalt Volksblatt, Detmold, übersendet uns ein Exemplar des soeben erschienenen „Lippischen Landeskalenders" für 1929. Dieses Jahrbuch, das in diesem Jahre zum fünften Male ins Land geht, bedarf keiner besonderen Empfehlung mehr. Es steht auch in diesem Jahre in seinem politischen und literarischen Gehalt, wie auch in seiner geschmackvollen Ausschmückung auf einer beachtenswerten Höhe; dabei ist der Preis von 80 ₰ außerordentlich niedrig. Zu den Mitarbeitern zählen auch in diesem Jahre einige lippische Lehrer. Otto Franzmeier hat ein Gedenkwort für den im vergangenen Jahre freiwillig in den Tod gegangenen Dichter Friedrich Reuter aus Luherheide bei Lemgo beigesteuert („Der Inselgast"). A. Wiemann ist mit einer mundartlichen Erzählung vertreten („Flaßdöddel"). Von besonderem Interesse ist die Arbeit des Kollegen Fritz Copei, die in volkstümlicher Darstellung ein Kapitel lippischer Schulgeschichte gibt. („Die Industrieschulen in Lippe"). Schon dieses Beitrages wegen verdient der diesjährige Kalender die weiteste Beachtung in unseren Kreisen.

Für die Schubert-Feiern.

Jugendrotkreuz. Vierzehn Tage nach Erscheinen war die erste Auflage des Schubert-Heftes der Jugendrotkreuz-Zeitschrift (60 000 Exemplare) vergriffen. Von der zweiten Auflage hat u. a. das Schulamt Berlin-Lichtenberg für die Schubert-Feier 600 Exemplare bestellt. — Dieses Schubert-Heft ist wohl eines der geeignetsten Mittel, Schubert der Jugend nahezubringen.

Es wurde im wesentlichen von Otto Erich Deutsch, dem bekannten Schubert-Forscher, zusammengestellt und enthält literarische Beiträge von Hermine Cloeter, Otto, Erich Deutsch, Grillparzer, Elise Polko und Schneller, vier Schubertlieder und Bilder von Böhler,, Klimt, Kupelwieser, Michl, Rieder, Schwind, Teltscher und Zoller.

Das Heft kostet samt Zustellung 15 Pfennig.

Für 10 Exemplare eines frei. (Wien I, Stubenring 1.) Da der Satz des Schubertheftes nur mehr wenige Wochen stehen bleiben kann, mögen Bestellungen recht bald erfolgen.

Franz Schubert v. Dr. R. Tschierpe (Deutschkundliche Schülerhefte 5. Reihe, 6. Heft, erschienen bei Diesterweg, Frankfurt a. M. Einzelheft 0,50 ℳ, ab 20 Stück Staffelpreis). Inhalt: Der Mensch — Ringen und Leiden — Freunde und Frauen — Schubert und Goethe — Schubert und Beethoven — Das deutsche Lied — Ausklang. Notenbeispiele (aus H-Moll-Sinfonie, „Erlkönig", der „Schönen Müllerin", der „Winterreise" u. a. m.) stützen die Darstellung und runden sie ab zu einem lebendigen, anziehenden Bild Schuberts und seiner Kunst.

Schubertlieder für unsere Jugend hat der Liederbuchausschuß der Lehrervereine Leipzig-Stadt und -Land im Auftrage der Comenius-Bücherei herausgegeben. Das Heft enthält 10 ein- und zweistimmige Lieder mit Klavierbegleitung und 5 dreistimmige Kinderchöre. Es kostet nur 40 Pfg. und ist durch alle Buchhandlungen oder direkt durch den Verlag Dürr, Leipzig Cl., Querstraße 14, zu beziehen. Prüfungsstücke gegen Einsendung von 40 Pfg. vom Verlag.

Schubert-Liederblatt, herausgegeben von der Musikgruppe des Lehrerverbandes Berlin, Leiter Prof. Fritz Jöde. Dieses Blatt ist 8 Seiten stark und stellt den Schulen eine kleine Auslese aus dem Liederschaffen Schuberts für die Gedenkfeier dieses Jahres bereit. Das Blatt kostet 15 Pfg., beim Bezug für eine ganze Klasse je 12 Pfg., bei Abnahme von 100 und mehr je 10 Pfg. Bestellungen werden an den Comenius-Verlag, C 25, Kurze Str. 3—5, erbeten. In demselben Verlag erscheint in nächster Zeit die Schubert-Gedenkschrift „Ein Besuch bei Franz Schubert", in Form einer Jugenderzählung verfaßt von Hans Joachim Moser. Sie ist mit dem Liederblatt zusammen für die Schubertfeier in den deutschen Schulen bestimmt und hat die Lieder dieses Blattes in sich eingebaut, eignet sich aber auch als Schülergabe und als Klassenlesestoff.

„Lebensborn 1929“,

herausgegeben vom Wilhelm Limpert-Verlag, Dresden-A. 1, Preis broschiert 1 ℳ, geb. 1,50 ℳ. Der Kalender umfaßt etwa 160 Seiten und verfolgt das Ziel einer Lebenserneuerung vor allem des familiären Kreises. In diesem Sinne kommen auch zwei Jubilare des Jahres 1929 ausgiebig zu Worte: Gotthold Ephraim Lessing und Anselm Feuerbach.

Oesterr. Jugendrotkreuz-Zeitschrift, Wien, I. Stubenring 1. Das Oktoberheft (Dürer) enthält Beiträge von Brües, Herwig, Ottmann, Schneller, Zwiener usw. und außer vielen, zum größten Teil vielfarbigen Wiedergaben nach den wichtigsten Dürer-Werken Bilder von Hans Lang und Udo Weith. Der Jahresbezugspreis (September 1928 bis einschließlich Juni 1029, 10 Hefte) ist ℳ 1,40. Beim Bezug von mindestens 20 Jahrgängen stellt sich der einzelne Jahrgang auf ℳ 1,30. Reichsdeutsche Bezieher können zu denselben Bedingungen von April 1928 bis einschließlich Februar 1929 beziehen oder von Mai 1928 bis einschließlich März 1929. (In jedem Fall 10 Hefte). Das Einzelheft kostet 15 Pfennig. Postscheck-Konto München 59 537, Stadtgiro-Konto Dresden 62 278.

Limperts Bild-Kalender für die deutsche Schule, bearbeitet von Studienrat Hellmut Krätzschmar und Kunstmaler Franz Gaudeck, Wilhelm Limpert-Verlag, Dresden-A. 1. Preis 5 Reichsmark. Der neue Kalender kann als ein hervorragendes und wirklich wertvolles Unterrichts- und Lehrmittel zur lebensvollen Gestaltung des Schulunterrichts bezeichnet werden. Ein Blick in den wundervollen Bild-Kalender läßt sofort erkennen, daß hier facherfahrene Schulmänner gemeinsam mit Naturwissenschaftlern und hervorragenden Lichtbildnern gearbeitet haben. 53 vorzügliche Mehrfarbendrucke aus Tier- und Pflanzenwelt, lebensvolle Ausschnitte aus der Natur sind fein sorgfältig koloriert und geben somit jedem Bild eine ganz vorzügliche plastische Wirkung. Der Kalender bringt in bunter Folge Bilder von schulisch wichtigen Tieren jeder Art und Pflanzen, soweit sie nicht der unmittelbaren Anschauung zugänglich sind. Wie der Verlag mitteilt, sollen auch in späteren Jahrgängen von mineralogischen und geologischen Dingen Bilder gebracht werden. Der Wilhelm Limpert-Verlag hat durch die Herausgabe des Limpert-Bild-Kalenders für die deutsche Schule ein ganz vorzügliches Lehr- und Unterrichtsmittel geschaffen, das die Anerkennung der Lehrer, Schulleitungen und Naturliebhaber verdient. Der Verlag fordert alle Interessenten auf, einen ausführlichen Prospekt über diesen Kalender kostenlos zu verlangen.

Der pädagogische Plan Eine Einführung in sein Wesen und seine Geschichte. Mit dem „Chemnitzer Bildungsplan“ als Anhang. 68 S. Geheftet Mk. 2.—. Riedel betrachtet den Plan als die Brücke, die Theorie und Praxis verbindet. Seine zeitgemäße Untersuchung erstreckt sich auf die Erscheinungsformen und die Grenzen des pädagogischen Planes, auf die Grundsätze wissenschaftlicher Plankritik und auf die geschichtlichen Zusammenhänge im Gestaltwandel der Lehr-, Bildungs-, Erziehungs- und Schulpläne. Prof. Dr. Alloys Fischer verspricht sich von der „gehaltvollen und aufschlußreichen“ Schrift „eine nachhaltige und starke Klärung der verwickelten Frage“.

Jugend und Kino.

In einer Industrie-Großstadt fand eine großzügige Erhebung durch Fragebogen statt, die interessante Einblicke in das Problem „Jugend im Kino“ gewährt. Berufsschuldirektor Muer verarbeitet dieses Material in der „Jugendführung“. Er stellt zunächst fest, daß die Jugendlichen trotz polizeilicher Vorschriften in Massen regelmäßig die Kinos besuchen und zwar nicht nur die Kindervorstellung. Von tausend befragten Jugendlichen waren die 14- bis 15jährigen zu über 40 Prozent regelmäßige Kinobesucher. Bei den 16- und 17jährigen tritt eine merkwürdige Spaltung ein. Bei den ungelernten Arbeitern wird die Zahl der Kinobesucher immer größer, bei den Handwerkslehrlingen und gelernten Arbeitern dagegen immer kleiner. Bei den 17jährigen beträgt der Prozentsatz der ersten Gruppe 82 Prozent, bei der zweiten Gruppe 29 Prozent. Bevorzugt werden besonders Filme geringerer Qualität, vor allen Dingen Sitten- und Verbrecherfilme. Als Gründe für den regelmäßigen Kinobesuch werden angeführt: Langeweile im Elternhaus, Sensationslust, ein „Verhältnis“ und Mangel an guter Gesellschaft. Vielleicht wäre es interessant, solche Erhebungen auch an anderen Orten vorzunehmen.

Geschäftliches.

Achtung! Achtung!

Aus allen Teilen der Welt trafen dieser Tage die Frachtdampfer mit den Kehrwieder-Weihnachts-Waren im Hamburger Hafen ein. Die sofort vorgenommene Prüfung hat zu unserer Freude ergeben, daß alles frisch und vorzüglicher denn je ausgefallen ist. Darum zögern Sie nicht, denn nie im ganzen Jahre fliegen die Wochen so dahin wie vor Weihnachten! Die sprichwörtliche Güte, die denkbar niedrigsten Preise, die entgegenkommende Zahlungsbedingung bieten Ihnen aber auch wirklich nur Vorteile! Die eine Tatsache, daß vor einem Jahre 40 000, jetzt aber 80 000 zufriedene Kunden ihren Vorteil im Einkauf von Kehrwieder-Waren finden, beweist besser als Worte, daß Hamburgs größte und großzügigste Firma dieser Art, deren grüne Weihnachts-Liste unserer heutigen Gesamt-Auflage beiliegt, ihrem Namen Ehre zu machen weiß. Kehrwieder-Waren halten, was ihr Name verspricht.

Carl Stock, Lemgo

Inh. **Ernst Adams**

Fernspr. 26 Neues Tor 30

◆

Kolonial- und Delikateßwaren,
Weine, Spirituosen,
Waffen, Munition u. Angelgeräte

Vergessen

Sie nicht die Anschaffung der Sammmlung Lütchemeier-Tappe Lieferung sämtlicher Lehrmittel. Prospekte und Kataloge stehen gern zur Verfügung

Hanns Winter

Buch- und Lehrmittelhandlung
Lemgo
gegenüb. Hotel Wülker

Werbt Inseratenaufträge für unsere Schulzeitung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hagemann, Brake i. L., für Anzeigen: R. Schleef, Lemgo.
Druck und Verlag: F. L. Wagener, Lemgo.

Lippische Schulzeitung

Herausgegeben
vom Vorstande des Lippischen Lehrervereins.

22. Jahrgang. Lemgo, 15. November 1928. Nummer 11.

Inhaltsverzeichnis:

Der Fall Langenholzhausen. — Die Geschichte der Lippischen Landeskirche. — „Küsterei" = gemeinsames Gut. — Nach Bayern Preußen? — Umschau. — Aus dem Vereinsleben. — Verschiedenes. — Anzeigen.

Der Fall Langenholzhausen.

Von W. Süvern, Langenholzhausen.

Zur Lösung der lippischen Küsterfrage ist neben Klärung der grundsätzlichen Dinge auch eingehendes Studium der Akten aller Küster- und Kontorstellen unerläßlich. Als vor 7 Jahren ein Kollege „Beiträge zur Klärung der Küsterfrage" veröffentlichte, wurde er in der Schrift „Die Rechtsverhältnisse des Küstereivermögens in Lippe" von Pastor Butterweck mit einem Hagel von Einzeltatsachen überschüttet, die in langjähriger Arbeit aus den Akten des Landesarchivs und des Konsistoriums gewonnen waren. Wir konnten dieser sehr selbstbewußten Schrift keine ähnliche entgegenstellen, weil wir die grundlegende archivalische Arbeit noch nicht geleistet hatten. Wo vereinzelt Quellenstudium getrieben war, waren meist nur rein historische Gesichtspunkte maßgebend gewesen. Das erarbeitete Material genügte wohl für Schulchroniken, aber nicht als Waffe gegenüber Gegnern, die, getreu römischer Tradition, im Kampf um materielle Güter ihre ganze Kraft einsetzen. In den letzten Jahren ist auch von unserer Seite allerlei Arbeit geleistet worden, bei weitem aber noch nicht genug, um in dem uns aufgezwungenen Abwehrkampfe gegen hierarchische Anmaßung für alle Fälle gerüstet zu sein.

Verschiedene Gründe bewegen mich, hier den Fall Langenholzhausen zu erörtern . Der Prozeß um das strittige Grundvermögen der früheren Kantorstelle schwebt am Landgerichte. Das Amtsgericht Hohenhausen hat bereits gegen die Schulgemeinde entschieden. Das Konsistorium betreibt den Prozeß mit besonderer Energie, hofft es doch durch ihn und den schon in Celle liegenden Falkenhagener Rechtsstreit die Entscheidung über das gesamte lippische Küstereivermögen erzwingen zu können, nachdem der Reelkirchener Prozeß versagt hat. So kann der Fall Langenholzhausen von weittragender Bedeutung werden. Sodann aber bietet die geschichtliche Entwicklung der Langenholzhauser Verhältnisse so beachtenswerte Einzelheiten, der Streit um das Eigentumsrecht wirft so bezeichnende Schlaglichter auf die ganze gegnerische Taktik, daß die Veröffentlichung auch für weitere Kreise von Interesse und Nutzen sein kann.

Die Schule zu Langenholzhausen ist eine der ältesten ländlichen Volksschulen in Lippe. Sie ist bald nach der Reformation für den Bezirk der jetzigen Schulgemeinden Langenholzhausen, Kalldorf, Heidelbeck, Stemmen, Varenholz und Erder vom Staate gegründet worden. Simon VI. hat sich um ihren Ausbau die größte Mühe gegeben. Unter den Lehrgegenständen traten in der 1. Hälfte des 17. Jahrhunderts auch Rechnen und Latein auf, unter den Bewerbungsschreiben um die Schulstelle finden sich verschiedene lateinische Schriftstücke.

Küsterstelle und Schulstelle waren völlig getrennt. Der Küster verrichtete nur kirchliche Dienste, er spielte beim Gottesdienst die Orgel. Der Schulmeister war daneben als ziemlich überflüssige Figur der Vorsänger. Seine sonstigen kirchlichen Verrichtungen, das Besingen der Leichen mit seinen Schülern und gelegentliches Protokollführen und Abschreiben für kirchliche Zwecke, geschahen gegen besondere Vergütung.

In der letzten Hälfte des 18. Jahrhunderts brachte die gegenüber den anderen Gemeindegliedern vielleicht etwas stärkere Singleistung des Kirchspielschulmeisters, verbunden mit der auch damals schon grassierenden Titelsucht, den bis dahin nur äußerst spärlich auftretenden Titel „Kantor" in Mode, woraus dann nach 150 Jahren das Konsistorium den Schluß zog, der Kantor sei kein Schul-, sondern ein Kirchenbeamter gewesen. Daß es die Kirche aber stets vorgezogen hat, die Besoldung des Kantors dem Staate, „milden Stiftern" und den „Schulinteressenten" zu überlassen, wird schamhaft verschwiegen. Die „Nachrichtung von Schulsachen" des Pastors Freund aus dem Jahre 1636 weiß noch nichts von der kirchlichen Sendung des Langenholzhauser Schulmeisters zu sagen, wohl aber berichtet sie u. a., daß Simon VI. 200 Rthr., ein Herr von Donop 20 Rthlr., der Amtmann zu Varenholz 30 Rthl., der Krüger zu Kalldorf 10 Rthlr. an die Schule gegeben haben. Und von weiteren 30 Rthrn. Kapital wird berichtet: „Diese 30 Taler Kapital hat vor vielen Jahren ein Mönch zu Möllenbeck, Hermann Diekmann genannt, der ein Laicus und Baumeister daselbst gewest, aus Holzhausen (NB. gemeint ist Langenholzhausen) bürtig, nachgelassen. Wie nun die Herren von Möllenbeck vermeint haben, die genannten Gelder zu erben, ist ihnen solches von dem Hochgebornen Grafen und Herrn, Herrn Simon, Grafen und Edlen Herrn zur Lippe, dem Aeltern, leibeigentümlich, rechtswegen abgeschlagen. Die von Möllenbeck haben dagegen eingewandt, der sel. Baumeister habe in seinem Letzten mit besonderem Fleiß bestellet, daß ja die Gelder ad pios usus verwandt werden sollten und bitten Ihre Gnaden gnädigst geruhen und sich gefallen lassen wollten, daß die Gelder bei ihrem Kloster verbleiben möchten, worauf geantwortet, Ihre Gnaden haben auch Kirchen, Schulen und Armenhäuser, so wollens Ihre Gnaden geben bei die Schule zu Langenholzhausen. Und ist dabei verblieben bis auf den heutigen Tag." Für die 2 Rthr., die der Schulmeister jährlich „von den Kirchenintraden" und „von der Einnahme zur Armenpflege" erhielt, mußte er Schreiberdienste tun. Die Kirche hatte schon damals nichts zu verschenken.

An Grundbesitz war für den Schulmeister dazumal nur ein Garten da, während die Pfarre etwa 100, die Küsterei etwa 10 Schffs. Land hatte. Diese Tatsache aber ist ein weiterer Beweis, daß die Kirche den Schulmeister damals

nicht als ihren Beamten ansah, andernfalls würde sie ja sicher schon vom christlichen Standpunkte aus für eine gerechtere Verteilung der Güter unter ihren Dienern gesorgt haben. So mußte der Staat zu Anfang des 18. Jahrhunderts durch Ueberweisung von etwa 3 Schffs. Land an die Schulstelle einem empfundenen Bedürfnis abhelfen.

Nachdem im Verlaufe des 18. Jahrhunderts verschiedentlich der Gedanke einer Vereinigung von Kantor- und Küsterstelle aufgetaucht war, wurde die Angelegenheit Ende des Jahrhunderts akut. Küsterhaus wie Schulhaus waren baufällig. Zur Erneuerung beider waren die Insassen des ganzen Kirchspiels verpflichtet; denn auch die Langenholzhauser Schule als „ordinäre" Schule des Kirchspiels mußte, „wenn hierzu gemeine Zulage nötig", gemäß Kap. 13 Abs. 4 der Kirchenordnung von 1684 auch von den Bewohnern der Schulbezirke Heidelbeck und Kalldorf mit gebaut werden. Die Vorsteher der 3 Gemeinden wandten sich darum 1796 ans Konsistorium mit der Bitte, die beiden Stellen zu vereinigen und einen Teil des Stellenvermögens der Kirche zu geben. Auf diese Weise war allen geholfen.

Nach dem Tode des letzten Küsters traf man dann im Jahre 1802 die grundlegende Aenderung. Nach Zustimmung des Fürsten verfügte das Konsistorium

1. das Eingehen der Küsterstelle,
2. die Uebernahme des Küsterdienstes durch den Kantor,
3. die Verteilung des Stellenvermögens der Küsterei an
   a. die Kirche,
   b. den Kantor
   c. den Lehrer in Kalldorf,
   d. den Lehrer in Heidelbeck.

Die beiden letzteren wurden mit Kapitalien abgefunden. Die Gebühren des Küsterdienstes mußten dem Kantor als Diensttuer ohne weiteres zufallen. Das Grundvermögen der Küsterstelle aber wurde unter Kirche und Kantorstelle geteilt. Zu verteilen war:

1. das Küsterhaus,
2. der daran grenzende große Küstergarten,
3. das Küsterland.

Man plante zunächst, den Kantor mit dem in der Nähe der Schule gelegenen Küstergarten abzufinden, sah jedoch bald ein, daß das alte baufällige Küsterhaus ohne den Garten nicht loszuschlagen sei. Darum machten „Vorsteher und Eingesessene von Langenholzhausen", also die „Schulinteressenten", den Vorschlag, Haus und Garten der Kirche, das Land aber dem Kantor zu geben. Falls die Kirche dadurch aber benachteiligt würde, sollte sie noch den Schulgarten und das Schulland als Ersatz erhalten. Der Vorschlag wurde angenommen. Die Kirche verkaufte den ihr zugefallenen Anteil Küsterhaus und Garten, Schulgarten und Schulland. Das frühere Küsterland ging auf die Kantorstelle über und war damit zum Schulland geworden.

Das zeigte sich, als im Laufe des 19. Jahrhunderts 3mal Teile dieses Landes für den Totenhof abgetreten wurden. Von 1802—1898 traten niemals die Vertreter der Kirchengemeinde als verfügungsberechtigt auf. Der Schule ist ihr Besitzrecht in dieser Zeit nie streitig gemacht worden.

Bei dem 1. Verkaufe im Jahre 1838 gaben die beiden Kirchendechen aus Langenholzhausen (also nicht der Kirchengemeinde, sondern des Schulbezirks), die ja nach der Kirchenordnung von 1684 das Schulvermögen zu verwalten hatten, ihre Zustimmung. Einige Jahre später erklärten die Vorsteher von Langenholzhausen und Tevenhausen, daß das zum Totenhof „requirierte Land früher der hiesigen Schule gehört" habe. Und das hohe Konsistorium selber genehmigte 1847, „daß der auf dem Langenholzhauser Totenhof haftende, an die dortige Schule zu entrichtende Kanon" abgelöst werde.

Im 2. Verkaufe von Land i. J. 1876 aber tritt die seit 1849 bestehende, durch den Schulvorstand mit dem Pastor Krücke als Vorsitzenden vertretene Schulgemeinde so klar als alleinige Eigentümerin auf, daß sie ihre Rechte auch gegenüber dem Stelleninhaber energisch geltend macht.

1883 erfolgte die amtliche Vermessung der Grundstücke, und die Schule wurde als Eigentümerin in die Grundsteuermutterrolle eingetragen.

1898 stellte der Schulvorstand, an der Spitze der Pastor, noch einmal einstimmig das Eigentumsrecht der Schulgemeinde fest. Wenige Monate später ist der gleiche Herr, der erst 1902 sein Amt als Vorsitzender niederlegte, der eifrigste Vorkämpfer der nun plötzlich vom Konsistorium erhobenen kirchlichen Ansprüche.

Denn nun beginnt der Kampf! Wieder muß Land für Totenhofszwecke abgetreten werden. Wie 1876, wird auch jetzt wieder Pfarrland als Ersatz gegeben, so daß das Grundvermögen der Schule nicht geschmälert wird. Aber alle Verhandlungen liegen in den Händen des Pfarrers als des Vorsitzenden von Kirchen- und Schulvorstand. Doch er fühlt sich nicht, wie sein Vorgänger, als Treuhänder der Schulgemeinde. Die betreffenden Schulakten aus jenen Jahren sind nicht vorhanden, Sitzungsprotokolle über diesen Gegenstand werden nicht geführt, in den Totenhofsakten der Gemeinde und des Konsistoriums erscheint dasselbe Land, das 100 Jahre Kantor- oder Schulland gewesen war, mit eiserner Konsequenz als Küstereiland, in dem 1835 angelegten „geistlichen Kataster" der Kirchengemeinde Langenholzhausen, einer kirchenamtlichen Urkunde, wird an verschiedenen Stellen das Wort Kantor durch Küster ersetzt. Das Konsistorium, die oberste Kirchenbehörde, befiehlt dem Kirchenvorstande die grundbuchmäßige Eintragung des Landes auf den Namen der Küsterei, die doch seit 100 Jahren nicht mehr existierte. Ein Ueberrumpelungsversuch des Pfarrers, der beim Schulexamen zwischen Tür und Angel dem Schulvorstande die Zustimmung abzuschwatzen versucht, mißlingt. Der Schulvorstand erhebt gegen die Eintragung Protest. Der Vorsitzende legt bekümmert sein Amt nieder. Das Konsistorium, die oberste Schulbehörde, nach dem Schulgesetze verpflichtet, für die Erhaltung der Schulgrundstücke zu sorgen, versucht mit Güte und Strenge, den Schulvorstand zur Einwilligung in diese geplante stille Ent-Enteignung zu zwingen. Aber der Schulvorstand steht fest. Dank allen den mutigen Kämpfern, Dank vor allem unserm alten Kollegen Rüggemeier! Der Schulvorstand erhält Befehl, dem Schulgemeindeausschuß die Sache zur Beschlußfassung zu übergeben. Auch der lehnt einstimmig die Preisgabe des Landes ab.

Nun versucht es das Konsistornum von der anderen Seite. Der Kirchenvorstand erhält den Befehl, die Schulgemeinde zu verklagen. Der Kirchenvorstand — lehnt ab! Kein Mensch in der ganzen Kirchengemeinde glaubt ja an die Berechtigung dieses Manövers! Kein gelindes Zusprechen, kein zürnendes Drohen hilft, der Kirchenvorstand bleibt bei seiner Weigerung. Schwereres Geschütz wird aufgefahren, der Generalsuperintendent kommt selbst herüber, die schlafenden Gewissen wachzurütteln. Recht stürmisch ist die Sitzung des Kirchenvorstandes, erfolglos wird sie abgebrochen! Auch der Appell an den Kalldorfer und Heidelbecker Lokalpatriotismus hatte nicht gezogen; ein Heidelbecker Vertreter entgegnete ruhig, daß man sich nicht mit unrechtem Gute bemengen wolle. Es war wirklich nichts zu machen, und die Sache wurde schließlich bis auf günstigere Zeiten verschoben.

Nach dem Weltkriege verschaffte sich das Konsistorium durch ein entsprechendes Synodalgesetz die Möglichkeit, auch gegen den Willen der betr. Kirchengemeinde einen Prozeß führen zu können. So wurde denn im Falle Langenholz-

hausen gleich die Probe aufs Exempel gemacht. Für die Kirchengemeinde wurde ein juristischer Sachwalter bestellt, der die Schulgemeinde beim Amtsgericht Hohenhausen verklagte. Das Konsistorium sorgte für das nötige Material.

Was in den Schriftsätzen des Konsistoriums an wunderlichen Behauptungen und Deutungskünsten geleistet wird, muß den Kenner der Materie immer wieder mit grenzenlosem Staunen über die unbegrenzten Möglichkeiten erfüllen, die auch in dem simpelsten und klarsten Aktenstücke stecken. Wenn aber alle diese Künste erfolglos sein sollten, hat man ja immer noch den Notanker, „daß im Verlaufe von mehr als 100 Jahren alle Rechtsansprüche (der Schulgemeinde) durch Verjährung untergegangen sind." Wem fiele hier nicht das schöne Faustwort über den guten Magen der Kirche ein!

Mit welcher Vorsicht aber die Butterweckschе Schrift zu genießen ist, auf die sich das Konsistorium immer wieder beruft, das mögen folgende zwei Tatsachen beleuchten. B. bringt S. 31 Stellenanschläge der Langenholzhauser Küsterei und Schule aus dem Jahre 1701. Er will, wie bei allen aufgeführten Anschlägen, den Nachweis erbringen, daß die rein kirchliche Küsterei viel, die Schule gar keinen Grundbesitz gehabt hat. Dieser Nachweis gelingt nun auf die recht einfache Weise, daß in dem Stellenanschlage der Schule der im Original verzeichnete Passus: „Ein Garten belegen auf der Schafhorst" fortgelassen wird! Weiter wird die Tatsache, daß der Lehrer 1802 den Küsterdienst übernahm, in das Gegenteil verkehrt: „Der Küster beteiligt sich erst seit 1802 am Unterricht." Wenn sich jedoch schon in diesem einen Anschlage zwei bedeutsame und charakteristische Fehler finden, so werden sicher auch alle andern Stellenanschläge der Nachprüfung wert sein. Mit Recht aber ist schon auf Grund dieser beiden Fehler die ganze Schrift als Beweismittel abzulehnen.

Das Amtsgericht Hohenhausen hat, auf dem Landgerichtsurteil im Falle Reelkirchen fußend, das Eigentumsrecht der Schulgemeinde verneint, indem es ihr eigentümlicherweise die Beweislast zuschob. Doch, gestützt auf die Akten und sein gutes Recht, beharrt der Schulvorstand nach wie vor auf seinem Standpunkte. Aus Billigkeitsgründen war er 1923 zu einem Vergleiche mit der Kirchengemeinde bereit. Beide Körperschaften waren sich einig. Doch das Konsistorium hat seine Zustimmung zu dem geschlossenen Vergleiche versagt. Es will den Kampf und treibt ihn weiter. Wohlan, es soll uns auf dem Posten finden!

Die Geschichte der Lippischen Landeskirche.

Von Kesting, Pivitsheide.

In der heimatgeschichtlichen Literatur unseres Lipperlandes fehlte bisher vollständig eine Geschichte der Lippischen Landeskirche. Diese oft empfundene Lücke ist jetzt glücklich ausgefüllt worden durch das Buch „Die Geschichte der Lippischen Landeskirche", welches der Pastor W. Butterweck aus Schötmar vor einiger Zeit im Verlag von Fritz Dröge-Schötmar erscheinen ließ. Gestützt auf umfangreiche Archivarbeiten und glückliche Verwertung der bisher nur bruchstückweise vorhandenen Literatur, gibt der Verfasser ein umfassendes Bild des kirchlich-religiösen Lebens, wie es sich im Laufe der Jahrhunderte in Lippe abgespielt hat. Das Buch gibt zunächst einen geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung und den Bestand der Kirchengemeinden, der Klöster, der lippischen Kirchen und ihrer Schutzpatrone, und des Kircheninventars. Für den Geschichtsfreund ist wohl der 2. Abschnitt des Buches der interessanteste. Er bietet eine Darstellung des eigentlichen religiösen Lebens. Nach einer Schilderung des kirchlichen Lebens vor der Reformation, folgt eine eingehende Geschichte der Reformation in Lippe. Ein geschichtlicher Gang bis zur Gegenwart zeigt uns dann, wie die großen Bewegungen der evangelischen Kirche nach der Reformationszeit, Pietismus und Rationalismus, ihre Wellen auch bis in die stillen Dörfer und Städte des Lipperlandes geworfen haben, und hier zum Teil geradezu leidenschaftlich umkämpft worden sind. Dieser Abschnitt schließt mit einer Uebersicht über die Verhandlungen der Landessynode von 1878—1925. Der 4. Abschnitt enthält die Geschichte der organisierten Kirche, des Konsistoriums, der Generalsuperintendenten und der übrigen kirchlichen Beamten. Der Schluß des Buches wird gebildet durch eine umfangreiche Geschichte der einzelnen Kirchengemeinden und ihrer Pastoren. Dieser Abschnitt enthält eine Fülle von lokalgeschichtlich sehr interessanten Einzelheiten.

Bei der engen Verbundenheit, die früher zwischen Kirche und Schule bestand, ist es natürlich, daß in einer Geschichte der Landeskirche auch das Verhältnis zwischen Kirche und Schule berührt wird. Der Verfasser tut das in dem 3. Abschnitt seines Buches, betitelt: Die Landeskirche in ihrem Verhältnis zum Staat und zur Schule. Dieser Abschnitt, der wohl einer der umstrittensten des ganzen Buches sein wird, verdient unsere ganz besondere Beachtung. Pastor Butterweck sieht in der älteren lippischen Volksschule bis zum Jahre 1849 eine Gründung der Kirche, die in der Hauptsache für kirchlich-religiöse Zwecke arbeitete. Doch lassen wir hier einmal die Darstellung selbst sprechen:

„Luther schreibt einmal: „Gott erhält die Kirche durch die Schulen." Mit diesen Worten kennzeichnet er die Bedeutung der letzteren für die Kirche. Auch die lippische Landeskirche weiß, was sie für die Erhaltung und Förderung des evangelischen Gedankens, was sie an Durchdringung des Volkes mit sittlich-religiöser Kraft den Schulen des Landes zu verdanken hat. Mit Recht nennt die Kirchenordnung von 1684 die Schulen „Pflanzstätten für die Kirche", und unvergessen ist es geblieben, was die Generalsuperintendenten Ewald, von Cölln, Weerth usw. für das Wohl der Schulen geleistet haben. Die Schule ist oft eine Tochter der Kirche genannt worden. Die seit 1571 ins Leben tretenden Volksschulen lagen meistens in unmittelbarer Nähe der Kirche auf kirchlichem Grund und Boden und wurden nach Ausweis der alten Kirchenrechnungen vielfach mit kirchlichen Mitteln unterhalten. Als „Kirchspielsschulen" (Küster- und Kantorschulen) standen sie durch die späteren landesherrlichen Verordnungen nur in sehr losem Zusammenhang mit dem Staate. „Die Schule ist eine Anstalt der Kirche", so konnte 1849 der Abgeordnete Petri II im Landtage mit Recht betonten. Das gilt auch von den meistens erst nach dem Dreißigjährigen Kriege auf den einzelnen Dörfern entstandenen sog. Nebenschulen. In der Kirchenordnung von 1684 wird verlangt, „daß ohne Vorwissen und Bewilligung des Konsistoriums keine Schulen angelegt und keine Lehrer angestellt werden sollen."

Generalsuperintendent Weerth schreibt 1809: „Nach kirchlicher Verfassung werden Schulstellen von dem Landesherrn auf Vorschlag des Konsistoriums besetzt, einige Stadtschulen, zu denen der Magistrat präsentieren kann, abgerechnet. Alle drei Jahre wird jede Schule von dem Generalsuperintendenten revidiert und früher wurde das Examen bei den Visitationen in der Kirche in Gegenwart Erwachsener gehalten. Der Prediger ist Vorgesetzter seines Schullehrers und muß monatlich einmal seine Schule besuchen. Es würde einem Prediger sehr zur Schande gereichen, wenn er sich nicht um seine Schule und seinen Schullehrer bekümmern wollte, und ihrer viele zeichnen sich auf die rühmlichste Weise durch treue Sorge für das Volk aus." Kinder, die den Schulbesuch ohne Grund vernachlässigten, wurden mit Namen des Sonntags von der Kanzel tadelnd genannt. Der Schullehrer war kirchlicher Beamter, daher heißt es in dem lipp. Staatsgesetz von 1813 (Band X, S. 202): „Alle

im geistlichen Amte als Prediger, Küster und Schullehrer stehenden jungen Männer sind von der Landwehrpflicht (Militärdienst) befreit." Erst nach dem Gesetz vom 11. Dezember 1849 sollen die Lehrer „die Rechte als Staatsdiener genießen." Man hat mit Recht die Sakristei die Geburtsstätte der Volksschule genannt, weil der Lehrbetrieb sich aus den sonntäglichen katechetischen Uebungen des Küsters mit der Jugend in derselben entwickelte. Die Religion blieb auch dann noch die Dominante des Unterrichts, als später die Realien hinzukamen."

Ohne einer eingehenden Darlegung der Geschichte der lippischen Volksschule vorzugreifen, muß gegenüber der obigen Darstellung doch folgendes bemerkt werden: In den meisten deutschen Ländern ist die allgemeine Volksschule eine Gründung des absoluten Staates; das, was vorher da war, verdient den Namen „Volksschule" nicht. Der Staat allein besaß die Machtmittel, den Schulzwang durchzuführen. So ist auch die lippische Volksschule eine Gründung der Landesherren, die die Bedeutung eines guten Jugendunterrichts für ihr Volk erkannt haben. Daß die ältesten Bestimmungen über die Schule sich in den Kirchenordnungen vorfinden, ist nicht zu leugnen; beweist aber für die These, daß die Volksschule eine Gründung und Angelgeenheit der Kirche sei, nichts; denn der Landesherr war in jenen Zeiten zugleich oberster Bischof der Landeskirche und eine klare Unterscheidung der Maßnahmen und Befugnisse des Landesherrn und des Landesbischofs ist nicht immer erfolgt. Schon die Kirchenordnung von 1538 beweist, daß der damalige Gesetzgeber die Schule nicht als eine nur im Dienste der Kirche stehende Einrichtung ansah, sondern sich ihrer Bedeutung und ihres Wertes für das bürgerliche Leben vollkommen bewußt war. Diese Kirchenordnung nennt als erstes Unterrichtsfach „schriwen", „denn Catechismum beneben anderen guden tuchten", eine Kirchenregierung hätte ohne Zweifel „Catechismum" an die erste Stelle gerückt. Gewiß hat das Konsistorium bis zum Jahre 1849, wie auch von 1864 bis 1914, also noch zu einer Zeit, da der Grundsatz: Die Schule ist eine Veranstaltung des Staates, schon allgemein anerkannt war, die Aufsicht über das Seminar und die Volksschulen, sowie die Leitung des ganzen Volksschulwesens ausgeübt, aber im Auftrage des Staates, als staatliche Behörde. Auch die Geistlichen waren in ihrem Amte als Ortsschulinspektoren Beauftragte des Staates.

Der Verfasser des besprochenen Buches führt dann weiter aus, daß sich allmählich ein Umschwung im Wesen der Volksschule vollzogen habe. Als Ursachen hierfür werden zwei Tatsachen angeführt:

1. „Unter dem Einfluß der Lehrerseminare (in Lippe 1781 gegründet) bildete sich auch für die Volksschule die Pädagogik als Wissenschaft aus und in den Schullehrern wuchs ein Stand auf, der selbstbewußt mitreden wollte und der „die harmonische Entwicklung aller vom Schöpfer dem Kinde verliehenen Geisteskräfte als leitendes Prinzip anerkannt wissen wollte." Zu diesem Grundsatz kamen unter Nachwirkung der französischen Revolution von 1789 auch bald soziale Bestrebungen, die in den späteren konstitutionellen Staaten besonders unter den Vertretern der Linksparteien ein dankbares Echo fanden.
2. Bei der numerischen Entwicklung der Volksschulen unseres Landes fehlten bald der Kirche die ausreichenden Mittel zur Förderung und Unterhaltung der Schulen, und der Staat mußte einen Teil der Schullasten mitübernehmen. Infolgedessen beanspruchte er auch ein Mitbestimmungsrecht."

Der Verfasser gibt dann zu, daß durch die Schulgesetze von 1849, 1895 und 1914 der Grundsatz: Die Volksschulen stehen unter Oberaufsicht und Leitung des Staates" proklamiert worden sei, und daß namentlich das Schulgesetz von 1914 die völlige Trennung von Schule und Kirche gebracht habe. Zum Schluß heißt es:

> „Gewiß, die lippische Volksschule ist äußerlich von ihrem mütterlichen Boden losgelöst. — Wenn auch die lippische Schule unter die staatliche Oberaufsicht gestellt worden ist, ihren Grundcharakter als ev. Confessionsschule hat sie behalten."

Auf diese letzte Behauptung soll im einzelnen nicht mehr eingegangen werden; es sei nur hingewiesen auf die Auseinandersetzungen, die vor einem Jahre, gelegentlich des Keudell'schen Reichsschulgesetzentwurfes, über den Charakter der lippischen Volksschule geführt worden sind, und auf die Erklärung des Landespräsidiums, durch die die lippische Schule als Gemeinschaftsschule anerkannt wird.

—

„Küsterei" = gemeinsames Gut.

(Zugleich ein Blick auf die Behandlung dieser Frage durch die Presse.)

Von Beckmeier, Almena.

Am 8. Oktober hatte das Volksblatt einen Artikel veröffentlicht mit der Ueberschrift: Zur lippischen Küstereifrage. Hierin war durch zwei in Abschrift wiedergegebenen Schriftstücke (eins war am 25. Februar 1889 vom Konsistorium an den Schulvorstand in Lieme gerichtet, das andere am 2. Mai 1892 von derselben Behörde an den Schulvorstand in Almena), dem Herrn Pastor Thelemann-Blomberg gegenüber dargelegt, daß das Küstereivermögen gemeinsames Eigentum der Schul- und Kirchengemeinde ist und daß das Konsistorium vor mehr als 30 Jahren diese Auffassung über den Inhalt des Begriffs „Küsterei" vertreten hat. Die beiden Schriftstücke von Lieme und Almena waren bewußt nur insoweit in dem Artikel veröffentlicht, als sie zur Klärung des Begriffs „Küsterei" beitrugen. Daß sie bewußt nicht voll und ganz wiedergegeben waren, ging daraus hervor, daß am Schluß eines jeden Schriftstückes durch Punkte die Fortsetzung angedeutet war. Danach bedürfte es wirklich keiner besonderen „Promptheit und Aktenkunde des Konsistoriums", um die Unvollständigkeit der z. T. langen Schriftstücke festzustellen. Denn daß so etwas nachgeprüft werden kann und soll, ist selbstverständliches Recht und auch behördliche Pflicht.

Dieser am 8. Oktober vom Volksblatt veröffentlichte Artikel war am 4. Oktober 1928 im Manuskript auch der Landeszeitung mit der Bitte um Veröffentlichung zugegangen, wurde von ihr aber nicht der Oeffentlichkeit zur Kenntnis gebracht.

Am 23. Oktober 1928 wies das Konsistorium im Volksblatt darauf hin, daß am 8. Oktober 1928 das Schriftstück von Lieme nicht vollständig wiedergegeben sei und brachte eine Ergänzung des Schriftstücks, aber auch noch nicht vollständig. Bei dem Almenaer Schriftstücke wünschte das Konsistorium keine Vervollständigung, obwohl auch dies nicht ganz wiedergegeben war.

Am 24. Oktober 1928 wurde die Landeszeitung nochmals gebeten, den ihr am 4. Oktober zugesandten Artikel zu veröffentlichen, was sie ablehnte mit der Begründung, daß zu ihrer Ueberraschung der gleiche Artikel am 8. Oktober im Volksblatt gestanden hätte und daß sie nun natürlich den Artikel nicht mehr veröffentlichen könnte, daß außerdem nach Angabe des Konsistoriums die angezogene Verfügung unvollständig sei und daß sie auch nicht die Absicht habe, die Diskussion über die Küstereifrage, die wesentlich Neues doch nicht mehr zu bringen scheine, wieder aufleben zu lassen.

Eigenartigerweise erschien aber am 26. Okt. in der Landeszeitung doch wieder ein Artikel mit der Ueberschrift: „Um

die Vermögen der Küstereien." Die Landeszeitung ließ also die einen Tag vorher abgelehnte Diskussion jetzt doch wieder von anderer Seite aufleben. Ist das nicht ein ganz sonderbares Verhalten der Landeszeitung? Der Artikelschreiber der Landeszeitung vom 26. Okt. bringt im ersten Teil seiner Ausführungen seinen Unwillen darüber zum Ausdruck, daß die seit vielen Jahren in der öffentlichen Diskussion stehende Küstereifrage immer noch nicht zum glücklichen Ende geführt sei; soweit kann man mit ihm einverstanden sein. Danach aber wird er sachlich unklar; man merkt ihm an, daß ihm die Küstereimaterie selbst nicht klar ist; ja, er wirkt geradezu verwirrend, wenn er da plötzlich im Sperrdruck schreibt: „und daß es bis dahin, wo solche vorgenommen werden kann."*) Oder will der Artikelschreiber den Leser von dem Hauptdiskussionspunkte, dem gemeinsamen Besitz, ablenken? In seinen weiteren Ausführungen aber wird er unsachlich, ja sogar boshaft und nimmt sich den armen Artikelschreiber vom 8. Okt. vor, um ihm einmal gehörig den Marsch zu blasen. Wie weit er sich dabei allmählich in die Hitze schreibt, erhellt aus den Ausdrücken: Mangel an nützlicher Beschäftigung, Freude am Gegensatz, Promptheit, Aktenkunde, Unterschlagung, geradezu übelnehmen, Partei — und persönliche Suppen. Aber sehr verehrter Herr Artikelschreiber der Landeszeitung, was ist Ihnen denn so plötzlich zugestoßen, daß Sie sich bei der öffentlichen Diskussion über die Küstereifrage, die Sie doch wohl nicht beschränken wollen, so gehen lassen und dabei beinahe aus den Hespen gehen? Werden Sie bitte bei der Erörterung über die Küstereifrage nicht nervös, sondern kehren Sie bei diesem Sachgebiet zu der nüchternen Ueberlegung zurück, erst dann werden wir uns weiter sachlich über die Küstereifrage unterhalten können, und vor allem wird es Ihnen dann nicht wieder passieren, daß Sie sich so in etwa vergessen. Aber das sei zum Ausdruck gebracht, daß es dem Artikelschreiber vom 8. Okt. gar nicht in den Sinn gekommen ist, bei der Abfassung des Artikels sich von einer Art „niederen Instinkten" treiben zu lassen, sondern daß er damals, jetzt und auch weiterhin aus nur rein sachlichem Interesse mit dem Ziel einer glücklichen Lösung der Küstereifrage für beide Teile (Schul- und Kirchengemeinde) an der Klärung der Küstereifrage arbeiten wird zum Wohle der Gesamtheit. Zu einem persönlichen Streit darf und soll die Lipp. Küstereifrage nicht werden, dazu sollen und müssen alle beteiligten Kreise (Schule, Kirche und auch Presse) beitragen.

Aber nun zur eigentlichen Sache zurück! Um jeden an der Küstereifrage Interessierten selbst beurteilen lassen zu können, ob durch Weglassung eines Teiles an dem Liemer Aktenstück wirklich der Sinn der These entstellt ist: Küstereivermögen ist gemeinsames Eigentum der Schul- und Kirchengemeinde, sollen im folgenden vollständig veröffentlicht werden:

1. Das Aktenstück des Schulvorstandes in Lieme vom 14. Februar 1889, welches das Schreiben des Konsistoriums vom 25. Februar 1889 an den Schulvorstand in Lieme veranlaßte,
2. Das Schreiben des Konsistoriums an den Schulvorstand in Lieme vom 25. Februar 1889 selbst.

Herr Pastor Deppe (der spätere Schulrat Deppe) schreibt im Namen des Schulvorstandes in Lieme ans Konsistorium:

Abschrift.

Lieme, den 14 Februar 1889.

Bei Gelegenheit der Eintragung von Kirche, Pfarre und Küsterei in das Grundbuch der Gemeinde Lieme wurde vom Schulvorsteher Führing beim Amtsgericht II in Lemgo folgender Antrag gestellt:

„Die Ländereien sind unter dem alten Titel „Küsterei" als Eigenthum der Kirchengemeinde zu belassen, dagegen müssen Haus und Garten unter dem neuen Titel „Schule" als Eigentum der Schulgemeinde eingetragen werden."

Derselbe berief sich zur Begründung seines Antrags auf das Rescript Nr. 2619 vom 8. Okt. 1888, durch welches die Kirchenvorstände zum Nachweise des kirchlichen Eigenthums an den Küstereien etc. veranlaßt seien, sowie auf eine ähnliche Verhandlung des Schulvorstandes in Brake. Der gehorsamst Unterzeichnete erhob gegen diese beantragte Trennung Einsprache, indem er zunächst die Competenz bestritt, auf eigene Hand ohne Genehmigung der Schul- und Kirchenbehörde eine solche Scheidung von Schul- und Kirchengut vorzunehmen. Da Führing dem geäußerten Wunsche, unter dem alten Titel „Küsterei" des Saalbuches auch im neuen Grundbuche vorläufig die Eintragung erfolgen zu lassen, aus Rücksicht auf die Schule nicht willfahren zu können glaubte, so blieb dem Unterzeichneten nichts anderes übrig, als um vorläufige Aussetzung des Termins beim Amtsgerichte zu bitten, um inzwischen die Entscheidung Hoher Behörde in dieser Angelegenheit einholen zu können. Obwohl anfangs lebhaft gegen die Nothwendigkeit dieser Anfrage seitens Führings geredet wurde, so gab er doch schließlich nach, als auch Herr Assessor Zimmermann einen derartigen Entscheid bei der gewünschten Neuerung für nothwendig erklärte. Um nun in dem neu angesetzten Termine am 27. Februar einen solchen vorlegen zu können, so wird hiermit die ganze Angelegenheit Hochfürstlichem Konsistorio ganz gehorsamst unterbreitet mit der Bitte:

Hochdasselbe wolle hochgeneigtest baldigst entscheiden, ob eine Trennung von Schul- und Kirchengut unter den beiden Titeln: „Küsterei" und „Schule" statthaft ist.

Im Namen des Schulvorstandes in Lieme:
G. Deppe, Pastor.

Abschrift.

Detmold, 25. Febr. 1889.

An den Schulvorstand in Lieme,
z. Hd. des Herrn Pastors Deppe, Lieme.

Auf den Bericht vom 14./15. d. M., die Eintragung der Küstereigrundstücke in das Grundbuch betreffend, wird dem Schulvorstande das Folgende eröffnet:

Die Küsterstellen, deren Inhaber ein kirchliches und ein Schulamt zugleich verwalten, sind sowohl von der Kirchen- als auch der Schulgemeinde fundiert, so daß an den Vermögen derselben beide Gemeinden Rechte besitzen. *) Eine Auseinandersetzung zwischen Kirchen- und Schulgemeinde, welche für die Folge erst in Aussicht genommen ist, bedarf der eingehendsten Vorermittelungen und Vorverhandlungen, und hat es bis dahin, wo solche vorgenommen werden kann, bei der bestehenden Sachlage zu verbleiben. Es ist daher, wenn bisher in den öffentlichen Büchern die „Küsterei" als Berechtigte eingetragen war, diese auch in gleicher Weise im Grundbuche aufzuführen und kann hiervon nur dann eine Ausnahme gemacht werden, wenn aus dem Ursprunge und der Natur des Rechtes sich ganz unzweifelhaft ergibt, daß solches ausschließlich entweder der Kirchen- oder der Schulgemeinde zukommt und entweder für eine von diesen in den bisherigen öffentlichen Büchern bereits eingetragen war oder, sofern dies nicht der Fall, beide Gemeinden mit der Eintragung auf den Namen einer derselben sich einverstanden erklären und hierzu die Genehmigung des Konsistoriums erlangt haben.

Die von dem Schulvorsteher Führing daselbst beantragte Eintragung der Ländereien auf den Namen der „Küsterei" und des Hauses und Gartens unter der Bezeichnung

*) Den vollständigen Satz siehe weiter unten in dem Schreiben des Konsistoriums vom 25. 2. 89.

*) Bis hier war (zuzüglich der Unterschrift) das Schriftstück im Volksblatt am 8. 10. veröffentlicht.

„Schule“ würde eine ganz willkürliche und jeder rechtlichen Unterlage entbehrende Maßnahme sein. Ganz abgesehen davon, daß die Einwilligung des mitberechtigten Kirchenvorstandes und die Genehmigung des Konsistoriums nicht eingeholt war, hat es nach dem von dem Schulvorstande erstatteten Bericht den Anschein, als ob der Schulvorsteher Führing zu der Abgabe der vorerwähnten Erklärung nicht einmal durch einen zuvorigen ausdrücklichen Beschluß des Schulvorstandes, welcher doch zum mindesten erforderlich gewesen wäre, bevollmächtigt gewesen ist, vielmehr eine Berathung über die Angelegenheit im Schulvorstande erst nach Abgabe der Erklärung infolge eines von dem Pastor Deppe erhobenen Protestes stattgefunden hat.

Es muß befremden, daß in einer Angelegenheit von solcher Wichtigkeit, so ordnungswidrig hat verfahren werden können, und wird es daher dem Schulvorstande zur Pflicht gemacht, dafür Sorge zu tragen, daß in Zukunft etwas Aehnliches nicht wieder vorkommt.

Unterschrift:

Fürstliches Konsistorium:

gez.: Steneberg, Crede, Thelemann, Engel.

Wer die oben vollständig in Abschrift wiedergegebenen Schriftstücke möglichst unbefangen durchliest, wird zugeben müssen, daß der in dem am 8. Okt. veröffentlichten Liemer Schriftstück vom 25. Febr. 1889 weggelassenen Teil tatsächlich eine Bekräftigung des Standpunktes bedeutet: Küstereivermögen ist gemeinsames Eigentum der Schul- und Kirchengemeinde, und nicht, wie das Konsistorium und der Artikelschreiber der Landeszeitung (26. 10.) durchblicken ließen, eine Abschwächung.

Nachwort der Schriftleitung: Der vom Kollegen Beckmeier kritisierte Artikel der „Lippischen Landeszeitung“ ist sicherlich den Lesern dieses Blattes noch in Erinnerung. Das dürfte jedoch weniger auf die Klarheit und Kraft der Beweisführung, über die der Artikelschreiber verfügt, zurückzuführen sein, als vielmehr auf die Tendenz, um sozusagen die eigene Weste zu säubern, das Schuldmoment einer unlauteren Pressepolemik zu verschieben. Wie sollen wir anders folgende Aeußerung verstehen: „Bezeichnend für den Mangel an gutem Willen, den Streit objektiv zu führen, ist eine Pressepolemik der letzten Tage. Veröffentlicht da z. B. ein Lehrer alte Verfügungen usw.“ (Sperrung von hier). Ueber Objektivität in manchen Presseartikeln zur Küstereifrage wollen wir hier nicht hadern, doch soviel sei gesagt, daß wir in dem Landeszeitungsartikel sowohl Objektivität als auch guten Willen vermissen.

—

Nach Bayern Preußen?

Nachdem der preußische Kultusminister Dr. Becker den Konkordatsentwurf fertiggestellt und ihn am 11. Oktober dem Kabinett unterbreitet hat, ist es im deutschen Blätterwalde nicht ruhig geworden. Eine Ausnahme machen erklärlicherweise nur die Zentrumsblätter. Wir können nachfühlen, daß eine Erledigung der Konkordatsfrage in aller Stille und im Stile und Sinne Pacellischer Diplomatie für die Kurie ein sachlicher und taktischer Genuß gewesen wäre. Doch Preußen ist nicht Bayern. Immerhin aber, in der Politik ist kein Ding unmöglich, und es ist dringendste Pflicht gerade für kulturpolitisch eingestellte Staatsbürger, den Gang der Verhandlungen zu verfolgen und ihn in nationalem und kulturförderndem Sinne zu beeinflussen. Das Preußenkonkordat dürfte auch für Lippe eine mehr als diskutable Bedeutung besitzen.

Das starke Mißtrauen, das in breiten Volksschichten dieser Frage gegenüber vorhanden ist, wird in erster Linie genährt durch die Geheimnistuerei der preußischen Regierung. So brachte der Amtliche Preußische Pressedienst gegen Mitte Oktober folgende nichtssagende Meldung:

„In einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums hat heute nachmittag der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung über die bisherigen Verhandlungen mit dem päpstlichen Nuntius Bericht erstattet. Die Beratungen im Staatsministerium werden demnächst fortgesetzt.“

Nachdem etwas „durchgesickert“ war, brachte die „Vossische Zeitung“ Mitteilungen über gewisse Einzelfragen. Sie schrieb:

„Die Kurie verlangt die Einrichtung von drei neuen Bistümern, nämlich außer in Berlin auch in Essen an der Ruhr zur Betreuung der starken katholischen Arbeiterbevölkerung des Industriegebietes, also eine Art soziales Bistum des Westens, und ein Bistum in Kammin in Pommern, um dieses bis zur Reformation bestehende alte Bistum als eine Diözese für die Diaspora des deutschen Ostens wieder aufleben zu lassen. Diese Forderung wird kaum akzeptiert werden können, da zu jedem Bistum auch eine Dotation gehört. Eher würde man sich neben dem Bistum Berlin, das nur eine Ausgestaltung des vor einigen Jahren geschaffenen Ordinariats des Weihbischofs darstellt, mit der Erhebung von Breslau und Paderborn zu Erzbistümern abfinden können, da die zu diesem Zweck erforderlichen Geldmittel nicht allzu bedeutend sind.

Wenn das Konkordat zustandekommt, so werden die Kapitelwahlen aller Wahrscheinlichkeit nach fortfallen, d. h. es werden die Bischöfe nicht mehr von ihren Domkapiteln gewählt, sondern künftig vom Heiligen Stuhl in Rom ernannt werden. Die staatliche Mitwirkung ist dabei so gedacht, daß vor der Ernennung die Staatsregierung gehört werden soll.

Hinsichtlich der Schulfrage hat man versucht, eine Kompromißformel zu finden, doch sei gleich von vornherein bemerkt, daß die Formel, die dabei herauskommt, für die Vertreter der liberalen Weltanschauung untragbar ist. Die Formel besagt, daß die Kurie von den Bestimmungen des Artikels 146 Absatz 2 der Reichsverfassung über die Schularten Kenntnis nimmt, und daß die Preußische Staatsregierung sich verpflichtet, nach Möglichkeit für die Bereitstellung einer genügenden Zahl katholischer Bekenntnisschulen Sorge zu tragen.“

Das Zentrumsorgan, die „Germania“, wies diese Auslassungen als indiskret und unrichtig zurück und behauptete, daß es der „Vossischen Zeitung“ nur auf einen Störungsversuch ankäme. Sachliche Ergänzungen und Richtigstellungen brachte die „Germania“ natürlich nicht. — Schon meldeten sich auch Stimmen aus der evangelischen Kirche, die gleiches Recht für diese beanspruchten. Allen voran der bekannte hier und da als liberal angesprochene Generalsuperintendent Dr. Dibelius. Er schrieb im „Tag“:

„Wir erwarten, daß das preußische Staatsministerium, seinen Zusagen entsprechend, eine Vorlage dafür bereit hält, die mit der evangelischen Kirche ebenso loyal vereinbart ist wie das Konkordat mit dem kirchlichen Nuntius. Wir können nicht glauben, daß man die Staatsfreudigkeit der evangelischen Bevölkerung der Belastungsprobe aussetzen wird, die darin liegen würde, wenn erst der Landtag die Initiative ergreifen und eine Parität herstellen müßte, für die die verantwortlichen Leiter der Regierung die Wege nicht gefunden haben.“

In demselben Sinne hat sich nach dem „Evangelischen Pressedienst“ auch der evangelische Kirchensenat der altpreußischen Union, die oberste Instanz der Landeskirche, der um die Monatswende in Berlin tagte, ausgesprochen. Das war zwar nicht anders zu erwarten, doch ist es Tatsache, daß auch weite Kreise des evangelischen Volkes jenen Standpunkt der evangelischen Kirche nicht gutheißen. Der Deutsche Protestantenverein kennzeichnete beispielsweise seine Stellung zur Konkordatsfrage vor einigen Wochen in folgender Entschließung:

„Die aus ganz Deutschland versammelten Vertreter des freien Protestantismus erfahren mit ernster Sorge, daß Preußens Verhandlungen mit dem Vatikan über den Abschluß eines Konkordats weit gediehen sind. Wir wollen den konfessionellen Frieden. Ein Konkordat dient dem nicht. Abgesehen von der Erfahrung, daß ein Konkordat in der Auslegung oft ein Diskordat zwischen den Vertragschließenden wird, muß jedes Konkordat unparitätisch wirken. Einen einem völkerrechtlichen Vertrag mit dem Papst vollwertig entsprechenden Vertrag mit der evangelischen Landeskirche gibt es nach der Eigenart des Protestantismus nicht. Wir wollen keinerlei klerikale Herrschaft irgendwo im öffentlichen Leben noch in der Kirche. Wir lehnen jeden völkerrechtlichen Vertrag zwischen Staat und Kirche ab. Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche sollen und müssen unter voller Wahrung der kirchlichen Interessen geregelt werden, aber nur durch korrespondierende Staats- und Kirchengesetze. Wir richten deshalb an alle verantwortlichen Stellen in Reich und Ländern die dringende Aufforderung: Schließt kein Konkordat!“

Das Organ dieses Vereins, das „Protestantenblatt“, stehe im Abwehrkampf mit in vorderster Linie. „Im übrigen verteidigt,“ schreibt es letzthin, „wer das Konkordat bekämpft, in Wahrheit den deutschen Katholizismus, der durch das Konkordat italienisiert werden soll! Vor allem dürfen wir uns nicht durch einen parallelen günstig scheinenden Staatsvertrag mit der evangelischen Kirche blenden lassen; derartige Töne sind sogar von prominenter Seite auf der brandenburgischen Hauptversammlung des evangelischen Bundes angeschlagen, glücklicherweise aber nicht in die Entschließung eingedrungen. Das „evangelische Konkordat“ ist überhaupt kein Konkordat, sondern ein Konkordats-Surrogat und ist doch Klerikalismus, den wir bis aufs ärgste bekämpfen müssen.“

Die Entschließung der Evangelischen Bundes hat folgenden Wortlaut:

„Der Evangelische Bund hat seit dem Auftreten der Konkordatsfrage in Deutschland immer wieder auf die ernsten Bedenken gegen den Abschluß eines Konkordats mit der römisch-katholischen Kirche hingewiesen. Er darf es zum Verdienst anrechnen, daß diese Bedenken im evangelischen Kirchenvolk und darüber hinaus in wei-

testen Kreisen der deutschen Oeffentlichkeit gewürdigt und geteilt werden.

Er fordert daher, daß der preußische Staat an erster Stelle den Lebensnotwendigkeiten der evangelischen Kirche gerecht werde. Er richtet an die berufenen Vertreter des evangelischen Volkes, an Staat und Kirche, die dringende Bitte, alles daran zu setzen, zuerst der evangelischen Kirche in Preußen eine ihrer Eigenart und Betätigung entsprechende gesicherte rechtliche Stellung zu verschaffen.

Grundsätzlich stimmt auch der Evangelische Bund einem nach Sicherstellung der evangelischen Kirche zu tätigendem Abschluß der Verhandlungen zwischen Staat und römisch-katholischer Kirche zu. Nach wie vor jedoch muß er aus kirchlichen und vaterländischen Gründen Einspruch dagegen erheben, daß diese Regelung in der Form der hergebrachten Konkordate erfolgt.

Widerspruch erwecken außerdem einige aus dem jetzigen Konkordatsentwurf bekannt gewordene konkrete Punkte: das Hineinziehen der Schulfrage, die Aufgabe deutscher kirchlicher und staatlicher Rechte bei der Ernennung der römisch-katholischen Würdenträger, die uneingeschränkte Gleichsetzung des Studiums der deutschen römisch-katholischen Theologen an außerdeutschen Hochschulen, die Errichtung neuer katholischer Bistümer aus Prestige- und Propagandagründen in Gebieten, wo rein kirchliche Interessen des römischen Katholizismus von verhältnismäßig geringer Bedeutung sind.

Es soll beiden Kirchen ihr Recht werden in Achtung vor den Gegebenheiten der Geschichte und in organischer Einordnung in die Notwendigkeiten der Schicksals- und Lebensgemeinschaft des deutschen Volkes und Vaterlandes."

* * *

Wie werden sich die politischen Parteien zu einem Konkordat stellen? In der preußischen Regierung ist neben dem Zentrum die Sozialdemokratie und die Demokratische Partei vertreten. Auf diese beiden Parteien würde es also zur Zeit in erster Linie ankommen, ob der Entwurf Vertrag wird oder nicht.

Die Sozialdemokraten haben auf dem Kieler Parteitag 1927 programmatisch verkündet:

„Die in den letzten Jahren außerordentlich gesteigerten Leistungen von Reich, Ländern und Gemeinden an die Religionsgesellschaften stehen im Widerspruch zu der programmatischen Forderung der Trennung von Staat und Kirche und der Bestimmung des Art. 137 RV. Auf Grund des Art. 138 RV. verlangt der Parteitag die Ablösung der auf Gesetz, Vertrag und besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften . . ."

Demgemäß dürfte die preußische Landtagsfraktion den erhöhten Aufwendungen für neue Bistümer nicht zustimmen. Daß sie jedoch zu Einräumungen sich bereitmacht, bewies ihr Verhalten auf dem Kieler Parteitage. Ihr Einspruch bewirkte, daß der folgende klare, bindende Satz mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde: „Der Parteitag lehnt jede vertragliche Regelung in Form von Konkordaten zwischen Reich, Ländern und Religionsgesellschaften grundsätzlich ab und verlangt, daß die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten gegen jedes Reichs- oder Länderkonkordat stimmen." Die preußische Landtagsfraktion erreichte, daß nur ein solches Konkordat abzulehnen sei, in dem Schulfragen geregelt werden sollen, im übrigen erhielt sie freie Hand. Der „Bayerische Kurier" vom 8. Oktober meldet gewiß nicht zu Unrecht, daß der sozialdemokratische preußische Ministerpräsident persönlich auf eine Beschleunigung der Verhandlungen und auf eine positive Erledigung großen Wert lege. Dazu reimt sich allerdings wenig, was der parteiamtliche Sozialdemokratische Pressedienst im Frühjahr 1927 verbreitete:

„Das Konkordat ist entweder überflüssig, wenn es nur die Verfassungsbestimmungen schützen will, denn wir müßten es uns doch höflichst verbitten, daß irgendeine Partei die Sicherung der Verfassung durch das deutsche Volk nicht für genügend erachtete und sich eine Rückversicherung über eine außerdeutsche Instanz, über Rom, zu verschaffen suchte. Oder es handelt sich um mehr als Verfassungsbestimmungen, dann ist das Konkordat nicht nur überflüssig, sondern gefährlich."

Wir wünschen, daß diese Auffassung Geltung behalten möge. Freilich, Koalitionsrücksichten und Koalitionsbedürfnisse „zwingen" — nach Versicherungen der Parlamentarier — zuweilen zu einer Haltung, die Grundsatzfestigkeit vermissen läßt.

Das gilt ebenso für die Demokraten. Selbst ein so aufrechter Kämpfer wie der Breslauer Pfarrer Möring hat bei früheren Konkordatsfragen in der „Christlichen Welt" seiner Partei zugeredet, sich lieber einem Konkordat geneigt zu zeigen, als die Deutschnationalen in die Regierung zu lassen. Ihm erscheint es „für den Augenblick richtiger und wichtiger, den Staat zu erhalten, als einseitige, kulturelle Belange zu wahren."

Auf dem letzten Preußentag der Demokratischen Partei hat der Fraktionsführer Justizrat Falk weit bestimmter gesprochen:

„Wenn es nötig ist, mit Rücksicht auf die religiösen Bedürfnisse des katholischen Volksteils Aenderungen zu treffen, die Grenzen der Bistümer zu erweitern, vielleicht auch neue Bistümer zu errichten, so wird die demokratische Fraktion dem sicherlich nicht widersprechen. Wenn aber darüber hinaus unter Preisgabe des Staatshoheitsrechtes kirchenpolitische Opfer gebracht werden sollen, so wird dafür die demokratische Partei nicht zu haben sein. Und wenn im Gegensatz zum geltenden Recht der Schwerpunkt der Wahl der Bischöfe und der Würdenträger in den Domkapiteln verschoben werden soll, so wird das für die demokratische Fraktion der Gegenstand der allerernstesten und allersorgfältigsten Erwägungen sein müssen . . . . . Wenn endlich mit diesem Konkordat Bestimmungen über die Schule verbunden werden sollten, so bin ich ermächtigt, zu erklären, daß dafür kein demokratischer Minister und kein demokratischer Abgeordneter zu haben sein wird."

Herr Dr. Becker als demokratischer Minister dürfte sich vielleicht an die Entschließung des Hamburger Parteitages erinnern. Sie lautet:

„Eine Verständigung über die tatsächlich vorhandenen Beziehungen zwischen Staat und Kirche entspricht der Demokratie. Die Deutsche Demokratische Partei sieht jedoch in der Form des Konkordats eine Beschränkung der Freiheit der Gesetzgebung, eine Gefahr für die Hoheit des Staates, für die Rechte des Volkes und der Volksvertretung und für die Freiheit des Gewissens und des geistigen Lebens und lehnt daher ein Konkordat ab. Das Verhältnis von Kirche und Schule ist durch die Weimarer Verfassung in seinen Grundsätzen geregelt . . . Jede konkordäre Vereinbarung auf diesem Gebiet ist für die Deutsche Demokratische Partei unannehmbar, selbst dann, wenn sie nur eine Bestätigung der Verfassungsbestimmung enthielte, weil jede solche Vereinbarung mit der Hoheit des Staates über das Bildungswesen unvereinbar ist und den konfessionellen Frieden gefährdet."

Die Deutsche Volkspartei gilt als nicht besonders konkordatsfreundlich. Auf der Kulturtagung vom November 1925 erklärte sie die Form des Konkordats für Verträge zwischen Staat und Kirche als untragbar. Im April 1927 lehnte sie nur noch den Abschluß eines Konkordats, das auf das Schulgebiet übergreift, entschieden ab.

Die Deutschnationalen würden — falls sie nicht in der Opposition ständen — zu Konkordatsabschlüssen bereit sein. Ihre Genossen in Bayern haben den Beweis dafür erbracht. — Die Kommunisten haben im Landtage zwei Anträge eingebracht, worin sie die sofortige Einstellung der Konkordatsverhandlungen fordern.

Umschau

Das Ende des Küstereistreites in Reelkirchen.

Es dürfte noch in Erinnerung sein, daß das Lippische Landgericht in Detmold Ende 1925 in dem Rechtsstreit Kirchengemeinde Reelkirchen gegen den Kollegen Wiemann daselbst letzterem gegenüber ein abschlägiges Urteil gefällt hat. Da in der Urteilsbegründung auf die Frage: Wem gehört das Küstereiland? eingegangen war, hatte dieser Rechtsstreit und vor allem sein Ausgang allgemeines Interesse. Es sei daran erinnert, daß vom Landgericht der Standpunkt vertreten wurde, Küstereibesitz sei Kircheneigentum. Demgegenüber ist das Urteil des ersten Zivilsenats des Preußischen Oberlandesgerichts in Celle von Bedeutung. Wir geben deshalb das Urteil von Celle hier wieder.

Das Urteil.

„Die Berufung des Beklagten gegen das am 25. November 1925 verkündete Urteil der 2. Zivilkammer des Lippischen Landgerichts in Detmold wird auf Kosten des Beklagten zurückverwiesen.

Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar. Der Beklagte kann die vorläufige Vollstreckung abwenden, wenn er in Höhe von 2000 RM. Sicherheit leistet."

Tatbestand.

Gegen das bezeichnete Urteil hat der Beklagte Berufung eingelegt und beantragt:

die Klage abzuweisen,

eventuell ihm Vollstreckungsnachlaß zu gewähren.

Dagegen hat die Klägerin beantragt:

die Berufung zurückzuweisen.

Der Senat hat die Verhandlung beschränkt auf die Frage, ob der Beklagte unbeschadet der Eigentumsfrage an den streitigen Grundstücken zu deren Herausgabe an die Klägerin verpflichtet ist. Mit dieser Beschränkung haben die Parteien den Inhalt des angefochtenen Urteils und der in ihm angeführten Teile der Akten und Beiakten vorgetragen, desgleichen den Inhalt ihrer Schriftsätze vom 20. Februar, 7. Mai, 27. September und 18. Dezember 1926, 20. und 22. Mai und 4. Juli 1927 nebst deren Anlagen und die Erklärungen des Beklagten an die Oberschulbehörde in Detmold, die er in Abschrift zum Protokolle vom 7. Juli 1927 hat überreichen lassen (Bl. 125 bis 127, 138 bis 141 (Ziff 6 und 7), 149, 150, 152, 153 (zu Seite 1 und zu 6 und 7), 158, 159 (Ziff. 1 und 2), 163 (Ziffer 6 und 7), 165 (Ziffer 10), 186 und 187 d. A.). Auf alle diese Aktenteile wird hier verwiesen.

Entscheidungsgründe.

Die Berufung mußte zurückgewiesen werden, ohne daß auf die Frage eingegangen zu werden brauchte, wem das Küstereiland in

Reelkirchen zur Zeit gehört, ob der Kirchengemeinde oder dem Schulverbande oder beiden gemeinsam.

Mit Wirkung vom 1. November 1922 war durch Verfügung des Landespräsidiums die Verbindung der Lehrer- und Küsterstelle in Reelkirchen, wie sie bis dahin bestanden hatte, gelöst worden. Zum 1. November 1922 war der Beklagte zunächst nur als Lehrer nach Reelkirchen berufen worden. In besonderen Verhandlungen mit dem Vorsitzenden des Kirchenvorstandes dann der Klägerin im September und Oktober 1922 hat der Beklagte der Klägerin gegenüber die Verpflichtung übernommen, den Organistendienst in der Kirche zu Reelkirchen auszuüben, der bisher zu den höheren Küsterdiensten gehört hatte und von dem Küster-Lehrer dort versehen worden war. In dem Schreiben von Ende September (oder 4. Oktober) 1922, in dem der Vorsitzende des Kirchenvorstandes der Klägerin bei dem Beklagten angefragt hatte, ob er bereit sei, die höheren Küsterdienste zu übernehmen, waren auf der Rückseite die Einkünfte der Küsterei angeführt worden, darunter auch die Nutzung der jetzt streitigen Ländereien. Alles dieses ist unter den Parteien unstreitig.

Danach kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Klägerin es gewesen ist, die dem Beklagten u. a. die Nutzung der streitigen Ländereien als Entgelt für die Organistentätigkeit angeboten hat. Anders konnte der Beklagte es füglich nicht verstehen, wenn die Klägerin ihm auf der Rückseite der Anfrage nach seiner Bereitwilligkeit zur Uebernahme der höheren Küsterdienste die Einkünfte der Küsterstelle mitteilen ließ. Deswegen ist die Feststellung des Landgerichts gerechtfertigt, daß zwischen den Parteien ein Vertrag des Inhaltes zustande gekommen sei, daß der Beklagte sich der Klägerin gegenüber zur Leistung der Organistendienste verpflichtete und diese ihm dafür als Entgelt u. a. die Nutzung der streitigen Ländereien überließ. Diesen Feststellungen gegenüber ist es gleichgültig, welche Ansicht der Beklagte damals von der rechtlichen Stellung der Klägerin zum Küstereivermögen einnahm, auf Grund welcher Erwägungen und in welcher Weise der damals abgehende Oberlehrer Schöning ihm die streitigen Ländereien eingeräumt und eine Meliorationsrechnung zur Bezahlung vorgelegt hat und ob diese Ländereien überhaupt der Klägerin gehörten oder wenigstens ihrer Verfügungsbefugnis unterstanden. Jedenfalls hat der Beklagte die Ländereien zum Besitz erhalten lediglich auf die erwähnten Verhandlungen mit der Klägerin hin und in Ausführung der bei diesen Verhandlungen mit der Klägerin getroffenen Abmachungen. Darüber ist sich bei allen Zweifeln, die über die Eigentumsverhältnisse an den streitigen Grundstücken gehabt haben mag, auch der Beklagte nicht im Unklaren gewesen. Das ergeben zweifelsfrei seine verschiedenen im Prozesse hierüber abgegebenen Erklärungen. Er hat den Besitz der streitigen Grundstücke also erlangt lediglich auf Grund und in Ausführung eines Vertrages, den er mit der Klägerin abgeschlossen hatte. An der Rechtswirksamkeit dieses Vertrages ist aus den vom Landgericht angeführten Gründen nicht zu zweifeln. Deshalb ist der Beklagte auch verpflichtet, nachdem dieser Vertrag inzwischen unstreitig sein Ende gefunden hat, die Grundstücke der Klägerin zurückzugeben. Deshalb kann der Streit über die Frage, wem die streitigen Ländereien gehören, die Verpflichtung des Beklagten, sie nach Beendigung des Vertragsverhältnisses mit der Klägerin an diese wieder zurückzugeben, von der er sie auf Grund des Vertrages erhalten hat, nicht berühren. Daher braucht die Frage, wem das Eigentum an den streitigen Ländereien zusteht, hier nicht weiter erörtert zu werden. Vielmehr war schon auf Grund der vorstehenden Ausführungen der Entscheidung des Landgerichts beizupflichten, die dahin ergangen ist, daß der Beklagte die streitigen Grundstücke an die Klägerin zurückgeben muß.

Demgemäß war unter Anwendung der Paragr. 97, 708 Ziff. 7, 713 Z. P. O. zu erkennen, wie geschehen.

Der Religionsunterrichts-Beirat in Hannover.

In den letzten Wochen sind in der Provinz Hannover von Kirche und Lehrerschaft wichtige Entscheidungen getroffen worden, die von mehr als lokaler Bedeutung sind. Das Kirchenregiment hatte schon im April 1927 kundgegeben, daß es entschlossen sei, dem Schwebezustand ein Ende zu bereiten, während dessen es — seit 1918 — auf eine feste Bindung und örtliche Beaufsichtigung des Religionsunterrichts verzichtet hatte. Der Zeitpunkt sei gekommen, die alten „Rechte" wieder auszuüben. Die Religionslehrerschaft aller Schulgattungen unterbreitete im Mai 1928 dem Landeskirchentag ein Protestschreiben, dessen Kerngedanke ist: „. . . Wenn der Religionsunterricht im Mittelpunkt des erziehenden Gesamtunterrichts stehen soll, darf er nicht durch kirchliche Ansprüche auf Lehrpläne und Lehrstoff, die ihm als Gesetz auferlegt werden, aus dem Rahmen des gesamten Unterrichts herausgenommen, insbesondere nicht durch eine „Einsichtnahme", die wie eine mißtrauische Kontrolle der Lehrerkorrektheit wirken muß, belastet werden. Damit würde die unerläßliche Voraussetzung eines segensreichen Religionsunterrichtes, die innere Freudigkeit des Lehrers sowie das Zutrauen der Kinder und der Eltern zu seiner Aufrichtigkeit unheilbar gekränkt werden."

Zwar erhoben sich auf dem Landeskirchentag (Synode) einige Stimmen zur Verteidigung evangelischer Freiheit; aber das Landeskirchenamt siegte. Es hatte bereits Verhandlungen über seine Forderungen mit dem Staate eingeleitet, und so blieb wohl der „Vertretung des Kirchenvolkes" nichts anderes übrig, als nachträglich die Schritte der obersten Behörde gutzuheißen. Der Berichterstatter Pastor Dr. Prenzler nannte das Recht der Einsichtnahme „eine bescheidene Forderung", von der die Kirche „auf Grund schmerzlicher Erfahrungen" nicht abgehen könne. Derselbe Pastor Dr. Prenzler verwarf im gleichen Atemzuge die Kontrolle der eigenen Kollegen, indem er erklärte: „Der Konfirmandenunterricht ist das eine kleine Gebiet, wo der Pastor noch allein sein darf, und das möge man ihm doch lassen!"

Die Einsichtnahme soll künftig eine „laufende" und eine „gelegentliche" sein. Jene soll von den mit kirchlichem Auftrage zu versehenden (!) evangelisch-lutherischen Schulaufsichtsbeamten wahrgenommen werden, diese dürfte dem Generalsuperintendenten zufallen. Der kirchliche Auftrag an den staatlichen Schulinspektor begreift in sich, daß dieser seinen Bericht der staatlichen Behörde in doppelter Ausfertigung einreicht; ein Bericht muß dem Landeskirchenamt weitergegeben werden.

Als Einräumung der Lehrerschaft gegenüber betrachtet die Kirche den „Religionsunterrichts-Beirat", dem folgende Aufgaben zugedacht sind: „1. Er kann Gutachten über Fragen des Religionsunterrichts abgeben; 2. ihm liegt die Prüfung der Lehrbücher ob; 3. er gibt ein Gutachten ab, wenn in einem Falle festzustellen ist, ob der Religionsunterricht bekenntnisgemäß ist; 4. er wirkt mit bei den Prüfungen für Religionslehrer und bei der kirchlichen Einsichtnahme."

Zusammengesetzt ist der Religionsunterrichts-Beirat aus 4 Generalsuperintendenten, 1 Mitglied des Landeskirchenamts, 2 Geistlichen, 1 Mitglied der theologischen Fakultät in Göttingen und 7 Religionslehrern. Von diesen sollen die Religionslehrer der verschiedenen Schularten aber nur 5 selbst wählen, 2 will das Kirchenregiment „berufen". (Vielleicht begnügt es sich mit einem.) Die Mehrheitsverhältnisse sind danach ohne weiteres klar. Allerdings ist bei Entscheidung der Frage, ob der Religionsunterricht in einem besonderen Falle bekenntnisgemäß ist, eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Die Kirche sagt mit allem klipp und klar: Der Religionsunterricht ist meine Angelegenheit; über Lehrpläne und Lehrbücher entscheiden meine Organe; und wenn gnädigerweise die Religionslehrerschaft beteiligt wird, so in meinem Religionsunterrichts-Beirat. Die Lehrerschaft hält entgegen: Der Religionsunterricht ist wie der sonstige erziehende Unterricht eine Angelegenheit des Staates, und wenn Beiräte schon sein müssen, dann nur als staatliche Körperschaft.

Der Hannoversche Provinzial-Lehrerverein wurde zunächst von der Kirche nicht als Verhandlungspartner anerkannt. Er könne „als eine Vertretung der Religionslehrerschaft kaum angesehen werden, da er auch Vertreter der weltlichen Schule und, wenn wir recht berichtet sind, dissidentische Lehrer umfaßt." (Schreiben des Landeskirchenamts vom 23. März 1928.) Schließlich hat man ihn doch zu Besprechungen eingeladen. Auf seiner Vertreterversammlung Anfang Oktober 1928 hat er einstimmig eine Protestentschließung angenommen, die das Grundsätzliche wie die Forderungen bezüglich des Beirats scharf zum Ausdruck bringt. Sie betont andererseits, daß die Lehrerschaft bereit sei, „vertrauensvoll mit der Kirche in Fragen des Religionsunterrichts zusammenzuarbeiten, wenn auch die Kirche unserer Arbeit im Religionsunterricht rückhaltloses und vollstes Vertrauen entgegenbringt und auf rechtliche Sicherungen gegenüber dem Religionslehrer verzichtet . . ."

Nach den Erfahrungen in Hannover erscheint uns als die eindrucksvollere Konsequenz, von dem verfassungsmäßigen Rechte der Niederlegung des Religionsunterrichts Gebrauch zu machen. Die Kirche möge Konfessionsunterricht selbst geben! Die deutschen Landeskirchen — das Hannoversche Landeskirchenamt versichert, daß es sich mit ihnen in einer Front weiß — werden nicht durch Entschließungen gewandelt, sondern nur durch die Tat.

(Leipziger Lehrerzeitung Nr. 34.)

Ueber die kirchliche Einsichtnahme in den Religionsunterricht.

Der geschäftsführende Direktor des Verbandes Deutscher evangelischer Lehrer- und Lehrerinnen-Vereine, Rektor a. D. Grünweller

*) Durch einen zwischen Schul- und Kirchengemeinde abgeschlossenen und rechtsgültigen Vergleich ist in Reelkirchen der Streit um die Vermögenswerte der früheren Küsterei friedlich geschlichtet worden. Wir haben absichtlich mit der Veröffentlichung dieses Ergebnisses von Celle bis dahin gewartet und geben der Hoffnung Ausdruck, daß auch in anderen Gemeinden im Wege des Vergleichs baldmöglichst eine friedliche Lösung gefunden werden möge.

schreibt in Nr. 43 der „Deutschen Lehrerzeitung" u. a.: „Ich betrachte das von der evangelischen Kirche erstrebte Einsichtsrecht als sachlich völlig zwecklos, als schärfste grundsätzliche Verneinung der einheitlichen evangelischen Erziehungsschule, als die erneute Verschärfung des verhängnisvollen Gegensatzes zwischen zwei Ständen, die wie keine anderen auf dem Gebiete der Jugend- und Volkserziehung aufeinander angewiesen sind, und darum als ein Unglück für Schule, Kirche und Volksgemeinschaft. Ich werde darum folgerichtig stets ein kirchenamtliches Kontrollrecht, wie man es auch nennen mag, über den Träger des Religionsunterrichts in der Schule, den Lehrer, aus den Gründen, die ich tausendfach in Wort und Schrift entwickelt habe, mit aller Entschiedenheit um des Gewissens willen ablehnen. Hier gibt es für mich kein Wanken, kein Schwanken, keine Kompromisse, sondern nur ein klares Nein." Diese Worte schreibt Grünweller, der sonst der Kirche in allen Schulfragen mit ausgestreckten Armen entgegenkommt in einer Auseinandersetzung mit dem Stadtschulrat Adams, dem bisherigen Vorsitzenden des Verbandes, der mit dieser Stellungnahme nicht übereinstimmt. Wenn aber schon ein Mann wie Grünweller in der Frage der Einsichtnahme in den evangelischen Religionsunterricht eine so entschiedene Sprache führt, dann bleiben wohl nur noch sehr wenige Lehrer übrig, die einen Standpunkt einnehmen, wie ihn das Zentrum und die Deutschnationalen im Bildungsausschuß des Reichstages vertreten haben. Und von den Geistlichen sollte man dasselbe denken, und von den Eltern erst recht.

Aus dem deutschen Beamtenbunde.

Der Bundestag vom 24.—26. Oktober in Berlin befaßte sich u. a. auch mit der Frage: Verhältnis des D. B. B. zum Deutschen Beamtenwirtschaftsbunde. Es wurde folgende Neuregelung beschlossen:

„Unbeschadet des verfassungsmäßigen Rechts der Beamten auf wirtschaftliche Selbsthilfe hält der Deutsche Beamtenbund eine klare Abgrenzung der Arbeitsgebiete des Deutschen Beamtenbundes und des Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes in der Weise für notwendig, daß der DBB. die gewerkschaftliche Interessenvertretung der deutschen Beamtenschaft ist, während die wirtschaftspraktischen Aufgaben verantwortlich vom Deutschen Beamten-Wirtschaftsbund zu erfüllen sind.

Zur Durchführung dieser Abgrenzung wird der DBB. seine Vertreter im Deutschen Beamten-Wirtschaftsbund anweisen, beim Deutschen Beamten-Wirtschaftsbund sich für folgende Grundsätze einzusetzen:

1. Die Satzung des Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes ist dahin umzubauen, daß das Schwergewicht in seinen Organen auf die Wirtschaftseinrichtungen des Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes fällt.
2. Der Vorsitz im Deutschen Beamten-Wirtschaftsbund wird vom Deutschen Beamten-Wirtschaftsbund selbst gewählt und besoldet.
3. Soweit an den Körperschaften des Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes, seinen Anstalten und Wirtschaftseinrichtungen Persönlichkeiten, die im DBB. tätig sind, teilnehmen, sind sie hierbei nicht Beauftragte des DBB.
4. Die Mitgliedschaft und Beitragszahlung des DBB. zum Deutschen Beamten-Wirtschaftsbund hören auf.
5. Der Deutsche Beamtenbund und die Kartelle des DBB. werden auf wirtschaftspraktischem Gebiet keinerlei neue Verträge abschließen und zulassen, sondern dieses Gebiet ausschließlich dem hierfür allein zuständigen verantwortlichen Beamtenwirtschaftsbund überlassen.
6. Der Deutsche Beamten-Wirtschaftsbund wird bei seiner wirtschaftspraktischen Betätigung auf die standespolitischen Erfordernisse des DBB. die nötige Rücksicht nehmen.
7. Die Einhaltung der Ziffern 5 und 6 soll durch ein freundschaftliches Verhältnis zwischen den beiderseitigen Leitungen sichergestellt werden.
8. Der DBB. empfiehlt seinen Vertretern die Zustimmung zu den im Deutschen Beamten-Wirtschaftsbund geplanten personellen Veränderungen. Er ist bereit, der Aenderung bezw. der Aufhebung bestehender Personalverträge zuzustimmen, soweit das hierzu erforderlich ist.

Der DBB. hält den Wunsch des Beamtenwirtschaftsbundes nach einem selbständigen Unterbau für sachlich gerechtfertigt. Er erachtet es aber für notwendig, sicherzustellen, daß in der praktischen Betätigung der beiden Bünde, sowohl in ihrer Leitung wie in ihren Untergliederungen, die Arbeitsgebiete nicht verwischt werden, und daß durch die wirtschaftspraktische Tätigkeit nicht in die gewerkschaftliche Standesarbeit den DBB. eingegriffen wird."

Ein weiterer Beschluß bestimmt: „Die im Dienste des DBB. angestellten leitenden Bundesbeamten können Aemter (Aufsichtsratsposten) in den Beamtenwirtschaftseinrichtungen nur mit Genehmigung der Bundesleitung übernehmen."

Angenommen wurde der Antrag des Deutschen Lehrervereins: „Alljährlich ist eine übersichtliche Aufstellung des Haushalts und der Kassenverhältnisse vorzunehmen und den Mitgliedern zugänglich zu machen."

Abgelehnt wurde jedoch der Antrag des Deutschen Lehrervereins: „Die Aufwandsentschädigungen neben regelmäßigen Gehaltszahlungen sind grundsätzlich zu beseitigen." Es handelt sich hier um die Aufwandsentschädigungen an die im Dienste des Deutschen Beamtenbundes stehenden und von ihm besoldeten Personen. Die Ablehnung erfolgt mit 186 : 145.

Kultusminister Becker über die Erziehung zur Republik.

Gelegentlich der Landtagsdebatte über die in der September-Nummer der Lipp. Schulzeitung mitgeteilten Vorgänge am Werner Siemens-Realgymnasium in Berlin machte Kultusminister Becker nach der „Frankfurter Zeitung" folgende Ausführungen:

„Wir wollen nicht die Politik in die Schule tragen, aber wir wollen in der Schule die Schüler erziehen zu vaterlandstreuen Bürgern. Unser deutsches Vaterland ist die Republik! Es gibt kein anderes Vaterland für uns als die deutsche Republik, und zu ihr werden unsere Schüler erzogen. Mit dem Kaisersgeburtstagsredner von 1916 haben Sie schon genug Mißbrauch getrieben. Ich habe die erwähnte Rede gehalten im Jahre 1916 als noch weite Kreise der Demokratie und der Sozialdemokratie in der Monarchie die richtige Staatsform für uns sahen. Was wir dann bis vor einem Jahrzehnt erlebt haben, mußte in dieser Auffassung wankend machen. Wer einen derartigen Zusammenbruch der Monarchie mit erlebt hat, ohne daraus zu lernen, der kann mir leid tun. Es zeugt von wenig Verstandesstärke, wenn man nicht sieht, daß die Monarchie zusammengebrochen ist und für das deutsche Volk nichts mehr zu bedeuten hat. Solange ich an dieser Stelle stehe, können Sie sich darauf verlassen, daß ich dafür sorgen werde, daß die deutsche Jugend im republikanischen Gedanken und zum republikanischen Staat erzogen wird." Der Minister wurde häufig durch die rechte Seite des Hauses lärmend unterbrochen.

Aus dem Vereinsleben

Bericht über die erweiterte Vorstandssitzung am 3. Oktober in Detmold.

Im Bericht des Vorsitzenden wird Mitteilung gemacht über die dem L. B. B. zugeleiteten Wünsche zum nächstjährigen Staatshaushaltsplan. Es wird hingewiesen auf den Bundestag des L. B. B. — Es wird Mitteilung gemacht über eine Besprechung mit den Schulleitern. Bei der Gelegenheit wird festgestellt, daß die von den Schulleitern entworfene Dienstanweisung rein einem praktischen Bedürfnis entsprechen soll, daß sie in Anlehnung an die Ordnungen in anderen Ländern verfaßt worden ist und den Instanzen des L. L. B. weitergeleitet werden soll. — Es wird berichtet über die Neuregelung der Geschäftsführung im L. L. B. Die vom G. A. vorgeschlagene Entschädigung für den Verwalter der Geschäftsstelle wird bewilligt.

Vom Schulbücherausschuß werden folgende Forderungen zur Frage der Durchführung der Lernmittelbelieferung erhoben: Es wird festgehalten an der Forderung der Lernmittelfreiheit; es wird gefordert eine ausreichende Belieferung der Schulen; weil dazu im kommenden Jahre die bisherige Summe nicht ausreicht, muß sie erhöht werden; das seit 2 Jahren eingeführte Antragsverfahren möge fallen; alle Kollegien sollen dringend gebeten werden, nicht über den tatsächlichen Gebrauch hinaus zu bestellen; es ist gegebenenfalls eine Höchstausgabeziffer zu errechnen. — Der Vorstand tritt den Vorschlägen des Ausschusses bei und beauftragt, den G. A. und den Lernmittelausschuß, weitere Schritte zu unternehmen.

Von dem besonderen Ausschuß werden zur Frage der örtlichen Schulverwaltung Richtlinien vorgelegt (s. u.).

Es wird besprochen der auf der Hauptversammlung dem Vorstande überwiesene Antrag Noltemeier. Die Forderung der Uebernahme der bisher von den Städten besoldeten Lehrer auf den Staat soll gemeinsam mit der Frage der örtlichen Schulverwaltung weiter behandelt werden. Auf jeden Fall soll bis zur Neuregelung ein Abbau dieser Stellen verhindert werden. Die andere Forderung der Festsetzung einer Normal-Schülerzahl statt einer Höchstschülerzahl soll im Rahmen unserer Vorarbeiten zu einem neuen V. S. G. behandelt werden.

Der Antrag der Schulleiter, Zulagen betr., wird zurückgestellt, bis die Broschüre des D. L. V. zur Lehrerbesoldung in den einzelnen Ländern vorliegt.

Es wird mitgeteilt, daß in der Versammlung des Bezirksvereins Detmold der Vorwurf der parteipolitischen Einseitigkeit gegen die Schriftleitung der „Lipp. Schulzeitung" erhoben worden

sei. Vom Schriftleiter wird Aufklärung über die einzelnen, den Vorwürfen zugrundeliegenden Punkte gegeben und nach eingehender Aussprache festgestellt, daß die in der Zeitung vertretenen Auffassungen in keinerlei Gegensatz zu den im Schulprogramm des D. L. V. niedergelegten Grundsätzen stehen.

Die auf der Hauptversammlung angenommenen Leitsätze zum Thema „Ausbau der Volksschule" werden noch einmal durchgesprochen und dem neuzubildenden schulpolitischen Ausschuß mit der besonderen Aufgabe überwiesen, die Grundsätze bei den Vorarbeiten zu einem neuen V. S. G. zu berücksichtigen.

Den Bezirksvereinen wird die Behandlung der Verbandsaufgaben des D. L. V. empfohlen. Für die Osterferien wird eine Hauptversammlung vorgesehen und die Behandlung eines der beiden Themen ins Auge gefaßt.

Die Frage der Neuordnung der zweiten Lehrerprüfung und der Lehrerfortbildung wird zurückgestellt.

Unter „Verschiedenes" wird die Frage des Fortbestandes der Witwenkasse zur Aussprache gestellt, Den Bezirksvereinen wird empfohlen, die Frage in ihren Versammlungen zu beraten.

Zur Frage der örtlichen Schulverwaltung.

(Richtlinien des Ausschusses.)

Bei der Neuregelung der örtlichen Schulverwaltung kommen zwei Punkte in Frage, nämlich die Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung der Schulgemeinden und die örtliche Verwaltungsreform.

I. Die Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung.

1. Die jetzige Art der Finanzierung der Schulgemeinden ist unhaltbar, da die zur Verfügung stehenden Mittel zu verschieden sind und einige Schulgemeinden über das zur Lösung ihrer Aufgaben erforderliche Minimum nicht verfügen.
2. Die Finanzierung durch die politischen Gemeinden ist nicht möglich, weil gerade da, wo sich die Schulgemeinden in einer Notlage befinden, auch die politischen Gemeinden nichts haben.
3. Die Finanzierung der Schulgemeinden ist daher auf eine breitere Grundlage zu stellen. Dabei erscheint folgende Regelung am zweckmäßigsten:
   a) Die Einkommensteuer wird nicht mehr durch die Aemter und Städte, sondern unmittelbar von der Regierung an die Schulgemeinden verteilt. Dies Verfahren setzt die Schulgemeinden früher in den Besitz der Steuer und bedeutet eine wesentliche Vereinfachung.
   b) Das Land erhebt die jetzt zulässigen Zuschläge zu den Realsteuern als Einheitssatz zu Schulzwecken und verteilt den Ertrag ebenfalls direkt an die Schulgemeinden.
   c) Aus dem Gesamtaufkommen wird jeder Schulgemeinde der zur Lösung ihrer Aufgaben und Deckung der laufenden Ausgaben erforderliche Betrag nach einem besonderen Schlüssel überwiesen.
   d) Der Verteilungsschlüssel darf nicht gesetzlich starr festgelegt werden, sondern muß beweglich bleiben. Die Schülerzahl allein bietet keinen geeigneten Schlüssel.
   e) Die Bauaufwendungen werden aus einer zu bildenden Hilfs- oder Baukasse bestritten.
   f) Die Frage, ob den Gemeinden, die eigene Lehrer angestellt haben, für deren Besoldung Sonderbeträge zu überweisen oder diese Lehrer vom Staate zu übernehmen sind, bedarf noch der besonderen Prüfung. Bis zur endgültigen Regelung darf aber ein Abbau dieser Stellen nicht erfolgen.
4. Die Finanzierung der Berufsschulen ist mit der der Schulgemeinden zu verbinden.

II. Die örtliche Verwaltungsreform.

1. Die in Lippe herrschenden Verhältnisse lassen die Uebertragung der örtlichen Schulverwaltung auf die politischen Körperschaften nicht zu. Es erscheint vielmehr notwendig, eine besondere örtliche Schulverwaltung, welcher über die Gelder selbständig zu verfügen hat, bestehen zu lassen. Der Schulgemeinde-Ausschuß kann aber wegfallen.
2. Die örtliche Schulverwaltung ist so zu gestalten, daß
   a) eine engere Verbindung mit den politischen Körperschaften möglich ist,
   b) die Verwaltung der Berufsschule von ihr mit übernommen werden kann,
   c) die Vereinigung und Verbindung mehrerer Schulsysteme angebahnt und dadurch eine bessere Gliederung der Schulen und der Aufbau gehobener Klassen erleichtert wird.

F. Kuhlemeier.

Arbeitsgemeinschaft für Jugendwohlfahrt.

Sitzung am 1. Dezember, nachm. 3½ Uhr, im Hotel Kaiserhof, Detmold. Vortrag Mellies: Verordnung, betr. Schutz der Pflegekinder. Alle Kollegen und Kolleginnen, die Mitglieder der Bezirks-Jugendämter bezw. der Ortsausschüsse sind, werden gebeten, an der Sitzung teilzunehmen. Röhr.

Beitragszahlung zum L. L. V. für 1928.

Für die Kasse des L. L. V. wird von jedem Mitgliede monatlich 1 Mark Beitrag erhoben. Denjenigen Mitgliedern, die ihr Gehalt aus der Landkasse beziehen, wird der Beitrag in vierteljährlichen Raten von der Landkasse abgezogen. Diejenigen Kollegen, die ihr Gehalt nicht aus der Landkasse beziehen, haben den Beitrag für 1928 in einer Summe (12 Mark) in den nächsten Wochen zu entrichten. Die Kassierer der Bezirksvereine wollen dafür Sorge tragen, daß die Beiträge bis zum 15. Dezember 1928 auf das Konto des L. L.-V. bei der Landesbank in Detmold eingezahlt werden. In Frage kommen folgende Kollegen:

Detmold: Kampfranz, Wolf, Richter, Welle, Siekmann, Mesch, Schulz.
Lage: Junker, Büngener, Kuhlmann, Corsmeier, Frl. Ziebach.
Lemgo: Sauerländer, Fleege, Mertens, Wendiggensen, Grabbe, Kleesiek.
Salzuflen: Richter, Rehme, Müller, Humke.
Schötmar: Sasse.
Oerlinghausen: Husemann.
Horn: Rüggemeier.
Blomberg: Diek, Reese, Lampe.

H. Kesting, Rechnungsführer.

Verschiedenes

Stellenwechsel.

Brinkmann-Linderhofe nach Jerxen.
Hermsmeier-Krentruperhagen nach Linderhofe.
Korf-Bexten nach Krentruperhagen.
Lütchemeier-Pivitsheide nach Heidenoldendorf.
Spieker-Billerbeck nach Pivitsheide.
Büscher-Elbrinxen nach Billerbeck.
Fritzemeier-Heerserheide nach Elbrinxen.
Leßmeier nach Heerserheide (Vertretung.)
Nebelsiek-Asendorf nach Bexten.
Stork-Breitenheide nach Asendorf.
Stolle-Hörstmar nach Haustenbeck.
Lange-Haustenbeck nach Laubke.
Potthast-Laubke nach Hörstmar.
Frl. Knappmann-Hillentrup nach Wendlinghausen.
Frl. Hiddesen-Wendlinghausen nach Mosebeck.
Thielke-Heidelbeck nach Stemmen.
Gnade-Stemmen nach Heidelbeck.
Schlue-Schötmar nach Blomberg (Vertretung).

Schulwandbilder.

(Vom Vorsitzenden des Lipp. Künstlerbundes, Herrn Henckel, Horn, geht uns nachfolgendes Schreiben zu. Die Schriftleitung.)

Die in diesem Jahre erteilten Aufträge für Schulwandbilder sind zum großen Teil ausgeführt und die Werke bereits im Besitz der betreffenden Schulen, die übrigen Bilder werden demnächst beendet und dann ebenfalls sofort den Schulen zugehen. Da voraussichtlich auch im kommenden Jahre wieder eine Hilfe aus staatlichen Mitteln zur Verfügung gestellt wird, können schon jetzt neue Anträge auf verbilligte Schulwandbilder und Plastiken an den Vorsitzenden des Lippischen Künstlerbundes, Karl Henckel, Horn i. L., gerichtet werden. Es ist wünschenswert, daß diese Anträge frühzeitig gestellt werden, damit den Malern bei Anfertigung ihrer Studien zu den Bildern möglichst die ganze Jahreszeit zur Verfügung steht und hierfür nicht nur Sommer oder Herbst in Frage kommen. Die staatliche Beihilfe wird natürlich auch für die Plastik gewährt. Es ist deshalb von den Schulgemeinden zu erwägen, ob nicht auch plastischer Schmuck, der erzieherischen und bildenden Wert hat, in irgend einer Form, besonders bei Neu- und Umbauten von Schulgebäuden anzubringen wäre, wie z. B. Köpfe, Figuren und Ornamente in Relief und Rundplastik, künstlerische Brunnenanlagen u. a. Zu Rat und Tat ist der Künstlerbund gern bereit. Ferner sind auch noch Reliefs der Kreuzabnahme an den Externsteinen von der Bildhauerin Frl. M. Hasse zum Preise von 20 RM. zu haben.

Der erzieherische Wert der Originalkunstwerke in künstlerischer, kulturhistorischer und heimatkundlicher Beziehung für die Schulen ist längst erkannt und darüber des öfteren gesprochen und geschrieben, so daß es sich wohl erübrigt, hier nochmal darauf zurückzukommen.

Bestellungen auf „Natur und Kunst 1929".

Unter Hinweis auf die Notiz „Natur und Kunst 1929" in Nr. 9 der Lippischen Schulzeitung vom 15. 9. 1928 mache ich darauf aufmerksam, daß der Abreißkalender zu einem Vorzugspreise geliefert wird, wenn die Bestellung vom Vorstande des Pestalozzivereins geschieht. Da in diesem Falle für die Kasse des Pestalozzi-

vereins auch noch ein Betrag abfällt, so ist der Bezug des Kalenders auch aus diesem Grunde dringend zu empfehlen. Am zweckmäßigsten geschieht das auf folgende Weise: Die Schriftführer sammeln in den Bezirksvereinen die Bestellungen und schicken mir die Sammelliste zu. Ich besorge die Gesamtbestellung. Jeder Bezirksverein bekommt sodann seine Bestellung unter der Adresse des Schriftführers (wunschgemäß an den Ort der Bezirksversammlung) unter Beifügung der Sammelliste zugeschickt. Vermittelst Postanweisung wird der Rechnungsbetrag an meine Adresse gesandt. — Es dürfte sich sehr empfehlen, auch ein Exemplar des Kalenders für das Schulzimmer auf Kosten der Schulkasse zu bestellen.

Heidenoldendorf. Schlütsmeier.

An der Wiege des Deutschen Lehrervereins.

Wenn der Deutsche Lehrerverein Pfingsten nächsten Jahres nach Dresden geht, so wird er gleichsam wieder zu seinem Anfange zurückgeführt: er ist am 5. August 1848 auf der zweiten Sächsischen Lehrerversammlung in der Waisenhauskirche zu Dresden ins Leben gerufen worden. Gewiß: er ging nach drei Jahren unter dem Druck der politischen Verhältnisse als Verein wieder ein, aber seine Versammlungen blieben, sie wurden fast ohne Unterbrechung in jedem Jahre abgehalten und vereinigten sich 1893 mit den Lehrertagen des inzwischen neu entstandenen Deutschen Lehrervereins. Die 1848 gegründete Zeitung des Deutschen Lehrervereins behauptete sich durch alle Jahre hindurch. So kann man wohl sagen: der Deutsche Lehrerverein greift bis 1848 zurück.

Er ist ein Kind der freiheitlichen Bewegung dieser Zeit. Als alles zur Vereinigung strebte, taten auch die Lehrer, und von den mancherlei Versuchen, die bis an die Wende des Jahrhunderts zurückreichen und besonders lebhaft wurden nach Befreiungskrieg und Revolution, glückte der in Mitteldeutschland. Diesterweg, eigentlich die Seele der deutschen Lehrervereinsbewegung, stand der Gründung in Dresden persönlich fern, wenn er auch nicht ganz unbeteiligt war. Von Schlesien her wirkten Wander und Scholz, in Sachsen der Schriftleiter der Sächsischen Schulzeitung Julius Kell in Leipzig, von den Dresdnern Gymnasialoberlehrer Dr. Köchly, Schuldirektor Berthelt, Seminardirektor Steglich und die Lehrer Zschetzsche und Lansky. Die sächsischen Lehrer hatten auf ihrer ersten Versammlung im Frühjahr 1848 in Leipzig ein großes Schulprogramm unter besonderer Beteiligung Kells aufzustellen begonnen. Es wurde auf der zweiten Versammlung im Sommer in Dresden vor 900 Teilnehmern zu Ende behandelt, und aus dieser Versammlung heraus wuchs der Deutsche Lehrerverein. Begründet wurde der Gedanke von Köchly, förmlich beantragt wurde die Grüdung von Kell, und Wander warb mit seinem zündenden Aufruf an Deutschlands Lehrer. Die Leitung des Vereins kam nach Dresden. Den einstweiligen Vorstand bildete Berthelt, Köchly, Lansky, Steglich und Zschetzsche. Lehrer aller Schulen, wirklich vom Kindergarten bis zur Hochschule hatten sich um einer einheitlichen, großen Volksschule willen vereinigt. Sie standen auch sonst im Reiche überall in einer Reihe, ja die Führer und Sprecher waren die Lehrer der höheren Schule, und in der Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt traten für die Grundrechte der Schule in allererster Linie die Hochschullehrer ein: Uhland, Friedrich Theodor Vischer und Roßmäßler. Den werdenden Volksstaat wollte man durch eine allgemeine Volksbildung sicher gründen; den großen Freiheiten große Pflichten an die Seite stellen. Ein Idealismus sondergleichen beherrschte die führenden Geister. Die Nationalerziehung Fichtes wurde wieder lebendig. Die Volksschule sollte aus ihren engen kirchlichen Banden erlöst werden. Grundrechte sollten jedem Deutschen zustehn. Der hohe Geist der Paulskirche waltete auch in der Dresdner Waisenhauskirche, und die letzten Worte aus Wanders Aufruf waren das Bekenntnis aller: Laßt uns als Brüder arbeiten an dem großen Werke, an der Bildung des deutschen Volkes.

Dieser Zeiten und dieser Männer will sich der Deutsche Lehrerverein Pfingsten 1929 in Dresden erinnern. Er wird seinen Anfang sehen: aus einer großen in wirklichem Sinne nationalen Bewegung, an deren Spitze die Besten der Zeit standen, ist er hervorgegangen. Und was damals der Anfang war, das ist seine Ueberlieferung geworden, das hat er sich erhalten durch 81 Jahre hindurch und das ist heute noch der Inhalt seines Lebens: der Volksgemeinschaft zu dienen und dem Staate eine wohleingerichtete, gesellschaftlich gerechte Schule mit schaffen zu helfen.

Dresden freut sich, den Deutschen Lehrerverein bei sich begrüßen zu können zum ersten Male wieder seit seinem Bestehen. Keine andere Stadt kann ihn in dieser Weise empfangen. Mögen andere später noch mehr eingegriffen, mögen sie Bedeutendes für ihn geleistet haben, mögen sie ihn jetzt führen oder ihm auf irgendwelche Weise sonst wertvoll sein: Dresden schuf den Anfang, der Sächsische Lehrerverein gab mit seiner Versammlung den Rahmen und mit seinem Schulprogramm einen festen Grund, und der Pädagogische Verein stellte die Führer.

Der Dresdner Lehrerverein wird versuchen, die Gründungszeit wieder lebendig zu machen, nicht um eitel Geschichte zu treiben oder etwa eine für ihn ruhmvolle Zeit wieder wachzurufen: nein, um tief hineinblicken zu lassen in das Wesen und in die Lebenskräfte des Deutschen Lehrervereins, für Gegenwart und Zukunft zu lernen und vor allem der Jugend die große Vergangenheit und ihre Männer zu zeigen, allen voran einen Wilhelm Wander, der wir kaum einer die Lehrer zum Zusammenschluß führte.

Die Stadt Dresden hat in Aussicht gestellt, eine Straße nach Hermann Köchly zu nennen. Der Dresdner Lehrerverein wird in einer Festschrift die Gründungszeit darzustellen versuchen, angeregt durch einen, der mit seinem Leben selbst in der Zeit von 1848 wurzelt, mit den Männern von damals im Lehrerverein groß geworden ist, in ihrem Geiste und getreu der alten Ueberlieferung den Dresdner und den Sächsischen Lehrerverein selbst geführt und immerwieder auf die große Vergangenheit hingewiesen hat: Alfred Leuschke, den nun fast Vierundachtzigjährigen, der aber heute noch teilnimmt an allem, weil er so tief gegründet und sittlich so notwendig ist.

Reform des Berechtigungswesens.

Der Allgemeine Deutsche Lehrerinnenverein faßte in der Sitzung seines Gesamtvorstandes am 3. Oktober in Kassel eine Entschließung, in der u. a. folgendes gesagt wird:

In ernster Sorge um die immer mehr um sich greifende Zersplitterung des deutschen Schulwesens und die dem Sinne der Einheitsschule entgegenwirkende Tendenz eines übersteigerten Berechtigungswesens fordert der Allgemeine Deutsche Lehrerinnenverein, daß mit möglichster Beschleunigung ein Reichsgesetz geschaffen wird, das den Aufbau eines einheitlichen Schulwesens in den deutschen Ländern gewährleistet.

Es erscheint dringend geboten, dem Berechtigungswesen und den sich gegenseitig steigernden Anforderungen an die Zulassung zu den verschiedenen Berufs- und Verwaltungszweigen ein Halt zu gebieten.

Zu dem Zweck ist zu fordern, daß eine Konferenz von Vertretern der Lehrerschaft der verschiedenen Schulgattungen und der Elternschaft unter Hinzuziehung von Sachverständigen aus Wirtschaft und Verwaltung berufen werde, um die sachlich gebotene Bildungsanforderung für die Zulassung zu bestimmten Gebieten und Berufsgruppen festzulegen.

Zersplitterung der Lehrerbildung in Preußen.

In Preußen tobt der Kampf der Städte um die neuen Pädagogischen Akademien. Die preußische Lehrerschaft wünscht ihren Sitz in die Universitätsstädte. Es handelt sich dabei nicht nur um eine Ausbildungs- und Standesfrage der Volksschullehrerschaft, ja nicht einmal nur um die Zukunft der gesamten nationalen Volksbildung. Der Minister sagt selbst in seinem Werke: „Die Pädagogischen Akademien sollen sich zu wirklichen Mittelpunkten eines geistigen Lebens entwickeln, von dem ganze Landschaften neue geistige und seelische Impulse empfangen." Diese Forderung kann nur von Universitätsstädten erfüllt werden. Die bisherigen Akademien bestehen in Bonn (kath.)- Elbing und Kiel (ev.) und Frankfurt a. M. (simultan). Nun sollen am 1. April 1929 vier neue Akademien gegründet werden: Erfurt und Breslau (ev.), Köln und Trier (kath.) und Berlin (weltlich). Damit hat Preußen seine Lehrerbildung konfessionell zersplittert und zerschlägt dadurch auch die Einheit seiner Volksschule.

Zwei Pastorenworte.

Pfarrer Tribukait-Dortmund: „Bei uns ist an die Stelle des unfehlbaren Lehr- und Priesteramts der Kirche die Idee des allgemeinen Priestertums aller Gläubigen und in Verbindung damit der „Grundsatz" der evangelischen Freiheit getreten: „Der Geist wehet, wo er will." Wer unter dem Einfluß des Wortes Gottes steht, wer in Schlichtheit seinen ewigen Klängen lauscht und sie in Treue andern zu übermitteln strebt, der steht, ob nun in kirchlichem oder in weltlichem Amt, im Dienste der Kirche Christi und des Evangeliums. Da bedarf es nicht einer besonderen geistlichen Leitung und Aufsicht . . . .

Wer die evangelische Kirche lieb hat und sie in ihrer Reinheit und Eigenart, in ihrem Unterschied zum Katholizismus erhalten will, muß gegen das Recht der „Einsichtnahme" sein."

Pfarer Lic. Dr. Piechowski: „In dem Maße nun, wie der Wirkungsbereich der Kirche vom aufsteigenden Strome der Kultur zurückgedrängt und eingeeigt wird, nähert sich der Protestantismus dem Katholizismus. Hier wie dort fühlen sich die Hirten mit ihren Herden von den Wölfen der Kultur bedroht. Ja, sie verbinden sich für gleiche Zwecke zu gemeinsamem Tun. Beide stemmen sich zum Beispiel gegen den Schulfortschritt und kämpften noch vor kurzem wie die Löwen für den Keudellschen Reichsschulgesetzentwurf. Diese Stellungnahme der Kirche ist ein Beiweis dafür, daß die gegenwärtigen kirchlichen Machthaber das Vertrauen zu den siegenden Kräften ihrer Sache verloren haben. Es ist faul um die Sache der Kirche bestellt, wenn sie sich ihren Einfluß auf die Bevölkerung durch Reichsgesetze sicherstellen läßt. Erzwungener Einfluß ist der Tod aller wahren Religion."

Hans Sachs ohne mittlere Reife.

Die Dresdner Schuhmacherinnung hat bekanntlich letztens beschlossen, für ihre Lehrlinge die Obersekunda-Reife zu fordern. Der „Wahre Jakob" fügt dieser Meldung einige ironische Sätze an: „Die Innung beschloß ferner, vor den Schriften der bekannten Schuhmacher Hans Sachs und Jakob Böhme öffentlich zu warnen, da die mangelhafte Schulbildung dieser Autoren die Innung zu blamieren imstande sei. In gleicher Weise soll mit den Büchern des früheren Schuhmachers Knut Hamsun verfahren werden, da auch Hamsun das Zeugnis der Obersekunda-Reife nicht beizubringen vermag."

Franz Schubert.

Ein Lebensbild von Dr. Paul Bülow.
(Kranzbuch Nr. 161) in farbigem Umschlag ℳ —.40.
Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt a. M.

Der bekannte Musikschriftsteller Dr. Paul Bülow hat der Zusammenstellung dieses Büchleins seine ganze Liebe und Sorgfalt gewidmet und der Arbeit die Ergebnisse einer Wiener Studienreise zugute kommen lassen. Auf reich ausgemaltem kulturgeschichtlichem Grunde ruht das Lebensbild Franz Schuberts. Wo immer es möglich ist, kommer der Meister selbst oder Zeitgenossen zu Worte. Dabei sind die Ergebnisse der jüngsten Schubert-Forschung verwertet. So ist das Büchlein ein verläßlicher und anregender Führer durch das Leben des liebwerten Meisters schon für die reifere Jugend, aber auch noch für den Erwachsenen geworden.

Schreibers Beschäftigung- und Arbeitsbücher für Elternhaus und Schule.

Herausgegeben von Oberschulrat Max Brethfeld.
Verlag J. F. Schreiber, Eßlingen a. N. und München.

Im Rahmen dieser rühmlichst bekannten Sammlung sind eine ganze Anzahl weiterer Hefte in letzter Zeit herausgekommen. Es seien hier einige Neuerscheinungen genannt: Für die Werkgruppe Knaben im achten Schuljahre: Physikalische Apparate zum Selbstherstellen von Prof. Dr. Karl Elßner verfaßt. Nr. 56: „Vom Schwerpunkt und dem Gleichgewichte der Körper und allerlei vom Hebel." Nr. 59: Wagen zum Wiegen" von Prof. Karl Elßner. Nr. 62: „Rolle und Welle". Für die flugbegeisterten Jungens, Nr. 73: „Anleitung zum Bau freifliegender Flugzeugmodelle" von Ingenieur Hohm. Jedes Heft kostet RM. 1.40. Für die graphischen Techniken: Heft Nr. 74: „Wie druckt man mit Stempeln von Kork, Gummi und Kartoffeln" von Bruno Schmidt RM. 2.—. Bei Verwendung von Pappe in der Arbeitsschule: Nr. 76: „Papparbeiten" ein Lehrgang von Bruno Schmidt RM. 2.—. Und damit unsere Mädchen nicht zu kurz kommen Nr. 71: „Allerhand Geschenke zum Selbstherstellen für Weihnachten, Geburts- und Namenstage" Heft 2, von Käthe Schuppe RM. 1,60. Nr. 77: „Blumenwinden". Eine Werkarbeit in lebendem Material von F. Lindemann RM. 1.70.— Die hier gezeigten Techniken werden in ihrer überraschenden Ergiebigkeit sehr bald von der Schulstube ins Elternhaus hinüberwandern. Die Sammlung wird weiter ausgebaut. Ausführliches Verzeichnis versendet der Verlag J. F. Schreiber, Eßlingen a. N. und München gern auf Verlangen kostenlos.

Der Völkerbund, Ziele, Organisation und Tätigkeit. Von Dr. Albert Kruse. Mit einem Vorwort von Geh. Regierungs- und Ministerialrat Dr. Wilhelm Schellberg. Mk. 1.20. Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt a. M.

Veranlaßt durch den Ministerialerlaß vom Juni 1927, durch den die Behandlung des Völkerbundes in den oberen Klassen der Volksschulen, wie auch der anderen Schularten, verpflichtend wurde, erschien das hier angezeigte Buch von Kruse, zu dem Herr Ministerialrat Dr. Schellberg, als Mitglied des Sachverständigenausschusses „Sous Comité d' experts pour l' enseignement aux enfants et à la jeunesse de l'existence et des buts de la Société des Nations" das Vorwort schrieb. Es kann jedem, der sich über alle wichtigen, den Völkerbund betreffenden Fragen unterrichten will, empfohlen werden.

Jubiläumsschrift des Hessischen Lehrervereins.

Der Hessische Landes-Lehrerverein hat aus Anlaß seines 60-jährigen Bestehens ein Werk herausgebracht, das sich betitelt: Vom Werden und Wollen des Lehrerstandes in Hessen. Es behandelt neben der Entwicklung des Lehrerstandes auch die mit ihr verknüpften engeren Schulfragen des hessischen Landes. Die Festschrift, über 200 Seiten fassend, ist zum Preise von 3,50 ℳ ausschließlich Porto von der Geschäftsstelle des Vereins, Darmstadt, Sandstraße 8, zu beziehen. Allen, die sich für die Geschichte des deutschen Lehrerstandes und für die spezifischen Schulverhältnisse des Simultanschullandes Hessen interessieren, kann das Werk empfohlen werden.

Bunte Cizek-Friese. Das österreichische Jugendrotkreuz (Wien, I, Stubenring 1) hat zwei Friese (neunfarbige Steindrucke) aus der berühmten Jugendkunstklasse Professor Cizeks herausgegeben. Ein Paar dieser Friese (Größe 70 mal 24 cm) kostet (ohne Zustellung) Mk. 1.—. Porto und Verpackungskosten (Rollen) für 1 bis 5 Paar Friese Mk. 0.60.

Oesterr. Jugendrotkreuz-Zeitschrift, Wien, I, Stubenring 1.
Das Novemberheft (Republik-Nummer) ist dem Staatsfeiertag gewidmet und enthält Beiträge von Foerster, Anastasius Grün, Jahn, Kant, Lersch, Oberkofler, Schneller, Steiger und mehrere (zum Teil farbige) Bilder von Dier, Egger-Lienz, Michl, Lili Rethi, Zairis und aus der Jugendkunstklasse Professor Cizeks.

Der Jahresbezug (September 1928 bis einschließlich Juni 1929, 10 Hefte) ist Mk. 1,40. Beim Bezug von mindestens 20 Jahrgängen stellt sich der einzelne Jahrgang auf Mk. 1,30. Reichsdeutsche Bezieher können zu denselben Bedingungen von April 1928 bis einschließlich Februar 1929 bezehen oder von Mai 1928 bis einschließlich März 1929. (In jedem Fall 10 Hefte.) Das Einzelheft kostet 15 Pfennig. Postscheck-Konto München 59 537, Skadtgiro-Konto Dresden 62 278.

Carl Stock, Lemgo
Inh. **Ernst Adams**
Fernspr. 26 Neues Tor 30
◆
Kolonial- und Delikateßwaren,
Weine, Spirituosen,
Waffen, Munition u. Angelgeräte

Sprachkunde für Volksschulen
Ein Arbeitsbuch für Schüler
Von W. Hopff und K. Willeke
Ausgabe A für fünf- bis achtklassige Schulen. 5 Hefte
Heft 1 (3. Schuljahr.) RM. —.55; Heft 2 (4. Schuljahr.) RM. —.55; Heft 3 (5. Schuljahr.) RM. —.55; Heft 4 (6. Schuljahr.) RM. —.60; Heft 5 (7. u. 8. Schuljahr.) RM. —.90
Ausgabe B für drei- bis vierklassige Schulen. 2 Hefte
Heft 1 (für die Grundschule.) RM. —.80; Heft 2 (für das 5. bis 8. Schuljahr)
Ausgabe C für ein- und zweiklassige Schulen.
1. Heft (Im Druck).
Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt a. M.

Schaffsteins Blaue u. Grüne Bändchen
Neues Stoffgruppen- und neues Klassen-Verzeichnis
Stark verringerte Preise der
„Jugend- u. Volksbücher"
dazu neues Sonderverzeichnis für Schul- u. Volksbüchereien
Zum preußischen Ministerialerlaß vom 9. 6. 1928
Neues reich illustriertes Sonderverzeichnis
„Künstler - Bilderbücher"
Die Verzeichnisse stelle ich kostenlos zur Verfügung
Hermann Schaffstein Verlag, Köln a. Rh., Badstr. 1

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hagemann, Brake i. L., für Anzeigen: R. Schleef, Lemgo.
Druck und Verlag: F. L. Wagener, Lemgo.

Lippische Schulzeitung

Herausgegeben
vom Vorstande des Lippischen Lehrervereins.

22. Jahrgang. Lemgo, 15. Dezember 1928. Nummer 12.

Inhaltsverzeichnis:

Der heilige Strom. — England und das neunte Schuljahr. — Die staatlichen Bemühungen und Leistungen auf dem Gebiete der Jugendpflege und Leibesübungen in Lippe. — Umschau. — Verschiedenes. — Anzeigen.

Der heilige Strom.

Von A. Wiemann.

Deutsche Weihnachten ist wie ein Strom. Aus dem geheimnisvollen Waldesdunkel ferner Vergangenheit kommt er, breit und tief fließt er dahin durchs Leben der Gegenwart, und wie einen glänzenden Silberfaden sehen wir ihn noch in den Fernen der Zukunft. Im Herzen des deutschen Volkes hat er sein Bett gegraben. Deutsches Leben, deutsches Wesen, deutsche Kultur hat er befruchtet. An seinen Ufern weilten alle Zeit gern die Künder der deutschen Seele, Dichter, Sänger, Maler. Unsere Alten baden sich jung in ihm, und unserer Jugend stählt und stärkt er die Kräfte. Ja, sonderlich den Jungen, den Kindern gehört dieser wundersame Strom. Wie Fischlein fühlen sie sich in seinen klaren Fluten.

Hüten wir den heiligen Strom deutscher Weihnacht! Aber wer soll des Stromes Hüter sein? Das ganze deutsche Volk und sonderlich die deutsche Familie. Aber auch die Schule darf nicht abseits stehen. Ein Jammer wäre es, würde unserm Volk dieser Segens- und Lebensstrom versanden, oder würden ihm gar die Quellen abgegraben. Wo sprudeln denn die Quellen unseres Weihnachtsstromes? In ferner, grauer Vergangenheit und im frischen Leben der Gegenwart — —. Dunkel liegt deutsches Waldland da. Graue Nebel decken es, wilde Stürme fahren darüber hin. Verstummt ist des Sommers laute Fröhlichkeit. Still sind die Vögel geworden, tief in ihren Höhlen schlafen Dachs und Bär, verkrochen und verloren hat sich alles Kleingetier. Auch die Menschen schleichen stiller und träger als sonst einher. Nebel und Dunkel drücken ihre Seelen nieder. Lichtkinder sind sie ja gleich allen Erdenwesen. Aber noch wird immer schwächer der Sonne Kraft, immer niedriger zieht sie ihre Bahn, immer dunkler wird die Welt. Wohl täglich halten die Bewohner des Waldhauses von des nahen Berges kahlen Gipfel Ausschau nach der Sonne. Wo stieg diese heute auf am Horizonte? Wo war's gestern und wo wird's morgen sein? Wird ihr Tageslauf nicht immer kürzer? Wan wird sie endlich umkehren und einhalten im Niedergange? Oder wird sie diesmal ganz versinken ins Meer der Nacht, des Frost's und des Todes? Das wäre das Ende allen Lebens. Einmal wird es so sein.

Doch dies Jahr ist's noch nicht. Ein Bote klopft ans Blockhaus. Den Runenstab des Priesters zeigt er vor und ladet ein zur Sonnenwendfeier im heiligen Hain. Wode sei Dank! Er gebot Einhalt der Sonne auf ihrem Niedergange. Es siegte das Licht! Des zum Zeichen wird morgen im heiligen Haine das Opferfeuer brennen, wird eine hohe, grüne Tanne lodern und knistern, und heiliges Feuer wird man fröhlich heimtragen in dunkle Waldhütten. Wode sei Dank! — —

Wieder ist's dunkel über dem Waldlande, dunkler noch als sonst. Der Landsfeind, der fremde, gewaltige König Karl herrscht übers Land. Gefallen im mörderischen Kampf sind die Männer der Waldhütten, hier wie fast überall, verbannt die Priester, entweiht die heiligen Stätten. Trostlos still und dunkel ist die Welt. Da klopft's wieder ans Blockhaus. Diesmal ist's ein Bote des neuen Königs und des neuen Gottes. Gaben teilt er aus unter die neugierig staunenden und lauschenden Kinder: Welsche Nüsse und saftige Aepfel, und freundlich einladen tut er alle zum neuen Lichtfeste, das morgen im alten heiligen Haine gefeiert werden soll. Auch die Tanne wird wieder brennen, und erzählen wird man dann eine wunderbare Geschichte von einem Himmelskinde, das die ganze Welt hell und licht machen will, auch dies düstere Waldland. — —

So wurde altdeutsche Wintersonnenwende zum neuen, christlichen Weihnachtsfeste. Lichtfeste waren sie beide und Freudenfeste und Kinderfeste. Wo Feuer brennen, da gibt's auch leuchtende Kinderaugen und jubelnde Kinderherzen. Und das neue Winterfest war insonderheit ein Kinderfest. Als Kind war der neue Himmelskönig in der Welt erschienen. Wunderbares hatte sich zugetragen bei seiner Geburt. Und wie freudig glaubt gerade ein Kind solche Wundermär. Nichts Lieberes mag es ja hören. Gibt es eine wundervollere Kindergeschichte als die neue Mär vom Kindlein im Stall, von den Hirten auf dem Felde, von den Königen, die suchend und anbetend herbeikommen? — —

Drei Bäche haben den Strom deutscher Weihnacht gespeist: der Lichthunger unserer Vorfahren, die Liebeskraft des Christentums und die Wunderfreudigkeit des Kinderherzens.

Und nun die ernste Frage: Wie können wir Lehrer des Weihnachtsstromes Hüter sein? Lassen wir unsere Kinder jedes Jahr aufs neue miterleben das langsame Versinken und Versiegen des Sonnenlichtes! Sie werden sich dann auch mitfreuen beim Anheben des neuen Lichtjahres und des neuen Lichterbaumes um die Weihnachtszeit. Solches Erleben gibt es freilich nicht in der Schulstube, das gibt's draußen in vorweihnachtlichen Morgendämmerstunden.

Lassen wir in unserem Schulleben aber auch leuchten und wärmen den Geist des Mannes, dessen Geburtstag wir Weihnachten feiern, der den Armen, Schwachen und Elenden am liebsten diente, der Böses mit Gutem überwand, dem Lieben Leben war! Und lassen wir endlich Kindergeist unsere Schularbeit gestalten und unsere Schulstuben durchwehen! Werden wir Kinder mit Kindern!

Möge der heilige Strom deutscher Weihnacht noch lange, lange fließen in deutschen Landen und in deutschen Herzen!

England und das neunte Schuljahr.

Von Dr. Walter, Lemgo.

Durch das kosmische Ereignis des Krieges ist in England in weitesten Kreisen die Erkenntnis geworden und ständig gewachsen, daß das Zeitalter der geistigen Auseinandersetzung mit der gesamten Welt begonnen hat, und man ist sich darüber klar, daß allein neue, produktive Ideen dem alten Europa die Hoffnung und Zuversicht geben können, diesen Kampf entscheidend zu gestalten. Das Erfülltsein von der Frage: Untergang oder Neuschaffung des Abendlandes, das zum guten Teil die allgemeine, geistige Unruhe und Spannung der alten Welt erklären mag, rief jenes starke Interesse für pädagogische Fragen wach, das man über die Fach- und „Laien"presse hinaus in der breiten englischen Oeffentlichkeit spürt und nachweisen kann. Es wurde gefördert und wird noch heute wirksam befruchtet durch die Reformbestrebungen des Kultusministers Fisher, der, mitten im Krieg, erfüllt von einer tiefen Sittlichkeit und durchdrungen von der Notwendigkeit und dem Wert einer wirklich in allen Teilen gebildeten Nation und Menschheit, im Jahre 1918 seinen großen Gesetzentwurf im Unterhaus einbrachte.

Der Geist dieses weitblickenden Mannes, dessen Wunsch und Postulat es war, „aus Unwissenheit einen jeden zu erlösen und jedem den Weg in die Welt der Werte" gangbar zu machen, spricht unverkennbar auch aus einem umfangreichen Gutachten, das im Auftrag der Regierung vor zwei Jahren 21 führende Pädagogen der verschiedensten Lager über „die Erziehung des jungen Menschen" erstattet haben und das mit Recht als „eines der bedeutendsten geistigen Aeußerungen der Nachkriegszeit" bezeichnet worden ist. In vorbildlich klarer Weise, vorsichtig abwägend und doch mutig wagend, behandelt es den Problemkreis, den die Ueberschrift umgrenzt und hofft, Anregungen und Antriebe zu geben zu einem organischen Aus- und Weiterbau des englischen Schul- und Erziehungswesens; denn eins ist sicher, „wir können und dürfen nicht stille stehen."

Ich habe nicht die Absicht, eine Analyse der Schrift zu geben; es sei das einer späteren Zeit vorbehalten. Herausgegriffen und in Kürze dargestellt möge nur das aktuelle Kapitel sein, das sich mit der Verlängerung der Schulzeit bis zum 15. Lebensjahre beschäftigt. Auch in diesem Abschnitt vertreten die Verfasser grundsätzlich den Standpunkt, daß die bisherige Erziehung unzureichend war, und sie empfehlen als das einzige Mittel gegen solche ungenügende Bildung — mehr Bildung!

Die Wirkung der erstrebten Formung von Geist und Charakter hängt, so betonen sie, ganz wesentlich von der Länge der Zeit ab, welche der Einfluß andauert. Mögen andere Kreise anders denken: Erzieher jedenfalls, Eltern wie Lehrer, sie können immer nur wünschen und ihr Gewissen muß fordern, daß ein Kind so spät als nur möglich in den rasenden Wirbel des Erwerbslebens gestoßen wird. Denn Kindheit und Jugend wachsen aus eigenem Recht und Gesetz, und, wie Fisher schon betonte, nicht „earning" (Geldverdienen), sondern „learning" (Lernen) gehört zum werdenden Menschen.

Zahlreiche Umfragen in den verschiedensten Kreisen haben die Gutachter in ihrer Ansicht von der Notwendigkeit einer Erweiterung der obligatorischen Schulzeit bestärkt, die aber bei sinkenden Geburtenziffern auch ohne große Mehrkosten möglich erscheint. Und selbst wenn Mehrausgaben entstehen, was hat das zu sagen; solche Gelder eines Volkes sind gut und lohnend angelegt, denn „sie entwickeln die geistig-seelischen Energien menschlicher Wesen", und überdies bleiben sie gering im Vergleich zu den riesigen Summen, die alljährlich für Luxus verausgabt werden. Es mögen und werden Einwände kommen von Eltern, die in schwieriger Lage leben; ihnen ist zu begegnen durch eine schlichte Aufklärung über den erzieherischen Gewinn für das Leben ihrer Kinder; und dem Einspruch einzelner Wirtschaftskreise stehe der Hinweis gegenüber, daß es ja doch wohl eine paradoxe Erscheinung sei, Jahr um Jahr Tausende von Kindern in die Industrie ziehen zu wollen zu einer Zeit, in der die Wirtschaft nicht einmal mehr für die Erwachsenen Beschäftigung hat.

Die Erhöhung des schulpflichtigen Alters bedeutet mehr, als nur zwölf Monate Schulzeit der bisherigen anfügen. Nicht nur die quantitativen Wirkungen, auch, und zumal, die qualitativen sind kaum zu unterschätzen. Handelt es sich doch um einen entscheidenden Lebensabschnitt! Ist es nicht immer wieder die traurige Erfahrung eines jeden Lehrers, seine Schüler gerade dann zu verlieren, wenn seine bisherigen Bemühungen anfangen, Erfolg zu haben, wenn er ihnen wirklich ein Helfer werden möchte und kann! Kräfte, die lange schlummerten, erwachen endlich zum Leben; mehr Zeit nur, und ein Funken kann zur Flamme angefacht werden, der sonst im Daseinskampfe erstickt wird! Es leuchtet doch ein: verläßt der junge Mensch erst mit fünfzehn Jahren die Schule, so ist sein Verstand geschärfter, sein Charakter gefestigter und sein Körper eher in der Lage, die Last der Arbeit zu tragen, die ihm das Leben zu tragen gibt. Den Nutzen aber zieht daraus nicht er allein, sondern die Gemeinschaft des Volkes, die daher verlangen sollte, die Frage nur unter den Gesichtspunkt der Erziehung zu stellen.

Daß die erwünschte Neuerung in einzelnen Fällen die Herstellung und Einrichtung neuer Räume und die Erweiterung der Lehr- und Lernmittel bedingt, ist zuzugeben; doch ist das keine neue Schwierigkeit. Sie tauchte vielmehr in der Vergangenheit jedesmal auf, wenn das Schulalter heraufgesetzt wurde oder aber dann, wenn das Schulleben sich veränderten Verhältnissen und modernen pädagogischen Forderungen anpaßte. Einzelne lokale Behörden haben erklärt, sie wären im Interesse der Sache bereit, das Erforderliche sofort zu veranlassen; die Mehrzahl jedoch glaubt für die Umstellung einen Zeitraum von 2—4 Jahren nötig zu haben. Die Gutachter geben zu, daß Zeit „zum Wesen des Problems gehöre"; daraus ist aber nur zu folgern, daß es daher umso wichtiger ist, „mit den Vorbereitungen so bald als möglich zu beginnen."

Es wird sich deshalb nach Ansicht der Gutachter empfehlen, für den Beginn der Neuordnung ein bestimmtes Datum festzulegen: in Vorschlag gebracht wird der Anfang des Schuljahres 1932—33. Das gibt allen Beteiligten die Möglichkeit, sich äußerlich und innerlich auf die veränderten Verhältnisse umzustellen, läßt auch der Lehrerschaft Zeit genug, unterrichtliche Teilfragen zu durchdenken und zu klären.

Ergeben sich Schwierigkeiten, so sind sie gewiß zu überwinden in Hinsicht auf den Ertrag: „die größere geistige Vitalität und das größere moralische Wohlbefinden der heranwachsenden Generation"; und die Geschichte der Pädagogik lehrt ja doch, daß weit größere Schwierigkeiten überwunden worden sind. Jedenfalls: „Uns scheint, daß die Zeit gekommen ist, wo das Land — selbst auf Kosten eines augenblicklichen Opfers — bereit sein sollte, einen Schritt zu tun, welcher der Erziehung die sichere Möglichkeit schafft, das Leben der Jungen und Mädchen während der kritischen Jugendjahre zu bilden."

Es bedarf keines Wortes, daß durch das Verlangen nach einem weiteren vollen Schuljahr die Frage der erziehlichen Beeinflussung des Jugendlichen nach dem fünzehnten Lebensjahres in keiner Weise berührt wird: die Lösung

dieses dringlichen Problems ist nach wie vor zu suchen; es ist ebenfalls von vitaler Bedeutung.

Der Bericht hat in der Oeffentlichkeit ein starkes Echo gefunden, und er wurde im Unterhaus zum Gegenstand einer Debatte mit dem Ergebnis, daß eine Entschließung angenommen wurde, die besagt, „daß dies Haus den Bericht begrüßt und die Regierung auffordert, sofort alle gesetzlichen — und Verwaltungsmaßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die von der Kommission gemachten Vorschläge durchzuführen." — Es wurde schon betont, daß die hier behandelte Forderung nur einen der Vorschläge des Gutachtens ausmacht und daß über die Fülle anderer Anregungen in einem weiteren Artikel berichtet werden soll.

Die staatlichen Bemühungen und Leistungen auf dem Gebiete der Jugendpflege und Leibesübungen in Lippe.

(Im Auftrage des Landespräsidiums verfaßt von H. Röhr).

Auszug.

VIII. Oeffentliche Mittel für Leibesübungen und Jugendpflege.

Der Krieg und die bösen Jahre nachher haben die Erkenntnis reifen lassen, daß Leibesübungen und Jugendpflege keineswegs lediglich eine private Angelegenheit einzelner Verbände sein dürfen, sondern der Staat aus ureigenstem Interesse beide Gebiete zu fördern und durch Bereitstellung öffentlicher Mittel für die genannten Zwecke zu unterstützen habe. So entstehen in den Haushaltungsplänen der Länder und Gemeinden neue Etatpositionen, die in erster Linie der Gesunderhaltung des Volkes dienen sollen. Wenn auch zugegeben werden muß, daß diese Ausgaben eine gewisse Vermehrung der öffentlichen Lasten bedeuten, so ist doch demgegenüber zu betonen, daß verglichen mit den Ausgaben für heilende und wiedergutmachende Fürsorge die Kosten der vorbeugenden Maßnahmen klein und gering sind. Je mehr die Erkenntnis wächst, daß Krankheiten verhüten billiger ist als Krankheiten heilen, umso mehr steht zu hoffen, daß die Etatpositionen für Leibesübungen und Jugendpflege stärkere Berücksichtigung erfahren. Im einzelnen enthält der Haushaltsplan der letzten Jahre folgende Etatpositionen für vorbeugende Fürsorge.

	1924	1925	1926	1927	1928	insgesamt
Mittel zur Durchführung des Spielplatzgesetzes	5000	5000	8000	13000	13000	44000
Landesfachausschuß für Leibesübungen	800	800	2000	2000	2000	7600
Jugendherbergswerk	—	—	3000	7000	7000	17000
Jugendpflegefonds der Reg. Fürs.-Abtlg.	—	1000	1000	1000	1000	4000
Jugendpflegefonds der Oberschulbehörde	800	1000	1000	1000	1000	4800
Gesamaufwendung	6600	7800	15000	24000	24000	77400

IX. Leibesübungen und körperliche Erziehung in den Schulen des Landes.

a) Unterrichtszeit. In den höheren Schulen sind für die körperliche Erziehung der Schule wöchentlich 4 Unterrichtsstunden angesetzt, und zwar 2 Turnstunden und 2 Spielstunden. Die Teilnahme an den Spielstunden ist für alle Schüler verbindlich. Der Spielbetrieb leidet im allgemeinen an dem Mangel an geeigneten Plätzen und an den zu großen Spielabteilungen.

Für die Volksschulen sind durch die Richtlinien für die ersten drei Schuljahre wöchentlich 2, für das 4.—8. Schuljahr wöchentlich 3 Turnstunden festgelegt. Da jedoch unbegreiflicherweise durch das Volksschulgesetz die Turnstunden nicht in die Pflichtstundenzahl der Lehrer eingerechnet werden, wird in den allermeisten Schulen des Landes die vorgeschriebene Zahl nicht erreicht. In vielen Fällen erhalten selbst in den größeren Schulsystemen die einzelnen Klassen nicht einmal die vorgesehene Zahl von 3 Turnstunden. Hinzu kommt noch, daß durch Kombination verschiedener Jahrgänge gerade die körperliche Erziehung leiden muß. Gegenüber der Vorkriegszeit jedoch hat die körperliche Erziehung in den Volksschulen eine wesentliche Vertiefung erfahren. Weite Kreise der Lehrerschaft bringen ihr Verständnis und Interesse entgegen. Zu fordern bleibt, daß die vorgeschriebene Unterrichtszeit in allen Schulen des Landes erreicht wird. Das Fortbildungsschulgesetz überläßt die körperliche Erziehung der berufsschulpflichtigen Jugend den Vereinen für Leibesübungen und verpflichtet die Schule nur, besondere Turnstunden (wöchentlich eine) für solche Jugendliche anzusetzen, die den Nachweis der Mitgliedschaft in einem Turn- oder Sportverein nicht zu erbringen vermögen. Auf die Dauer muß diese Lösung als unzureichend betrachtet werden, denn die Mehrzahl unserer Turn- und Sportvereine (namentlich die ländlichen) ist nicht in der Lage, die gerade für die Entwicklungsjahre unserer berufstätigen Jugend so sehr notwendige geregelte körperliche Erziehung vermitteln zu können. Vor allem haben unsere Vereine keinerlei Machtmittel, die Jugendlichen zu regelmäßigem Besuch der Turnstunden anzuhalten. Da in unseren Berufsschulen die Jugendlichen in vielen Fällen an einem Tage bis zu 6 Unterrichtsstunden herangezogen werden, so ist unbedingt zu fordern, daß die Schule die körperliche Erziehung mit übernimmt. In den Städten und überall dort, wo Zentral-Berufsschulen bestehen, können keine ernstlichen Hindernisse der Durchführung dieser Forderung entgegenstehen.

b) Fachlehrer für Leibesübungen.

Die völlige Umwandlung des Unterrichts in den Leibesübungen, die ungeheure Vertiefung und Mannigfaltigkeit gerade dieses Unterrichtsgebietes, insonderheit die Bedeutung der körperlichen Erziehung für die gesamte Volksgesundheit hat das Bedürfnis rege werden lassen, den Unterricht in den Leibesübungen besonders geeigneten und vorgebildeten Fachlehrern zu übertragen. Preußen hat zu dem Zweck durch seine Hochschule für Leibesübungen und durch besondere Kurse an zahlreichen Universitäten eine überaus große Zahl von Fachlehrkräften ausbilden lassen. Die Hochschule für Leibesübungen in Spandau entläßt jährlich etwa 250 ausgebildete Turnlehrer und Turnlehrerinnen. Dadurch ist es Preußen möglich geworden, an fast all seinen höheren und mittleren Schulen den Unterricht in den Leibesübungen in die Hände von Fachlehrern zu legen. Ebenso sind die größeren Schulen in den Städten dazu übergegangen, für die körperliche Erziehung der Volksschüler besondere Turnlehrerstellen zu schaffen. Insonderheit ist das für die körperliche Erziehung der Mädchen der Fall. In Lippe liegt mit einer einzigen Ausnahme nicht einmal in den höheren Schulen der Turnunterricht in der Hand von Fachlehrern. Weil aber die höheren Schulen die Schüler in den Entwicklungsjahren geistig stark in Anspruch nehmen, muß im Turnunterricht ein besonderer Ausgleich geschaffen werden, der der jeweiligen Entwicklungsstufe anzupassen ist. Dringend ist zu fordern, am Gymnasium in Lemgo, an der Oberschule in Detmold und an den städtischen Realschulen in Lage und Bad Salzuflen je eine hauptamtliche Turnlehrerstelle zu schaffen. (Eine Vermehrung von Lehrkräften ist selbstverständlich zu dem Zweck nicht nötig). An den größeren Volksschulen des Landes sollte je eine Stelle mit einem ordnungsgemäß vorgebildeten Turnlehrer besetzt werden, ähnlich, wie das in der Schulgemeinde Detmold geschehen ist. Ferner ist unbedingt dafür Sorge zu tragen, daß in der Bestellung sogen. technischer Lehrerinnen der beschrittene Weg fortgesetzt wird.

c) Die körperliche Erziehung der Mädchen.

Bis vor wenigen Jahren konnte von einer körperlichen Erziehung der Mädchen an unseren Volksschulen keinerlei Rede sein, und auch heute noch stehen wir in dieser Beziehung völlig in den Anfängen, wenngleich ein erfreulicher Fortschritt zu beobachten ist. Der Turnunterricht für Mädchen litt in erster Linie unter dem Mangel an geeigneten Lehrkräften, weil Lippe erst verhältnismäßig spät Lehrerinnen in Dienst genommen hat und die vorhandenen Lehrerinnen keine entsprechende Ausbildung erhalten hatten. Da die Kräftigung und gesundheitliche Förderung der heranwachsenden weiblichen Generation insonderheit für die Volkserhaltung von unschätzbarem Wert ist, sollte in allen Schulen des Landes dafür Sorge getragen werden, daß die in den Richtlinien vorgesehene Turnstundenzahl auch für die Mädchen erreicht wird. Ebenso ist in allen Berufsschulen für Mädchenklassen der Turnunterricht als verbindliches Lehrfach aufzunehmen, da gerade die meisten Frauenberufe der körperlichen Entwicklung Schaden zufügen. Unsere großen Schulsysteme sollten sämtlich mindestens eine der vorhandenen Stellen mit einer weiblichen technischen Lehrkraft besetzen.

d) Unterrichtsräume für Leibesübungen.

Vielfach hat die gesamte körperliche Erziehung unserer Schüler und Jugendlichen unter dem Mangel an Spielplätzen und Hallen gelitten. Durch das Spielplatzgesetz ist zu hoffen, daß in absehbarer Zeit jedes Dorf und damit jede Schule über einen Spielplatz verfügen wird. Für unsere Schulen ist es unbedingt notwendig, daß der Spielplatz in der Nähe der Schulen liegt, damit er auch in den Turnstunden erreicht werden kann, die keine Eckstunden sind. Leider verfügen nicht einmal unsere großen Schulsysteme über Turnhallen (z. B. Salzuflen, Schötmar, Oerlinghausen, Hohenhausen, Bösingfeld). Ueberall, wo der Bau einer Turnhalle aus finanziellen Rücksichten gegenwärtig nicht durchzuführen ist, sollte zum mindesten ein Lehrzimmer als Gymnastiksaal eingerichtet und ausgestattet werden. Bei Schulneubauten in größeren Gemeinden ist auf Durchführung dieser Forderung unbedingt zu achten. Das Nichtvorhandensein von Turnhallen darf gegenwärtig kein Grund mehr sein, im Winter den Turnunterricht nicht anzusetzen. Wir haben auch in unserer Gegend im Winter so viele schöne Tage und

unsere Leibesübungen sind so vielseitig zu gestalten, daß ein geregelter Turnunterricht auch im Winter durchzuführen ist.

e) Besondere Veranstaltungen für Leibesübungen.

1. Kurse für Lehrpersonen.

Seit dem Jahre 1922 veranstaltet die Oberschulbehörde jährlich einen Ausbildungskursus für solche Lehrer, die Turnunterricht zu erteilen haben. Diese Kurse sind von der Lehrerschaft freudig aufgenommen und gut besucht worden, entsprachen sie doch sämtlich einem vorhandenen starken Bedürfnis. Bisher fanden Kurse statt in Detmold (1922), in Schieder (1923), in Lemgo (1924), in Detmold (1925 Kursus für Lehrerinnen), in Farmbeck (1926), in Detmold (1927 für Lehrerinnen), in Horn (1927), in Lage (1928). Die Teilnehmerzahl betrug durchschnittlich 25. Die Kurse verfolgten den Zweck, Lehrer und Lehrerinnen des Landes mit dem neuzeitlichen Betrieb der Leibesübungen vertraut zu machen. Auch für die nächsten Jahre ist die Abhaltung derartiger Kurse geplant.

2. Bannerwettspiele der lippischen Schulen.

Aehnlich wie in Preußen veranstalteten auch die lippischen Schulen alljährlich Bannerwettspiele. Sie sind aus den kleinsten Anfängen hervorgewachsen und wurden erstmalig im Jahre 1917 von 8 Mannschaften durchgeführt, während in den letzten Jahren etwa 50 verschiedene Schulen des Landes mit über 70 Mannschaften daran teilnahmen. Ursprünglich beschränkten sich die Wettkämpfe nur auf das Schlagballspiel, im letzten Jahre jedoch sind außerdem Handball und Fußball aufgenommen. Ebenso sind im letzten Jahre erstmalig Mädchenspielgruppen gebildet worden. Die Bannerwettspiele sind bisher in 4 Altersgruppen durchgeführt worden.

1. Altersstufe: Mannschaften unter 12 Jahren,
2. Altersstufe: Mannschaften bis zu 14½ Jahren,
3. Altersstufe: Mannschaften bis zu 17 Jahren,
4. Altersstufe: Mannschaften über 17 Jahren.

Im Jahre 1921 stiftete das Landespräsidium erstmalig für die siegenden Mannschaften künstlerisch wertvolle Urkunden. 1025 bereits mußten neue Urkunden bereitgestellt werden. Der Entwurf zu den Urkunden stammte beidemal von dem Kunstmaler W. Kramme. 1927 bewilligten Landespräsidium und Oberschulbehörde gemeinsam die Mittel für die Beschaffung von Bannern. Es wurden 3 Banner angeschafft. eins für die siegende Mannschaft der kleineren Schulsysteme (Mannschaften bis zu 14½ Jahren). ein zweites für Mannschaften größerer Schulsysteme (gleiche Altersstufe) und ein drittes für Mannschaften bis zu 17 Jahren. Der Entwurf der Banner stammt von dem Kunstgewerbler Dominikus, Paderborn. Am 7. Dezember 1927 wurden in Lage in Gegenwart eines Vertreters des Landespräsidiums und des Herrn Oberschulrat Dr. Schmidt die Banner feierlich geweiht und den Schulen übergeben.

3. Reichsjugendwettkämpfe der lippischen Schulen.

Seit 1923 nehmen die lippischen Schulen regelmäßig an dem vom Reichsinnenministerium empfohlenen Reichsjugendwettkämpfen teil, die nach einheitlichen für das ganze Reich festgelegten Bedingungen durchgeführt und für die vom Reichspräsidenten und vom Reichsausschuß für Leibesübungen gestiftete Siegerurkunden an alle, welche die vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt haben, verliehen werden. Ursprünglich war die Beteiligung der lippischen Schulen an den Reichsjugendwettkämpfen gering, sie ist jedoch von Jahr zu Jahr gewachsen und gegenwärtig sind in etwa 30 Schulen des Landes die Reichsjugendwettkämpfe fester Bestandteil der Sommerschulfeste. Für die kommenden Jahre ist geplant, ähnlich wie in Preußen, die Schulen zu den Reichsjugendwettkämpfen bezirksweise zusammenzufassen, um so zu einheitlichen Leistungen und Wertungen zu gelangen.

Reichsjugendwettkämpfe und Bannerwettspiele haben in den beteiligten Schulen eine erfreuliche Belebung des Unterrichts in den Leibesübungen herbeigeführt.

Umschau

Das Lippische Konsistorium berichtigt.

Die Lippische Schulzeitung brachte in der Oktobernummer einen Bericht des Koll. Schäfer aus Lüdenhausen über eine dort stattgefundene Versammlung von Vertretern der Lüdenhauser Schul- und Kirchengemeinde, in der die Küstereifrage behandelt wurde. Herr Schäfer stellte im Anschluß daran einige Betrachtungen über die Finanzlage der Lippischen Landeskirche an, die dem Lippischen Konsistorium Veranlassung gegeben haben, mit einer Berichtigung auf den Plan zu treten. Das Konsistorium schreibt unter Nummer 4474 am 7. November ds. Jahres:

„Es ist unrichtig, daß die Landeskirche statt einer lückenlosen Veröffentlichung ihres Etats jedes Jahr eine nichtssagende kurze Vermögensübersicht veröffentliche. Es ist auch unrichtig, daß vom Landeskirchenrat dem Landtag ein lückenhafter Haushaltsplan zugesandt sei. Der landeskirchliche Haushalt ist in öffentlichen Synodalverhandlungen in lückenloser Vollständigkeit unter Erörterung aller Einzelheiten verhandelt und festgestellt worden. Derselbe Haushat ist dem Landtag mit dem ausdrücklichen Anerbieten jeder weiteren etwa noch gewünschten und möglichen Auskunft vorgelegt, auch in der Nummer 42 des Gesetz- und Verordnungsblattes der Lippischen Landeskirche vom 10. Februar 1928 vollständig veröffentlicht worden. Die Annahme, daß der Haushalt lückenhaft sei, beruht auf Irrtum. Er enthält nicht die Einnahmen und Ausgaben der 49 Ortskirchengemeinden. Diese aber gehören in den Voranschlag der Landeskirche auch nicht hinein. Daß die Gehälter der Pfarrer nur so weit von der Landeskirche bestritten werden und daher auch nur insoweit in ihrem Haushaltsplan stehen können, als das örtliche Pfarrvermögen nicht ausreicht, dürfte allgemein bekannt sein. Die Pfarrer empfangen einschließlich aller Dienstbezüge das Gehalt der gleichstehenden Staatsbeamten, zur Zeit jedoch wegen der finanziellen Notlage der Landeskirche mit einem Abzug von 5 v. H. Denselben Abzug müssen sich aus demselben Grunde die Konsistorialmitglieder und die landeskirchlich zu versorgenden Witwen gefallen lassen.

Es ist unrichtig, daß die Kirchensteuer allein der lippischen Beamten zur Besoldung der Geistlichen ausreiche. Die gesamte Kirchensteuer der Beamten und Nichtbeamten reicht zur Deckung der landeskirchlichen Bedürfnisse nicht aus. Bei einer voranschlagsmäßigen Landeskirchensteuer-Einnahme von RM. 307 000 und der durch die erwähnten Abzüge beschränkten Ausgabe bleibt in 1928-29 ein voranschlagsmäßiger Fehlbetrag von RM. 56 750,—. Daß die Kirchensteuer-Einnahme mit rund RM. 307 000,— so richtig veranschlagt ist, wie es von einem Voranschlag überhaupt nur erwartet werden kann, ergibt sich daraus, daß die letzte abgeschlossene Rechnung (1927-28) in Einnahme RM. 314 632,— Landeskirchensteuer nachweist. Uebrigens haben die beiden letzten Jahresrechnungen auch der Regierung — Finanzabteilung und dem Landespräsidium zur Prüfung vorgelegen. Der Frage, „wo das Geld bleibt", ist also die Landeskirche nicht ausgewichen.

Es ist unrichtig, daß die städtischen Kirchengemeinden im Gelde schwimmen. Aus einer Bemerkung zu dem veröffentlichten Voranschlag der Landeskirche ergibt sich, daß allen Ortskirchengemeinden ein für die Landeskirche nicht in Einnahme und Ausgabe gestellter Kirchensteuerbetrag von RM. 153 500,— zufließt. Mit dem Anteil an diesem Betrage mögen die steuerkräftigsten Kirchengemeinden auskommen. Die meisten Kirchengemeinden befinden sich, wenn sie nicht Ortskirchensteuer heben, in arger Finanznot. Daß ein Betrag von RM. 153 500,— die örtlichen Bedürfnisse aller 49 Kirchengemeinden (Bauten, Reparaturen, Organistengehalt, Verwaltungskosten, Kirchenheizung, Geläut, Steuern, Schulden-Zinsen usw.) selbst unter Zuzug etwaiger Pacht von Kirchengrundstücken nicht decken kann, dürfte eines Einzelnachweises nicht bedürfen.

D. Wessel."

Dazu einige Bemerkungen: Wer nach diesen Ausführungen des Konsistoriums sich ein klares Bild über die Finanzlage der Lippischen Landeskirche machen kann, ist ob seiner Urteilsfähigkeit zu beneiden. Die mitgeteilten Zahlen bringen nichts Neues; sie sind nach der Veröffentlichung des landeskirchlichen Voranschlags im Gesetz- und Verordnungsblatt der Lippischen Landeskirche vom 10. 2. 1928 allen Interessierten bekannt. Deshalb bleibt uns — leider! — die Finanzlage der Landeskirche nach wie vor unklar und dunkel. Es soll hier nicht auf alle einzelnen Punkte eingegangen werden. (Dafür ist die Schulzeitung nicht der gegebene Ort.) Doch sei im Hinblick auf die unklare landeskirchliche Finanzlage auf folgendes hingewiesen: In dem Voranschlag fehlen sämtliche Einnahmen aus den Stelleneinkünften. Dazu gehören sämtliche Gebühren für die geistlichen Amtshandlungen, ferner die Pachten aus den zu den „Pfarrstellen" gehörenden Ländereien. Die Einkünfte aus diesem Pfarrland (nicht zu verwechseln mit den den einzelnen Kirchengemeinden gehörenden Ländereien) gelten als Gehaltsanteil der Pfarrer, fließen also rechnerisch in die Landeskirchenkasse. Diese Gehaltsteile dürfen nicht unterschätzt werden, überstiegen sie doch unter Hinzurechnung der sonstigen „örtlichen" Einkünfte in der Vorkriegszeit stellenweise sogar das Gehalt des Stelleninhabers, so daß dieser noch Beträge an die Landeskirchenkasse abführen mußte. (Langenholzhausen). Wie steht es ferner mit dem Anrechnungssatz der von den Gemeinden gestellten Dienstwohnungen?

Wenn vom Konsistorium gesagt wird, daß diese „örtlichen" Stelleneinkünfte nicht in den Haushaltsplan der Lippischen Landeskirche hineingehören, sondern nur als Ergänzungsstelle Berücksichtigung zu finden hätten, so muß demgegenüber gesagt werden, daß dann die Unklarheit über die Finanzlage der Kirche auch weiterhin bestehen bleiben wird. — Auch in einzelnen Ausgabeziffern des Haushaltsplanes besteht Unklarheit. Wie verhält es sich z. B. mit Tit VII Ziffer 5: Erstattung von Mietzinssteuer an Geistliche . . 1000 ℳ? Zahlen die Geistlichen (im Gegensatz zu den Beamten) keine Mietzinssteuer? Oder Tit. VII Ziffer 6: Zuschuß an die Landeskirchliche Notstandskasse . . . 3000 ℳ. Wo bleiben diese Gelder? Haben wir es hier vielleicht mit dem sogenannten kirch-

lichen Hilfsfonds zu tun, der auch zu Propaganda- und Kampfzwecken dient?

Das sind nur einige Fragen, über die die Kirche der breitesten Oeffentlichkeit Aufklärung zu geben allen Anlaß hätte. Daß wir übrigens mit unserer Auffassung über die unklaren Finanzverhältnisse der Landeskirche nicht allein stehen, sei erhärtet mit einem Auszug aus dem Landtagsprotokoll vom 2. Mai 1928. Landtagsabg. Kuhlemeier führt als Berichterstatter u. a. aus: „Der Ausschuß hat den beigefügten Voranschlag (gemeint ist der Voranschlag der Landeskirchenkasse 1928—1930) einer Durchsicht unterzogen und ist einstimmig*) zu der Ansicht gekommen, daß aus ihm wegen seiner Dürftigkeit und Lückenhaftigkeit der Beweis für eine wirklich vorhandene Notlage nicht erbracht werden kann. Es fehlen darin beispielsweise die Anrechnungssätze für Ländereien, Gebühren und Dienstwohnungen sowie die Pachten." Der Abg. Müller führte aus: „Ich habe schon früher darauf aufmerksam gemacht, daß man bei aller freundlichen Einstellung diesen Eingaben der Landeskirche gegenüber doch eine gewisse kritische Stellung einnehmen muß, weil tatsächlich es so ist, wie es der Ausschußbericht sagt, daß die gegebenen Unterlagen nicht genügen, wenn man rein sachlich die Dinge prüfen will. Es ist erwünscht, daß die Unterlagen so wären, daß man aus ihnen klar ersehen kann, wie hoch das Einkommen der Landeskirche ist usw." Abg. Koch: „Ich möchte auch meinerseits zum Ausdruck bringen, daß eine genaue Klärung der Verhältnisse nur möglich ist, wenn die Rechnungen vorgelegt werden." —

Wenn das Konsistorium in der Berichtigung sagt, daß „die beiden letzten Jahresrechnungen auch der Regierung — Finanzabteilung — und dem Landespräsidium zur Prüfung vorgelegen" haben, so dürfte das Konsistorium sich darüber keinem Zweifel hingeben, daß damit die Oeffentlichkeit nicht aufgeklärt ist. Sicherlich dürften dem Konsistorium zu diesem Zwecke andere wirksame Wege zur Verfügung stehen.

Ausbau der Volksschule in Berlin.

Berlin wird nun auch (wie Hamburg, Bremen, Leipzig, Breslau, Dresden) Aufbauklassen erhalten; eine Magistratsvorlage, die zweifellos die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung erhalten wird, sieht die Einrichtung der ersten dieser Klassen zum 1. April 1929 vor. Es handelt sich wie auch anderwärts um ein freiwilliges neuntes und zehntes Schuljahr. Der Unterricht in diesen beiden Aufbauklassen soll die Schüler und Schülerinnen unter Betonung des Berufsgedankens u. a. auch in eine fremde Sprache einführen (Englisch) und ihre Kenntnisse und Fertigkeiten in den übrigen Fächern (neben Mathematik und Naturwissenschaften besonders in den künstlerisch-technischen Fächern) erweitern. Das Berechtigungsziel der Aufbauklassen liegt in der Erreichung der mittleren Reife; damit wird den Schülern und Schülerinnen das Vorwärtskommen im Wirtschaftsleben, in den sozialen Berufen und in der mittleren Beamtenlaufbahn erleichtert. Mit Recht hebt die vom Stadtschulrat Nydahl verfaßte Magistratsvorlage hervor, daß für die Auswahl der Schüler neben einem gewissen Maß von praktischer Intelligenz und technisch-künstlerischen Fertigkeiten vor allem ausgeprägter Bildungswille entscheidend sein soll. Beabsichtigt ist, die Abtrennung der für die Aufbauklassen bestimmten Kinder nach dem 7. Schuljahre vorzunehmen. Ueber die Gestaltung des Lehrplans sind noch Verhandlungen mit der Schulaufsichtsbehörde erforderlich; es liegen tüchtige, sorgsam durchdachte Vorarbeiten namentlich von der erziehungswissenschaftlichen Abteilung des Lehrerverbandes Berlin und auf ihrer Grundlage von der Lehrerkammer vor, so daß angenommen werden kann, die Meinung der Lehrerschaft werde hier mit entscheidend sein. Die Lehrer für die Aufbauklassen sollen aus der Lehrerschaft der Volksschulen entnommen werden und die gesetzlich vorgesehene Stellenzulage von 800 Mk. erhalten. Der Anfang soll in nicht zu großem Maßstabe gemacht werden; es ist besser, daß ein Versuch im engern Rahmen gelingt, als daß ein gleich ins Weite greifender Versuch stellenweise mißlingt. Gelingt der Versuch (er muß gelingen), dann kommt die Erweiterung von selbst.

Von der Lehrerschaft wird dieser Ausbau der Volksschule bekanntlich seit Jahren gefordert. Wir erwarten davon mehrere günstige Wirkungen. Einmal hoffen wir, daß unseren Volksschülern künftig Türen geöffnet werden, die ihnen solange fast ausnahmslos verschlossen waren. Führende, besser bezahlte Stellungen im werktägigen Leben waren ihnen bisher nicht zugänglich. (Berechtigungsschein!) Zweitens würden die höheren Schulen von einer Anzahl Schüler entlastet, die jetzt nach vier Grundschuljahren dorthin übergehen, nicht um das Ziel dieser Schulen zu erreichen, sondern um den „Schein" zu kriegen. Auch die spätere Entscheidung über den weiteren Lebensweg (nach vollendetem 13. statt nach dem 10. Lebensjahre) ist für Eltern und Schüler wertvoll. Und die Volksschule hofft für ihre jetzt verarmte, der führenden Köpfe meist beraubte Oberstufe eine Anzahl gerade der praktischen Intelligenzen und der Bildungswilligen behalten zu können, die sie jetzt nach Ablauf der Grundschule abgeben muß, und ihnen eine Ausbildung geben zu können, die für ihre Absichten besser geeignet ist als die an höheren Schulen.

*) Hervorhebung hier und weiter unten von uns.

Dr. Wuessing zur Schulreform.

Zsgd. Einen beachtenswerten Vorschlag zur Schulreform macht Oberstudiendirektor Dr. Wuessing in Nr. 513 des „Vorwärts" gelegentlich der letzten Vorkommnisse in den höheren Schulen. Er führt u. a. aus: Mit drei elementarwirkenden Faktoren müsse jede Schulreform der Gegenwart rechnen: mit dem Drang der breiten Massen nach vertieftem Wissen, mit der gesteigerten Anforderung an geistige Schulung der meisten Berufe und mit dem dauernden Ueberangebot von Kräften auf dem Arbeitsmarkt der Wirtschaft und der Behörden. Damit diese Tendenzen nicht zu weiteren katastrophalen Zuständen für unsere Jugend führen, sei folgendes zu beachten: Jede Begabung müsse nach Richtung und Tempo zu ihrem Bildungsrecht kommen können. Das sei grundsätzlich unmöglich, wenn nach drei bis vier Jahren Grundschule der entscheidende Einschnitt im Bildungsleben unserer Jungen und Mädel liege. Kein Lehrer könne mit nur einigermaßen Sicherheit sagen, ob ein zehnjähriges Kind mehr einen praktischen, das andere mehr einen wissenschaftlichen Typ verrate. Jeder Vater, jede Mutter neige aus begreiflichen Gründen zur Ueberschätzung der Fähigkeiten und zur falschen Beurteilung der Begabungsrichtungen von Sohn und Tochter. Daher auch das Bestreben, das Kind so zeitig wie möglich in die höhere Schule zu bringen, eben nach drei oder vier Jahren Grundschule. Da beginne nun das Leid für eine Unzahl unserer Jungen und Mädchen. Und zugleich sei die höhere Schule mit Jugend belastet, die sich auf ihrem Bildungsweg durchaus verirrt habe. Darum sei die Herausschiebung der Entscheidung um zwei Jahre bei innerer Differenzierung der nun sechsjährig gewordenen Grundschule zu empfehlen. Die zweite Forderung sei die, daß die Volksschule bis zum 10. Schuljahre ausgebaut werden müsse. Dann sei auch dem Volksschüler das Zeugnis der mittleren Reife zu gewähren. Dann werde es auch möglich sein, unser überkompliziertes Schulwesen einheitlicher zu gestalten. Im Unterbau der höheren Schule liefe dann — abgesehen vom Gymnasium — nicht mehr Oberrealschule neben Realgymnasium her. Die Freizügigkeit werde fast restlos gewährleistet, das Elend von Eltern und Schülern beseitigt, die jetzt bei einem Wechsel des Wohnortes fast nie ihren im vierten Schuljahr gewählten Typ unter den zwanzig bis dreißig vorhandenen am neuen Schulort wiederfinden. Auch der Oberbau der höheren Schule habe davon Vorteile, und Oberprimajahr und Reifeprüfung können wegfallen.

Diese Vorschläge, namentlich der der differenzierten Grundschule, werden nicht überall Zustimmung finden. Aber es sind hier Wege angedeutet, die wohl des Nachdenkens wert sind.

Ja — oder Nein?

Sind in dem preußischen Konkordatsentwurf noch Schulbestimmungen enthalten oder nicht? Die neuesten Meldungen erzählen uns, daß es sich bei den Vereinbarungen zwischen der Kurie und dem preußischen Staat um folgenden Satz gehandelt hat: „Der apostolische Stuhl nimmt davon Kenntnis, daß der preußische Staat durch die Verfassung des Deutschen Reiches und nach deren Maßgabe verpflichtet ist, für Errichtung und Zulassung von Volksschulen des katholischen Bekenntnisses und für die Erteilung katholischen Religionsunterrichtes zu sorgen." Wenn dieser Wortlaut, woran kaum noch zu zweifeln ist, richtig ist, dann fragt es sich, ob er auch jetzt noch in dem Entwurf steht, oder ob er bereits gestrichen ist. Die Streichung wäre eine unbedingte Notwendigkeit; denn schon dieser eine Satz läßt trotz aller Gewundenheit erkennen, daß hier der preußische Staat der Kurie gegenüber eine Verpflichtung übernimmt, von der es als zweifelhaft hingestellt werden muß, ob er sie für alle Zeit erfüllen kann. Die Frage lautet doch so: Ist eine parlamentarische Regierung in Preußen bei einem vollständigen Umschwung der Parteien in der Lage, Verpflichtungen, die eine frühere Regierung unter ganz anders gearteten Verhältnissen übernommen hat, auch weiterhin durchzuführen? Wäre das nicht der Fall, dann hätte natürlich die Kurie an einem Konkordat gar kein Interesse, denn es ist ja eben der Sinn des Konkordats, dem Staat etwas aufzuzwingen, was er einhalten muß, auch wenn einmal eine andere Regierung an das Ruder kommt.

Wohin das aber führt, hat das österreichische Konkordat von 1855 gezeigt, das die Schule vollständig der Kirche auslieferte. Die Bischöfe hatten „kraft des ihnen eigenen Hirtenamtes" die religiöse Erziehung der Jugend in allen Lehranstalten zu überwachen. Die Beaufsichtigung der Volksschulen lag vollständig in der Hand der Kirche, die Bischöfe bestimmten die Religionslehrbücher. Ja, der Staat erkannte selbst durch seine Unterschrift an, daß die kirchliche Schulaufsicht kraft eigenen Rechts der Kirche, und nicht etwa im Auftrage des Staates erfolge.

Zwar bekam dieses Konkordat nur unter großem Widerstand im Parlament die gesetzliche Zustimmung, aber es hat sich dann

doch 13 Jahre lang gehalten. Erst der verlorene Krieg von 1866 beseitigte es. Unter dem Jubel des Volkes wurde am 21. März 1868 im österreichischen Herrenhause das Konkordat aufgehoben; der 77jährige Dichter Grillparzer, „Oesterreicher und Katholik", hatte sich auf einem Tragstuhl in den Sitzungssaal bringen lassen, um gegen das Konkordat zu stimmen.

Soll es in Preußen ebensoweit kommen? Wenn auch der Entwurf des preußischen Konkordats viel gemäßigter sein wird, als es das österreichische Konkordat war, es würde eine unermeßliche Gefahr in sich tragen, wenn in irgendeiner Form der Staat bezüglich der Schule Verpflichtungen einginge. Darum noch einmal mit aller Deutlichkeit die Frage: Enthält der Entwurf auch jetzt noch Schulbestimmungen oder nicht? Ja — oder Nein?

Was Konkordate für den Steuerzahler zu bedeuten haben.

(Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung.)

Daß jedes Konkordat auch eine finanzielle Seite hat, die für den Steuerzahler recht drückend sein kann, ist wohl noch nicht so allgemein bekannt. Zur Aufklärung seien deshalb einige Zahlen genannt.

Bei den Verhandlungen im Bayrischen Landtag über das gegenwärtige bayrische Kondordat führte der Abgeordnete Dr. Högner folgendes aus:

„Nach Artikel 10 des Konkordats wird der Staat die erzbischöflichen und bischöflichen Stühle, die Metropolitan- und Domkapitel mit einer Dotation in Gütern und ständigen Fonds ausstatten. Die jährlichen Reineinküfte daraus sollen so hoch sein wie die Leistungen des bayrischen Staats nach dem Konkordat von 1817, und es soll dem Geldwerte von 1817 Rechnung getragen werden. Bei der Würdigung dieser Bestimmung muß man sich vor allem ein Bild über die finanzielle Tragweite machen.

Nach dem Konkordat von 1817 zahlte der bayrische Staat jährlich an die Erzdiözese München für den Erzbischof 20 000 Gulden, für den Probst 4000 Gulden, für den Dechant 4000 Gulden, für jeden der fünf älteren Kanoniker 2000 Gulden, für jeden der fünf jüngeren Kanoniker 2000 Gulden, für jeden der drei älteren Vikare 800 Gulden, für jeden der drei jüngeren Vikare 600 Gulden; das gibt für die Erzdiözese München zusammen 50 200 Gulden.

Für die Erzdiözese Bamberg ergibt sich ein Betrag von zusammen 42 200 Gulden; für die Diözesen Augsburg, Regensburg, Würzburg von je 32 000 Gulden; für die Diözesen Passau, Eichstätt und Speyer von je 29 200 Gulden. Bei dieser Zusammenrechnung kommt eine Summe von 276 000 Gulden heraus.

Nun soll dem Geldwerte von 1817 Rechnung getragen werden. Der bayerische Gulden galt 1,70 bis 1,80 Mk.; der Geldwert vom Jahre 1817 ist aber heute selbstverständlich bedeutend höher. Man darf ihn auf mindestens 4 Reichsmark veranschlagen; somit würden sich die Staatsleistungen an die Bistümer jährlich auf rund 1 2 Millionen RM. belaufen.

An Stelle dieser Jahresleistungen sollen nun die Bistümer mit Gütern und Fonds ausgestattet werden, die jährliche Einkünfte in der Höhe von 1 2 Millionen RM. abwerfen. An Gütern besitzt der bayrische Staat im wesentlichen nur seine Waldungen. Man versteht daher den Entrüstungssturm nicht, der sich in den letzten Monaten immer wieder erhoben hat, wenn in der Presse behauptet wurde, der bayrische Staat wolle einen Teil seiner Forsten an die katholische Kirche abtreten. Wenn man ernstlich gewillt ist, die in Artikel 10 des Konkordats vorgesehene Sachzuweisung der Kirche tatsächlich in Liegenschaften zuzuwenden, so kann dies tatsächlich nur durch die Abtretung von Staatswaldungen geschehen. Die Staatswaldungen rentieren kaum höher als mit 2 v. H. Um jährlich 1 2 Millionen RM. Reineinkünfte abzuwerfen, müßten demnach schätzungsweise Forsten im Werte von 55 bis 60 Millionen RM. an die katholische Kirche abgetreten werden."

Reden diese Zahlen nicht eine erdrückende Sprache? Sie zeigen die ungeheure finanzielle Belastung des bayrischen Staates durch die Verpflichtungen der Kirche gegenüber. Diese Zahlen werfen mit ein Licht auf die ewigen finanziellen Nöte Bayerns und auf sein fortgesetztes Bemühen, bei jeder Gelegenheit für sich eine besondere „Liebesgabe" aus dem Reichssäckel herauszuholen.

Die preußischen Steuerzahler sollten deshalb, belehrt durch den bayrischen Anschauungsunterricht, dem drohenden preußischen Konkordat gegenüber auf der Hut sein; wenn man zu ihrer Beruhigung erklärt, „ein preußisches Konkordat würde lediglich Bestimmungen über Finanzfragen und Bischofswahlen enthalten", aber keine Schulbestimmungen, so sollte man sich durch diese Beruhigungspille nicht täuschen lassen. Die Wendung „Lediolch — — Finanzfragen" wird tatsächlich durch Bayern genügend erläutert.

Nach den Pressemitteilungen sollen in Preußen neue Bistümer errichtet werden. Was ein Bistum dem preußischen Staat kostet, ergibt sich aus dem Haushaltungsplan des preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Nach dem Kapitel 190, Titel 81, zahlt der Staat allein an das Erzbistum Köln folgenden Jahresbetrag: 1. für die erzbischöfliche Behörde (einschließlich 36 000 RM. Gehalt für den Erzbischof) 58 200 RM., 2. für das Priesterseminar 22 410 RM., 3. für die Ruhestandsanstalten 18 000 RM., 4. für das sogenannte „Domkapitel" (eine aus 20 Geistlichen bestehende Körperschaft) 52 152 RM., 5. für die Domfarrkirche 8250 RM., 6. für das Kollegialstift in Aachen 18 112 RM., zusammen 177 124 RM.

Außerdem muß der preußische Staat, wie der „Freidenker" in Nr. 11 berichtet, auf Grund von Verträgen aus dem Jahre 1821 den Erzbischof und die obengenannten Geistlichen mit „geziemenden Wohnungen" ausstatten, sowie dem Erzbischof ein Landhaus für den Sommeraufenthalt zuweisen und die für die bischöfliche Verwaltung notwendigen Gebäude beschaffen und ausstatten.

Wenn man endlich noch bedenkt, daß auf der Brandenburger Tagung des Evangelischen Bundes am 8. Oktober d. J. der Generalsuperintendent Dibelius die Forderung stellte: „Kein Konkordat mit Rom ohne gleichzeitigen Staatsvertrag mit der evangelischen Kirche", so wird sicher den deutschen Steuerzahlern klar werden, was Konkordate für sie zu bedeuten haben.

Die Deutsche Volkspartei und das Konkordat.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hat sich in seiner Sitzung vom 24. November in Berlin nach einem Vortrage Stresemanns auch mit dem Konkordat beschäftigt und einstimmig folgende Entschließung angenommen:

Die Deutsche Volkspartei tritt nach ihrer Grundeinstellung für den konfessionellen Frieden zwischen allen Gliedern des deutschen Volkes, insbesondere zwischen dem evangelischen und katholischen Teil unserer Mitbürger ein. In Uebereinstimmung mit der Auffassung der katholischen Mitglieder der Partei stellt der Zentralvorstand für die Verhandlungen zwischen Staat und Kirche folgendes fest:

1. Die von Preußen und Hannover mit der Kurie in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts abgeschlossenen und bis jetzt in Geltung gebliebenen Vereinbarungen über die äußere Organisation der römisch-katholischen Kirche und die finanziellen Leistungen des Staates bedürfen in einigen Punkten einer Anpassung an die inzwischen anders gewordenen Verhältnisse; es erscheint angezeigt, danach die bisherigen Vertragsbestimmungen durch entsprechende neue Vereinbarungen abzuändern oder zu ersetzen.

2. Die neuen Vereinbarungen sollen nicht in der Form eines Konkordats, sondern in anderer Vertragsform zum Abschluß gebracht werden.

3. Das seit einem Jahrhundert vertraglich festgelegte, dem konfessionellen Frieden dienende Gleichgewicht ist aufrechtzuerhalten. Bei der in Aussicht genommenen Neuregelung darf der bestehende Rechtszustand nicht zuungunsten des Staates verschoben werden.

4. Die Neuregelung soll sich grundsätzlich auf die in den bisherigen Vereinbarungen behandelten Fragen äußerer Organisation und finanzieller Beziehungen beschränken.

5. Insbesondere dürfen in oder neben den neuen Vereinbarungen Abreden über die Schule nicht getroffen, auch Erklärungen irgendwelcher Art über die Schulen nicht abgegeben werden.

6. Vor dem Inkrafttreten etwaiger neuer Vereinbarungen muß die Gewährung sinnentsprechender Rechte an die evangelischen Landeskirchen Preußens unter Berücksichtigung ihrer Eigenart sichergestellt werden.

Die Notwendigkeit einer Verlängerung der Schulpflicht.

Die Notwendigkeit einer Verlängerung der Schulpflicht geht wieder einmal aus den im Oktober d. J. vorgenommenen Schuluntersuchungen hervor, die in Groß-Berlin stattgefunden haben. Im Bezirk Treptow wurden von 225 Knaben 86 (38,2 v. H.) und von den 198 Mädchen 63 (32,8 v. H.) für berufsunfähig erklärt und für eine besondere Kräftigung in einem Heim auf dem Lande vorgeschlagen. Offenbar handelt es sich aber hier nur um die ganz besonders Schwachen. Auch unter den übrigen Kindern werden sicher noch solche sein, denen nach der Schulentlassung ein mehrmonatlicher Aufenthalt auf dem Lande gut tun würde.

Die weltliche Schule und die Weltanschauungsschule.

In der Reichsverfassung wird an zwei Stellen von der weltlichen und von der Weltanschauungsschule gesprochen: Im Artikel 146 Abs. 2 ist von den „Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung" die Rede, die auf Antrag der Erziehungsberechtigten innerhalb der Gemeinden neben der grundsätzlich für alle gemeinsamen Volksschule einzurichten sind, soweit dadurch ein geordneter Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird; und in Artikel 149 Absatz 1 wird festgelegt: Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach der Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien (weltlichen) Schulen. Die Tatsache, daß die Reichsverfassung das eine Mal von Weltanschauungsschulen, das andere Mal von bekenntnisfreien oder weltlichen Schulen spricht, hat insbesondere bei den Kämpfen um das Reichsschulgesetz zahlreiche Erörterungen über die Frage hervorgerufen, ob mit den verschiedenen Bezeichnungen auch verschiedenartige Schulen bezeichnet werden sollen oder ob

dieselbe Sache an den beiden Stellen der Reichsverfassung nur verschieden bezeichnet worden ist. So notwendig solche Auseinandersetzungen sind oder sein mögen, viel ist dabei praktisch nicht herausgekommen. Theorie und Praxis der Schulgestaltung haben, abseits von diesen Auseinandersetzungen, von sich aus bereits für weit klarere Linien, für reinliche Scheidung gesorgt, und die Oeffentlichkeit, die dieser Entwicklung gefolgt ist, weiß diese verschiedenen Bezeichnungen auch sehr wohl auseinanderzuhalten; sie weiß, daß mit diesen verschiedenen Namen auch recht verschiedene Dinge bezeichnet sind.

Die weltliche Schule ist bekenntnisfrei; sie nimmt Schüler und Lehrer ohne Rücksicht auf das Bekenntnis auf — in ihr kann und wird der Schüler aus evangelischen oder sonst kirchlich gebundenem Elternhaus in Frieden und Eintracht neben dem Kinde des Freidenkers sitzen können, ohne damit Schaden an seiner Seele zu nehmen. Die weltliche Schule kennt den Religionsunterricht als Teil des staatlichen Schulunterrichts nicht; was an religiösem Kulturgut vorhanden und als solches Teil der allgemeinen Menschenbildung ist, findet in der weltlichen Schule im Rahmen des übrigen Unterrichts seinen Platz. Der Religionsunterricht als besonderes Lehrfach ist Sache der religiösen Gemeinschaft. Staat und Gemeinde überlassen den Religionsgemeinschaften auf Antrag den Raum für den Religionsunterricht zu den für die Schule geeigneten Zeiten, und die Lehrer haben das Recht, sich an der religiösen Unterweisung durch freien Vertrag mit den religiösen Gemeinschaften zu beteiligen. Das ist die weltliche, die für alle gemeinsame Schule; sie führt die Trennung zwischen Staat und Kirche, wie es nach Artikel 137 der Reichsverfassung geboten ist, auch für die Schule durch und betrachtet und behandelt die religiöse Unterweisung ganz als Angelegenheit der Religionsgemeinschaften.

Die Weltanschauungsschule ist frei von irgendwelchem kirchlichen Bekenntnis, sie ist aber nicht bekenntnisfrei; sie wird eingerichtet oder gefordert von den Eltern einer bestimmten Weltanschauung, dient den Kindern dieser Elternkreise und ist bestimmt, die Jugend in der Schule in allem im Geiste dieser Weltanschauung zu unterrichten und zu erziehen. Was die Vertreter der kirchlichen Bekenntnisse von der kirchlichen Bekenntnisschule fordern — der ganze Unterricht, nicht nur der Religionsunterricht getragen und erfüllt vom Geiste des Bekenntnisses, Einheit im Bekenntnis zwischen Schülern und Lehrern — das und nichts anderes verlangen die Verfechter und Vertreter der Weltanschauungsschule für ihre Schule auch. Die Weltanschauungsschule ist Bekenntnisschule.

Die weltliche Schule hält und führt die Kinder aller Bekenntnisse und Weltanschauungen zusammen; die Weltanschauungsschule reißt die Kinder aus dem natürlichen Zusammenhang mit der Jugend ihrer Umgebung heraus; sie trennt die Jugend voneinander und zerstört die Schuleinheit. Die Oeffentlichkeit tut in der Tat recht daran, wenn sie die weltliche Schule, wie sie in den Zielforderungen des Deutschen Lehrervereins enthalten ist, scharf trennt von der Weltanschauungsschule.

Der Gesamtvorstand des Preußischen Lehrervereins zur kollegialen Schulleitung.

(Tagung in Schreiberhau am 22. und 23. 9. 28).

„Der Gesamtvorstand des Preußischen Lehrervereins hält an den Forderungen fest, die der 8. preußische Lehrertag über die Regelung der kollegialen Schulleitung aufgestellt hat. Er bedauert auf das lebhafteste, daß das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bisher noch keinerlei durchgreifende Maßnahmen zur Durchführung der kollegialen Schulleitung getroffen hat und verlangt daher, daß es endlich einen Gesetzentwurf vorlegt, der das Schulleitungsamt zu einem Ehrenamt erklärt und die Wahl des Schulleiters auf Zeit durch das Kollegium sicherstellt.

Er hält es für notwendig, daß schon jetzt die Erlasse vom 30. Oktober 1923 und vom 25. August 1925 baldmöglichst dahin abgeändert werden, daß das Schulleitungsamt in keiner Form mehr als Aufsichtsinstanz und der Schulleiter in keinem Falle mehr als Vorgesetzter der übrigen Lehrer der Schule erscheint.

Seine Mitglieder fordert der Gesamtvorstand des Preußischen Lehrervereins auf, alle ihnen gegenwärtig im Rahmen der geltenden Dienstanweisung gegebenen Rechte an der Selbstverwaltung der Schule voll auszunutzen und den maßgebenden Stellen den praktischen Beweis zu erbringen, daß die Lehrerschaft gewillt und fähig ist, alle mit der kollegialen Schulleitung verbundenen Aufgaben und Pflichten restlos zu erfüllen."

Geht's auch ohne körperliche Züchtigung in der Schule?

Auf einer Tagung junger Lehrer und Lehrerinnen wurde vor kurzem die Frage der körperlichen Züchtigung gestellt und in lebhafter Aussprache diskutiert. Ein Vorschlag, daß jeder der Teilnehmer ohne Nennung seines Namens seine Meinung niederschreibe, reiches Material zu dieser im Vordergrunde des öffentlichen Interesses stehenden Frage. Die überwältigende Mehrheit dieses Kreises jugendlicher Lehrer lehnt die Strafe der körperlichen Züchtigung ab und wünscht ihre Ueberwindung durch die Schule und die Lehrerschaft. Eine ganze Reihe der Teilnehmer kann das Bekenntnis ablegen, den Stock noch nicht gebraucht zu haben.

Diese Tatsachen aus einem wenn auch kleinen Beobachtungsfelde werden sicher von der Elternschaft und der Oeffentlichkeit begrüßt werden. Um so ernster sind aber auch die mancherlei Bedenken und Anregungen und Forderungen zu beachten, die in den Blättern dieser Nachfrage zum Ausdruck kommen, Besorgnisse, die von Lehrern geäußert werden, die sich stark und ehrlich um die innere Ueberwindung mühen und mit jugendlichem Optimismus ihre Schularbeit leisten. Da werden an erster Stelle immer wieder die Voraussetzungen genannt, die erfüllt sein müssen, wenn die körperliche Züchtigung wirklich zurücktreten und überwunden werden soll: die Herabsetzung der Klassenbesuchsziffer auf etwa 30 Schüler — noch gibt es Klassen mit 40, mit 50, mit 60 und noch mehr Schülern Die Ausscheidung der Schwererziehbaren und Hilfsschüler aus dem Klassenverbänden und ihre Erziehung in ganz kleinen Sonderklassen. Die Bereitstellung geeigneter Schulräume und hinreichender Arbeitsmittel, die Ueberwindung der Stoffherrschaft durch einen entwicklungstreuen Unterricht vom Kinde aus.

Zwei Gedanken aus der Nachfrage gehen Elternschaft und Oeffentlichkeit in einem ganz besonderen Maße an und sollten einmal gründlich durchdacht werden. Immer wieder heißt es: Alle feineren Strafen, die feinere Menschen erziehen sollen, stoßen auf schwere Hindernisse bei Kindern, die im Elternhause regelmäßig geprügelt werden. Und hier muß es zwischen Elternhaus und Schule sobald als möglich zu einer Verständigung kommen: in beiden Erziehungsstätten müssen auch in der Strafe die gleichen Grundsätze gelten, im andern Falle bleiben alle Bemühungen der Schule ohne Erfolg, ja gibt es im inneren Leben unserer Kinder ein unheilvolle Verwirrung.

Und die andere Besorgnis: die Verkündung amtlicher Vorschriften über die körperliche Strafe durch Zeitung und Radio wie die stark agitatorische Auswertung einzelner Schulfälle durch die Presse hat sehr unangenehme Wirkungen auf einzelne Schüler gehabt und dort die Autorität des Lehrers geschwächt. Auch hier sollten Elternschaft und Lehrerschaft alles tun, eine falsche Behandlung dieser Frage in der Oeffentlichkeit zu verhüten und gemeinsam an der Einführung verfeinerter Strafmaßnahmen in der gesamten Erziehung arbeiten, ohne die Jugend selbst in den Streit der Meinungen zu zerren und ohne agitatorische Ausnutzung einzelner Vorkommnisse.

Wer hat schuld?

Schülertragödien lassen von Zeit zu Zeit Elternschaft und Oeffentlichkeit aufhorchen und lenken die allgemeine Diskussion auf die Schule und die Jugenderziehung. Da ist der unglückselige Krantz-Prozeß mit seiner bis ins letzte Haus gelangten folgenschweren Berichterstattung der Zeitungen. Da ist der Primaner, der Lehrer und Mitschüler mit dem Revolver bedroht und gegen einen lebensfremden Lehrplan stürmt; da ist ein Tertianer mit wuchernder Phantasie, der die stillen Räume der Schule verläßt und draußen im flutenden Leben das Schicksal seiner Bücherhelden nacherleben will; da ist der achtzehnjährige Schüler, der bei seiner ausgesprochenen praktischen Begabung den Leistungen der intellektuell ausgerichteten Schule nicht genügt und in der Verzweiflung über seine Nichterfolge sein junges Leben wegwirft. Die Welt horcht auf; die Oeffentlichkeit kritisiert die Schule; die Elternschaft stellt die Schuldfrage; die Zeitungen machen tausend Vorschläge . . . Das Leben rollt weiter, nach einigen Tagen stehen andere Ereignisse im Blickfeld des Interesses, und alles bleibt, wie es war. Bis zum nächsten Fall . . .

Die mangelnde Teilnahme der Oeffentlichkeit und die geringe Zusammenarbeit von Haus und Schule haben einen erheblichen Teil Schuld an der Entwicklung, die unsere Schulen in lebensfremde Bahnen gelenkt hat, an der Entwicklung, die unsere Volksschüler immer stärker von der Ergreifung weiterführender Berufe und Laufbahnen abdrängt. Die Berechtigungsfrage in ihrer ganzen Schwere und Wucht steht auf: Staat und Wirtschaft stellen immer höhere Ansprüche an die schulische Vorbildung ihrer Anwärter; sie schalten so die Scharen ehemaliger Volksschüler immer mehr vom Eintritt in viele Berufe und vom Aufstieg im Berufsleben aus; sie entwerten das durch praktische Berufsarbeit und tüchtige Berufsleistung erbrachte Lebenszeugnis zu Gunsten der auf der Schule in jugendlichem Alter erworbenen Schulbefähigungen. Hunderttausende von Eltern unserer Volksschüler seufzen unter diesem Gang der Entwicklung und schelten gegen die brutale Aussperrung ihrer Kinder von allem Aufstieg in ihrer Lebensbahn.

Aber alle stillen Seufzer und alles heimliche Schelten ändern nichts an dem tatsächlichen Zustande; im Gegenteil: die Verkleinerung des Lebensspielraumes unseres Volkes, die wirtschaftliche Enge der Gegenwart, das Ueberangebot an Arbeitskräften will immer härter und schärfer die Schule in den Berechtigungsdienst stellen. Die Schule allein kann nicht die übertriebenen und falschen Forderungen ablehnen und das Wohl und Recht der jugendlichen Menschen gegen die uferlosen Bedingungen des Wirtschaftslebens vertreten. Die Elternschaft muß, gemeinsam mit der Lehrerschaft, an der öffentlichen Willensbildung in diesen Fragen mitschaffen, die Elternschaft als Ganzes, nicht in ihren Teilen als Partei, Weltanschauung, Stand, Schicht. Nicht nur in Stunden und an Orten,

wo eine Schülertragödie die allgemeine Aufmerksamkeit erregt, sondern immer und überall. Zu dieser Zusammenarbeit für unsere Kinder und ihre und unseres Volkes Zukunft reicht die Lehrerschaft den Eltern vertrauensvoll die Hand.

Pflichtstundenregelung in Thüringen.

(Verordnung vom 11. September 1928.)

1. Die Pflichtstundenzahl der Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Schulen beträgt:

a) für Volksschullehrer, Hilfsschullehrer und und technische Lehrer — 28 Wochenstunden,
b) für Reallehrer, Berufsschullehrer, Taubstummen- und Blindenlehrer — 26 Wochenstunden,
c) für Studienräte — 24 Wochenstunden.

Bis zum Beginn des auf die Vollendung des 45. Lebensjahres folgenden Schuljahres tritt für alle Lehrkräfte eine Erhöhung der Pflichtstundenzahl um 2 Wochenstunden ein.

2. Für Schulleiter an Schulen mit Vollunterricht, an denen 2 und mehr Lehrer hauptamtlich tätig sind, kann im Verhältnis zur Zahl der an der Anstalt vollbeschäftigten Lehrkräfte eine Herabsetzung der wöchentlichen Pflichtstunden eintreten, indem sich die Zahl der Wochenstunden auf je 2 Lehrkräfte um 1 Stunde bis höchstens auf die Hälfte verringert.

Für Leiter von Berufsschulen kann eine Herabsetzung der wöchentlichen Pflichtstunden im Verhältnis zur Schülerzahl eintreten, indem sich bei Schulen mit mehr als 75 Schülern oder Schülerinnen auf je 75 die Zahl der Wochenstunden um 1 Stunde verringert.

Eine weitere Ermäßigung in Rücksicht auf den Umfang der Dienstgeschäfte kann in besonderen Ausnahmefällen von der oberen Schulbehörde zugebilligt werden.

3. Im Bedarfsfalle ist eine jede Lehrkraft ohne Anspruch auf Vergütung zu einer Mehrleistung von 2 Wochenstunden über die ihr zukommende Pflichtstundenzahl hinaus verpflichtet. Uebersteigt diese Mehrleistung die Dauer von 6 Schulwochen, so tritt danach Anspruch auf Vergütung ein.

Andererseits darf mit Genehmigung der oberen Schulbehörde ein Stundennachlaß gewährt werden, wenn besondere persönliche Gründe (Schwerkriegsbeschädigte) oder außergewöhnliche Inanspruchnahme der Arbeitsleistung (Verwaltung großer Sammlungen und Büchereien, hohe Zahl umfangreicher Korrekturen) vorliegen.

4. Lehrerinnen kann auf besonderen Antrag eine Ermäßigung der ihnen zukommenden Pflichtstundenzahl um wöchentlich 2 Unterrichtsstunden zugebilligt werden, soweit nicht die Bedürfnisse der Schule die Erteilung der vollen Unterrichtsstundenzahl erforderlich machen. Die Entscheidung hierüber trifft die obere Schulbehörde.

Bei verminderter Pflichtstundenzahl erhalten die Lehrerinnen auf Grund von Paragr. 2 Absatz 2 des Beamtenbesoldungsgesetzes vom 30. März 1928 nur 90 v. H. des Grundgehaltes.

5. Diese Bestimmungen treten mit Wirkung vom 1. Oktober 1928 in Kraft, soweit ihre Anwendung noch im laufenden Schuljahr ohne empfindliche Störung des Unterrichts möglich ist.

Hilfsfonds für leistungsschwache Schulgemeinden.

Das Landespräsidium ordnet in einer Bekanntmachung vom 10. November dieses Jahres folgende Bestimmungen über die Bildung und Verwaltung eines Hilfsfonds für leistungsschwache Schulgemeinden an.

1. Zur Beseitigung der Notlage in einzelnen finanzschwachen Schulgemeinden wird ein besonderer Hilfsfonds gebildet. Das Landespräsidium bestimmt mit Einwilligung des Landtags, welche Geldmittel ihm zugeführt werden sollen.

2. Die Verwaltung des Hilfsfonds übernimmt die Regierung — Finanzabteilung —. Die Kassenführung besorgt die Landkasse. Anträge auf Unterstützung aus dem Fonds sind bei der Oberschulbehörde zu stellen, von ihr zu prüfen und durch die Regierung — Finanzabteilung — dem Landespräsidium zur Entscheidung einzureichen. Die Regierung — Finanzabteilung — hat eine fortlaufende genaue Nachweisung über die Art und Höhe der Beihilfen zu führen und die etwa vorgesehene Tilgung und Verzinsung zu überwachen. Nach Abschluß eines jeden Rechnungsjahres erfolgt der ordnungsmäßige Rechnungsabschluß.

3. Aus dem Hilfsfonds sollen in der Regel Darlehen und Zuschüsse (insbesondere zur Verwendung als Zinsermäßigung) gegeben werden an solche Schulgemeinden,

1. die größere notwendige Schulbauten ausführen müssen beziehungsweise mußten und die dazu erforderlichen Kapitalien nicht aufbringen oder mit eigenen Mitteln ordnungsmäßig verzinsen und tilgen können;
2. die aus sonstigen Gründen in besonderen Finanzschwierigkeiten sind.

Die staatlichen Hilfeleistungen aus den Mitteln des Fonds sollen den Schulgemeinden versagt werden, die

1. ihre eigenen Steuermöglichkeiten nicht ausnutzen;
2. eine ordnungsmäßige Haushalts- und Rechnungsführung nicht nachweisen können.

4. Die Darlehen werden zu einem Zinssatz bis zu 5 v. H. und zu einem Tilgungssatz bis zu 2 v. H. gegeben; die Zins- und Tilgungsraten sind halbjährlich fällig.

Die Kündigungsfrist soll regelmäßig 6 Monate betragen; sie kann bis auf 10 Jahre vom Tage der Hingabe des Darlehns ab ausgeschlossen werden. Kommt eine Schulgemeinde ihren Verpflichtungen schuldhafterweise nicht nach, so kann das Darlehn in jedem Falle unter Innehaltung einer Kündigungsfrist von 2 Wochen gekündigt werden.

Zur Allgemeinen Deutschen Lehrerversammlung Dresden 1929.
Dresdner Barock.

In der glücklichen Vereinigung von natürlicher, reizvoller Lage mit baukünstlerischer Gestaltung und wertvollem Museumsbesitz liegt die Schönheit Dresdens begründet. Diese Häufung von Naturreizen und Kunstwerken hat unserer Stadt trotz alles Wandels auf dem Gebiete der kulturellen Bedürfnisse und Anschauungen die Gunst der Besucher durch die letzten Jahrhunderte erhalten. Auch wenn sie nichts weiter aufzuweisen hätte als die beredten Zeugen einer geschichtlich letzten großen deutschen Baugesinnung, wären ihr Ruhm und ihre Bedeutung kaum geringer.

Man nennt gemeinhin Dresden eine Barockstadt; ja, man bezeichnet sie wohl als die Barockstadt Deutschlands. Damit kann nimmermehr gemeint sein, daß ein anderer als der barocke Baustil hier keinen Platz und keinen Ausdruck gefunden hätte. Wir haben vielmehr eine ganze Fülle von größeren Baudenkmälern und köstliche Einzelheiten aus früheren Zeiten. Trotzdem aber bleibt das, was um 1700 und in den Jahrzehnten danach in Dresden geschaffen wurde, vorherrschend und bestimmend für den baulichen Charakter der Stadt.

Der Dresdner Barock, den wir am besten in der Zwingeranlage beobachten und erleben können, ist im Gegensatze zu dem der bayrischen und österreichischen Paläste und Kirchen weniger der Ausdruck einer normierten Schönheit als der einer aufbauenden und überschüssigen Kraft, ist Betonung einer seelischen Bewegung, die in den Kampfgebieten zwischen katholischem Süden und protestantischem Norden, zwischen den Kulturen der Reformation und der Gegenreformation mit besonderer Energie sich Geltung zu verschaffen suchte. Er wurde von einem Fürsten gepflegt und gefördert, der einmal geschickter und genialer als alle die übrigen 300 regierenden Häupter seiner Zeit den Glanz der französischen Sonne zu widerspiegeln suchte, der anderseits aber als Mensch und als Herrscher von ganz eigenem Format war und der zudem in allem, was er tat und tun ließ, mit einem Aufwande von ungeheuren Mitteln die repräsentierenden und amouröſen Absichten seines Hofes zur Geltung brachte. Und dieser Fürst fand für die Ausführung seiner Pläne Künstler (Pöppelmann, Permoser), die, obwohl sie mit starken italienischen Anregungen kamen und durchaus über die mehr klassizistische französische Art orientiert waren, doch eigenwillig und befähigt genug waren, auch fremde Formeln mit eigenen Worten zu lösen, auch fremde Formeln mit eigenen Schönheiten und Kräften zu füllen, so daß allen ihren Werken Selbständigkeit nicht abzusprechen ist.

Der Dresdner Barock ist vom Zwinger aus zu erfassen. Wenn Deutschlands Lehrer in den Pfingsttagen des nächsten Jahres nach Dresden kommen werden, sind voraussichtlich die jahrelangen Instandsetzungsarbeiten an diesem Bauwerke vollendet.

Lange Zeit hat man den Zweck des Zwingers falsch angedeutet. Er war nie als Vorhof einer großen Schloßanlage gedacht, sondern wurde ausgeführt als „steingewordener Turnierplatz", als ein Lustpalast für die kleine Kaste der Herrenmenschen, die der königliche Glanz bestrahlte. Hier und in den olympischen Gärten der vielen Palais im Innern der Stadt und in der Umgebung spielte sich das höfische Leben ab.

Der Dresdner Barock ist eine aristokratische Baukunst, ist der Ausdruck eines absolutistischen Willens, ist geträumte Tatenkraft. Aber er ist Einheit und darin überragt er alles, was nach ihm kam. Die Einzelheit, der Teil waren für ihn ohne Bedeutung. Die Architektur war das Bestimmende. Plastik und Malerei hatten sich einzufügen und unterzuordnen. Es gab, wenigstens in der Glanzzeit der barockenen Gestaltung, keine Außenseiter, keine Sezessionen. Während der geniale Pöppelmann seine Skizzen und Pläne zeichnete und Permoser in einem wahren Furioso aus dem Sandstein seine wuchtigen Faune und sinnlichen Nymphen schlug formte Kändler in Meißen seine reizenden Schäfergruppen, schmiedete Dinglinger goldene Tabatieren, Uhren und Schalen, denen wir heute oft nur noch als Kuriositäten Interesse abgewinnen können. So geschah und entstand nichts in dieser Zeit, das nicht den klaren Stempel des Zeitgeschmackes trug.

Damit nun aber der Hof auch ganz unter sich sein konnte, ließ er sich abseits von der Residenz zahlreiche Lustschlösser bauen, die mit ihren ausgedehnten Gartenanlagen durchaus als Wohnungen indischer Götter aufgefaßt waren und in denen die Galanterie Orgien feierte. So entstand schon unter dem Vorgänger Augusts des Starken in dem kurz vorher angelegten Großen Garten ein Palais als „heitere Eröffnung der rauschenden Folge von Bauten

des 18. Jahrhunderts". In rascher Folge wurden dann für den König selbst oder seine Günstlinge viele Schlösser und Schlößchen in der Umgebung Dresdens errichtet oder nach den Zeitbedürfnissen umgebaut, u. a. Moritzburg, Pillnitz, Groß-Sedlitz und manche Sommerhäuschen und Liebestempel auf den Höhen und in den Tälern ringsum, die heute vergessen und verfallen sind.

Natürlich suchte auch der Bürger mit dem Adel in der Nachahmung des höfischen Baustiles (wie der höfischen Lebensführung) zu wetteifern. Auf diese Weise entstanden ganze Straßen mit barocken Bürgerhäusern. Wenn auch August der Starke nicht so weit ging wie Friedrich der Große, der seinen Bürgern die Ausführung der Fassaden nach bestimmten Stichen und Plänen auf das genaueste vorschrieb, so gab er doch schon 1720 eine Bauordnung heraus, für die „Zierde der Stadt und Commodität des Bauherrn" oberste Gesichtspunkte waren und die neben der äußeren Form auch den inneren Ausbau berücksichtigte. Die Stadtbauordnung wurde großzügig durchgeführt. Sie war eingestellt auf weite Sichten, feste Blickpunkte und wohlberechtigte Steigerungen. Das sind einzelne Momente, die wir auch heute noch in der Stadtanlage beobachten können und die uns mit dem aussöhnen, was spätere Zeiten verdorben haben. Leider haben ja die kriegerischen Folgen einer unglückseligen Politik der Nachfahren und unverständliche Verbesserungsabsichten einer folgenden Baugeschichte viele der reizvollen Bauten ganz vernichtet und andere bis zur Unkenntlichkeit verunziert. Was geblieben ist, sind nur die Dominanten einer harmonischen Gestaltung, von der uns alte Stadtbilder, etwa die von Canaletto, noch eine Vorstellung geben.

Verschiedenes

Johannes Kühnel †.

Ueber ihn, der uns lippische Lehrer im Jahre 1924 durch seine temperamentvollen Ferienvorträge über neuzeitlichen Rechenunterricht erfreute, schreibt „Die deutsche Schule".

„In dem Münchener Vorort Gräfelfing, den er sich zum Ruhesitz erkoren hatte, ist am 12. Oktober im 60. Lebensjahre Prof. Dr. Johannes Kühnel verschieden, bis 1924 Oberstudienrat am Leipziger Lehrerseminar. Er hat auf den verschiedensten Gebieten des Bildungswesens eine vielseitige Tätigkeit entfaltet. Am bekanntesten sind seine Arbeiten über den Rechenunterricht, namentlich sein grundlegendes und umfassendes, 1916 zuerst erschienenes und jetzt bereits in 5. Auflage vorliegendes Hauptwerk „Neubau des Rechenunterrichts" geworden. Aber auch die Entwicklung des Anschauungsunterrichts hat er stark beeinflußt durch sein eigenes Buch „Moderner Anschauungsunterricht" und seine Neubearbeitung von Jütting und Webers „Anschauungsunterricht und Heimatkunde für das erste bis dritte Schuljahr". Sodann gehörte er zu den führenden Männern in der Bewegung für die Einbeziehung handwerklicher Betätigung in den allgemeinen Schulunterricht und wurde deshalb auf Vorschlag der Leitung des Deutschen Lehrervereins auf der Reichsschulkonferenz des Jahres 1920 zum Mitberichterstatter für die Frage der Arbeitsschule bestellt. Endlich soll nicht vergessen werden, daß wir ihm einen Neudruck des Comenianischen Orbis pictus verdanken, und daß er mit regem Eifer für die neue Lehrerbildung, insbesondere für die berufswissenschaftliche Ausbildung der Volksschullehrer auf den bestehenden Hochschulen gewirkt hat."

Fernsprechanschlüsse.

Vorsitzender A. Haase	Lemgo	554.
Geschäftsstelle (H. Sprenger)	Detmold	2854
Personalausschuß (F. Kuhlemeier)	Hohenhausen	88
Schulbücherausschuß (G. Schlepper)	Lage	452
M. Wolf, Mitglied der Oberschulbehörde	Detmold	2790

Lehrer-Witwen-Waisen- und Sterbekasse. Rechnungsabschluß 1926.

Vermögensstand nach dem Stande vom 31. 3. 1927.

A. Kriegsanleihe	4254,31
B. Landes-Spar- und Leihekasse	2700,—
C. Hypotheken	2175,—
D. Kirchen- und Schulgemeinden	2875.—
E. Aufgewertete bereits zurückgezahlte Kapitalien	9485.12
F. In Reichsmark ausgeliehene Kapitalien	24 800,—
	46289.43
Dazu Bestand dieser Rechnung	15 035,10

Einnahme:

I. Bestand	2390,21
II. Aus Irrtum u. Erinnerungen	19,80
III. Zinsen	2548,—
IV. Beiträge der Mitglieder (502)	19483,83
V. Abgabe wegen Wiederverheiratung	—,—
VI. Eingegangene Kapitalien	17 100,—
VII. Eingegangene Rückstände	—,—
VIII. Außerordentlich	—,—
	41 542,74

Ausgabe:

I. Vorschuß aus voriger Rechnung	—,—
II. Aus Irrtum und Erinnerungen	39 27
III. Entschädigung der Landkasse	700,—
IV. Witwen- (54), Waisen- (23) u. Unterstützungsgelder (25)	11 981,26
V. Sterbegelder (4 mal 100 und 2 mal 300)	1000,—
VI. Rückstände	7,86
VII. Ausgeliehene Kapitalien	12 500,—
VIII. Außerordentlich	279,25
	26 507,64

Abschluß:

Einnahme	41542,74
Ausgabe	26507,64
Bestand	15035,10

Bemerkung:

Der Rechnungsabschluß hat sich wegen Arbeitsüberhäufung bei der Landkasse und Oberschulbehörde stark verzögert. Der Abschluß 1927 wird in Kürze bekanntgegeben. Es kann schon jetzt gesagt werden, daß der Jahresbeitrag vom 1. 4. 1929 ab auf 24 RM. herabgesetzt wird, da das nach Par. 28 der Satzung aus den Ueberschüssen der Kasse anzusammelnde Kapital von 60 000 Reichsmark erreicht ist.

Heidenoldendorf, den 25. November 1928.

Schlütsmeier.

Deutscher Lehreridealismus in Innsbruck.

Von M. Heinemann, Gotha.

Als am Beginne dieses Schuljahres unsere tirolischen Amts- und Vereinsfreunde mit ihrem Plane hervortraten, in ihrer Landeshauptstadt ein Deutsches Lehrerreiseheim einzurichten, fanden sie allerwärts in Deutschlands Gauen freudige Zustimmung; auch wir Thüringer haben damit nicht zurückgehalten. Das ist nicht verwunderlich, denn die Vorteile, die damit verbunden sind, liegen ja fast greifbar zutage. Freilich, wer hat den Gewinn? Ausschließlich die Gästeschar, die das Heim benutzen, die Geschäftsstelle um Rat angehen wird. Für die hoffnungs- und arbeitsfrohen Innsbrucker Kollegen entspringt aus dem Unternehmen nichts als Arbeit und Mühe, hoffentlich nicht auch noch graue Sorge.

Wer ein klares Bild von der bereits geleisteten und der noch zu leistenden Arbeit gewinnen will, der müßte einmal nur einen Morgen während der Reisezeit in der Geschäftsstelle zubringen. Wir hatten das Glück und die Freude, gelegentlich unseres diesjährigen Sommeraufenthaltes in Innsbruck, Einblick nehmen zu dürfen in die Pläne und die Arbeit unserer Amtsfreunde und wollen nur andeutungsweise einiges davon berichten. Noch ist der Gedanke kaum ein paar Wochen in die Oeffentlichkeit getragen worden, aber schon stehen vor dem Schreibtisch des geschäftsführenden Kollegen drei dicke Briefordner voll Zuschriften und Anfragen. Jeder Tag bringt neue Posteingänge in erheblicher Menge, und jeder Einsender erwartet umgehende und zuverlässige Antwort. Dazwischen aber kommen fast jede Viertelstunde, ja oft noch in viel kürzeren Abständen Kollegen und Kolleginnen, die unbekümmert von daheim abreisten und nun an Ort und Stelle sich erst Rat holen wollen. Und was wird da alles gefragt? In erster Linie nach Wohnungen, und zwar nach Wohnungen in Innsbruck, vor allem nach solchen in mäßiger Preislage. Das nimmt den nicht Wunder, der einmal ein paar Sommerwochen hindurch den riesigen Strom von Fremden aller Nationen beobachtet, der sich täglich in diese Stadt ergießt. Trotzdem die Zahl der Gasthöfe und Fremdenheime viel größer ist als in jeder anderen Stadt von gleicher Einwohnerzahl, vermögen sie doch oft kaum alle Suchenden zu befriedigen.

So kam es, daß in diesem Sommer die Stadtverwaltung sogar durch Maueranschläge ihre Bürger und Bürgerinnen um Bereitstellung von Privatquartieren ersuchen mußte, um nur des durch heimkehrende Teilnehmer vom Deutschen Sängerfest in Wien verstärkten Fremdenstromes Herr werden zu können. Und so hat auch die Geschäftsstelle des erst noch geplanten Lehrerreiseheims schon reiche Betätigungsmöglichkeiten gefunden. Aber nicht allein Wünsche bezüglich kurzer oder längerer Unterkunft in Innsbruck selbst werden befriedigt, auch Anfragen nach Wohnungen in allen anderen Orten des Landes finden ihre Erledigung. Reisepläne werden besprochen, Vorschläge für Bergwanderungen unterbreitet u. a. m. Fürwahr ein Arbeitsfeld von riesigem Ausmaß.

Und wofür oder aus welchem Grunde leisten die Innsbrucker Kollegen dies alles? Für nichts als einen freundlichen Dankesgruß; aus keinem anderen Grunde als aus der Liebe zu ihrer schönen Heimat und aus standesbrüderlicher Hilfsbereitschaft den Kolleginnen und Kollegen anderer deutscher Gaue gegenüber. Es ist wirklich herzerfrischend, die Arbeitsfreude und die Opferwilligkeit zu beobachten, mit der die Tiroler Berufsgenossen ihre Zeit und ihre Kraft ihren Freunden aus dem Reiche zur Verfügung stellen. Möchten sie nun auch aus unseren Reihen in ebenso reichem Maße die Unterstü.ung finden, deren sie zur Verwirklichung ihrer Pläne dringend bedürfen. Daß das Lehrerheim sehr vielen Berufsfreunden aller reichsdeutschen Lehrerverbände eine Wohltat werden wird, ist erwiesen; daß erhebliche Mittel zum Erwerb oder Bau eines dazu geeigneten Hauses nötig sind, braucht keines ausführlichen Beweises an dieser Stelle, und daß die Vergünstigungen, die das Heim bieten wird, um so größer sein können, je weniger der Betrieb mit Bauschulden u. dgl. belastet ist, liegt auf der Hand. Also gehe jeder und jede unserer verehrlichen Leser und Leserinnen in sich und übergebe recht bald sein Scherflein — es mögen der Reichsmark wenige oder viele sein — seinem Einzelvorständen, daß er alle gemeinsam einzahle auf das Postscheckkonto München Nr. 59 618 für das Deutsche Lehrerreiseheim in Innsbruck. (Thüringer Lehrer-Zeitung vom 1. November 1928, Nr. 36).

Mitteilung.

Die Lippische Landeshauptstelle gegen den Alkoholismus veranstaltet mit Unterstützung der Oberschulbehörde und der Fürsorge-Abteilung der Lippischen Regierung am 3. Januar 1929 in Lage, in der Aula der Freiligrathschule (gegenüber der Post) einen Lehrgang über die Alkoholfrage. (Ueber Redner, Zeit und Thema der Vorträge s. Anzeige!). Alle Erzieher des Landes, die irgendwie ein Interesse an dem Nüchternheitsunterricht haben, werden dringend gebeten, an der Veranstaltung teilzunehmen. Leider war es nicht möglich, einen günstigeren Tag dafür zu bekommen. Aber trotzdem hoffen wir angesichts der großen Alkoholnot unseres Volkes auf rege Beteiligung. Plaß, Schötmar.

Die Vorbereitungen zu dieser Veranstaltung sind schon längere Zeit imgange. Der Vorstand des L. L. V. hat s. Zt. zugesagt, die geplante Veranstaltung zu fördern und ihr seine Unterstützung zuteil werden zu lassen. Da es sich hier — es braucht kaum gesagt zu werden — um eine durchaus akute Frage handelt, die insbesondere uns Lehrer interessieren sollte, sei deshalb auch an dieser Stelle die Gelegenheit benutzt, mit besonderer Empfehlung auf die Tagung hinzuweisen. (Die Schriftleitung).

Zugänge zur Lippischen Landesbibliothek.

Wolff: Umwelttypen. 1928. Aus „Zeitschrift für Päd. Psychologie.
v. Bülow: Wilhelm II. v. Hohenzollern. 3. Aufl. Leipz. 27.
Bericht des Gewerkschaftsbundes der Angestellten 1926. Berlin-Zehl. 1927.
Boegelin: Die Stufe Welt. Detmold 1928.
„ Dämmerndes Reich. Detmold 1928.
Deutsche Sozialpolitik 1918—1928. Berlin 1929.
Schacht: Vogelwelt. Lemgo 1907.
Binding: Aus dem Kriege. Frankfurt 1927.
Zweig: Der Streit um den Sergeanten Grischa. Potsdam 1928.
Handbuch der Pädagogik. Lief. 7.
Poincarè: Memoiren. I. II. Dresden 1928.
Kant: Kritik der reinen Vernunft. Leipzig 1926.
v. Seeckt: Gedanken eines Soldaten. Berlin 1929.
Rieger: Stefan Zweig. Berlin 1928.
Gundolf: George. Berlin 1921.
Marx, Engels, Lasalle. T. 3. Berlin 1924.
Schleiermacher: Monologen. Leipzig 1914.
Schkaf: Recht der Jugend. Berlin o. J.
„ Dichtungen. Weimar 1927.
Moderfohn-Becker: Briefe und Tagebücher. Herausgegeben v. S. S. Gallwitz, München.
Schäfer: 33 Anekdoten. München 1921.
Mühsam: Sammlung 1898—1928. Berlin 1928.
Ringelnatz: Kuttel datteldu. Berlin-Wilm. o. J.
Berendsohn: S. Lagerlöf. München 1927.
Barth: Dogmatik. München 1927.
Soederblom: Einigung der Christenheit. Halle o. J.
Fischner: Hui-Hui. Asiens Islamkämpfe. Bln-Schön. 1928.
Plaut: Hille-Bille. Hamb. 1929.

Das Hochschulstudium der Volksschullehrer in Sachsen.

Im Sommersemester 1928 betrug die Zahl der Studenten, die an der Universität Leipzig und der Technischen Hochschule in Dresden in der Ausbildung zum Volksschullehrerberuf begriffen waren, 850 (440 in Leipzig, 410 in Dresden). Im Wintersemester 1928-29 ist die Gesamtzahl dieser Studenten auf 900 gestiegen (480 in Leipzig, 420 in Dresden). Unter Berücksichtigung der Studenten, die im Laufe des Sommersemesters nach Abschluß ihrer Studien in den Volksschuldienst eingetreten sind, ist im Wintersemester 1928-29 ein Zugang von rund 80 Studenten zu verzeichnen. Die Zahlen beweisen, daß die akademische Volksschullehrerbildung in erfreulicher Entwicklung begriffen ist, daß in Kürze die beiden Hochschulen den Bedarf an Volksschullehrern decken. Auch in den kommenden Jahren sind die Anstellungsaussichten günstig.

Der Deutsche Beamtenbund zum Wirtschaftskampf im Ruhrgebiet.

Die Bundesleitung des DBB. hat am Dienstag, dem 13. November, zu dem Wirtschaftskampf in der nordwestdeutschen Eisenindustrie durch folgende Entschließung Stellung genommen.

„Der DBB. bedauert aufs lebhafteste die Entstehung und Entwicklung des Wirtschaftskampfes im Ruhrgebiet. Hunderttausende von Arbeitern mit ihren Familien geraten in unverschuldete Not. Die fortschreitende Gesundung der deutschen Wirtschaft erleidet dadurch einen empfindlichen Rückschlag. Ungeheure Werte liegen brach. Mit besonderer Besorgnis muß es den DBB. erfüllen, daß ohne Rücksicht auf einen für verbindlich erklärten Schiedsspruch schon ein Kampf heraufbeschworen worden ist, bevor die noch zur Verfügung stehenden gesetzlichen Instanzen die letzte Entscheidung gefällt hatten. Nach allgemeiner Auffassung wird der Kampf geführt, um die dem wirtschaftlichen Frieden und dem sozialen Ausgleich dienenden Gesetze nicht auf gesetzlichem Wege, sondern mit wirtschaftlichen Machtmitteln zu bekämpfen oder ihre Beteiligung zu erzwingen. Der DBB. erblickt hierin eine starke Gefährdung der Staatsautorität, um so mehr als ein Mißbrauch der persönlichen Notlage zu politischen Zwecken zu befürchten ist, aus dem sich unübersehbare Schäden für das ganze deutsche Volk ergeben müßten. Er erwartet daher von Reichsregierung und Reichstag, daß sie nicht durch langwierige Verhandlungen diese Gefahren vergrößern, sondern durch eine baldige Entscheidung dem Kampfe, der auch die öffentlichen Finanzen stark belastet, ein Ende bereiten."

Die Comenus-Bücherei, Leipzig.

Am 12. November d. J. wurde der 300 000. Band in der Comenius-Bücherei eingestellt. In herzlicher Freude dankt die Leitung der Bücherei allen ihren Freunden, besonders den Lehrerorganisationen und ihren Führern, für die tatkräftige Förderung, die sie ihr bisher bewiesen. Ebenso dankbar gedenken wir der wohlwollenden Unterstützung, die wir durch Behörden erfuhren. Die deutsche Lehrerschaft kann stolz sein auf ihre Comenius-Bücherei. Möge es ihr gelingen, die weitere Entwicklung zu sichern!

Die Vereinigten Deutschen Prüfungsausschüsse für Jugendschriften

geben heraus:

1. „Verzeichnis empfehlenswerter Jugendschriften".

Das Verzeichnis gibt eine Uebersicht über das gesamte Gebiet des deutschen Jugendschrifttums. Die aufgeführten Bücher sind nach Sachgebieten und Altersstufen (bis zum 16. Lebensjahr) geordnet. Das diesjährige Verzeichnis ist bis auf die Gegenwart fortgeführt und enthält hinter jedem Titel eine kurze Inhaltsangabe. Das Verzeichnis hat den Zweck, alle an der Erziehung und Bildung mitarbeitenden Kreise auf dem Gebiete des Jugendschrifttums zum beraten.

Der Grundpreis des Verzeichnisses beträgt RM. 0.20. Bei Einsendung von RM. 0,25 in Briefmarken erfolgt freie Zusendung. Bei größeren Bezügen erfolgt folgender Preisnachlaß:

500 Verzeichninsse für Stück 0.18, 1000 Verzeichnisse für Stück 0.17, 5000 Verzeichnisse für Stück 0.15 RM. Bei Bezügen von 10 000 Stück und mehr bittet der Verlag um Einholung eines Sonderangebotes.

Da es sich hier um eine notwendige Volksbildungsarbeit handelt, bitten die V. D. f. J. um ausgedehnte Empfehlung und Verteilung ihres Verzeichnisses an Lehrer und Lehrerinnen sämtlicher Schulen, an die Schüler und Schülerinnen, an die Eltern, an sämtliche Berufsarbeiter in der Jugendpflege und Wohlfahrtsarbeit, an die Büchereien, sowie Wohlfahrts-, Bildungs- und Jugendvereinigungen des dortigen Wirkungsbereiches.

Es ist erwünscht, die Bestellungen baldigst aufzugeben, damit die Verzeichnisse bei der großen Anzahl rechtzeitig vor Weihnachten in Händen des Bestellers sind.

2. „Gute Bücher aus billigen Sammlungen".

Dieses Verzeichnis ist eine Ergänzung des vorstehenden allgemeinen „Verzeichnisses empfehlenswerter Jugendschriften". Die neue Auflage kann vom 1. Januar 1929 an geliefert werden. Das Verzeichnis bietet eine Uebersicht über die guten Hefte aus den billigen Sammlungen. Die aufgeführten Hefte sind nach Sachgebieten und Altersstufen (bis zum 16. Lebensjahr) geordnet. Das Verzeichnis will besonders bei Auswahl von gutem, billigem Klassenlesestoff helfen. Es gehört darum in die Hand eines jeden Lehrers.

3. „Wertvolle Spiele für die Schul- und Jugendbühne".

Dieses Verzeichnis ist in neuer Auflage in erweitertem Umfange erschienen. Für die Auswahl gilt die Forderung, daß die Spiele in literarischer Hinsicht den Anforderungen des guten Ge-

schmacks entsprechen müssen und daß sie kindertümlich und spielbar sind. Das Verzeichnis gehört in jede Schule, in jede Bücherei, in die Hand jedes Leiters oder Führers von Jugendvereinigungen.

Der Grundpreis beträgt RM. 0.25. (Bei Einsendung von RM. 0.30 in Briefmarken wird es frei zugesandt.) Bei größeren Bezügen Preisnachlaß nach Vereinbarung

Da es sich um Entwicklung und Aufbau eines noch wachsenden Arbeitsgebietes handelt, bitten die V. P. f. J. um ausgedehnte Empfehlung und Verbreitung dieses Verzeichnisses.

4. „Der Wegweiser zum guten Buch für Jugendliche."

Dieses Verzeichnis gibt einen Ueberblick über solche Bücher, die für junge Menschen wertvoll sind. Das Wesentlichste und Wertvollste dieser Arbeit sehen wir in der Charakteristik, die jedem der reichlich 1000 Buchtitel beigegeben ist. Das Verzeichnis kostet 1.00 RM.

Die Bestellungen für die vier Verzeichnisse sind zu richten an die Geschäftsstelle, W. Senger, Hamburg 13, Curiohaus.

Bücher zum Deutschunterricht.

Der Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt a. M. übersendet uns zwei neue Bücher zum Deutschunterricht. Beide sind berechnet für die höhere Schule. Wer jedoch bei Beurteilung allerpädagogischen Angelegenheiten von der Auffassung ausgeht, daß alle Bildungsarbeit gleichen Wesens sei, liest solche Bücher auch dann nicht ohne Gewinn, wenn er nicht an einer höheren Schule unterrichtet. — Das „Handbuch für den Deutschunterricht auf der Oberstufe im Sinne der geistigen Arbeitsschule" von Amalie Poß (geheftet 3,50 RM., geb. 3,80 RM.) stellt einen Bericht über die Jahresarbeit im 7. Schuljahr einer höheren Schule dar. Epen. Gedichte, Legenden, Fabeln und Parabeln werden hier im Sinne der Arbeitsschule behandelt, der Stoff um zentrale Gedanken gruppiert: „Dichter und Mythos", „Der Dichter und die Weisheit der Volksseele", „Dichter und Natur". Der ganze Reichtum der deutschen Seele wird in diesem Buche lebendig. — Das andere Buch heißt: Wilhelm Schneider, Deutscher Stil- und Aufsatzunterricht (geheftet 4,80 RM., geb. 5,20 RM.) Wer für soziale Einheitsschule und Demokratisierung der Bildung eintritt, wird in diesem Buche jene Wendungen über „den Mann ohne sprachliche Bildung" und die soziale Grundlage der höheren Schule ablehnen. Aber das läuft nur so mit unter. Auf die sachliche Seite gesehen, ist es ein überaus interessantes Buch. Die „Zeitschrift für Deutschkunde" schreibt darüber: „In kritischer didaktischer Situation erscheint ein Werk, das klärend, einigend, führend werden dürfte im Streit um die Ziele und Methoden der Stilerziehung, ja des Deutschunterrichts überhaupt. Wilhelm Schneider, ein allen Theoretikern und Praktikern der Stilkunde wohlbekannter Mann, faßt die Bemühungen der letzten Jahre um eine Reform des Schulaufsatzes in einem gründlichen Handbuch zusammen, das weitreichende eigene Erfahrungen mit genauer Kenntnis der einschlägigen Literatur verbindet und dergestalt zum erstenmal ein Gesamtbild des im „Neuen Aufsatz" Erstrebten und Erreichten bietet. Ausgezeichnet geschrieben, in keiner Zeile pedantisch, in Lehre und Kritik ebenso trefflicher wie amüsant, erweist es durch solche Vorzüge schon des Verfassers besondere Eignung für seinen Gegenstand; nicht ein langweiliges Kompendium hat er geschrieben, sondern ein jedermann fesselndes, den Fachmann geradezu hinreißendes Buch."

Zuhl: Kultur- und wissenschaftsgeographische Streifzüge. 1. Band: Europa, 2. Band: Asien und Afrika. Preis Bd. 2 *M*. Verlag: Heinrich, Dresden.

Unter diesem Titel gibt der Verfasser in 2 Bänden, denen ein dritter folgen wird, neues Quellenmaterial für den erdkundlichen Unterricht heraus. Aus der Fülle moderner Reiseliteratur sind unter Berücksichtigung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen der Heimat zu den fremden Ländern fesselnde Schilderungen ausgewählt. Diese Sammlung überragt manche Erscheinung dieser Art durch sorgfältige Auswahl inbezug auf den Gegenstand und die Form der Darstellung. Es treten nur typische Gegenstände auf in anziehender durchweg kindertümlicher Schilderung. Die größere Achtung vor der Fassungskraft des Schülers macht das Buch vor allem geeignet, als Ergänzung von reinen Tatsachen und Arbeitsheften wertvolle Verwendung zu finden im Sinne eines schaffenden, schauenden geographischen Lehrens und Lernens. Die Schrift ist nicht nur als Vorlesebuch in der Hand des Lehrers gedacht, sondern auch als Stoffquelle für den Schüler zur Erarbeitung und Vertiefung von geogr. Wissen.

„Die Grafschaft Sternberg."

Unter diesem Titel hat Herr Kollege Weber in Silixen im Verlage der Meyerschen Hofbuchhandlung soeben ein etwa 120 Seiten starkes Buch herausgegeben, das sich mit der Geschichte der Grafschaft Sternberg befaßt. Soweit geschichtliche Dokumente über diesen Teil des lippischen Landes vorliegen, greift der Verfasser ins graue Mittelalter zurück; Vermutungen und gewagte Schlußfolgerungen werden immer deutlich als solche herausgestellt. Das ist ein Vorzug des Buches. Wir wollen ferner als besonderes Charakteristikum hervorheben: eine aufgrund zahlreicher Quellenstücke aufgebaute streng referierende Art der Darstellung. Das ist für einen solchen Stoff eine Notwendigkeit, wodurch allerdings die Flüssigkeit der Darstellung stark eingeschränkt wird. Das Buch kann für uns geschichtliches Interesse beanspruchen und bedeutet für den Lehrer der nordlippischen Gebiete eine starke Erweiterung des vorliegenden heimatlichen Unterrichtsstoffes.

Dienst am Kinde.

„Das Kind soll so werden, wie ich es wünsche." — „Wir haben die Kinder, wir bestimmen, wie die Schule sie zu erziehen hat." — „Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft." — „Ich will, daß mein Kind in der öffentlichen Schule in meiner Weltanschauung erzogen wird." — Das sind Aussprüche, die in zahllosen politischen Versammlungen über Schulfragen getan werden und in vielen Auseinandersetzungen über Schulangelegenheiten wiederkehren. Sie kommen aus einer Grundanschauung heraus: Das Kind gehört mir, nur mir! Ich habe als Vater und Mutter das Recht der alleinigen Entscheidung über Schulung und Erziehung des Kindes.

In dieser Auffassung mischt sich Falsches und Richtiges, gibt es mancherlei Irrtümer. Das Kind gehört den Eltern, gewiß. Aber das Kind steht nicht nur in dem einen Kreis, der Familie, es gehört noch anderen Gemeinschaften an und wächst mit zunehmendem Alter immer tiefer in diese hinein. Auch diese Gemeinschaften haben ihre Forderungen an die Heranbildung des jungen Geschlechts zu stellen. Darüber hinaus aber: auch das Kind selbst als lebendiges Wesen hat Rechte: es ist nicht nur Objekt, es ist nicht Sachgegenstand, Material zur Formung durch andere, Besitztum, Ware. Die Menschheit hat dem jungen Menschenkinde in einer langen Entwicklung und nach heißen Kämpfen sein Persönlichkeitsrecht erstritten. Der Vater in grauer Vorzeit entschied selbstherrlich über Leben und Tod seines neugeborenen Kindes und verfügte über es allein nach seinem Willen. Nach dem Gesetz über die religiöse Kindererziehung aus dem Jahre 1921 steht nach Vollendung des 14. Lebensjahres dem Kinde die Entscheidung darüber zu, zu welchem religiösen Bekenntnis es sich halten will, und das Kind nach dem vollendeten 12. Lebensjahre kann nicht gegen seinen Willen in einem anderen Bekenntnis als bisher erzogen werden. Die Gegenüberstellung von einst und jetzt zeigt aufs deutlichste die Emanzipation des Kindes in der menschlichen Gesellschaft.

Wo man nur vom Haben und Besitzen der Kinder spricht und nur von den Rechten der Eltern, wo man die alleinige Entscheidung über die künftige, geistige, politische und weltanschauliche Haltung seines Kindes fordert: da ist man noch weit ab von der Anerkennung des Persönlichkeitsrechts des jugendlichen Menschen, da lebt man noch in einem überwundenen Herren- und Besitzertum. Wer auf die Elternbewegung unserer Zeit schaut, der erkennt den Fehler der ausgerichteten Vereine und Bünde in einer falschen Einstellung zum Kinde. Sie sehen im Kinde nur Besitz und fordern Ausbildung nur nach ihren Wünschen. So müssen sich Eltern voneinander scheiden und in getrennten Verbänden aufmarschieren und um Kinderseelen kämpfen wie feindliche Heere um einen Streifen Land. Und doch gibt es ein Gemeinsames für alle Eltern, die Dienst am Kinde leisten wollen: diesen Kindern das Recht einer Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit zu erkämpfen in einer Welt, in der tausend Gefahren die Jugend bedrohen. Von hier aus muß die Elternbewegung kommen; in dieser Richtung muß sie arbeiten und kämpfen. Schon melden sich neue Elternvereine, die das Kindesrecht in den Vordergrund stellen und von Elternpflicht sprechen. Sie werden die Zukunft haben, wenn ihre Arbeit von rechtem Geist erfüllt bleibt!

Die erste Blütenlese.

In einer Versammlung der in Lippe neuerdings gegründeten Christlich-Nationalen Bauernpartei am 7. d. M. in Lemgo äußerte sich der Spitzenmandatar dieser Partei, Herr Helms-Graben, auch über Lehrer- und Schulfragen. Nach dem Bericht der Lippischen Tageszeitung vom 8. d. M. ließ er sich also vernehmen:

„Der Bauer hat es leider nicht verstanden, sich eher Geltung zu verschaffen. Im letzten Landtage sind von 450 Volksschullehrern sieben als Abgeordnete tätig gewesen. Ich will keinen Vorwurf daraus ziehen. Die Schuld haben wir. . . . .

Herr Drake hat ein neues Schulgesetz angekündigt Wir werden darüber zu wachen haben, daß das dazu dient, unseren Kindern die Grundlinie der christlichen Weltanschauung zu vermitteln. Die Lippischen Beamten (soll wohl heißen Lehrer. D. Schriftl.) lassen es sich angelegen sein, unsern Kindern christlichen Unterricht zu erteilen. Aber als im Frühjahr der Kampf um das Keudellsche Schulgesetz ging, da trat auch die Meinung der Lehrer zu Tage. Man mußte dabei zu der Ueberzeugung kommen, daß einzelne Lehrer die Ansicht haben, daß sie nicht wegen der Kinder, sondern die Kinder der Lehrer wegen da sind. Das Elternrecht muß uns erhalten bleiben."

Das Ende der Spitzfeder in den Braunschweiger Volksschulen.

Auf Anordnung des Ministers für Volksbildung soll in den Braunschweigischen Volksschulen die Spitzfeder vollständig verschwinden, um dem vielen Neben- und Durcheinander der verschiedensten Richtungen im Schreibunterricht ein Ende zu machen. Die neuen Richtlinien für den Schreibunterricht haben deshalb auf allen Amtskonferenzen sämtlicher Bezirke des Landes, die im letzten Schulvierteljahr abgehalten wurden, zur Beratung gestanden. Die technische Durchführung der Schrift, der besonders das Werk „Schreiben im neuen Geiste" von Prof. Fritz Kuhlmann zugrunde gelegt ist, wurde eingehend gezeigt und zugleich praktisch geübt. Zur völligen Umstellung der älteren Jahrgänge der Kinder, also 5.—8. Schuljahr, ist eine zweijährige Frist bis zum Schlusse des Jahres 1929-30 gewährt. Gleichzeitig sind die Schulräte angewiesen, über Stand und Erfolg der Durchführung in den Schulen eingehend zu berichten.

Jugend-Rotkreuz.

Flämische Legenden. Als Band 8 der Jugendrotkreuz-Bücher sind flämische Legenden von Timmermans erschienen. (Titelbild von Sascha-Kronburg). Das 64 Seiten starke Buch (gebunden und illustriert) kostet samt Zustellung 30 Pfennig.

Für 10 bezahlte Exemplare eines frei. Das Timmermans-Büchlein ist vom Bundesministerium für Unterricht als Klassenlesestoff genehmigt.

Oesterr. Jugendrotkreuz-Zeitschrift, Wien I, Stubenring 1. Das Dezemberheft (Weihnachts-Nummer) enthält Beiträge von Bockemühl, Dietrich, Hilger, Schmidkunz, Wetzstein und viele, zum größten Teil mehrfabrige Bilder von Bachlechner, Dobrowsky, Dürer, Jo Franziß, Hofmann-Stollberg, Lesser, Plischke, Sterrer, Trier, Wirth und aus der Jugendkunstklasse Professor Cizeks. Der Jahresbezug (September bis einschließlich Juni 1929) ist ℳ 1,40. Beim Bezug von mindestens 20 Jahrgängen stellt sich der einzelne Jahrgang auf ℳ 1,30. Reichsdeutsche Bezieher können zu denselben Bedingungen von April 1928 bis einschließlich Februar 1929 beziehen oder von Mai 1928 bis einschließlich März 1929. (In jedem Fall 10 Monate). Das einzelne Heft kostet 15 Pfennig. Postscheck-Konto München 59 537, Stadtgiro-Konto Dresden 62 278.

Der Abstieg des Gymnasiums.

Das Philologen-Taschenbuch für 1928 schreibt: 1900 waren noch 81,8 Proz. aller Abiturienten Gymnasiasten, 1914 nur noch 62,2 Proz., heute sind es nur noch 42 Prozent. Von 1928 ab wird der Prozentsatz der Gymnasiasten unter den Abiturienten besonders stark sinken, weil dann die Aufbauschulen die ersten Reifeprüflinge entlassen. Wir stehen daher vor einem Wendepunkt in der Geschichte des preußischen höheren Schulwesens, wie überhaupt vor einem neuen Kulturabschnitt. Die führenden Schichten des Volkes werden in Zukunft überwiegend den realen Anstalten entstammen.

Gegen das Berechtigungsunwesen

hat jetzt auch der Preußische Staatsrat Front gemacht in folgender Entschließung:

„Der erschreckende Zudrang zu den Hochschulen und höheren Schulen lenkt die Aufmerksamkeit auf das Berechtigungswesen. Der Staatsrat ersucht das Staatsministerium, mit allem Nachdruck auf eine Herabsetzung der übermäßigen Anforderungen der Reichsbahn und der Reichspost (Primareife) hinzuwirken, ohne Rücksicht hierauf aber dafür zu sorgen, daß seitens der Behörden des preußischen Staats, der preußischen Kommunen- und Kommunalverbände keine über die Obersekundareife hinausgehende Anforderungen für die mittlere Beamtenlaufbahn gestellt werden. Er ersucht ferner, mit allem Nachdruck auf die zuständigen Vertretungen von Handel und Gewerbe einzuwirken, damit nicht ihrerseits zu hohe Anforderungen an die Lehrlinge gestellt werden. Der Staatsrat empfiehlt dringend, die schon jetzt überspannten Anforderungen an die Ausbildung der Fachlehrerinnen nicht noch weiter hinaufzuschrauben. Der Staatsrat hält es nicht für richtig, das Referendarexamen nach einem sechssemestrigen Studium zu gestatten, die juristische Promotion aber von einem achtsemestrigen Studium abhängig zu machen, und empfiehlt, die Einheitlichkeit wieder herzustellen."

131 Aufbauschulen nach dem Typ der Deutschen Oberschule

bestehen zur Zeit in Deutschland: Preußen 93, Saargebiet 3, Sachsen und Thüringen je 11, Oldenburg und Braunschweig je 2, Hamburg, Bremen, Anhalt, Lippe und Mecklenburg-Schwerin je 1; 23 Aufbauschulen nach dem Typ der Oberrealschule: Preußen 21, Baden 2; nach dem Typ des Realgymnasiums: Baden 1.

Carl Stock, Lemgo
Inh. **Ernst Adams**
Fernspr. 26 Neues Tor 30
◆
Kolonial- und Delikateßwaren,
Weine, Spirituosen,
Waffen, Munition u. Angelgeräte

Schaffsteins Blaue u. Grüne Bändchen
Neues Stoffgruppen- und neues Klassen-Verzeichnis
Stark verringerte Preise der
„Jugend- u. Volksbücher"
dazu neues Sonderverzeichnis für Schul- u. Volksbüchereien
Zum preußischen Ministerialerlaß vom 9. 6. 1928
Neues reich illustriertes Sonderverzeichnis
„Künstler-Bilderbücher"
Die Verzeichnisse stelle ich kostenlos zur Verfügung
Hermann Schaffstein Verlag, Köln a. Rh., Badstr. 1

Sprachkunde für Volksschulen
Ein Arbeitsbuch für Schüler
Von W. Hopff und K. Willeke
Ausgabe A für fünf- bis achtklassige Schulen. 5 Hefte
Heft 1 (3. Schuljahr.) RM. —.55; Heft 2 (4. Schuljahr.) RM. —.55; Heft 3 (5. Schuljahr.) RM. —.55; Heft 4 (6. Schuljahr.) RM. —.60; Heft 5 (7. u. 8. Schuljahr.) RM. —.90
Ausgabe B für drei- bis vierklassige Schulen. 2 Hefte
Heft 1 (für die Grundschule.) RM. —.80; Heft 2 (für das 5. bis 8. Schuljahr)
Ausgabe C für ein- und zweiklassige Schulen.
1. Heft (Im Druck).
Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt a. M.

Alkoholfreie Jugenderziehung!
Lehrgang über die Alkoholfrage
am 3. Januar 1929 in Lage, Freiligrathschule.
9,30 Oberarzt Dr. Müller, Brake: Wissenschaftliche Untersuchungen über die Wirkungen des Alkohols.
11,00 Prof. Dr. Klatt, Detmold: Alkohol und Geschlechtsleben.
13,30 Vorführung der Wand- und Lichtbilder, die von der Landeshauptst. gg. d. Alk. leihweise und kostenlos allen Interessenten des Landes zur Verfügung gestellt werden.
15,30 M. Lachnit, Berlin: Alkoholfreie Jugenderziehung.
Veranstalter:
Lippische Landeshauptstelle gegen den Alkoholismus
mit Unterstützung der Oberschulbehörde.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hagemann, Brake i. L., für Anzeigen: R. Schleef, Lemgo.
Druck und Verlag: F. L. Wagener, Lemgo.